Frankreich: Wer wird der nächste Präsident S.42



Arbeiterkampf

Jg.11 Nr.195 16.2.81 Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 3
Förderpreis DM 5,–

C 21734 D



Brokdorf 28. Februar

Großdemonstration

Am 14.2. einigten sich 500 AKW-Gegner aus allen Teilen der BRD und aus allen Strömungen der Anti-Atom-Bewegung endgültig darauf, zu einer internationalen Großdemonstration am 28. Februar am Bauplatz in Brokdorf aufzurufen. Dieser Termin war schon auf einem Vorbereitungstreffen eine Woche vorher in Brokdorf beschlossen worden.

Allerdings kam es auf dem bundesweiten Vorbereitungstreffen in Hannover noch einmal zu einer mehrstündigen Debatte um den Termin, weil vor allem aus Kreisen des BBU, des AKL und der DKP der 28.2. als zu früh angesehen wurde. Demgegenüber wurde aus den verschiedensten Regionen berichtet, daß die Bereitschaft, rasch mit einer Demonstration auf den Weiterbau zu reagieren außerordentlich groß ist. Eine Verschiebung würde den Schwung in der jetzt anlaufenden Mobilisierung empfindlich schwächen; die Gefahr, die Demonstration zu zerreden wäre außerordentlich groß.

In der Termindiskussion kamen schon die unterschiedlichen Vorstellungen zum Ablauf der Demonstration zum Ausdruck. Die Befürworter einer Verschiebung traten für eine politische Großkundgebung ein, die die gesamte Anti-AKW-Bewegung repräsentieren solle. Ein Angriff auf den Bauzaun sollte ausdrücklich unterbleiben.

Demgegenüber setzte sich mit überwältigender Mehrheit die Vorstellung durch, daß niemand Vorschriften über die Form des Widerstands erteilen kann, daß somit auch ein Angriff auf den Bauzaun, soweit möglich, eingeschlossen ist. Außerdem sei es aber notwendig, im Aufruf auf die Fragen einzugehen, die spätestens seit der Kalkar-Demonstration gestellt werden. So muß sich z.B. damit auseinandergesetzt werden,

Fortsetzung auf Seite 3

120 Gefangene im Hungerstreik

Wieder sind mehr als 120 Gefangene in der BRD und vor allem in Westberlin im Hungerstreik gegen die sich ständig verschärfenden Haftbedingungen (Stand 9. Februar nach "TAZ" vom 10.2.). Angefangen hatte der Hungerstreik Anfang Februar in Westberlin als Fortsetzung des großen Westberliner Hungerstreiks im November '79 mit etwa 130 Beteiligten und des Hungerstreiks im November letzten Jahres, an dem etwa 100 Gefangene teilgenommen hatten.

1979 wurde der Westberliner Justizsenator Meyer nicht müde, immer wieder bessere Haftbedingungen zu versprechen, sobald der Hochsicherheitstrakt in Moabit belegt sei und die übrigen Gefangenen nicht mehr durch die „erforderlichen Sicherheitsmaßnahmen für Terroristen" in Mitleidenschaft gezogen werden müßten. Der Zweck dieser Propaganda war klar: Vertröstung, Spaltung der Gefangenen, Legitimierung der Hochsicherheitstrakte.

Verbessert hat sich seit der Belegung des Moabiter Trakts vor genau einem Jahr n i c h t s, im Gegenteil!!

Die Ausreden und Lügen des Herrn Justizsenators sind die gleichen geblieben. Nach einer Stellungnahme Meyers zum jetzigen Hungerstreik *„halte die Justizverwaltung eine Verbesserung der Haftbedingungen für ‚wünschenswert'... 'Grundlegende Verbesserungen' könnten (aber) erst nach Inbetriebnahme von Gefängnisneubauten verwirklicht werden, womit etwa 1982 zu rechnen sei"* („Tagesspiegel", 13.2.81).

Fortsetzung auf Seite 3

IN DIESER AUSGABE:

Polen: Gewerkschaft im Dilemma

Die von Polens Herrschenden und ihrem großen Bruder angestrebte „Normalisierung" läßt weiter auf sich warten. Eine Welle von, meist spontanen, Streiks macht vorerst auch alle Träume zunichte, eine Besserung der deprimierenden wirtsc haftlichen Lage zu erreichen. Polens Nachbarn tun immer lauter und drohender ihre Ungeduld über das Ausbleiben der „Normalisierung" kund. Die Angriffe aus der Sowjetunion, DDR und CSSR auf die autonomen Gewerkschaften lassen keinen Raum für Mißverständnisse: Falls sich die Lage in Polen nicht rasch verändert, droht „brüderliche Hilfe" mittels Panzern und Maschinengewehren.

Die polnische Gewerkschaftsführung steht durch diese Entwicklung im Dilemma, mäßigend auf die Arbeiterkämpfe einwirken zu wollen, ohne dabei eine Spaltung der Arbeiterklasse oder einen Bruch zwischen Gewerkschaftsführung und -basis zu riskieren.

Seite 45

Die Polizei — dein Freund und Vergewaltiger?

Es häufen sich die Berichte über Fälle, wo Polizisten Prostituierte unter Ausnutzung ihrer Machtstellung zum Gratis-Fick oder auch zu „Geldgeschenken" zwingen, wo Verhöre zu sexueller Nötigung benutzt werden usw.

Für den Staat handelt es sich um „Einzelfälle" und „Schwarze Schafe" — wie immer, wenn Polizisten sich außerhalb ihrer Dienstpflichten kriminell verhalten.

Seite 26

AL Westberlin: Mit welchem Programm in den Wahlkampf?

Der politische Bankrott der Westberliner SPD macht Neuwahlen unvermeidlich. Die Alternative Liste wird, im Bündnis mit anderen Kräften, als einzige wählbare Opposition gegen das Kartell der etablierten Parteien antreten. Alle Voraussagen gehen davon aus, daß am „Sprung" der AL über die 5-Prozent-Klausel und damit ins Abgeordnetenhaus keine Zweifel bestehen.

Ein wesentlicher Teil des Wahlprogramms der AL wird die Friedenspolitik sein müssen. Hat die in Westberlin immer noch einflußreiche Ex-„KPD" Chancen, ihre Ladenhüter (Vaterlandsverteidigung, Sowjetunion „Hauptfeind", Stärkung der Bundeswehr und der NATO) ins AL-Programm zu drücken oder zumindest teilweise einen negativen Einfluß auf das Programm zu nehmen?

Seite 14

Grüne Partei: „Auf zum letzten Gefecht"?

Seit der Bundestagswahl ist die Grüne Partei kaum noch dazu gekommen, konstruktive Politik auch nur anzudiskutieren, geschweige denn zu praktizieren: Die Kampagne der Rechten, der „rechten Mitte" und der BUS-Fraktion („Undogmatische Sozialisten") zur Hinausdrängung der linken Gruppe „Z" aus der Partei hat andere Aktivitäten kaum noch zugelassen.

Am 21./22. Februar steht eine Entscheidungsschlacht an: Der Bundeshauptausschuß, das höchste Gremium der Grünen Partei, tagt. Zu befassen hat der BHA sich mit einem ganzen Strauß von (statutenwidrigen!) Ausschlußanträgen gegen die Gruppe „Z" und einem Antrag der Mehrheit des Bundesvorstandes, der gleichfalls auf Abkoppelung der „Z" hinausläuft. Auch in der Hochburg der „Z", dem Hamburger Landesverband, kracht es erheblich.

Seite 13

Sozialistische Konferenz: Wenig Mut zur Kontroverse

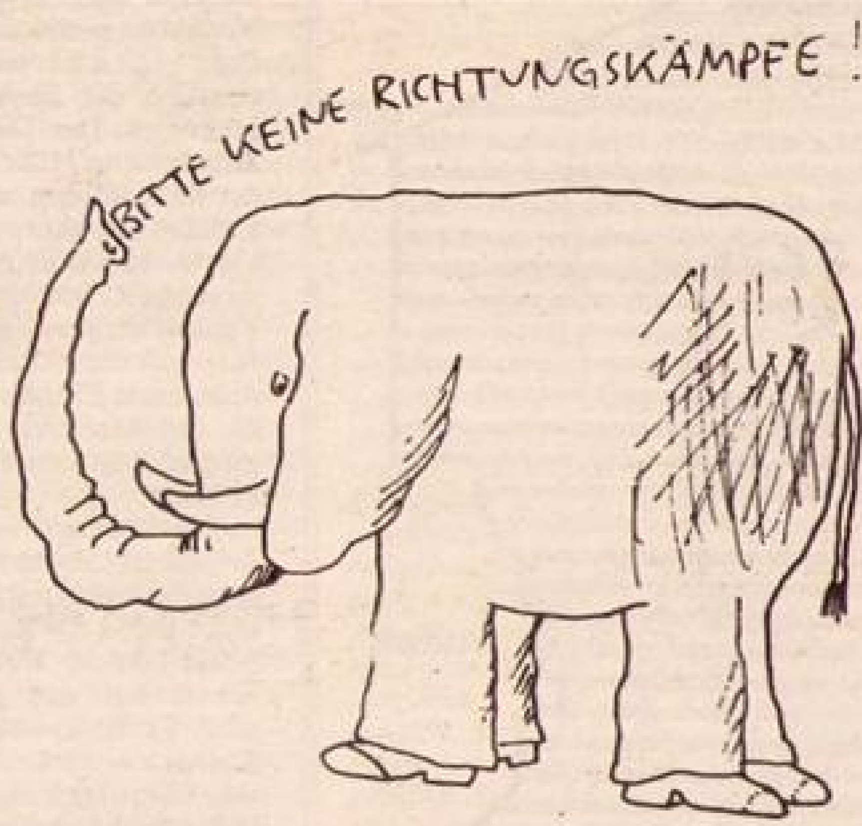
Am Wochende fand in Marburg die 2. Sozialistische Konferenz statt. Mit über 1500 Teilnehmern übertraf sie in der Zahl noch die erste Konferenz im Mai 1980 in Kassel. Von den Ergebnissen her hat sie für die Mehrheit der Teilnehmer jedoch mit Sicherheit nicht das gehalten, was sich versprochen wurde. Für die meisten war sie sicherlich sogar eine herbe Enttäuschung.

Inhaltlich hat diese Konferenz für die Diskussion der Linken kaum neue Ansätze entwickelt. Dies gilt sowohl für die Einschätzung der kommenden politischen Entwicklung als auch für die Möglichkeiten sozialistischer Alternativen. Eine Ausnahme bildet hier die am Schluß nur noch kurz geführte Diskussion um die Friedenspolitik.

Diese Entwicklung hatte mehrere Gründe:

Rudolf Bahro hatte sein Vorhaben wahr gemacht und war mit dem Anspruch angereist, der Konferenz eine ganz andere als die vorbereitete Themenstellung aufzudrücken. Sollte es eigentlich um die Einschätzung

Fortsetzung auf Seite 4



Gegendarstellung

1. im AK 194, S. 1, wird behauptet, der „Aufruf an die Grüne Mitte" werde „auch von der BUS-Fraktion unterstützt, den sogenannten 'Undogmatischen Sozialisten' um Zieran (Hessen) und Wolschner (taz)..."
Das ist unwahr. Vielmehr ist richtig, daß ich den „Aufruf..." für genauso sektiererisch halte wie die Politik, gegen die er sich richtet.
2. Im AK 194, S.1, wird behauptet, u.a. ich würde mich als „jungkonservativ" verstehen. Das ist unwahr. Vielmehr ist richtig: aboniert die taz! Klaus Wolschner

Wege zum Atomkrieg

Die neue US-Regierung arbeitet an Möglichkeiten, die 80er Jahre noch spannender und abenteuerlicher zu machen: Sie will die Kriegsrüstung nicht bloß beispiellos steigern, sondern auch die Chancen für deren praktische A n w e n d u n g wesentlich verbessern.

Diesem Zweck sollen auch Überlegungen dienen, die Kriegsflotte der USA mit „atomaren Abwehrraketen" auszurüsten, deren Einsatz direkt von den Kommandanten der US-Kriegsschiffe angeordnet werden könnte. Bisher liegt die endgültige Entscheidung über den Einsatz von Atom-Waffen a u s s c h l i e ß l i c h beim Präsidenten. Nun spricht zwar gar nichts dafür, daß die Flotten-Kommandanten der USA weniger verrückt oder weniger verbrecherisch als ihr Präsident sind – aber die angepeilte Neuregelung würde immerhin die Zahl der Idioten beträchtlich vergrößern, die per Knopfdruck das atomare Inferno einleiten könnten – und damit wüchse auch die Chance, daß es zu einem solchen Knopfdruck kommt.

Die Begründung für die Erörterungen über eine entsprechende Neuregelung ist, wie in solchen Fällen üblich, ein Witz: Die sowjetische Überlegenheit zur See mache es möglich, „die westlichen Seestreikräfte ... mit wenigen wuchtigen Schlägen auszuschalten". „Um ihr Überleben zu sichern", brauche die US-Flotte die Atom-Raketen in Verfügung der Schiffskommandanten. („Welt", 11.2.). Freilich, die eindeutige Überlegenheit der NATO-Kriegsflotten ist aktenkundig, und logisch ist der Gedankengang sowieso nicht, aber das spielt in solchen Fällen gar keine Rolle.

Der Vergrößerung der Chancen für einen atomaren Weltkrieg sollen auch die Diskussionen über die Leitung der im Aufbau befindlichen „Schnellen Eingreifreserve" (RDF) der USA dienen. Diese Verbände sollen aus insgesamt 110.000 Mann bestehen und für Aggressionen in beliebigen Teilen der Welt (arabische Halbinsel, Iran, Mittelamerika usw.) eingesetzt werden können. Es handelt sich um eine klassische Eingreif-Armee zwecks Verteidigung imperialistischer Geschäftsinteressen. Da der Einsatz dieser Truppen die Beliebtheit der USA weltweit nicht gerade erhöhen wird, möchte die US-Regierung gern die Lasten t e i l e n, indem andere imperialistische Staaten zumindest moralisch in die Mitverantwortung gezogen werden. Man ist im US-Oberkommando deshalb auf den Gedanken gekommen, die RDF dem US-Oberkommando in B r ü s s e l zu unterstellen. Dadurch würde sich, wie Springers „Welt" gleich scharfsinnig frohlockt, eine „Befehlsverklammerung der beiden Schauplätze Europa und Mittlerer Osten" (als voraussichtlich nächstes Einsatzgebiet der RDF) und „eine de facto-Ausweitung des NATO-Operationsfeldes ergeben". Damit werde dokumentiert, „daß die Verteidigung der westlichen Interessen in der Golfregion eine zentrale Frage der europäischen Sicherheit berührt". Zugleich werde der Sowjetunion dadurch „signalisert, wie leicht in Zukunft ein bewaffneter Konflikt am Golf sich nach Europa ... ausdehnen könnte" („Welt", 11.2.).

Genau darum geht es! Wenn diese famosen Pläne realisert werden, ist der Zeitpunkt absehbar, wo aus irgendeiner lokalen Aggression der USA ein weltweiter Atomkrieg provoziert wird. Kein vernünftiger Mensch kann bezweifeln, daß ein Land, das mit Tausenden von Atom-Sprengköpfen vollgepumpt ist und an der Frontlinie der Militärblöcke liegt, in einem solchen Krieg t o t a l vernichtet würde: Die Bundesrepublik Deutschland.

Die Bundesregierung scheint entschlossen, diesen Weg mitzugehen. Es geht also ums ÜBERLEBEN – und es ist JEDES Mittel gut, das geeignet ist, dazu einen Beitrag zu leisten.

Tschad: Frankreich zur Intervention bereit

Die seit März 1980 erneut ausgebrochenen Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Gruppen im Tschad sind zum Jahreswechsel vorerst entschieden worden. Mit massiver libyscher Unterstützung konnten sich die eher pro-libyschen Kräfte um den Präsidenten der provisorischen Regierung GUNT, Goukouni Oueddei, gegen die Truppen des lange von Frankreich unterstützten Hissène Habré durchsetzen. Anfang Januar erklärten nun Libyen und Tschad, daß sie sich zu einer gemeinsamen ,,Volksrepublik" zusammenschließen wollen; inzwischen ist nur noch von einer Kooperation in bestimmten Bereichen die Rede, denn die tschadische Regierung ist nicht zu einer uneingeschränkten Fusion mit Libyen bereit, sondern erwartet in erster Linie wirtschaftliche und militärische Hilfe von Libyen.

Die französische Regierung, die sich entgegen ihrer sonst in Afrika angewandten Interventionspolitik – mehrfach intervenierten französische Truppen auch im Tschad – bisher zurückhielt, hat inzwischen eine Verstärkung der französischen Militärpräsenz in Afrika beschlossen, insbesondere in der südlich an den Tschad angrenzenden Zentralafrikanischen Republik. Damit zeigt Frankreich, daß es zu einer Intervention bereit ist, falls seine Interessen im Tschad unmittelbar bedroht werden.

Die Situation im Tschad

Der Tschad hat eine erhebliche strategische Bedeutung im Herzen Nordafrikas — über Jahrzehnte befand sich hier einer der größten Stützpunkte Frankreichs in Afrika (Fort Lamy, heute die Hauptstadt N'Djamena). Auch nach der Unabhängigkeit des Tschad blieb der frühere Kolonialherr Frankreich weiterhin beherrschend. Bis heute ist der ökonomisch bedeutendste Faktor die weitgehend in französische Kassen fließende landwirtschaftliche Ausbeutung des fruchtbaren Südens. Dort wird fast ausschließlich Baumwolle angebaut, die bis zu 80 % des tschadischen Gesamtexports ausmacht und fast zu 100 % von den französischen Monopolen Cotontchad und STT aufgekauft wird. Der Fleischexport unter französischem Monopol wurde allein zwischen 1971 und 1974 von 11.460 t auf 642.735 t gesteigert, während im Tschad Hunderte an Hunger starben — Tschad gehört zu den 25 ärmsten Ländern der Erde. Über die Abkommen der Franc-Zone, die insgesamt zwölf afrikanische Staaten umfaßt, ist auch Tschad vollständig von der französischen Währungspolitik abhängig. Für die Zukunft entscheidend sind aber riesige Ölfunde im Tschadsee-Gebiet und Uranvorkommen im Tibesti-Gebirge.

der französischen Währungspolitik abhängig. Für die Zukunft entscheidend sind aber riesige Ölfunde im Tschadsee-Gebiet und Uranvorkommen im Tibesti-Gebirge.

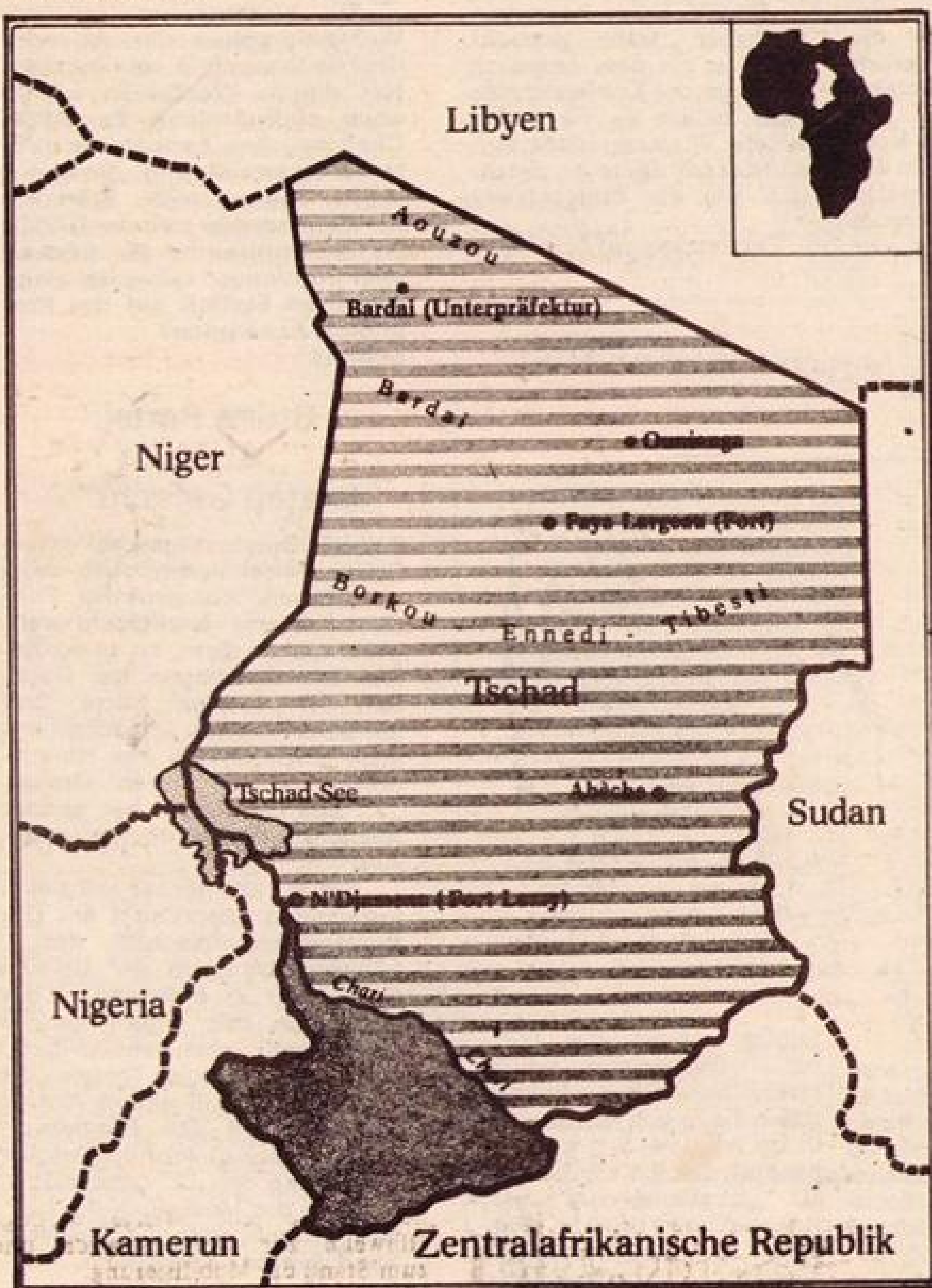
Über die Entwicklung der jahrelangen Machtkämpfe haben wir ausführlich in früheren AKs berichtet (u.a. AK 153, 157, 175). In der vorkolonialen Zeit herrschten die mohammedanischen Nomadenstämme des Nordens und Westens über die schwarzhäutigen christianisierten oder animistischen Stämme des Südens, die immer wieder versklavt wurden. Diese alte Feindschaft machten sich die französischen Kolonialherren zunutze; sie brachten Bewohner des Südens in die gehobenen Positionen der Verwaltung und intensivierten die landwirtschaftliche Ausbeutung des fruchtbaren Südens, während der Norden militärisch befriedet wurde und verelendete. Auch die ersten Regierungen nach der Unabhängigkeit (Tombalbaye bis 1975, Malloum bis 1978) waren vom Süden dominiert, die Armee und Gendarmerie setzte sich vorwiegend aus ,,Südisten" zusammen.

Gegen die Vorherrschaft des Südens gründete sich 1966 die Frolinat, Nationale Befreiungsfront des Tschad. Ihre Forderungen waren: Sturz des diktatorischen Tombalbaye-Regimes, Beseitigung aller ausländischen Stützpunkte, Einsetzung einer demokratischen Volksregierung, Agrarreform, Beseitigung des wirtschaftlichen Monopols der imperialistischen Staaten. Es gelang jedoch zu keinem Zeitpunkt, eine einheitliche Befreiungsbewegung gegen die französischen Kolonialisten aufzubauen. Es bildeten sich verschiedene Machtgruppierungen, die unterschiedliche Interessen repräsentieren. Teilweise kollaborieren sie mit Frankreich, teilweise suchen sie Unterstützung in Libyen.

Als wichtigste sind zu nennen:

- die FAN unter Führung Hissène Habrés, die von den Franzosen militärisch aufgebaut wurde; Habré gilt als Libyen-Feind und als Sachwalter französischer Interessen;
- die FAP unter Goukouni Oueddei; sie wird von Libyen unterstützt, doch gibt es zwischen Goukouni und Libyen Differenzen wegen des 1973 von Libyen besetzten Aouzou-Streifens im Norden des Tschad (dort sind Uranvorkommen nachgewiesen worden); Goukouni hat sich deswegen auch mehrfach für die Beibehaltung der französischen Truppen im Tschad ausgesprochen;
- die FAC, eine Aktionsfront dreier Frolinat-Abspaltungen, die von Libyen unterstützt werden;
- die FAT, die nichts mit der Frolinat zu tun hat, sondern aus Resten der ehemaligen Armee und Gendarmerie gebildet wurde; sie kontrolliert den gesamten Süden des Tschad und wird von Gendarmeriechef des Malloum-Regimes, Kamougué, angeführt.

bildet wurde; sie kontrolliert den gesamten Süden des Tschad und wird von Gendarmeriechef des Malloum-Regimes, Kamougué, angeführt.



Der jüngste Bürgerkrieg

Die im November 1979 gebildete ,,Übergangsregierung der nationalen Union" versammelte zum ersten Male alle elf politischen Bewegungen des Landes, doch war sie aufgrund des unentschiedenen Machtkampfes von vornherein zum Scheitern verurteilt. Schon im März 1980 brachen die Kämpfe wieder voll aus, in denen sich dieses Mal hautpsächlich die Truppen Habrés und Goukounis gegenüberstanden. Goukouni erhielt dabei Unterstützung von der FAC und FAT. Habré ging es offensichtlich darum, den französischen Einfluß zu sichern und den libyschen zurückzudrängen — er wird dabei von Ägypten und Sudan unterstützt, die die Stelle Frankreichs eingenommen haben. Im Interesse einer Erhaltung der französischen Präsenz im Tschad, auch bei einer möglichen Niederlage Habrés, hat die französische Regierung sich aus diesen Kämpfen herausgehalten und Habré ,,fallengelassen". Offensichtlich wurde dies, als FAC-Führer Ahmet Acyl und FAT-Vertreter Djono Golo im April in Paris empfangen wurden (,,NZZ", 7.4.) und Frankreich gerade zu dem Zeitpunkt seine noch immer im Tschad stationierten Truppen zurückzog, als Habré wegen ,,Rebellion" von seinem Posten als Verteidigungsminister abgesetzt wurde (,,NZZ", 2.5.80).

Trotz seiner politischen Isolierung innerhalb der tschadischen Regierung war die FAN Habrés militärisch ziemlich stark und kontrollierte z.B. drei Viertel des bewohnten Teils der Hauptstadt N'Djamena. Nur mit massiver libyscher Hilfe konnte Habré endgültig geschlagen werden. Dazu schloß Präsident Goukouni am 15. Juni mit Libyen ein geheimes Verteidigungsabkommen, in dem schon die heutigen Fusionspläne angelegt waren. D.h., Libyen startete wiederum einen seiner bisher gescheiterten Versuche, durch ,,Fusion" mit anderen Staaten größeres Gewicht in der Region zu erhalten. Nachdem lange über die Beteiligung libyscher Truppen spekuliert wurde, erklärte der tschadische Vizepräsident Kamougué im November: ,,*Um die Kontrolle über die Lage zu behalten, mußten wir an alle Türen klopfen, selbst an die des Teufels*" (,,SZ", 11.11.80).

Im Dezember wurde die Hauptstadt N'Djamena eingenommen; Habré flüchtete mit seinen Truppen und tausenden weiterer Flüchtlinge nach Kamerun. Insgesamt hat der Bürgerkrieg tausende von Toten gekostet; die Zahl der Flüchtlinge wird mit 100.000 bis 400.000 angegeben (bei einer Bevölkerung von 4 Millionen).

Habré erklärte, er werde den Guerillakampf im Berggebiet von Ouaddai 400.000 angegeben (bei einer Bevölkerung von 4 Millionen).

Habré erklärte, er werde den Guerillakampf im Berggebiet von Ouaddai wieder aufnehmen (,,Le Monde", 2.2.81). Doch vorerst wird er keine bedeutende Kraft darstellen.



Die Fusion Libyen — Tschad

Die Fusion Libyen — Tschad wurde anfangs so präsentiert, als wollten beide Staaten eine ,,vollständige Einheit, ,,*wo die Macht, die Reichtümer und die Waffen in den Händen des Volkes und seiner Instrumente — Volkskongresse und Volkskomitees — liegt*" (,,Le Monde", 8.1.81). Hier ist deutlich die libysche Handschrift zu erkennen. Der Tschad akzeptierte eine militärische Hilfe, um die Armee wieder aufzubauen und die Sicherheit des Landes zu garantieren. Goukouni erklärte, er werde niemals mehr die Anwesenheit französischer Truppen im Tschad dulden (,,SZ", 8.1.). Als erstes forderte die tschadische Regierung eine dringende Finanzhilfe von Libyen, um die seit Monaten ausstehenden Gehälter der Beamten auszahlen zu können.

Nach einem weiteren Besuch Goukounis in Libyen Mitte Januar war von dem Streben nach ,,völliger Einheit" nicht mehr die Rede. Es hieß lediglich, beide Länder wollten die Zusammenarbeit auf den Gebieten Wirtschaft und Technik sowie Ausbildung und Kultur verstärken (,,SZ", 26.1.). Dem war vorausgegangen, daß sich mehrere tschadische Regierungsvertreter ablehnend zur Fusion geäußert hatten. So gesehen scheint die bekanntgegebene ,,Fusion" eher ein Zugeständnis gewesen zu sein, um die libysche Unterstützung gegen die französischen Statthalter ,,einzukaufen" und spiegeln nicht den realen Einfluß Libyens wider. Zudem ist es geradezu schamlos anzuhören, wenn Frankreich vor einer ,,Einverleibung" des Tschad durch Libyen warnt, wo schon mit den eigenen Truppen gedroht wird.

Frankreichs Interessen

Als Reaktion auf das Abkommen zwischen Tschad und Libyen verstärkte Frankreich seine Truppenpräsenz in Afrika. Es wurden 320 Marineinfanteristen in die Zentralafrikanische Republik geflogen, weitere 300 Fallschirmjäger folgten. Französische Militärexperten trafen im Sudan und in Togo ein. Die französische Regierung erklärte, sie sei bereit, auf Wunsch der Nachbarländer Tschads ihre militärische Präsenz zu verstärken. In einer ersten Etappe ist vorgesehen, die Staaten, mit denen Frankreich ein ,,Verteidigungsabkommen" geschlossen hat (Zentralafrikanische Republik, Elfenbeinküste, Gabun, Senegal) weiter aufzurüsten. (Das sind alles ehemalige französische Kolonien, die heute noch in totaler Abhängigkeit leben. Insofern ist es ein Witz, von einem ,,Verteidigungsabkommen" zu sprechen. Es geht vielmehr um die militärische Verteidigung f r a n z ö s i s c h e r Interessen.) In einer zweiten Etappe will Frankreich mit afrikanischen Staaten, die bisher lediglich eine französische Militärmission duldeten, Verträge über die Stationierung von Truppen aushandeln, im Vordergrund stehen dabei Kamerun und Niger. Niger ist für Frankreich von besonderer Bedeutung, weil Frankreich 20 % seines Urans aus Niger bezieht (,,Le Monde", 10.1.).

Der französische Verteidigungsminister Robert Galley erklärte, er sei überzeugt, ,,*daß die Tschader selbst die Libyer vertreiben werden*" (,,Le Monde", 22.1.). Hierbei setzt Frankreich vor allem auf den Süden des Tschad, in den bisher auch keine libyschen Truppen vordringen konnten.

Eine weitere Erklärung für die bisherige französische Zurückhaltung im Tschad sind die wirtschaftlichen Beziehungen zu Libyen. Frankreich forderte die EG-Staaten zwar auf, Libyen zu boykottieren, solange es an der Fusion mit Tschad festhält, doch dieser Boykott bezieht sich nur auf die politischen Beziehungen, die auf ein Minimum beschränkt werden sollten. Von wirtschaftlichem Boykott war nicht die Rede (,,FR", 20.1.).

Anfang Januar gab die französische Ölgesellschaft Elf-Aquitaine (starke Staatsbeteiligung) einen Vertragsabschluß mit Libyen bekannt. Mitten im tschadischen Bürgerkrieg im November hatte sich Elf-Chef Chalandon in Libyen aufgehalten, um die Vertragsbedingungen auszuhandeln.

Nach ,,heftigen Protesten" der französischen Regierung wurde die Anwendung des Vertrages am 14.1. verschoben, doch ist es unwahrscheinlich, daß die Regierung an diesem Vertrag nicht mitgewirkt hat; Chalandon erklärte, bei problematischen Beziehungen zu Ländern wie z.B. Libyen werde keine Initiative ohne vorherige Beratung mit der Regierung unternommen. Ghadafi selbst hatte kürzlich von einem ,,Gentlemen's agreement" mit Frankreich bezüglich des Tschad gesprochen (,,Le Monde", 7. und 9.1.).

Nahost-Kommission

Hungerstreikerklärung der Gefangenen aus der RAF

'Die Solidarität der Menschen gründet in der Bewegung der Revolte'

Wir - die Gefangenen aus der RAF - nehmen den kollektiven Hungerstreik wieder auf.
Wir werden nicht aufhören, gegen die Folter, die offene und verdeckte Vernichtung, die gesamte institutionalisierte, jetzt forcierte Strategie zur Zerstörung unserer Identität zu kämpfen.
Das staatliche Kalkül, durch gezielte und systematische Differenzierung der Haftprogramme zwischen Einzel- oder Kleingruppenisolation in den perfektionierten Hochsicherheitstrakten und Scheinintegration, die Zersetzung der kollektiven Struktur und politischen Einheit der Gruppe zu erzwingen und gleichzeitig die Proteste der nationalen und internationalen Öffentlichkeit, der IK und schließlich von AI zu unterlaufen, wird nicht aufgehen.
Es kann nicht aufgehen, denn die konkrete Erfahrung, daß dieser [illegible] jeder Unmenschlichkeit fähig und bereit ist, gehörte zu den Bedingungen unseres Entschlusses, aufzustehen und uns zu bewaffnen.
In dieser Lage: jahrelang voneinander isoliert und von jedem gemeinsamen politischen Prozeß und der Außenwelt abgeschnitten, sind wir entschlossen, mit unserm einzig wirksamen Mittel - dem kollektiven Hungerstreik - die Trennung zu durchbrechen, um als Menschen zu überleben und um die Bedingungen für den kollektiven Lern- und Arbeitsprozeß zu erkämpfen.

Wir fordern:
Anwendung der Mindestgarantien der Genfer Konvention auf die Gefangenen aus der RAF und anderen antiimperialistischen Widerstandsgruppen,
das bedeutet:
- Zusammenlegung dieser Gefangenen unter Bedingungen
  - die Interaktion möglich machen, was die lückenlose elektronische, d.h. akustische und optische, Erfassung der Kommunikation in schall-, licht- und luftkonditionierten Isolationseinheiten ausschließt
  - die von der 'Internationalen Kommission zum Schutz von Gefangenen und gegen Isolation' kontrolliert werden
- Freilassung von Günter Sonnenberg, weil seine physische Rekonstruktion wegen seiner Kopfverletzung unter den Bedingungen der Gefangenschaft ausgeschlossen ist.

Der Kampf hört auch im Gefängnis nicht auf. Die Ziele verändern sich nicht, nur die Mittel und das Terrain, auf dem die Auseinandersetzung Guerilla/Staat, der Krieg weiter ausgetragen wird. Und so reagiert der Staat auch noch in dieser Situation: gefangen und unbewaffnet - auf einen kollektiven Hungerstreik wie auf eine bewaffnete Aktion. In den gesamten Maßnahmen gegen uns gibt es nichts zweideutiges: wir sind Kriegsgefangene mit Geiselstatus.
Jedesmal in der Eskalation der Konfrontation wurde ein gefangener Kader aus der RAF hingerichtet: Holger, Siegfried, Ulrike. Als die politisch-militärische Offensive der RAF '77 deutlich machte, daß die enorme Anstrengung der Repression unter Einsatz 'aller Mittel' die RAF zu vernichten, gescheitert war, fiel im 'Special Coordination Committee' des Nationalen Sicherheitsrats der USA die Entscheidung zur Endlösung, die Exekution von Andreas, Gudrun, Jan, Nina und unserer Schwestern und Brüder aus dem Kommando 'Martyr Halimeh'. Es war der Versuch, mit ihnen die Spur ihres Kampfes, ihr Beispiel und die Kontinuität zu tilgen, 'die Flamme zu löschen bevor sie zum Flächenbrand wird', um den Menschen hier in der Metropole die Hoffnung auf Befreiung zu nehmen.
Folter und Mord an politischen Gefangenen und die Hinrichtungen auf der Straße sind nicht mehr nur polizeitaktische Mittel im Nachfolgestaat des 3. Reiches: deren Ziele und Mittel sind identisch geblieben. Für den 3. Anlauf, den der deutsche Imperialismus jetzt nicht gegen sondern mit dem amerikanischen Kapital, nicht selbstständig, sondern als Funktion der amerikanischen Außenpolitik als Weltinnenpolitik unternimmt, ist die Vernichtung der militanten Gefangenen und der gesamten Widerstandsbewegung, die hier im Kernland des US-Staatensystems - der zentralen militärischen, ökonomischen und politischen Ausgangsbasis der agressiven US-Politik seit '45 - direkt angreift und die Machtfrage stellt, zwingend.

Folter und Mord an politischen Gefangenen und die Todesschußkommandos in der Türkei, Irland, Italien und Spanien gehen von den Kommandohöhen der NATO aus, die sie vermittels des BKA und der Nachrichtendienste als einheitliche Innenpolitik in Westeuropa durchsetzen will - von den selben Kommandohöhen, die in einem der letzten NATO-Briefe die Regierungen offen daran erinnern, daß auf Forderungen nach politischem Status nach internationaler Untersuchung der Folterungen an militanten Gefangenen nicht einzugehen ist und die übrigen Direktiven der Kriminalisierungsstrategie revolutionären Widerstands einzuhalten sind.
Gegen das menschliche Gesicht des Widerstands, das sich auf der verbrannten Erde des bürgerlichen Widerstands und der deutschen Arbeiterbewegung vom naiven Humanismus - der Ostermarsch - und Antiatombewegung - über die Jugendrevolte und die Vietnamopposition zur Stadtguerilla entwickelt hat, setzen sie das entmenschlichte Gesicht von Massenmördern, weil Menschlichkeit ihre Lösung stört, die Brutalität, das Elend, die Totalität der Gewalt des Eigentums und den Genocid als 'menschheitskulturelle Aufgabe' zu inszenieren.
Sie projezieren ihre Verbrechen 'Trinkwasservergiftung, atomare Verseuchung, Todesbakterien' auf die Guerilla, um die Angst, die sie selbst erzeugen, von sich abzulenken, damit sich nicht über den Begriff ihrer Ursache Widerstand entwickeln kann. Die Kulmination der Hetze gegen die RAF soll um jeden Preis verhindern, daß sich der militante Protest gegen die Hochrüstung, die Militarisierung aller Bereiche, den Aufmarsch der Bundeswehr auf den Straßen, der [illegible] wieder zurückbringen soll, wo sie vor 35 Jahren vertrieben wurde - mit der Guerilla solidarisiert und genau unsere Erfahrung macht: daß Illegalität das befreite Gebiet des Widerstands in der BRD ist, Handlungsfähigkeit schafft.
Die staatliche Reaktion signalisiert seine Schwäche, zeigt seine Verletzbarkeit und die Möglichkeit, wie wir durch kontinuierliche Angriffe den Zerfallsprozeß beschleunigen und in den 'wirklichen Ausnahmezustand' verwandeln können - denn den Transformationsprozeß in den faschistischen Staat, in dem der Ausnahmezustand verrechtlicht ist, können wir nicht bestimmen, weil er zwangsläufig ist.
Wenn das Kapital jetzt die Voraussetzungen zu seiner weltweiten agressiven Restruktion schafft, müssen wir - alle, die Befreiung und Verantwortlichkeit, menschliches Handeln wollen - in den Ländern, von denen seine wütende Expansion ausgeht, weit genug sein, um zu verhindern, daß sich das Projekt realisiert ; müssen wir in dieser Phase die politisch-militärische Gegenmacht und so die 'politische Grenze' entwickelt haben, die den militärischen Einsatz des Overkillpotentials des US-Imperialismus verhindert, um ihn schließlich zu zerschlagen.
Wenn die militante Linke sich aneignet, was der Imperialismus in seinen Niederlagen immer wieder erfahren mußte: daß seine Macht da endet, wo seine Gewalt nicht mehr abschreckt, hat sie das ganze Geheimnis seiner scheinbaren Unbesiegbarkeit gelöst.
[illegible] Solidarität und Zwang schließen sich aus und sie ist nicht zu [illegible] ein Kleinkredit. Sie ist der praktische Ausdruck des Bewußtseins jedes Einzelnen, daß individuelle und kollektive Befreiung kein Widerspruch ist, [illegible] die klägliche Apologie individueller Bedürfnisbefriedigung meint, sondern ein dialektisches Verhältnis - wie Befreiung hier vom Befreiungskampf der Völker der 3.Welt nicht zu trennen ist.
Solidarität [illegible] Wirklichkeit und Macht als proletarischer Internationalismus, das heißt [illegible] gemeinsamen Feind US-Imperialismus an dem Ort, an dem jeder mit ihm konfrontiert ist, in seinen strategischen Positionen anzugreifen, und sie ist die Basis, auf der die Linien des antiimperialistischen Kampfes vereinheitlicht werden.
Unser Hungerstreik ist Ausdruck unserer Solidarität
- mit den Gefangenen aus IRA und INLA und ihrem entschlossenen und langandauernden Kampf, zuletzt den Hungerstreik für den politischen Status;
- mit den Gefangenen aus den Brigate Rosse, ihrem Kampf gegen die Strategie der Vernichtung, in dem sie sich die politische Initiative erobert haben;
- mit allen Gefangenen aus dem antiimperialistischen Widerstand in Westeuropa, besonders in der Türkei;
- mit dem Kampf der palästinensischen Gefangenen um den Kriegsgefangenenstatus
- mit allen Gefangenen, die angefangen haben, in den Gefängnissen Widerstand zu leisten und für ihre Selbstorganisation zu kämpfen.

Den Widerstand bewaffnen! Die Illegalität organisieren!
Die antiimperialistische Front in Westeuropa organisieren !

am 6.2.81 die Gefangenen aus der RAF

Im Rahmen des jetzigen Hungerstreiks wurde in Westberlin auch diese 'Hungerstreikerklärung von Gefangenen aus der RAF' verbreitet. Wie der 'taz' (vom Freitag, den 13.) zu entnehmen war, läßt Generalbundesanwalt K. Rebmann gegen die Verbreitung dieser Erklärung wegen 'Werbung für eine kriminelle Vereinigung' gegen Unbekannt ermitteln. Wir dokumentieren hiermit diesen Text.

Fortsetzung von Seite 1

Die Forderungen

Hatten die Gefangenen beim großen Hungerstreik im November '79 noch sehr detaillierte Forderungskataloge aufgestellt (vgl. AK 166), so sind die Forderungen der über 50 hungerstreikenden Gefangenen in Westberlin diesmal auf einige wesentliche Punkte beschränkt.

– Abschaffung jeglicher Sondertrakte und Arrestzellen, vor allem aber Auflösung des Hochsicherheitstraktes!

Justizsenator Meyer will die von ihm demagogisch als „Wohngruppen" bezeichneten Kleinstgruppen im Moabiter Trakt (je einmal 7, 4 und 3 Gefangene) noch weiter aufsplittern und atomisieren. Einen Verlegungsantrag in den berüchtigten Celler Trakt beantragte er bereits für Andreas Vogel und Till Meyer.

Daß Justizsenator Meyer sich durch die – inzwischen sehr still gewordenen – Proteste der Öffentlichkeit gegen Hochsicherheitstrakte in keinster Weise beeindrucken läßt, zeigt auch der noch im Bau befindliche Knast in Plötzensee mit 320 Zellen, davon 60 hochgesicherte (siehe AK 175, 176). Das ist der Knast, nach dem nun wirklich „alles besser werden" soll...

Während die einen Gefangenen im Moabiter Trakt nicht nur die Schließung der Hochsicherheitstrakte fordern, sondern jede Form der Sonderbehandlung für sich ablehnen, fordern die RAF-Gefangenen in Westberlin und in der BRD für sich die Zusammenlegung von arbeitsfähigen, interaktionsfähigen Gruppen, d.h. die Zusammenlegung von mindestens 15 Gefangenen ihrer Wahl. Außerdem verlangen sie die Freilassung von Günter Sonnenberg, der nach wie vor mit seiner schweren Kopfverletzung im Knast sitzt und dort auch so gut wie keine Chancen hat, wieder gesund zu werden.

– Zwei Stunden Hofgang täglich, zweimal in der Woche Sport für alle, Auf- oder Umschluß auf der Station!

Noch immer wird in der U-Haftanstalt Moabit der 23-Stunden-Schließfachvollzug (allein in der Zelle) praktiziert. Einzige Abwechslung ist der nur einstündige Hofgang. Umschluß gibt es nur für Gefangene in der „Langzeituntersucher-Station" die zwar – als „Zugeständnis" des letzten Hungerstreiks – von 18 auf 36 Plätze vergrößert werden soll, was aber bei ca. 1.200 Gefangenen ein schlechter Witz ist.

– Abschaffung der Fliegengitter!

Die an vielen Zellenfenstern angebrachten Fliegengitter machen es unerträglich, längere Zeit nach draußen zu gucken, da es sehr schnell vor den Augen zu flimmern beginnt.

– Eine Stunde Besuch wöchentlich!

Bisher gibt es (wie überall) nur eine halbe Stunde alle 14 Tage Besuch – das sind nicht mehr als 13 Stunden im Jahr.

– Genügend Dolmetscher für Ausländer!

Ausländische Gefangene müssen z.B. mit ihrem Besuch „aus Sicherheitsgründen" Deutsch sprechen.

– Uneingeschränkter und unbehinderter Kontakt mit den Drogenberatungsstellen!

In einer Solidaritätserklärung des Besetzerrates (der Westberliner Instandbesetzer) zum Hungerstreik heißt es: *„Die Häuserkampfbewegung hat in ihrem Widerstand gemerkt, wie schnell jeder eingeknastet werden kann. Die Ereignisse der letzten Monate und die Reaktion des Senats und der Justiz sprechen eine deutliche Sprache: 12 sitzen in Untersuchungshaft, über 500 Ermittlungsverfahren und drei Urteile, die aufzeigen sollen, daß der Staat keinen Widerspruch zu seiner Politik zuläßt.*

Wir kämpfen um Selbstbestimmung in unseren Lebensräumen und unterstützen von daher erst recht den Kampf von Menschen, denen nicht einmal die lebensnotwendigen Bedürfnisse erfüllt werden. Deshalb unterstützen wir den Hungerstreik als ein Ausdrucksmittel des Protests gegen die menschenunwürdigen Haftbedingungen. Diesem Hungerstreik haben sich auch die angeschlossen, die der Justiz während der ‚Kreuzberger Festspiele' in die Fänge geraten sind..."

Antirepressions-Kommission des KB/Westberlin

28. Februar Brokdorf
Großdemonstration

Fortsetzung von Seite 1

was angesichts eines überdimensionalen Polizeiaufgebots möglich ist, oder mit dem Sinn und Unsinn von Aktionen, die am Rande der Demonstration durchgeführt werden – eine Diskussion, die nach der Hamburger Brokdorf-Demonstration aktuell geworden ist.

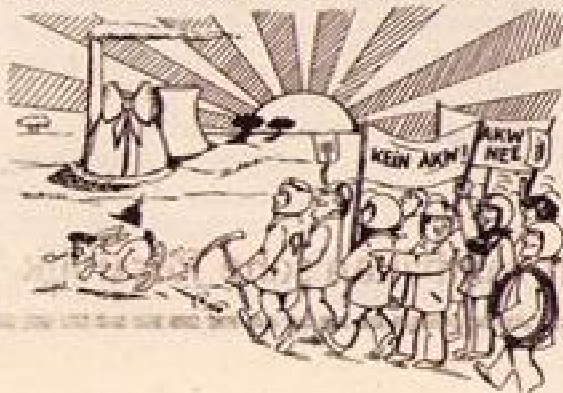
Trotz der Meinungsverschiedenheiten bleibt es aber dabei, daß zu e i n e r Großdemonstration aufgerufen wird – allerdings mit unterschiedlichen Aufrufen. So werden KBW, GIM, DKP, SDAJ, Grüne-Baden Württemberg, BBU-Vorstand und einige AKL-Gruppen in ihrem Aufruf das Konzept der reinen politischen Kundgebung betonen. Die Jusos Schleswig-Holstein hatten angekündigt, sich in ihrem Aufruf zur Gewaltfreiheit zu bekennen.

Der Rahmen für den Ablauf der Demonstration, der von dem Großteil der Bürgerinitiativen, von den Grünen Schleswig-Holstein und Hamburg, den autonomen Gruppen, vom KB und anderen getragen wird, ist enthalten in dem Aufruf, der in Hannover verabschiedet wurde:

Nach mehreren Sätzen zu dem Thema, weshalb wir gegen AKWs sind und den Forderungen fährt der Aufruf fort: *„Wir wollen keine Konfrontation mit dem Staatsschutzapparat, aber wir werden uns gegen die Gewalt, die auf uns durch das AKW ausgeübt wird, zur Wehr setzen. Und unseren Widerstand werden wir selbst bestimmen und uns nicht von denen vorschreiben lassen, die den Bau von AKWs befürworten. Wir halten an unserem Ziel fest: Der Bauplatz muß wieder zur Wiese werden!*

Die Demonstration und Kundgebung bereiten wir mit folgendem Anspruch vor: - Unser Kampf wird sich nicht durch diese Demonstration entscheiden – wir müssen uns auf einen längerfristigen Kampf vorbereiten, der unseren gesamten Lebens- und Arbeitsbereich mit einbezieht, der sich auch nicht nur auf den Bauzaun und das AKW-Brokdorf beschränken läßt. - Unsere Stärke ist die Vielfalt des Widerstands. Wir müssen darauf achten, daß zum einen die verschiedenen am Widerstand beteiligten Gruppen und Einzelpersonen i h r e Vorstellungen entwickeln und zum Ausdruck bringen können zum anderen aber niemand in Situationen hineingezogen wird, die er nicht tragen kann oder nicht will. - Wir demonstrieren nicht – wie uns unterstellt wird – gegen die Bevölkerung oder deren Einrichtungen, und es wird darauf ankommen, auf die Ängste und Vorstellungen der Menschen Rücksicht zu nehmen; unser Protest richtet sich gegen das AKW-Brokdorf.

Zum Ablauf: Von einem Sammlungsort in der Wilster Marsch aus werden wir in Richtung Bauplatz gehen. Dort wird dann eine Abschlußkundgebung stattfinden, die unsere Gegnerschaft zum AKW-Brokdorf und zum Atomprogramm begründet. Wir suchen keine Konfrontation mit der Polizei, aber wir lassen uns auch nicht vorschreiben, wo wir demonstrieren wollen. Sollten wir nicht bis zum Bauplatz kommen, wird die Demonstration jeweils vor Ort über ihr weiteres Vorgehen entscheiden und die Kundgebung dort abhalten, wo sie es nach Einschätzung der Lage für richtig hält. Wir werden entschieden vorgehen, uns jedoch nicht auf sinnlose Auseinandersetzungen einlassen. Wir können nicht ausschließen, daß Gruppen schon auf der Hinfahrt oder sogar schon in ihren Heimatorten aufgehalten werden; dies muß schon in der Vorbereitung berücksichtigt werden. (folgender Satz aus einem Bremer Aufruf-Vorschlag wurde zwar nicht abgestimmt, fand aber als Ergänzung keinen Widerspuch: „Auf unserem gemeinsamen Weg nach Brokdorf wollen wir uns nicht aufhalten lassen. Sollte es uns, trotz aller Bemühungen, unmöglich werden, Brokdorf zu erreichen, werden wir je nach Ort und Lage eine kraftvolle Demonstration in Bremen, Hannover, Rotenburg, Hamburg, Brunsbüttel oder sonstwo durchführen".) Es folgen dann im Aufruf technische Hinweise, sowie die Aufforderung an *„alle AKW-Gegner, sich an den Vorbereitungen zu dieser Demonstration und Kundgebung zu beteiligen und auch eigene Beiträge vorzubereiten."*



Hamburger AKW-Gegner geben ein Brokdorf-Info heraus, das über folgende Adresse bezogen werden kann:

BUU-Hamburg
Bartelsstr. 26
2000 Hamburg 6
Tel: 040/439 86 71

Informationen gibt es auch über die Hamburger Rufnummern:

439 86 31 und
24 76 90

Das erste Info enthält einen Überblick über den 6-jährigen Kampf gegen das AKW-Brokdorf, einen Artikel zur Haltung der Hamburger Gewerkschaften in dieser Auseinandersetzung und insbesondere eine ausführliche Berichterstattung zur Hamburger Demonstration vom 2.Februar. Das zweite Info enthält den Aufruf mit den Erstunterzeichnern sowie jede Menge wichtige Hinweise zur Demonstration und zum Stand der Mobilisierung.

Sozialistische Konferenz

Fortsetzung von Seite 1

der künftigen politischen Entwicklung und der daraus sich ergebenden Möglichkeiten sozialistischer Politik gehen, war sein Ansatz die Diskussion um das „Abschiednehmen vom Proletariat“, „Veränderung des Menschen statt Machtkampf“, „Menschheitsfrage statt Klassenkampf“ usw. Eingeleitet hatte er diesen Putsch vier Wochen vor Konferenzbeginn mit einer Unterschriftensammlung für „einen anderen Vorschlag für die Sozialistische Konferenz“ (siehe AK 193). War diese Themenstellung jedoch noch auf der Vorbereitungssitzung für die SK am 10.1. rundheraus abgelehnt worden, wurde ihr von der Tagesleitung in einem Vorgespräch am Freitag weitgehend nachgegeben. Rudolf Bahro wurde ohne weitere Debatte unter a l l e n Teilnehmern die Einrichtung von einer Vielzahl von Arbeitsgruppen „gestattet“. Ohne so die Diskussion um die inhaltlich weit auseinandergehenden Vorstellungen zu führen, wurde „hinter den Kulissen“ ein „Kompromiß“ ausgehandelt, der die Konferenz sprengen mußte.

Andererseits hat sich gezeigt, daß die Konferenz in ihrer inhaltlichen Vorbereitung z u e n g ausgelegt war. Insbesondere auf massive Intervention der Sozialistischen Studiengruppen (SOST) waren die Arbeitsgruppen am Sonnabend weitgehend auf die Gewerkschaftsfrage eingeschränkt worden. Von dieser Seite gab es ja auch verschiedentliche Vorstöße, diese Frage zum a l l e i n i g e n Schwerpunkt der Konferenz zu machen. An diesen Arbeitsgruppen beteiligten sich dann aber tatsächlich im wesentlichen Anhänger der „traditionellen Linken“, mit Ausnahme einer Arbeitsgruppe um die Frage nach der Forderung „Stahlwerk jetzt“, die allerdings weit über die eigentliche Gewerkschaftsfrage hinausgeht.

Diese e n g e Auslegung ermöglichte es Bahro erst, mit dem Angebot von einigen „Modethemen“ die Konferenz teilweise in sein Fahrwasser zu bringen.

In der gleichen Weise wirkte sich dies auf die Diskussion der Friedensfrage aus. In der Vorbereitungsgruppe gab es massive Bestrebungen, diese Frage an den Rand der Diskussion zu drängen. Noch auf der Vorbereitungssitzung am 10.1. war es abgelehnt worden, überhaupt über eine p r a k t i s c h e friedenspolitische Initiative zu diskutieren. Der Vorschlag der Hamburger Friedenskoor-

Initiative zu diskutieren. Der Vor-

schlag der Hamburger Friedenskoordination, den Aufruf der Russell-Peace-Foundation für die Schaffung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa zu unterstützen, wurde noch mehrheitlich abgelehnt. Auf der Konferenz kam Bahro mit dem gleichen Vorschlag – und ohne Debatte wurde er von der Tagungsleitung übernommen.

Die Differenzen, die hinter diesen unterschiedlichen Ausrichtungen der Konferenz stehen, wurden jedoch zu keinem Zeitpunkt so ausgetragen, daß sie für die Masse der Teilnehmer verständlich gewesen wären. Wurden sich in den Tagesleitungssitzungen massiv die Brocken um die Ohren gehauen, so wurde auf dem Plenum alles in Eintracht untergebuttert. Warf die Tagesleitung der SK Bahro vor, er putsche und spalte die Konferenz, so sprach dieser von dem notwendigen Kampf zweier Linien und nahm für sich in Anspruch, der Konferenz das große Interesse gesichert zu haben. Bei den Teilnehmern kam dies nur in der verschleierten Form von organisatorischen Querelen an. Und anstatt dann die i n h a l t l i c h e n Differenzen auszutragen, wurde sich stattdessen über „unsolidarische Verkehrsformen“ gegenseitig beschwert. Man mag sich aber noch so sehr über unsolidarisches Verhalten beschweren, dies läßt sich gar nicht vermeiden, wenn unterdrückte inhaltliche Differenzen auf organisatorischer und formaler Ebene ausgetragen werden.

Ein weiterer Grund für die mageren Ergebnisse dieser Konferenz war, daß (bis auf das Friedensthema) an keiner Frage vorbereitet auf E r g e b n i s s e hin diskutiert wurde. Weder in Hinsicht auf gemeinsame Erklärungen noch in Hinsicht auf praktische Konsequenzen. Dies führte dazu. daß weite Teile der Konferenz von Anfang an z i e l l o s waren, wodurch auch die Diskussion geprägt war.

Dies trifft auch auf die Frauen-Arbeitsgruppe zu. Nach der ersten Konferenz hatten sich Frauen überlegt, eine Frauen-AG einzurichten, in der über das Verhältnis linker Frauen zur Linken diskutiert werden sollte. Aber die Diskussion auf der Konferenz ist nicht über die in anderen Zusammenhängen schon gemachten Ansätze hinausgekommen. Aber auch hier liegt die Verantwortung nicht bei der Diskussion a u f der Konferenz, sondern darin, daß keine Ergebnisse geplant waren.

Positive Ansätze wurden in der Friedensdiskussion entwickelt. Beschlossen wurde, die nächste Konferenz unter das alleinige Thema der Kriegsgefahr zu stellen. Weiterhin soll ein friedenspolitisches Forum initiiert werden, das Kräfte über die sozialistischen Kräfte hinaus einbezieht.

Verabschiedet wurden fast einstimmig der Aufruf der Russell-Peace-Foundation und der Krefelder Aufruf gegen die Nachrüstungsbeschlüsse. Hierbei schälten sich weitgehende Differenzen heraus, die jedoch wiederum nur in verdeckter Form ausgetragen wurden.

Einerseits die DKP. Sie plädierte allein für eine Unterstützung des Krefelder Aufrufs, da es heute vor allem um die Nachrüstung gehen müsse. Verwiesen wurde darauf, daß es zu dieser Frage bestehende Initiativen gebe, denen man keine neue hinzufügen solle. Sie verweigerten dagegen eine Stellungnahme zum Aufruf der Russell-Peace-Foundation, der eine Abrüstung in West u n d Ost beinhaltet. Andersherum die Vaterländler, die natürlich den Aufruf der Peace-Foundation bevorzugten, ohne Stellung zur Frage der e i n s e i t i g e n Abrüstung im Westen zu nehmen.

Dennoch ist es gerade diese Frage gewesen, an der auf dieser Konferenz die inhaltlich weitestgehende Diskussion geführt wurde und die erkennbar die einzige ist, die eine sichtbare Arbeitsgrundlage für a l l e linken Strömungen bildet.

MG-Salven

Es gibt Christen, die nichtsdestoweniger an einer radikaldemokratischen antiimperialistischen und revolutionären Praxis teilhaben. Umgekehrt gibt es Leute, die sich zwar einer marxistischen Begrifflichkeit befleißigen, in der Praxis jedoch antidemokratisch und reaktionär sind. Paradebeispiel: die „Marxistischen Gruppen“, die in Marburg auf makabre Weise demonstrierten, welche Perversionen unter einem linken Namensschild möglich sind. Ihre Methode: erbärmliche Besserwisserei in der marxistischen Phrase, bis zum Erbrechen widergekäut, gepaart mit einem erbarmungslosen Kampf gegen jede linke Initiative.

Sie waren mit der erklärten Absicht gekommen, die Konferenz „ad absudum“ zu führen, ein vollkommen logisches Unterfangen für eine Gruppe, deren einzige politsche Richtschnur der Nihilismus ist. Sie schäumten über Bahros „Abschied vom Proletariat“. Richtige Kritik von links? Aber nicht doch! Die MG an Arbeiterfeindlichkeit zu übertreffen wäre aussichtslos: für sie gibt es nichts verabscheuungswürdigeres als die Arbeiter-Deppen in der BRD.

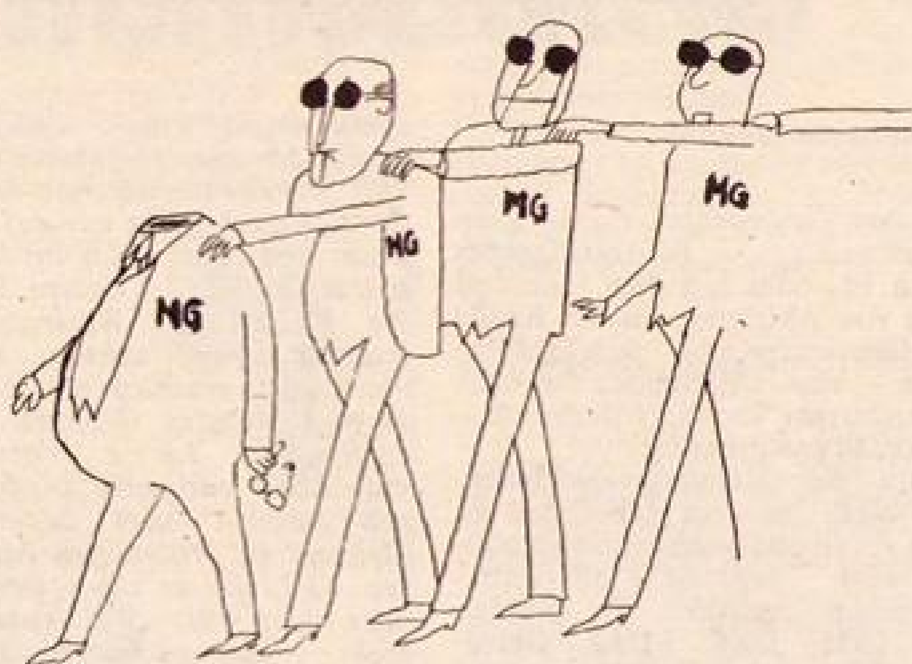
Gleiches in der Friedensfrage: den Ball, den ihnen die Vaterländler-(einschließlich rechter Jusos und Bahro) zuspielten, nahmen die MG dankbar auf. Doch wohin wird geschossen? Frieden „an sich“ ist für die MG „kein sozialistisches Ziel“, und die Tatsache, daß auf dieser Konferenz *„jederman total auf Frieden eingestellt war“*, gibt ihnen Anlaß zu Haßtiraden.

Bis hierhin würden sich die Thesen der MG immerhin noch innerhalb des Spektrums an Schwachsinn befinden, wie er von der westdeutschen Linken traditionell abgedeckt wird. Doch die Grenzen zum Faschistischen werden überschritten, wenn sich die MG zu Frauen, Schwulen, Behinderten oder anderen Diskriminierten äußern. Die MG bedauerten, daß auf der SK *„niemand im Plenum Manns genug war“*, den *„Weibspersonen“* aus der autonomen Frauenbewegung *„ins Wort zu fallen“* (daß sich eine Z-Frau vom „Geschlechterkampf“ distanzierte, wird hier unfairerweise unterschlagen!). Bei den MG wird der „Unterschied zwischen Mann und Frau“ als *„begrüßenswerte Grundlage mann(!)igfaltiger Freuden“* behandelt.

Kostprobe: MG-Frauen durften in Marburg Bier für die Chefs holen und nach der Veranstaltung ihrer Truppe den verdreckten Hörsaal reinigen (Originalton eines MG-Mannes: „Ich geh doch nicht putzen).

„Widerlicher Gipfel der Zumutung“ war für die MG ein Beitrag eines Behinderten, der sich *„in verrücktem Stolz für sein Anliegen abquälte“* (der Zynismus der MG gilt hier einem sprachbehindertem Genossen). Wenn für die MG ein *„behinderter, weiblicher DDR-Dissident“* der Abschaum der Menschheit ist, so fehlt in dieser Aufzählung von Prädikaten nur noch die jüdische Rasse.

Am Sonnabend gaben die MG mit einer Veranstaltung zum Thema „Modell Deutschland“ ihre eigene Vorstellung. Da war es in der Tat faszinierend zu beobachten, wie 400 MGler fünf Stunden lang muchsmäuschenstill und ohne mit der Wimper zu zucken ausharrten, um sich das besoffene Gestammel (das ist keine Übertreibung sondern bitterer Ernst!) ihrer Vortänzer anzuhören. Höhepunkt der Zirkusnummer: Der Abgang des 2. Vorsitzenden Dr. Held ins Klo, um sich nach dem Genuß eines Kasten Biers auszukotzen



Tomi Ungerer

(ein Teppich, um hineinzubeißen, war nicht vorhanden). Tags drauf durften die MG-Truppen den Lohn für die Mühen der weiten Anreise kassieren. Die SK mußte der geballten Phonstärke der rhytmisch hervorragend präparierten MG-Chöre weichen und den Hörsaal wechseln. Man muß nicht nach Poona fahren, um die Charakteristik gemeinschaftlicher Triebstau-Lösung zu studieren.

Es ist der vielfach gedemütigte deutsche Kleinbürger, der auf diese Weise seine autoritären Herrschaftsgelüste austobt. Daß dies unter marxistischem Etikett geschieht, sollte uns nicht daran hindern, darauf hinzuweisen, daß diese Mentalität mit gewisser Logik zur Errichtung von KZs für Andersdenkende und „Minderwertige“ führt. Wer dies nicht glaubt, studiere die Geschichte der Universitäten in der Weimarer Republik. Sollten diese Leute k e i n e bezahlten Provokateure sein, so muß man sich fragen, weshalb sie so dumm sind, keine „Spenden“ für ihre Aktivitäten zu verlangen.

(Kursiv gedruckte Zitate aus den MG-Flugblättern zur SK)

Hessischer Rahmenplan legt „härtere Gangart“ gegenüber den in der Psychiatrie untergebrachten Drogenabhängigen ein

Anläßlich eines Besuchs des hessischen Sozialministers Armin Clauss im psychiatrischen Landeskrankenhaus Hadamar im Kreis Limburg-Weilburg forderte Anstaltsleiter Wulf Steglich eine „härtere Gangart in der Behandlung von Drogensüchtigen“. Die Tatsache, daß Menschen, die auf Gerichtsbeschluß in der Psychartrie untergebracht sind, nicht gerade besonders bereit sind, sich dort behandeln zu lassen, nimmt er zum Anlaß, Härte statt Partnerschaft im Umgang mit diesen Menschen zu praktizieren. Der Entzug der meist von der Justiz Eingewiesenen kann nach seiner Meinung nur noch in klausurmäßiger Umgebung erfolgen. Die Süchtigen kämen sich unter dem Einfluß der Drogen völlig normal vor und könnten deshalb auch nicht für eine Therapie motiviert werden.

Diesen Prinzipien entsprechend ist der Trakt für Drogenabhängige in Hadamar mit einem doppelten Zaun umgeben, um ein Ausbrechen oder das Eindringen Fremder zu verhindern. Außerdem ständen zehn Zellen zur Verfügung (wofür? Anm. AK). Anders – meinte Steglich – sei ein „Maßregelvollzug“ nicht zu verwirklichen. (Alles nach „FR“, 31.1.81).

Maßregelvollzug heißt: ein Abhängiger kommt, nachdem er rechtskräftig verurteilt ist, nicht in den Knast, sondern wird in einer Anstalt der „Sicherung und Besserung“ untergebracht. Das kann die Psychiatrie oder bei Süchtigen auch eine „Entziehungsanstalt“ sein. In anderen Bundesländern haben die Justizministerien Einrichtungen nach diesem Gesetz gebaut, die Drogenknäste. Egal, ob Knast oder Psychiatrie, in diesen Anstalten werden mit dem Argument, die Stationen clean zu halten, oder mit therapeutischen Begründungen alle möglichen Willkürmaßnahmen festgesetzt. Es ist nicht neu, aber immer wieder erschreckend, daß im Knast durch das Strafvollzugsgesetz die Situation u. U. im Einzelfall nicht ganz so rechtlos ist wie in der Psychiatrie.

Die Auswirkung auf die Betroffenen

Die in Hadamar auf der geschlossenen Station 4, auf der nur Drogenabhängige sind, Untergebrachten, fühlen sich nach eigenen Worten „eingesperrter als im Knast“.

In einem Brief an die „Frank-
sperrrter als im Knast“.

In einem Brief an die „Frankfurter Rundschau“ (FR, 7.2.81) schrieben fünf Patienten: „Ein Maximum an Menschenrechten wird uns vorenthalten“.

Im einzelnen kritisieren sie:

1. Der Briefverkehr ist auf zwei Bezugspersonen, die vorher überprüft werden, beschränkt.
2. Radios und Casettenrecorder aus eigenen Beständen werden uns vorenthalten.
3. Vom ersten Februar an dürfen wir keine Pakete mehr empfangen.
4. Der Spaziergang an der frischen Luft wird verweigert.
5. Man teilt uns in der Woche nur noch zehn Mark zu.
6. Der Fernsehapparat wird um 22 Uhr ausgeschaltet, egal, ob der laufende Film zu Ende ist oder nicht.

Begründet werden diese Zwangsmaßnahmen wieder einmal mit therapeutischen Zielen. Alle Verhaltensweisen, die mit Drogenverbrauch verbunden seien, müßten – laut Dr. Steglich – in dieser ersten und härtesten Behandlungsstufe vermieden werden. Dazu gehören drogenbezogene Gespräche, Szenejargon, Umgewöhnung auf Tagesaktivitäten statt Nachtaktivitäten etc.

Dabei ist nun hinlänglich landauf – landab bekannt, daß Therapie unter Zwang ein Widerspruch in sich ist. Daher ist sie auch selten erfolgreich. Vor allem aber ist der Versuch der therapeutischen Beeinflussung von Menschen gegen ihren Willen ein schwerwiegender Eingriff in die persönliche Unversehrtheit. Die aktiven Knastgruppen in Westberlin/Lehrter Straße und Frankfurt/Preungesheim bekämpfen den Wohngruppenvollzug auf den Therapiestationen deshalb als „Gehirnwäsche“.

Erreicht wird durch die beschriebenen staatlichen Maßnahmen wohl genau das Gegenteil einer Therapie, nämlich, daß die Resignation, die auf der Szene ohnehin schon sehr groß ist, durch das Gefühl der Ausgeliefertheit noch verstärkt und verfestigt wird.

Laut FR wurde schon von privater Seite Strafantrag gegen Dr. Steglich gestellt, und ein Frankfurter Anwaltskollektiv soll dies auch erwägen.

Planung für ganz Hessen

Aus der FR geht hervor, daß die Praxis in Hadamar lediglich ein Vorgriff auf die geplante Behandlung für sämtliche in der Psychiatrie auf Gerichtsbeschluß eingewiesene Drogenabhängige in Hessen ist. Vom hessischen Landeswohlfahrtsverband (LWV), der den Versorgungsauftrag für „psychisch Kranke und Suchtkranke“ hat, wurde ein „Rahmenplan“ erarbeitet, der eine „strukturelle Neuordnung des Drogenbereichs“ vorsieht. Für die Gruppe der strafrechtlich Untergebrachten soll der „Maßregelvollzug“ unter verschärften Bedingungen durchgeführt werden. Dazu gehören die in Hadamar schon praktizierten Rahmenbedingungen.

Sechs bis neun Monate sollen die Drogenabhängigen diese Prozedur über sich ergehen lassen. In einem dreistufigen Programm soll „Therapie“ gemacht werden, über deren Konzept inhaltlich nichts ausgeführt ist. Wenn der Geist des Herrn Steglich zugrunde liegt, kann es sich eigentlich nur um ein Anpassungstraining handeln.

Danach soll eine Selektion unter den Abhängigen stattfinden. Die „therapierbaren“ sollen in eine Langzeittherapie, die dann noch mal 18 Monate dauert, gehen. Die therapeutischen Einrichtungen, denen es u. a. darum geht, eine ehrliche Auseinandersetzung mit den Abhängigen zu führen, werden sich sicher über die derart vorbehandelten Klienten sehr freuen. Zumal diejenigen, die ursprünglich Interesse an einer Therapie hatten, nach dieser Maßregelung erstmal „kuriert“ sein dürften.

Die anderen, die – nach Meinung der Ärzte – nicht therapierbar sind, möchte der LWV dann in „einen geschlossenen und gesicherten Bereich“ verlegen, was zurück in den Knast, aber wohl auch auf eine andere geschlossene 1Psychiatriestation, heißen kann. Die Angst, zu dieser Ausschußware zu gehören, wird sicher ein wirksames Mittel sein, mangelnde Anpassung oder gar Widerstand gegen dieses Konzept im Keim zu ersticken.

Alle diese Maßnahmen laufen unter dem schön klingenden Motto „Therapie statt Strafe“. Es besagt nichts weiter, als daß einige Abhängige nicht im Normalvollzug – wo mehr „Lockerungen des modernen Strafvollzuges“, aber auch viele Dro-

Strafvollzuges“, aber auch viele Dro-

gen sind – antreten müssen. Über die Qualität der „Therapie“ sagt es, wie man sieht, gar nichts. Um sicher zu gehen, daß sein „Rahmenplan“ auch von der hessischen Landesregierung verabschiedet wird, hat der LWV schon angedroht, andernfalls den Versorgungsauftrag für diesen Personenkreis zurückzugeben. Das heißt auf deutsch, die Landesregierung kann sehen, wo sie mit den Leuten bleibt.

Man darf gespannt sein, ob die Ärzte und Pflegekräfte der anderen psychiatrischen Landeskrankenhäuser in Hessen auch so gut mitspielen werden wie Dr. Steglich.

Drogenkommission

EIN ORT MIT TRADITION

„Du bist nicht recht gescheit, du kommst nach Hadamar in den Backofen“
Kinderspruch von 1941, berichtet vom Bischof aus Limburg.

Die Äußerungen des Dr. Steglich bekommen einen besonders makaberen Zug dadurch, daß sie ausgerechnet vom Leiter der Klinik Hadamar stammen.

Denn Hadamar war eine der sechs Tötungsanstalten der Aktion T4 der Nazis zur Vernichtung ‚lebensunwerten Lebens‘. In der Zeit von Januar 1940 bis August 1941 wurden ca. 100.000 psychisch Kranke, Behinderte, Alkoholiker etc. umgebracht. Auf Proteste aus der Bevölkerung und den Druck der Kirchen hin wurden dann diese offenen Mordaktionen wieder eingestellt. Die Ärzte hatten meist stillschweigend mitgemacht oder das Vorgehen gutgeheißen; nur einzelne haben sich dieser Praxis verweigert.

Göttingen: Räumung und Gegenschlag

Am Mittwoch, dem 4. Februar gegen 19.30 Uhr, war es soweit: mit Rammböcken und Motorsägen drangen die aus ganz Norddeutschland herangekarrten „Chaoten" in einer offenbar planmäßig organisierten Aktion in die instandbesetzten Häuser Jüdenstraße 35 und „Kraaker Schule" ein. Innerhalb von wenigen Stunden zerstörten Vandalen und berufsmäßige Krawalleure das, was in zwei Monaten aufgebaut worden war: die renovierten Wohnungen, das „Cafe Chaos", das Kulturzentrum, die Werkstätten.

Aber während dieser gespenstigen Aktion wurde deutlich: Hunderte von Bullen mit schwerem Gerät, Schlagstöcken und Helmen können zwar in kurzer Zeit die Häuser abbruchreif stürmen, **nicht aber die Kraft zerstören, die sie instandbesetzten.**

Bereits als die Bullen anrückten, waren über 1.000 Leute durch die Telefonkette mobilisiert worden und hatten sich vor den Häusern versammelt. Kurze Zeit später, nach der Räumung, waren es 2.000, die durch die Innenstadt demonstrierten.

Vorsorglich hatten die Bullen die Schaufenster in der Hauptgeschäftsstraße, durch die die Demonstration zog, „ungeschützt" gelassen und sich in den Seitenstraßen postiert. Offenbar haben sie darauf gewartet, daß einige zerdepperte Fensterscheiben ihnen das Signal für einen zünftigen „Krawall" liefern würden. Eine klassische Falle: Pech für die Bullen, daß diesen Gefallen ihnen niemand getan hat.

Die Räumung der instandbesetzten Häuser war für Oberstadtdirektor Vieten (FDP), Innenminister Möglinghoff und für die Göttinger Staatsanwälte eine „Aktion Wasserschlag". Was hatte doch das „Göttinger Tageblatt" nach den „Silvester-Krawallen" gefordert? „Man muß den Chaoten die Operationsbasis entziehen!" Also nicht nur einfach die Häuser räumen, sondern den berüchtigten harten Kern wenn man ihn nicht isolieren kann – zerschlagen, verhaften, mit Anzeigen überziehen, ihm die Kosten der Räumung aufhalsen etc. Daraus ist nichts geworden.

Schon Wochen vor der Räumung wurde als Taktik festgelegt, bevor die Bullen anrücken, das Haus heimlich zu verlassen und sich d a v o r aufzustellen, um den großen Verhaftungscoup zu durchkreuzen. Angesichts des erwarteten Bullenaufgebots wollten wir unsere Kraft nicht in einer „Schlacht" verpulvern, die „rein militärisch" nicht zu ge-
die „rein militärisch" nicht zu ge-
winnen war.

Die Bullen räumten leere Häuser, aus der großen Razzia wurde nichts und die Operationsbasis, sie existiert. Und was noch wichtiger ist: die Häuserkampfbewegung hat sich verbreitert, und ihre Entschlossenheit hat zugenommen...

... und der Gegenschlag

Nach der Demonstration in der Innenstadt zogen gegen 22.30 Uhr etwa 800 Leute von einem Konzert der „bots" auf das Gelände des Alten Klinikums: ein weiterer verrammelter Trakt der Inneren Medizin wurde geöffnet und besetzt. Dieser Trakt verbindet die beiden Flügel der Inneren Medizin, die nach der erfolgreichen Besetzung der Augenklinik im Herbst 1979 Wohnungssuchenden von der Uni offiziell bis zum 28.2.1981 überlassen wurden. (Danach sollen sie wieder raus... Mal sehen, ob...)

Am Donnerstagmorgen versuchen in einer äußerst waghalsigen Aktion ca. 25 Bullen den besetzten Trakt zu räumen, in dem sich zu dieser Zeit nur sehr wenige Besetzer aufhalten. Bereits vor Monaten hatte die Unileitung angekündigt, daß sie Besetzungen von leerstehenden (!) Unigebäuden keinen Augenblick dulden würde. Sie wollte nicht, aber sie mußte! Die eingedrungenen Bullen wurden im besetzten Trakt gebührend empfangen: gegen Tränengas und Schlagstock halfen Stein- und Flaschenwürfe. Sofort wurden die Treppenaufgänge verbarrikadiert, so daß die Bullen schließlich im 1. Stock eingekeilt waren, während der 2. und 3. Stock von den Besetzern beherrscht wurde

Angebote, freiwillig und unbeschadet abzuziehen, wollten die Bullen partout nicht annehmen. So mußten sie eben auf ihr warmes Mittagessen verzichten.

Während des frühen Nachmittags strömten immer mehr Leute auf dem Kliniksgelände zusammen. Eine Uni-Vollversammlung wurde dorthin verlegt und eine für 15.00 Uhr angesetzte Demonstration solange verschoben, bis die unmittelbare Gefahr einer Räumung gebannt war. Schließlich waren erneut über 2.000 Leute versammelt, um den besetzten Trakt zu schützen. Eine prekäre Situation für die Bullen. ein kleines Häuflein im Trakt eingeschlossen, 2.000 Leute auf dem Klinikgelände und im Trakt und davor genügend Leute, die nicht kampflos weichen würden. Was also tun? Nach einigem Zögern entschlossen sich die Bullen, auf das Gelände zu stürmen, um ihre festgesetzten Kollegen rauszukeilen. Doch sie kamen nicht weit: die entschlossene Gegenwehr der Besetzer und v.a. einige Feuerlöscher schlugen sie zurück. Auch wenn sehr viele Leute während dieser Auseinandersetzung „aufhören" oder „Steine weg" riefen, so muß doch gesagt werden, daß die Militanz und Entschlossenheit der Besetzer in dieser Situation weitere Bullenübergriffe und v.a. eine Räumung verhindert hat. Nach diesem mißglückten Einsatz wurden auch die Verhandlungen zwischen Bullen, der Uni-Leitung, den Besetzern und einem vermittelnden Pastor beschleunigt. Schließlich erklärten sich die Bullen zum Abzug bereit, falls die Besetzer ihrerseits nicht die Labors im Erdgeschoß des besetzten Trakts beschädigen würden. Dieses „Zugeständnis" wurde ihnen gemacht, denn selbstverständlich war nie an eine Beschädigung von Labors gedacht worden.

Tatsächlich war für die Bullen der Preis für eine Räumung zu hoch geworden. Gegen 2.000 Leute, die größtenteils nicht militant eingestellt waren, auf einem relativ engen Gelände loszuknüppeln und einen Trakt stürmen zu wollen, der militant verteidigt wird, war für sie offensichtlich zu einem nichtkalkulierbaren Abenteuer geworden. Die breite Solidarität u n d die Entschlossenheit der Militanten haben diesen Erfolg errungen.

Nachdem die über 300 Bullen sich zurückgezogen hatten, formierte sich erneut eine Demonstration von ca. 3 000 Leuten zu einem Zug durch die Innenstadt. Um erneut die Stärke der Bewegung zu dokumentieren, gingen einen Tag später ca. 2.000 Demonstranten auf die Straße und zogen zu einer Sitzung des Stadtrats, der nicht einmal eine Delegation zulassen wollte.

Die Räumung der besetzten Häuser Jüdenstraße 35 und „Kraaker Schule" hat sich für die Herrschenden als Bumerang erwiesen.

Auch wenn Tag und Nacht dutzende von Bullenstreifen die Stadt unsicher machen, leerstehende und Häuser führender Göttinger Politiker bewachen, die Probleme werden sie nicht los. Nach der erfolgreichen Verteidigung des Trakts sollte man die Liste der leerstehenden Häuser in Göttingen wieder scharf ins Auge fassen: hunderte von Bullen können nicht ewig in der Stadt bleiben...!

KB/ Gruppe Göttingen



Foto: Peter Homann

Solidarität mit den Instandbesetzern:
Wieder über 10.000!

In Westberlin nehmen die Demonstrationen kein Ende mehr: Trotz verschärfter Hetze und Kriminalisierung demonstrierten am Sonnabend (7.2.) wieder über 10.000 Menschen gegen Entmietung, Sanierung und Abrißbirnen, gegen Verfolgung und Verknastung von Instandbesetzern bzw. ihren Sympathisanten.

Aus zwei Richtungen kamen Demonstrationszüge zum Schöneberger Rathaus. Der Zug aus Kreuzberg mit über 7.000 Leuten war fetzig, wie man/frau es heute nur noch selten auf Demonstrationen erleben kann. Musik, Theater und Konfetti sorgten für bombige Stimmung. Teilweise wurde mehr in Richtung Rathaus getanzt als gelaufen. Die Bullen hielten sich diskret im Hintergrund. Schupos regelten den Verkehr und ließen sich ihre Mützen klauen.

Immer wieder „eins, zwei, drei, laßt die Leute frei!" In Westberlin sind diese sieben Worte inzwischen bekannter als jeder Werbeslogan.

Die Fensterscheibe eines nagelneuen Sex-Shops klirrte. *„Die Glaser-Innung dankt den Instandbeset-*
ser-Innung dankt den Instandbeset-
zern", hieß es auf einem Plakat. *„Der Senat hat einen Vogel"* war auf einem anderen zu lesen. Unbestreitbar. Der Vogel war glücklicherweise sicher verwahrt in einem Käfig, der von einem Mitglied der Spaßgerillja getragen wurde. In einem größeren Käfig fluchte der gehaßte und geschaßte Finanzsenator und Garski-Gönner Riebschläger. Die Bürger von Kreuzberg winkten aus ihren Fenstern.

Auf dem Rathausplatz wurde es dann wieder etwas „heimeliger": Hunderte von weißen Helmen und schwarzen Schlagstöcken sicherten die Schutzburg der vermeintlichen Volksvertreter. Ein paar Steine flogen, aber im ganzen blieb es „friedlich". Die Bullen waren diesmal in der Minderheit.

Die Stimmung war klar: Wir machen weiter! So wurden denn auch an diesem Wochenende erneut acht Häuser frisch besetzt. Die Gesamtzahl der besetzten Häuser hat damit die 60 überschritten.

Nach der Abschlußkundgebung fuhren noch etwa 500 Leute zum Moabiter Knast und zogen von dort zum Frauenknast Lehrter Straße, um den Hungerstreik von 46 Gefangenen zu unterstützen. Dabei gab es lt. „TAZ" (9.2.) nach Auflösung der Demonstration wieder eine Verhaftung.

Antirepressions-Kommission KB Westberlin



Westberlin-Moabit
Enthemmte Justiz: 18 Monate für 2 Steine

Im zweiten Prozeß um die „Kreuzger Festspiele" vom 12.12.80 ist innerhalb weniger Stunden entschieden worden, daß Peter K. für 18 Monate im Knast verschwinden soll.

Peter war von Staatsanwalt Möllenbruck, einem der berüchtigsten „Staatsschützer", vorgeworfen worden, „schweren Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstrekkungsbeamte" begangen zu haben. Bislang wurden bei solchen Vorwürfen in aller Regel Geldstrafen oder Haftstrafen „zur Bewährung" ausgesprochen. Nicht so unter dem Vorsitz von Richterin Fruschki-Hoch!

Auch dieser Prozeß fand – wie alle politischen Prozesse der jüngsten Vergangenheit – im Sicherheitsbereich des Moabiter Amtsgerichts statt, was für Zuschauer lange, widerliche Kontrollen und das Ablichten des Personalausweises bedeutet.

Die Zeugen – nur Polizeibeamte – widersprachen sich auch in diesem Prozeß aufs heftigste. Lediglich ein Beamter will überhaupt einen Stein in Peters Hand vor dessen Festnahme gesehen haben. Nach seiner Festnahme soll in seiner Jackentasche ein Stein gefunden worden sein. Peter räumte im Dezember vergangenen Jahres ein, als es um eine mögliche Haftverschonung ging, er habe zwei Steine gegen Polizeifahrzeuge geworfen. Während des Prozesses nahm er diese Aussage zurück, da er sie damals nur gemacht hatte, um freizukommen.

Auch die Verhandlungsführung der Richterin und Möllenbrucks zeigten, daß dieser Prozeß als politischer Prozeß geführt wurde: *„In seinem Plädoyer erklärte Staatsanwalt Möllenbruck, die Bevölkerung bringe kein Verständnis dafür auf, wenn ‚derartige Chaoten' nur eine milde Strafe bekämen!"* („Neue", 6.2.81). Auch in der Urteilsbegründung hieß es dann, es gehe darum, *„dem Mob der Straße"* nicht nachzugeben.

Freilassung aller in den Auseinandersetzungen vom Dezember '80 Verhafteten!

Einstellung aller Ermittlungsverfahren!

Antirepressions-Kommission KB Westberlin







Göttingen. Donnerstag, 5. Februar. Bullen stürmen auf das Klinikgelände. Entschlossene Gegenwehr und Feuerlöscher zwingen sie zum Rückzug.

Polizeiterror in Münster
11 Festnahmen nach Gerichtsverhandlung

In ihrer Auseinandersetzung mit Hausbesetzern orientieren sich Polizei, Justiz und Verwaltung in Münster mehr und mehr am Vorgehen der Staatsgewalt in West-Berlin, Hamburg und anderswo: nachdem erst einige Tage zuvor Besucher einer Ratssitzung, in der über das seit sieben Jahren besetzte Haus in der Frauenstraße diskutiert werden sollte, mit Polizeigewalt aus dem Sitzungssaal geworfen wurden, wurden am Montag, dem 9.2., elf Leute in einer für Münster unglaublich brutalen Polizeiaktion festgenommen.

An diesem Tag fand ein weiterer Prozeß gegen einen Besetzer des im letzten Jahr geräumten Hauses in der Sertürnerstraße statt. Etwa 100 Leute, die den Prozeß besuchen wollten, wurden von einem größeren Polizeiaufgebot daran gehindert, in den Gerichtssaal zu gelangen, obwohl in den vorhergehenden Prozessen alle Interessierten am Prozeß teilnehmen konnten. Nach Abschluß des Prozesses – der Prozeß ging zum ersten Mal mit einer Verurteilung aus – zogen die Demonstranten daher zum Stadthaus in das Büro des Oberstadtdirektors, um ihn zu einer Zurücknahme aller Strafanzeigen zu bewegen. Inzwischen waren bereits drei Leute, die allein durch die Stadt gingen, ständig von Zivilbullen gefilmt und verfolgt worden und schließlich, nachdem einer von ihnen etwas durchgedreht war und den Bullenwagen mit einem Stein beworfen hatte, festgenommen worden. Die Besucher des Oberstadtdirektors zogen sich zurück, als dieser sich der Diskussion durch die Flucht in den Aktenschrank entzog. Auf dem Nachhauseweg wurden auch sie ständig von Zivilstreifen verfolgt. Als einige von ihnen einen in der Gegend herumstehenden Zivilbullen am Fotografieren hindern wollten, wurden sie plötzlich von etwa 50 Bullen, die sich an dieser Stelle auf ein Eingreifen wohl vorbereitet hatten, überfallen. Sie wurden brutal zusammengeschlagen und am Boden liegend noch getreten, mit der Chemischen Keule wurde in die Augen gespritzt usw. Acht Leute wurden festgenommen und drei Stunden lang festgehalten. Ihnen drohen nun Prozesse wegen Körperverletzung, Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und versuchter Gefangenenbefreiung. Einige von ihnen haben bereits ein Verfahren wegen der Besetzung in der Sertürnerstraße laufen. Es ist damit zu rechnen, daß an diesen Leuten ein Exempel statuiert werden soll und sie in den Knast müssen.

Ein achtzehnjähriger Schüler, der sich zufällig die Sache ansah, wurde ebenfalls mit festgenommen und auf der Wache ED-behandelt und geschlagen. Die Grüne Alternative Liste verurteilte in einer Presseerklärung die *„ständige Verschärfung der Einsatzformen"*. Sie macht *„für die Eskalation der Gewalt ... diejenigen verantwortlich, die soziale Probleme wie Wohnungsnot durch Polizeigewalt lösen wollen"*. Auch der ASTA der Uni und die Hausgemeinschaft des besetzten Hauses in der Frauenstraße haben den brutalen Bulleneinsatz scharf verurteilt, sich aber gleichzeitig vom Werfer eines Steines distanziert.

KB/ Gruppe Münster

Weitere Besetzungen

Esslingen. Mit einer 4tägigen Besetzung vom 17. - 21.1., gewaltsamer Räumung und anschließender Zerstörung des Gebäudes endete vorerst der Kampf Esslinger Jugendlicher für ein autonomes Jugendzentrum.

Hatte der Oberbürgermeister die Forderungen der Jugendlichen jahrelang ignoriert, so reagierte er jetzt „unbürokratisch schnell": in Windeseile paukte er die Abrißgenehmigung für das besetzte Gebäude (eine leerstehende Schule) durch und ließ unverzüglich seine Bullen ausschwirren. 20 Besetzer wurden zur Überprüfung der Personalien zur Wache verschleppt (TAZ, 26.1.81).

Dortmund. Anläßlich der Alibishow zur Eröffnung des Jahres der Behinderten besetzten am 23.1. Mitglieder der Dortmunder ‚Selbsthilfe', darunter auch Behinderte, ein leerstehendes städtische Haus in der E. Melichstraße. Die Öffentlichkeit solle „neben der Show auch die Dortmunder Wirklichkeit kennenlernen", erklärten die Besetzer (Neue, 24.1.).

Kassel. Am 23.1. wurde das Jugendzentrum ‚Brückenhof' besetzt. Die Besetzer erreichten damit, daß zwei bereits gestrichene Stellen zur Beratung und Betreuung arbeitsloser Jugendlicher erhalten bleiben und daß sie die Wochenendöffnung in Selbstverwaltung gestalten können. Außerdem sicherte die Stadt den seit Jahren geplanten Ausbau des Jugendzentrums zu (UZ, 2.2.81).

Bremen. Im Bremer Frauenhaus stehen den 25 Frauen mit ihren Kindern ganze neun Räume zur Verfügung! Weitere Räume des Hauses sind von einer Behörde belegt, deren Auslagerung der Senat zwar seit Jahren verspricht, aber noch keinen Finger gerührt hat. Am 2.2. schritten die Frauen zur Selbsthilfe und besetzten das Haus, in das die Behörde ursprünglich umgebettet werden sollte, nun aber wegen zu hoher Renovierungskosten als Obdachlosenayl herhalten soll: Durch die Aktion wurde Sozialsenator Scherf hochgeschreckt, der den Besetzerinnen Verständnis und Hilfe zusicherte und versprach, die Bullen aus der Angelegenheit rauszuhalten (TAZ, 6.2.81).
Wohnungskommission

Erste Hausbesetzung in Bamberg

Rund 150 Leute besetzten am 14.2. in Bamberg ein seit 1977 leerstehendes Haus. Es handelt sich dabei um einen riesigen Gebäudekomplex, in dem früher die Bamberger Stadtwerke residierten, in bester Innenstadtlage, der einer Kahlschlagsanierung für Büro-, Geschäftsräume und Eigentumswohnungen weichen soll. Die Besetzer forderten die Einrichtung von Wohnraum und ein selbstverwaltetes Kulturzentrum.

Am Sonntag morgen, den 15.2. um 7 Uhr räumten die Bullen zur besten Kirchgangszeit im heiligen Bamberg die besetzten Gebäude. Die Besetzer wurden Erkennungsdienstlich behandelt. Die Stadt Bamberg stellte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die Besetzer.

KB-Gruppe Bamberg

CDU-Bürgermeister schließt die Öffentlichkeit aus!

Am 4.2.81 ließ der CDU-Oberbürgermeister von Münster während einer
sichts der recht brisanten Themen von vornherein im Auge hatte.
usw. systematisch behindert. „Da wird ein Teil des Zuschauerraumes

Selbstverwaltung gestalten können. Außerdem sicherte die Stadt den seit Jahren geplanten Ausbau des Jugendzentrums zu (UZ, 2.2.81).

Bremen. Im Bremer Frauenhaus stehen den 25 Frauen mit ihren Kin-

berg die besetzten Gebäude. Die Besetzer wurden Erkennungsdienstlich behandelt. Die Stadt Bamberg stellte Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch gegen die Besetzer.

KB-Gruppe Bamberg

CDU-Bürgermeister schließt die Öffentlichkeit aus!

Am 4.2.81 ließ der CDU-Oberbürgermeister von Münster während einer Debatte um ein überwiegend von Studenten besetztes Haus in der Frauenstraße 24 das Rathaus durch 30 behelmte Bullen räumen.

Der OB hatte die Bullen bereits



Bernd Uppena will OB Dr. Werner Pierchalla 3500 Unterschriften überreichen



Wird mit der Unterschriftenliste wieder aus dem Festsaal des Stadtweinhauses geführt: Uppena, Sprecher der Frauenstraße 24.

vor der Debatte ins Rathaus gerufen und damit einen in der Münsteraner Nachkriegsgeschichte einmaligen Skandal ausgelöst. Die Räumung des Rathauses wurde gar aus einem versteckten Winkel der Empore des Ratssaales gefilmt. Der OB ging soweit, daß er selbst einem anwesenden Pressefotografen die Teilnahme an der Ratssitzung untersagen wollte.

In der Ratssitzung sollten neben der Frauenstr. 24 Themen wie die Förderung von „Pro Familia", die Zukunft des „Jugend-Informations- und Beratungszentrums" sowie der Ausschluß eines GAL-Mitgliedes aus dem Zivil-Ausschuß behandelt werden. Die SPD verurteilte das Vorgehen des CDU-OB als „Überreaktion", die FDP beklagte, daß so etwas nicht schon früher (!) geschehen ist. Die recht frühzeitige Beorderung der Bullen durch den Oberbürgermeister spricht klar dafür, daß der OB den Rausschmiß der Öffentlichkeit angesichts der recht brisanten Themen von vornherein im Auge hatte.

Ein Ratsherr der GAL *„...setzte sich gerade unter den Ovationen aus dem Publikum in seinem Ratssessel zurück, da platzt OB Pierchalla der Kragen. Wütend über das Klatschen der Zuhörer fordert der OB das Publikum auf, unverzüglich den Saal zu räumen. Unter Murren verlassen nur wenige den Raum, einige bleiben unentschlossen im Festsaal stehen, andere sitzen noch. Nur vier Minuten später tauchen aus Nebeneingängen 30 mit Helmen ausgestattete Schutzpolizisten im Festsaal auf. Ein Polizeisprecher macht die Anwesenden darauf aufmerksam, daß der OB Polizei angefordert habe, um von seinem Hausrecht Gebrauch zu machen. Die Polizei fordert die Zuhörer auf, freiwillig den Raum zu verlassen, andernfalls man Personalien aufnehmen müsse und mit einer Anzeige wegen Hausfriedensbruch zu rechnen sei. Ohne Zwischenfälle räumt die Polizei den Festsaal"* (MZ, 5.2.81).

Auch wenn das Vorgehen des OB in dieser Form einmalig ist, wird seit geraumer Zeit die Öffentlichkeit bei Ratssitzungen zu Themen wie Wohnungspolitik, Instandbesetzungen usw. systematisch behindert. *„Da wird ein Teil des Zuschauerraumes abgetrennt, Polizeiwachen stehen bereit und anstatt in unbürokratischer Weise möglichst vielen interessierten Bürgern (...) Gelegenheit zum Besuch der Ratssitzung zu geben, wird versucht, die Zuhörerzahl von vornherein möglichst gering zu halten"* (aus einer Erklärung der GAL). Solch ein Interesse am Parlamentarismus, das immer vom 'mündigen Bürger' gefordert wird, ist wohl doch nicht so willkommen. Und das aus gutem Grund. Schließlich ist der Besitzer des umstrittenen Hauses in der Frauenstraße, Günter Arno Ernst, Mitglied der CDU und Kreisparteitagsdelegierter seiner Partei. Und jetzt war der CDU die Frage gestellt worden, wieso dieser Spekulant, der das Haus für 375.000 Mark kaufte und nun 1,5 Millionen dafür haben will, in der CDU Karriere machen kann.

Zur selben Zeit, als diese Debatte im Rat laufen sollte, schafften seine Parteiprüder vollendete Tatsachen: das Haus in der Frauenstraße wurde geräumt!

CDU-Ernst – ein Spekulant mit Ambitionen

G.A.Ernst (33 J.), jung, dynamisch, Vermögensverwalter, Anlagenberater, mehrfacher Hausbesitzer erklärt in aller Offenheit: *„Spekulation ist ein gesunder Faktor im wirtschaftlichen Leben, dadurch wird etwas bewegt im Kreislauf der Wirtschaft. Letztlich leben alle davon ..."* (Elan, 2/81). Einer lebt besonders gut davon, nämlich G.A.Ernst.

Der Kampf um das vom Staatshochbauamt auf 300.000 Mark geschätzte Haus in der Frauenstraße hatte durch das Engagement der Hausgemeinschaft in der Öffentlichkeit ein starkes Echo gefunden. Um das Haus als studentischen Wohnraum und Kommunikationszentrum zu behalten, hatte der Landesrechnungshof auf Initiative eines SPD-Landtagsabgeordneten bereits den Segen für einen Ankaufspreis von rund 900.000 DM gegeben (Ernst hatte vor ca. zwei Jahren 375.000 DM bezahlt)...

Doch der Typ dachte gar nicht dran zu verkaufen, denn er versprach sich *„von einer renovierten und in Appartments umgewandelten Frauenstr. 24 langfristig ein 'unbezahlbares Gewinnobjekt'"* (MZ, 26. 1.81). Die SPD, tief enttäuscht, mokierte sich über diese *„rücksichtslose Durchsetzung der Profitinteressen"* und will sich für eine Überprüfung der gesetzlichen Grundlagen einsetzen (ebd). Und damit wird sie dann wohl auch einge Zeit beschäftigt sein... Die CDU machte im Interesse ihres lieben Parteifreundes Realpolitik und beantragte *„für Zwecke des studentischen Wohnungsbaus in Münster"* vom Rechnungshof des (SPD-regierten) Landes Nordrhein-Westfalen rund eine Million. Die würde natürlich, sofern bewilligt, ausschließlich für den Kauf des Hauses in der Frauenstraße draufgehen...

Soviel Demokratie auf einmal versteht kein Bürger mehr. Und deshalb mußte schon 'mal das Rathaus geräumt werden.

Altes Stellwerk besetzt



Besetztes Stellwerk in Lunestedt

Am Morgen des 24.1. besetzten etwa 20 Jugendliche ein leerstehendes Stellwerkgebäude in Lunestedt, an der Bahnstrecke Bremerhaven-Bremen gelegen. Die Instandbesetzer wollen das Haus, das die Bahn wegen angeblicher Baufälligkeit abreißen will, als Jugendzentrum ausbauen.

Frühere Bemühungen, etwa mit Unterschriftensammlungen und dergleichen zu einem Jugendzentrum zu kommen, waren immer wieder abgeblockt worden. Die Gemeinde ist der Meinung, mit einem „Jugendraum, einer modernen Turnhalle, drei Sportplätzen und einem Schwimmbad über ein ausreichendes Freizeitangebot" zu verfügen („NZ", 26.1.).

KB / Gruppe Bremerhaven

Demo gegen Fahrpreiserhöhungen 14. Februar in Wuppertal

Wir sind von der *„Initiative gegen Fahrpreiserhöhungen"* (Wuppertal) gebeten worden, die oben genannte, überregional geplante Demo anzukündigen, was wir hiermit gerne tun. (Und wir hoffen, hinterher einen Bericht zu kriegen, wie die Demo gewesen ist). Es geht darum, daß zum 1. März der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die Tarife für den öffentlichen Nahverkehr mal wieder ‚anheben' will. Diesmal um durchschnittlich zwischen 12 und 16 %. Einzelfahrscheine der Stufe I kosten dann 1,60 DM. Die Erhöhungen treffen vor allem Rentner und Schüler.

In ihrem Demo-Aufrufflugblatt nimmt die „Initiative" die Argumentation der Stadtwerke und des Verkehrsverbundes auseinander, die das Prinzip der „Kostendeckung" für den öffentlichen Nahverkehr fordern. *„Das Kostendeckungsprinzip kann nicht Grundlage für die Preise im Personennahverkehr sein. Genauso unsinnig wäre es, wenn man z. B. im Bildungswesen durch Wiedereinführung von Schulgebühren ‚kostendeckend' arbeiten wollte."* Die „Initiative" fordert Gebührenfreiheit und sagt, daß das durchaus finanzierbar ist: 1979 z.B. ist die Lohnsummensteuer (zahlbar nur von den Großunternehmen) ersatzlos gestrichen worden. Damit ‚erließ' die Stadt Wuppertal den geplagten Großindustriellen rd. 70 Millionen DM. Wer's hat, der hat's.

Die „Initiative" fordert:

Keine Fahrpreiserhöhungen zum 1.3. 81!

Abbau der Fahrpreise bis hin zur Gebührenfreiheit – sofort für Rentner und Schüler!

Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs zur tatsächlichen Alternative zum Autoverkehr!

Demonstration: 14. Febr., 11 Uhr, ab Rathausvorplatz Barmen zum Kerstinplatz in Elberfeld, Kundgebung gegen 13 Uhr.

Kontakt: Initiative gegen Fahrpreiserhöhungen c/o Börse Hofkamp 82-84 5600 Wuppertal 1

Die Arbeit der »Ausländergruppe Bilk«

Düsseldorf. Ausländische Familien sind von der in der BRD bestehenden Wohnungsnot und der damit verbundenen skrupellosen Ausbeutung durch die Wohnungskapitalisten in besonderem Maße betroffen. Wuchermieten für Wohnungen, die diesen Namen kaum noch verdienen, sind die Regel. Großer Beliebtheit erfreut sich auch die Vorgehensweise, in „Sanierungs"gebieten Häuser, die abgerissen werden sollen, nach der Vertreibung der Mieter noch mal bis zum Zeitpunkt des Abrisses an Ausländer zu vermieten und sie dann kurzerhand auf die Straße zu setzen. Aufgrund der sprachlichen Barrieren und der Unkenntnis ihrer Rechte als Mieter sind Ausländer oftmals nur schwer für einen Kampf gegen die Wohnungskapitalisten zu gewinnen.

Diese Erfahrung mußte auch die BI „Rettet Bilk" machen. Überlegungen, wie Ausländer in den Kampf einbezogen werden können, führten zur Gründung der „Ausländergruppe BILK(AGB): *„Die AGB wurde 1979 von der Stadtteilgruppe der ‚Aktion Wohnungsnot' als eine Untergruppe der Bürgerinitiative ‚Rettet Bilk' gegründet. Obwohl gerade Ausländer am häufigsten durch die Sanierungspolitik der Stadt und Spekulation betroffen waren und sind, zeigte sich kein Ausländer zu einer konituierlichen Mitarbeit in der BI bereit. Für sie war die Organisationsform der BI scheinbar wenig attraktiv. (...) Wir haben unsere Arbeit in der AGB mit einer ausländischen Mieterberatung und der Kontaktaufnahme zu ausländischen Organisationen, wie dem Türkischen Arbeiterverein, der FIDEF, dem Spanischen Elternverein und der Neuen Griechischen Gemeinde begonnen.*

In Zusammenarbeit mit den ausländischen Organisationen konnten etliche Fälle von Mietwucher und Spekulation veröffentlicht und verhindert werden." (Flugblatt der AGB). Das jüngste Beispiel: Martinstr. 5. Mitte vorigen Jahres verkaufte das St.-Martinus-Krankenhaus dieses Haus, in dem bisher Werkswohnungen für ausländische Kollegen waren, an eine GmbH & Co KG. Die Besitzerin hat einen Antrag auf Zweckentfremdung gestellt, dem ein Abrißantrag folgen soll. Den Mietern wurde zum März 81 gekündigt. Allerdings ist nach dem Mieterschutzgesetz ein geplanter Abriß kein Kündigungsgrund.

Die Mieter wandten sich an die AGB. Gemeinsam gelang es, diesen Fall über die Lokalpresse öffentlich zu machen (RP, 31.1.81).

Da die Mieterberatung der AGB sehr stark von ausländischen Mietern in Anspruch genommen wird, sah die AGB sich gezwungen, zwei Mitglieder der AGB hauptamtlich einzustellen. Für ein halbes Jahr hat das Netzwerk-Selbsthilfe 6.000 DM zur Verfügung gestellt. Weitere Gelder hat die AGB beim Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und über Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beantragt. Die AGB beabsichtigt, über die Mieterberatung hinaus weitere Initiativen zur Aktivierung der Ausländer zu starten. So fordert die AGB die Gründung eines Ausländerbeirats und überlegt den Aufbau eines internationalen Zentrums.

Wer mehr über die Arbeit der AGB erfahren möchte, wende sich an:

Ausländergruppe Bilk der AWN
Martinstr. 58
4000 Düsseldorf

Detlef/Düsseldorf

Fahrpreiserhöhung in Bonn

Am 22.1.81 fand in Bonn eine Rats-Sondersitzung statt. Zur Debatte stand wieder einmal die Fahrpreiserhöhung. Die SPD hatte diese Sitzung durchgesetzt, obwohl schon vorher abzusehen war, daß sich an der Erhöhung nichts ändern würde. Und genauso war es dann auch. Endlose Redeschlachten und nichts Neues. Auch die Proteste waren zu erwarten gewesen.

Schon am frühen Nachmittag kam es zu einer spontanen Fahrraddemonstration mit ca. 50 Teilnehmern, die gemeinsam zur Ratssitzung fahren wollten. Sie wurden von der Polizei aufgehalten und erst nach längerer Diskussion durfte weitergefahren werden.

Vor dem Sitzungssaal hatten sich ca. 200 Demonstranten eingefunden, um gegen die Erhöhung zu protestieren. Später formierte sich ein Demonstrationszug durch die Bonner Innenstadt. Für kurze Zeit wurden mehrere Straßen und Kreuzungen blockiert. Die Polizei versuchte zwar, den Zug aufzuhalten, was allerdings nicht gelang. Denn sobald eine Polizeikette in Sicht war, änderte sich die Richtung. Über eine Stunde hielt dieses Spielchen an, dann ging es zurück ins Stadthaus. Dort strömte alles auf die Zuschauertribüne, um den Ratsherren mal die Meinung zu sagen. Das hatte unerwartete Folgen: Die Sitzung wurde unterbrochen, und OB Daniels ließ den Zuschauerraum mit Polizeigewalt räumen. Selbst Bonns konservativer Presse war das zuviel. So schrieb der „Bonner General Anzeiger" vom 23.1.: *„Wem nicht klar war, daß es zum Eklat kommen mußte, dem muß das geringste Fingerspitzengefühl politischer Atmosphären fehlen".*

Frü die Demonstration war das insgesamt eine gelunge Aktion und ein guter Auftakt zur Demonstration, zu der das Aktionsbündnis gegen die Fahrpreiserhöhung für den 24.1. aufgerufen hatte.

Am 24.1. fand dann die Demonstration des Aktionsbündnisses, die mit 2000 - 3000 Teilnehmern sehr gut besucht war, statt. Schon während der Demo kam es zu kleineren Aktionen wie z.B. Blockaden.

An der für 14 Uhr geplanten Endkundgebung beteiligten sich nur noch ca. 100 Leute. Der größte Teil war weiter zum Busbahnhof gezogen und führte dort einen Sitzstreik durch. Mit Parolen wie *„Zürich, Kreuzberg, Amsterdam, jetzt ist auch die Hauptstadt dran"* zogen die Demonstranten dann weiter durch die Stadt, teilten sich mehrmals und besetzten so alle wichtigen Verkehrsknotenpunkte. Zum Schluß trafen sich alle Gruppen noch mal am Stadthaus.

Am meisten überraschte uns das Verhalten der Polizei. Sie griff nicht einmal ein und war auch nur mit wenigen Beamten im Dienst.

Nulltarif, Nulltarif, sonst biegen wir die Schienen schief!

u.j./Bonn

Abbau der Fahrpreise bis hin zur

Innenstadt. Für kurze Zeit wurden mehrere Straßen und Kreuzungen blockiert. Die Polizei versuchte zwar,

Nulltarif, Nulltarif, sonst biegen wir die Schienen schief!

u.j./Bonn



»Kieler Rundschau«:

Neue demokratische Wochenzeitung

Ein neues Zeitungsprojekt will in Kiel das örtliche Pressemonopol aufbrechen. Die neugegründete „Kieler Rundschau" („KR") mit einem liberalen bis linken Selbstverständnis erscheint seit Anfang des Jahres wöchentlich und soll nach Möglichkeit später auf ein tägliches Erscheinen umgestellt werden. Mit bisher 1.500 Abonnenten und 4.000 verkauften Exemplaren hatte die neue Zeitung einen guten Start.

Politisches Selbstverständnis

Die „KR" will nicht das Organ einer politischen Gruppe sein, auch nicht der SPD, obwohl sich einer der drei festen Redakteure als „Noch-SPD-Mitglied" bezeichnet. Ansonsten ist das politische Selbstverständnis der „KR" recht vage gehalten:

„Mit der ‚KR' ist die Absicht verbunden, für mehr Meinungsvielfalt in Schleswig-Holstein Sorge zu tragen. Neben der aktuellen Berichterstattung bemüht sie sich um Bürgernähe, alternative Ideen und Minderheiten (...). Die ‚KR' ist bemüht, ein breites liberales bis linkes Meinungsspektrum zu repräsentieren", heißt es im Redaktionsstatut. Die ‚KR' will sich in erster Linie auf lokale und regionale Berichterstattung konzentrieren, da in diesem Bereich das größte Informationsdefizit gesehen wird und Schleswig-Holstein von konservativen Zeitungen beherrscht wird. Diese Beschränkung hat auch finanzielle Gründe.

Die bisher erschienenen Ausgaben präsentieren einen recht bunten Themenkatalog zu lokalspezifischen, ökologischen, gewerkschaftlichen Fragen, Antifa-Artikel u.ä. Im Unterschied zu anderen Alternativzeitungen hat die „KR" auch eine Sportseite. Die relativ seriöse Aufmachung der „KR" ist wohl auch Ausdruck des Wunsches, nicht als „Scene'-Zeitung angesehen zu werden und mehr Leser zu erreichen, als es mit den sonst üblichen lokalen Alternativblättern bisher gelungen ist.

Der Trägerkreis

Getragen wurde das Projekt „Kieler Rundschau" bisher von der „Initiative für Pressevielfalt e.V.", einem seit zwei Jahren existierenden Zusammenschluß von Personen aus dem Kieler Raum.

Zu Anfang gehörten dieser „Initiative" vor allem Studenten und Dozenten der Uni Kiel an, mit der Zeit kamen andere Leute dazu: eine Reihe SPD'ler, einige SB'ler, Unorganisierte.

Im Dezember 1980 wurde der Verlag Kieler Rundschau GmbH gegründet, der jetzt als Herausgeber fungiert. Gesellschafter kann jeder werden mit einer Einlage ab 500 DM. Dem Anspruch der Initiatoren nach sollen so die Leser selber, denen die bisherige Presse in Kiel stinkt (es gibt nur die CDU-nahen „Kieler Nachrichten"), Herausgeber der Zeitung werden. Bisher umfaßt der Gesellschafterkreis 70 Personen.

Die Initiative hält selber einen Anteil von 10.000 DM, die übrigen Anteile sind kleiner: zwischen 500 und 3.000 DM. Bisher hat die „KR" keine Bürgschaften, ein „Großaktionär" ist bisher noch nicht eingestiegen. Eine bescheidene Summe hat auch der Kieler Oberbürgermeister (SPD) eingezahlt. Ansonsten befinden sich unter den Anteilseignern noch einige linke Grüne. Keine Gesellschaft darf mehr als 25 Prozent der Anteile in Händen halten, wesentliche Änderungen des Gesellschaftszwecks sind nur mit 80 Prozent der Stimmen möglich. Außerdem haben die Initatoren – die „Initiative für Pressevielfalt e.V." – ein Vetorecht bei grundsätzlichen Fragen.

Die finanzielle Situation

Im Unterschied z.B. zur „TAZ", die nur in ihrem „Berlin-Teil" Anzeigen aufnimmt, hatte die „KR" in den Probenummern bereits einen Anzeigenteil bis zu sieben Seiten (sogar ein Inserat der Kieler Stadtwerke). Nach Angaben der „KR" wird die Gewinnzone erreicht bei einer Auflage von 10.000 Stück und vier Anzeigenseiten pro Ausgabe. Von den ersten Ausgaben wurden gut 5.000 verkauft. Das Geld durch die GmbH-Einlagen soll ausreichen, um die Durststrecke der ersten sechs Monate zu überstehen. Ein längerfristiges Überleben ist aber angesichts der jetzigen Finanzsituation noch nicht gesichert.

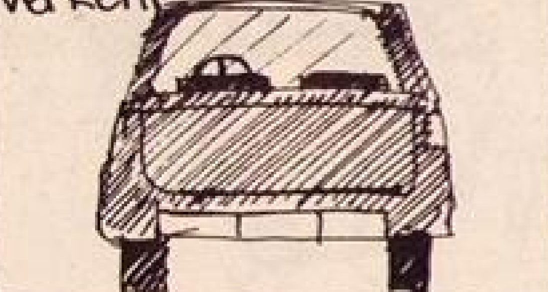
Da die „KR" in absehbarer Zeit den „Kieler Nachrichten" keine Konkurrenz machen kann, was die Auflage angeht, wird derzeit nicht die Gefahr gesehen, daß z.B. Druck auf Anzeigenkunden ausgeübt würde, um die „KR" auszutrocknen.

Ein Projekt mit Zukunft?

Angesichts der kaum vorhandenen demokratischen Presse ist es erfreulich, wenn ein Projekt versucht, sich in dem Vakuum zwischen linker/alternativer und bürgerlicher Presse einen Platz zu erobern. Eine solche Zeitung könnte vor Ort den Herrschenden auf die Finger schauen und auch versuchen, ein Stück gemeinsamer Öffentlichkeit von Ökologiebewegung, sozialen Kämpfen, Frauenbewegung, linker Sozialdemokratie usw. herzustellen. Gerade wenn es, wie in Kiel, nur „schwarze" Presse am Ort gibt, kann ein Zeitungsprojekt von dieser Situation profitieren!

So haben sich engagierte Gewerkschaftler sehr interessiert an der neuen Zeitung gezeigt. In einigen Gewerkschaften wird eine systematische Abonnentenwerbung betrieben, und sogar die „Welt der Arbeit" hat der „KR" Zusammenarbeit angeboten...! Ob es in Kiel möglich sein wird, diese Unterstützung zu nutzen und sich finanziell abzusichern, aber trotzdem politisch einen unabhängigen Kurs zu fahren – das bleibt abzuwarten.

Medien-Kommission



Kontaktadressen

Sozialistischer Studentenbund
Schlüterstraße 4
2000 Hamburg 13
Tel.: 44 98 14

Flensburg
Peter Petersen
Postlagerkarte 098245 A
239 Flensburg

Kiel
H. Lankau
Postlagerkarte 09 88 93 A
2300 Kiel 1

Lübeck
Postlagerkarte 082 314 A
24 Lübeck 1

Ostholstein
(Eutin, Plön, Malente)
Postamt Eutin
Postlagerkarte A 022853
2420 Eutin

Pinneberg/Steinburg
Postlagerkarte A 022 926
208 Pinneberg

Bremerhaven
KB c/o arbeiterbuch
Sonnenstraße 8
2850 Bremerhaven
Tel.: 0471/47597

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vetriebsbüro
Am Schwarzen Meer 104
28 Bremen 1
Tel.: 44 36 74

Braunschweig
Postlagerkarte 081 378
33 Braunschweig

Emden
Postlagerkarte 0674 58 A
297 Emden

Göttingen
Buchladen Rote Straße
Rote Straße 10 z.Hd. KB
34 Göttingen

Hannover
V. Campen
Postfach 1262
3 Hannover 1

Hildesheim
Postlagerkarte 019182
3200 Hildesheim

Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
314 Lüneburg

Weser-Ems-Gebiet
Postlagerkarte 070 178 A
29 Oldenburg

Bielefeld
Vertriebsbüro
Buddestraße 9
48 Bielefeld

Bochum
Postlagerkarte A 056011
463 Bochum

Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62

463 Bochum
Dortmund
KB c/o Bücherstube
Große Heimstraße 62

46 Dortmund 1

Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
41 Duisburg

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006 745
4050 Mönchengladbach

Münster
Postlagerkarte Nr. 029033 B
4400 Münster

Darmstadt
Hauptpostlagernd
Postlagerkarte Nr.: 018640 B
61 Darmstadt

Frankfurt
S. Lissner
Rödelheimer Str. 13
6 Frankfurt 90

Kassel
Florian Rohs
Kirchweg 77
3500 Kassel

Freiburg
schriftlich über Buchladen Jos Fritz
c/o Kommunistischer Bund
Wilhelmstraße 15

Heidelberg
Postlagerkarte 080 845 B
Heidelberg

Karlsruhe
Postlagerkarte 053599 B
75 Karlsruhe

Stuttgart
Postlagerkarte 924 B
7000 Stuttgart 1

Nürnberg
P. Tröstler
Postfach 150 472
85 Nürnberg

Würzburg
Postlagerkarte 079303 A
8700 Würzburg

Trier
Postlagerkarte Nr. 031078 B
5500 Trier



Redaktion des ARBEITERKAMPFES
Lerchenstraße 75
c/o Hamburger Satz- u. Verlags-Kooperative GmbH
2000 Hamburg 50
Redaktion: 040/43 54 15
Abonnement-Verwaltung: 040/43 53 46

Nach dem Hearing:
Position der Startbahngegner verschlechtert

Vom 2. bis 5.2. fand in Wiesbaden die Anhörung des Hessischen Landtages zum Ausbau des Frankfurter Flughafens statt. Gutachter, Politiker sowie Sprecher von Verbänden und Institutionen trugen die Argumente für und wider den Bau der umstrittenen Startbahn 18 West vor. Doch die Öffentlichkeit wurde anscheinend kaum erreicht. Bei den viertägigen Live-Übertragungen im III. Programm des Hessischen Fernsehens betrug die Einschaltquote nach Angaben des Senders „Null", was bedeutet, daß weniger als 15.000 Geräte in ganz Hessen eingeschaltet waren. Den von den Startbahngegnern nominierten Hearingsteilnehmern gebührt Anerkennung: Trotz widrigster Umstände aufgrund einer zutiefst undemokratischen Verfahrensordnung gelang es ihnen, auf eine Vielzahl von Widersprüchen in der Argumentation der Flughafen AG und der Landesregierung hinzuweisen. Doch genauso gut hätten sie gegen eine Betonwand anreden können. Der Anhörungsvorstand hatte durch die Einladungspraxis dafür gesorgt, daß die Startbahnbefürworter von vornherein in großer Überzahl vertreten waren. Ferner war ein Fragerecht allein für die Parlamentarier vorgesehen, so daß die Debatte niemals außer Kontrolle geraten konnte. Den Abgeordneten freilich gelang es schlecht, die Rolle der „Unvoreingenommenheit" und „Sorge um das Wohl der Bürger" durchzuhalten. Alle ihre Fragen zielten darauf ab, der FAG und ihren Kumpanen die Stichworte zu geben, um die geplante Öko-Katastrophe besser zu verkaufen. So nahm denn das Schauspiel seinen Lauf. Unmittelbar nach Abschluß der Show erklärten Sprecher der drei Landtagsfraktionen, daß das Hearing sie in ihrer Befürwortung der Startbahn – oh Wunder an Unvoreingenommenheit! – nur noch „bestärkt" habe. Dies war nicht anders zu erwarten und würde auch den Starbahngegnern kaum zum Schaden gereichen – vorausgesetzt, diese würden sich dazu aufraffen, das Affentheater der Landespolitiker klar beim Namen zu nennen. Doch während die Startbahnbefürworter jetzt ihre Reihen schließen, herrscht bei den Gegnern Zerfahrenheit vor. Die Stellungnahmen der „Kommunalen Arbeitsgemeinschaft gegen die Flughafenerweiterung" werden immer flauer, den lokalen SPD-Politikern scheint es nur noch darum zu gehen, Zeit zu schinden, um sich über die Klippe der Kommunalwahlen zu retten. Die Bürgerinitiative hingegen will unter allen Umständen einen Bruch mit den Kommunen vermeiden.

Zweieinhalb Tage lang behandelte das Landtagshearing ökonomische Fragen im Zusammenhang mit der Flughafenerweiterung; die restlichen eineinhalb Tage wurde über die ökologischen Folgen des Waldkahlschlags debattiert. Dabei besaß die Flughafen AG (FAG) die Unverfrorenheit, von der ersten bis zur letzten Minute, d.h. zu sämtlichen Punkten und Unterpunkten Lügenmärchen aufzutischen. Drei Umstände bei der außergewöhnlichen Organisierung dieser Anhörung konnten dies ermöglichen:

1. Jede noch so gewagte Prognose der FAG wurde von allen anderen Vertretern der Luftfahrt (Lufthansa, Bundesanstalt für Flugsicherung, Flugplankoordinator, Verbände der Luftfahrtgesellschaften und Verkehrsflughäfen usw.) bereitwillig bezeugt.
2. Wie in allen kapitalistischen Staaten gibt es auch in der BRD genügend „Wissenschaftler", die unter Mißachtung ihrer Berufsehre bereit sind, im Dienste der Herrschenden auch den allergrößten Schwachsinn vorzutragen. Genau diesen Typ hatte der Anhörungsvorstand geladen, um den Startbahnbau zu „begründen".
3. Immer dann, wenn die FAG mit ihren kühnen Behauptungen ins Unseriöse abzugleiten drohte, hatte man für eine „Auffanglinie" gesorgt.

So prophezeite die FAG z.B. für den Bau der Startbahn West einen Kapazitätszuwachs (Zunahme der Flugbewegungen auf dem Flughafen) von 25 %. Dies habe eine „Computersimulationsstudie" (Berechnung mit Hilfe angenommener Flugpläne) ergeben. Peinlich daran war freilich, daß die FAG diese Studie erst am Morgen des ersten Anhörungstages vorlegte („gerade fertiggeworden"...), so daß sie von niemandem nachgeprüft werden konnte, und daß sich der Eindruck nicht ganz aus der Welt schaffen ließ, daß man auf diese Weise natürlich beliebige Zuwachsraten „errechnen" kann, sofern man nur die „richtigen" Voraussetzungen annimmt. Doch für solche mißlichen Fälle war Vorsorge getroffen worden. Der „renommierte" britische Luftfahrtexperte Ted Hooton, dessen „internationaler Ruf" gewaltig sein muß, nimmt man einmal die von ihm zur Schau getragene Arroganz zum Maßstab, „errechnete" mit einer anderen Methode *„im ungünstigsten Fall 6 %, wahrscheinlich jedoch 10 bis 14 %"* Kapazitätszuwachs für die 3. Startbahn. Daß Hooton ebenfalls in den Diensten der FAG steht und in der Vergangenheit mal 10%, mal 5,9% usw. „errechnet" hat (je nachdem, ob es gerade drauf ankam), spielte keine Rolle. Hauptsache war, daß er sich uneingeschränkt zum Bau der Startbahn bekannte.

Ähnlich wurde die Frage der Arbeitsplätze „gelöst". Hier präsentierte die FAG Phantasie-Zahlen von 15.000 bis 19.000 neuen Arbeitsplätzen, die die Flughafenerweiterung bescheren würde. Da die Arbeitsplatzprognosen ebenso wie der angenommene Zuwachs des Luftverkehrs von seiten der FAG in den letzten 10 Jahren immer „voll daneben" lagen, war dies nicht gerade sehr glaubwürdig. So sprang denn Jochen Richert (hessischer DGB-Vorsitzender) in die Bresche und analysierte messerscharf, daß ohne die Startbahn West 4.000 bis 8.000 Arbeitplätze verloren gehen würden. Mit derselben jedoch erwartete er eine Zunahme um 10.000 bis 14.000 Arbeitsplätze. Richert kann seine Zahlen natürlich ebensowenig beweisen wie die FAG. Aber als DGB-Vorsitzender, der zudem nur ein „bedingtes Ja" (oh wie kritisch!) zur Startbahn West gegeben hat, hat er natürlich „Autorität". Für einen Gewerkschaftsvorsitzenden, der sich mitunter durchaus kämpferisch gibt, ist vor allem die Aussage bemerkenswert, ohne die 3. Startbahn gingen tausende von Arbeitsplätzen verloren. Die Frage von Entlassungen wäre demnach ausschließlich einer „objektiven ökonomischen Entwicklung" geschuldet und durch Arbeiterkämpfe gar nicht zu beeinflussen.

Wie dreist es die Flughafenbetreiber mit ihren „Gutachten" trieben, wurde im ökologischen Teil der Anhörung besonders deutlich. Dort wurde allen Ernstes behauptet:

- Der Bau der Startbahn sei für die betroffenen Anwohner medizinisch „unbedenklich".
- Die Lärmbelastung werde (trotz Zunahme der Flugbewegungen!) „abnehmen"!!
- Der Waldkahlschlag größten Ausmaßes werde keinerlei klimatische Folgen haben.
- Eine Grundwasserabsenkung (was die Vernichtung des unter Gesichtspunkten des Naturschutzes äußerst wertvollen Mönchbruchs bedeuten würde) sei nicht nötig.
- Eine Ausrottung der Vogelarten in eben diesem Gebiet (gemäß den

äußerst wertvollen Mönchbruchs bedeuten würde) sei nicht nötig.
- Eine Ausrottung der Vogelarten in eben diesem Gebiet (gemäß den

Sicherheitsvorschriften des Bundesverkehrsministeriums für Flughäfen) sei ebenfalls unnötig usw.usf.

Die Absurdität dieser Behauptungen liegt auf der Hand. Doch es besteht keinerlei Anlaß zu der Annahme, die Argumente der Flughafenbetreiber seien etwa bei den ökonomischen Fragen (Zuwachsraten, Arbeitsplätze) stichhaltiger gewesen. Auf jeder Bürgerversammlung wäre die FAG mit derartigen Aussagen ausgelacht worden. Nicht so im Hessischen Landtag. Keiner (leider auch die Startbahngegner nicht) nahm sich das Herz, um einmal klar zu sagen, daß hier von A bis Z g e l o g e n wurde.

Sicherlich haben die Startbahngegner und ihre Wissenschaftler auf dem Hearing Beachtliches geleistet. Nicht nur im ökologischen Teil, was selbstverständlich war, sondern auch im ökonomischen Teil waren sie fachlich „gut präpariert", verwiesen darauf, daß sämtliche Luftverkehrsprognosen angesichts der Ölpreisexplosion und der DM-Schwäche unhaltbar seien, daß der Planfeststellungsbeschluß wie auch die Gerichtsurteile auf der Grundlage völlig falscher Fakten gefällt wurden, daß die Startbahn West das Problem der Überlastung des Luftraums über dem Rhein-Main-Gebiet nicht lösen werde usw. Doch wenn es ihnen einmal gelungen war, die Phalanx der FAG und ihrer bestellten Kronzeugen ein bißchen ins Wanken zu bringen, sprachen die Abgeordneten sogleich von einem undurchschaubaren *„Professorenstreit"*, der *„den Politikern die Entscheidung nicht abnehmen kann"*. Die Kritiker bedienten sich dabei weitgehend einer ‚immanenten' Argumentation. Fragen wie z.B. die Anwesenheit eines umfangreichen US-Militärflughafens auf dem Rhein-Main-Gelände wurden auch von ihnen nicht aufgeworfen, obwohl es für zahlreiche Widersprüche in der Argumentation der Landesregierung eine einfache Auflösung gibt, wenn man bedenkt, daß der Frankfurter Flughafen für die im Aufbau befindliche US-Interventionstruppe als Sprungbrett in den nahen Osten vorgesehen ist.

Was aber die wesentliche Kritik am Vorgehen der Startbahngegner auf dem Hearing ist: Bei all den Zahlenschlachten, die sie sich mit der Gegenseite lieferten, geriet die Betroffenheit der Bürger in der gesamten Rhein-Main-Region eigentlich fast zur Nebensache. Vielleicht ist das mit ein Grund für das relativ geringe Interesse an den Übertragungen.



Nach dem Alibi-Hearing ein Alibi-Umweltgutachten?

Es waren Vertreter der SPD Hessen-Süd gewesen, die sich dafür eingesetzt hatten, daß die Kommunale Arbeitsgemeinschaft der Anliegergemeinden, die Naturschutzverbände, die Parteienaktionsgemeinschaft Mörfelden und schließlich auch die BI (um sich nicht von den anderen zu isolieren) an der *„Alibiveranstaltung"* des Landtags teilnahmen, deren Ergebnis *„von vornherein feststand"* (so die BI). Man könnte sich nun durchaus auf den Standpunkt stellen, daß die Teilnahme an diesem Unternehmen für den Kampf gegen die Startbahn nichts gebracht hat, daß sie aber auch

auf den Standpunkt stellen, daß die Teilnahme an diesem Unternehmen für den Kampf gegen die Startbahn nichts gebracht hat, daß sie aber auch

nicht gerade besonders schädlich war. Kritisch wird es allerdings bei der Bewertung des Hearings und der Frage, ob d i e s e r Weg w e i t e r beschritten werden soll.

Bereits am letzten Tag der Anhörung erklärte der Landrat des Kreises Groß-Gerau, Willi Blodt (SPD), die kommunale Arbeitsgemeinschaft sei *„mit dem Verlauf trotz einiger Verfahrensmängel zufrieden (!), weil sich gezeigt habe, daß es bis ‚zu abschließenden verantwortungsbewußten Wertung noch viele offene Fragen gibt'"* („FR", 6.2.). Blodt meinte sogar, er sei *„optimistisch, daß die Abgeordneten des Landtages ‚diese ernsthaft prüfen werden'"*. Wer soll eigentlich diesen Blödsinn ernst nehmen?? Worauf stützt sich dieser „Optimismus"? Es gibt nicht einen einzigen Pressekommentar, der nicht selbstverständlich davon ausgeht, daß Börner in seiner für den 25.2. vorgesehenen Regierungserklärung ein Votum f ü r die Startbahn West abgeben wird, und daß dieses Votum von allen drei Parteien einmütig unterstützt werden wird. Es ist wohl kein Zufall, daß die „FR" ins gleiche Horn stößt. *„Die Fragen bleiben"*, heißt es in einem Leitartikel vom 6.2. *„Die Anhörung kann nicht das Ende des Entscheidungsprozesses gewesen sein. Diese Mahnung gilt nicht nur für die Landesregierung. Sie gilt vor allem für Bonn"*. Dazu muß man wissen, daß die „FR" an Wunder glaubt. Denn aus der *„bisher geübten Zurückhaltung von Volker Hauff"* glaubte die „FR" herauszulesen, das Bundesverkehrsministerium könnte eventuell den Startbahngegnern zu Hilfe eilen. Das Wunder blieb aus. Gleich zu Beginn des Hearings hatte der Vertreter Bonns seinen Segen für die Flughafenerweiterung gegeben ...

Weil es so schön ist, auf die Nase zu fallen, werden nun alle Hoffnungen auf einen anderen Bonner Häuptling projiziert: Innenminister Baum. Dieser habe Vorschriften erlassen, nach denen schon bei kleineren Bauvorhaben zuvor eine *„Umweltverträglichkeitsprüfung"* durchgeführt werden müsse. Mit dieser Argumentation fordern nun Kommunale Arbeitsgemeinschaft, Naturschutzverbände, Parteienaktionsgemeinschaften und BBU eine „Umweltverträglichkeitsprüfung" für die Startbahn West. Bis dahin sollten alle Baumaßnahmen unterbleiben. Jedoch solle die Erweiterung (vorhandener) Parallelbahnen auf dem Flughafen *„sofort und optimal"* vorgenommen werden („FR", 13.2.). Dann könne man ja in der Praxis sehen, welcher Kapazitätszuwachs damit erreicht werde. Der BBU fordert zusätzlich, daß die Startbahngegner an der Erstellung dieses weiteren Gutachtens beteiligt werden, d.h. daß sie Fragestellungen und Wissenschaftler benennen dürfen.

Damit hat sich ein Teil der Startbahngegner auf die Position eines „eingeschränkten" Startbahnbefürworters herunterhandeln lassen – nämlich des DGB Hessen, der diese Forderung seit langem erhoben hat.

Von vornherein haftet dieser „Umweltverträglichkeitsprüfung" derselbe Alibi-Charakter an wie dem Hearing. Von vornherein ist klar, daß ein solches Gutachten, von der Landesregierung in Auftrag gegeben, zu

derselbe Alibi-Charakter an wie dem Hearing. Von vornherein ist klar, daß ein solches Gutachten, von der Landesregierung in Auftrag gegeben, zu

nichts anderem dienen würde als zur Verharmlosung der absehbaren Umweltschäden. Doch wer soll noch Verständnis dafür haben, daß die Startbahngegner diesen Unsinn noch einmal mitspielen?

Das ganze Unternehmen wird nur erklärbar, wenn man die ganz spezifischen Wahlinteressen der SPD Hessen-Süd berücksichtigt. Der absolut bodenlose Verweis darauf, daß „der Entscheidungsprozeß der Landesregierung noch nicht abgeschlossen" und demnach noch „alles offen" sei, soll der SPD in den Flughafenanliegergemeinden den Weg bis zum 22. März (Wahltag) ebnen. Danach kann dann gebaut werden....

Dies ist mit einem Wort Betrug am Wähler, auch wenn er von Leuten ausgeübt wird, die sich im Kampf gegen die Startbahn durchaus Verdienste erworben haben. Die BI muß sich fragen, ob sie dazu schweigen kann.

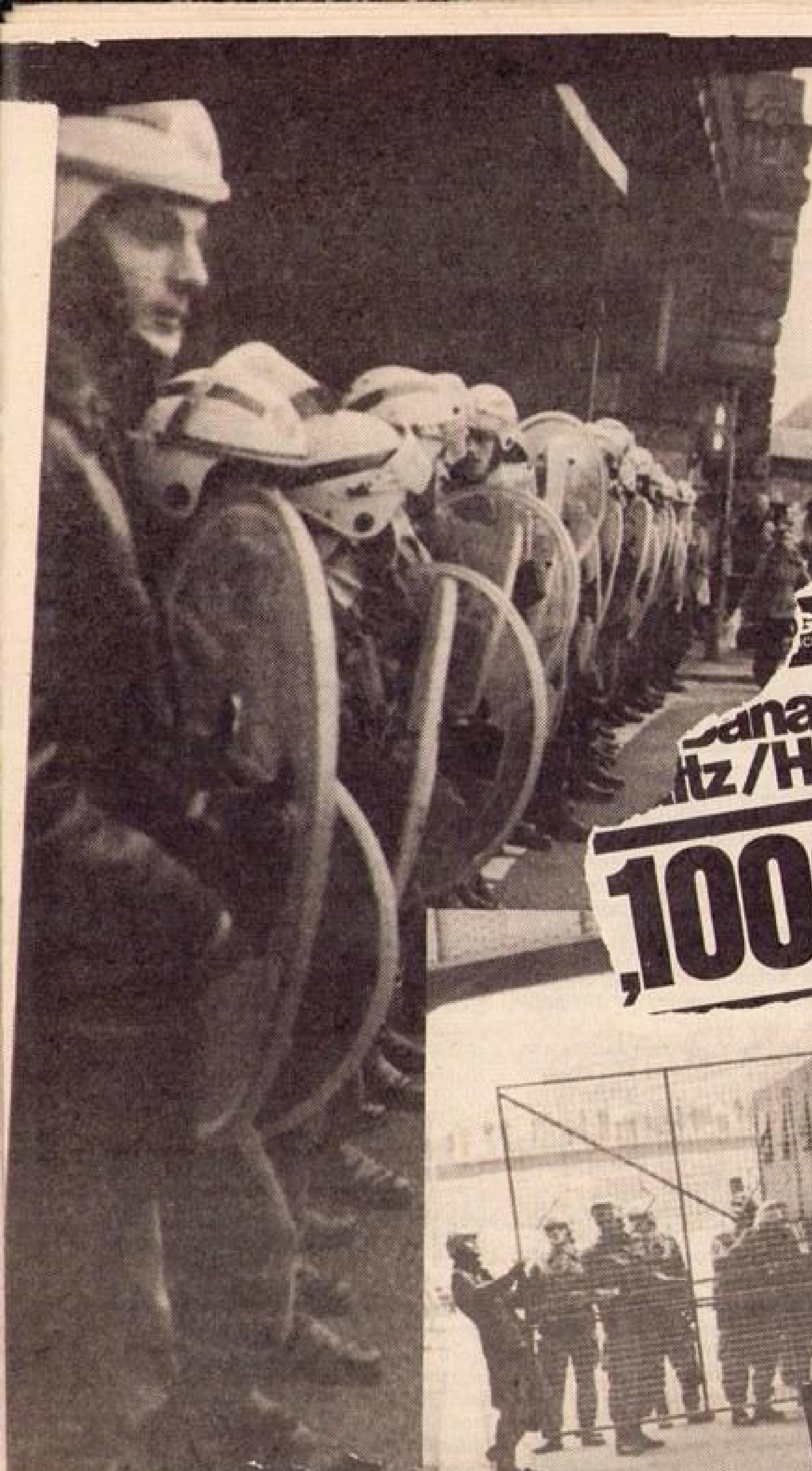


Auftrieb für Börner

Der „Dicke" schwimmt wieder oben. 90% eiserne Selbstbeherrschung, aber 10% ununterdrückbare Verachtung für das (schein-)demokratische Geplänkel, das sich im Hessischen Landtag abspielte – so war Börner während des Hearings im Fernsehen zu beobachten. Sagte er dort kaum ein Wort, war er auf dem Neujahrsempfang der Industrie- und Handelskammer umso gesprächiger. Börners flammende Rede gegen *„Technikfeindlichkeit"* und für *„Reform"* (gemeint: Flughafenerweiterung, Wiederaufbereitungsanlage, Atomkraftwerke) wurde von den anwesenden Kapitalisten stehend abgefeiert. *„Noch niemals ... wurde ein sozialdemokratischer Regierungschef als Hauptredner bei einem derartigen Empfang so oft von kräftigem Beifall unterbrochen wie diesmal Ministerpräsident Holger Börner, der verkündete:* ‚Die Phase der allgemeinen Technikfeindlichkeit wird vorübergehen – und ich arbeite dafür, daß sie möglichst schnell vorübergeht'" („FR", 5.2.). *„Es strahlten von der Stirnwand des Saales auch die brandneuesten Kursnotierungen von 84 ausgewählten Aktien"*. Da war Stimmung drin! Wallmann, natürlich auch mit warmer Freundlichkeit bedacht, verblaßte gegenüber dem Landeschef.

Doch es kommt noch stärker: Am 8.2. endete Börners 50.Geburtstag *„mit einem fröhlichen Umtrunk im Bierkeller"* seiner Dienstvilla. Alkohol löst bekanntlich die Zungen, und umso lieblicher wurden die Gratulationen, die die Anwesenden von Brandt bis Dregger dem Jubilar darboten. Doch das dickste Geschenk kam von einem, der seit geraumer Zeit die Börner–Kritiker in der hessischen SPD anführt: *„So gab der Frankfurter Bürgermeister und Spitzenkandidat der SPD in der Main-Metropole, Martin Berg, zu verstehen, daß er nie (!) gegen den Ausbau des Flughafens gewesen sei. Er habe sich lediglich für eine 'Denkpause' ausgesprochen, die 'nun mit dem Hearing im Landtag sinnvoll genutzt' worden sei. Die Anhörung, so Berg weiter, habe auch wohl die Startbahnbefürworter gestärkt. Nun dürfe der Ministerpräsident nicht 'auf zwei Dritteln des Weges' stehenbleiben. Er müsse noch die restlichen ökologischen Fragen klären, dann könne 'alles gut'(!) werden"* („FR", 9.2.).

Man geht nicht unbedingt falsch in der Annahme, daß dies nicht gerade zur Veröffentlichung bestimmt war. „Dann wird alles gut". Gut ist, daß man einmal erfährt, w o und zu welchem Z w e c k solche Forderungen ausgebrütet werden, wie nach einem „Unverträglichkeitsgutachten", die jetzt die Diskussion bei Teilen der Startbahn–Gegner beherrschen. Berg war es gewesen, der mit seiner „Denkpausen"–Forderung den Anstoß zum „Umdenken" der SPD–Hessen-Süd gegeben hatte, das schließlich in der Forderung nach der Durchführung des Hearings gemündet hatte. Nun stellt sich heraus, was manche schon vorher behauptet hatten, daß es nämlich lediglich um eine bessere Taktik zur Durchsetzung des Startbahnbaues ging. Berg ist, wie Frankfurter Sozialdemokraten versichern, ein ernsthafter und ehrlich bemühter Mensch. Wir zweifeln am Erfolg dieses „Bemühens". Wir hoffen, daß auch er in Bälde vor einem Scherbenhaufen steht, wo er nach „Neuorientierung" ruft und dem Verlust an „Glaubwürdigkeit" nachtrauert. Berlin mahnt!



...m-
...der
...ndes
...-liga
Heute:
...ananen-Trick
...tz/Hrubesch S. 13

Hamburg Straßen-Terror

"Bild", 3.2.81

Atlantic, Prem, Bellevue
Scheiben kaputt
‚1000 Töpfe' geplünder...





"Welt", 4.2.81,

„Wohin treibt uns unsere Verzweiflung als nächstes?"
ZEICHNUNG: HICKS/COPYRIGH...

...kdorf un... der Wahlkampf



Krawall und Verweigerung

Diesen Diskussionsbeitrag hat der Sozialdemokrat Hans-Josef Horchem (55) geschrieben. Er war zehn Jahre lang Chef des Hamburger Verfassungsschutzes.

Von HANS-JOSEF HORCHEM (SPD)

Passionierter Pfeifenraucher, Weinkenner und Bilderliebhaber: Hans-Josef Horchem. Im November ging er nach einem Herzinfarkt in Pension

18 bei Straßenterror und Plünderung festgenommen

"Bild", 5.2.81

10 Jahre Gefängnis ... Chaoten?

So war's am Montag: Chaoten

Hamburgs Innensenator
Alfons Pawelczyk:

Nur harte Strafen helfen!

"Hamburger Abendblatt", 4.2.81

...Hamburg, 4. Februar
...ren Krawallen bei der Anti-

Mit Steinen und Stöcken gegen Menschen

"Hamburger Abendblatt", 3.2.81



Der Zug der Gewalt

"Hamburger Abendblatt", 3.2.81



Brokdorf-Krawall

Die Polit-Rocker: BRUTAL WIE N...

"Morgenpost", 4.2.81

Mit Halstuch und Gesichtsmaske – so versteckten Chaoten ihre Gesich...

...orleben wurden die Chaoten ve...

Straßenschlacht um Brokdorf

"Morgenpost", 3.2.81

Steine flogen – Viele Verletzte – Chaos in der City

Hamburg – Knapper, aber großer Sieg für Hamburgs Bür... | legierten gestern abend um dies... Entscheidung rangen, liefert...

Demonstrationsrecht:

Zweites Skandalurteil des Würzburger Verwaltungsgerichts

In allernächster Zeit werden die den Verfahren zugrunde liegenden Vorfälle wieder erheblich an Aktualität gewinnen: Es geht zum einen um das Anhalten und Durchsuchen sämtlicher Teilnehmer einer nationalen oder sogar internationalen Großdemonstration, wie es anläßlich der Kalkar-Demonstration im September 1977 bundesweit perfektioniert, aber auch schon ansatzweise vor der Brokdorf-Demo im Februar 77 durchgezogen worden ist. Zum zweiten um die vielerorts geübte Polizeipraxis, ganze Buskonvois solange auf Parkplätzen und Autobahnraststätten festzuhalten, bis eine Weiterfahrt unmöglich oder unsinnig geworden ist. Auch das wurde vereinzelt vor der erwähnten Brokdorf-Aktion praktiziert, besonders im süddeutschen Raum, im großen Maßstab aber vor der Kalkar-Demo, was dazu führte, daß Zehntausende den Demonstrationsort nie erreichten.

Zwei Nürnberger AKW-Gegner klagten gegen diese Praxis: der eine im Fall der Brokdorf-Demonstration, die er nicht miterleben konnte, weil er und sein Bus nach vierstündigem Zwangsaufenthalt auf einer Autobahnraststätte kurz nach Würzburg umkehren mußten; der andere im Fall der Kalkar-Demo, die er zwar erreichte, allerdings nicht ohne vorher stundenlang durchsucht und auf der Autobahn festgehalten worden zu sein. Daß das Ziel des Aufhaltens durch die Polizei wirklich darin bestand, eine Teilnahme an der genehmigten Demonstration zu verhindern, geht aus der später bekannt gewordenen Anweisung des Bayerischen Innenministeriums hervor. Beide Klagen zielten auf die Feststellung des Gerichts, daß die Maßnahmen der Polizei rechtswidrig gewesen seien.

Beide Verfahren begannen im März

Beide Verfahren begannen im März 1980 mit einer mündlichen Verhandlung vor einer Kammer des Verwaltungsgerichts Würzburg, die als besonders Polizei- und CSU-freundlich gilt. Zu diesem Termin erschien eine Stellungnahme des bayerischen Innenministeriums, die neben einer Reihe von Verwaltungsakten (Anweisungen des Innenministeriums für die Demo usw.) folgende interessante Passage enthielt: „*Im übrigen wird die Aktenvorlage, insbesondere die Vorlage aller Akten der Polizei und anderer Behörden im Zusammenhang mit den Kontrollmaßnahmen der Polizei auf dem Gelände der Autobahnraststätte Spessart anläßlich der Großdemonstration in Kalkar gem. § 99 Abs. 1 Satz VwGO verweigert. Die Akten enthalten umfangreiche Angaben über Einsatzstärken, Meldeweg und polizeitaktisches Vorgehen. Durch die Einsichtnahme in diese Unterlagen könnten Tatsachen offenbart werden, die Rückschlüsse auf das Verhalten der Polizei bei ähnlichen Vorkommnissen in der Zukunft zulassen. Ein polizeiliches Einschreiten könnte so unterlaufen werden.*“

Das versprach, interessant zu werden.

Das Brokdorf-Verfahren

Nachdem im Einzelnen die Ereignisse auf dem Gelände der Autobahnmeisterei in der Nacht vom 18. auf den 19. Februar 1977 vor Gericht dargestellt worden waren, wurde bereits am 2. April, also knapp zwei Wochen nach dem ersten mündlichen Termin, das Urteil gesprochen: „*Die Klage wird abgewiesen*“. War das zwar zu erwarten gewesen, setzt die Begründung des Gerichts allerdings Maßstäbe. Hier einige Ausschnitte: „*Die Unterbindung der alsbaldigen Weiterfahrt des vom Kläger benutzten Omnibusses erweist sich demnach als eine „atypische“ polizeiliche Maßnahme, deren Rechtmäßigkeit sich nach Art. 5 Abs. 2 PAG a.F. beurteilt. Diese Maßnahme ist durch das Gesetz gedeckt.*

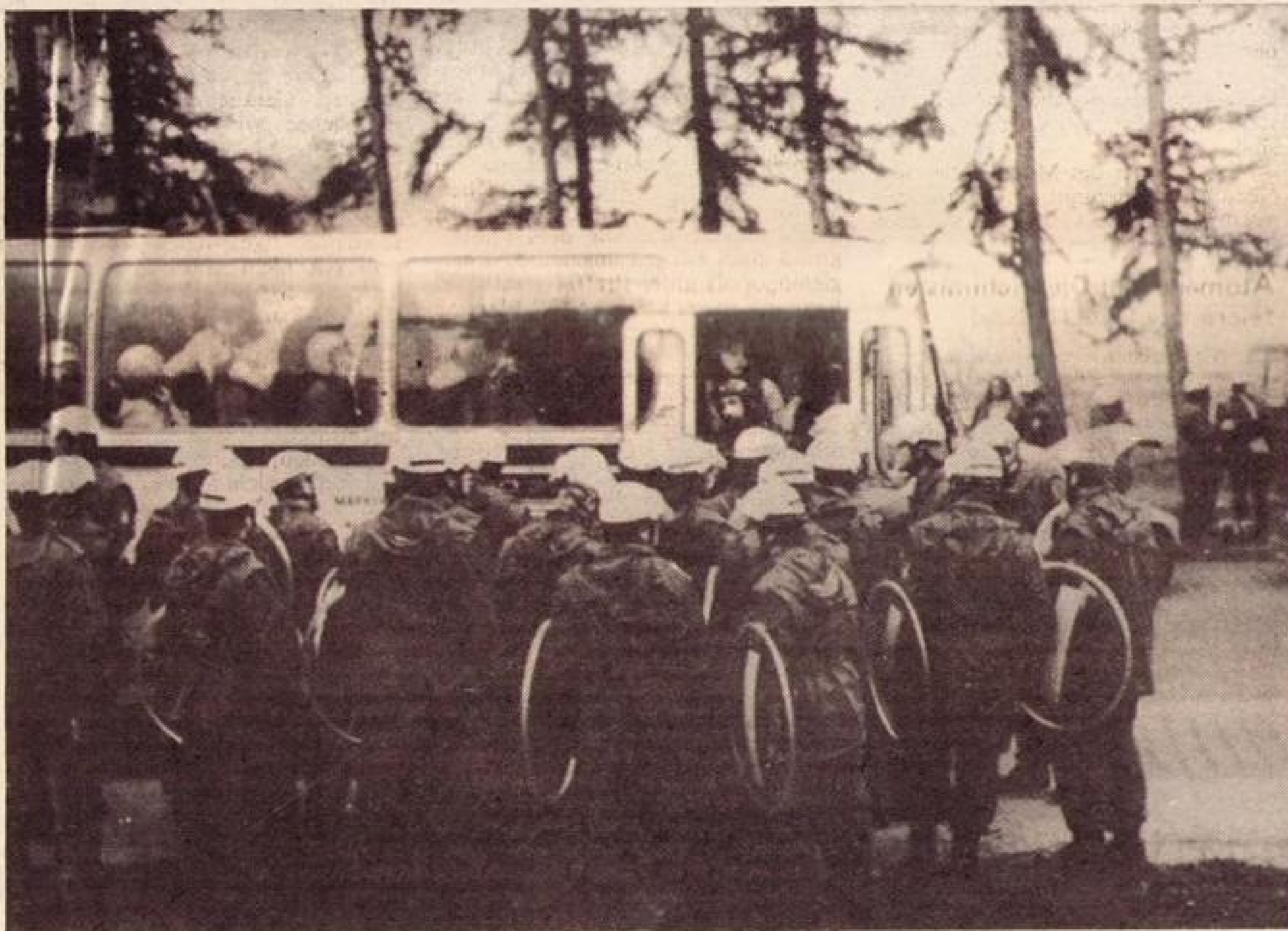
... Die öffentliche Ordnung wäre auf das Schwerste gefährdet, wenn die Polizei stets erst und nur dann zu einem Einschreiten berechtigt wäre, nachdem sie das objektive Vorhandensein einer Gefahr mit völliger Sicherheit festgestellt hat. ...

Im vorliegenden Fall mußte die Polizei nach den ihr vorliegenden Erkenntnissen von einer ganz erheblichen ‚Anscheinsgefahr‘ ausgehen. Bei vorausgegangenen Demonstrationen in Brokdorf im Jahre 1976 war es zu schweren, gewalttätigen Ausschreitungen gekommen.“

Als „Beweis“ für die bevorstehenden Gewalttaten wird reichlich aus der Giftküche des Verfassungsschutzes zitiert, und zwar z.T. direkt aus der bürgerlichen Presse, die ja bekanntlich damals eine monströse Hetzkampagne gegen die Brokdorf-Demo veranstaltete, um eine Spaltung der Anti-AKW-Bewegung in „Gewalttäter“ (Brokdorf und „Friedliche“ (Itzehoe) zu erreichen. So greifen die Würzburger Richter z.B. auf einen Bericht aus dem „Weser-Report“ vom 14.1.77 mit der Überschrift „Bombe tickt für neuen Anschlag gegen Brokdorf“ zurück und zitieren ein paar besonders angsterregende Stellen daraus. Als Beleg für die von ihnen behauptete „Anscheinsgefahr“ muß sogar ein damals verbreitetes Flugblatt der „KPD/ML, Regionalverband Wasserkante“ herhalten, obwohl es sich dabei bekanntermaßen um eine Fälschung handelte, von der sich seinerzeit auch die KPD/ML distanziert hat.

Diese Hinweise reichen dem Würzburger Gericht aber, um festzustellen: „*Die Maßnahme der Polizei war somit erforderlich; sie war für den Kläger auch nicht übermäßig belastend oder unzumutbar...*

Die polizeiliche Maßnahme ist auch unter dem Gesichtspunkt der Verhältnismäßigkeit nicht zu beanstanden.



Die Intensität des ‚Eingriffs in die Freiheitsrechte des Klägers‘ und der übrigen Businsassen durch die zeitweilige Unterbindung der Weiterfahrt des Busses stand ganz offensichtlich (!!) *nicht außer Verhältnis zu dem Schaden, mit dem die Polizei nach ihrem Erkenntnisstand als möglich rechnen mußte, wenn sie die von überall her anreisenden ‚Demonstranten‘* (das steht im Urteil wirklich in Anführungszeichen!) *ungehindert in den Raum Brokdorf hätte gelangen lassen... Die Klage war deshalb in vollem Umfang abzuweisen.*“

Mit dieser Argumentation ist es grundsätzlich möglich, jede Demonstration oder Versammlung zu verbieten, denn eine „Anscheinsgefahr“ — die wie der Begriff schon sagt, nur s c h e i n b a r bestehen muß — läßt sich immer konstruieren, selbst in den abwegigsten Fällen, wie das Kalkar-Urteil (s.u.) zeigt. Selbst der SPIEGEL schreibt dazu: „*Die Entscheidung der Würzburger Richter ist geeignet, das im Grundgesetz verankerte freie Demonstrationsrecht erheblich einzuschränken. Mit ihrer Begründung, Straftaten seien nicht auszuschließen, ließen sich künftig Bürger nach Belieben festhalten. Denn Rechtsbrüche, ob bei Demonstranten oder sonstwo, können theoretisch immer und von jedem begangen werden*“ („Spiegel“, 12.1. 81).

Da der Kläger aber keine Berufung einlegte, wurde das Urteil rechtskräftig. Als es dann einige Monate später in einem Info-Dienst für Juristen veröffentlicht wurde, verschlug es einigen Kennern der Materie die Sprache. Der Hamburger Anwalt Kai Kähler erstattete — in Absprache mit Inge Ammon, seit kurzem im BBU-Vorstand — Anzeige gegen die Würzburger Richter. Seiner Meinung nach hatten sie sich mit ihrem Urteil der Rechtsbeugung schuldig gemacht (Höchststrafe: 5 Jahre).

Aber wer geglaubt hatte, bayerische Richter ließen sich davon in irgendeiner Weise beeinträchtigen, sah sich getäuscht. Zwei Wochen, nachdem über die Prozesse und die Anzeige gegen das Verwaltungsgericht ausführlich im „Spiegel“ berichtet worden war, erließen dieselben Richter Anfang Februar ein weiteres Urteil, mit dem sie sich sogar selbst übertrafen.

Das Kalkar-Verfahren

Dieses Verfahren wurde erheblich verzögert, weil gleich zu Beginn, im März 80, von Seiten des Klägers die Herausgabe der geheimen Polizeiakten, die in dem Schreiben des bayerischen Innenministeriums erwähnt worden waren (s.o.), gefordert wurde. In einem Zwischenverfahren wurde nach Monaten entschieden, daß Teile der Akten (insgesamt 22 Fernschreiben und andere Aktenstücke) vom Innenministerium zur Verfügung gestellt werden mußten. Diese Akten waren allerdings so brisant, daß der Kläger selbst sie nicht einsehen durfte, sondern nur sein Anwalt sie beim Gericht zu Gesicht bekam.

Mit diesem juristischen Trick sollte offenbar mal wieder ein Verfassungsschutz- und Spitzel-Skandal vertuscht werden, denn soviel ist immerhin bei der mündlichen Verhandlung bekannt geworden:

— Aus den Akten geht hervor, daß offenbar sämtliche Anti-AKW-Initiativen in den Wochen vor der Kalkar-Demo sozusagen „flächendeckend“ bespitzelt worden sind. Das bedeutet, daß in dem engeren Aktivistenkreis jeder BI, selbst in kleineren Orten, jeweils mindestens ein VS-Spitzel gesessen haben muß.

— Weiter erfuhr der überraschte Kläger, daß sein eigener Name in den Polizeiakten des öfteren auftaucht. Da er bei der Organisierung der Kalkar-Demo an der regionalen Koordination (durch Verschickungen und Telefonate) beteiligt war, kann das nur bedeuten, daß seine Post und sein Telefon überwacht worden sind.

Sind solche Dinge zwar allgemein bekannt, fehlt es doch meist an konkreten Beweisen. Ihre Geheimhaltung dient einzig der Verschleierung der Tatsache, daß heute bereits die gesamten demokratischen Bewegungen umfassend überwacht und ihre Aktivitäten bzw. Aktiven in riesigen Aktenbergen gespeichert werden. Die Behauptung des bayerischen Innenministeriums, die Akten könnten deshalb nicht veröffentlicht werden, weil dann das polizeitaktische Vorgehen in Zukunft unterlaufen werden könnte, ist also eine reine Schutzbehauptung und nicht der eigentliche Grund.

Die Aktenvorlage war aber noch aus einem anderen Grund interessant. Sie war nämlich das einzige Material, auf das sich das Gericht in seiner Argumentation stützen konnte, denn im Unterschied zur Brokdorf-Demonstration war die Kalkar-Aktion in der Presse vorher weitgehend totgeschwiegen worden. Der Grund lag darin, daß sich im Gegensatz zu Brokdorf sämtliche Strömungen der Anti-AKW-Bewegung auf eine gemeinsame Demonstration geeinigt hatten, daß in einem vereinheitlichten Aufruf ausdrücklich eine Bauplatzbesetzung für Kalkar ausgeschlossen wurde usw. Es gab also überhaupt keinen Anlaß für irgendwelche Spaltungsmanöver in „Friedliche“ und „Gewalttäter“.

Von daher waren alle gespannt, was die Geheimakte bieten und was sich die Würzburger Richter raussuchen würden, um die „Anscheinsgefahr“ konstruieren zu können, die sie so dringend zur Rechtferigung der Polizeimaßnahmen brauchten.

Interessanterweise beriefen sich die Richter während der mündlichen Verhandlung in kaum einem Punkt auf die Polizeiakte. Um hinterher im Urteil nicht doch von irgendwelchen abenteuerlichen Gewaltgeschichten überrascht zu werden, beantragte der Anwalt der AKW-Gegner, den Präsidenten des bayerischen Landesamtes für Verfassungsschutz, Dr. Ziegler, als Zeugen laden und vernehmen zu lassen. Der hatte nämlich — das ging aus der Geheimakte hervor — in einem Fernschreiben 2 Tage vor der Kalkar-Demo festgestellt: „Gewaltakte sind offensichtlich nicht geplant, werden aber auch nicht ausgeschlossen.“

Der erste Teil des Satzes ist eindeutig, der zweite eine Selbstverständlichkeit. Offensichtlich hatte zu diesem Zeitpunkt selbst der Verfassungsschutzpräsident Bayerns absolut keinen ernstzunehmenden Hinweis auf eine „Anscheingsgefahr“, denn sonst hätte er einen solchen Satz wohl kaum verantworten können.

Das Gericht lehnte den Antrag ab, es unterstellte die Aussage Dr. Zieglers schlicht als wahr. Ebenso wurden andere Beweisanträge abgelehnt, so z.B. der Antrag, einen Vertreter der damaligen Demonstrationsleitung als Zeugen zu laden. Die mündliche Verhandlung war damit beendet.

Vor diesem Hintergrund ist das Urteil, das Ende Januar 81 zugestellt wurde, eine glatte Provokation. Es enthält nämlich als „Beweis“ für die „Anscheinsgefahr“ eine Reihe von Fernschreiben aus der Polizeiakte, die zum einen in der Verhandlung überhaupt nicht zur Sprache gekommen waren, zum anderen offensichtlich auch von diesem Dr. Ziegler nicht besonders ernst genommen worden sind, z.B.:

„*... Es sei beabsichtigt, mit Motor-Cross-Fahrzeugen über die Felder zu fahren, sofern an den Sperren die mitgeführten Fahrzeuge nicht durchgelassen werden. Auch ist von mehreren holländischen Gruppen bekannt, daß Waffenverstecke innerhalb der zu erwartenden Polizeisperren angelegt werden sollen ...*“

„*... Eine französische Gruppe* [Gasian] *beabsichtigt, ein Maximum ihrer militanten Anhänger zu mobilisieren. Zwei französische Militante sind gegenwärtig vor Ort mit der Organisation der Teilnahme befaßt... Einzusetzendes Material* [Gasmasken (!), Megaphone (!!) *und Eisenstangen*] *sollen mit der Bahn in Richtung Köln oder Aachen transportiert werden...*“ (FS, vom 8.9.77). „*Vertraulich wurde bekannt, daß französische Anarchisten und militante Maoisten über Bayern — via Oktoberfest* (!) *— ein- und von dort nach Kalkar weiterreisen wollen*“ (FS, vom 20.9.). „*Nach hier vorliegenden glaubhaften Informationen sollen Hieb- und Stichwaffen in den Rohren von Transparenten versteckt sowie in den Transparenten selbst eingewickelt werden*“ (FS vom 23.9.).

Daß das Gericht sich selbst vollkommen widerspricht, wenn es einerseits die Angaben des bayerischen Verfassungsschutzpräsidenten als wahr unterstellt, andererseits genau gegenteilige Aussagen als Begründung für sein Urteil heranzieht, ist neben den oben zitierten Phantasie-Geschichten eine weitere Ironie des Prozesses.

In der zusammenfassenden Urteilsbegründung geht das Gericht aber noch ein ganzes Stück über die Argumentation aus dem Brokdorfverfahren hinaus. So stellt es fest:

„*Es war deshalb geboten und gerechtfertigt, polizeiliche Maßnahmen*

rechtfertigt, polizeiliche Maßnahmen

vorzusehen und durchzuführen, die geeignet waren, einen unfriedlichen Verlauf der Demonstration in Kalkar zu verhindern. Diese Maßnahmen waren auch unter dem Gesichtspunkt gerechtfertigt, daß — wovon auch die erkennende Kammer ausgeht und weshalb eine Beweisaufnahme zu dieser Frage nicht erforderlich war — diejenigen, die die Demonstration verantwortlich angekündigt und propagiert hatten, nur friedliche Absichten verfolgten. Bei einer zu erwartenden Teilnehmerzahl von über 20.000 Demonstranten und unter Berücksichtigung ihres Erkenntnisstandes und der Lageberichte mußte die Polizei mit einer sehr hohen Wahrscheinlichkeit davon ausgehen, daß die Verantwortlichen den Verlauf der Demonstration nicht mehr würden steuern können und somit ein gewalttätiger Verlauf trotz deren friedlicher Absicht zu befürchten war... Die zumindest zeitweilige Unterbindung der Weiterfahrt von in Omnibussen anreisenden Demonstrantengruppen, deren Ausrüstung den Verdacht erwecken konnte, daß sie den auflagenmäßigen Verboten zuwiderhandeln und gegebenenfalls auch an einer unfriedlichen Demonstration in Kalkar teilnehmen würden, erweist sich sonach grundsätzlich als geeignetes und verhältnismäßiges polizeiliches Mittel zur Abwehrung einer bevorstehenden Anscheinsgefahr...

Die Maßnahme der Polizei war somit erforderlich und sie war für den Kläger auch nicht übermäßig belastend oder unzumutbar...

Die Klage ist deshalb in vollem Umfang abzuweisen.“

Mit dieser Argumentation hätte z.B. damals nicht nur die Brokdorf — sondern auch die Itzehoe-Demonstration verboten werden können, denn auch dort hätten „*die Verantwortlichen den Verlauf der Demonstration nicht mehr steuern können*“, denn das ist bei Groß-Aktionen nie möglich. Die Argumentation richtet sich also gegen Großdemonstrationen überhaupt und es unterliegt dann nur noch ausschließlich politischem Kalkül, ob sie genehmigt oder verboten wird. Die Konsequenz aus dem Urteil reicht eigentlich noch weiter: Selbst eine gerichtlich genehmigte Demonstration kann mit dieser Begründung durch Behörden und Polizei bereits im Vorfeld („präventiv“) verhindert werden. Das ist reines Vorbeuge- und Polizeirecht. Das gibt das Gericht in einer Passage des Urteils sogar offen zu:

„*Die Maßnahmen der Polizei in der Nacht vom 23.9. zum 24.9.1977 auf dem Gelände der Autobahnraststätte Rohrbrünn-Süd sind unter polizeirechtlichen und nicht unter versammlungsrechtlichen Gesichtspunkten zu beurteilen*“ (S. 15).

Gegen das Urteil ist Berufung eingelegt worden, es wird also vorläufig nicht rechtskräftig. Die nächste Instanz wird der bayerische Verwaltungsgerichtshof in München sein.

KB/Gruppe Nürnberg

Atomkraft — niemals!

Heute nicht und auch nicht im Sozialismus!

Ein Plädoyer für den vollständigen Ausstieg aus der Atomenergieforschung

Nach der Entscheidung der Länder des „realen Sozialismus" für die zivile Nutzung der Atomernergie hat sich nun auch China entschlossen, AKW's zur Erzeugung von Strom zu nutzen. Da sowohl AKW's im „realen Sozialismus", als auch in der VR China und in Ländern der Dritten Welt ihre Bewunderer auch in den Reihen der Linken haben (DKP, Jens Scheer) und weil innerhalb der Anti-AKW-Bewegung nur sehr zögernd eine Forderung zur Schließung aller Atomforschungszentren befürwortet wird, haben wir uns entschlossen, die Frage, ob Atomenergie prinzipiell nutzbar ist (z.B. im Sozialismus) im AK ausführlicher zu diskutieren.

Entgegen der Meinung, daß bei sich wirklich frei entwickelnden Produktivkräften der „technische Fortschritt" schon die Lösung bei der Ausnutzung der Atomenergie bringen werde, wollen wir versuchen, darzustellen, daß schon jetzt abzusehen ist: Energiegewinnung aus Atomspaltung ist ein totgeborenes Ungeheuer, das weder jetzt und schon gar nicht im Sozialismus eine sinnvolle Nutzbarmachung von Naturkräften ermöglicht.

Dieser Artikel soll einen Anstoß zu einer regen Debatte hierüber geben, auch wenn wir uns bewußt sind, daß wir weit davon entfernt sind zu entscheiden, ob wir AKW's einschalten oder sie auf den Müllhaufen der technischen Geschichte werfen können. Dennoch ist die Antwort auf diese Frage für langfristige Überlegungen und für ganz konkrete Forderungen zur sofortigen Schließung aller Atomforschungsstätten (Karlsruhe, Jülich, etc.) von zentraler Bedeutung. Bislang jedenfalls können unangefochten von der Anti-AKW-Bewegung Unsummen, unserer Meinung nach nutzlos, in diesen Atomforschungszentren verpulvert werden. Es sollte bedacht werden, daß immerhin die Atomforschung die Grundlage bietet, daß uns ständig aufs neue Projekte des atomaren Wahnsinns präsentiert werden können!

Alles ist machbar, Herr Nachbar — oder Strom aus Mondlicht?

Eine Hauptquelle der umfassenden Gläubigkeit in den technischen Fortschritt scheint uns in einem Mißverständnis zu liegen: Ein wesentlicher Aspekt des Dialektischen Materialismus, wie er von Marx und Engels formuliert wurde, ist das Verhältnis von Mensch und Natur: Der Mensch ist (entgegen allen anderen Formen der Natur) ein bewußt handelnder Teil der Natur, der (je nach seinem Erkenntnisstand) sich die Natur nutzbar macht und sie beherrscht (s. z.B. Dialektik

Natur, der (je nach seinem Erkenntnisstand) sich die Natur nutzbar macht und sie beherrscht (s. z.B. Dialektik

der Natur von F.Engels in: „Droht der meinsame Untergang?", Buntbuch-Verlag 1980). Dem Grad der Nutzbarmachung, also dem Erkenntnisstand, sind im Dialektischen Materialismus keinerlei Grenzen gesetzt — es gibt keine Dinge, die uns prinzipiell verschlossen bleiben etwa in Form einer nutzlosen Gedankenkonstruktion wie „dem Gott", der uns hindert, den „Baum der Erkenntnis" völlig kahl zu fressen. Hieraus zu schließen, dem Menschen sei mit einem entsprechend hohen Erkenntnisstand auch alles nur Erdenkliche (etwa die Energiegewinnung aus radioaktivem Zerfall) möglich, ist ein schlichtes Mißverständnis.

Die Grenzen des Menschen sind klar: Er muß im Einklang mit der Natur leben, wie es Engels formulierte. Darin ist zweierlei enthalten:

— Der Mensch, als Teil der Natur, kann nicht gegen bestehende Naturgesetze verstoßen.

— Ein bewußtes, zielgerechtes Handeln des Menschen kann nicht darin bestehen, mit für ihn negativen Konsequenzen in komplexe Naturzusammenhänge einzugreifen.

Hinzu kommen selbstverständlich gesellschaftliche Forderungen, wie z.B. die, daß mögliche technische Entwicklungen nicht deswegen eingesetzt werden, weil sie möglich sind, sondern ein gesellschaftlicher Zweck muß erreicht werden. Dies ist die Frage nach der Verwertbarkeit.

Diese muß im Einzelfall geprüft werden. Es sind hinreichend Beispiele aus der Geschichte bekannt, daß denkbare technische Entwicklungen von vornherein, als nutzlos erkannt, vergessen wurden oder nach erfolglosen Anfängen ad acta gelegt wurden. Hier eine nahezu beliebig erweiterbare Folge von Beispielen, die diesen Gedankengang wohl klarer machen:

— An die Nutzung der enormen elektrischen Energien in einem Blitz denkt z.Zt. wohl keiner mehr. Die Zeit, die ein Blitz dauert, ist viel zu kurz, um diese riesige Energiemenge, die die von modernen Großkraftwerken um Größenordnungen übersteigt, entnehmen zu können.

— Umgekehrt liegt der Fall bei der Nutzung der Energie der Meereswellen (nicht Ebbe und Flut). Der gesamte Energiebedarf der BRD könnte aus den Wellen, die an unsere Küsten schlagen, gewonnen werden. Ein faszinierender Gedanke, nur die Energie, die in einer Welle steckt, ist viel zu klein, um sie herausziehen zu können, mal abgesehen von der Frage, welche Folgen eine großtechnische Realisierung auf die Umwelt hätte.

— Versuche, Schallenergie auszunutzen oder die Meereswärme zum Betreiben von Wärmekraftwerken zu nutzen, scheiterten am geringen Wirkungsgrad, obgleich die zur Verfügung stehenden Energiemengen gewaltig sind.

— Die Energie des Mondlichtes oder Nordlichtes auszunutzen, hat bislang noch niemand versucht, es wäre auch schade um die Arbeit.

Atomenergie: Die Alchimisten feiern fröhliche Urständ

Atomenergie: Die Alchimisten feiern fröhliche Urständ

Die Alchimisten des Mittelalters versuchten aus Scheiße Gold zu machen — es ist ihnen bis auf den heutigen Tag nicht gelungen (die Werbetexter, die dieses Rezept in ihrer Tasche wähnen, lassen wir einmal beiseite). Die Mißerfolge haben gelehrt, daß es wenig sinnvoll ist, sich dieses Problems anzunehmen. Anders die Atomenergie:

Trotz der Schwierigkeiten und Mißerfolge, ein AKW auch nur zu betreiben und in Gang zu halten (die Unmöglichkeit, es gefahrlos zu betreiben, erörtern wir weiter unten), wird daran beharrlich festgehalten — und nicht nur in Kreisen des Kapitalismus, auch der reale Sozialismus beteiligt sich an dieser „Quadratur des Kreises".

Schlimmer sieht es mit der Wiederaufbereitung aus: Weltweit wurden etwa zehn Wiederaufarbeitungsanlagen gebaut. Etliche wurden bereits nach Probeläufen mit nichtradioaktivem Material für unbrauchbar erklärt und gar nicht erst für Atommüll eingesetzt, andere werden krampfhaft von einer Reparatur zur nächsten gepflegt und gefährden in besonders hohem Maße die Bevölkerung (z.B. La Hague in Frankreich). Die Wiederaufarbeitung ist jedoch der Schritt bei der gesamten Atomtechnologie, von dessen Beherrschung es abhängt, ob die Atomenergie überhaupt das Ende dieses Jahrhunderts erlebt (ansonsten ist das Uran alle oder zumindest knapp und damit viel zu teuer).

Schnelle Brüter, die darüber hinaus erst eine langfristige Perspektive für die zivile Nutzung der Atomenergie bieten können, scheinen ein großer Flop zu werden. Die Probleme, die bei normalen AKWs mit der hohen Radioaktivität bestehen, treten hier allerdings um ein Vielfaches verschärft auf. Trotz jahrzentelangen Bemühens ist noch nicht einmal nachgewiesen, daß sie ihr Ziel, mehr spaltbares Material zu erzeugen als zu verbrauchen, überhaupt erreichen können.

Und schließlich die große Hoffnung, der Fusionsreaktor, besteht z.Zt. noch nicht einmal auf dem Reißbrett. Von seiner möglichen Existenz hört man allenthalben, wenn die zuständigen Forschungsstätten alljährlich zur Sicherung ihres Forschungsetats neue Erfolgsmeldungen herausposaunen. In Fachberichten wird nach wie vor untersucht, ob er nicht prinzipiell mehr Energie verschlinge als herauskommen könne. Ganz nebenbei: Die radioaktive Verseuchung durch einen Fusionsreaktor, vor allem durch riesige Mengen radioaktiven Wasserstoffs, ist noch nicht im Ansatz geklärt.

Hinzu kommen die Probleme beim Uranabbau, bei der Urananreicherung und der sogenannten Endlagerung des radioaktiven Mülls, die trotz ständiger Versprechen nicht im geringsten gelöst sind.

Ein Eingeständnis für die langfristige Unbrauchbarkeit der Atomtechnologie ist immerhin die Tatsache, daß kein Land, das AKW's einsetzt oder dies plant, einen größeren Anteil der gesamten Energieproduktion über AKW's laufen lassen will. In Zeiten der Euphorie waren z.B. in der BRD 40% geplant, heute ist dies stark reduziert. Weltweit liegen die Planungen bei 20 - 30 %, z.Zt. sind um die 10% realisiert. In der BRD wird mittlerweile auch offiziell die Energieproduktion aus AKW's nur noch als ein Mittel betrachtet, um die Risiken bei der Energieproduktion möglichst breit zu streuen, will heißen, möglichst flexibel und ohne Produktionseinbussen auf äußere Zwänge reagieren zu können, indem viele verschiedene Arten der Energieerzeugung eingesetzt werden. Trotz dieser niederschmetternden Ergebnisse von jahrelanger Forschung und Entwicklung bringen es die Atomlobby im Westen und die Atomfans im realen Sozialismus fertig, ihre Produkte unters Volk zu mischen.

Auf die Frage, warum im realen Sozialismus die Atomtechnologie so hoch im Kurs steht, können wir hier nicht eingehen — es wäre einer ausführlichen Untersuchung wert.

Ein paar Antworten auf diese Frage bzgl. des kapitalistischen und imperialistischen Systems seien hier genannt:

Da AKW's noch nirgends wirklich wirtschaftlich gelaufen sind (es sei denn, wesentliche Kosten im Sicherheitsbereich werden eingespart), ist deren Einsatz nur vor dem Hintergrund eines nahezu ungeteilten Energiemonopols unter straffer staatlicher Lenkung zu verstehen (AKW-Planung wird nirgends privatwirtschaftlich

giemonopols unter straffer staatlicher Lenkung zu verstehen (AKW-Planung wird nirgends privatwirtschaftlich

durchgeführt). Durch die Monopolstellung der Energieversorgungsunternehmen in fast allen Ländern und Übernahme fast der gesamten Forschungs- und Entwicklungskosten durch den Staat (also der Bevölkerung, in der BRD inzwischen ca. 40 Mrd. DM) ist es den Kapitalisten überhaupt erst möglich geworden, mit Profit in dem AKW-Sektor zu investieren. Kein Kapitalist hätte je einen Pfifferling in die Atomtechnologie investiert, hätten nicht politische Zielsetzungen dafür gesorgt, daß der Staat sich dieser Forschung und der Kosten annimmt!

Von vornherein ging es um eine Autarkie der imperialistischen Länder auf dem Energiesektor. Denn nur so ist die äußerst frühzeitige Entscheidung für die heute gebräuchlichen Leichtwasserreaktoren zu verstehen. Die Natururanreaktoren produzieren den Strom zwar billiger als die Leichtwasserreaktoren, weil sie nichtangereichertes Uran verbrauchen, die Energieausbeute ist allerdings auf die Menge Uran bezogen nicht so hoch, und vor allem ist eine Vorratshaltung des Natururans erheblich aufwendiger als für angereichertes Uran. Der Energierohstoff wird bei den Leichtwasserreaktoren besser ausgenutzt — ein starkes Argument, um eine angestrebte Autarkie durch AKW's zu realisieren (die höheren Kosten werden dafür in Kauf genommen, auch hier gilt das „Primat der Politik"!). Ein noch stärkeres Argument jedoch ist die Hoffnung der BRD-Imperialisten, eines Tages über eine funktionierende Wiederaufarbeitung und den Einsatz des Schnellen Brüters den kompletten Brennstoffkreislauf zu besitzen, bei dem man praktisch unabhängig von Uranlieferungen wäre — wie schön, zum Glück besteht aber nicht die geringste Aussicht auf Erfolg.

Ein letztes Argument für die „zivile" Nutzung der Atomenergie sei noch angefügt: Jedes Land, das einen — auch noch so kleinen — Brennstoffkreislauf (AKW's und WAA) besitzt, verfügt dadurch auch über Atomwaffen. Auch wenn bislang alle WAAs für Dauer und große Mengen untauglich sind, für geringe Mengen reicht es noch allemal (wie z.B. die Versuchsanlage in Karlsruhe). Die weitere Verbreitung der zivilen Nutzung der Atomenergie hat zur automatischen Folge, daß mehr Länder in der Lage sind, mit Atombomben zu drohen! Länder wie die USA, Frankreich, die UdSSR und die VR China haben nie einen Hehl daraus gemacht, daß sie Atombomben bauen — die USA haben darüberhinaus schon bewiesen, daß sie sich auch nicht scheuen, sie zu benutzen. Indien, Pakistan, die BRD, Israel, Südafrika und viele andere hingegen müssen ihren Atommachtgelüsten (noch?) unter dem Deckmantel der wirtschaftlichen Unabhängigkeit oder Grundlagenforschung frönen. Besonders bei kleinen und wirtschaftlich wenig entwickelten Ländern (der Dritten Welt) sind diese Hilfsargumente besonders lächerlich, da diese Länder häufig eigene unabhängige Energiereserven besitzen (z.B. Brasilien) bzw. eine eigenständige Atomforschung mit ihren ungeheuren Kosten bei der wirtschaftlichen Lage der wenig entwickelten Länder mehr wie ein schlechter Witz anmutet! Im übrigen: Ob ein Land sich von Exxon oder anderen Ölmultis oder von Westinghouse, KWU, Babcock den Preis und die Bedingungen ihrer Energieversorgung diktieren lassen muß, ist doch wohl von untergeordneter Bedeutung.

Zwischenbemerkung aus gegebenem Anlaß: Wenn Jens Scheer (Ex-KPD) meint, die AKW-Gegner in den Industriestaaten sollten sich nicht als internationale Gralshüter aufspielen, und die Länder der Dritten Welt allein entscheiden lassen, ob sie AKW's haben wollen oder nicht, so sehen wir dies ein wenig anders: So nobel den Ländern der Dritten Welt gegenüber sich dieses Argument anhört, so läßt sich doch bei genauerer Überprüfung unschwer feststellen, daß durchweg alle Länder der Dritten Welt, die AKW's besitzen oder mit dem Gedanken spielen, sich welche anzuschaffen, reaktionäre bis faschistische Regimes besitzen. Gerade diejenigen Länder, mit denen wir als Linke uns in stärkerem Maße verbunden fühlen (Angola, Mozambik, Zimbabwe, Cuba, Nicaragua etc.) haben bislang andere politische Ziele, als daß sie den atomaren Tiger reiten wollten. Wir vemögen nicht einzusehen, daß wir beispielsweise Waffenlieferungen an Chile in Ruhe zuschauen sollen und

vemögen nicht einzusehen, daß wir beispielsweise Waffenlieferungen an Chile in Ruhe zuschauen sollen und

darauf hoffen sollen, daß das chilenische Volk in der Lage ist, diese Entwicklung selber zu stoppen. Im Gegenteil, wir werden alles tun, damit faschistische Regimes wie in Chile, Argentinien, Indonesien und wie sie alle heißen, nicht auch noch die Finger an den atomaren Abzugshahn bekommen. Welche ganz konkrete Bedrohung wäre es z.B. für das Volk von Nicaragua, wenn nicht nur die USA im Norden, sondern auch noch Chile, Argentinien, Brasilien im Süden mit Atombomben drohen können. Es ist u.E. mehr als zynisch, den unterdrückten Völkern in den Ländern der Dritten Welt letztendlich den schwarzen Peter für die atomare Aufrüstung zuzuschieben.

Ob natürlich oder künstlich — Radioaktivität ist immer krebserregend

Daß radioaktive Strahlung ungefährlich ist, behauptet heute keiner mehr. Im Gegenteil, inzwischen wird sowohl von Atomenergiebefürwortern als auch von nahezu allen Wissenschaftlern die Gefährlichkeit der natürlichen (sowohl aus der Erde kommend als auch aus dem Weltraum) Strahlung und der Röntgenstrahlung zugegeben.

Dagegen erstaunt es nicht, daß die Betreiber die künstlich erzeugte Radioaktivität aus AKW's und WAA's im Vergleich als lächerlich gering darstellen. So können wir bei jeglichem AKW-Unfall oder „Störfall" hören, daß nur ungefährliche Mengen Radioaktivität in Luft und Wasser gelangt seien. Dabei wird sogar inzwischen in wissenschaftlichen Arbeiten allgemein zugegeben, daß jede Strahlung krebsverursachend ist. Die Akademie der Wissenschaften in den USA verkündete denn auch offiziell im Auftrag des Energieministeriums, daß 1 % der Krebsfälle auf künstliche (auch schwache) Radioaktivität zurückzuführen seien. („Harrisburg war nur der Anfang", jrv 1979). Die Gefährlichkeit natürlicher und Röntgenstrahlung wird heftig hochgespielt. Eifrig wird betont, daß 1 % weniger Röntgenaufnahmen mehr erreichen würden, als die Stillegung sämtlicher AKW's („FR", 5.5.79).

Es bleibt festzuhalten, daß jede Radioaktivität, und sei sie noch so gering, zu Schäden führt, und damit Krebs erzeugen kann. Die natürliche Radioaktivität — bedingt zum einen von auf der Erde vorkommenden radioaktiven Stoffen wie Uran, Thorium und Kalium 40, zum anderen von kosmischer Höhenstrahlung aus dem Weltraum — wirkt seit jeher auf den Menschen und ist sicher mitverantwortlich an der Evolution der Lebewesen durch Mutationen (Veränderung der Erbanlagen) und an zahlreichen Mißbildungen und Krebserkrankungen (man schätzt, daß 10 % dieser Erkrankungen auf natürliche Strahlung zurückzuführen seien (Klagebegründung von Essenshamm)). Die Menschheit ist nur bedingt vor dieser natürlichen Strahlung geschützt (Atmosphäre, Hautpigmentierung, Reparaturmechanismen für Schäden an den Erbanlagen). Bei der natürlichen Radioaktivität handelt es sich in erster Linie um Gammastrahlen, also elektromagnetische Wellen (extrem wirksame Röntgenstrahlung), die nur durch mehrere Zentimeter dicke Bleiplatten aufgehalten werden können. Alpha- und Beta-Strahlen werden durch Minerale und durch die Erdkruste weitgehend abgeschirmt, im Uranbergbau jedoch treten Schädigungen durch diese Strahlung sofort und deutlich zutage (Chemiker Zeitung, Jahrgang 101). Hier wie auch beim Umgang mit radioaktiven Stoffen z.B. in einer WAA ist der Reparaturmechanismus des menschlichen Körpers in Bezug auf Gammastrahlen überfordert, in Bezug auf Alpha- und Beta-Strahlen gänzlich untauglich.

Ist es auch so, daß sowohl natürliche als auch künstliche Radioaktivität Krebs erzeugt, so ist doch ein wesentlicher Unterschied zwischen beiden Arten von Strahlung festzuhalten. Die natürliche Radioaktivität reichert sich im Gegensatz zur künstlichen im Körper nicht an. Sie wird im Körper entsprechend eingebaut und führt dort zu den erwähnten Krankheiten, bleibt aber in konstanter Rate im Körper vorhanden, was ja auch einleuchtet: Die jahrmillionenlange Evolution kann kein Wesen bestehen lassen, das natürliche radioaktive Stoffe anreichert — es muß sich ein Gleichgewicht einstellen, ansonsten das Wesen ir-

natürliche radioaktive Stoffe anreichert — es muß sich ein Gleichgewicht einstellen, ansonsten das Wesen ir-

gendwann „verstrahlt" und nicht lebensfähig ist. (Radioaktivität und Umwelt, Weish, Gruber; Eilinformationen des BBU; Klagebegründung von Essenshamm). So verteilt sich radioaktives Kalium 40 überall gleichmäßig im Körper. Soviel wie neu aufgenommen wird, wird auch wieder ausgeschieden. In AKW's und durch die Zündung von Atombomben werden dagegen künstliche Radionukleide freigesetzt, die in der Natur nicht vorkommen. Dabei ist weniger ihre Wirkung auf den Körper von außen zu betrachten, als ihre Anreicherung in bestimmten Organen, nachdem sie über die Nahrungskette vom Menschen aufgenommen worden sind, wobei sich jedes künstliche radioaktive Nukleid anders verhält, d.h. sich spezifisch in ganz bestimmten Organen oder Teilen davon anreichert.

Eben aufgrund der künstlichen Herkunft dieser Stoffe kann sich ein Gleichgewicht über die Evolution nicht einstellen (es sei denn, man schmeißt alles bisherige an Natur auf den Müll und hofft auf eine der Radioaktivität widerstehende Sorte Natur — allerdings eine solchermaßen energiegeladene Natur hätte AKW's vermutlich nicht mehr nötig).

Durch die künstliche Erzeugung von Radioaktivität geraten zunehmend radioaktive Substanzen an Stellen des Körpers, die bislang dieser Belastung nicht ausgesetzt waren und entsprechend leicht zerstört werden können.

Da es keine ungefährliche Menge Radioaktivität gibt, ist die Herabsetzung von Grenzwerten und Dosismengen, die der Bevölkerung angeblich zugemutet werden kann, nichts anderes als Beruhigungstaktik der Betreiber und des Staates gegenüber der Bevölkerung. So hat Frau Stewart mit ihrer Studie über die Krebserkrankungen bei Arbeitern der Hanford-Wiederaufarbeitungsanlage nachgewiesen, daß die Wirkung von Niedrigstrahlung sogar größer ist als von höherer Strahlung, wenn man die Zahl der Erkrankungen auf die Dosis bezieht. Dies liegt daran, daß bei hoher Strahlendosis etliche Zellen so stark geschädigt werden, daß sie absterben und damit nicht zur Krebsentstehung beitragen. Bei niedriger Dosis treten aber „nur" geschädigte Zellen auf, die alle potentielle Krebsherde darstellen, somit die „Ausbeute" pro Strahlungseinheit größer ist. Das heißt aber, daß eine Reduzierung der Strahlendosis nicht zu einer geringeren Zahl an Krebserkrankungen führen

Fortsetzung nächste Seite

Harrisburg: Die Katastrophe ist noch lange nicht vorbei

Auf der Jahrestagung Kerntechnik in West-Berlin im März 1980 bestritt Herrman Dieckamp von der Betreiberfirma des Harrisburg Reaktors, *„daß der Austritt von Radioaktivität aus dem Kernkraftwerk zu gesundheitlichen Schädigungen der Bevölkerung geführt habe. Durch die freigewordenen Strahlungsmengen seien auch Spätschäden nicht zu befürchten. Das Kraftwerk kann nach den Worten Dieckkamps bis Mitte 1983 mit einem Kostenaufwand von 400 Mill. DM wieder eröffnet werden"* („FR", 26.3.80).

Soweit die offizielle Schönfärberpropaganda, aber wie sieht es wirklich aus?

Bis heute sind Arbeiten im Sicherheitsbehälter unmöglich. Nur für wenige Minuten konnten bisher einige Arbeiter in den hochverstrahlten Bereich vordringen. Auf die noch vorhandenen Meßgeräte ist kaum noch Verlaß, da sie durch die Strahlung langsam angegriffen werden. *„Im Reaktorgebäude besteht durch Ventilatorkühlung, die seit dem Störfall ununterbrochen in Betrieb ist, leichter Überdruck. Diese Ventilatoren müssen dringend überprüft werden, weil sie für derartig langen wartungsfreien Betrieb nicht vorgesehen sind. Beim Versagen der Kühlung würde der Druck im Reaktorgebäude ansteigen und dadurch Kryptongas verstärkt in die Atmosphäre entweichen"* („FR", 19.4.80).

Um in den Sicherheitsbehälter hineinzukommen, mußte das radioaktive Krypton aus dem Gebäude entfernt werden. Den Betreibern fiel nichts besseres ein, als alles Gas direkt auf die Bevölkerung loszulassen. Viele Leute aus der Gegend verließen in dieser Zeit wieder die umliegenden Orte, wie auch schon nach dem Unfall ca. 200.000 Menschen geflohen waren. Das entspricht ungefähr 50 % der Bevölkerung.

Im Reaktorgebäude befindet sich stark radioaktiv verseuchtes Wasser. *„Obwohl die Wartungsarbeiten bereits hundert Millionen Dollar gekostet haben, sind erst 400 von insgesamt 1500 Kubikmetern des ins Hilfsanlagengebäude übergelaufenen Wassers aufbereitet worden. Ein Teil des radioaktiv verseuchten Wassers ist offensichtlich durch das Fundament ins Grundwasser gelangt, da bei Versuchsbohrungen im Umkreis von 10 bis 70 Metern um das Hilfsanlagengebäude im Grundwasser radioaktives Tritium gefunden wurde. Was an Problemen innerhalb des Reaktordruckgefäßes auftreten wird, kann man nur vermuten. Denn ein großer Teil der Brennelemente ist beschädigt, verbogen, verklemmt. Man kann heute schon sagen, daß der Durchfluß stark behindert ist. Also muß viel kaputt sein. Das alles unter starker Radioaktivität abzubauen, ist ein bisher völlig ungelöstes Problem"* (J. Scheer, „Hefte f. Demokratie u. Sozialismus" 6/80).

Eines jedoch ist sicher: Bei den Ausräum- und Reinigungsarbeiten wird eine große Menge radioaktiven Materials erzeugt. Bisher ist völlig unklar, wo dieser radioaktive Müll gelagert werden soll. *„Angesichts dieser auf absehbare Zeit unlösbaren Probleme mutet es unglaublich an, daß von Seiten der Betreiber darüber diskutiert wird, wie die Anlage so rasch wie möglich wieder in Betrieb genommen werden kann. Die dafür erforderlichen Kosten sind natürlich ungeheuerlich. Dies wird wohl nur durch den propagandistischen Effekt gerechtfertigt. Es muß der Atomindustrie daran gelegen sein, zu demonstrieren, daß selbst ein Unfall wie dieser verkraftet wird und man danach wieder ‚business as usual', also Betrieb als ob nicht passiert wäre, machen kann"* (ebd.).

Und die Folgen für die Bevölkerung?

„Es besteht zur Zeit keinerlei Gefahr für Leben und Gesundheit der Öffentlichkeit. Wir haben niemanden verletzt. Niemand wurde einer außerordentlichen Strahlung ausgesetzt. Und wir haben sicherlich auch niemanden umgebracht. Die Radioaktivität außerhalb war absolut unbedeutend" („Harrisburg war nur der Anfang", Seite 15), so der Vizepräsident der Betreiberfirma.

„Wieviel Radioaktivität nun tatsächlich entwichen ist, ist bis heute unbekannt, da offensichtlich noch nicht einmal genaue Messungen vorgenommen wurden. Doch schon bald zeigten sich erste Anzeichen der Strahlenbelastung. Am empfindlichsten waren dabei die ungeborenen Kinder. Sternglass hat die Neugeborenenstatistik von Pennsylvania genauer untersucht. Er stellte dabei fest, daß im Juli 79 mit 271 toten Säuglingen gegenüber März 79 sich die Säuglingssterblichkeit fast verdoppelt hatte. Der Anstieg der Sterblichkeit von 10,4 [März] auf 18,5 [Juli] war in den Vorjahren nicht zu verzeichnen gewesen. Der zu erwartende Juliwert lag laut Sternglass bei 8,5 pro 1.000 Geburten. Im August rutschte Pennsylvania in der Säuglingssterblichkeit wieder unter den US-Bundesdurchschnitt: Die Schilddrüsen der im August geborenen Säuglinge waren zur Zeit des Störfalles noch nicht in der Lage, wesentliche Mengen von Jod-131 aufzunehmen." („FR", 8.3.80).

Sofort nach Bekanntwerden der Sternglass-Studie brach ein Sturm der Empörung und Polemik von Seiten der Atombetreiber los.

Doch alle Kritiken konnten seine Schlußfolgerungen nicht entkräften. Sogar das Gesundheitsministerium des Staates Pennsylvania mußte zugeben: *„Nach dem Reaktorunfall wurden in drei Landkreisen 13 Kinder mit einer Schildrüsenunterfunktion, die zu Wachstumsschäden führen kann, geboren. Normalerweise hätten es drei sein dürfen. Der frühere Gesundheitsminister von Pennsylvania hatte gezielte Erhebungen zur Untersuchung der Kindersterblichkeit durchführen lassen."* Er ließ die Kindersterblichkeit nach Entfernungen von 0 bis 5,5, bis 10 und mehr als 10 Meilen um den Reaktor herum erfassen. Im Oktober trat er aus Protest gegen die Behandlung des Unfalls durch die Regierung zurück, und sein Nachfolger änderte das Untersuchungsprogramm derart, daß eine Auswertung nicht mehr möglich sein wird. So soll offensichtlich verhindert werden, daß weitere Erkrankungen wie Leukämie und Krebs, die mit einer zeitlichen Verzögerung von 5 - 10 Jahren auftreten, erst gar nicht mit dem Reaktorunfall in Verbindung gebracht werden können.

Die psychische Belastung

Wenig diskutiert — und für das Mannheimer Verwaltungsgericht undiskutabel — sind die psychischen Belastungen der Bevölkerung nach dem Unfall. *„Wie der mit der psychologischen Betreuung der Anwohner betraute Projektleiter ... mitteilte, wurden bei zahlreichen Bewohnern krankhafte Streßsymptome festgestellt. Besonders verbreitet sind nach Angaben des Psychologen Kopf- und Magenschmerzen, Angstgefühle, Schweißausbrüche, Verdauungsstörungen, Appetitlosigkeit oder ungezügelte Freßlust. Die Zahl der Alkoholiker in der Gegend sei seit dem Unglück um 14 gestiegen, der Tablettenkonsum habe um 32, der von Beruhigungsmitteln um 87 und der von Schlafmitteln um 112 zugenommen"* („FR", 19.4.80). Ein Arzt berichtete, daß er direkt nach dem Unfall einen wahren Ansturm von Patienten hatte. Zwar trat dann eine Beruhigung ein, aber der psychische Streß hielt an. *„Erst kürzlich erschien ein depressiver Patient, der nach dem Reaktorunfall die Stadt nicht verlassen und mit kaum jemand über seine Probleme gesprochen hatte. Jetzt sucht er den Arzt auf. Mit 25 Pfund Gewichtsverlust, Schlaflosigkeit und Angstzuständen. Besonders Männern war es anfangs peinlich, ihre Angst zuzugeben. Ihre Frauen und Kinder waren während des Unfalls evakuiert, aber sie sind geblieben. Als Familienoberhaupt wird von einem erwartet, daß man die Ruhe behält und die Situation meistert"* („FR", 26.3.80). Erbarmungswürdiger Männlichkeitswahn — funktionalisiert durch die Betreiber.

Zu ähnlichen Schlüssen kommt auch C.Peringcioli in ihrem Buch „Die Frauen von Harrisburg": *„Alle Männer, mit denen ich über den Unfall sprach, hatten kaum etwas über ihr Gefühl zu erzählen. Nach ein zwei dünnen Sätzen fiel ihnen nichts mehr ein"*. Sie stellt weiterhin fest, daß der Widerstand weitgehend von den Frauen getragen wird, und sich die Frauen gegen ihre Männer durchsetzen müssen. *„Die Männer betrachten den Widerstand als ziemlich sinnlos; sie sagen, wir haben bereits alles verloren, jetzt wollen sie zusammenhalten, was ihnen geblieben ist. Mein Mann ist sehr wütend, er würde sehr gerne losgehen und was zusammenschlagen, was Gewalttätiges tun; er ist nicht in der Lage, in vernünftigerweise mit anderen Leuten darüber zu reden"* (ebda).

Besonders für schwangere Frauen stellt die Situation in Harrisburg eine besondere Belastung dar. *„Nach dem Unfall haben wir viel darüber gesprochen, was wir tun sollen und ich werde nie vergessen, als meine schwangere Freundin schließlich sagte: wir müssen uns jetzt entscheiden — entweder ich treibe jetzt ab oder wir hören auf, darüber zu sprechen. Ich kann nicht 9 Monate damit leben, wenn unsere ganze Aufmerksamkeit darauf gerichtet ist."*

Wiederaufnahme des Wyhl-Prozesses

Nach über eineinhalbjähriger Pause soll es nun im Wyhl-Prozeß weitergehen. Bekanntlich hatte das Gericht in der ersten Instanz einen Berstschutz gefordert; auf alle weiteren Einwände, z.B. die Folgen für die Landwirtschaft, was das Gericht gar nicht eingegangen. In der zweiten Runde ging es dann im wesentlichen um den Unfall von Harrisburg, in der sich die offiziellen Gutachter fleißig darum bemühten nachzuweisen, daß so etwas in westdeutschen AKWs natürlich unmöglich ist.

Amerikanische AKW's Mist — Deutsche AKW's Spitze?

Amerikanische AKW's Mist — Deutsche AKW's Spitze?

In der „FAZ" war zu lesen, *„daß die amerikanische Kerntechnik offensichtlich noch schlechter ist als ihr schon ramponierter Ruf. Die beim Desaster im KKW TMI [Harrisburg] ... offenkundig gewordenen technischen und organisatorischen Mängel, beruhen nicht, wie sich inzwischen herausgestellt hat, auf der einmaligen Verketung unglücklicher Umstände, sondern auf Unzulänglichkeiten, die in der gesamten amerikanischen Reaktorindustrie anzutreffen sind und die jederzeit wieder zu einem solchen Unglück führen können"* (31.12.80).

Als Beispiel wird das Unglück im AKW Indian Point im Oktober 1980 angeführt. Dort sind *„fast 500.000 Liter Kühlwasser in das Reaktorgebäude gedrungen, ohne daß dies zunächst von der Bedienungsmannschaft erkannt worden wäre. Trotz gewisser Unregelmäßigkeiten in der Reaktorleistung wurde der Betrieb fortgesetzt, bis sich der Reaktor selbst abschaltete."* Nun erst entdeckte man, daß das Wasser meterhoch im Reaktorgebäude stand. *„Obwohl der Reaktor geflutet und zahlreiche Meßinstrumente durchnäßt waren, ging die Anlage nochmals in Betrieb. Als man zwei Tage später merkte, daß die Meßgeräte durch das aus dem Hudson stammende Kühlwasser geschädigt sein könnten, ließ der Betreiber das Kraftwerk wieder abschalten. Erst dann sieben Tage nach dem Beginn der Störung wurde die staatliche Aufsichtsbehörde von dem Unfall informiert"* (ebda).

Man fragt sich, wo denn der große Unterschied zum Unfall in Brunsbüttel liegen soll. Auch hier wurde trotz Unfalls einfach weitergemacht und die Behörden erst viel später informiert.

In der BRD sei alles anders, meint der „FAZ"-Schreiber. Denn die Hilfsanlagen hier seien wesentlich besser ausgelegt, was *„ein wesentlich höheres Sicherheitsniveau garantiert. Doch leider gibt es auch in der BRD gefährliche Bestrebungen, auf die Beachtung der allgemeinen Regeln der Technik zu verzichten und stattdessen für den Einzelfall Normen vor- und festzuschreiben, wodurch die notwendige Flexibilität verlorengeht"* (ebda).

Offensichtlich haben die AKW-Betreiber in den USA und der BRD eine Schwierigkeit: Sie wollen die Anlagenteile so konstruieren, daß nicht alles automatisch läuft, um dem Personal zu ermöglichen, bei Versagen dieser Automatik doch noch durch Eingreifen per Hand das Schlimmste zu vermeiden. Doch ist vieles per Hand zu steuern, sind auch die Sicherheitseinrichtungen außer Kraft zu setzen, so daß das AKW weiter läuft. Man sieht — ein Gordischer Knoten!

Weiterhin gehen amerikanische wie westdeutsche Betreiber davon aus, daß nach einem einen Unfall auslösenden Ereignis maximal ein weiterer Fehler im Reaktorschutzsystem auftritt und alle anderen Sicherheitseinrichtungen fehlerfrei arbeiten. Sowohl die Harrisburg-Katastrophe als auch der Brunsbüttel Unfall haben die Unsinnigkeit dieser Annahme bewiesen. Denn es traten bis zu drei Folgefehlern auf.

Nicht zu befriedigen vermochten auch die Angaben eines Gutachters vor dem Verwaltungsgericht. Dieser ist der Ansicht, daß der Wyhl-Reaktor mit einer „Entgasung" des Reaktordruckbehälters gebaut werden solle, um die Bildung einer explosiven Knallgasmischung zu verhindern.

Im Harrisburg-Reaktor war eine Gasblase entstanden, die den Reaktor zu sprengen drohte — ein Ereignis, welches Sicherheitsphilosophen noch gar nicht durchdacht hatten. Kein westdeutsches AKW ist mit einer solchen „Entgasung" ausgerüstet. In der vom Forschungsministerium in Auftrag gegebenen Studie, die die *„Akzeptanz von AKWs in der Bevölkerung erhöhen soll"*, wird zu dem Knallgasproblem lapidar festgestellt, daß zwar Wasserstoff entstehen könne und: *„Sollte dieser Wasserstoff nicht verbrennen, so besteht die Möglichkeit, daß er sich im Sicherheitsbehälter bis zur unteren Explosionsgrenze anreichert. Es könnte dann zu einer plötzlichen Verbrennung* (im Klartext Explosion — Anm. AK) *des Wasserstoffs kommen"*. Da nun guter Rat teuer ist, wird einfach behauptet, daß bei dieser Explosion *„kein Versagen des Sicherheitsbehälters eintritt. Die Gültigkeit dieser Annahme muß in der Phase B der Studie noch geprüft werden."* So einfach ist das. Kein Wunder, wenn diese Autoren zu dem Schluß kommen, daß westdeutsche AKWs so schrecklich sicher sind.

AKW-Nein-Kommission

Fortsetzung von vorheriger Seite

wird (Gorleben Hearing, Protokolle, erhältlich beim Niedersächsischen Sozialministerium). Für die heutigen Grenzwerte, also die Menge künstlicher Radioaktivität, die der Bevölkerung zugemutet wird, gibt es keine wissenschaftlichen Gründe, sondern lediglich wirtschaftliche. Das wird schon deutlich an den unterschiedlich hohen Grenzwertbestimmungen in den einzelnen Ländern. So sind z.B. in den USA 8 mrem radioaktive Bestrahlung des ganzen Körpers zulässig, in der BRD 60 mrem und in der DDR sogar 500 mrem jährlich („Harrisburg war nur der Anfang", jrv 1979).Die Länder des realen Sozialismus sind sich hier mit den kapitalistischen Ländern darin einig, daß ein paar Krebskranke billiger sind als entsprechende Sicherheitsmaßnahmen. *„Die Herabsetzung der Strahlenbelastung zur Verringerung des Risikos ist u.a. mit einem ökonomischen Aufwand verbunden, der in Relation zu dem zu verringernden Risiko zu betrachten"* ist (aus „Kernenergie", DDR-Fachzeitschrift, 1/75, S. 30) und andererseits lasse sich heute schon die *„unschädliche Radioaktivitätsabgabe aus Kernkraftwerken auch bei stark zunehmender Zahl der Anlagen im Rahmen der bereits heute wirksamen Schutzmaßnahmen weiter einschränken, ohne die Wirtschaftlichkeit zu gefährden"*(Dohnany, Entwurf für das 4.Atomprogramm 1972). Die Kosten für die Zurückhaltung radioaktiver Stoffe werden gegen die wahrscheinlichen Kosten der Schädigung der Bevölkerung aufgewogen. Eine Verringerung der Strahlendosis aus Atomanlagen würde bereits heute dazu führen, die Atomindustrie zur Aufgabe zu zwingen, da die Kosten explodieren würden

Ob sie's wollen oder nicht ...

Es gibt keinen Schutz vor Radioaktivität, und es gibt keine Möglichkeit, AKW's und WAA's so zu bauen, daß aus ihnen keinerlei radioaktive Strahlung entweicht. Auch beim Normalbetrieb wird über Kühlwasser, Schornsteine und Belüftungsklappen Radioaktivität an die Umwelt abgegeben, ganz zu schweigen von Reaktor und Betriebsgebäuden. Jedes Baumaterial, das in AKW's und WAA's verarbeitet ist, wird im Laufe der Zeit von den radioaktiven Strahlen angegriffen, denn nicht nur organisches, sondern auch anorganisches Material wird durch Bestrahlung beschädigt.

Ein bestimmter Effekt sorgt beispielsweise dafür, daß durch die im AKW vorhandenen Neutronen Stahl und Beton durch die Entstehung mikroskopisch kleiner Bläschen spröde werden. An diversen sogenannten Schwerionenbeschleunigern wird untersucht, ob es nicht doch bestimmte Legierungen oder Substanzen gibt, die diesem Effekt trotzen können. Allein: Bislang erfolglos. Im Gegenteil, hatte man endlich Zusammensetzungen gefunden, die statt 10 nun 15 Jahre halten, so fand man daraufhin heraus, daß just diese besonders unangenehme radioaktive Zerfallsprodukte produzierten.

Dagegen können auch die genialsten Baumeister nichts machen, denn auch wenn es ihnen nicht in den Kram paßt, die Naturgesetze gelten auch für sie.

Wiederaufarbeitung — 10 mal umfüllen ist noch lange nicht beseitigt

Sind die Gefahren bei dem normalen Betrieb der Reaktoren schon nicht zu beherrschen, so kann der Atommüll erst recht nicht zufriedenstellend bearbeitet werden. Geht man davon aus, daß maximal 100 Jahre lang Energie aus Atomreaktoren gewonnen werden kann, so kann es nicht sinnvoll sein, wegen 100 Jahren Energieerzeugung den daraus herrührenden Müll über 100.000 Jahre hinweg bewachen und behandeln zu müssen. Es ist und bleibt: Atomarer Müll kann nicht wieder aufgearbeitet werden! Alle Verfahren, die hierzu heute im Gespräch sind, beschränken sich auf ein gefahrvolles Sortieren, Umfüllen und schließlich Lagern des Mülls. Große Hoffnungen für die Lösung des Problems gibt es für die Forschung nicht mehr, denn auch ihr sind die Naturgesetze für den radioaktiven Zerfall bekannt. Das dabei entscheidende radioaktive Zerfallsgesetz läßt nur statistische Aussagen über die Gesamtmenge zu, nicht aber über das Schicksal jedes einzelnen Atoms oder Moleküls. Letzteres ist aber notwendig, um jegliche Schädigung organischen Lebens ausschließen zu können. Kurz gesagt liegt das Problem darin begründet, daß es in der Kerntechnik eben nicht möglich ist, aus einem Element genau e i n anderes zu machen, auch nicht durch erneute Bestrahlung, und das ist den Betreibern mehr als klar.

Es besteht also nicht nur wenig Hoffnung, etwas zu finden, um Atomenergie in den Griff zu bekommen, sondern es gibt ausreichend Gründe, zu der Einsicht zu gelangen, daß prinzipiell nichts damit anzufangen ist. Durch den Betrieb von AKW's werden diese Gefahren, dieser Müll, ja erst geschaffen, mit dem niemand umzugehen versteht,und der nicht beseitigt werden kann.

Ein unkalkulierbarer Knall?

Mit jedem neu in Betrieb genommenen AKW wird die Gefahr eines atomaren Super-Gaus größer. Abgesehen von einer geplanten WAA, in der das gesamte, in den AKW's bereits produzierte radioaktive Material gelagert und bearbeitet werden soll, genügen die bereits heute in der BRD mehr oder weniger funktionierenden AKW's,um weite Landstriche zu verseuchen. Im Normalbetrieb werden stetig radioaktive Stoffe in solchen „Portionen" an die Umwelt abgegeben, daß Schädigungen der Umwelt erst nach einem gewissen Zeitraum feststellbar sind und somit nicht in direktem Zusammenhang mit dem Verursacher zu stehen scheinen. Die Gefahr eines mit Harrisburg vergleichbaren Unfalls ist in vielfacher Form überall dort vorhanden, wo AKW's in Betrieb genommen werden. Im Falle eines Super-Gaus der allen Manipulationen mit der Wahrscheinlichkeitsrechnung zum Trotz, jederzeit eintreten kann, ebenso wie bei einer Zerstörung des Reaktorgebäudes durch äußere Einflüsse (Flugzeugabsturz o.ä.) würde radioaktive Strahlung, die einem Vielfachen der Hiroshima-Bomben entspräche,ganze Landstriche auslöschen. Ein solches, durch diese unkalkulierbare Atomtechnologie geschaffenes Gefahrenpotential, das vergleichbar ist mit der gigantischen Anhäufung von Atomaffen in Westeuropa, bedeutet nichts anderes als die Schaffung der Möglichkeit von ökologischen Katastrophen wahnsinnigen Ausmasses.

Darüberhinaus bleibt die Gefahr, daß im Kriegsfall die Imperialisten überlegen könnten, ob sie eine Atombombe werfen oder das entsprechende AKW hochgehen lassen.

Die Gefahrenpotentiale, die von der Atomtechnologie im Normalbetrieb wie im Falle eines Unfalls ausgehen, sind so gigantisch und die Möglichkeit des gefahrlosen Betreibens dieser Technologie so unrealistisch, daß die Forderung „Atomkraft — Nein danke" unzureichend ist und unserer Meinung nach nur und für alle Zeiten heißen kann „Atomkraft — niemals", auch nicht im Sozialismus.

Ein Teil der AKW-Nein-Kommission

Die Grünen vor der BHA-Sitzung

„...Auf zum letzten Gefecht?"

Eine Woche vor der Sitzung des höchsten Gremiums der Grünen Partei, des Bundeshauptausschusses (21./22.2. in Kassel), sind die einzelnen Landesverbände und Gremien und die verschiedenen Strömungen und Fraktionen der Partei noch voll mit der Festlegung ihrer jeweiligen taktischen Marschrouten für diese – allem Anschein nach „historische" – Tagung beschäftigt. Wie schon auf der letzten BHA-Sitzung (29./30.11. 80 in Nürnberg; vgl. AK 190, S. 1) soll auch diesmal wieder die Hexenjagd gegen die Ende 1979 vom KB abgespaltene „Gruppe Z" im Mittelpunkt stehen. Die Rechten um Georg Otto und Helmut Lippelt drängen ungeduldig darauf, sich das „Problem" (d.h die „Gruppe Z") ein für allemal vom Halse zu schaffen. Besonders eifrig mit Ausschlußanträgen sind derzeit die Grünen in Bayern, wo die „Gruppe Z" nur über schätzungsweise zwei bis drei Anhänger verfügt. Der bayerische Landesvorstand hat den Bundesvorstand einstimmig aufgefordert, **„die nötigen Maßnahmen einzuleiten, (um) die ‚Z-Fraktion' so schnell wie möglich aus der Partei ‚Die Grünen' auszuschließen."** Mehrere Kreisverbände (Altötting, Berchtesgadener Land, Traunstein) haben sich dem mit eigenen Ausschlußanträgen angeschlossen.

Daß laut Satzung der Grünen Partei Ausschlußverfahren Sache der einzelnen L a n d e s schiedsgerichte und zudem nur als Einzelverfahren zulässig sind, wird dabei von den „Z"-Hassern geflissentlich übersehen. Die bisherigen Anträge sind also alle unzulässig – ein Umstand, auf dem die „Gruppe Z" schon mehrfach hingewiesen hat. Die Rechten scheinen indessen schon bereit, sich über das Statut einfach hinwegzusetzen.

Leitantrag des Bundesvorstandes

Nachdem auf der Bundesvorstandssitzung im Dezember eine 4:4-Pattsituation bestanden hatte (wegen Abwesenheit zweier „Mitte-Rechts"-Kräfte), ist nun doch noch ein **Mehrheitsvotum für „Trennung" von der „Gruppe Z" zustande gekommen.** Gegen die Stimmen der linken Minderheit (Rolf Stolz, Petra Kelly, Bettina Hoeltje, Erich Knapp) und eine Enthaltung von Dieter Burgmann beschlossen Norbert Mann, Christiane Schnappertz, Helmut Lippelt, Hannelore Saibold, Ursula Alverdes und Eva Reichelt folgenden „Leitantrag" an den Bundeshauptausschuß:

„1. Die Antwort von Jürgen Reents an den BHA macht deutlich, wie wenig sich die Z-Fraktion innerlich mit den Grünen identifiziert.

2. Der BV nimmt die Stellungnahme der Z-Fraktion von Jürgen Reents und die von Bettina Hoeltje in der BV-Sitzung ausgeführte Stellungnahme als Unterstützung dieser Position zur Kenntnis mit der Aufforderung, die Strukturen und Termine der Z bis zur nächsten BHA-Sitzung offenzulegen oder die Partei Die Grünen zu v e r l a s s e n. Die nicht offene und kadermäßig organisierte Fraktion Z verhindert und behindert die basisdemokratische und gleichberechtigte Zusammenarbeit aller ökologisch demokratischen Kräfte in den Landesverbänden Hamburg und Schleswig-Holstein. Dadurch werden nicht nur relevante Kräfte unterdrückt, sondern auch das Vertrauen zerstört, das für das Ansprechen neuer Mitglieder und die Identifikation der bisherigen Mitglieder mit den Grünen erforderlich ist.

3. Die gemeinsame Weiterentwicklung einer gesellschaftsökologischen Perspektive unserer Partei ist unter Beteiligung nicht offener Fraktionen innerhalb der Partei nicht möglich."

Ist ein Kompromiß noch möglich?

Neben Vertretern eines harten Kurses („grüne Mitte", Bundesvorstandsmehrheit) melden sich neuerdings auch wieder Kräfte – insbesondere von der BUS-Fraktion („Undogmatische Sozialisten") – zu Wort, die zu etwas mehr Besonnenheit raten und
sche Sozialisten") – zu Wort, die zu etwas mehr Besonnenheit raten und
mühsam nach mehrheitsfähigen Kompromißformeln suchen. Ihnen geht es allerdings nicht um eine Solidarisierung mit der „Gruppe Z", sondern um die Verhinderung einer weiteren Eskalation, die das Ende der Grünen Partei bedeuten dürfte. Zu den „Gemäßigten" gehört momentan auch Manfred Zieran (BUS), in den vergangenen Monaten und insbesondere während der Nürnberger BHA-Sitzung einer der Wortführer der Anti-„Z"-Kampagne: In einem Antrag an den Bundesvorstand (mit 4:4:3 Stimmen abgelehnt) wandte Zieran sich jetzt gegen „formale Ausgrenzung" und forderte stattdessen die Bekämpfung der „Z-Kaderpolitik" „mit politischen Mitteln". Falls die „Gruppe Z" auf ihrer Politik beharre (d.h. auch weiterhin „geheim" tagt), sei *„durch die Bundesgremien (festzustellen), daß die 'Z' im Sinne der Grundsätze der Grünen keine Strömung ist, sondern eine Fraktion, die als Gruppe nicht im Meinungsbildungsprozeß der Grünen berücksichtigt werden kann."* – ... was u.a. bedeuten würde, daß „Z"-Positionspapiere nicht mehr innerparteilich verschickt werden – angesichts des auch bisher schon häufigen Boykotts solcher Materialien keine besonders schreckliche Drohung, zumal direkt darauf der Satz folgt: „... *Von daher ist der Status der Z-Mitglieder als Einzelmitglieder der Grünen unberührt und unterliegt wie die Mitgliedschaft aller anderen Grünen den satzungsmäßigen Bestimmungen."*

Ähnliche Überlegungen zur „Entschärfung" des Konflikts kursieren auch im Landesvorstand NRW, der die Einschaltung eines „Vermittlers" vorschlägt. In zwei Papieren von Hartmut Regenstein (Landesvorstand NRW) und Michael Happe (BHA-Mitglied für NRW) wird die Verantwortung für die gegenwärtige Konfrontation bei den Grünen gleichmäßig verteilt: auf die „Gruppe Z" und auf die Befürworter administrativer Maßnahmen gegen sie.

Angesichts der über Monate bis zur totalen Hysterie gesteigerten Kampagne gegen die „Gruppe Z" muß die Mehrheitsfähigkeit dieses Beschwichtigungs-Kurses stark angezweifelt werden, zumal anscheinend jetzt auch der starke Landesverband Baden-Württemberg auf kurzen Prozeß gegen die „Gruppe Z" drängt.

Der Hamburger Landesverband – allein auf weiter Flur

Der neugewählte Hamburger Landesvorstand (11 Mitglieder, davon nach eigener Aussage 4 „Z"-Mitglieder) hat mit 10 Fürstimmen und einer Enthaltung eine sehr scharf formulierte Erklärung *„zu den Bemühungen einiger Parteimitglieder, in Hamburg einen 'alternativen grünen Landesverband' zu installieren"* beschlossen. Darin werden die von Freya Scholing (Spitzenkandidatin der niedersächsischen Grünen bei der Bundestagswahl), Georg Otto und Marie-Luise Beck-Oberdorf (Landesvorsitzende von Baden-Württemberg) bundesweit verschickten Gruselgeschichten über die „Z"-Politik zurückgewiesen und in Anspielung an realsozialistische Praktiken dagegen protestiert, *„daß dem Hamburger Landesverband aus anderen Landesverbänden 'brüderliche Hilfe' geleistet wird, um die wir nicht gebeten*
verbänden 'brüderliche Hilfe' geleistet wird, um die wir nicht gebeten
haben." Der Erklärung ist ein kurzer Text für eine Unterschriftensammlung beigefügt, in dem vor allem die Form der Auseinandersetzung (*„Stimmungsmache und nicht belegte Verdächtigungen"*) und die von Georg Otto geforderten „Spitzengespräche" mit der Grünen Föderation (rechte Konkurrenzgründung um Gruhl und Springmann) verurteilt werden.

Mittlerweile ist aber für den Hamburger Landesverband ein ernsthaftes Problem entstanden, das nicht nur den Befürwortern eines Kollektiv-Ausschlusses der „Gruppe Z" neue Munition gibt, sondern auch in Hamburg selbst zu einer ernsthaften Spaltung führen könnte. Der auf der Hamburger Landesversammlung im Januar mehrheitlich gefaßte Beschluß über die (Teil-)Verwendung des von den Europa-Grünen gewährten K r e d i t s in Höhe von 47.100 DM zur Abtragung von Schulden des Landesverbandes (statt wie zunächst vereinbart als Spende für verschiedene Projekte; vgl. AK 194, S. 15) hat nicht nur ganz rechte Schrate wie Heinz Böhmecke (GLU) zum Parteiaustritt veranlaßt, sondern auch früher verläßliche Bündnispartner der „Gruppe Z", beispielsweise aus der aufgelösten AUD, gegen die „Z" aufgebracht. Zusammen mit den Mitgliedern der BUS, der Mehrheit der grünen Hochschulgruppe und Einzelpersonen wurde eine Erklärung verfaßt, die den Titel trägt „Die grüne Opposition innerhalb der Grünen Hamburg wendet sich an die Öffentlichkeit" und ebenfalls als Text für eine Unterschriftensammlung verwendet wird. Die „grüne Opposition" lehnt jede weitere Zusammenarbeit mit der „Gruppe Z" *„in irgendeinem Gremium der Grünen in Hamburg"* ab, will aber nicht aus den Grünen austreten. *„Wir zahlen jedoch an den Hamburger Apparat keine Beiträge mehr, sondern wir werden das Geld zu einem Teil für die Arbeit in unseren Gruppen verwenden und zu einem Teil an den Bundesvorstand abführen. Wir fordern den Bundesvorstand hiermit auf, aus der Wahlkampfkostenrückerstattung für Hamburg die vorgesehenen 47.100 DM direkt an die o.g. Projekte auszuzahlen."*

Damit würde es in Hamburg zur Formierung eines konkurrierenden „Landesverbandes" kommen, der sich der wohlwollenden Unterstützung der Bundesgremien gewiß wäre, die Nichtauszahlung der Wahlkampfkostenrückerstattung an den linken Landesverband würde außerdem dessen weitere Arbeit glatt verhindern, da dann wohl der Bankrott angemeldet werden müßte.

Letzte Meldung...

Letzte Meldung...

Ohne Beschlußfassung zum Thema Z-Ausschluß ging der Landesparteitag der Grünen Nidersachsen am 14./15.2. in Hildesheim zu Ende. Bei der Neuwahl der vier Vertreter für den Bundeshauptausschuß zeigte sich aber, daß das Kräfteverhältnis zwischen Ausschlußbefürwortern und -gegnern im niedersächsischen Landesverband gegenwärtig in etwa ausgeglichen ist: Freya Scholing, an der Anheizung der Kampagne gegen die Gruppe Z maßgeblich beteiligt, wurde wiedergewählt; zweite Vertreterin der Anti-Z-Fraktion ist Frau Zoch aus Uelzen, während die noch hemmungsloser gegen die Z agitierenden Josefski und Otto zugunsten zweier eindeutiger Abgrenzungsgegner (Ursula Schwarzenberger aus Göttingen und Luk List aus Hannover) durchfielen.

Die Z gibt kräftig contra

Gegen die antikommunistische Hexenjagd zur Hinausdrängung der Ende 1979 vom KB abgespaltenen Gruppe Z aus der Grünen Partei setzt sich diese in der Nr. 9 ihrer Zeitschrift „Z" eindrucksvoll zur Wehr. Ihre Polemik richtet sich in erster Linie gegen die BUS, die sogenannte „undogmatisch-sozialistische" Fraktion bei den Grünen, in der die „Z" – wohl mit einigem Recht – den politisch-ideologischen Kopf der Kampagnen gegen die Gruppe Z ausgemacht hat. Jürgen Reents weist in seinem Artikel nach, daß das Schlagwort der BUS vom „Wertkonservativismus" ein leeres Geschwätz ist, und er überführt ihre mageren „Theorien" zur Ökologie als blanken Unfug.
führt ihre mageren „Theorien" zur Ökologie als blanken Unfug.

Michael Stamm wirft in seinem Aufsatz der BUS **„hemmungsloses Taktieren, völlig unkontrolliertes Agieren, Entfernung von Basisaktivitäten, taktischen Umgang mit der Wahrheit, reine Machtpolitik"** vor (S.46). Recht hat er ! Daß er in der Überschrift seines Artikels der BUS auch noch *„Stalinismus"* ankreidet, mag als Zugnummer durchgehen – auf den Einfall, b e l i e b i g e Machtpoltik durch das Etikett „Stalinismus" zu denunzieren, sind vor Stamm ja auch schon andere gekommen. Leider bleibt, insbesondere bei den erstaunlich gescheiten Ausführungen von Jürgen Reents zum ideologischen Klappergestell der BUS, das dumme Gefühl, daß hier Perlen vor die Säue geworfen werden: Inhaltliche Argumente, wie sie die Gruppe Z in der Tat massiv gegen ihre Gegner ins Feld führen kann, scheinen bei der gegenwärtigen Rangelei in der Grünen Partei nur eine sehr minderwertige Rolle zu spielen. Es ist sogar zu vermuten, daß die Gruppe Z ihre Gegner nur zu noch blinderer Wut reizt, wenn sie ihnen auch noch die Dusseligkeit ihrer „theoretischen" Schwafeleien so gekonnt um die Ohren haut.

Hochinteressant ist ein eher versteckter, aber trotzdem sehr deutlicher Wink mit dem Zaunpfahl, den Jürgen Reents in einem weiteren Aufsatz („ ‚Aufstand der Mitte' – ins Abseits") untergebracht hat: Die Mitgliedschaft der Gruppe Z in der Grünen Partei sei – *„im Gegensatz zu einigen Behauptungen"* , namentlich des KB, pfui bäh ! – „kein unauflösbares Eheversprechen bei jedweder Entwicklung." Soll heißen, hier wird vorsichtshalber, mit Blick auf die aktuellen Kräfteverhältnisse in der real existierenden Grünen Partei, schon mal die Tür (wahrscheinlich handelt es sich um einen „Notaus-
schon mal die Tür (wahrscheinlich handelt es sich um einen „Notaus-
gang"?) geöffnet. Und dann, wohin ? Aber klar doch: Die Gruppe Z erinnert sich plötzlich daran, **„daß die linke und alternative Wahlbewegung durchaus in der Lage ist, ihre eigene politische Behauptung durchzusetzen, wenn die Grüne Partei auf Rechnung der sog. ‚Mitte' und der BUS ihre eigene Degeneration weiterbetreiben will"** (Jürgen Reents). Nachdem die Gruppe Z also gut ein Jahr lang s y s t e m a t i s c h e Konfrontationspolitik gegen die bunt-alternativen Listen getrieben hat, um einen Führungsanspruch für die Grüne Partei durchzukämpfen, wird jetzt mit eben dieser alternativen Wahlbewegung gedroht. Motto: „Wir haben da ja noch ein anderes Pferd im Stall, falls man uns in der Grünen Partei allzu schlecht behandelt." Sollte sich, wider aktuelles Erwarten, bei den Grünen die Sache doch noch günstig für die Gruppe Z entwickeln, bleibt der Alternativ-Gaul eben im Stall und muß sich von der „Z" wieder als abgewirtschafteter Klepper beschimpfen lassen. – Ach, Jürgen, wenn das Leben und die Politik wirklich s o simpel wären!........

Grüne in Baden-Württemberg unentschieden

In der Anti-Z-Kampagne hat der Landesvorstand auf seiner Sitzung am 7.2. nicht klar entschieden. Die Vorsitzende Marie-Luise Beck-Oberndorf hatte den Leitantrag des Bundesvorstandes (BV) eingebracht, der von der Z die Offenlegung ihrer Strukturen, andernfalls den (freiwilligen?) Austritt verlangt. Dieser Antrag wurde unentschieden (6:6:2) abgestimmt, was eigentlich heißt, daß er abgelehnt ist. Die Gegenstimmen kamen u.a. von Ulli Tost(BUS-Fraktion), der sich besonders gegen eine Einmischung in die autonomen Belange des Hamburger Landesverbandes aussprach. Nach diesem Abstimmungspatt ist allerdings unklar, wie sich vier baden-württembergischen Vertreter auf der Sitzung des Bundeshauptausschusses (BHA) verhalten werden (eigentlich müßten sie gegen den Leitantrag des Bundesvorstandes stimmen): So hat sich z.B. der BHA-Vertreter Klippstein im Landesvorstand der Stimme enthalten; Willi Hoss — der für seine Z-Gegnerschaft bekannt ist — war auf der Sitzung gar nicht anwesend, wird aber am 21.2. zum BHA fahren. Andererseits stieß ein Antrag des Kreisverbandes Tuttlingen auf Ausschluß der Z auf der Landesausschutzsitzung am 8.2. auf wenig Gegenliebe und wurde gar nicht erst abgestimmt.

Grüne Föderation

Die Gründung des Landesverbandes der „Grünen Föderation" in Baden-Württemberg fand am 31.1. doch in recht bescheidenem Rahmen statt: Ganze 15 Leute waren zusammengekommen — bei mehreren tausend grünen Mitgliedern in Ba-Wü.

Selbst der rechte Parteiflügel scheint von diesem Vorstoß z.Zt. (noch?) wenig zu halten. Als Alternative entwickelte Marie-Luise Beck-Oberdorf im Landesvorstand Planspiele, eine noch stärkere Eigenständigkeit der Landesverbände herbeizuführen, den „Mythos Bundespartei" abzubauen und zwischen den Landesverbänden nur noch auf der Basis eines Minimalprogrammes zusammenzuarbeiten. Auch eine Methode, die Grünen als politische Kraft zu atomisieren und kaputtzumachen...

Auf nach Brokdorf!

Erfreulich ist dagegen, daß sich der Landesvorstand mit großer Mehrheit für eine breite Mobilisierung zur Großdemonstration in Brokdorf ausgesprochen hat. Entsprechende Flugblätter sind schon in Ausarbeitung. Einige wenige Skeptiker, die angesichts von „Ausschreitungen" Zurückhaltung empfohlen haben, konnten sich nicht durchsetzen.

Ein Genosse aus Freiburg

Leserbrief

Der AK (Nr. 193 v. 19.1., S. 10) fragt „Ist der Bundesvorstand der GRÜNEN überfordert?". Ja, das ist er bisweilen, wir sind ja keine Übermenschen, man macht es uns nicht leicht.

Aber man sollte auch unsre positive und vorangehende Arbeit beachten. So haben wir entschieden, daß eine Friedensbroschüre erstellt wird (e i n stimmig am 14.12.80 in Essen!), in der die „unterschiedlichen Standpunkte zur Friedens- und Verteidigungspolitik ... dargelegt werden, um innerhalb und außerhalb der GRÜNEN die Sachdebatte zu vertiefen." Unterschiedliche Standpunkte gibt es z.B. zur Frage, ob anstelle der NATO-Raketen-Selbstmordpolitik die Soziale Verteidigung oder die Technoguerilla (Afheldt, Brossolet, Spanocchi usw.) treten soll.

So haben wir (e i n stimmig am 11.1. in Bonn) beschlossen, dem Antrag unseres Kreisverbandes Karlsruhe zu folgen und Bundesregierung sowie die Fraktionsvorstände der drei Bundestagsfraktionen wegen Vorbereitung eines Angriffskrieges (§ 80 StGB, Art. 1 + 26 GG) im Zusammenhang mit der Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen auf unserem Boden anzuzeigen (§ 138 StGB). Unser Friedensfest und unsere Anti-Raketen-Aktionen werden zeigen, daß DIE GRÜNEN doch noch eine politische Kraft sind.

So haben wir beschlossen (am 11.1. in Bonn), daß der Landesverband Hamburg der GRÜNEN entsprechend unserem Verständnis von Basisdemokratie die Podiumsdiskussion selbständig organisiert. Ich gehe dabei davon aus, daß der LV Hamburg an dieser Diskussion interessiert ist und sie so fair und offen für alle grünen Strömungen sich entfalten lassen wird, daß weitere Podiumsdiskussionen außerhalb Hamburgs sinnvoll und gewünscht werden.

So haben wir einen von Rolf Stolz formulierten Protestbrief gegen das Todesurteil für Jiang Qing an den chinesischen Botschafter in Bonn (am 11.1.) angenommen.

Es ist sicherlich wahr, daß DIE GRÜNEN im Zusammenhang mit dem Austritt Gruhls aus unserer Partei, mit der „Organisierung der Mitte" (Georg Otto, Freya Scholing, H. Böhmecke, Jo Müller, M.-L. Beck-Oberdorf, A. Burmester usw.) und mit der Weiterbildung der Grünen Föderation weiterhin gefordert werden. Aber ebenso wahr ist es, daß DIE GRÜNEN, gerade weil sie Probleme offen zur Sprache bringen, ein Teil des sich vergrößernden emanzipativen Prozesses in BRD/WB bleiben werden, und voraussichtlich kein geringer Teil.

Mit freundlichen Grüßen

Erich Knapp

Kommunalwahl in Hessen

Darmstadt Wählergemeinschaft aus dem Hinterstübchen

WGD ade – zu diesem Schluß jedenfalls kam nach längerem Hin und Her die Darmstädter Alternativ- und BI-Bewegung spätestens am Montag den 26.1. bei einer öffentlichen Versammlung und Diskussion um die Politik und Struktur der Wählergemeinschaft Darmstadt (WGD).

Seit den Kommunalwahlen 1977 ist die WGD mit 5 Parlamentariern im Darmstädter Stadtparlament vertreten, nachdem sie auf Anhieb knapp 8 % der Stimmen erhalten hatte. Entstanden aus einzelnen Mitgliedern verschiedener Darmstädter Verkehrs-BI's, war ihr Hauptanliegen damals die Verhinderung des drohenden Baus der Stadtautobahn „Osttangente".

Im Laufe ihrer vierjährigen Parlamentsarbeit entfernte sich die WGD allerdings mehr und mehr von dieser ursprünglichen Basis. In Anbetracht der bevorstehenden Kommunalwahlen im März gab es verstärkte Anstrengungen verschiedener BI's, Initiativen und Organisationen, wie z. B. AGU, Regionalblatt, die Grünen, der KB u.a. mit der WGD um Fragen ihrer Programmatik und Struktur öffentlich zu diskutieren. Die WGD zeigte anfangs noch Interesse an einer solchen gemeinsamen Diskussion. Doch zeigte sich spätestens auf der Versammlung vom Montag, daß die Hoffnung an eine alternative, und von ihrer Struktur her basisdemokratische WGD-Kandidatur endgültig gestorben ist. Zu dieser öffentlichen Versammlung – übrigens der ersten dieser Art seit Bestehen der Parlamentsfraktion – sah sich die WGD gezwungen, nachdem es auf einer Fraktionssitzung eine Woche zuvor ordentlich gerumpelt hatte:

Denn der Geschäftsführer der WGD, M. Will, und der Verantwortliche für die Kasse, R. Reinheimer, warfen endgültig das Handtuch.

Ein wesentlicher Grund hierfür war die Hinterstübchenpolitik der WGD in Sachen Kandidatenaufstellung:

– So fand die Vorauswahl der Kandidatenliste unter Ausschluß der Öffentlichkeit und sogar unter Ausschluß engster WGD-Mitarbeiter statt.

– Eine Erarbeitung programmatischer Inhalte und Aussagen ge-

– Eine Erarbeitung programmatischer Inhalte und Aussagen gemeinsam mit den an einer WGD interessierten Gruppen und Initiativen fand nicht statt, obwohl diese Diskussion von den Initiativen nun schon seit Wochen gefordert wird.

– Dasselbe Debakel zur Frage der möglichen Unterstützung des OB-Kandidaten Metzger (SPD) oder gar einer Koalition mit der SPD. Diese elementaren Entscheidungen sollen alleine von der Parlamentsfraktion der WGD getroffen werden und dies auch noch n a c h den Wahlen am 22.3.

Zitat von M. Will und R. Reinheimer: *„Die stückweise Selbstdemontage der WGD zerstört die Idee, für die sie selbst einmal gestanden hat ... Die WGD als kleinstes der kleineren Übel ist Unsinn, wir wollten und wollen eine andere Politik .."* Daß diese andere Politik, gemeinsam mit der WGD, nicht realisierbar ist, wurde den mehr als 80 Anwesenden aus den verschiedenen Bürger- und Basisinitiativen während besagtem Treffen am Montag noch einmal unwiderruflich vor Augen geführt. Und was dann in der Presse zwei Tage später als *„Putschversuch diverser K-Gruppen"*, insbesondere des KB, verkauft wurde, war in Wirklichkeit die absolute Absage der WGD an die minimalsten demokratischen Grundsätze einer alternativen Wählergemeinschaft. Originalton C. W. Fetsch (Fraktionsführer der WGD): *„Den linken, basisdemokratischen Anspruch kann ich nicht erfüllen"*, oder: *„Da wollen ein paar Trittbrettfahrer aufspringen, weil sie alleine nichts erreichen können"* („DT", 28. 1.81).

Diesen „paar Trittbrettfahrern" blieb daraufhin nichts mehr anderes übrig, als „freiwillig" das Feld zu räumen, oder anders: ca. 2/3 der mehr als 80 Anwesenden (Fetsch: „Chaoten") zogen aus, wonach es dann im „erlauchten Kreis" (M. Will: „autoritäre Kleinfamilie") endgültig zur Kandidatenaufstellung kam.

Für die Darmstädter Alternativbewegung stellt sich nun, nachdem eine Zusammenarbeit mit der WGD durch diese zunichte gemacht wurde, die Frage, wie sie sich konkret zu den Kommunalwahlen verhalten wird.

KB-Gruppe Darmstadt

Friedensprogramm der Alternativen Liste Westberlin:

Das wird eine schwierige Geburt

Im Wahlkampf der Alternativen Liste in Westberlin soll die Friedenspolitik auf Beschluß des AL-Delegiertenrats ein Schwerpunkt sein. Gemäß dem Beschluß der außerordentlichen Mitgliedervollversammlung (MVV) vom 22.1.81 sind die AG Friedespolitik und die Berlin-AG damit beauftragt, in den nächsten Wochen einen konkreten Vorschlag für den friedenspolitischen und Berlin-Teil der Wahlplattform zu erarbeiten. Die Sitzungen sollen öffentlich sein: „Alle Interessierten, besonders die Mitglieder von Bürger- und Basisinitiativen sind zur gemeinsamen Diskussion und aktiven Mitarbeit ausdrücklich aufgefordert." (Beschluß der MVV)

Gemeinsame politische Grundauffassungen über Friedespolitik hat sich die AL bislang noch nicht erarbeitet: Das AL-Programm enthält – bis auf einige wenige Sätze im Berlin-Teil – keine friedenspolitischen Aussagen. Die Berlin-AG hat in den letzten Tagen Positionspapiere vorgelegt, die weit über die bisherigen Aussagen der AL zur Berlin-Frage hinausgehen.

Noch im Februar sollen die Programmvorschläge jedoch so weit stehen, daß das Wahlprogramm der AL und ihrer Bündnispartner für den Wahlkampf auf Mitgliedervollversammlungen am 4., 5. und 6. März beschlossen werden kann.

Das einzige programmatische Dokument der AL zum Thema Friedenspolitik ist ein Vorschlag der AG-Friedenspolitik für die Programmdiskussion der Grünen Partei vom Januar 1980 (1). Abgesehen davon, daß dieses Papier für einen anderen Zweck und ein anders geartetes Bündnisspektrum geschrieben worden ist, hat es den großen Mangel, daß jegliche Aussage zur a k t u e l l e n Kriegsgefahr fehlt. Darüber hinaus sind in ihm Aussagen enthalten, die in der Alternativen Liste (und bei ihren potentiellen Bündnispartnern im Wahlkampf) nicht konsensfähig sind bzw. grundsätzliche Kontroversen hervorrufen werden. Im folgenden will ich auf einige wesentliche „Knackpunkte" und die hierum in der Vergangenheit bereits aufgebrochenen Diskussionen eingehen.

Ein Auseinandersetzungspunkt werden die Ausführungen der AG Friedenspolitik zum Rüstungswettlauf zwischen NATO und Warschauer Pakt sein. Richtig wird benannt, daß trotz aller Abrüstungsverhandlungen und Abkommen die Aufrüstung weiterge-

sein. Richtig wird benannt, daß trotz aller Abrüstungsverhandlungen und

Abkommen die Aufrüstung weitergegangen ist, *„daß wir selbst den kleinsten Schritt zu wirklicher Abrüstung den Herrschenden in Ost und West abtrotzen müssen, daß ohne eine starke Friedensbewegung in allen Ländern die Herrschenden weiter aufrüsten und letzten Endes auch einen neuen Weltkrieg riskieren werden"*.(1) Nicht beantwortet wird jedoch, w e r für das ständige Anheizen des Rüstungswettlaufs hauptverantwortlich ist. Salomonisch zieht sich die Stellungnahme der AG Friedenspolitik auf einen Sowohl-als-auch-Standpunkt zurück. Manch einer mag dies als Ausdruck einer besonders „unabhängigen" Friedenspolitik der AL bewerten, in der P r a x i s hat sich diese Position jedoch eher als hinderlich erwiesen, zu einer Stärkung der Friedensbewegung beizutragen. Besonders deutlich zeigte sich dies bei den Vorbereitungen für eine Demonstration der Westberliner Friedensbewegung anläßlich des Jahrestages der NATO-Raketen-Beschlüsse im Dezember letzten Jahres.

Zu dieser Demonstration war mit einem Flugblatt „Ein Jahr Brüsseler NATO-Beschlüsse" aufgerufen worden, das von zahlreichen Persönlichkeiten sehr unt erschiedlicher politischer Herkunft unterzeichnet worden war. Die Initiative ging von der Westberliner Koordination für Friedensaktivitäten, einem Zusammenschluß von ca. 50 Friedensgruppen, -initiativen und politischen Organisationen, aus, in dem auch die AG Friedenspolitik der AL mitarbeitet. Nachdem nach langen Diskussionen von Vertretern verschiedener politischer Strömungen — auch der AG Friedenspolitik der AL — ein Kompromiß erzielt worden war, lehnte die AL die Unterzeichnung des Flugblattes plötzlich mit der Begründung ab, der Text sei „zu einseitig". Wohl nicht die Forderungen (*„Der NATO-'Nachrüstungs'beschluß muß vom Tisch"; „Die atomare Bedrohung in Europa muß abgebaut werden - deshalb: Abbau aller vorhandenen Mittelstreckenraketen und der sog. taktischen Atomwaffen in Ost und West!"; „Ganz Europa muß zu einer atomwaffenfreien Zone werden!"; „Die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt müssen beiderseitig aufgelöst werden!"*), aber doch der Text, in dem ausschließlich die NATO und die USA, nicht aber die Sowjetunion kritisiert würden.

Stattdessen brachte der Bereich Friedenspolitik der AL ein eigenes Flugblatt auf den Markt: „Protest gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß! Für wirkliche Abrüstung in Ost und West!". Nun ist es zweifellos das gute Recht jeder Organisation und eines Bündnisses wie der AL, zu gemeinsamen Aktionen eigenständig aufzurufen. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist jedoch zweierlei: Ausgerechnet das Hauptargument der Befürworter des NATO-Raketen-Beschlusses, die Installierung der sowjetischen SS-20-Raketen in Osteuropa und die damit verbundene Änderung des militärischen Kräfteverhältnisses zwischen den Blöcken mache eine „Nachrüstung" der NATO unumgänglich, bleibt in dem Flugblatt der AL unwidersprochen, obwohl sich anhand früherer Äußerungen westlicher Politiker (2) eindeutig nachweisen läßt, daß dies nichts anderes als ein nachgeschobener V o r w a n d ist, um die eigene Aufrüstung in der Bevölkerung zu rechtfertigen (3). Anstatt die Legitimationsversuche der NATO-Politiker so in ihrem Kern anzugreifen, anstatt der Bedrohungslüge der Rüstungsbefürworter entgegenzutreten (eine der Hauptaufgaben der Friedensbewegung!), macht sich der Friedensbereich der AL die Sichtweise der „Nachrüstungs"-befürworter zu eigen, um abstrakt und damit ohnmächtig — sowohl als auch — über den Rüstungswettlauf in Ost und West zu jammern: *„Wir wollen glaubhaft für eine Politik der Friedenssicherung kämpfen, deshalb (!) beschränken wir uns nicht auf den Protest gegen den NATO-Nachrüstungsbeschluß"*.(4) Und an anderer Stelle: *„Die Rüstungsschraube wird weitergedreht, während die NATO die Stationierung von Mittelstreckenraketen in Westeuropa p l a n t , werden auf Seiten des Warschauer Paktes monatlich neue Mittelstreckenraketen (Typ SS 20)* s t a t i o n i e r t ; bis 1985 sollen es 380 *Raketen sein*."(4)

Zum zweiten dürfte für jedermann nachvollziehbar sein, daß die Politik des AL-Friedensbereiches gegenüber den anderen Trägern der Demonstration gegen die NATO-Raketen-Beschlüsse allem anderen diente als einer Stärkung der Friedensbewegung: Der Eiertanz um die Unterzeichnung des

schlüsse allem anderen diente als einer Stärkung der Friedensbewegung: Der Eiertanz um die Unterzeichnung des

gemeinsamen Demonstrationsaufrufes hat dem Ansehen der AL in der Friedensbewegung geschadet. Darüber hinaus wird sich so mancher mit Recht fragen, ob es den Sowohl-als-auch-Politikern nur um mehr Glaubwürdigkeit im Friedenskampf geht — schließlich wurde im gemeinsamen Flugblatt u n m i ß v e r s t ä n d l i c h der „Abbau aller vorhandenen Mittelstreckenraketen und sog. taktischen Atomwaffen in Ost u n d West" gefordert — oder ob es mit ihrem Interesse an r e a l e n Schritten gegen den NAT O-Raketen-Beschluß doch nicht so weit her ist ...

Nur Schwammiges und Kraftloses wird derjenige finden, der im Programmentwurf des AL-Friedensbereiches nach Antworten sucht, w i e dem Rüstungswettlauf von der Friedensbewegung zu begegnen ist. Ihr Z i e l hat die AG Friedenspolitik fest im Blick: *„Allseitige Abrüstung, vor allem der USA und der UdSSR"*. (1) Diese Formel findet sich auch in verschiedenen öffentlichen Stellungnahmen der AL. So erschien z.B. das Flugblatt zu den Auseinandersetzungen um die Gatower Heide (5) mit der Überschrift: *„Nie wieder Krieg! Allseitige Abrüstung, vor allem der USA und der Sowjetunion! Auflösung der militärischen Machtblöcke!"* Nun liegt auf der Hand, daß mit dieser Forderung a l l e i n für den Kampf gegen die Kriegsgefahr noch nicht allzuviel gewonnen ist. Ähnliche B e k e n n t n i s s e sind selbst von notorischen Aufrüstungsbefürwortern zu haben. So erklärte z.B. die Bundesregierung am 10.5.77 zur UN-Sondergeneralversammlung für Abrüstung: *„Die Bundesrepublik Deutschland teilt mit der Staatengemeinschaft die Sorge über die Folgen eines unverminderten Wettrüstens ... Das Fernziel einer allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter wirksamer internationaler Kontrolle bleibt für die Bundesrepublik Deutschland unverzichtbar"*.(6) *„Die Staaten müßten den politischen Willen zur Rüstungsbeschränkung aufbringen"*, forderte auch Willy Brandt auf einer Veranstaltung des Welt-Frontkämpferverbandes Ende November letzten Jahres: *„Als die eigentlichen Träger des Wettrüstens machte Brandt die Weltmächte aus. In diesem Jahr* (1980 — AK) *hätten sie 58 Prozent aller Rüstungsausgaben zu verantworten, zusammen mit ihren jeweiligen Verbündeten sogar 80 Prozent"*. (7) Wieviel diese Bekenntnisse der Herrschenden zur „allgemeinen und vollständigen Abrüstung" in der Praxis wert sind, ist bekannt: Unter dem Vorwand, Abrüstung in Ost und West müsse „ausgewogen" erfolgen, wurde nicht ab-, sondern ständig weiter aufgerüstet.

Eine Friedensbewegung, die sich nicht mit billigen Erklärungen abspeisen lassen will, muß deshalb mit ihrem Kampf um allseitige Abrüstung mit der Forderung nach r e a l e r Abrüstung in i h r e m Land ohne wenn und aber beginnen. Wer den Programmentwurf der AG Friedenspolitik unbefangen liest, gewinnt den Eindruck, daß sie zwar den richtigen Weg ahnt, sich aber nicht recht traut, ihre Fühler in diese Richtung auszustrecken: Der Einsatz für allseitige Abrüstung —so heißt es dort — *„muß im eigenen Land beginnen."* (1) Aber als hätte sie Angst vor der eigenen Courage, zieht sie sich sofort wieder in ihr Schneckenhaus zurück: *„...darf sich j e d o c h nicht darauf beschränken, um bezogen auf die weltweite Abrüstung nützlich zu sein."* (1) Außerdem sei *„politische Absicherung"* notwendig: *„Abrüstung sollte deshalb stufenweise und international aufeinander abgestimmt vollzogen werden."*(1) Spätestens hier ist der unbefangene Leser genauso schlau wie am Ausgangspunkt, als er sich gemeinsam mit der AG Friedenspolitik auf die Suche nach einem gangbaren W e g nach allseitiger Abrüstung machte. Nach einigem Schmökern in älteren Stellungnahmen des Friedensbereiches findet er heraus, daß in der AG unterschiedliche Vorstellungen darüber bestehen, wie allseitige Abrüstung zu verwirklichen ist:

„Die einen halten eine einseitige Abrüstung der BRD für schädlich, weil damit nicht an das Militärpotential der USA und der UdSSR gerüttelt wird. Die anderen setzen sich für einseitige Abrüstung ohne Vorbedingungen ein als einen ersten Schritt, der zur weltweiten Abrüstung vor allem der USA und der UdSSR führen soll." (8).

„Die einen" kritisch musternd, erkennt unser Leser unter ihnen zahlreiche Freunde der inzwischen aufgelösten vaterländischen „KPD" wie-

kennt unser Leser unter ihnen zahlreiche Freunde der inzwischen aufgelösten vaterländischen „KPD" wie-

der. Nun wird ihm auch erklärlich, warum sich die AG Friedenspolitik so fußlahm auf den Weg nach einseitiger Abrüstung der BRD macht; „die einen" sind noch erschöpft von dem Ballast, den sie vor noch gar nicht allzu langer Zeit mit sich schleppten: **Stärkung der Bundeswehr (9), „Atomwaffen in den Händen der europäischen Staaten" (10), „Maßnahmen zur Stärkung der militärischen Unabhängigkeit der westeuropäischen Staaten" (9), „Verbleib der US-Besatzungstruppen in der BRD" (11).** Und vielleicht mancher von ihnen wird heute noch seine Mühe haben, sich endgültig von diesem liebgewonnenen Plunder zu trennen. Verständnisvoll denkt unser Leser über Lösungen nach, wie man sich mit den „einen" dennoch gemeinsam auf den richtigen Weg machen konnte und erinnert sich: Das Friedensprogramm der Grünen Partei wird doch auch von „den einen" getragen: *„Sofortige Abrüstung weltweit! Die Abrüstung muß dabei im eigenen Land beginnen und sollte andere Länder veranlassen, ebenfalls abzurüsten. Die einseitige Abrüstung sollte bezwecken, die Friedensbewegung zu stärken, um einer weltweiten Abrüstung, vor allem der USA und der UdSSR, zum Durchbruch zu verhelfen."* (12)

Wenn die alten „KPD"-Freunde dies beim Grünen Programm geschluckt haben, warum nicht auch jetzt beim AL-Programm?!

Deutsche Wiedervereinigung als „alternative Friedenspolitik"?

Abschnitt I des Programmvorschlags der AG Friedenspolitik setzt goldrichtig daran an, daß der Rüstungswettlauf die westdeutsche und Westberliner Bevölkerung in eine besonders ungemütliche Lage bringt: *„Die Bundesrepublik und Westberlin liegen an der Schnittlinie zweier Machtblöcke, sind selbst in einen integriert wie die DDR in den anderen. Diese Realität muß Ausgangspunkt unseres Handelns sein."* (1)

Was dann folgt, liest ein Antimilitarist mit recht gemischten Gefühlen: *„Wir streben eine schrittweise Auflösung der in der Nachkriegszeit entstandenen und zunehmend verfestigten Machtblöcke in West- und Osteuropa an und wollen eine gesamteuropäische Friedensordnung ohne jede Führungsmacht. ob USA oder Sowjetunion, sondern auf der Grundlage der Gleichberechtigung der Völker und Staaten Ost- und Westeuropas"*. (1) Die Forderungen „Ganz Europa muß zu einer atomwaffenfreien Zone werden!", „Die Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt müssen beiderseitig aufgelöst werden!" weisen eigentlich eindeutiger in die Richtung seiner Wünsche, doch unser Antimilitarist erhebt erst mal keine prinzipiellen Bedenken. Mit Stirnrunzeln stolpert er dann aber über den Satz, *„daß die Teilung Deutschlands und die besondere Lage Berlins als Bestandteil der europäischen Nachkriegsordnung o f f e n e und u n g e l ö s t e P r o b l e m e in sich bergen."* Die Probleme des Status quo - liest er weiter - *„sollten uns immer wieder inspirieren, Ideen für eine aktive Friedenspolitik zu entwikkeln, die der Lösung dieser Probleme im Interesse der Völker Europas dienen."* (1)

Sind hier solche offenen und ungelösten Probleme gemeint wie die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, die von den etablierten Parteien nach wie vor abgelehnt wird, um die „nationale Frage offen zu halten"? Offene und ungelöste Probleme wie provozierende Tagungen der Bundestagsfraktionen der bürgerlichen Parteien im Reichstagsgebäude, um in Westberlin „Bundespräsenz" zu demonstrieren? Diese Probleme wären in der Tat lohnende Ideen für eine aktive Friedenspolitik wert, da es ja gerade die Menschen in Westberlin ganz hautnah zu spüren bekommen, wie sich jedes Stückchen Konfrontationspolitik auf die „menschlichen Erleichterungen", auf den Transitverkehr, Reiseverkehr in die DDR etc. auswirkt. Wer in dem Papier der Friedens-AG weiterliest, wer in den neuesten Diskussionsvorlagen der Berlin-AG der AL geblättert hat, wer am 9.2. an der gemeinsamen Programmdiskussion der Friedens- und Berlin-AG teilgenommen hat, muß jedoch enttäuscht feststellen, daß nicht d i e s e „offenen und ungelösten" Probleme gemeint sind. In von Walter Grunwald (Mitglied der Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger) für die Berlin-AG

sind. In von Walter Grunwald (Mitglied der Wählergemeinschaft unabhängiger Bürger) für die Berlin-AG

formulierten „Binsenwahrheiten" wird beklagt, daß der Besatzungszustand in Berlin seit 1945 fortdauere *„trotz völkerrechtlicher Anerkennung der Bundesrepublik und der DDR"*. Die Wahrheit ist, eigentlich eine Binsenwahrheit, daß gerade die BRD – trotz Grundlagenvertrag – eine völkerrechtliche Anerkennung der DDR nach wie vor verweigert. C. Heinrich (Mitglied der Friedens-AG) behauptet in einem schriftlichen Diskussionsbeitrag zur Berlin-Politik sehr schlau, *„die Behauptung, daß eine formale Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage die Politik der menschlichen Erleichterungen wieder in Bewegung bringen könnte (sei) durch nichts bewiesen."* (13) Bewiesen durch unzählige geschichtliche Erfahrungen ist jedenfalls, daß sich jeder Versuch der BRD, ihre Alleinvertretungsanmaßung gegenüber der DDR neu zu beleben, äußerst ungünstig auf die menschlichen Erleichterungen ausgewirkt hat. **In verschiedenen Diskussionsbeiträgen am 9.2. lehnten verschiedene Freunde der Ex-„KPD" eine völkerrechtliche Anerkennung und eine „formale Regelung der Staatsbürgerschaftsfrage" sogar ausdrücklich ab.**

Daß Grunwald und die Freunde der aufgelösten vaterländischen „KPD" sich in der Staatsbürgerschaftsfrage so sehr zieren, ist verständlich: Beide träumen von einer „deutschen Wiedervereinigung". Im Programmentwurf der Friedens-AG haben offensichtlich d i e Freunde der „KPD" die Feder geführt, die eine „europäische Lösung favorisieren:

„In diesem europäischen Zusammenhang (gesamteuropäische Friedensordnung ohne jede Führungsmacht – AK) *kann die deutsche Teilung gehoben werden, weil dann erst eine Möglichkeit besteht, daß hier kein deutscher Staat erneut gebildet wird, der schon zweimal Europa mit Krieg überzog"* (1) Grunwald, der eigens eine Iniative für „Paktfreiheit, Einheit, Frieden für Deutschland" gegründet hat und in der Berlin-AG der AL mitarbeitet, glaubt durch eine „deutsche Lösung" die Ursachen für den Konflikt der Großmächte in Mitteleuropa beseitigen zu können.*„Nur wenn die Fehlentscheidungen deut-*

scher und alliierter Nachkriegspolitik – die deutsche Spaltung und Aufrüstung sowie der fortwährende Besatzungszustand in Berlin – korrigiert werden, kann ein europäischer Frieden erreicht werden." (14)

Grunwald träumt von 1955: einer Wiedervereinigung Deutschlands nach dem Vorbild des österreichischen Staatsvertrags. (15). In „12 Thesen für Paktfreiheit, Einheit, Frieden für Deutschland", die von der Berlin-AG leicht modifiziert übernommen wurden, hat er einen regelrechten Stufenplan entwickelt: Abzug der Alliierten aus Berlin bis auf eine symbolische Präsenz, Erklärung immerwährender Paktfreiheit durch beide deutsche Staaten, Verzicht auf territoriale Ansprüche an Nachbarstaaten und Angriffswaffen, Wahl einer verfassungsgebenden Versammlung und einer deutschen Volksvertretung in freier, gleicher und geheimer Wahl, Friedensvertrag, schrittweise Anpassung der gesellschaftlichen Rechte der Bevölkerung beider Staaten, vollständiger Abzug der Alliierten.

Die Trauer Grunwalds über die bis 1955 verpaßten Chancen, „die Fehlentscheidungen deutscher und alliierter Nachkriegspolitik", ist verständlich. Daß er gerade hier nach dem Schlüssel für einen europäischen Frieden sucht, ist heute bestenfalls Nostalgie: Im Unterschied zu 1955 sind die BRD und die DDR nicht nur voll in gegnerische politsche und militärische Blocksysteme integriert, sondern die BRD selbst hat sich seitdem zu einer ökonomisch, politisch und militärisch potenten Hegemonialmacht entwickelt, in der DDR besteht ein „realsozialistisches" System, das sich in seinen sozialökonomischen und politischen Strukturen von der BRD viel stärker unterscheidet als beispielsweise die imperialistischen Länder Westeuropas, die mit der BRD in der EG verbunden sind. Spannungen in Mitteleuropa, insoweit sie von deutschem Territorium ausgingen, hatten ihre Ursache gerade in der Nichtanerkennung des Status quo, in dem juristisch immer noch nicht aufgegeben Alleinvertretungsanspruch der BRD für „ganz Deutschland", in den diversen Versuchen des BRD-Imperialismus, diese Ansprüche politisch und ideologisch (vgl. die in westdeutschen Schulatlanten enthaltenen geographischen Karten, die Deutschland in den Grenzen von 1937 zeigen) wach zu halten, Spannungen in Mitteleuropa haben darüber hinaus aber auch zu tun mit der agressiven Politik der NATO, wie sie im Raketen-Beschluß zum Ausdruck kommt.

Gerade vor diesem Hintergrund muten die Parallelen, die Grunwald für seine Politik bemüht, zuweilen recht frivol an. Zur Erinnerung: 1955 bot die Sowjetunion eine deutsche Wiedervereinigung nach dem Modell des österreichischen Staatsvertrages an, um die Wiederbewaffnung des (west-) deutschen Imperialismus und seinen akut drohenden Beitritt zum NATO-Block zu stoppen. Im Dezember 1979 faßte die NATO ihren sog. „Nachrüstungs"beschluß. Mit strategischem Scharfblick hat Grunwald erkannt: *„Die Sowjetunion könnte jetzt gewillt sein, Zugeständnisse in der Frage der deutschen Einheit und territorialen Unversehrtheit zu machen, falls für sie die Bedrohung ihrer Grenzen und ihres Territoriums vermindert wird. Denn durch den NATO-Beschluß, Atommittelstreckenraketen u.a. auch in der Bundesrepublik zu stationieren, hat sich das Risiko der Vernichtung für die Sowjetunion ... erhöht"* (14).

Subjektiv mögen Grunwalds Absichten ehrenwert sein, jedenfalls hat sich ein Referent der WUB und der Initiative für „Paktfreiheit..." auf einem Friedensseminar der AL am 25.1. – im Unterschied zu den Freunden der vaterländischen „KPD" – eindeutig ohne wenn und aber gegen den NATO-Raketenbeschluß ausgesprochen. Vorgetragen im Namen der AL oder eines Wahlbündnissen von AL, WUB und Basisinitiativen beispielsweise im Abgeordnetenhaus hätten solche weltfremden Pläneschmiedereien aber verheerende Konsequenzen. Man stelle sich einmal vor: Im Abgeordnetenhaus wird über den 17. Juni debattiert. Die Sprecher der bürgerlichen Parteien erklären, die nationale Frage müsse „offen" gehalten werden. Ein gerade noch auf der SPD-Liste ins Abgeordnetenhaus gerut schter Juso gibt schüchtern zu bedenken, daß man im Interesse der Entspannungspolitik die Staatsbürgerschaft der DDR endlich auch formell anerkennen sollte. Dies ruft sofort den Widerspruch eines AL-Abgeordneten hervor: Er ereifert sich über die „offenen und ungelösten Probleme", der Status quo könne nicht hingenommen werden, Teilung Deutschlands müsse aufgehoben – und nicht wie der Juso fordert: zementiert – werden. Die bis dahin gelangweilt vor sich hin dösenden Journalisten merken auf. Während sie bislang die Aktivitäten der AL-Parlamentarierer konsequent verschwiegen haben, wittern sie nun eine gute Story: „CDU, SPD, FDP und AL klagen an: Deutsche Teilung muß aufgehoben werden" ... An den Haaren herbeigezogen? Man erinnere sich nur, wie sich die bürgerliche Presse darauf gestürzt hat, daß die AL bei Weizsäcker das CDU-Volksbegehren unterschrieben hat...

Heraus aus der verfahrenen Lage – aber wie?

Die Lage ist vertrackt: Die AL will den Friedenskampf zu einem Schwerpunkt ihres Wahlkampfes machen, doch gerade in der Friedensfrage scheinen die grundsätzlichen Meinungsverschiedenheiten schier unüberbrückbar zu sein. Und die Zeit drängt: Das Wahlprogramm soll bereits Anfang März verabschiedet werden, damit es im Wahlkampf überhaupt noch verwendet werden kann.

Gemeinsame Grundaussagen im Sinne eines Grundsatzprogramms werden in der verbleibenden Zeit zweifellos nicht zu erarbeiten sein. Eine Lösung nach dem Modell „gordischer Knoten" (indem eine Strömung der AL ihre Auffassung per Kampfabstimmung „durchpowert") würde die AL in ihrer bestehenden Form in höchstem Maße gefährden, außerdem widerspräche sie ihrem Selbstverständnis, Widersprüche durch konsensfähige Kompromisse zu lösen, und nicht durch Majorisierungen von Minderheiten. Möglich müßte es sein, ein gemeinsames Wahlprogramm zu erstellen, das sich bewußt auf einige Kernaussagen zur aktuellen Kriegsgefahr beschränkt. Ein solches Wahlprogramm müßte an der besonderen Betroffenheit der Westberliner Bevölkerung („Westberlin im Spannungsfeld zwischen Ost und West") durch ein forciertes atomares Wettrüsten in Europa, durch eine Konfrontationspolitik zwischen West und Ost, durch den waghalsigen Kriegskurs der Reagan-Regierung und dessen nahezu vorbehaltlose Unterstützung durch die Bundesregierung ansetzen. Es müßte darstellen, welche konkreten Auswirkungen diese Politik auf die Westberliner Bevölkerung haben muß: Im Kriegsfall wären die Westberliner zuallererst betroffen, eine Verschlechterung der politischen Großwetterlage bekommen die Westberliner sofort zu spüren, die enormen Kosten für die Hochrüstungspolitik der BRD wirken sich schon heute auf die Lebensbedingungen in Westberlin aus (s. Haushaltskürzung).

Desweiteren sollte die AL erklären, jede Forderung, jede Aktivität der Friedensbewegung zu unterstützen, die reale Abrüstungsschritte anstrebt. Dazu gehört auch ein unmißverständliches Bekenntnis zur einseitigen Abrüstung der BRD ohne Vorbedingungen (und eine eindeutige Verurteilung des NATO-Raketen-Beschlusses im besonderen) als Weg zur allseitigen Abrüstung (eine Formulierung wie im Programm der Grünen sollte für alle Mitglieder derAL akzeptabel sein). Darüber hinaus könnten unumstrittene Prinzipien aufgenommen werden, wie „Abbau aller vorhandenen Mittelstreckenraketen und der sog. taktischen Atomwaffen in Ost und West", „Atomwaffenfreie Zone in ganz Europa", „Beiderseitige Auflösung der Militärblöcke NATO und Warschauer Pakt".

J., Westberlin

Anmerkungen:

1 abgedruckt in AL-Mitgliederrundbrief Nr. 7, S. 9 f.
2 Eine geraffte Darstellung ist im Flugblatt „Ein Jahr Brüsseler 'Nachrüstungs'beschluß enthalten: „Noch im letzten Jahr bestätigte der Staatsekretär im Bundesverteidigunsministerium, Andreas v. Bülow, daß die Atom-U-Boote der NATO und die Rakten Frankreichs ein ‚ausreichendes militärisches Gegengewicht' darstellen würden."
3 vgl. dazu AK 168, S. 44f
4 Flugblatt der AL zum Jahrestag des NATO-Raketen-Beschlusses
5 Die AL und verschiedene Umweltschutzinitiativen riefen zu Demonstrationen und Protestaktionen auf, als in der Gatower Heide (Westberlin) Bäume abgeholzt wurden, um Platz für eine Startbahn des britischen Militärflugplatzes zu schaffen.
6 zit. lt. Abrüstung und Rüstungskontrolle, Bonn 1978, S. 100
7 lt. Neue, 29.11.80
8 Stellungnahme der AL für ein Semin ar der Westberliner Koordination für Friedensaktivitäten, Sept. 1980
9 Rote Fahne 15/75
10 Rote Fahne 27/75
11 Rote Fahne 28/75
12 Bundesprogramm der „Grünen", S. 19
13 C. Heinrich: Aufriß zur Berlinpolitik, Februar 1981
14 Atomzielscheibe oder Kulturnation? Flugblatt der Inititiative für „Paktfreiheit, Einheit, Frieden für Deutschland"
15 Im Mai 1955 schloß die Sowjetunion einen Friedensvertrag mit Österreich: Die Besatzungstruppen wurden aus dem neutralen Österreich vollständig abgezogen, Österreich erhielt seine volle Souveränität. Gleichzeitig legte die SU Vertragsentwürfe vor, in denen die Aufnahme Deutschlands in die UNO, das Recht Deutschlands auf den Unterhalt eines eigenen Heeres und die Möglichkeit freier Wahlen angeboten wurden. Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten sollte den Vertragsentwürfen zufolge unter der Leitung gesamtdeutscher Kommissionen stattfinden, und die einzige Bedingung war, daß ein wiedervereinigtes Deutschland zwischen Ost und West neutral bleiben sollte. Aufgrund der ablehenden Haltung der USA und der Adenauerregierung wurde über diese Vorschläge nicht einmal ernsthaft verhandelt. Anfang Mai 1955 wurde die BRD in die NATO aufgenommen.

Kriegsvorbereitungen im Hinterzimmer jedes Stadtparlaments

Mit den Stimmen der vier Mitglieder von CDU, SPD und FDP hatte der Rat der Stadt Münster den Fraktionschef der GAL und, als dessen Stellvertreter, F.-H. Lammersdorf als beratende Mitglieder in den Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung gewählt.

Der Pressesprecher des Innenministers von Nordrhein-Westfalen hatte verkündet: *„Aus Gründen des Personen- und Datenschutzes können wir die im verfassungsrechtlichen Sinne relevanten Erkenntnisse über Herrn Lammersdorf der Öffentlichkeit gegenüber nicht substantiieren"* („Münsteraner Zeitung" (MZ), 8.1.81). Aufgrund dieser Äußerungen wird der GAL-Ratsherr F.-H. Lammersdorf seit dem 8.1.81 als vermeintlicher *„(Ex-)Angehöriger des Kommunistischen Bundes"* und somit als *„Sicherheitsrisiko für* (den) *Zivilschutz"* (ebenda) bezeichnet.

Die Angelegenheiten des Zivilausschusses, der nach Aussagen des Oberbürgermeisters von Münster, Pierchalla (CDU) im *„Verteidigungsfalle die verfassungsmäßige Ordnung aufrecht erhalten soll"* und gewissermaßen eine *„Notregierung"* darstellt („Westfälische Nachrichten" (WN), 31.1.81), unterliegen nach der Gemeindeordnung des Landes NRW zum großen Teil der Geheimhaltung (siehe auch AK 193).

Der Verfassungsschutz überprüft alle Mitglieder des Zivilausschusses und teilt dem Regierungspräsidenten mögliche Erkenntnisse seiner Schnüffler mit. Nach einer dreiwöchigen Stimmungsmache der etablierten Parteien und der Presse gegen F.-H. Lammersdorf und die GAL entschied der Regierungspräsident am 27.1.81: *„Herr Ratsherr F.H.Lammersdorf ... darf dem Ausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung der Stadt Münster nicht angehören"*. Damit hat der Regierungspräsident die durch den Rat der Stadt Münster erfolgte Wahl des GAL-Mitgliedes F.-H. Lammersdorf aufgehoben. Die GAL stellte einen Antrag an den Rat, keine Veränderung in der Besetzung des Ausschusses für zivile Verteidigung vorzunehmen. In der Begründung dieses Antrages heißt es: *„Wir gehen nach wie vor davon aus, daß F.-H. Lammersdorf ordentliches Mitglied des Ausschusses für zivile Verteidigung ist. Daher fordern wir den Rat der Stadt Münster auf, sich solchen Praktiken des Verfassungsschutzes massiv entgegenzustellen"*.

CDU-Oberbürgermeister Pierchalla erklärte dazu: *„Die Entscheidung des Regierungspräsidenten nach § 41 a Abs. 2 Satz 2 GO NW sei eine Entscheidung der Aufsichtsbehörde gegenüber der Stadt Münster ... Der Oberbürgermeister als Vorsitzender des Ausschusses müsse sie ab sofort beachten; er dürfe Lammersdorfs Teilnahme an einer Sitzung nicht zulassen"* (6.2.81).

Die Presse weiß ferner zu berichten: *„Falls Lammersdorf versuchen sollte, sich trotz dieser Anweisung durch den Regierungspräsidenten Zutritt zur nächsten Sitzung des Verteidigungsausschusses zu verschaffen, will der Oberbürgermeister ihn daran hindern. Wenn nötig, mit Gewalt"* (WN, 31.1.81).

Dazu wird es vorläufig allerdings nicht kommen. Der ursprünglich zum 10. Februar einberufene Zivilausschuß wurde vom Oberbürgermeister kurzfristig abgeblasen. Begründung: *„Der Vorsitzende* (er selbst — die Red.) *möchte die Zuständigkeiten dieses Ausschusses neu klären"*. Dabei geht es ihm vor allen Dingen um eine Neuregelung des geheimen und öffentlichen Teils der Ausschußarbeit. Außerdem kündigte er eine Überprüfung darüber an, *„ob einem Ausschuß für zivile Verteidigung überhaupt beratende Mitglieder angehören dürfen"* (WN, 6.2.81). Die GAL betrachtet die undemokratische Weisungsbefugnis des Regierungspräsidenten als einen Schlag ins Gesicht für die sechs Prozent der Wähler. Sie betonte, sie habe nie ein Geheimnis daraus gemacht, daß auch Kommunisten in ihren Reihen aktiv sind.

F.-H. Lammersdorf selbst erklärte, es sei letztendlich aufgrund der basisdemokratischen Gepflogenheiten in der GAL gleichgültig, wer in einen Ausschuß entsandt wird, denn alle Parlamentarier der GAL sind an die Beschlüsse der GAL-Mitglieder gebunden. Es gehe also nicht nur um die Person Lammersdorf, sondern gegen die GAL insgesamt, gegen ihren Anspruch, Öffentlichkeit über die Mauscheleien im Rat herzustellen. Dies bestätigt die Ankündigung des Oberbürgermeisters, die GAL gänzlich aus dem Zivilausschuß werfen zu wollen. Die GAL hat seit Beginn der Kampagne gegen das vermeintliche „Sicherheitsrisiko" Lammersdorf mit Nachdruck die skandalöse Geheimhaltung von Plänen und Entscheidungen des Zivilausschusses angegriffen. Ihr ist es zu verdanken, daß der ganze Bereich der zivilen Verteidigung eine stärkere öffentliche Aufmerksamkeit erfährt. So gibt es derzeit eine interessante Leserbrief Debatte über die Gründe der Geheimhaltung von Teilen der Zivilverteidigung in der Münsteraner Presse. In einer Einladung zu einem ersten öffentlichen Treffen zum Thema Zivilverteidigung fordert die GAL dazu auf, *„einen in der Friedensbewegung bisher nicht so deutlich gewordenen Aspekt der Kriegsvorbereitungen in die öffentliche Diskussion hineinzutragen und damit zu einem Bestandteil unseres Friedenskampfes zu machen"*. In der Einladung zu diesem Treffen heißt es ferner, daß auch im Rahmen der zivilen Verteidigung der Schutz der Bevölkerung höchstens einen nebensächlichen Aspekt darstelle: *„Hauptaufgabe der zivilen Verteidigung ist die*

- *Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt*
- *Sicherung der Versorgungseinrichtungen*
- *sowie die Unterstützung der Streitkräfte.*

Dafür ist eine ‚innere Stabilität' nötig, die das Unterbinden von inneren Unruhen, sozialen Kämpfen (Streiks) und gar ‚revolutionären Umtrieben' zum Inhalt hat. Damit einher geht die Sorge um die psychologische Stabilität, womit eine propagandistische, bewußtseinsmäßige Aufrüstung der Bevölkerung im Sinne der Militaristen gemeint ist."

Auf der Basis dieser vom Präsidenten der Akademie für Zivile Verteidigung, Prof.Dr.Eichstädt, formulierten Aufgaben der Zivilverteidigung, gelangt die GAL zu folgendem Schluß: *„Die zivile Verteidigung stellt damit einen integrativen Bestandteil der Kriegsvorbereitungen dar"*.

In einem Aufsatz — sinnigerweise in der Zeitschrift „Die Polizei" (1/67) abgedruckt — läßt sich der „Kenner" Eichstädt lang und breit über den Zusammenhang von militärischer und ziviler Verteidigung aus. *„Militärische und zivile Verteidigung bilden ... heute ein untrennbares Ganzes. Eine moderne Verteidigung ist nur als Gesamtverteidigung, d.h. als Zusammenfassung militärischer und ziviler Verteidigungsanstrengungen denkbar und sinnvoll. Unter ziviler Verteidigung verstehen wir mithin die Summe aller Maßnahmen nicht-militärischer Art, die im Interesse der Krisenbeherrschung und unserer Verteidigung erforderlich sind"*.

Eichstädt fährt dann fort: *„Wie die militärische Verteidigung ist auch die zivile Verteidigung der BRD in das NATO-Bündnis eingebettet. Daraus resultiert die Unterteilung beider Bestandteile unserer Gesamtverteidigung in einen NATO- und einen nationalen Bereich."*

Im Rahmen der NATO — zivile Nato-Verteidigung genannt — ist es Aufgabe des Zivilschutzes, den Erfahrungsaustausch und die Koordinierung der zivilen Verteidigung aller Mitgliedstaaten der Allianz zu organisieren sowie an Planungen für das Krisenmanagement mitzuarbeiten.

Ferner geht es um die *„Errichtung und Aktivierung von zivilen NATO__ Kriegsbehörden"* (Originalton Eichstädt). Kommentierend schreibt Eichstädt dazu: *„So leistet die zivile Verteidigung ... auch einen Beitrag zur Festigung des Bündnisses* (NATO, die Red.) *und zur engeren Zusammenarbeit mit unserem Partner"*. Wichtigster Schwerpunkt der nationalen Zivilverteidigung ist die *„Aufrechterhaltung der Staats- und Regierungsgewalt"*. Erst in zweiter Linie folgt der Zivilschutz, wobei wiederum die *„Selbsthilfe des Bürgers in Gestalt des Selbstschutzes"* im Vordergrund steht. In der weiteren Reihenfolge werden genannt:

- *„die Warnung vor drohenden Angriffen oder ABC-Einsätzen durch Sirenen,*
- *die Aufstellung und Ausrüstung ziviler Einsatzkräfte ... mit staatlicher Hilfe,*
- *Schutzraumbau"*.

In der Verhinderung von *„ungelenkten Bevölkerungsbewegungen"* im Kriegsfalle — sprich Fluchtbewegungen — und im Katastrophenfall liegt ein weiterer Bereich des Zivilverteidigungs-‚Engagements'. Verantwortlich ist die ‚Zivilverteidigung' außerdem für die Aufrechterhaltung des Gesundheitswesens und für den Schutz von Kulturgut sowie für die Versorgungsdeckung.

Ein weiteres Aufgabengebiet liegt in der Unterstützung der Streitkräfte. Dazu der Präsident der Akademie für Zivile Verteidigung: „*... es unterliegt keinem Zweifel, daß diese* (die Streitkräfte, die Red.) *ihren Abschreckungs- und Verteidigungsauftrag nur erfüllen können, wenn die zivile Seite zur Herstellung ihrer Operationsfähigkeit und -freiheit beiträgt.*

So hat der zivile Bereich

- *Personal und Material an die Streitkräfte als Mob-Ergänzung abzugeben,*
- *umfangreiche Leistungen auf den Gebieten des Verkehrs- und des Fernmeldewesens zu erbringen,*
- *Straßen für den Militärverkehr freizumachen und etwaige Flüchtlingsbewegungen zu unterbinden und zu lenken.*
- *Außerdem fallen der zivilen Seite wichtige Aufgaben bei der Versorgung der Streitkräfte und der Instandsetzung von Wehrmaterial zu"*.

Abschließend heißt es: *„Die militärische Verteidigung ist auf die zivile Unterstützung unverzichtbar angewiesen. Werden die militärischen Anforderungen von der zivilen Seite nicht erfüllt, so ist die militärische Verteidigungsbereitschaft in Frage gestellt, damit die Abschreckung zweifelhaft und der Friede in Gefahr. Hier liegt also eine wesentliche sicherheitspolitische Funktion der in ihrer Bedeutung oft unterschätzten zivilen Verteidigung"*.

Drei Jahre nach Veröffentlichung dieses Aufsatzes wurden am 4.10.79 in Nordrhein-Westfalen Verwaltungsvorschriften zur Gemeindeordnung NRW erlassen. Aus ihnen geht hervor, welche Dienststellen u.a. gegenüber den Zivilausschüssen der Städte und Kommunen in NRW in Sachen der Zivilschutzplanung weisungsberechtigt sind. In § 3b heißt es: *„Zuständige Behörden können nicht nur die Aufsichtsbehörden* (z.B. der Regierungspräsident — die Red.), *sondern auch andere Stellen, z.B. militärische Dienststellen sein"*.

Man muß kein Prophet sein, um in den Tresoren, Schreibtischen etc.pp. der Ausschüsse für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung die eine oder andere skandalträchtige Planung, Verfügung oder Beschlußfassung der ‚Notstandsplaner' zu vermuten. Allein die Bemühungen des Münsteraner Oberbürgermeisters, die GAL völlig aus diesem Ausschuß rauszuwerfen, legt diese Vermutung nahe. Auch wenn aller Voraussicht nach verhindert wird, daß die GAL in den Ausschuß kommt, mag eine kluge Antragspolitik einen Aufschluß darüber geben, was alles unter ‚Verschlußsache und Geheimhaltung' läuft. Dies aufzudecken ist ja zentrale Aufgabe alternativer Vertreter im Rat, während kaum eine „alternative" Kriegsvorbereitung durch alternative Parlamentarier der Sinn der Beteiligung an einem solchen Ausschuß sein kann.

Daß in diesen Ausschüssen eine ziemliche Brisanz liegt, scheint mittlerweile auch dem Rat der Stadt Gladbeck in NRW aufgegangen zu sein. Im örtlichen ‚Ratsausschuß für Angelegenheiten der zivilen Verteidigung' waren zwei DKP-Mitglieder vertreten. Am 6.2.81 hat der Gladbecker Rat den Ausschuß in dieser Besetzung in einer nichtöffentlichen Sitzung aufgelöst und die zwei DKP-Mitglieder ausgeschlossen. In diesem Fall hat der zuständige Oberkreisdirektor von Recklinghausen die Auflösung „angeordnet" (MZ, 9.1.81). Begründet wird der Rausschmiß der zwei DKP-Mitglieder damit, daß die beiden nicht die Gewähr böten, *„jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einzutreten"*. Außerdem heißt es, sie seien *„erpressbar"* und würden nicht die *„Voraussetzungen für die Behandlung von Verschlußsachen"* erfüllen (MZ, 9.2.81).

Wie es heißt, ist es zu ‚tumultartigen' Protesten gekommen, als die anfänglich öffentliche Sitzung kurzerhand zu einer nichtöffentlichen Angelegenheit in Sachen DKP-Rausschmiß umfunktioniert wurde. Die DKP hat rechtliche Schritte angekündigt.

In Frankfurt hat die „Antifaschistische Bürgerinitiative gegen den Nazi(buch)-laden" einen Zahn zugelegt: Bis zum 21. März verlangt sie von den Behörden die offizielle Schließung des Nazi-Zentrums.

BI gegen Naziladen:
»Jetzt ist Schluß damit!«

Dieses Datum ist mit Bedacht ausgesucht, denn am 22. März werden die hessischen Bürger zur Wahlurne gebeten. Und damit das Problem Nazi-Laden bis dahin nicht unter den Tisch geredet wird, soll am Vortage, dem 21.3., ein Demonstrationszug vom Paulsplatz aus nach Bornheim ziehen, um nachzusehen, ob der Nazi-Laden tatsächlich geschlossen ist. Die Bürgerinitiative bittet alle Antifaschisten in Stadt und Land, sie dabei zu begleiten. Das Aufruf-Flugblatt hebt ausdrücklich auf die bisher vernachlässigten Pflichten der verantwortlichen Politiker ab: *„Insbesondere die Frankfurter CDU wird sich in diesen Tagen bemühen müssen, zu zeigen, ob sie wirklich von einem 'überzeugten Demokraten' (Wallmann über sich selbst) geführt wird, oder ob sie weiterhin die Verharmlosung und schleichende Legalisierung der Nazi-Truppen fördern will, die Frankfurt zum Zentrum ihrer Bewegung machen wollen."* Dabei bezieht sich die BI auf eine Stellungnahme der CDU-Mehrheitsfraktion im Magistrat, wonach es keine rechtlichen Schritte gegen den Nazi-Laden gäbe. Schon seit langem zeichnet sich die Haltung der CDU gegenüber den NSDAP-Absteige in Bornheim durch Verharmlosung oder penetrantes Schweigen aus. Im letzten Sommer wollte der Magistrat der BI gar die Durchführung eines antifaschistischen Festes untersagen, mit der dreisten Begründung, es seien Nazi-Übergriffe zu erwarten.

Besser sieht es da schon bei der SPD aus, wo sich Vereinzelte aus den Startlöchern wagen: Über den Abgeordneten Nietzling fand das Thema Naziladen kürzlich Eingang in den hessischen Landtag. In einer Anfrage bezeichnete Nietzling den Laden als Organisationsbasis für Nazigruppen und wies ganz richtig darauf hin, der Naziladen habe *„inzwischen bundesweites Aufsehen erregt und auch im Ausland Besorgnisse über das Wiederaufleben des Nationalsozialismus entstehen lassen"* (laut „Frankfurter Nachrichten", 22.1.81). In den Ortsbeirat 4 brachte die SPD-Fraktion einen Antrag auf Schliessung des Naziladens ein.

Dafür, daß die Duldung des Frankfurter Nazi-Zentrums ‚bundesweit und im Ausland' weiterhin beachtet wird, will die BI auch in dem Falle sorgen, daß ihre Forderung am 21. März nicht erfüllt sein sollte: *„Sollte der Laden am 21.3. nicht behördlich geschlossen sein, so werden die verantwortlichen Behörden gezwungen sein, dieses NSDAP-Zentrum mit polizeilichen Mitteln abzuriegeln. Dann werden sie vor den Augen der Öffentlichkeit (nicht nur der bundesdeutschen) demonstrieren müssen, daß sie das Recht auf öffentliche Gewaltanwendung dazu mißbrauchen, Bestrebungen zum Wiederaufbau einer NSDAP zu unterstützen"* In diesem Zusammenhang wird an den Artikel 147 der hessischen Verfassung erinnert: *„Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht".* Wie dem auch sei, *„Kratzer im Ansehen der Bundesrepublik sowie des Landes Hessen"* (Nietzling) sind für diesen Fall vorprogrammiert, und zumindest die mehr als 6000 Bürger, deren Unterschriften die Bürgerinitiativen-Listen inzwischen füllen, werden sich überlegen können, ob und wen sie am 22.3. wählen sollen.

Nietzling hat es allerdings nicht leicht, den Verdacht einer kurzlebigen SPD-Wahlkampfprofilierung glaubwürdig von sich zu weisen. Denn erstens unterschied sich die frühere Magistratspolitik unter einer SPD-Mehrheit in Sachen Neonazis keinen Deut von der heutigen. Zweitens ist die Haltung Wallmanns gegenüber dem Nazi-Laden zweifellos mit der SPD/FDP-Landesregierung in Wiesbaden abgestimmt. Umso bedauerlicher ist es, daß die Frankfurter Grünen in antifaschistischer Hinsicht keinerlei Alternativen bieten. Sie sind vollkommen desinteressiert (oder geht es vielleicht auch in dieser Frage darum, die wertvollen „Wertkonservativen" nicht zu „verschrekken"?).

Zufällig (?) eröffnet sich gerade jetzt die Perspektive einer Kompromiß„lösung": Der neue Besitzer der Hartmann-Ibach-Str. 55 hat dem Nazi-Laden zum 30.6.81 gekündigt. Wegen beabsichtigter Eigennutzung der Räume. Doch eine solche „Lösung" strebt die BI nicht an: *„Die Gefahr des Neonazismus mindere sich ‚nicht durch die Verkürzung von Mietverträgen, sondern nur durch konsequente antifaschistische Arbeit und Widerstand, wie er in*

durch konsequente antifaschistische Arbeit und Widerstand, wie er in

den letzten Monaten in Bornheim gewachsen ist' " („FR", 9.2.81). Weiterhin hält sie an ihrer Forderung nach einer behördlichen Schliessung fest – und das mit gutem Grund: Am vorletzten Wochenende soll die VSBD unter Friedhelm Busses Vorsitz in Frankfurt eine ‚Mammutsitzung' abgehalten haben. Dabei sei die Rede von einem neuen Organisationszentrum gewesen: Offene Ohren wollen auch den Ort kennen: Die Textorstraße im Stadtteil Sachsenhausen.

Bei ihrer Sitzung mußten die versammelten VSBD'ler auf die Anwesenheit ihres Frankfurter Chefs Walther Kexel verzichten. Der war nämlich einen Tag zuvor in Beugehaft genommen worden. Nun soll er, den man zuvor nach seiner Aussageverweigerung zur Schweiz/Schubert-Sache (siehe AK 194) laufen ließ, sich zu seiner wahrscheinlichen Beteiligung an dem Waffenschmuggel äußern. In U-Haft befindet sich derweil auch der im Taunus-Städtchen Kronberg – nicht von allen! – gefürchtete Schläger Thomas Mander, ehedem „WSG"-Mitglied, der zu jeder Brutalität bereit ist. Immerhin – für die bislang so nachsichtige Justiz zwei starke Stücke.

Dennoch – die Nazis lassen sich dadurch nicht abschrecken. Am Abend des 7.2. überfiel ein Dutzend Schwarzgekleideter das Besetzer-Dorf „auf dem Damm" bei Königstein/Taunus, wo die Landesregierung mitten durch die Landschaft eine Schnellstraße (B 8) legen will. Die Angreifer konnten jedoch von den Besetzern vertrieben werden und mußten zwei Tschakos und einen Molotow-Cocktail zurücklassen. Den Anschluß beim ungeordneten Abmarsch verpaßte der „Sanitäter" der Schlägergruppe, der offenbar den mißlichen Ausgang der Mission vorhergesehen hatte und deshalb einen Verbandskasten mit sich trug: Gerhard Kotermann aus Mühlheim bei Offenbach. Ein anderer aus der Gruppe, Thomas Frays, kommt aus Schwalbach/Taunus, woher auch das VSBD-Mitglied Scholz stammt. Zufällig wohnen beide in der Frankenstraße.

Prozesse

– Am 11.2. fand der erste Prozeß gegen die Katharinenkirchen-Schläger der VSBD vom 12.1.80 statt. Wegen Landfriedensbruch und Körperverletzung wurde der 18jährige Gerhard Jürgen Förster, VSBD'ler und vor einem Jahr auch (noch?) bei der JN, zu drei Freizeitarresten verurteilt. Der zweite Angeklagte wurde mangels vorgetragener Beweise freigesprochen. Immerhin positiv muß die Feststellung des Richters gewertet werden, die damaligen Proteste gegen den Stand der VSBD seien *„legitim"* gewesen, *„gerade aus unseren deutschen Erfahrungen heraus"* („FR", 12.2.81)

– Der zweite und größere Prozeß gegen die VSBD-Schläger beginnt am 23.2., 9 Uhr, in Frankfurt, Raum 132 B. Mit Walther Kexel, Peter und Klaus Müller, Dieter Sporleder aus Gießen, Wolf Mook aus Hattersheim bei Ffm-Höchst und Christ ist die Palette der Angeklagten hier größer. Allerdings fehlt den aufmerksamen Besuchern des Geschehens vom 12. Januar neben Frank Schubert, dessen Abwesenheit verzeihlich ist, das ehemalige NPD-Mitglied Helge Blaschek, der sich damals nicht gerade zurückgehalten hatte.

– Zum Prozeß um den NSDAP/AO'ler Franz Dittel und seine beiden Söhne siehe nebenstehenden Artikel.

Noch einmal: DEMONSTRATION IN FRANKFURT AM 21.3., 11 UHR 30, PAULSPLATZ
Aufruf-Flugblätter und -Plakate sind zu bestellen bei:
G. Müller
Postfach 600 633
6000 Ffm 60

Jetzt ist Schluß damit!

Insgesamt 18 Menschen kamen im letzten Jahr bei Anschlägen von Rechtsradikalen ums Leben.
Hier die Bilanz:
– Am 21.1.80 starben zwei vietnamesische Asylanten bei einem Brandanschlag auf ihr Wohnheim in Hamburg
– Am 26.9.80 ermordete das Wehrsportgruppe Hoffmann Mitglied Gundolf Köhler 12 Besucher des Münchner Oktoberfestes mit einer Bombe
– Am 24.12.80 erschoß Frank Schubert, Mitglied der „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands" (VSBD) zwei Schweizer Grenzbeamte bei dem Versuch, Waffen und Munition in die Bundesrepublik zu schmuggeln.

Die für die Morde Verantwortlichen sind keine Einzeltäter! Vielmehr sind bzw. waren sie über ein engmaschiges Organisationsnetz fest in die bundesdeutsche Naziszene verwoben. Dieses Netz spannt sich von der WSG Hoffmann über die VSBD bis hin zum Naziladen in Frankfurt - Bornheim. Und im Hintergrund dieses Netzes taucht immer wieder die illegale NSDAP/AO (Auslands- bzw. Aufbauorganisation) als Organisationsbasis auf. Frank Schubert, der Mörder der beiden Schweizer Grenzbeamten, war führendes Mitglied der hessischen VSBD. Frankfurter Antifaschisten war er seit längerem als brutaler Schläger bekannt. Sein VSBD Kumpan Wolfgang Koch gilt in Frankfurt seit Jahren als strammer Werber für die NSDAP/AO bzw. deren Tarnorganisationen.

Franz Dittel, selbst nach Behördenmeinung Mitglied der NSDAP/AO, schiebt seit der Eröffnung des Nazibuchladens vor dessen Toren mit seinen zwei Schäferhunden Wache.

Ralf Platzdasch, Betreiber des Naziladens, verbinden intensive Kontakte zur NSDAP - Tarnorganisation ANS (Aktionsfront nationaler Sozialisten) des Michael Kühnen, der sich vor Gericht offen zur NSDAP/AO bekannte.

Erwin Schönborn, Vater des Projekts „Nazi - Laden", gründete dort vor einem Jahr die NSDAP(nationalsozialistische *demokratische* Arbeiterpartei).

Arndt Marx, der inzwischen im Libanon für die christliche Falange schießt, ist auf der Titelseite einer Ausgabe der WSG - Zeitung ‚Kommando' als Ausbilder des Münchner Bombenmörders Gundolf Köhler zu erkennen. Vor einem Jahr gehörte Marx zu dem VSBD Schlägertrupp, der, unter der Leitung von Frank Schubert, Antifaschisten und Passanten überfiel. Die Terrorakte der von Marx aufgebauten WSG - Gruppe Rodgau („Sturm 7") rechnet die NSDAP/AO in ihrer Zeitung ‚NS - Kampfruf' zu ihren Aktivitäten. Die VSBD hat ihren Sitz im Naziladen. Von hier aus kann sie ungehindert von den Behörden, ihre offene Nazi Propaganda verbreiten. Der Chef der Frankfurter VSBD, Walter Kexel, war noch Stunden bevor Schubert seine Mordtat beging, mit diesem zusammen in der Schweiz gesehen worden.

Trotz all dieser Hinweise, die den Naziladen und die dort residierenden Nazigruppen unschwer als Organisationszentrum der terroristischen NSDAP/AO und deren Tarngruppen erkennen lassen, unternehmen die Behörden buchstäblich *nichts.*

Seit 1 1/2 Jahren weisen wir auf die Gefährlichkeit der Nazigruppen und auf die wahre Funktion des Nazibuchladens hin. Doch trotz der Eskalation der Gewalt wird die Situation von Seiten der Behörden und verantwortlichen Politiker weiterhin verharmlost. (Selbst eine Mietkündigung des Vertrags des Naziladens enthebt die Politiker nicht von der Pflicht, den Laden *politisch* zu bekämpfen). Die unangefochten geduldete Existenz des Naziladens verleiht ihm in der Öffentlichkeit das Etikett der Legalität. Die Nazis können weiterhin Aktivisten für ihre terroristischen Ziele werben, zuletzt schlugen sie ein Mitglied der Bürgerinitiative mit Knüppeln zusammen.

Die CDU - Mehrheitsfraktion im Frankfurter Magistrat tat im Januar das ihrige, um diese Entwicklung zu fördern. Sie beschloss, keine Schritte gegen den Naziladen zu unternehmen, da es keine rechtlichen Möglichkeiten gäbe. Aber auch von Seiten des Innenministeriums ist nichts bekannt geworden, was vermuten ließe, daß man da anderer Meinung sei.

Wir sind der Meinung, daß die Behörden lange genug Zeit hatten, gegen die schleichende Legalisierung der NSDAP einzuschreiten.

Deshalb fordern wir sie auf, bis zum 21.3.81 dafür Sorge zu tragen, daß das NSDAP Zentrum in der Hartmann - Ibach - Straße geschlossen wird. Insbesondere die Frankfurter CDU wird sich in diesen Tagen bemühen müssen, zu zeigen, daß sie wirklich von einem „überzeugten Demokraten" (Wallmann über sich selbst) geführt wird, oder ob sie weiterhin die Verharmlosung und schleichende Legalisierung der Nazi - Truppen fördern will, die Frankfurt zum Zentrum ihrer Bewegung machen wollen.

Am 21.3. werden wir eine **Demonstration** durchführen, um nachzusehen, ob der Naziladen endlich geschlossen ist.
Wir rufen alle Demokraten und Antifaschisten auf, uns an diesem Tage zu begleiten!

Sollte der Laden am 21.3. nicht behördlich geschlossen sein, so werden die verantwortlichen Behörden gezwungen sein, dieses NSDAP Zentrum mit polizeilichen Mitteln abzuriegeln. Dann werden sie vor Augen der Öffentlichkeit (nicht nur der bundesdeutschen) demonstrieren müssen, daß sie das Recht auf öffentliche Gewaltanwendung dazu mißbrauchen, Bestrebungen zum Wiederaufbau einer NSDAP zu unterstützen.

Und wer daraus den Schluß zieht, daß in einem solchen Falle dervArtikel 147 der hessischen Verfassung zu Rate zu ziehen sei, dem können wir nicht widersprechen: „Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt

Und wer daraus den Schluß zieht, daß in einem solchen Falle dervArtikel 147 der hessischen Verfassung zu Rate zu ziehen sei, dem können wir nicht widersprechen: *„Widerstand gegen verfassungswidrig ausgeübte öffentliche Gewalt ist jedermanns Recht und Pflicht".*

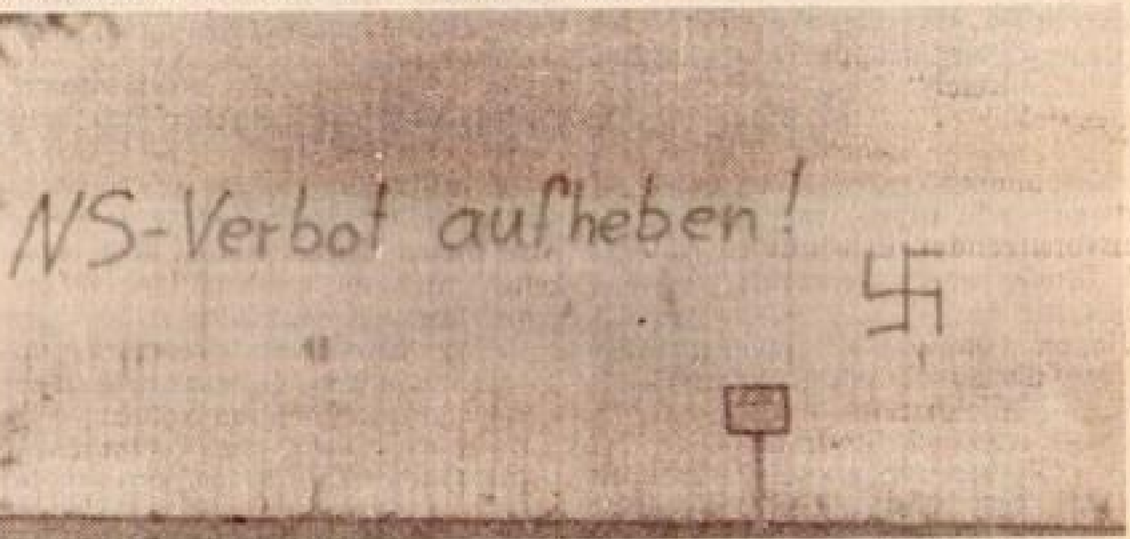
Wo Unrecht zu Recht wird, wird Widerstand zur Pflicht. Kein Nazibuchladen in Bornheim oder anderswo!!
Schließung des Nazibuchladens in der Hartmann–Ibach–Str. 55 bis zum 21.3.
sofortiges Verbot der NSDAP (nationalsozialistische demokratische (!) Arbeiterpartei), der VSBD (Volkssozialistische Bewegung Deutschlands und aller anderen neonazistischen Organisationen.

— Demo: 21.3., 11.30 Uhr, Paulsplatz
11.3. Fest: mit Film, Dias, Essen, Penelope (Rock)
Batschkapp Maißachstr. ab 19.00 Uhr Unkostenbeitrag 2.– DM

v.i.S.d.P.: G.Müller, Postfach 600633, 6 Frankfurt



Naziparolen in Frankfurt (auf der A 66) ...



... und in Schwalbach/Taunus

... und in Schwalbach/Taunus

Nachbemerkung zum Artikel in AK 194: „VSBD-Nazis prügeln weiter".

Der in dem Artikel erwähnte Nazi Wolfgram aus der Braunschweiger Otte-Gruppe heißt so mit Nachnamen. Vorname Kurt. Am 29.11.80 wurde er in Frankfurt erwischt, als er mit anderen VSBD'lern „Rückkehr Adolf Hitlers" auf einen Bauzaun schmieren wollte. Im November war er mit Stuttgarter Adresse der Anmelder für die „Hilfsgemeinschaft Freiheit für Rudolf Heß", auf deren Tisch sich dann fast ausschließlich VSBD-Material befand. Im November wurde eine SPD-Veranstaltung telefonisch mit einer Bombendrohung bedacht, nachdem Wolfgram, Kexel sowie die NPD'ler Seiring, Busch und Gringel den Saal auf Aufforderung verlassen hatten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Manche lernen's nie

Am 31.1.81 fand im Jugendzentrum in Frankfurt-Höchst ein Antifaschistisches Jugendfestival mit mehreren Workshops und internationaler Folklore statt. Die Veranstaltung war relativ gut besucht, das JUZ war voll. Bei 25.000 Flugblättern und 600 Plakaten keine Überraschung. Veranstalter waren u.a. ein SPD-Ortsverein, DGB-Jugend, VVN, SDAJ, MSB, SHB, Türkisches Volkshaus, etc. Vergessen wurde der „Antifaschistische Arbeitskreis Höchst", der in diesem Stadtteil schon seit über 2 Jahren aktiv ist.

Dieser erfuhr von dem Jugendfestival erst über den Stadtschülerrat Ffm., der mit zu den Veranstaltern gehörte. Als Vertreter des Arbeitskreises daraufhin bei einer vorbereitenden Sitzung erschienen, wurden sie mit Tagesordnungs-Mätzchen abgebügelt, und die Nicht-Einladung mit faulen Ausreden begründet. Nicht einmal das Aufhängen einer Wandzeitung sollte genehmigt werden.

Ähnlich arrogant wurde die Bürgerinitiative gegen den Nazibuchladen behandelt, die bei dem Festival zwar einen Videofilm zeigen durfte, aber weder als Veranstalter mit aufgeführt war, noch irgendwie an den inhaltlichen Vorbereitungen beteiligt wurde. Erst als die BI damit drohte, das Verhalten gegenüber dem Antifakreis öffentlich auf der Veranstaltung zu kritisieren, wurde gestattet, zwei Wandzeitungen aufzuhängen.

Es ging also offensichtlich um das Heraushalten bestimmter Kräfte aus dem Bündnis, was ja bei dem VVN-Bündnisfeld nichts Neues ist. Antifaschisten, die nicht zu ihren eigenen Reihen gehören, sind für VVN und Co. eben immer noch „Falschmünzer".

Warum allerding in diesem konkreten Fall das ganze Theater mit der Ausschlußpraxis inszeniert wurde, wird klar aus der Abschlußerklärung der Veranstalter des Festivals, in der es u.a. heißt: *„Wir ergreifen die Initiative zu einem antifaschistischen Arbeitskreis, der sich regelmäßig im JUZ Höchst trifft und allen Interessierten offen ist".* Daß dieses Unternehmen, das anscheinend die Lorbeeren anderer Antifaschisten ernten will (siehe die Namensgleichheit), wirklich so „offen ist", darf nach dem oben Geschilderten ruhig bezweifelt werden. Noch erstaunter muß der/die Antifaschist/in sein, wenn er/sie etwas später liest: *„Wir organisieren ‚Rock gegen Rechts'-Konzerte im JUZ Höchst, die der Vorbereitung eines Frankfurter Konzertes ‚Rock gegen Rechts' dienen".* Das bezieht sich doch wohl auf den 17. Juni und dafür ist anscheinend schon ein RGR g e p l a n t!? Aber wer hat da etwas geplant? Etwa der Kreis, der die Höchster Veranstaltung so vorbildlich organisiert hat? Soll in diesem Jahr RGR auch so „offen" werden wie dieses Festival? Nachtigal ick hör die trapsen.

Die antifaschistische Bewegung muß auf der Hut sein, damit nicht tatsächlich Falschmünzerei betrieben wird – mit Rock gegen rechts. Deshalb sollte schon jetzt diskutiert werden, wie wir auf einen möglichen Naziaufmarsch in diesem Jahr reagieren, wobei der Schwerpunkt auf der Verhinderung dieses Vorhabens liegen sollte, und nicht auf einem Konsumfestival wie 1980.

Ein Mitglied des „Antifaschistischen Arbeitskreises Höchst"

»Wiedergutmachungskommando Rudolf Heß« droht mit Mord an Juden

In verschiedenen Erpresserbriefen haben noch unbekannte Nazis die Regierungen Österreichs, Italiens und der BRD aufgefordert, ca. 15 Millionen DM „Entschädigung" an die ‚Hilfsgemeinschaft für Rudolf Heß" oder ähnliche Nazi-Vereine zu bezahlen; sollten diese Zahlungen nicht bis Mitte Februar geleistet sein, würden „prominente Juden" ermordet. Nach zunächst zwei „Exempeln" sollen weitere „Hinrichtungen berüchtigter Vertreter des Judentums" folgen.

Wie Bundesanwalt Rebmann mitteilte, werde in der BRD gegen ein „Wiedergutmachungskommando Rudolf Heß ermittelt", das hinter diesen Drohbriefen stehe. Militante und kriminelle Aktionen zur Befreiung von Heß aus dem Spandauer Alliierten Militärgefängnis haben in der Nazi-Szene Tradition:

Erinnert sei hier z. B an den Fallschirmabsprung des rechtsradikalen Kölner Professors Berthold Rubin, mit dem dieser 1971 ein „Fanal" setzen wollte (Heß war 1941 mit dem Fallschirm über England abgesprungen, um einen Seperatfrieden mit den Westmächten gegen die Sowjetunion zu erreichen).

Speziell in eindeutig terroristischen Nazi-Kreisen wurden in der Vergangenheit auch ernsthaftere Versuche zu einer „Heß-Befreiung" unternommen:

- So wurde der Aktivist der „ANS" (Hansa-Bande), Frank Stubbemann (Kiel), verurteilt, weil er mehrere 100 Gramm Natriumzyanid (Blausäuresalz) geklaut hatte, mit denen er die Wachmannschaft in Spandau ermorden wollte.
- So hat die Gruppe „Werwolf Deutsches Reich" um die Schleswig-Holsteiner Nazis Möller, Töpke und Böhm im September 1978 einen Safe mit geheimen Nato-Papieren beim Manöver „Bold Guard" geklaut, um sie gegen die „Freiheit von Rudolf Heß" einzutauschen.
- Bei der „Wehrsportgruppe Ortenau/Schlageter" um den baden-württembergischen Nazi Odfried Hepp wurden im Sommer '79 exakte Pläne zu einer Flugzeugentführung zur Freipressung von Heß gefunden.

Wie im letzten AK berichtet, gehört Hepp zu den vier Neonazis, die kurz vor dem Attentat von München unter mysteriösen Umständen im Libanon verschwunden sind; speziell Hepp hatte nachweislich Kontakt zu Gundolf Köhler, dem „Einzeltäter" von München.

Angesichts dieser e r w i e s e n e n Bereitschaft von Neonazis, speziell an dieser Frage gewalttätig vorzugehen, sollten diese Erpresserbriefe keineswegs auf die leichte Schulter genommen werden.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Schleswig: Spionageprozeß gegen Neonazis

Am 28.1.1981 verurteilte das Oberlandesgericht in Schleswig 3 Mitglieder der Nazi-Gruppe „Wehrwolf Deutsches Reich". Im einzelnen handelt es sich bei den Dreien um:

- Ernst August Moeller, Landwirt aus Tönning und „Ziehvater" der dortigen Nazi-Gruppe, bis 1979 NPD-Kreisvorsitzender. Er wurde zu 7.200 DM Strafe wegen versuchter Nötigung verurteilt.
- Jürgen Töppke, ca. 22 Jahre alt, ebenfalls aus Tönning; er erhielt 2.000 DM Geldstrafe sowie eine Gefängnisstrafe ohne Strafmaß, die (T. war zur Tatzeit noch unter 21 Jahre alt und wurde nach Jugendstrafrecht bestraft) auf zwei Jahre ausgesetzt wurde (wegen schweren Diebstahls und Verabredung zum Landesverrat). T. und Moeller waren u.a. auch bei dem Nazi-Aufmarsch am 26.2.1978 in Hamburg-Lurup beteiligt und gehörten zum Kreis um die „Hansaband".

hörten zum Kreis um die „Hansaband".

- Rolf Dieter Böhm, Besitzer des Reiterhofs Thule aus Garding. Böhm erhielt wegen Verabredung zum Landesverrat, Hehlerei, Begünstigung und versuchter Nötigung eine Freiheitstrafe von einem Jahr und 4 Monaten.



Jürgen Töppke im Kreis der „Hansa-Bande" (Michael David und Peter Teufert) am 28.2.77 in Hamburg-Lurup

Im September 1978 klauten die Neonazis aus einem in Husums Innenstadt abgestellten Jeep der britischen Armee einen sogenannten Panzerwürfel, eine Art Handsafe, in der Hoffnung, darin Waffen und Sprengstoff zu finden. Aber die Hoffnung trog. In dem Safe waren nur Manöverunterlagen, darunter auch einige Papiere mit dem Stempel „secret". Das veranlaßte die Neonazis, den Einstieg ins große Agentengeschäft zu probieren: Sie riefen die Ständige Vertretung der DDR in Bonn an, um die Papiere zum Kauf anzubieten. Sie blitzten ab. Daraufhin wurden die Papiere der sowjetischen Botschaft angeboten, aber dort erteilte man ihnen den Rat, die Papiere den bundesdeutschen Behörden zurückzugeben. Also wieder Enttäuschung, aber noch kein Grund, die großen Pläne aufzugeben. In gleichlautenden Briefen an die Eider-Kaserne in Rendsburg und an das sowjetische Generalkonsulat in Hamburg kündigten die Neonazis an: *„An englische Besatzung. Tauschen Safe für Freiheit Rudolf Heß. Zeit: ein Monat. 10.11.78. Wenn nicht, Verkauf Ost. Wehrwolf Deutsches Reich."* Aber auch hier keine Reaktion. Stattdessen fand der Schornsteinfeger bei einer Routine-Inspektion auf dem Bauernhof des angeklagten NPD-Mannes Waffen und Sprengstoff und alarmierte die Bullen. Bei der Haussu-

alarmierte die Bullen. Bei der Haussu-

chung wurden hinter der Badewanne die geklauten Nato-Papiere gefunden.

Verhandelt wurde in Schleswig nur wegen Vorbereitung zum Landesverrat und wegen Nichtanzeige einer Straftat. Von dem gefundenen Sprengstoff war (vier Monate nach dem Münchner Attentat) nicht mehr die Rede. Während die Angeklagten vor Gericht schwiegen oder die Ahnungslosen spielten, sprudelte es aus einem Zeugen aus Hannover nur so hervor: Nach eigenen Angaben steht er in Verbindung mit dem niedersächsischen „Verfassungsschutz", der ja schon mehrfach durch agents provocateurs im rechtsradikalen Lager ins Gerede gekommen ist.

Tatsächlich waren bei der Festnahme der Bande noch weitere Personen zu deren engsten Kreis gerechnet worden: So Martin Geißler aus Rendsburg, der schon als 16jähriger wegen einschlägiger Nazi-Delikte verurteilt worden war, und auch ein gewisser Eisermann aus Wanderup bei Flensburg, der in einem anderen Prozeß wegen Rohrbombenanschlägen am Flensburger Gerichtsbebäude angeklagt ist. Eisermann hatte diese Bomben auf einem Treffen erhalten, auf dem u.a. auch Michael Kühnen eine solche Rohrbombe von dem Braunschweiger Nazi Paul Otte in Empfang genommen hatte. Ebenfalls bei dieser Bombenverteilung anwesend war auch der VS-Agent Lepzien, der nun im Prozeß gegen die Braunschweiger Bande mitangeklagt ist. Eben diese Bande, die nun mit gewohnt harmlosen Urteilen davongekommen ist, hatte als nächstes mehrere Banküberfälle, sowie einen Brandanschlag auf die Hamburger Freimaurerloge geplant. Damals hatte Generalbundesanwalt Rebmann die Ermittlungen unter dem Vorzeichen „terroristische Vereinigung" (§ 129a StGB) aufgenommen...

Ein Kieler Genosse und Antifa-Kommission, KB/Gruppe Hamburg

überregional **student** Auflage 70 000

FREIHEITLICHE ZEITSCHRIFT FÜR POLITIK, KULTUR UND GESELLSCHAFT

Experimentierfeld für eine rechte Sammlungsbewegung

Die seit Jahren an westdeutschen Hochschulen verbreitete Zeitung „student" ist politisch angesiedelt zwischen CDU/CSU und Rechtsradikalismus. Ihre relative Unabhängigkeit von der CDU/CSU, ihr ausgeprägtes Eigenleben sowohl in der Bündnispolitik als auch bei ideologischen Standpunkten wird im g e s a m t e n rechten Lager wohlwollend registriert. Die Funktion dieser Zeitschrift in der „Grauzone" zwischen etablierter Rechter und Nazi-Szene soll hier etwas näher untersucht werden.

Politische Selbsteinschätzung des rechten Lagers

In Heft 81 (Januar 1979) veröffentlichte Dietrich Pfaehler, Chefredakteur von „student", den Aufsatz „Neu beginnen, damit Konservative nicht Stimmvieh bleiben". Es folgte Andreas Proska in Nr. 84 (Juli 1979) mit dem Aufsatz „Die Ideen der neuen Rechten". In Nr. 85 (Oktober/November 79) wurde ein Aufsatz von Francois Bondy abgedruckt: „Die französischen ‚Neuen Philosophen' ".

Diese drei Aufsätze sollen hier als Grundlage einer Situationsbeschreibung aus dem Blickwinkel der Rechten dienen.

Folgen wir Dietrich Pfaehler, so haben „die Konservativen" wichtige Positionen, die *„im Widerstand gegen den Siegeszug der APO aufgebaut"* worden waren, verloren. Die von manchen behauptete „Tendenzwende" zugunsten der Konservativen gebe es nicht. Die CDU/CSU orientiere sich teilweise in bedenklicher Nähe der SPD/FDP, gebe wesentliche konservative Prinzipien auf und benutze die Konservativen nur als „Manövriermasse". Die Konservativen müßten endlich an die CDU/CSU Bedingungen stellen, die erfüllt werden müßten, wenn die CDU/CSU weiterhin deren Unterstützung haben wolle.

Zwar stellt Pfaehler nicht direkt die Forderung auf, eine neue „national-konservative" Partei („4. Partei") zu gründen. Er tritt aber für ein Sammeln im kleinen Kreis, für die Gründung einer „Vereinigung zur Wahrung konservativer Interessen" ein. Auch brauche man neben einem „elitären Theorieorgan" wie „criticon" (in jenen Kreisen viel gelesen, regt viele Diskussionen in „student" an) eine größere Zeitung, die die Diskussionen im konservativen Lager breiteren Kreisen

servativen Lager breiteren Kreisen

„verdolmetschen" könne.

Einige Themen, auf die zukünftig geachtet werden müsse, nennt Andreas Proska:

- die „nationale Frage der Deutschen";
- die Übertragbarkeit der Ergebnisse der Verhaltensforschung (bei Tieren, Konrad Lorenz) auf die menschliche Gesellschaft;
- die ‚Begabungstheorie' von Eysenck und, daraus folgend, eine „neue" Bildungspolitik.

Zum Rechtsradikalismus schreibt Proska: *„ ... obwohl die Rechte allgemein* (gemeint sind damit u.a. die NPD, die „Außerparlamentarische Mitarbeit" und die „Solidaristen" — Anm. AK) *in absehbarer Zeit wohl nie genügend Wählerstimmen erhalten wird, um ins Parlament einzuziehen, ist sie heute dennoch in der Lage, auch brauchbare und diskussionswürdige Beiträge zum politischen Alltag zu liefern ..."*

Die — auch für „student" verblüffende — Entwicklung der „Neuen Philosophen", die konservative ideologische Offensive in Frankreich (z.B. „Le Figaro Magazin"), ist für „student" ein politisches Vorbild.

Neben den politischen Überlegungen zur Zusammenfassung der Rechten sind für das Verständnis rechter Strategien und Taktiken die organisatorischen Verflechtungen von Interesse.

Der Aufbau von „student"

Im Mai 1978 löste sich der rechtsradikale „Deutsche Studenten-Anzeiger" (DSA) auf. Peter Dehoust (NPD), Herausgeber der seit 1961 erscheinenden Zeitung, überführte seine Anteile in „student". Die „DSA"-Leser erhielten mit ihrer ersten „student"-Ausgabe einen Begleitbreif von Dehoust: *„Ich verbürge mich, daß es sich bei STUDENT um ein verbands- und parteipolitisch absolut unabhängiges Blatt handelt, das die Bemühungen des DSA n a h t l o s f o r t s e t z t. Ich darf Sie bitten, das Vertrauen, das Sie dem DSA entgegengebracht haben, voll auf STUDENT und seinen Chefredakteur Dietrich Pfaehler zu übertragen".*

Mit diesem Brief endete ein langjähriger Diskussionsprozess innerhalb des „student"-Umfeldes. Nach einiger Vorbereitungszeit (1) schloß Dehoust mit Erfolg seine Bemühungen ab, die Zusammenarbeit mit CDU/CSU-nahen Kreisen zu intitutionalisieren. Einige alte Freunde Dehoust's vom „DSA" blieben dabei auf der Strecke. Die Gruppe um den Göttinger Nazi **Hans Michael Fiedler**, die lange Jahre tatkräftig mit Dehoust im „DSA" zusammengewirkt hatte, gründete eine eigene Zeitung, den **„Deutschen Hochschul-Anzeiger"**, die weiterhin den o f f e n e n Rechtsradikalismus repräsentiert.

In den 60er Jahren hatten sämtliche konservativen und rechtsradikalen Kreise schon einmal im „DSA" zusammengearbeitet. Damals waren „Gesprächspartner" des „DSA" u.a. **Johannis F.Barnick, Herbert Cysarz, Emil Franzl, Peter Kleist, Kurt Ziesel, August v.d. Heydte, E.Henning, R.Timmel u.a.** (Timmel ist 1977 gestorben, war Mitglied der rechtsradikalen **„Gesellschaft für freie Publizistik"**, Träger des „Europäischen Freiheitspreises" der **„National-Zeitung"**); Autoren im „DSA" waren auch **Armin Mohler, Theodor Oberländer, B.Rubin, W.S.Schlamm** und **C.v.Schrenck-Notzing**. Auch Strauß gab dem „DSA" 1965 ein Interview (2). Die Zeitung wurde erst 1972 im Verfassungsschutzbericht zu den rechtsradikalen Publikationsorganen gezählt (3).

Mit der NPD-Gründung am 14.11.1964 setzte im rechten Lager ein Differenzierungsprozeß ein. Der „DSA" begrüßte die NPD-Gründung und bekannte sich 1970 auch zur Gründung der Sammlungsbewegung „Aktion Widerstand". Andere „konservative" Kräfte gingen bei diesem Kurs auf Distanz. Sie setzten mehr auf Strauß als Führerfigur des rechten Lagers.

Spätestens 1969 war für viele „national-konservative Ideologen" absehbar, daß die NPD einen politischen Durchbruch dauerhaft nicht erreichen würde. Der knapp verfehlte Einzug der NPD in den Bundestag 1969 (4,3%) und die Niederlage der CDU/CSU (sie erreichte ihr Ziel, nach der „Großen Koalition" mit der SPD von 1966-1969 allein weiter zu reagieren, nicht) veranlaßte viele „national-konservative" Kräfte dazu, verstärkt an den Aufbau einer konservativen Presse heranzugehen, um damit zu einem Stimmungsumschwung in der Bevölkerung längerfristig beizutragen.

„student" erschien im November 1968 das erste Mal. Seit 1969 wurde auch das „Deutschland-Magazin" (Kurt Ziesel) herausgegeben. Im Juli 1970 folgte „criticon" (v.Schrenck-Notzing) und ebenfalls 1970 die mittlerweile eingestellte Zeitschrift „konservativ heute" (K. Motschmann v.Rohr), sowie 1972 Schlamms „Zeitbühne", die auch eine alte NPD-Zeitung, den „Report", übernahm.

Die Herausbildung konservativer Presseorgane unabhängig von der NPD und deren Umfeld hatte allerdings nicht zur Folge, daß ein unüberwindlicher Graben zwischen die verschiedenen Lager gezogen wurde. Dieses Interesse verfolgte keine beteiligte Gruppe.

Das Bündnis

Der Gründungskreis von „student" ging hervor aus einer „Burschenschaftlichen Aktionsgemeinschaft", die den Versuch machte, die Burschenschaften politisch zusammenzufassen, um nach Abflauen der Studentenbewegung an den Universitäten wieder offensiver auftreten zu können und eine „konservative Tendenzwende" einzuleiten.

Am 23.Juni 1969 fand in der Universität Bonn die erste öffentliche Veranstaltung von „student" statt, die von der Bonner „Alten Breslauer Burschenschaft" organisiert wurde. Thema des Abends war: „Der Atomsperrvertrag, eine Gefahr für Deutschland?". Die Namen **Hannes Kaschkat, Bruno Bandulet** und **Henning Eichberg**, die auf dieser Veranstaltung sprachen, stehen für die politischen Richtungen, die für die folgenden Jahre in „student" ihr Organ finden sollten.

- **Hannes Kaschkat**, *„vorher beim 'Deutschen Studenten-Anzeiger' "* (4) tätig, ist Mitglied der *„(CSU), Burschenschafter, Leutnant der R. der Bundeswehr und* (früher – Anm. AK) *Assistent bei v.d.Heydte"* (5) in Würzburg, jenem stockreaktionären Professor, *„ehemals NSDAP-Mitglied"* (6), Brigadegeneral im R. der Bundeswehr, Fachmann in Wehrrechtsfragen und „psychologischer Kriegführung" (7), der mit seiner Anzeige die „Spiegel-Affäre" 1962 in Gang setzte.



Gerhard Löwenthal (links) und Kurt Ziesel: alte Freunde von „student"

- **Bruno Bandulet** kommt ebenfalls aus Würzburg. 1967/68 war er Leiter der Pressestelle der Universität Würzburg. Er nahm an der Gründung der **Deutschen Volksunion** des Neo-Nazi **Frey (Deutsche National-Zeitung")** im Januar 1971 teil. Bandulet war damals *„außenpolitischer Referent der CSU-Landesleitung"* (8).
- Henning Eichberg (alias Hartwig Singer, alias...) führte dem „student"-Bündnis „nationalrevolutionäre" Kräfte zu. Er war *„mit den Anfängen der Neuen Rechten in Hamburg und Bochum verquickt"* (9) und galt damals als eine führende Figur dieser Szene. Seine Aktivitäten waren damals eng mit der Person des „Nation Europa"-Gründers und Alt-Nazis Ehrhardt verbunden, der als Förderer von Eichber/Singer galt (10). Anfang der 70er Jahre mischte Eichberg/Singer bei den NPD-Spaltungen mit. Er war Verfasser eines Manifestes der

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

von der NPD abgespaltenen „**Aktion Neue Rechte**" **(ANR)** in deren Gründungsphase (11) (12).

Die offene Zusammenarbeit zwischen CSU/CDU-nahen Kreisen und „Nationalrevolutionären" ist ein wesentlicher Bestandteil des „student"-Konzepts. „Student" empfiehlt seinen Lesern durch Werbung oder Besprechung das „nationalrevolutionäre" „**Junge Forum**", in dem Autoren wie **Henning Jäde** und H. Eichberg schreiben (13). Und auch der als Ideologe in „nationalrevolutionären" Kreisen hochgeschätzte **Wolfgang Strauss** (Autor in fast sämtlichen neo-nazistischen und „konservativen" Presseorganen) schreibt in „student" (14).

Die erste öffentliche „student"-Veranstaltung demonstrierte die Übereinstimmung aller Anwesenden zum Thema „Atomsperrvertrag". Gemeinsam war man besorgt *„über die verheerenden Folgen, die ein deutscher Beitritt für Wissenschaft und Wirtschaft der Bundesrepublik hätte"*. Man *„plädierte für eine westeuropäische Atomstreitmacht unter Einschluß der Bundesrepublik"*. (15).

Nach der Gründung von „student" steuerten viele alte Bekannte aus den frühen „DSA"-Jahren ihren Teil zum Aufbau der Zeitung bei. Beispielsweise sprach Caspar v. Schrenck-Notzing 1976 auf einer „student"-Tagung. Herbert Cysarz, William S. Schlamm und Armin Mohler waren „student"-Autoren. Es tauchten auch neue Namen auf, Leute, die recht deutlich zur CSU/CDU tendierten, z.B. **Gerhard Löwenthal** und **Matthias Walden**. Auch Lothar Späth, damals CDU-Fraktionsvorsitzender im baden-württembergischen Landtag, sprach auf einer „student"-Mitarbeitertagung.

„Student" soll ein Diskussionsforum der Rechten sein. Einmal spielt bei dieser Konzeption die Überlegung eine Rolle, in Teile der Studenten ideologisch einzubrechen (16), die in der spontanen Studentenbewegung erste politische Erfahrungen gesammelt hatten. Sie sollten durch „Diskussionsbereitschaft" ans konservative Lager „herangeführt" werden. Der eigentliche Sinn dieser „Diskussionsbereitschaft" liegt jedoch darin, in einer „tabulosen" Diskussion mit dem gesamten rechten Lager die Zeitung als Bezugspunkt für eine breite rechte Sammlungsbewegung auszubauen. Eine Intensivierung der Schulungsarbeit der Redaktionsmannschaft, die mit regelmäßigen Mitarbeitertreffen begann, ist Anfang 1978 mit der Berufung von **Lothar Bossle** als Soziologie-Professor an die Uni Würzburg zu beobachten. Mit Bossle übersiedelte auch das „**Institut für Demokratieforschung**" nach Würzburg. Das „IfD" und „student" sind heute in Würzburg im selben Haus untergebracht.

sionsbereitschaft" liegt jedoch darin, in einer „tabulosen" Diskussion mit

Auf unregelmäßig stattfindenden „Symposien" („wissenschaftliche Fachtagungen") sind regelmäßig jene „student"-Redakteure anwesend, die von den alten „student"-Gründern die Arbeit übernommen haben.

„student" greift „Tabu-Themen" auf

Die politischen Aussagen, die die „student"-Redaktion im Laufe der Jahre zustande brachte, stoßen sowohl bei eingefleischten Nazis als auch bei sich mehr als „national-konservativ" verstehenden Leuten häufig auf großes Interesse. Das Prädikat „unabhängig", das „student" im g e s a m t e n rechten Lager ohne Widerspruch zugeschrieben wird, drückt aus, daß „student" politische „Tabu-Themen" mit einer die CSU/CDU-nahen Kreise berauschenen Offenheit und Konsequenz „anpackt". Einige Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Anläßlich seines 20jährigen Bestehens feierte der österreichische „Ring Freiheitlicher Studenten" 1971 in der Wiener Universität ein Fest. Rolant Timmel (als alter Gesprächspartner des „DSA" schon erwähnt) *„bekannte sich in seinem Referat zum 'angestammten deutschen Volkstum'* " (17) der Österreicher. „Student" bezeichnete die Veranstaltung als „eine eindrucksvolle Gedenkfeier". Im April/Mai 1978 packte „student" das Thema, das lt. „student" *„zu den größten Tabus der Gegenwart"* zählt, erneut an. Zu Felde gezogen wird gegen jene Zeitgenossen, die noch immer in *„masochistischer Selbstzerfleischung"* die „positiven Elemente" der Nazi-Zeit leugnen. Empfohlen wird bei dieser Gelegenheit eine Ausgabe der österreichischen Akademiker-Zeitung „Aula", in der Tars Borodajkewycz, Otto Scrinzi und Fritz Stüber (seit 1978 tot) diese Dinge ausführlicher behandeln. *„Das Märzheft der 'Aula' verdient es, sorgsam gelesen und aufgehoben zu werden"* (19). Dabei stört die „student"-Leute überhaupt nicht, daß ihre Vordenker allesamt Nazi-Dreck am Stecken haben.

B. bekennt sich *„stolz zu seiner NS-Vergangenheit"* (21). Er mußte sich in einem Gerichtsverfahren 1965 den Vorwurf gefallen lassen, *„antisemitisches, antidemokratisches und neonazistisches Gedankengut verbreitet zu haben"* (23). Scrinzi war SA-Sturmführer und „Referent" der „Deutschen Kulturgemeinschaft" sowie Autor in „Deutscher National-Zeitung" und „Deutscher Wochenzeitung" (25). Stüber ist u.a. „Beiratsmitglied" der österreichischen „Deutschen Kulturgemeinschaft" (26).

Die „student"-Redaktion wird natürlich den Vorwurf empört von sich weisen, selbst rechtsradikal zu sein, und sich stattdessen auf eine „Informationspflicht" von Journalisten berufen. Zu den engen personellen Verflechtungen von „student" mit rechtsradikalen österreichischen Kreisen sei noch folgendes hinzugefügt: Im Impressum von „student" 68 (Mai/Juni 1977) erscheint als Grazer Korrespondent **Herwig Nachtmann**, der auch „**Leiter des Aula-Verlages**" ist (28). Als Korrespondent wurde er bis Nr. 84 (Juli 1979) geführt.

Die „Aula" ist eine Zeitschrift der rechtsradikalen „**Arbeitsgemeinschaft der freiheitlichen Akademikerverbände Österreichs**", deren ehemaliger Ehrenvorsitzende jener Roland Timmel war (29), der schon – wie erwähnt – eine „eindrucksvolle" Rede beim österreichischen RFS gehalten hatte und der auch schon Gesprächspartner des „DSA" gewesen war. Die „student"-Beziehungen zu Borodajkewycz, Scrinzi und Stüber sind also nicht nur zufälliger Natur.

Der Wahn von Großdeutschland beschränkt sich keinesfalls nur auf die Wiedereingliederung der „Separatisten" der DDR (30), da werden auch heute noch Teile Polens, der Tschechoslowakei sowie natürlich ganz Österreich beansprucht. Ein besonders brisantes politisches Thema ist für diese Kreise „Südtirol" (Alto Adige), das nach dem 1. Weltkrieg an Italien fiel. Für große Teile des BRD-Rechtsradikalismus ist klar, daß Südtirol eigentlich „deutsch" sein müßte. Auch für den schon erwähnten „student"-Redakteur ist das unbestritten, schreibt er doch in der „Aula" 10/78 in dem Aufsatz „Südtirol – 60 Jahre Fremdherrschaft" über das „d e u t s c h e Südtirol" und seine „Probleme" mit den Italienern. Die Ausführungen zur Rechtslage „Südtirols" sind schon für sich genommen eine Provokation für alle Demokraten. Darüber hinaus wird in „student"-Kreisen auch über bewaffneten Terror diskutiert – beispielhaft an der „Südtirol-Frage". In den 60er Jahren überrollte das nördliche Italien eine Welle von Bombenanschlägen, die eine Loslösung Südtirols von Italien zum Ziel hatte. Anläßlich der Besprechung einer Broschüre über Südtirol in „student" bringt die Zeitung ihr Verhältnis zu faschistischen Bomben unter die Leute: *„Die Situation in Südtirol hat sich seitdem gebessert, nicht zuletzt dank des Aufbegehrens einiger Südtiroler, denen man heute mit der Bezeichnung 'Terroristen' Unrecht tut... Die Südtiroler 'Terroristen' waren Deutschlands einzige Partisanen"* (31).

Mit Sympathie wird auch über das Abmontieren eines „Todesschuß"-Automaten an der DDR-Grenze berichtet (32), ebenso wie über diverse Aktionen des rechtsradikalen Prof. Berthold Rubin: *„eine Hammer- und Meißel-Aktion gegen die Berliner Mauer; im April 1969 eine Demonstration vor dem Spandauer Kriegsverbrechergefängnis zugunsten des inhaftierten Rudolf Heß ..., eine Farbbeutel-Attacke gegen die 'Rosa-Luxemburg-Universität' in Köln und ihre Bewacher am 30. Mai 1968 ..."* (33). Da schreibt **Uwe Sauermann**, von 1974 bis 1976 **Bundesvorsitzender des NHB** (34), eine „unzeitgemäße Bemerkung" als Entgegnung auf einen Kommentar in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" (in dem „Terror" abgelehnt wurde): **„Ein System, das sich seiner selbst und der Kraft der von ihm vertretenen Werte gewiß ist, weiß sehr wohl zwischen 'gutem' und 'schlechtem Terror' zu unterscheiden. Es wird zwischen Buback hier und Scheljepin dort einen scharfen Trennungsstrich ziehen können"** (35).

Nazi-Terroristen bei „student"?

Themen wie „Deutsches Österreich", „Deutschtum in Südtirol" oder „KZ-DDR" belegen beispielhaft einen aggressiven Propagandastil. Die „Enttabuisierung" gewisser Themen und die Berichterstattung über Gewaltaktionen stehen unser Meinung nach im Zusammenhang mit dem zu beobachtenden Anstieg neonazistischer Gewaltaktionen in der BRD. Insbesondere ist hier an die Bombe beim Münchener Oktoberfest zu denken. Allerdings ist zum jetzigen Zeitpunkt „student" ein direkter Einfluß auf rechtsradikale Gewaltaktionen nicht nachzuweisen. Ein Potential von Leuten, das für rechtradikale Gewaltaktionen anfällig scheint, ist aber sicherlich in diesen Kreisen zu finden.

Als Beispiel soll hier **Axel Heinzmann** etwas genauer unter die Lupe genommen werden. Seine Entwicklung spielte sich hauptsächlich im „**Hochschulring Tübinger Studenten**" **(HTS)** ab, dessen Vorsitzender er ist. *„Der Stil des HTS ist militant und aggressiv, das Vokabular entstammt keinem Elfenbeinturm und auch nicht spätfeudalen Erziehungspensionaten für gehobene Töchter. Unser Stil ist der von Franz Joseph Strauß"* (38). Genauso ist auch Heinzmann's Umgang. Im Dezember 1976 trat der Nazi-Chef **Karl-Heinz Hoffmann** mit seiner Schlägertruppe bei einer Heinzmann-Veranstaltung (mit dem Thema „Aggression der Kommunisten im südlichen Afrika") auf. Bei dieser Gelegenheit prügelte die Hoffmann-Bande auf Gegendemonstranten in Tübingen ein. *„Dabei brüllt Heinzmann den Demonstranten zu: 'Bevor ich im Gefängnis lande...würde ich noch zehn von euch umbringen'* " (39).

In das Jahr 1976 fallen einige sehr interessante Begebenheiten, die auf eine „Radikalisierung" Heinzmann's hinweisen. Heinzmann, der seit Mai 1973 (Nr.35) „student"-Autor ist, erscheint bis zum „student" Nr. 60 (Mai/Jun. 1976) mit seinem Namen im Impressum als Redaktionsmitglied. Er wird aber zur gleichen Zeit, ja sogar einen Monat früher, als Kontaktadresse im Impressum des faschistischen „Deutschen Studenten-Anzeiger" des schon anfangs erwähnten Peter Dehoust geführt. In der Okt./Nov.-Ausgabe 1976 von „student" (Nr. 62) fehlt dann plötzlich der Name von Heinzmann, dafür gilt jetzt als Kontakt in Tübingen der gesamte „HTS/JES". Diese Änderung beseitigt „student's" o f f e n e Verbindung zum „DSA" zu diesem Zeitpunkt, obwohl die Kontakte erhalten blieben. Beispielsweise war Heinzmann Ende September 1976 in Coburg noch beim 1. Seminar Südliches Afrika des „Hilfskomitee Südliches Afrika" zu treffen, auf dem auch CSUler wie H.G. Studnitz anwesend waren (41). Sowohl der „DSA" als auch „student" werben in Anzeigen für das „Hilfskomitee...". Im Dezember 1976 hatte Heinzmann dann die ersten öffentlich bekanntgewordenen Kontakte zur Hoffmann-Bande. Der Antifaschistische Arbeitskreis Tübingen berichtete in diesem Zusammenhang, Heinzmann habe seine Kontakte zu Hoffmann 1976 „auf einem Rassistentreffen in Coburg" geknüpft (42). Sollte es sich etwa um Peter Dehoust's „HSA" handeln? Seit Mai/April 1978 (Nr. 75) fehlt der „HTS" im Impressum von „student". Es ist just die „student"-Ausgabe, in der die Fusion zwischen „DSA" und „student" bekanntgegeben wird.

Heinzmanns direktes Engagement in „student" scheint zu diesem Zeitpunkt abgebrochen worden zu sein, obwohl über Organisationen wie dem „**Ostpolitischen Deutschen Studentenverband**" **(ODS)** oder dem „**Studentischen Arbeitskreis Mitteldeutschland / Junge Europa Studenteninitiative (SAM/JES)**, in denen Heinzmann führend tätig ist, sicherlich noch ein Geflecht von Verbindungen zu „student" besteht. Z.B. sind führende ODS-Funktionäre „student"-Autoren.


student

Freiheitliche Zeitschrift für Politik, Kultur und Gesellschaft

Herausgeber

Studentische Aktionsgemeinschaft für Publizistik e. V.

Chefredaktion

Verantwortlich für den Inhalt:
Bruno Bandulet (zur Zeit in Urlaub)
Werner Wolf

Anschrift für beide: 8702 Versbach bei Würzburg, Unterer Heerbergweg 3, Telefon 09 31 / 2 45 24

Geschäftsführend

Wolf R. Scharff, 8 München 23, Hörgelwörther Straße 34/, Telefon 08 11 / 78 23 17

Redaktion

Korrespondenten

Inland

Ohjeh: Wien gehört zur BRD („student", Jan. 1970)

Außer organisatorischen Änderungen gibt es noch etwas anderes zu melden: in Heinzmanns Umgebung sind zwei Leichen aufgetaucht - Leute aus seinem Bekanntenkreis.

Der erste ist ermordet worden. Er war wie Heinzmann Vorstandsmitglied der „SAM/JES" (43) und Mitglied im „ODS" (44). Er war Mitglied im „**Bund Freier Berliner**", in der „**Vereinigung der Opfer des Stalinismus**" und der „**Gesellschaft für Menschenrechte**". Er war ebenfalls wie Heinzmann Autor in „student" (45). Sein Name ist **Bernd Moldenhauer**. Seine Leiche wurde am 16. Juli 1980 in unmittelbarer Nähe des Kirchheimer Dreiecks der Autobahn Frankfurt Kassel gefunden (46). Über Moldenhauer wurde gesagt: „*'Er galt als hitziger Diskutierer und als Aktionist. Am liebsten hätte er mit einer Panzerfaust ein Loch in die Berliner Mauer geschossen', erzählte ein Mann, der ihn gut kannte. 1978 demonstrierte er mit einem Transparent bei den Schwimm-Weltmeisterschaften in Berlin für die Freilassung der politischen Häftlinge in der DDR. Sich selbst bezeichnete der Polit-Aktivist als Menschenrechtler und DDR-Kritiker"*. Diese Zeilen stammen von Claus Burghammer, Redakteur der rechtskatholischen „Deutschen Tagespost". Er versucht in seinem Artikel, gestützt u. a. auf „Denkspiele des Westberliner Staatsschutzes", den Mord an M. mit einem angeblichen Agenten des DDR-Geheimdienstes, Freder, in Verbindung zu bringen.

Burghammer verschweigt in seinem sehr ausführlichen Bericht über die politischen Aktivitäten Moldenhauers j e d e n Hinweis auf Heinzmann, HTS, „student" etc. und hebt einzig seine Tätigkeit als „Menschenrechtler" hervor. Der „HTS" ist übrigens Mitglied der „Gesellschaft für Menschenrechte" (47). Er organisierte im Raum Tübingen Reutlingen die Demonstration gegen den Breschnew-Besuch am 4.5.78. Die Bonner Demonstration lief „unter der Federführung der Gesellschaft für Menschenrechte" (48).

Die Frage ist: Warum versucht die „Deutsche Tagespost" den Mordfall Moldenhauer auf einen Agentenkrieg zu reduzieren?

Zu diesen undurchsichtigen Verwicklungen, die auch Heinzmann berühren, kommt der zweite Fall dazu.

„Im Februar des vergangenen Jahres wurde Heinzmann von der CSU ausgeschlossen" (49) – d.h. im Februar 1979. Warum eigentlich nicht früher? Am Wahlsonntag habe er sich von sich aus *„aus Protest gegen die ,Verleumdungskampagne' der CSU gegen einstige ,DDR-Bürger' öffentlich seinen Austritt"* erklärt. Der „Deutsche Anzeiger" interpretiert: *„In Wirklichkeit ging es um die immer zwingendere Frage, ob SED-Agenten hinter dem Anschlag auf das Oktoberfest und ähnlichen Vorkommnissen stehen könnten"* (50).

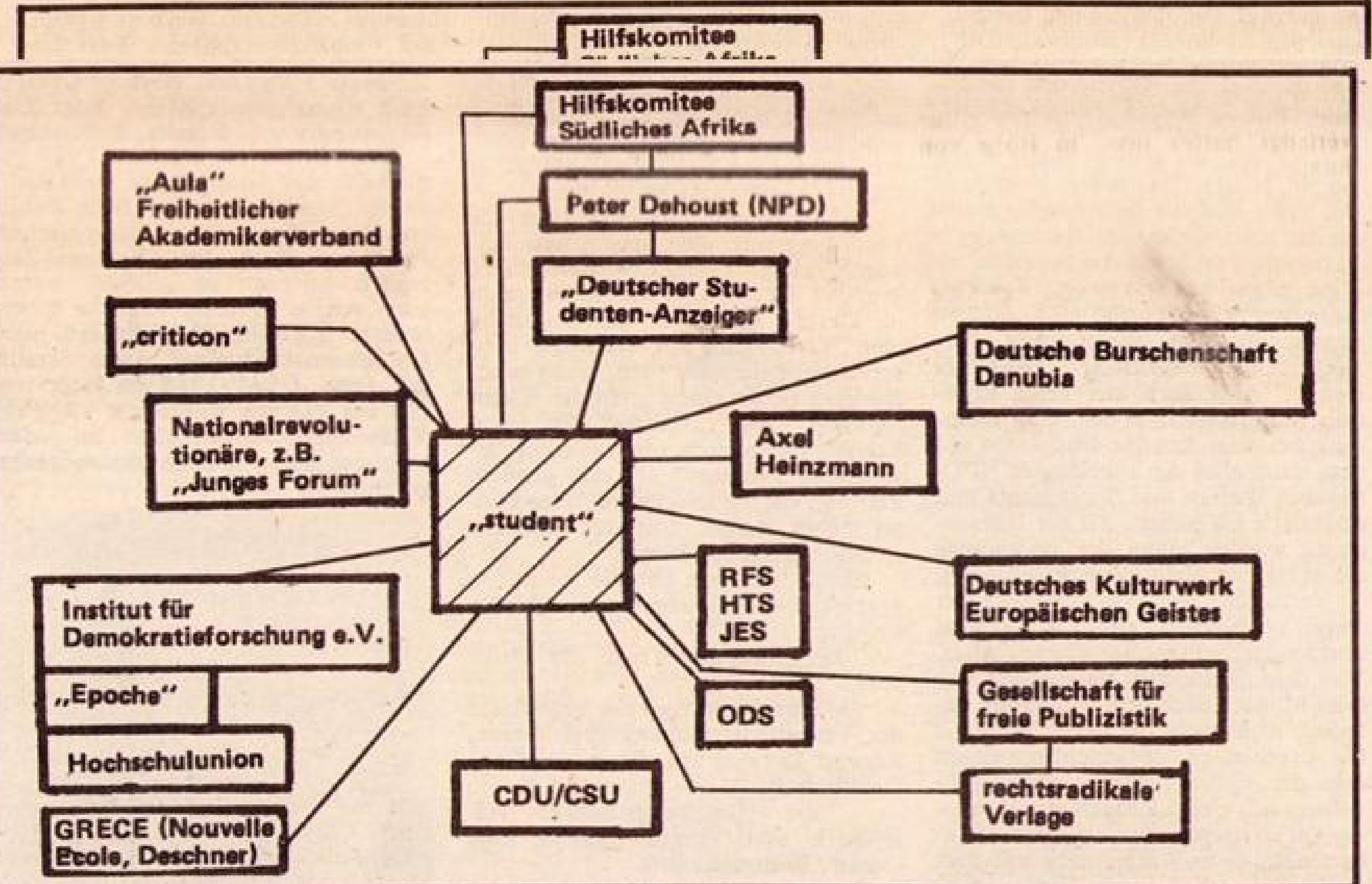
Wahr ist, daß CSU-Kreise nach dem Münchener Attentat massiv versucht haben, „östliche" Geheimdienste und die PLO mit dem Anschlag in Verbindung zu bringen. Die gleichen Mutmaßungen wurden beim Moldenhauer-Mord lanciert (s.o.). Auch die zweite Leiche, „Wehrsportgruppen-Mitglied **Gundolf Köhler**, der beim Attentat in München ums Leben kam, war zu Lebzeiten mit Heinzmann bekannt. Heinzmann meldete sich sofort in der Presse zu Wort und bestritt jede e n g e Verbindung zu Köhler, als klar war, daß Köhler zu den Attentätern gehört hatte.

„student" und sein Umfeld haben es „in sich".

●

es „in sich".

●



(1) Peter Dehoust führte schon seit 1976 in dem von ihm gegründeten „Hilfskomitee Südliches Afrika" CSUler und NPDler zusammen. „student" fördert dieses Unternehmen, indem es Anzeigen des „HSA" veröffentlicht.
(2) vgl. Brüdigam; Elm S. 201
(3) Bamberg, S. 327
(4) Bamberg 1978, S. 333
(5) Elm 1972, S. 211
(6) Bamberg 1978, S. 439 f
(7) Roth, Karl Heinz: Psychologische Kampfführung, Invasionsziel: DDR, Hamburg 1971, S. 160
(8) „tat", 17.10.80
(9) Bartsch, Günther: Revolution von Rechts?, Freiburg 1975, S. 21
(10) ebd., S. 96
(11) ebd., S. 146
(12) Nach dem Tode von Ehrhard übernahm Peter Dehoust „Nation Europa" Jener D. brachte 1978 seine Anteile des „DSA" in „student" ein.
(13) z.B. „student" 51
(14) z.B. „student" 62
(15) „student", Juli 69
(16) vgl. „criticon" 27, Jan./Feb. 1975, S. 26
(17) „student" 19, Mai 1971, S. 8
(19) „student" 75, April/Mai 1978, S.2
(21) Rechtsextremismus in Österreich nach 1945, Wien 1979, S. 124
(23) ebd., S. 124
(25) ebd., S. 189
(26) ebd., S. 141
(28) ebd., S. 184
(29) ebd., S. 137
(30) Orientierung gibt hier offensichtlich die CSU. In dem „Deutschlandpolitischen Grundsatzpapier der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag" vom 23. 2. 1978 heißt es: „Mitteldeutschland ist – da das Deutsche Reich als Rechtspersönlichkeit in Gestalt der Bundesrepublik Deutschland unleugbar weiterexistiert – völkerrechtlich daher als ein Gebiet zu bewerten, das nach dem Willen seiner Machthaber durch Separation vom Gesamtstaat gelöst werden soll".
(31) „student" 79, Okt./Nov. 78, S. 7
(32) „student" 85. Die Aktion wurde von „Jungen Nationaldemokraten" (u.a. Michael Bolle) durchgeführt, die aber im Text als Personen nicht genannt werden.
(33) „student", Nov. 69
(34) „rote blätter", 11/80, S. 41
(35) „student" 68, Mai/Juni 1977, S. 4
(38) „HTS"-Organ „Uni-UHU", 21.3.1977, zitiert nach „rote blätter", 11/80, S.39
(39) „rote blätter" 11/80, S.39
(41) vgl. auch Anm. 1
(42) Antifaschistischer Arbeitskreis Tübingen: „ Faschismus in der BRD", S.43ff
(43) lt. Flugblatt der „SAM/JES" vom 3.8.78
(44) In der Zeitschrift „Signal" („ODS/HTS") Juni 76 wird sein Name als Kontaktadresse angegeben.
(45) „student" 65, Jan. 1977
(46) weitere Informationen sind entnommen der „Deutschen Tagespost", 22./23.8.1980
(47) vgl. z.B. „Blätter für deutsche und internationale Politik" 1/78
(48) „Uni-UHU" des „HTS", 24.4.78
(49) „Deutscher Anzeiger", 17.10.80
(50) ebd.

Statt Recht nur Almosen für NS-Opfer

Noch Ende 1980 erließ die Bundesregierung Richtlinien zur „Wiedergutmachung" für NS-Opfer in „Härtefällen". 400 Millionen DM stehen für etwa 80.000 Menschen zur Verfügung. Solche „Beihilfen" werden geleistet an „jüdische Opfer, die durch nationalsozialistische Gewaltmaßnahmen erhebliche Gesundheitsschäden erlitten haben und sich in einer besonderen Notlage befinden". Eine ähnliche Regelung soll auch für nichtjüdische Opfer des Nazi-Regimes, Sinti, Aussiedler aus „Ostblock"-Staaten und Bürger der DDR, die nach 1969 (Ende der Antragsfrist für Entschädigung) in die BRD kamen, folgen.

Entschädigungen für von den Nazis zwangssterilisierte Menschen werden inzwischen nach dem Allgemeinen Kriegsfolgen-Gesetz geleistet. Diese 400 Millionen DM, die nun einigen Verfolgten endlich zur Verfügung gestellt werden, sollten allerdings nicht über den 35 Jahre währenden Skandal des Bundesentschädigungsgesetzes hinwegtäuschen.

„Die KZler sind in gewisser Hinsicht immer noch im KZ"

Tatsache ist, daß auch heute noch vermutlich tausende von Verfahren anhängig sind — 34 Jahre nach der Befreiung! Tatsache ist auch, daß sehr viele Verfolgte auf alle Ansprüche verzichtet haben, weil sie diesen jahrzehntelangen, sadistisch inszenierten Nervenkrieg nicht ertragen konnten, der alle ohnehin belastenden Erinnerungen ständig wiederbelebte und die NS-Opfer immer von neuem Diskriminierung und Mißachtung ihrer Leiden fühlen ließ. Ein sehr bekannter Forscher auf dem Gebiet der verfolgungsbedingten Spätschäden kommt angesichts dieser Behandlung zu der Aussage: *„Die KZler sind in gewisser Hinsicht noch immer im KZ"* (1).

Im Durchschnitt dauerte ein Bearbeitungsverfahren für Gesundheitsschäden nach einer Untersuchung desselben Forschers (2) vier bis sechs Jahre, in vielen Fällen aber auch 10 bis 15 Jahre, oder, wie im folgenden Beispiel, 20 Jahre! (Das Beispiel von Frau M. zeigt deutlich die ganze Unverfrorenheit westdeutscher Entschädigungsbehörden, deshalb ist es hier ausführlicher dargestellt.) Frau M. lebt seit 1942 in Frankreich und wurde unter der deutschen Besatzung als Jüdin verfolgt. Damals war sie 13 Jahre alt. 1958 reichte sie einen Antrag auf Entschädigung wegen durch die Verfolgung erlittenen Gesundheitsschadens beim Amt für Wiedergutmachung in H. ein. Sie fügte ein Attest ihres Arztes bei. 1963 reagierte die Behörde erstmalig und verlangte ein neues Attest.

Bis 1970 legte Frau M. insgesamt sieben Bescheinigungen bzw. Gutachten vor, die den Zusammenhang ihres Leidens mit der Verfolgung bestätigten, darunter befand sich eines des Vertrauensarztes der deutschen Botschaft in Paris, das eine Minderung der Erwerbsfähigkeit von 30 % von 1942 an bescheinigte. Im Jahre 1970 ließ die Behörde durch zwei Ärzte in H. ein Gutachten nach Aktenlage erstellen, das einen Zusammenhang mit der Verfolgung ablehnte. Wohlgemerkt: diese beiden Ärzte stützten sich in ihrem Befund ausschließlich auf Atteste, die einen Zusammenhang b e s t ä t i g t e n — sie selbst untersuchten Frau M. nicht! 1972, 14 Jahre nach ihrem Antrag, erhielt Frau M. einen ersten Bescheid, der ihr für den vom 1.8.42 bis zum 31.12.45 bestehenden Gesundheitsschaden eine einmalige Entschädigungszahlung zusprach und alle weiteren Ansprüche ablehnte. Begründung: sie habe ab 1947 studiert und das lasse den Schluß zu, daß sie keine nachhaltigen Schäden davongetragen habe; im übrigen seien ihre Krankheiten altersbedingt, sie sei schließlich über 40 Jahre alt.

Gegen diesen Bescheid erhob Frau M. Klage; es folgte eine Untersuchung an einer westdeutschen Universitätsklinik, die Behörde lehnte erneut ab, und **1978 sprach das Gericht schließlich Frau M. eine einmalige Zahlung von DM 1.060,– zu, bürdete ihr aber gleichzeitig alle Kosten für Gutachten, Reisen (die das Gericht selbst verlangt hatte) usw. in Höhe von knapp DM 12.500.– auf.**

Frau M. verzichtete auf einen Widerspruch — und zahlt vermutlich die nächsten Jahre: dafür, daß ihr Antrag verschleppt wurde, und dafür, daß westdeutsche Gerichte einer völlig unzulänglichen Untersuchungsmethode zweier westdeutscher Ärzte mehr Glaubwürdigkeit zubilligen als einer exakten Untersuchung durch sieben französische Ärzte.

Hier stellt sich die Frage, wer die Ärzte sind, die solche Gutachten erstellen, und wer die Richter, die in dieser Weise entscheiden — also Personen, die offiziell von BRD-Behörden mit der Behandlung von „Wiedergutmachungsfällen" beauftragt wurden. Möglich war,

— daß in Universitätsgutachten behauptet wurde, bestimmte Leiden könnten gar nicht verfolgungsbedingt sein, da sie *„'typische Krankheiten der jüdischen Rasse' seien"* (3);

— daß Richter in den Entschädigungskammern Mitglieder der NSDAP gewesen waren, und daß der Verfolgte nicht aus diesem Grund den betreffenden Richter ablehnen konnte (4).

Die Diener des Faschismus befinden über Ansprüche der Opfer des Faschismus!

Bundesentschädigungsgesetz gegen NS-Verfolgte

In allen anderen europäischen Ländern außer in Österreich wurden die Angestellten und Beauftragten der Entschädigungsbehörden genauestens auf ihre Vergangenheit während der deutschen Besatzung überprüft; in keinem Land waren die gesetzlichen Maßstäbe, nach denen z.B. eine Rentenberechtigung zuerkannt wurde, so streng (Ausnahme wieder Österreich). Beispielhaft sei Frankreich genannt: hier bezogen im Jahr 1967 98 % der Deportierten Entschädigungsleistungen, 90 % waren mit einer Erwerbsfähigkeitsminderung von 100 % eingestuft (5).

Die BRD-Gesetzgebung ließ keine Möglichkeit ungenutzt, Entschädigungsleistungen zu versagen: dies beginnt beim Ausschluß großer Gruppen, wie den Schwulen. Dazu kamen nach der ersten Fassung des Bundesentschädigungsgesetzes (BEG) von 1953 alle diejenigen, die ihren Wohnsitz am 1.1.1947 nicht innerhalb der BRD hatten (also alle Polen, Russen, Franzosen usw. — *§ 8*);

- alle sog. Geisteskranken bzw. deren Angehörige;
- alle „Arbeitsscheuen" (als „arbeitsscheu" galten z.B. nach der NS-Terminologie auch Frauen, die wegen ihrer Kinder nicht in den Hitler'schen Rüstungsbetrieben arbeiten wollten);
- alle Prostituierten — sie galten, ebenso wie die sog. Berufsverbrecher, als „unwürdige" Verfolgte;
- alle aus „eugenischen" („erbgesundheitlichen") Gründen Zwangssterilisierten.

Hinzu kamen ungeheuer eng gesetzte Antragsfristen — nach dem Gesetz von 1953 betrug die Frist nicht einmal ein Jahr. Bis auf die Wohnortvoraussetzungen blieben alle anderen Ausschlußgründe in den Gesetzesnovellierungen von 1956 und 1965 unverändert.

Perfekte Koordination von Gesetz ...

Nach dem maßgeblichen Kommentar zur ersten Gesetzesfassung war zu überprüfen, ob nicht durch gewaltsame Widerstandshandlungen gegen den NS-Staat der Anspruch auf Entschädigung verwirkt war: *„Politische Terrorakte verraten keine eines achtbaren Herzens würdige Überzeugung"* (6); von dieser Überprüfung ausdrücklich ausgenommen wurden die Renommierhelden des 20. Juli. Es blieb also eine Bestimmung, die gegen aktive politische Gegner des Faschismus angewandt werden konnte, zusätzlich zu etlichen weiteren Möglichkeiten, insbesondere Kommunisten von Ansprüchen fernzuhalten. Das bekannteste Beispiel ist der § 1,4 BEG, der in beide Novellierungen übernommen wurde, Keinen Anspruch auf Entschädigung hatte, „...

(1) *wer der nationalsozialistischen oder einer anderen Gewaltherrschaft Vorschub geleistet hat; ...*

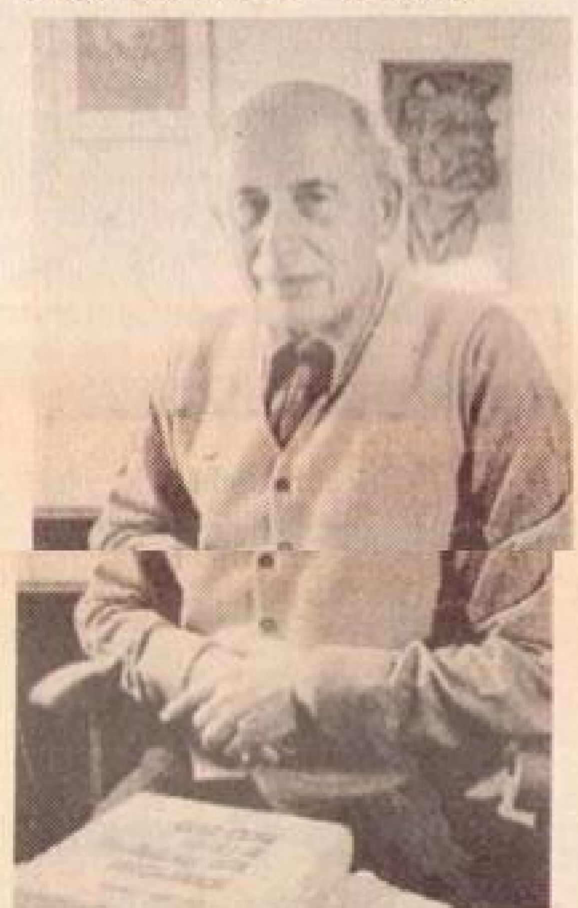
(4) *wer die freiheitliche demokratische Grundordnung bekämpft."*

Wer also vor oder während der Nazi-Zeit für den Kommunismus eingetreten war, hatte nach dem Gesetz von vornherein keinen Anspruch; und alle nach 1945 aktiven Kommunisten durften sich beim Flugblattverteilen nicht erwischen lassen, nicht für die KPD kandidieren usw., wenn sie nicht den Verlust der Rente und/oder die Zurückzahlung von Entschädigungsleistungen riskieren wollten.

In großem Stil kamen die „Wiedergutmachtungs"behörden nach dem KPD-Verbot zum Zuge: ohne irgendwelche Rücksichten auf die persönliche Situation wurden Leistungen gestrichen, so von Leuten, die aufgrund der Verfolgung, der Folterungen usw. völlig arbeitsunfähig waren und kaum andere Renten erhielten (bekanntermaßen wurde die KZ-Haft n i c h t auf die Rentenbeitragszeit angerechnet). In Niedersachsen wurde z.B. pauschal auch allen bekannten VVN-Mitgliedern die Entschädigung entzogen. Teilweise konnten diese Entscheidungen in jahrelangen Prozessen rückgängig gemacht werden — teilweise!



Krankenhilfe für befreite KZ-Häftlinge: „Keiner kam raus, wie er hineingegangen war."



**NS-Verfolgter Schabrod
Pro Haftung einen Fünfer**

... und Gerichten gegen die Verfolgten

Die Gerichte bemühten sich fleißig, den Personenkreis bzw. den Umfang der Leistungen weiter einzuschränken. Dazu einige Beispiele (7):

- Für ein Haus, das in der „Kristallnacht" zerstört worden war, wurde keine Entschädigung gezahlt, da es vermutlich während des Krieges sowieso zerstört worden wäre (Entschädigungskammer München, 16.3.56).
- KZ-Haft wegen „judenfreundlicher" Haltung rechtfertigt keinen Anspruch (Kammergericht Berlin-West, 1.4.53).
- „Hochgradiger Alkoholmißbrauch" schließt das Vorhandensein einer „achtbaren politischen Überzeugung" aus (Wiedergutmachungskammer Stuttgart, 24.5.50).
- Im Ausland aufgewachsene Jugendliche (hier ein 20jähriger Pole) haben nur ausnahmsweise eine „fest fundierte, sittlich gefestigte und bewährte Grundeinstellung" zur NS-Ideologie besessen (Oberlandesgericht München, 12.10.54).

(Anm.: Ansprüche von Widerstandskämpfern gegen die deutsche Besatzung wurden allgemein nicht anerkannt, da ein Kampf aus nationalen Motiven nicht als politische Überzeugung gewertet wurde (8)).

- Haft wegen gleichgültiger oder abwertender Äußerungen über den Krieg (Defätismus) begründet keinen Entschädigungsanspruch (9).
- *„Wegen Hochverrats* (unterm NS — d.V.) *verurteilte Kommunisten sind von der Wiedergutmachung ausgeschlossen"* (Kammergericht Berlin-West, 28.5.54).

A l l e Kommunisten, sofern sie überhaupt ein Gerichtsverfahren bekamen, wurden wegen Hochverrats verurteilt — ungeachtet dessen, was zu ihrer Verhaftung geführt hatte. — Insbesondere aus den letzten drei Urteilen spricht eine derart ungebrochene faschistoide Einstellung einiger Richter, daß es einen grausen kann!

Die Justiz besaß nicht den leisesten Schatten eines Schamgefühls — auch die staatlicherseits allen großen und kleinen Nazis verordnete formale Abkehr vom Nationalsozialismus ließ sie stellenweise ganz vermissen. Sie genierte sich nicht, die unterm Faschismus verurteilten „Straftaten" neu zu verhandeln und ein neues Strafmaß festzusetzen (gemäß § 16 BEG v. 1953). Das bekannteste Beispiel ist der Hamburger Kommunist und Arbeiterführer Fiete Schulz, der im KZ ermordet wurde. Eine Entschädigung wurde dann nur geleistet für die Zeit, die die betreffende Person länger im KZ oder Gefängnis gesessen hatte als nach dem neuen Urteilsspruch.

Dies traf nicht nur politisch Verfolgte: Eine uns bekannte Jüdin wollte 1938 Geld ins Ausland schmuggeln, um sich dort niederlassen und der drohenden Deportation entgehen zu kön-



Schwule fordern Wiedergutmachung (Demo am KZ Neuengamme)

Fortsetzung nächste Seite

Neue Fahndung nach Mengele

Gegen einen der schlimmsten Menschenvernichter des Dritten Reiches, Josef Mengele (70), wurde Mitte Januar 1981 nach fast 22 Jahren ein erneuter, zweiter, Haftbefehl erlassen, dem jetzt Bemühungen folgen sollen, die zur Ausschreibung der internationalen Fahndung führen.

Mengele, der nach 1945 in Lateinamerika frei leben konnte, wurde inzwischen angeblich die Staatsbürgerschaft Paraguays aberkannt. Er war danach als beratender „Arzt" Willi Karp im Foltergefängnis „Libertad" in Uruguay tätig, wie Simon Wiesenthal herausfand.

Mengele, dessen Mordkonto nicht mehr annähernd zu umfassen ist, ist in seiner Funktion als Lagerarzt des Vernichtungslagers Auschwitz von 1943 bis 1945 am Tod tausender Häftlinge schuldig. Zu seiner Zeit trafen in Auschwitz täglich etwa 3.000 Häftlinge ein, von denen 2.250 sofort in den Gastod getrieben wurden; die anderen wurden „zum Überleben selektiert", wie es in den Akten des großen Auschwitz-Prozesses heißt. Durch Zeugen ist heute „nur" noch nachweisbar, daß Mengele 74 Häftlinge von ihrer Ankunft an der Rampe des KZs sofort in die Gaskammern schickte.

Auch unter den Lagerhäftlingen betrieb Mengele die „Aussonderung" weiter, immer mit dem Ziel, die Gaskammern zu füllen oder die Kräftigsten verstärkt zur Arbeit zu pressen — und in vielen Fällen Versuchs-„Material" für „medizinische Forschung" zu erhalten. Das „Lieblingsthema" Mengeles bei seinen Menschenversuchen war die sogenannte „Zwillingsforschung"; „zum Zweck der Selektion und zur Gewinnung lebend-frischen Materials" soll Mengele Versuche mit Fleckfieber-Erregern und Verpflanzung von Knochenmark vorgenommen haben. Versuche des Folterers mit Strom und extremen Röntgenbestrahlungen endeten oft mit schweren Verbrennungen oder dem Tod seiner Opfer.

In den vergangenen Monaten sind zahlreiche Zeugen aus Polen zum Anklagepunkt „Medizinische Versuche" gehört worden. Die Beweiskraft gegen Mengele dürfte allemal ausreichen, ihn entsprechend zu verurteilen. Es ist aber u.a. damit zu rechnen, daß besonders der „deutschstämmige" Teil der Führungs-Cliquen Paraguays (z.B. Präsident Stroessner) und Uruguays, die Mengele früher schon mit Horden von „Leibwächtern" ausstatteten, ihre schützenden Hände auch weiterhin über ihren „Berater" breiten werden.

**Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt**



**Die berüchtigte „Rampe" von Auschwitz.
Hier „selektierte" SS-Arzt Mengele Hunderttausende von Häftlingen in den Tod.
Wer nicht sofort in's Gas geschickt wurde, diente ihm für seine kriminellen „Experimente" als Versuchskaninchen.**

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lerchenstraße 75, 2 Hamburg 50; Fernruf Hamburg 43 53 06 oder 43 53 20; Redaktion Hamburg 43 54 15; V.i.S.d.P.: H. Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 90, halbjährlich DM 48 (als FörderAbo jährlich 140, halbjährlich DM 70; Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 / BLZ 200 100 20 oder Dresdner Bank Hamburg, Konto 4810 68500 / BLZ 200 800 00; Einzelpreis DM 3,-; erscheint 14tägig. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung. Auflage dieser Ausgabe: 7.500.
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

nen; sie wurde verhaftet und zu anderthalb Jahren Zuchthaus verurteilt. Danach kam sie ins KZ Theresienstadt und wurde ermordet. **Da Devisenvergehen auch heute noch strafbar sind, wurde den Angehörigen eine Entschädigung für die Zeit im Zuchthaus verweigert: die Verurteilung sei rechtmäßig gewesen.**

Nicht so für die Mediziner: in der klassischen Psychiatrie herrschte die Auffassung, daß jedes psychische Schockerlebnis, und sei es noch so furchtbar gewesen, nach einiger Zeit abklänge und langfristig folgenlos bliebe. Würde dennoch nach längerer Zeit ein Leiden angegeben, so sei ein ursächlicher Zusammenhang mit dem Erlebnis nicht gegeben und die Gründe



Sinti und Roma fordern Wiedergutmachung auf einer Gedenkkundgebung im ehemaligen KZ Bergen-Belsen am 27.10.79.

Keine Gruppe von Verfolgten entging dieser ,,Behandlung" durch die Behörden; es konnten nur diejenigen von Glück sagen, deren Staaten die Entschädigung selbst regelten, egal ob sie pauschale Abfindungssummen (wie Israel) oder gar nichts erhielten (wie Polen und die UdSSR).

Rolle der Ärzte

Ein besonderes Kapitel ist die Tätigkeit der Ärzte, deren befürwortendes Gutachten Voraussetzung für eine Rentenzahlung wegen Gesundheitsschadens war. Neben den durch Hunger, Mißhandlungen, Infektionen usw. hervorgerufenen chronischen körperlichen Schädigungen wiesen sehr viele Verfolgte chronische psychische Schäden auf: Ängste, Depressionen, Apathie, eine Unfähigkeit, neue soziale Beziehungen aufzubauen — Leiden, die sich aus der Kenntnis des Lebens im KZ leicht erklären lassen.

dafür seien entweder in der ,,Erbanlage" des Betreffenden zu suchen oder in seinen frühen Kindheitserlebnissen, oder aber er/sie wolle einfach nicht mehr arbeiten und beanspruche deshalb Rente.

Auf die Verfolgten angewandt wurde daraus: Sie sind entweder Simulanten, oder aber alle Menschen, die in den Nazi-KZs gesessen hatten oder sonstwie verfolgt waren, hatten schwerwiegende psychische Schäden schon vor Beginn ihrer Haft. Eine solche Darstellung erscheint jedem vernünftigen Menschen absurd (wurde übrigens auch schon zu Beginn der 50er Jahre in Norwegen und Dänemark eindeutig widerlegt), aber dies war, und ist wohl z.T. heute noch, die Argumentation der Psychiatrie (11).

Die Ärzte gingen daran und versuchten, im Einzelfall irgendwelche neurotischen Symptome im Leben vor der Verfolgung herauszufieseln. Wo ihnen das nicht gelang, beriefen sie sich auf die medizinische Lehrmeinung. Oder die Belastung im KZ war ihrer Darstellung nach der Auslöser einer bis dahin versteckten Krankheit gewesen, und bei ,,auslösender Wirkung" wurde die Bedeutung der Verfolgung und damit die Rente sehr viel niedriger angesetzt (12).

Ein spezieller Trick ist die Festsetzung der Höhe der Rente nach dem Grad der Erwerbsfähigkeitsminderung (MdE) — getreu nach dem kapitalistischen Menschenbild. Einleuchtenderweise wurden psychische Schäden, sofern überhaupt als verfolgungsbedingt anerkannt, in ihrer Auswirkung auf die Arbeitsfähigkeit gering erachtet, ebenso wie beispielsweise der Verlust von Geschlechtsorganen (MdE bei Männern: 10 %) (13). Erst bei einer MdE von mindestens 25 % wurde überhaupt eine Rente gezahlt! Bei einer MdE von 100 %, also völliger Arbeitsunfähigkeit, bekam der/die Verfolgte bis 1960 den stolzen Betrag von DM 200.— monatlich (§ 168 BEG 1956); ab 1960 wurden die Renten dynamisiert.

Viele Ärzte sahen offenbar eine Aufgabe darin, den Prozentsatz der verfolgungsbedingten MdE unter 25 zu drücken; eine exakte Angabe ist kaum möglich, zumal das BEG die Berücksichtigung einer Reihe von Faktoren vorsah, die kein Gutachter so übersehen konnte — etwa die Arbeitsmarktlage, die Arbeitsplatzbeschaffenheit usw. Trotzdem ist uns ein Fall bekannt, in dem der Verfolgte mit 24,5 % eingestuft wurde; in einem anderen Fall machte der Gutachter eine Angabe von 23,5 % (14) — hier kann man nur noch böse Absicht unterstellen!

Auch in einem Beispiel wie dem folgenden springt einem die ungeheure Menschenverachtung von Vertretern der Entschädigungsmedizin ins Auge: Einem jüdischen Verfolgten waren durch Sterilisierungsversuche mit Röntgenstrahlen große Verbrennungsstellen an den Hoden und am Oberschenkel zugefügt worden. Durch das Jucken und die Blasenbildung wurde er in seiner sitzenden Tätigkeit stark behindert; außerdem bestand die Gefahr der Entstehung von Krebs. **Der begutachtende westdeutsche Arzt erklärte den Schaden zum Schönheitsfehler und lehnte eine Entschädigung ab!** Der amerikanische Gutachter, der diesen Fall schildert, sagt dazu: ,,Ich könnte Dutzende ähnlicher Fälle aufzählen" (15).

Diese Art von Begutachtung ist ausschließlich von westdeutschen Ärzten praktiziert worden, und sie haben dafür jede Menge Kritik ausländischer Experten geerntet. Schon ab 1950 lagen in Dänemark und Norwegen großangelegte Untersuchungen über die Spätfolgen von KZ-Haft und Verfolgung vor, dann in Frankreich, den Niederlanden und der CSSR; ab 1956 folgten Ergebnisse von Gutachtern in der BRD selbst. Auch sie widerlegten eine Reihe von medizinischen Meinungen, auch sie übten massive Kritik an ihren Kollegen Amtsärzten und Behördengutachtern — ohne viel Erfolg zu haben.

Heute werden gesundheitliche Schäden von Ärzten und Behörden als altersbedingt abgetan — daß in den heute noch zur Entscheidung stehenden Fällen die Ursachen genauer nicht mehr zu ermitteln sind, ist einzig Folge einer gezielten Verschleppungstaktik.

Sie paßt ins Bild des gesamten ,,Wiedergutmachungsvorhabens", sie paßt ins Bild der BRD, die von Anfang an nicht auf eine tatsächliche Bewältigung des NS-,,Erbes" angelegt war.

Anmerkungen

1. Matussek, Paul: „Die Konzentrationslagerhaft als Belastungssituation". In: Der Nervenarzt, 32. Jg. S. 542.
2. ders.: „Die Konzentrationslagerhaft und ihre Folgen", 1971, S. 70.
3. Brost, U.: ‚Zur Praxis der Wiedergutmachung". In: Herberg: Die Beurteilung von Gesundheitsschäden nach Gefangenschaft und Verfolgung. 1967, S. 74.
4. Bundesdeutsche Rechtsprechung nach Blessin-Giessler: „Bundesentschädigungsschlußgesetz". Nachtrag 1969, S. 113
5. Ellenbogen, R.: „Die Beurteilung der Folgen von Internierung und Deportation in Frankreich". In: s. Anm. 3, S. 43.
6. Blessin-Wilden: „Bundesentschädigungsgesetze" — Kommentar. 1954, S. 85.
7. Neue Juristische Wochenschrift/Fundhefte, Wiedergutmachtungsrecht 1945 - 1956.
8. van Dam-Loos: „Bundesentschädigungsgesetz" — Kommentar 1957, S. 56.
9. s. Anm. 6, S. 84
10. s. z.B.: „Die Neurose — ihre versorgungsrechtliche und sozialmedizinische Beurteilung". Hersg. v. Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung.
11. Baeyer, W.v., u.a.: „Psychiatrie der Verfolgten", 1964, S. 23ff
12. Eine Menge derartige Fälle bei: Ammermüller-Wilden: „Gesundheitliche Schäden in der Wiedergutmachung", 1953
13. „Anhaltspunkte für die ärztliche Gutachtertätigkeit im Versorgungswesen", Hrsg. vom Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung 1958.
14. Schüler, A.: „MdE: 23,5 v.H.". In: Rechtsprechung zum Widergutmachungsrecht, 19. Jg., Heft 1.
15. Kisch, B. „Anlagebedingte Erkrankungen". In: Die medizinische Welt, Nr. 36, S. 1898 f.

Woran wir uns nie gewöhnen dürfen

Wie hierzulande alter und neuer Faschismus »verarbeitet« wird

I.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß hohe Gewerkschaftsführer bei allerlei feierlichen Anläßen betonen, die Gewerkschaften seien der kämpferische Garant für Demokratie und Freiheit. Das sind sie nämlich nur, wenn ihre Mitglieder sich empört und massenhaft gegen die Politik solcher Gewerkschaftsführer wenden, die — wenn auch zunächst noch mit kritischen Randbemerkungen — den Pakt

TÖB-DER! Die Folterknechte selber sind ehrlicher als der westdeutsche Gewerkschaftsboss — sie ,,differenzieren" nicht: *,,Wir sind Befehlsempfänger. Wir stehen unter dem Befehl des Militärs. Die Militärs sagen uns: ,schlagen', und wir schlagen, ,zerbrechen', und wir zerbrechen"* — so die Polizeibeamten, die die Demokraten verhaften (3). Im Keller des Polizeipräsidiums von Ankara leitet ein Oberst (Regimentskommandeur) die schreckliche Elektrofolter im eiser-

(58) weiterzuführen. Und Schmidts Verteidigung nutzt die Gunst der Gerichtsentscheidung, indem sie flugs beantragt, nunmehr den von seinem Prozeß befreiten Czerwinski als Zeugen dafür zu hören, *,,daß Herr Schmidt die ihm zur Last gelegten Taten nicht begangen hat"*. Die Meinung, nach so vielen Jahren habe eine Verfolgung der Naziverbrechen doch keinen Sinn mehr, ist ja bekanntlich bis in die Reihen der Linken vertreten. Die das behaupten, haben die eigent-

dieser ,,Behandlung" durch die Behörden; es konnten nur diejenigen von Glück sagen, deren Staaten die Entschädigung selbst regelten, egal ob sie pauschale Abfindungssummen (wie Israel) oder gar nichts erhielten (wie Polen und die UdSSR).

Rolle der Ärzte

Ein besonderes Kapitel ist die Tätigkeit der Ärzte, deren befürwortendes Gutachten Voraussetzung für eine Rentenzahlung wegen Gesundheitsschadens war. Neben den durch Hunger, Mißhandlungen, Infektionen usw. hervorgerufenen chronischen körperlichen Schädigungen wiesen sehr viele Verfolgte chronische psychische Schäden auf: Ängste, Depressionen, Apathie, eine Unfähigkeit, neue soziale Beziehungen aufzubauen — Leiden, die sich aus der Kenntnis des Lebens im KZ leicht erklären lassen.

ge" des Betreffenden zu suchen oder in seinen frühen Kindheitserlebnissen, oder aber er/sie wolle einfach nicht mehr arbeiten und beanspruche deshalb Rente.

Auf die Verfolgten angewandt wurde daraus: Sie sind entweder Simulanten, oder aber alle Menschen, die in den Nazi-KZs gesessen hatten oder sonstwie verfolgt waren, hatten schwerwiegende psychische Schäden schon vor Beginn ihrer Haft. Eine solche Darstellung erscheint jedem vernünftigen Menschen absurd (wurde übrigens auch schon zu Beginn der 50er Jahre in Norwegen und Dänemark eindeutig widerlegt), aber dies war, und ist wohl z.T. heute noch, die Argumentation der Psychiatrie (11).

Die Ärzte gingen daran und versuchten, im Einzelfall irgendwelche neurotischen Symptome im Leben vor der Verfolgung herauszufieseln. Wo

Woran wir uns nie gewöhnen dürfen

Wie hierzulande alter und neuer Faschismus »verarbeitet« wird

I.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß hohe Gewerkschaftsführer bei allerlei feierlichen Anläßen betonen, die Gewerkschaften seien der kämpferische Garant für Demokratie und Freiheit. Das sind sie nämlich nur, wenn ihre Mitglieder sich empört und massenhaft gegen die Politik solcher Gewerkschaftsführer wenden, die — wenn auch zunächst noch mit kritischen Randbemerkungen — den Pakt mit dem Teufel suchen. So z. B. ÖTV-Chef Heinz Klunker, der gerade frisch aus der Türkei zurückgekehrt ist, in der nach seinen Worten der *,,offene Terror auf den Straßen wieder ausbrechen würde, falls sich die Militärs ohne politisch-parlamentarische Vorbereitungen plötzlich wieder von der Macht zurückzögen"* (1).

Zwar berichtet der dicke Herr auch von Menschenrechtsverletzungen, aber die militärische Führung habe solche Dinge mehrfach bedauert. *,,Ob die Führung aktiv genug gegen Übergriffe und Menschenrechtsverletzungen vorgehe, könne nicht gesagt werden"* (1). Klunker, der den faschistischen Terror der Junta, zigtausendfache Inhaftierung fortschrittlicher Menschen, Folter und Mord in Gefängnissen, Militärkasernen und Polizeistationen als ,,Übergriffe" charakterisiert und das ,,Bedauern" der Verantwortlichen dafür hervorhebt, wünscht sich hierzulande eine *,,differenzierte Beurteilung"* der Junta. Die Diktatoren in der Türkei können sich freuen: In ihren Augen eignet sich sicherlich niemand besser als ein deutscher Gewerkschaftsboss, um die Propaganda von ihrer Absicht, wieder zur Demokratie zurückkehren zu wollen, im Ausland zu verbreiten. Weil Klunker ihnen diese Absicht so gerne abnimmt, meint er auch: *,,Vergleiche mit anderen Putschisten in der Welt, etwa in Südamerika, sind daher fahrlässig"* (1). Sicherlich würde er Vergleiche mit Gewerkschaftsführern, die noch 1933 lieber die Macht der Ordnung anbeteten, als den Widerstand gegen die Nazis zu organisieren, auch als ,,fahrlässig" bezeichnen. Eine schwedische Gewerkschaftskommission berichtete, *,,physische und psychische Folter gegenüber Gewerkschaftern seien in Istanbul an der Tagesordnung"* (2). Ist das nicht ,,fahrlässig", Herr Klunker? Und zu welch' ,,fahrlässigen" Einschätzungen mögen erst die zahlreichen Mitglieder der ,,Türkischen Union der Architekten und Ingenieure" neigen, die in der politischen Abteilung des Polizeipräsidiums in Ankara und anschließend im berüchtigten Militärgefängnis MAMAK auf das Grausamste gefoltert werden, so wie ihre Kollegen von der verbotenen Lehrergewerkschaft TÖB-DER! Die Folterknechte selber sind ehrlicher als der westdeutsche Gewerkschaftsboss — sie ,,differenzieren" nicht: *,,Wir sind Befehlsempfänger. Wir stehen unter dem Befehl des Militärs. Die Militärs sagen uns: ,schlagen', und wir schlagen, ,zerbrechen', und wir zerbrechen"* — so die Polizeibeamten, die die Demokraten verhaften (3). Im Keller des Polizeipräsidiums von Ankara leitet ein Oberst (Regimentskommandeur) die schreckliche Elektrofolter im eisernen Käfig, und ein Klunker kann nicht sagen, *,,ob die Führung aktiv genug gegen Menschenrechtsverletzungen vorgehe"*. Ein Militärgericht hat am 20. Januar Haftbefehle gegen 223 linke Gewerkschafter erlassen, da war Klunker gerade fünf Tage wieder hier (4). Möchte er vielleicht wieder ,,differenzieren"? — Schließlich waren es ja linke Gewerkschafter ... Übrigens: Das Foltergefängnis MAMAK, das von allen Delegationen aus der BRD oder des Europarats nicht besucht wurde, liegt ganz in der Nähe der erstklassigen Hotels, in denen diese Delegationen zu wohnen pflegen. Wo hat Klunker bloß seine drei Tage verbracht ...?

II.

Wir dürfen uns nie daran gewöhnen, daß Nazi-Verbrecher, die heute, mehr als 35 Jahre nach ihren Verbrechen, vor Gericht stehen, meist sehr krank und gebrechlich wirken. So gebrechlich, daß immer wieder Verfahren eingestellt werden. So gebrechlich, wie der Hitler-Stellvertreter Rudolf Hess schon 1946 im Nürnberger Kriegsverbrecher-Prozeß erschien, als er sein Gedächtnis verlor und es erst wiederfand, als es ihm opportun erschien. Am 22. Januar war es wieder mal so weit: Der 6. Frankfurter Auschwitz-Prozeß kann nach dreieinhalb Jahren Verhandlungsdauer nur noch gegen einen Angeklagten fortgesetzt werden; das Verfahren gegen den an ,,Herzrhythmusstörungen" erkrankten ehemaligen SS-Unterscharführer Horst Czerwinski (58) wird (vorläufig?) eingestellt. Zwar habe sich der Gesundheitszustand nach Auskunft der Ärzte gebessert, aber eben nicht schnell genug, so daß die vom Gesetz erlaubte Unterbrechungsfrist für das Verfahren abgelaufen ist. Wie man so ein Timing hinkriegt, läßt sich in der BRD-Justizgeschichte genau studieren, denn da gibt es stapelweise solche Fälle. Und es gibt selbstverständlich genügend Rechts-Anwälte, die sich mit dieser Fristenregelung und beteiligten medizinischen Sachverständigen bestens auskennen. Immerhin entschloß sich das Gericht — entgegen dem Antrag der Rechtsverteidiger — das Verfahren gegen den übriggebliebenen SS-Unterscharführer Josef Schmidt (58) weiterzuführen. Und Schmidts Verteidigung nutzt die Gunst der Gerichtsentscheidung, indem sie flugs beantragt, nunmehr den von seinem Prozeß befreiten Czerwinski als Zeugen dafür zu hören, *,,daß Herr Schmidt die ihm zur Last gelegten Taten nicht begangen hat"*. Die Meinung, nach so vielen Jahren habe eine Verfolgung der Naziverbrechen doch keinen Sinn mehr, ist ja bekanntlich bis in die Reihen der Linken vertreten. Die das behaupten, haben die eigentlich schon mal einen solchen Prozeß verfolgt? Haben die eigentlich schon mal einen SS-Mann Schmidt sagen hören: Wenn im Auschwitz-Lager Lagischa geschlagen wurde, dann nur, *,,um Ordnung zu schaffen"*? (5). Haben sie schon mal die Anwälte bei ihrer Arbeit beobachtet, die dies als ,,Wahrheit" durchsetzen wollen?

III.

Woran wir uns nie gewöhnen dürfen, sind Nachrichten wie die folgende aus Düsseldorf: *,,Von einem Polizisten erschossen wurde in der Düsseldorfer Innenstadt der 32jährige Strafgefangene Wilfried Köhler, der von seinem Hafturlaub nicht rechtzeitig zurückgekehrt war"* (6). Nachbarn des Erschossenen sagten, daß Köhler nach dem weihnachtlichen Hafturlaub nicht wieder ins Gefängnis ging, weil seine Frau, die an multipler Sklerose leidet, so schwer gestürzt war, daß sie der ununterbrochenen Pflege ihres Mannes bedurfte. Den Polizisten, die ihn festnehmen sollten, drohte er, daß er sich selbst umbringen werde, wobei er sich ein Messer an den Hals setzte. Die fleißigen Beamten versuchten ihn mit Hilfe der ,,Chemischen Keule" zu ,,entwaffnen", was jedoch mißlang. Während einer dann loslief, um Verstärkung zu holen, blockierte der andere die Wohnungstür mit einem Schrubber. Es gelang Köhler trotzdem, aus dem Haus zu laufen. Auf dem Hof traf er jedoch auf den anderen Polizisten, der seine Pistole beidhändig vor der Brust hielt und den auf ihn zulaufenden Köhler aus zwei Meter Entfernung erschoß. Ob gegen den pflichtbewußten Beamten Haftbefehl erlassen wird, ist noch nicht entschieden. Es ist nicht nur der Todesschuß, dem meine Empörung gilt, sondern die widerliche Art und Weise, wie hier die Auseinandersetzung seitens der Polizisten eskaliert wurde, wie hier im ,,Nahkampf", ohne wenn und aber, eine sinnlose Vorschrift durchgesetzt werden sollte, als ob es für diesen Staat eine Rolle spielt, ob ein kleiner Dieb ein paar Tage früher oder später wieder einfährt. Für Wilfried Köhler und seine Frau spielte es aber eine große Rolle.

Fortsetzung nächste Seite

Hamburg:
Wieder Freispruch in NS-Prozeß

Am 6.2.81 sprach das Hamburger Landgericht nach viereinhalbmonatiger Hauptverhandlung den ehemaligen SS-Hauptsturmführer und Leiter der SD-Außenstelle Kielce (Polen) Karl Eßig (72) frei.
,,Widersprüchliche Zeugenaussagen führten zu dem Freispruch. Außerdem betonte das Gericht, nach fast 40 Jahren könne man nicht mehr alle Vorgänge richtig durchschauen. Trotz des Urteils nach 25 Verhandlungstagen sei aber nicht auszuschließen, daß Eßig die Tat doch begangen haben könnte" (,,Hamburger Morgenpost, 7.2.81).

In dem NS-Verfahren vor dem Hamburger Schwurgericht wurde der einstige Leiter der Kds-SD-Außenstelle Kielce beschuldigt, im Juli 1943 einen polnischen Häftling unter dem Zuruf: ,,Du Bandit, Du Schwein", mit einer Pistole erschossen zu haben, als dieser nach vorangegangenen Mißhandlungen durch den SD ihm gegenüber nicht die geforderte ,,Hab-acht!"-Stellung eingenommen habe. Eßig bestritt die Tat.

Der angeklagte einstige SS-Hauptsturmführer (mit der niedrigen SS-Mitgliedsnummer 1705) gehörte bereits 1929 Hitlers Schutz-Staffel an, arbeitete 1933 - 39 im SS-Hauptamt (Zentralkartei) und wurde danach im Range eines SS-Hauptsturmführers als Ausbilder an der SS-Grenzpolizeistelle Pretsch beschäftigt. 1942 wurde er zum KdS/SD in Radom versetzt. Nach Vervollständigung seiner ,,Ausbildung" wurde er als Leiter der Außenstelle Kielce eingesetzt.

Die Beteiligung des Angeklagten an der Ermordung jüdischer Menschen in Kielce — die jüdische Bevölkerung des dortigen Gebietes wurde nahezu vollständig von den deutschen Faschisten ausgerottet — war schon einmal, im Jahre 1969, Gegenstand eines NS-Verfahrens vor einem Schwurgericht in Darmstadt, in dem sich Eßig, zusammen mit weiteren Beteiligten, wegen der Erhängung von vier Juden im Sommer 1944 in einem Zwangsarbeitslager bei Kielce verantworten mußte. Eßig war beschuldigt, dieses Verbrechen befohlen und die Durchführung geleitet zu haben. Vor dem Darmstädter Schwurgericht erreichte Eßig schon damals einen Freispruch, weil eine Tatbeteiligung ihm angeblich nicht nachzuweisen war (zit. nach ,,Statistik über NS-Prozesse 10/80).

Durch diesen Freispurch wird erneut deutlich, welchen Schutz NS-Verbrecher durch die westdeutsche Justiz genießen: *,,Für die westdeutsche Justiz ist es nicht wesentlich, daß der Angeklagte Chef einer Organisation war, deren Kriminalität erwiesen ist. Man verlangt ihm, dem Chef dieser kriminellen Organisation, nicht den Beweis ab, daß er sich persönlich diesen Verbrechen widersetzte. Nein, im Gegenteil bleibt es der Anklage überlassen, die subjektive Schuld des Angeklagten zu beweisen. Das jedoch ist fast unmöglich, denn die Nazi-Polizisten haben oft mit Erfolg versucht, die dokumentarischen Beweise ihrer Verbrechen verschwinden zu lassen..."* (Beate Klarsfeld in der Broschüre über eine Podiumsdiskussion zum Thema: ,,Sollen Nazi-Verbrecher begnadigt werden?").

Als 1968 (!) bei der Staatanwaltschaft Hamburg ein Ermittlungsverfahren gegen Eßig eröffnet wurde, wurden polnische Augenzeugen der Verbrechen des einstigen SD-Außenstellenleiters gehört. Das ,,Bulletin" der ehemaligen Auschwitzhäftlinge, Warschau, berichtete darüber in seiner Ausgabe 10/72: *,,Bei der Bezirkskommission zur Untersuchung der Hitlerverbrechen in Kielce meldete sich der ehemalige Häftling des KL Auschwitz, Kam. Zbigniew Marcinkowski, um seine Aussagen im Fall des ehemaligen Chefs der Sicherheitspolizei und des SD in Kielce, SS-Hauptsturmführers Karl Eßig, abzulegen. Kam. Zbigniew Macinkowski ist der Augenzeuge, der von Eßig auf den Straßen von Kielce an der Zivilbevölkerung begangenen Mordtaten. Unter anderem tötete er durch Schüsse aus dem fahrenden Kraftwagen die 18jährige Marta Wacarz, ..."*.

Woran wir uns nie gewöhnen dürfen

Fortsetzung von vorheriger Seite

IV.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß von der Regierung in Presse und Rundfunk des öfteren verschärfte Maßnahmen gegen den Neofaschismus in der Bundesrepublik angekündigt werden, die nicht realisiert werden. Bei näherem Hinsehen entpuppt sich so manche geharnischte Zeitungsüberschrift („Maßnahmen gegen Neonazismus") als öffentlich geäußerter G e d a n k e eines Regierungsmitglieds oder gar nur als eine Forderung eines Abgeordneten, die gleich als Meinung der ganzen Partei hochstilisiert wird. Die Taten lassen auf sich warten. Auf die Idee eines Vergleichs mit der Geschwindigkeit der Verabschiedung von „Anti-Terror-Gesetzen", die den Staat gegen angeblich bedrohliche Angriffe von links „schützen" sollen, können nur Leute aus dem linken Sympathisantensumpf kommen, die sich im antifaschistischen Gewande tarnen. Taten, das wären beispielsweise antifaschistische Gesetze, die von Staatsanwaltschaften und Gerichten auch a n g e w e n d e t werden. Nun ist es aber so, daß bei allerlei „Sitzungen" und „Konferenzen" des „Innenausschusses" und des „Rechtsausschusses" nicht viel mehr rauskommt als das, was Staatssekretär Hans de With mit der dümmlichen Bemerkung zusammenfaßte: „*Die seit Jahren zu beobachtende Agitation* (der Neonazis, d. Verf.) *hat offenbar in zunehmendem Maße den Übergang zur kriminellen Aktion zur Folge*" (7). Und die Bundesanwaltschaft gibt zum Jahreswechsel (also eine Woche, nachdem ein Faschist bei der deutsch-schweizerischen Grenze zwei Beamte niedergeknallt hatte und nur drei Monate nach dem blutigen „Oktoberfest") der Presse die Ansicht kund, in der Bundesrepublik sei „*gegenwärtig keine terroristische Vereinigung mit rechtsextremistischer Zielsetzung erkennbar*" (8).

In einer Zeit, wo Neonazis allerorten in der BRD öffentlich die Judenvernichtung leugnen, kommen auch hohe Regierungsvertreter ins Schwätzen darüber, daß es ein rechtlicher Mißstand ist, daß bisher — mehr als 35 Jahre nach Ende der Naziherrschaft —

Mißstand ist, daß bisher — mehr als 35 Jahre nach Ende der Naziherrschaft —

solche Hetze nur auf Antrag p e r s ö n l i c h betroffener Personen, also etwa von Verwandten ermordeter Juden, gerichtlich verfolgt werden kann. So ein „geltendes Recht" kann sich nur ein Gesellschaftssystem leisten, das sich bewußt ist, daß es von diesen direkt betroffenen Personen nur noch wenige gibt.

Im Mai letzten Jahres hat zum Beispiel das Landgericht Hannover entschieden, „*daß die Behauptungen des Angeklagten in Flugblättern und Broschüren, ‚nicht ein einziger Jude'* sei in den Gaskammern ermordet worden, noch nicht den Tatbestand der Volksverhetzung (§ *130*) „*erfülle*" (7). Wie tröstlich, daß von der SPD hier „*die Einführung einer selbständigen Strafvorschrift erwogen*" wird (de With), aber leider ist da wieder mal die FDP in ihrer „Bremserrolle", die nach wie vor Bedenken äußert ...

Wie schön paßt den Diskutierenden da die Erfolgsmeldung in den Kram, daß die Zahl der Besucher der Gedenkstätte KZ-Dachau im Jahr 1980 die Rekordhöhe von 800.000 erreichte. Sie sollten allerdings a u c h zur Kenntnis nehmen, daß es in der Mehrzahl A u s l ä n d e r sind, die sich für dieses Stück deutscher Geschichte interessieren (9). Was diese ausländischen Besucher allerdings wohl nicht erfahren: daß in dem „liberalen Rechtsstaat", den sie gerade besuchen, der als „Henker von Buchenwald" berüchtigte ehemalige SS-Hauptscharführer Martin Sommer kraft Gnadenerweis schon seit 1973 aus dem Knast entlassen ist. Der wegen 25fachen Mordes zu lebenslanger Haftstrafe verurteilte Sommer lebt heute als ganz normaler 66jähriger Pensionär in einem offenen diakonischen Pflegeheim und es ist wohl nicht ganz unbegründet, daß diese Tatsache erst acht Jahre nach seiner Haftentlassung und nur durch die Aufmerksamkeit von Journalisten bekannt geworden ist (10).

V.

Wir dürfen uns nie daran gewöhnen, wie hierzulande mit dem Gedenken an die Opfer des Nazi-Faschismus umgesprungen wird. Da gibt es eine Unzahl von politisch Verantwortlichen von den untersten bis in die höchsten Stellen der Administration, die fleißigst bemüht sind, die deutsche Geschichte zu-recht zu biegen. Nehmen wir — nach einem kurzen Blick in deutsche Lande — zufällig den Ort Rudersberg bei Stuttgart ins Auge: Dort hatten die Nazis ein „Erziehungslager" für Frauen eingerichtet, in dem die Gefangen en mißhandelt und gequält wurden und das für viele Frauen die letzte Station vor den Vernichtungslagern von Auschwitz und Ravensbrück war. Der Vorschlag des SPD-Ortsvorsitzenden, auf einem öffentlichen Platz eine Gedenktafel zur Erinnerung an das Frauenlager aufzustellen, führte zu großer Empörung im „konservativen" Lager („Freie Wähler", CDU); auf einer Bürgerversammlung zu dem Thema beherrschten Äußerungen die Szene wie folgende: Man wolle mit diesem „*Schandfleck*" nichts mehr zu tun haben; die Frauen seien „*ohnehin arbeitsscheu*" gewesen und dergleichen mehr. Die Aufstellung der Gedenktafel wurde mehrheitlich abgelehnt. Erwähnenswert ist vielleicht noch, daß der Kommandant des Lagers seit 1955 bis zu seinem Tode vor zwei Jahren ungestört in Rudersberg gewohnt hat (11). Es sage nun keiner: „*Na ja, die finstere Provinz*", sondern mache sich auf die Suche nach Mahnmalen gegen den Nazifaschismus in den Großstädten ...

Ein zweiter zufälliger Blick ins deutsche Land fällt nach Schorndorf im Schwäbischen. Dort wirkt Oberbürgermeister Bayler, ein Jurist in den Sechzigern, und zwar in der Weise, daß er eine vom Stadtjugendring beantragte Auschwitz-Ausstellung auf keinen Fall in seinem Rathaus stattfinden lassen will. Aus dem Kreise einer „Vor-Besichtigungskommission" (CDU, „Freie Wähler", FDP) verlautete, es fehle der Ausstellung an Dokumenten über Verbrechen an Deutschen. Die offizielle Ablehnungsbegründung des Kreisrates war jedoch, daß die Ausstellung die Sicherheit gefährde, denn in einem Nachbarort hatten im vergangen Jahr Rechtsradikale einen Bombenanschlag auf eine deutsch-polnische Ausstellung verübt. Besteht da nicht eine gewisse „Tateinheit", wenn faschistische Bomben zu „Argumenten" gegen Antifaschisten gemacht werden? (12)

VI.

Wir dürfen uns nicht daran gewöhnen, daß sich hierzulande im Namen allseits beschworener „Kulturfreiheit" Beiträ-

beschworener „Kulturfreiheit" Beiträ-

ge ausbreiten, die derselben beginnen, das Grab zu schaufeln. Es ist eben nicht völlig belanglos, wenn seit geraumer Zeit im Fernsehen Filme ausgestrahlt werden, die während der Nazi-Zeit gedreht wurden und scheinbar unpolitischen Charakters sind. Millionen deutscher Bürger hören immer wieder die freundliche Ansage: „*Und nun, meine Damen und Herren, sehen Sie den heiteren deutschen Spielfilm X aus dem Jahre 1934 ... 35 ... 36 mit dem Titel ‚Als die Welt noch in Ordnung war'* ". Millionen deutsche Bürger sehen im Fernsehen eine scheinbar kritische „Dokumentation" über den Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß und bemerken nicht (oder freuen sich sogar), daß da ein kritischer Kommentar fehlt, der die These widerlegt, daß die Nazi-Führer „von alledem nichts gewußt haben", daß die Wehrmacht „unpolitisch" gewesen sei und dergleichen mehr. Es ist ja ach so demokratisch, ja, eben a u s g e w o g e n , wenn die D e u t s c h e n nach so einem Film das „Für und Wider" von Nationalsozialismus und Kriegsschuld, soldatischem Gehorsam und Befehlsnotstand erörtern, frei von Emotionen und aus der Distanz von 36 Jahren.

Es gibt aber auch Deutsche, die nicht nur fernsehen, sondern die auch Bücher lesen. Ihnen liegt seit kurzem ein Buch vor mit dem Titel: „*Hans Filbinger: der ‚Fall' und die Fakten*", herausgegeben von CDU-MdB Bruno Heck. Zwei Jahre nach dem Sturz des Titelhelden machen sich drei Professoren auf, ihn wieder reinzuwaschen, wollen seine These: „*Ich gehörte zum geistigen Widerstand*" wiederbeleben, die durch so viele Fakten widerlegt ist. Diese Fakten, die das genaue Gegenteil beweisen, werden in dem Buch schlicht unterschlagen. Filbingers Tätigkeit als Nazi-Richter noch nach dem 8. Mai 1945, seine Urteile aus dieser Zeit, werden entweder nicht erwähnt oder mit den Worten ad acta gelegt: „*Aus Gründen des Persönlichkeitsschutzes kann dieses Verfahren nicht näher kommentiert werden*". Durch das Buch zieht sich die Behauptung, die Anklage gegen Filbinger träfe „*ihn stellvertretend für die ganze Generation, die den Krieg und den Nationalsozialismus er- und überlebte und die Bundesrepublik aufbaute*" (13). Ja, sind wir denn ein Volk von Marinestabsrichtern und Todesverurteilern? Das ist genau die gleiche Methode, Schuld zu verstecken, wie sie der Dönitz-Enkel Klaus Hessler anwendet, um die „Ehre" seines Opas zu retten: „*Die Geschichte von Dönitz — und das ist die Geschichte einer ganzen Generation — muß noch geschrieben werden*" (14). Die Macht derer, die so oder ähnlich die Geschichte verbiegen möchten, ist nicht zu unterschätzen, und diese Kräfte sitzen überall, wo es möglich ist, auf die öffentliche Meinung Einfluß zu nehmen. So mag sich mancher liberale Leser des „Stern" gewundert haben, als in dieser Illustrierten ein Total-Verriß des Romans von Monika Köhler „*Die Früchte vom Machandelbaum*" (15) zu lesen war,



und mancher liberale Leser hat vielleicht (wenn's der „Stern" schon so beurteilt) deshalb das Buch nicht gekauft. Wer soll denn auch wissen, daß in diesem Buch eine Kritik am „Stern" enthalten ist, weil dort ein Bericht über Siemens und Auschwitz nicht erschienen war? Und welcher „Stern"-Leser achtet darauf, daß der Schreiber, der das Buch über die Erlebnisse und Gefühle einer Frau, die entdeckt, daß ihr verschollener Vater ein grauenhafter Naziverbrecher gewesen sein muß, als „*grauenvoll kitschig*" und „*peinlich*" bezeichnet, ein Mann namens Niklas Frank ist? „*Hat man keinen Nazi zum Vater, muß man ihn sich suchen*", schreibt er — und verschweigt dabei, daß sein eigener Vater, Hans Frank, NS-Generalgouverneur von Polen war, der 1946 wegen seiner grausamen Verbrechen an Polen und Juden („Wir müssen die Juden vernichten, wo immer wir sie finden") in Nürnberg hingerichtet wurde (16).

Zu „guter" letzt noch ein Wort zu den Versuchen kultureller Vergangenheitsbewältigung „mit antifaschistischer Stoßrichtung", wie sie immer häufiger in Filmen und auf der Bühne zu sehen sind: Irgendwo ist ja verständlich, daß Schriftsteller und Filmer sich nicht zufriedengeben mit dem, was Theaterstücke wie Hochhuths „Juristen" oder der gerade in Hamburg für Aufregung sorgende „Zufällige Tod des Christian K." bieten: oftmals zu viele Fakten und Aussagen und zuwenig Theater. Doch muß aus der notwendigen Diskussion darum (wird sie eigentlich geführt?) folgen, daß ein Fallada-Roman in der Weise „aufbereitet" wird, wie jetzt von Zadek in Westberlin: als Revue, in der alle Beteiligten und ihre Handlungen, Nazis und ihre Opfer, nur noch Anlaß zur Inszenierung einer makabren Glitter-Show sind? „*Der Diktator tritt, mal allein, mal dutzendfach gedoubelt, als Hampelmann auf, die Siegesfeier der deutschen Eroberer in Paris wird zur tumultarisch-komischen Orgie, halbnackte Girls winden sich lustvoll unter der Folter von Männern in NS-Uniformen ... Folgt auf das politische Theater der späten 60er und noch der frühen 70er Jahre jetzt also das Theater der Zyniker, sich delektierend an der tatsächlich obszönen Verbindung von Hakenkreuzen und entblößten Busen?*" (17). Abgesehen davon: Der Anspruch, die Sicht der Opfer des Nazi-Terrors darzustellen, politisch aufzuklären, wird auf makabre Weise weggeblasen. Wie mögen sich Menschen, die selber unter dem Nazi-Faschismus gelitten haben, oder deren Angehörige vorkommen, wenn sie dieses Spektakel vorgeführt kriegen? Und weiter: Hält Zadek das deutsche Publikum und die gesellschaftlichen Verhältnisse hierzulande für „reif genug", daß er den Faschismus als Budenzauber darstellen mag? Oder geht ihn das „um-ihn-herum" gar nichts an, weil er schließlich ein „freier Künstler" ist?

Woran wir uns nie gewöhnen dürfen, das ist der tagtägliche Faschismus. Alle zugrunde liegenden Informationen stammen aus einem Monat: Januar 1981.

Anmerkungen

1. FR, 16.1.81
2. FR, 26.1.81
3. FR, 26.1.81, Jürgen Roth
4. FR, 21.1.81
5. FR, 20.1. und 23.1.81
6. FR, 23.1.81
7. FR, 23.1.81
8. FR, 1.1.81
9. MoPo, FR, 27.1.81
10. FR, 27.1. und 28.1.81
11. FR, 16.1.81
12. FR, 21.1.81
13. FR, 24.1.81
14. FR, 24.1.81
15. Monika Köhler: „Die Früchte vom Machandelbaum", Kindler-Verlag, München 1980
16. „Metall" Nr. 1, 14.1.81
17. FR, 23.1.81 und 12.1.81

Ma. IKAH

Pressefotograf von Polizei verfolgt

Anfang Januar hatte die Bullizei einen Erfolg bei der Behinderung einer kritischen Berichterstattung über ihre Untaten zu verzeichnen. Aufgrund offenkundig bestellter Anzeigen wurde in einem Prozeß gegen des Pressefotografen Günter Zint für Recht befunden, das „Portraitfotos" von Bullizisten verboten sind (siehe AK 193).

Offenbar nutzen die Bullizisten vollkommen ungehemmt diese Möglichkeit aus, Beweise für brutale Knüppelorgien zu vernichten.

Am 23.1. wurde in Krefeld den Bayer-Werken der „Umweltschutzpreis 1980" verliehen. Umweltschützer gratulierten u.a. mit Stinkbomben, was einen brutalen Bullizeieinsatz und Festnahmen zur Folge hatte.

Vor dem Polizeipräsidium erlebte der „Überblick"-Fotograf G.Pauen folgendes: „*Plötzlich riefen sie: ‚Da fotografiert einer, nehmt ihm die Kamera ab, reißt den Film heraus!' Fünf Männer kamen auf mich zugestürzt und ohne genau zu wissen, warum, rannte ich los, quer über den Rasen, über die Kreuzung, in den Ostwall rein, und immer geradeaus. Plötzlich hörte ich Sirenen, Blaulicht flackerte, Polizeiautos von vorne und von hinten, und ich dachte: Was soll das alles? Wovor laufe ich davon? Ich habe doch gar nichts angestellt! Ich stoppte, ging langsam auf zwei Polizisten zu und fragte, was ich eigentlich angestellt hätte.*

Statt einer Antwort wurde ich an den Haaren gepackt, zum Auto geführt und wie ein Schwerverbrecher durchsucht und abgetastet. Dann nahmen sie mir meine Kamera ab [...]. *Sie stießen mich ins Auto, und als sie unterwegs noch einem Mädchen zuriefen: Halt die Klappe, sonst schlag ich Dir die Fresse ein, da dachte ich nur: ... und diese Leute sollen uns beschützen?! Ich wurde zur Wache gebracht, über meine „Tat" aufgeklärt, mußte den Film rausrücken und wurde auf Drängen der anderen Demonstranten wieder freigelassen*" („Überblick", Februar 81).

Detlef/Düsseldorf

VS-Praktiken gegenüber Ausländern

Pressemitteilung

In Hamburg ist bekannt geworden, daß Ausländerpolizei bzw. Verfassungsschutz sich durch Täuschungen „Erkenntnisse" zu beschaffen versuchen. Der türkische Arbeiter Ahmet P. wurde in der letzten Woche von einem jungen Mann, der sich als Herr „Schönberg" von der „Organisation F.A.U." (Freie Arbeiter Union) ausgab, zu Hause aufgesucht und um ein Gespräch gebeten. Er wolle mit Ahmet P. über die Zusammenarbeit der F.A.U. mit dem türkischen Arbeiterverein „Verein der revolutionären Arbeiter aus der Türkei in Hamburg (HTDIB)" sprechen.
Besucher Ahmet P. durch einen offenen Hinweis auf Schwierigkeiten, die ihm sonst drohen könnten, zur Vereinbarung eines neuen Termins für Donnerstag, den 5.2.1981, 9.00 Uhr, zu dem er einen Dolmetscher mitbringen wolle.

Der Besucher hinterließ einen Zettel mit seiner Telefonnummer „Organisation F.A.U. 248 252 969 Schönberg".

Dieser Telefonanschluß gehört jedoch nicht der F.A.U., sondern ist eine Durchwahlnummer der Behörde für Inneres.

Der Besucher erschien zu dem vereinbarten Termin in Begleitung eines weiteren Herrn. Ahmet P. wurde jetzt mitgeteilt, daß man von der Behörde für Inneres, vom „deutschen CIA" (so einer der beiden Besucher), komme und Informationen über den „Verein am Kajen 22" haben wolle. Als „ehemaliger 2. Vorsitzender" könne er über die Mitgliederzahl des Vereins sowie über die Kontakte zur F.A.U. sicherlich Auskunft geben. Dies liege auch in seinem eigenen sowie seines Vereins Interesse; die Behörde erstelle nämlich Analysen über die Tätigkeit der Ausländervereine, auf deren Grundlage die Bundesregierung entscheide, ob ein Verein verboten werde. Wenn Ahmet P. nichts zu verbergen habe, so könne er dies ruhig sagen und damit dazu beitragen, daß sein Verein nicht verboten werde.

Ahmet P. gab jedoch keine Auskunft.

Als nach etwa 15 Minuten 2 Freunde und der Anwalt von Ahmet P. das Zimmer betraten, sprangen die beiden Männer auf und verließen – offenbar mit erheblichem Unrechtsbewußtsein – fluchtartig die Wohnung.

Wir verurteilen aufs schärfste diesen Versuch, durch Androhung ausländerrechtlicher Pressionen Aussagen zu erschleichen.

Wir fordern Innensenator Pawelczyk auf, solche Praktiken sofort zu unterbinden.

Hamburg, den 9.2.1981

Werner Baufeldt, Thomas Breckner, Arnold v.Bosse, Thomas Eissing, Petra Ewe, Winfried Günnemann, Hartmut Jacobi, Uwe Maeffert, Bettina Morik, Michael Nitschke, Susanne Pötz-Neuburger, Stefan Reid, Bernd Rosenkranz, Hartmut Scharmer, Michael Spielhoff, Gerhard Strate, Annette Voges, Dieter Magsam, Michael Böttcher – Rechtsanwälte –

Tel.: 390 01 03
(RA. Spielhoff)

Türkischer Linker aus der BRD ausgewiesen

Düsseldorf. Nuretin K. hatte vor dem Militärputsch in der Türkei in einem fortschrittlichen Film einen engagierten Linken dargestellt. Deswegen wurde er von den Faschisten bedroht, fast täglich wurde er auf offener Straße angepöbelt und angegriffen. Um dieser Bedrohung zu entkommen, zog er sich in sein Heimatdorf zurück. Dort eröffnete er einen Frisörladen, der aber nach kurzer Zeit von den Faschisten überfallen und zerstört wurde.

Daraufhin floh er in die Bundesrepublik und stellte einen Asylantrag. Noch während das Asylverfahren lief, unternahm er eine (wage-)mutige Reise zu seiner Mutter in die inzwischen von den Militärs beherrschte Türkei.Es gelang ihm, unbeschadet in die BRD zurückzukehren. Daraus schloß das Düsseldorfer Verwaltungsgericht kurzerhand, daß Nuretin K. nicht mehr politisch verfolgt werde. Der Asylantrag wurde abgelehnt. Bis Anfang September muß Nuretin K. die Bundesrepublik verlassen haben („Rheinpost", 6.2.81).

Will die Kirche auch den nächsten Krieg absegnen?

Die wachsende Gefahr eines dritten Weltkrieges wirft ihre Schatten auch auf die Diskussion innerhalb der Kirchen. Nach jahrelangem Mit- und Nebeneinander zweier Strömungen unter dem Motto „Friedensdienst mit und ohne Waffen" haben die Rüstungsoffensive der Bundesregierung und die zunehmende Kriegsgefahr zu einer Polarisierung der Positionen innerhalb der Kirche geführt. „Wir leben am Abgrund", schrieb Bischof Hans-Otto Wölbern in einem Hirtenbrief. Ohne eigenes Verschulden komme die Kirche in einen Streit, „der möglicherweise keine Kompromisse zulasse." Er warnt die Kirche jedoch davor, heute schon eine Entscheidung zu treffen, vielmehr müsse heute von der Kirche mehr „getragen als recht behalten" werden. Auf diesem Weg solle man versuchen, „miteinander zu leben" (alle Zitate aus „Welt" vom 5.2.).

Von diesem Miteinander ist gegenwärtig jedoch wenig zu spüren. Zunehmend werden friedenspolitisch engagierte Pastoren diszipliniert. Und schon jetzt hetzt das „Hamburger Abendblatt", der „Rebell Hentschel", der „Wehrkraftzersetzung, linke Indoktrination und die Förderung von Staatsverdrossenheit" im Konfirmandenunterricht betrieben habe, wolle den diesjährigen Kirchentag in Hamburg „sprengen".

Daß es sich bei dieser Sache keineswegs um einzelne „falsche Propheten" handelt, wird nicht einmal in dem erwähnten Artikel bestritten: Die Oberhirten würden „einen bundesweiten innerkirchlichen Aufstand" befürchten, falls sie den Rebellen „verbannt". Die Kirchentagssprengung selbst soll darin bestehen, daß Pastoren ihn in eine „pazifistische Richtung drängen". Man erinnert sich daran, daß Kriegsminister Apel ebenfalls dem Pazifismus den Krieg angesagt hat. Andererseits ist der Pazifismus gerade in der Kirche weit verbreitet und wird nach den Erfahrungen der Nazizeit – in der die Kirche mit den Faschisten paktierte – bisher in der Kirche ganz offiziell als Teil mit dem man leben muß anerkannt. Um die anstehenden Aufrüstungen und die Kriegsvorbereitungen absegnen zu können, muß dieser Pazifismus zurückgedrängt werden. Im Zusammenhang mit der wachsenden Kriegsgefahr stellen sich den kirchlichen Oberhirten so neue staatstragende Aufgaben.

Im folgenden Beitrag wird versucht, die Situation und die Entwicklung der evangelischen Kirche in der BRD anhand einiger charakteristischer Beispiele darzustellen.

Ein bißchen zur Geschichte

Nachdem die evangelische Kirche mehr oder weniger direkt die Kriegspolitik der Nazis unterstützt hatte, beschäftigte das Thema Wiederbewaffnung die evangelische Christenheit in den 50ger Jahren wie kein anderes. Für viele Christen waren die schon frühzeitig sichtbaren Wiederbewaffnungsbestrebungen der BRD unter Adenauer Ausdruck von Restaurationsbemühungen, die sich schon bald wieder in ähnliche politische und militärische Auseinandersetzungen treiben könnten wie die, aus den sie sich gerade befreit sahen. Sie befürchteten nicht nur eine endgültige Spaltung Deutschlands in Ost und West, sondern gerade ein damit verbundenes Klima des Kalten Krieges. Zudem sahen sich viele in der Verantwortung gegenüber dem relativ vereinzelten christlichen Widerstand gegen das Nazi-Regime und versuchten, diese Tradition des christlich begründeten politischen Widerstands auch auf andere Situationen zu übertragen. Hinzu kam der Druck ausländischer Kirchen: die Weltkirchenversammlung 1948 in Amsterdam formulierte ein eindeutiges antimilitaristisches Friedensbekenntnis unter dem Motto: *„Krieg soll nach Gottes Willen nicht sein."*

Demgegenüber standen diejenigen, die vor allem unter dem Einfluß antikommunistischer Stimmungsmache möglichst schnell wieder ein politisch und militärisch starkes Westdeutschland als Frontstaat der sog. freien Welt aufbauen wollten.

Die Institution Kirche mochte beide Flügel nicht verlieren. So veröffentlichte der Rat der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD) am 17. 11.50 eine Erklärung, in der u.a. steht: *„Auch die Frage, ob eine wie auch immer geartete Wiederaufrüstung unvermeidlich ist, kann im Glauben verschieden beantwortet werden."* Hier wird – gegen die Stimmung an der kirchlichen Basis – die Möglichkeit einer Wiederbewaffnung eingeräumt.

Von diesem Zeitpunkt an distanzierte sich die EKD immer mehr von der radikalen Friedenspropaganda, als deren Sprecher sich in der Öffentlichkeit Gollwitzer und Niemöller hervortaten. Auf einer Konferenz am 5.11.51, an der auch Adenauer teilnahm, beschloß die EKD eine Unterstützung der Regierungspolitik. Das bedeutete unter den damaligen Umständen eine Unterstützung der Angliederung a n ein westliches Militärbündnis.

Auf der Synode (Kirchenversammlung) 1952 ging man noch weiter: Die Entscheidung für eine Remilitarisierung wurde akzeptiert; die Unterstützung des Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung war demgegenüber zweitrangig. 1957 schloß die EKD einen Militärseelsorgevertrag mit der CDU-Regierung ab. Um Seelsorge zu betreiben bedarf es im Grunde keines Vertragsabschlusses. So ging es auch vielmehr darum, die Unterordnung der Seelsorge unter militärische Interessen festzuschreiben. Unter anderem erhielt der Staat das Recht, bei der Ernennung des Militärbischofs durch die Kirche Einwände geltend zu machen. Das „Evangelische Kirchenamt für die Bundeswehr" ist dem Verteidigungsminister unmittelbar nachgeordnet. Warum das staatliche Interesse an der Militärseelsorge so groß ist, verdeutlicht eine Äußerung der Dienststelle Blank 1954: *„Der Staat selbst hat an der Militärseelsorge ein Eigeninteresse. Denn der Wert seiner Streitkräfte hängt vom Charakter und seelischen Einstellungen der Soldaten nicht weniger ab als vom waffentechnischen Ausbildungsstand. Diese Eigenschaften werden aber bei den meisten Menschen von religiösen Grundhaltungen bestimmt."*

Vom „Friedensdienst mit und ohne Waffen"

Im Jahr dieses Vertragsabschlusses beauftragte der erste evangelische Militärbischof Kunst eine Studienkommission mit der Erarbeitung einer Art Gutachten zum Thema „Atomzeitalter, Krieg und Frieden". Ergebnis waren die 1959 veröffentlichten „Heidelberger Thesen". Hier wird die Leitlinie der ev. Kirche für die nächsten 20 Jahre festgelegt. Das Zauberwort ist *„Friedensdienst mit und ohne Waffen"*: beides sei möglich, beides sei christlich. Wichtiger Bestandteil ist der Gedanke von der „Komplementarität" beider Handlungsweisen: beide bedingen sich gegenseitig. In der Praxis ist dann fast ausschließlich von einer Seite aus argumentiert worden. Ohne den Dienst mit der Waffe könnten sich die Kriegsdienstverweigerer gar nicht der Freiheit ihrer Entscheidung erfreuen, hieß es zum Beispiel. Soll wohl heißen, nur eine nach außen militärisch starke BRD könne sich nach innen den Luxus demokratischer Rechte leisten. Dieses Denken charakterisiert alle weiteren Stellungnahmen der EKD bis heute.

Die formale Gleichbehandlung vom Friedensdienst mit und ohne Waffen gab seitdem den Rahmen kirchlicher Arbeit; es herrschte sozusagen auf dieser Grundlage ein Waffenstillstand. Währenddessen bildete sich an der kirchlichen Basis Friedensinitiativen, allen voran die sog. Bruderschaften, die sich in der Tradition des theologisch begründeten Widerstands gegen das Nazi-Regime sahen („Bekennende Kirche").

Atombombe als „Zuchtrute Gottes"

Anläßlich der Diskussion um die atomare Bewaffnung der BRD kam es ab 1956 zu sehr scharfen Auseinandersetzungen innerhalb der ev. Kirche. Auf der einen Seite standen die Bruderschaften (Niemöller, Gollwitzer, Vogel), für die die Ablehnung jeder atomaren Aufrüstung Bestandteil christlichen Glaubens war, auf der anderen Gruppen um Prof. W. Künneth, für den die Atombombe die *„Zuchtrute Gottes"* darstellte. Die Bruderschaften stellten 1957 eine Anfrage an die dritte EKD-Synode, die im April 1958 in Westberlin stattfinden sollte. Die Formulierung der Anfrage beinhaltete den Ansatz einer Spaltung der EKD. Die Forderungen der Anfrage gingen noch über die Position der damaligen SPD- und DGB-Führung hinaus. Sie lehnten nicht nur eine einseitige Atombewaffnung der BRD ab, sondern verlangten, den Kampf gegen j e d e Atomwaffentechnik zu führen. Daß es auf der EKD-Synode doch nicht zur Spaltung kam, lag vor allem an den Bruderschaften selbst. Denn die Anfrage entsprang weniger politischem Kalkül und dem Versuch, aus der EKD eine neue „Bekennende Kirche" zu erkämpfen. Sie sollte eher ein Bekenntnis zum Frieden und ein Ausdruck des personalen Widerstandes der Unterzeichner gegen die befürchtete Politik der Regierung darstellen. Eine Rolle spielte daneben übrigens ein starker Mittelblock, dem Einheit vor Klarheit ging.

Der energische Protest innerhalb der Kirche ließ nicht nach. Die EKD-Synode vom April 1958 beschloß nach

Fortsetzung nächste Seite

Krieg wird denkbar machbar gemacht

Als Protest gegen die Disziplinierungen von krichlichen Mitarbeiter/inne/n wegen ihrer Friedensarbeit gab die kirchen-oppositionelle Gruppe „Christen in der Verantwortung – CiV" folgende Erklärung heraus, die in kürzester Zeit von über 500 Christen mitunterzeichnet worden ist.

Es war geplant, diese Erklärung mitsamt der Unterschriften als Anzeige in die Weihnachtsausgabe des „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatts" – einer EKD eigenen Zeitung – zu setzen.

Nachdem die zuständigen Redakteure mit dem CiV – Vertreter schon alles klar gemacht hatten, meldete sich der Verlagsleiter und warf allen gutwillig Beteiligten Knüppel zwischen die Beine. (Prüfung der Unterschriften ...). Intern wurde dann dem CiV-Vertreter erklärt, daß das „Sonntagsblatt" mit einer Auflage von ca. 120.000 in sehr hohem Ausmaß von der Militärseelsorge abhängig sei, da diese jedes Mal ca. 1/3 der gesamten Auflage aufkaufe, um die Zeitungen dann kostenlos an Soldaten abzugeben.

Da das „Sonntagsblatt" ohnehin sehr stark subventioniert werden muß, ist es einleuchtend, daß der Verlagsleiter es sich mit seinem Hauptabnehmer nicht verderben will. Inzwischen haben wir erfahren, daß aus augenscheinlich gleichen Gründen schon einmal eine Anzeige eines rororo-Buches abgelehnt worden sein soll.

DIE KIRCHE DARF NICHT WIEDER DIE WAFFEN SEGNEN

Wegen ihrer eindeutigen Stellungnahmen gegen den Krieg werden gegenwärtig in der nordelbischen Kirche Pfarrer in der Ausübung ihres Dienstes behindert. Uns erschrecken diese Disziplinierungen deshalb so sehr, weil seit ungefähr einem Jahr in der Bundesrepublik öffentlich von der Möglichkeit eines Krieges gesprochen wird. Der sog. Nachrüstungsbeschluß vom Dezember 1979 sieht die Stationierung von ca. 5oo Mittelstreckenraketen auf westeuropäischem Boden vor und soll die Nato-Staaten in die Lage versetzen, einen atomaren Angriffskrieg gegen die Sowjetunion und ihre Verbündeten zu führen. Der Einmarsch der Sowjetunion in Afganistan bot westlichen Politikern einen willkommenen Anlaß, die Möglichkeit eines Krieges ins Gespräch zu bringen. Tatsächlich ist der Friede, wie eine Standartformulierung lautet, noch nie so gefährdet gewesen wie heute: die ökonomischen Interessen der westlichen Industrienationen in der "Dritten Welt" erscheinen bedroht; gleichzeitig wird die Illusion erzeugt, einen begrenzten atomaren Angriffskrieg führen zu können.

Mit der Entsendung eines Flottenkontingents in den Persischen Golf hat die BRD ihre Kriegsbereitschaft bewiesen. Diese findet auch ihren Ausdruck in der verstärkten Einberufung von Reservisten, den immer größeren Manövern, der Verpflichtung von Apothekern, Ärzten, Krankenschwestern und Schwesternhelferinnen zum Einsatz im Kriegsfall, sowie der weiteren Aufstockung des Rüstungsetats. Hand in Hand mit der militärischen Bereitschaft geht eine ideologische Offensive, die die Bevölkerung auf den Krieg vorbereiten soll.

Zum ersten Mal seit dem Bestehen der Bundeswehr werden in so massiver Form Soldatenvereidigungen öffentlich durchgeführt – in zahlreichen Städten, gegen den Willen vieler Menschen, mit ungeheurem Polizeiaufgebot.

Gleichzeitig werden Friedensinitiativen diffamiert: Verteidigungsminister Apel nennt Christen, die auf die Kriegsgefahr hinweisen, Alarmisten, setzt Angst mit Irrationalismus gleich und bezichtigt einseitige Abrüstungsvorleistungen als Einladung des Gegners zum Krieg. Bundeswehrsoldaten lobt er als die bessere Jugend.

Die Bevölkerung soll sich wieder an den Anblick von Uniformen und Waffen gewöhnen und an die Verteidigung ihrer Freiheit durch das Militär glauben. Die Arbeiter in den Rüstungsfabriken sollen wieder eingeschworen werden auf die Lüge des Zusammenhangs von Rüstung und Arbeitsplätzen.

In dieser ideologischen Offensive des Staates übernimmt die Kirche eine besondere Rolle. Indem sie die Jahrtausende alten Erfahrungen von Unfreiheit, Krieg und Tod und die Hoffnungen auf Freiheit, Frieden und Leben tradiert, erweckt sie den Anschein, sie habe die Autorität, Menschen freizusprechen von ihren Skrupeln gegenüber dem Töten. So ist seit Anfang des Jahres in der evangelischen Kirche eine Tendenz zu beobachten, die die halbherzige Gleichbewertung von Kriegsdienst und Zivildienst zugunsten des Kriegsdienstes aufhebt. Soldaten der Bundeswehr, so behauptet es der evangelische Militärbischof Sigo Lehming, könnten dem Frieden besser dienen. Pfarrer sollen nicht mehr vom Wehrdienst freigestellt werden. Mit der Betreuung von Zivildienstleistenden sollen möglichst Geistliche beauftragt werden, die "gedient" haben. In dem Maße, in dem die Kirche den Krieg zu legitimieren versucht, unterdrückt sie alle Äußerungen von Einzelnen und Gruppen, die den Frieden in höchstem Maße gefährdet sehen durch das bestehende Rüstungspotential und deshalb auf dem Weg über eigene Abrüstungsvorleistungen den völligen Verzicht auf Waffen fordern.

Zur Zeit wird mehreren Pfarrern in der nordelbischen Kirche ihr Engagement gegen den Krieg zur Last gelegt.

- Ulrich Hentschel, Pfarrer in Rellingen, hat in einer Weihnachtspredigt und einer Konfirmandenunterrichtseinheit eindeutig gegen Krieg, Rüstung und Militarismus Partei genommen. Aus diesem Grund soll er die Gemeinde verlassen – auf Betreiben seines Propsten, des Militärbischofs Sigo Lehming
- Konrad Lübbert, Pfarrer in Uetersen, soll für seine Arbeit im Versöhnungsbund und in Friedensinitiativen in Zukunft nicht mehr wie bisher 3o Tage im Jahr von der Gemeindearbeit freigestellt werden; weder im Urlaub noch an freien Wochentagen und freien Wochenenden darf er so weiterarbeiten wie bisher. Wenn er diese Regelung nicht anerkennt, muß er eine andere Pfarrstelle annehmen.
- Jochen Sievers, Pfarrer in Brunsbüttel, verurteilte den Militaris und berief sich u.a. auf Jesaja, Jesus und Bonhoeffer. Diese Position verurteilt die Kirchenleitung als theologisch nicht abgeklärt und setzt die Übernahme ins Beamtenverhältnis auf Lebenszeit aus. Zur Zeit besteht ein Anstellungsverhältnis mit jährlicher Kündigungsmöglichkeit.

Die Kirchenleitung macht sich gegen jegliche historische Erfahrung die Logik der Militärs zu eigen unter der Preisgabe so zentraler Traditionen wie dem Gebot "Du sollst nicht töten" und der zweitausend Jahre alten Verheißung "Friede auf Erden".

Wir widersprechen den Disziplinierungen von Ulrich Hentschel, Konrad Lübbert und Jochen Sievers, sowie der ihnen zugrunde liegenden Tendenz innerhalb der Kirche. Wir wollen nicht zulassen, daß sich die Kirche an der ideologischen Kriegsvorbereitung beteiligt. Wir weigern uns zu glauben, daß kirchenleitende Damen und Herren so uninformiert und verblendet sein könnten, einen atomaren Krieg zu billigen, bei dem es zumindest in Mitteleuropa keine Überlebenden geben wird. Wir weisen darauf hin, daß

- der Ökumenische Rat der Kirchen in Nairobi die Arbeit der Kirchen gegen den Militarismus forderte.
- der Zentralausschuß des Ökumenischen Rates 198o in Genf formulierte: "Die größte Gefahr der Menschheit ist heute ein atomarer Holocaust...Die Entwicklungen der jüngsten Zeit haben die Welt näher an den Rand eines Atomkrieges gebracht. Wenn die gegenwärtigen Tendenzen nicht abgewendet oder unverzüglich gestoppt werden, ist ein Atomkrieg höchstwahrscheinlich."
- der Interkirchliche Friedensrat in den Niederlanden den Besitz von Atomwaffen als Sünde bezeichnet.
- die Kirchen in der DDR die Kriegsdienstverweigerung als das "deutlichere christliche Friedenszeugnis" herausgehoben.

Wir fordern sie deshalb auf, ihren sektiererischen Irrweg zu verlassen und nicht länger die orthodoxe Lehre von Friede und Versöhnung der Menschen zu verwerfen.

Wir erwarten die Rücknahme der Disziplinierungsmaßnahmen gegen Ulrich Hentschtel, Konrad Lübbert und Jochen Sievers. Die Botschaft vom Frieden verpflichtet die Kirche und alle ihre Mitglieder, gegen den Krieg zu schreien. Deshalb werden wir weiter ungeteilt und eindeutig Partei nehmen für den Frieden.

Fortsetzung von vorheriger Seite

langer und scharfer Debatte, ,,*in unserem gespaltenen Vaterland die beiden Regierungen (zu bitten), alles zu tun, um die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu sichern, dem Frieden zu dienen und eine atomare Bewaffnung deutscher Streitkräfte zu vermeiden.*"

Lugte aus dieser Erklärung noch die radikale Ablehnung jeglicher atomaren Rüstung durch größere Kreise in der EKD hervor, so war davon schon 1962 kaum noch was zu spüren. Acht Prominente veröffentlichten eine Schrift, in der sie zwar noch vor dem Besitz von Atomwaffen warnen, aber vorher betonen sie, die Bundesrepublik müsse als obersten Gesichtspunkt ihrer Rüstungspolitik ,,*die möglichst reibungslose Eingliederung in die westliche Rüstungs- und Verteidigungspolitik*" sehen.

Nach der Kontroverse um die atomare Aufrüstung hat es lange Zeit ein relativ ruhiges Nebeneinander beider Strömungen gegeben. Die Militärseelsorge etablierte sich mit erheblichen finanziellen und personellen Mitteln, die EKD unterstützte meistens schweigend die Politik der Regierungen. Auf der anderen Seite kümmerte man sich vor allem um das Grundrecht der Kriegsdienstverweigerung. Rechtsberatung und Betreuung von Verweigerern wurden und werden in erheblichem Ausmaß von kirchlichen Gruppen gewährleistet. 1975 gründete sich in Süddeutschland die Aktion ,,Ohne Rüstung leben", die eine der größten antimilitaristischen Organisationen der Kirche geworden ist. Mit der Friedenswoche der ,,Aktion Sühnezeichen" entstand 1980 die Gruppe ,,Frieden schaffen ohne Waffen". Als dritter größerer Zusammenschluß von Pazifisten und Antimilitaristen überwiegend aus dem kirchlichen Raum ist ,,Christen für die Abrüstung" zu erwähnen.

,,Den Dienst der Soldaten nicht infrage stellen"

An diesem Stillhalten hat sich seit einem dreiviertel Jahr einiges geändert: Fast gleichzeitig mit der aktuellen Rüstungsoffensive der BRD-Regierung und der entsprechenden Verschärfung der Proteste dagegen meldeten sich hohe kirchliche Würdenträger zu Wort:

— Anfang April 1980 diagnostizierte Militärbischof Lehming eine ,,*unglaubliche Unwissenheit der Pastoren über die Bundeswehr*" und ,,*unbegründete Kritik am Wehrdienst*".

— Einen Monat später erklärte er in einem Interview mit einer evangelischen Zeitung: ,,... *unter den heutigen Bedingungen dient es dem Frieden mehr, wenn man Soldat in der Bundeswehr ist. Eine konsequente Entscheidung gegen den Wehrdienst würde zu einer Instabilität in Mitteleuropa führen*". Zu dieser Frage aber blühe in der evangelischen Kirche ,,*fideles Ignorantentum*" (,,FR", 13.5.80).

Um diesem ,,Ignorantentum" entgegenzutreten, wird dankbar eine Um diesem ,,Ignorantentum" entgegenzutreten, wird dankbar eine wehrpolitische Informationstagung des Streitkräfteamts der Bundeswehr speziell für Pastor/inn/en aufgegriffen und unter der Spalte ,,Angebote" in einem nur für den Dienstgebrauch bestimmten Mitteilungsblatt der Nordelbischen Kirche angeführt. Thema dieser Tagung: NATO-Konzept zur Verteidigung Mitteleuropas, die Strategie des Warschauer Pakts u. a. — die Kosten übernimmt die Bundeswehr.

— Mit den zunehmenden Auseinandersetzungen seit dem 6. Mai 1980 in Bremen nahm auch in der Kirche die Diskussion festere Konturen an: Der Hamburger Bischof Wölber erklärte, ,,*daß man angesichts der Entwicklung moderner Kernwaffen der Frage nach dem Gleichgewicht unter den Mächten nicht ausweichen dürfe. Einseitige Abrüstung habe zur Folge, daß die andere Seite ein Erpressungspotential besitze. Wenn dies zutreffe, dürfe man den Dienst der Soldaten nicht infrage stellen*". In diesem Zusammenhang ,,*müßten auch öffentliche Vereidigungen möglich sein*" (,,Welt", 24.6.80). Derselbe Wölber hatte übrigens maßgeblichen Anteil daran, daß die ursprünglich vorgesehene Losung des Kirchentages 1981 ,,Selig sind die, die Frieden schaffen" umgewandelt wurde in ,,Fürchte Dich nicht!".

— Der Bischof von Schaumburg-Lippe, Josef Heubach — ebenso rechts wie seine Kirche klein — meinte, daß man nun ,,*diejenigen, die den Dienst mit der Waffe mit ihrem Gewissen vereinbaren könnten, vor Andersdenkenden schützen*" müsse (,,Welt", 24. 6.80).

— Im September 1980 veröffentlichte ein zahlenmäßig großer und prominenter Herausgeberkreis (von Bastian über Baudissin bis hin zu Theologen wie Brakelmann und Zahrnt) eine ,,Erklärung zur Sicherung des Friedens". Sie besteht aus einer Reihe von 10 Thesen, von denen die ersten einer Herleitung der Legitimation des Staates zur Rüstung gewidmet sind:

,,*Es kann nicht jedem Bürger eines Staates überlassen bleiben, nach eigenem Gutdünken den notwendigen Schutz des Lebens wahrzunehmen. Christen anerkennen das Amt der Machtverwaltung als eine Notverordnung Gottes zur Eindämmung des Unrechts und zum Schutz des Lebens*" (These 5). Nur logisch folgt dann daraus These 6: ,,*Christen sind verpflichtet, dem Staat in seinem Bemühen, den Frieden zu erhalten, Dienst zu leisten. Solcher Dienst ist gleichermaßen als Dienst der Liebe, des Ausgleichs, der Förderung menschlicher Gemeinschaft wie auch als Dienst der bewaffneten Verteidigung des Rechtes und des Lebens erforderlich. Friedensdienst mit und ohne Waffen stehen nicht im Widerspruch. Ohne ihre gegenseitige Ergänzung und Begrenzung werden beide ein Opfer menschlicher Willkür und Gewalttat*".



Diese Orden haben sich die Kirche und Militärpfarrer wirklich verdient

Die letzten Thesen sind der Aktion ,,Ohne Rüstung leben" gewidmet. Nicht nur die Forderung nach einseitiger Abrüstung wird als politisch naiv abgelehnt, sondern darüber hinaus die Ablehnung weiterer Aufrüstung: ,,*Die Notwendigkeit zusätzlicher Rüstung kann die Folge von Versäumnis sein. Dies ist dann der Fall, wenn das Gleichgewicht der Kräfte bis zur Möglichkeit eines risikolosen Miß-* *Gleichgewicht der Kräfte bis zur Möglichkeit eines risikolosen Miß-* *brauchs militärischer Macht gestört ist. Die Parole ,Ohne Rüstung leben' dient dann nicht der Bekämpfung, sondern der Stärkung militaristischer Praktiken in der Weltpolitik*" (These 9).

In dieser Erklärung wird deutlich, was in allen bis dahin ergangenen Einzeläußerungen schon angelegt war: Der christliche Friedensbegriff wird nicht mehr aus biblisch-pazifistischem Denken abgeleitet, sondern direkt von strategisch-politischen Überlegungen führender Militärs und Politiker im NATO-Bereich. Das christliche Friedensangebot wird direkt den Interessen imperialistischer Politik nachgeordnet.

— Ende November 1980 bezeichnete der hannoversche Landesbischof Eduard Lohse — gleichzeitig Vorsitzender der EKD — Formeln wie die vom ,,Frieden schaffen ohne Waffen" als ,,*politisch sehr naiv*". Der Friede werde unsicherer, wenn das Kräftegleichgewicht ,,*aus der Balance*" gerate.

— Als vorläufig letzter trat der leitende nordelbische Bischof Stoll in den Chor der aufrechten Vaterlandsverteidiger: ,,*Höchst verunsichert allerdings sind Wehrpflichtige und Berufssoldaten, die zu Recht wissen möchten, wie denn ihre Kirche zu ihnen steht*".

Ein bißchen Sicherheit kann da vielleicht der rheinische Präses Immer vermitteln. Er will die Soldaten nicht verunsichern, sondern ,,*gewiß machen*" in dem, was sie tun müßten (nach ,,epd", 28.11.80).

Weiter zur ideologischen Sicherheit verhilft der Vizepräsident der EKD i. R. Erwin Wilkens: ,,*Ein bloßes Verbot jeglicher Beteiligung der Christen an Rüstung und Krieg würde praktisch wahrscheinlich zum Verzicht auf sittliche Forderungen für den internationalen Verkehr der Völker führen*". Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln — das ist die für christliche Soldaten sichernde Leitlinie in der Legitimationskette westlicher Rüstungspolitik. Für den Ernstfall kann Wilkens auch schon trösten: ,,*Ein Chaos dieser Art* (gemeint ist ein Krieg, der Verf.) *läßt sich nicht ethisch interpretieren, sondern nur als Gericht Gottes ertragen*". (Beides stammt aus einem Referat, das Wilkens auf der 4. Ökumenischen Konferenz für Stabsoffiziere und Militärgeistliche aus Europa und den USA im Herbst 1980 gehalten hat.)

Ein neuer Kirchenkampf?

All diese Äußerungen deuten darauf hin, daß führende klerikale Kreise versuchen, die bislang offiziell geltende These von der Gleichberechtigung von Kriegsdienst und Verweigerung zu einer ausschließlichen Befürwortung sogenannter ,,Friedensdienste mit der Waffe" umzuinterpretieren.

Diesem Versuch stehen die pazifistischen Strömungen in der Kirche, etwa repräsentiert durch Bischof Scharff, Gollwitzer, Niemöller, Albertz u. a., und eine stärker werdende Friedensbewegung an der (jugendlichen) Basis entgegen: Die ,,Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste" veranstaltete im November letzten Jahres eine bundesweite Friedenswoche, aus der u. a. die Gruppe ,,Frieden schaffen eine bundesweite Friedenswoche, aus der u. a. die Gruppe ,,Frieden schaffen ohne Waffen" hervorging.

Das ,,Nordelbische Frauenwerk" arbeitet ebenfalls an diesem Thema und führte dazu ihre Jahrestagung durch. Auch die Delegiertenkonferenz der ESG erklärte die Kriegsgefahr zum Thema Nr. 1; gegenwärtig arbeiten ca. 500 örtliche ESG-Arbeitsgruppen zum Thema Frieden. Die lippische Landeskirche veranstaltete eine Friedenswoche, die in etlichen Gemeinden als Anstoß für eigene Aktivitäten verstanden wurde. Es läßt sich erfreulicherweise feststellen, daß neben den schon länger auf Friedensarbeit festgelegten Gruppen immer mehr gewöhnliche kirchliche Gruppen die drohende Kriegsgefahr als ihr Thema aufgreifen. Unterstützt werden sie vielfach aus dem Ausland: Speziell in Holland haben sich Christen mit dem ,,Interkirchlichen Friedensrat" ein Instrument geschaffen, mit dem sie wirkungsvoll in die tägliche politische Diskussion eingreifen können. (Der ,,Interkirchliche Friedensrat" ist offizielle Einrichtung verschiedengläubiger christlicher Kirchen, führt seine Arbeit aber unabhängig und eigenständig aus.) Der Beitrag dieses Zusammenschlusses zu dem massiven Widerstand gegen die Neutronenbombe und die ,,Nach"rüstung kann kaum überschätzt werden.

Der westdeutsche Klerus befindet sich also in dem Dilemma, einerseits in historischer Treue seinen Auftrag der Beschwichtigung von Widerstand in regierungstreuer Manier zu erfüllen. Andererseits steht er in einem seit den 50ger Jahren nicht gekanntem Ausmaß entschlossener Friedensarbeit an der kirchlichen Basis gegenüber. Aus diesem Dilemma entspringen dann auch zunächst widersprüchlich erscheinende Aussagen und Taten. So veröffentlichte die Nordelbische Kirchenleitung am 8.7.80 eine Erklärung zu ,,Frieden und Abrüstung", die in gewissem Maße dem Engagement vieler Kirchenmitglieder Rechnung trägt.

Andererseits jedoch — wenn man genauer hinschaut — reicht auch diese fortschrittlich aufgemachte Erklärung nicht über den abgesteckten Rahmen des ,,Friedensdienstes mit und ohne Waffen" hinaus. Das V e r h a l t e n der nordelbischen Kirchleitung setzt da schon deutlichere Zeichen und straft ihre eigenen schönen Worte Lügen. Denn vor allem die nordelbische Kirche geht mit restriktiven Maßnahmen gegen diejenigen Pastor/inn/en und Mitarbeiter/innen vor, die in ihrem Gemeinden Friedensarbeit betreiben.

Disziplinierung für Friedensarbeit

— Mitte März 1980 schrieb ein Wentorfer Pastor in der örtlichen Zeitung einen Artikel zu dem Thema ,,Was können wir Christen für den Frieden tun?". Er sagt dort, daß die Anhänger der Kriegsdienstverweigerung ,,*das Verhalten Jesu auf ihrer Seite haben*". Er wurde nicht nur von Bundeswehrangehörigen und der örtlichen CDU öffentlich scharf angegriffen, sondern auch von seinem Bischof Wölber gemaßregelt.

— Der Brunsbütteler Pastor Jochen Sievers wurde trotz solider Mehrheit in der Wahl durch seinen Kirchenvorstand nicht verbeamtet: ,,*Die Bedenken, die diesem Beschluß zugrunde liegen, beziehen sich auf die Relation des pfarramtlichen Dienstes zu seiner Stellung in der Öffentlichkeit. Die Bischöfe hatten nach dem mit Ihnen geführten Gespräch den bestimmten Eindruck, daß diese Relation durch Sie noch nicht ausreichend theologisch geklärt sei. In Unserem Gespräch zeigte sich das an Ihren Ausführungen zu den Stichworten Macht und Frieden. ...*" (aus der Kirchenleitungsbegründung der Ablehnung einer Übernahme Sievers in das Beamtenverhältnis). Auch hier scheinen die Bischöfe ein weites Ohr für die Brunsbütteler CDU gehabt zu haben, denn diese hatte in diffamierender Weise auf ein ,,Wort zum Sonntag" Sievers' in der örtlichen Zeitung reagiert. Diese Kritik kannten die Bischöfe, das ,,Wort zum Sonntag" selbst hatten sie dagegen noch nicht gelesen.

— Dem Uetersener Pastor Konrad Lübbert, Vorsitzender des ,,Internationalen Versöhnungsbundes", sollten die 30 Tage Dienstbefreiung abgesprochen werden, die er vor ein paar Jahren wegen seiner anerkannten bundesweiten Friedensarbeit zugesprochen bekam. Auch hier spielte die CDU stark mit: In dem Kirchenvorstand sitzen mehrheitlich Leute, die bei der letzten Wahl auf Grund einer CDU-Wahlpropaganda gewählt wurden (... nur die zu wählen, ,,denen das C in der CDU Verpflichtung ist"). Auf vielfachen Druck sollen inzwischen die 30 Tage Dienstbefreiung von der Kirchenleitung wieder zuerkannt worden sein.

— Als vorläufig letzten traf es den Rellinger Pastor Ulrich Hentschel. Unter anderem mißfiel der Kirchenleitung eine Unterrichtseinheit für Konfirmanden zum Thema ,,Krieg und Frieden". Hentschel wurde sofort vom Dienst suspendiert, ein Versetzungsverfahren eingeleitet. Er ist bis heute suspendiert, obwohl von vielen Seiten die einzelnen Vorwürfe als falsch und unhaltbar nachgewiesen wurden. Drahtzieher in diesem Fall ist der zuständige Propst Sigo Lehming, der gleichzeitig Militärbischof der EKD ist. Er schrieb einen Geheimbericht, der bis heute noch keinem Betroffenen gezeigt wurde, auf Grund dessen aber die Kirchenleitung ihre überhaus harten Schritte beschloß.

(Informationen nach ,,Gegen den Strom" Nr. 10 - 11/80 — eine Zeitung der innerkirchlichen Opposition.

Wie wichtig ist die Kirche?

Diese Beispiele zeigen, mit welcher Entschiedenheit die kirchliche Obrigkeit gewillt ist, ihre eigenen Reihen sauber und ruhig zu halten. Sie zeigen aber auch, welche Bedeutung sie einer sich ausbreitenden christlichen Friedensbewegung in der politischen Entwicklung der BRD zumißt; das holländische Beispiel mag ihr da vor Augen stehen.

Und auch die Äußerung Roman Herzogs, Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU, nach der das Thema Wehrdienst noch zu ,,gewaltigen Auseinandersetzungen" im deutschen Protestantismus führen werden (,,FR", 23.12.80), wirft einen Blick darauf, wie wichtig den Kriegspolitikern eine hinter ihnen stehende Kirche ist und mit welcher Sorge sie andererseits die kommende Auseinandersetzung betrachten.

Der Kampf um die Ausrichtung der Kirche auf staatstreuen Kurs wird in der Linken oft unterschätzt, da d i e Kirche per se unter das reaktionäre Lager subsummiert wird.

Zur Anschauung können wir uns einmal vorstellen, welche Bedeutung einer Kirche zukommen würde, in der zumindest Teile ganz offiziell z. B. den Militärseelsorgevertrag kündigen wollen, die Unvereinbarkeit jeder weiteren Rüstung und auch jeden Militärdienst mit dem Weltfrieden erklären und deshalb Kriegsdienstverweigerung, einseitige Abrüstung u. ä. als adäquate Antworten propagieren. Dies würde einen Schutzfaktor für die gesamte Friedensbewegung darstellen, während die offizielle Kirchenpolitik nun der anderen Seite Schutz und Raum für ihre aggressive Politik bietet. Die konkrete Aufgabe der Kirche besteht darin, durch Schweigen, Beschwichtigung, Integration und Entmutigung von Widerständlern den Herrschenden den notwendigen Spielraum zu garantieren.

Die Kirche in Deutschland hat in diesem Jahrhundert schon zweimal imperialistische Kriege mitgetragen, die Millionen von Menschen Tod und Elend brachten. Der Klerus will es anscheinend auf ein drittes Mal ankommen lassen.

Kirchenkommission

Panzer statt Eichen?

Im Rahmen der 4. Heeresreform wurde im Oktober 1980 die in Göttingen stationierte 2. Jägerbrigade in die Panzergrenadierbrigade 4 ,,umstrukturiert". ,,*Das Fazit der Umstrukturierung ist darin zu sehen, daß die Division bei etwa gleich großem Personalumfang panzerstärker und damit besser in der Lage sein wird, einen möglichen Angreifer abzuwehren*" (GT, 1.10.80) und: ,,*mit ihrer neuen Gliederung und mit ihren neuen Waffen ist die Panzergrenadierbrigade 4 der gestiegenen Bedrohung besser gewachsen, kann ihren Beitrag zur Abschreckung und damit zur Friedenssicherung besser leisten*" (GT,7.10.80). So jedenfalls der Kommandeur Nebe. Auf gut Deutsch: Aufrüstung vor Ort. Statt einem Eichenblatt tragen die Soldaten jetzt einen Panzer am Käppi, was – allerdings mehr unfreiwillig – erheblich mehr als lediglich symbolische Bedeutung hat. Statt wie bisher mit dem Jagdpanzer Marder wird die Brigade mit 54 Kampfpanzern Leopard ausgerüstet. Und diese ,,Umrüstung auf den Leopard macht aber eine Erweiterung des Geländes dringend erforderlich... Maßgeblich für die Erweiterung ist die Reichweite der Waffen" (Nebe im „GT", 1.10.). Abgesehen davon, daß das bisherige Übungsgelände schon stolze 200 ha umfaßt, ist das ein Argument, mit dem auf Dauer ganz Niedersachsen in einen einzigen Übungsplatz verwandelt werden könnte. Bedroht durch die Ausbaupläne der BW sind immerhin 106 ha besten Mischwaldes, zudem in einem sehr beliebten und gut genutzten Naherholungsgebiet. 100.000 Bäume sollen weichen, nach Expertenmeinung drohen ,,*Veränderung der Geländeoberfläche, Erosionen und ,Quellhorizonte'* ", ,,*globale Absenkung des Grundwasserspiegels, ... eine der schlimmsten Belastungen des Naturhaushaltes*", ,,*eine schwerwiegende Einschränkung der Lebensqualität*" und die unwiderrufliche Verdrängung von Pflanzen und Tieren (GT, 14.1.). Selbst die BW kommt nicht umhin, zuzugeben, daß das bisher genutzte Gelände von der Verkarstung bedroht ist. Aber, so die BW: ,,*Unser Grundsatz ist es, auf Natur und Bevölkerung weitestgehend Rücksicht zu nehmen.*"

,,*Fest steht, daß hier wieder einmal versucht wird, mit dem Argument des Sachzwangs* (wir brauchen Platz, weil Leo...) *eine Entscheidung zu legitimieren und der Öffentlichkeit zu verkaufen, die natürlich schon längst vor der Umrüstung getroffen wurde, weil ansonsten die Umrüstung ja wieder sinnlos gewesen wäre. Von genau der gleichen bestechenden Logik ist das ,Argument', weil jetzt schon 200 ha die Verkarstung drohe, brauche man noch weitere 100 ha. Unseres Erachtens bahnt sich hier ein Skandal an, der erstaunliche Parallelen zur Auseinandersetzung um die Frankfurter Startbahn West aufweist, und von dem zumindest eins schon jetzt klar sein dürfte: daß er Widerstand hervorrufen wird*", schreibt die Bunte Liste in einem Flugblatt, in dem sie zur Bildung einer BI aufruft. Darüber hinaus haben bisher die Göttinger Naturschutzbeauftragten drei betroffene Gemeinden, das Friedensbündnis und die DKP ihren Protest angemeldet. Sogar ein SPD-Landrat wandte sich gegen den Ausbau, natürlich nicht, ohne ausdrücklich zu betonen, daß sich das nicht gegen die Bundeswehr richte.

Da braut sich im eh schon ,,krisengeschüttelten" Göttingen wieder einiges zusammen.

Antimilitarismus-Kommission KB Göttingen

Angebliche Dealer im Knast verurteilt – Hamburger »Reformvollzug« unter Beschuß

Am 29.1. sprach Richter Schenk das Urteil in der Berufungsverhandlung gegen zwei angebliche Dealer aus dem Knast Fuhlsbüttel (siehe AK 192): W. mußte freigesprochen werden, K. wurde zu 2 1/2 Jahren verurteilt. Hintergrund dieses Prozesses waren die zwielichtigen Methoden der „Sicherheitsgruppe" der Anstalt, insbesondere ihres Leiters Rettinger. In mehreren Fällen wurde bekannt, daß die S-Gruppe mit sogenannten „Informanten", d.h. Spitzeln zusammenarbeitet: die S-Gruppe „findet" Haschisch bei dem denunzierten Gefangenen und verschleppt ihn dann auf die Isolierstation bzw. – wie die beiden Angeklagten – in den Hochsicherheitstrakt. Auf diese Weise werden unbequeme Gefangene isoliert und im Knast ein Klima von Mißgunst, Neid und Denunziatentum erzeugt.

Inzwischen wird deutlicher, daß diese Methoden nicht nur dem Motto „teile und herrsche" dienen sollen, sondern daß Rettinger und seine Gesinnungsgenossen damit noch viel weitreichendere Ziele verfolgen: die Abschaffung des Hamburger „Reformmodells". In Fuhlsbüttel wird seit 1973 der Vollzug der „offenen Türen" praktiziert.

Ganz in diesem Sinne leitete Richter Schenk seine Urteilsbegründung mit einer provokativen politischen Stellungnahme zum Fuhlsbüttler Strafvollzug ein: *„Als vor Jahren mit viel Idealismus aber wenig Realitätssinn (!) die Resozialisierungsbemühungen begannen, da hatte man nicht bedacht, daß in einer Gemeinschaft von Mördern, Räubern und anderen Kriminellen die Häftlinge auch voreinander geschützt werden müssen; das ist aber nicht gewährleistet worden. In der Anstalt sind Lebensbedingungen entstanden, die man nicht für möglich hält – Mord, Drogenhandel, sexuelle Unterdrückung und Alkoholmißbrauch hinter Gefängnismauern bieten den Hintergrund für diesen Prozeß"* (aus: „Welt", vom 3o.1.81).

Diese Aussage stellt die Ergebnisse des Prozesses geradezu auf den Kopf: wenn hier die Gefangenen vor jemand geschützt werden müssen, dann ist das Herr Rettinger! Und er war es auch, der seine Aufgabe nicht etwa darin gesehen hätte, „die Häftlinge voreinander zu schützen" – er hat sie im Gegenteil gegeneinander aufgehetzt, indem er „kooperationsbereite" Gefangene willkürlich begünstigt hat, unbequeme Gefangene aber denunzieren ließ.

So wiesen die beiden Angeklagten in diesem Verfahren von vorneherein die Anschuldigungen gegen sie zurück und erklärten, daß die Anklage gegen sie von Rettinger inszeniert worden ist. Der Prozeßverlauf hat dies bestätigt: der einzige von den ursprünglichen drei Belastungszeugen, der noch greifbar war, nahm sämtliche Beschuldigungen zurück. Zwar hatte Rettinger, als ihm die Felle davonschwammen, plötzlich einen neuen Belastungszeugen, einen Gefangenen aus Fuhlsbüttel, präsentiert; dessen Aussagen waren aber nicht nur äußerst unpräzise – Haschisch habe er „direkt" nicht gesehen, nur irgendwelche „Päckchen" – sondern angesichts ihres Zustandekommens auch höchst unglaubhaft.

Daß Rettinger mit unlauteren Methoden arbeitet, bestätigten nicht nur zahlreiche Gefangene, sondern auch eine ehemalige Sozialpädagogin, die jahrelang in Fuhlsbüttel tätig war. Sie beschwor vor Gericht, daß sie von Rettinger bedroht worden sei. Die fortschrittliche Sozialarbeiterin hatte eine Dienstaufsichtsbeschwerde erhoben, weil ein Aufsichtsbeamter in der Telefonzentrale ein dienstliches Ferngespräch abhörte. Daraufhin drohte Rettinger: *„Ich brauche Ihnen nur eine Portion Haschisch in die Tasche zu stecken, dann sind Sie draußen aus der Anstalt"* („Stern", vom 5.2.81). Sie gab auch an, daß Rettinger dafür habe sorgen wollen, daß sie keine Anstellung mehr bei der Behörde erhalten werde, wenn sie gegen ihn aussagt. . .!

Richter Schenk faßte das Ergebnis der Hauptverhandlung allerdings so zusammen: nicht Rettinger habe gegen die Angeklagten intrigiert – nein, Rettinger selbst sei Opfer einer Intrige von einer Gruppe von Gefangenen geworden. *„Die Rettinger-Kampagne entbehrt jeder Grundlage"* („Welt", vom 3o.1.81).

Zum ersten Mal öffentlich bekannt wurde Rettingers-Methoden, als im Sommer 198o in einem ähnlichen Verfahren gegen den Gefangenen Wolf-Dieter S, Anstaltsleiter Stark gegen Rettinger aussagte. Hintergrund dieser Gegnerschaft sind die verschiedenen politischen Konzepte im Strafvollzug. Der Psychologe Stark ließ im Sinne eines „liberalen" Konzeptes die Türen innerhalb der Anstalt öffnen, um den Gefangenen so legal die Möglichkeit zu geben, untereinander Kontakt zu haben und natürlich so auch für die Anstaltsleitung „transparenter" zu machen, was in der Anstalt abläuft (Stark in einem Interview im NDR vom 2.2.81). Dagegen betrachtet Rettinger die Gefangenen nur als zu verwaltene Sicherheitsrisiken und arbeitet darauf hin, *„daß die Zellen wieder restlos dicht gemacht und das ‚liberale' Modell Santa Fu' wieder liquidiert wird"* („taz", vom 25.4.8o).

In dieser Richtung versuchen Kräfte um die CDU seit eh und je das „Fuhlsbüttler Modell" anzugreifen. So nahm die Springerpresse beispielsweise im Dezember 1979 den Mord an einem Gefangenen zum gelegenen Anlaß, sogleich die Frage nach „sachlichen Konsequenzen" für den Vollzug aufzuwerfen („Bild", vom 17.12.79). Auch der Spruch von Richter Schenk wurde von der „Welt" unter der Überschrift: „Heftige Kritik an der Strafanstalt Fuhlsbüttel" wohlwollend zitiert. Wen wundert es noch, daß sich Rettinger bei den gegen ihn eingeleiteten staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen wegen Falschaussage von RA Willich, Mitglied der Bürgerschaft für die CDU (!), vertreten läßt. . . ?

Für solche Bestrebungen scheint die Zeit gerade günstig zu sein: Anstaltsleiter Stark wird im April dieses Jahres pensioniert. Damit könnte die Bahn frei sein für Rettingers Ziel. Zwar trägt die Justizbehörde nach außen hin das Konzept von Stark mit. So versicherte Senatorin Leithäuser noch im Dezember 1979 nach dem Gefangenenmord, „an Haftverschärfungen sei gegenwärtig nicht gedacht" „FR", 18.12.79). Andererseits stellt sich das Strafvollzugsamt voll hinter Rettinger: *„Wir halten ihn für den richtigen Mann am richtigen Platz"* erklärte der Leiter des Strafvollzugsamtes („Stern", vom 5.2.81). Angesichts der Vorgänge in diesem und ähnlichen Prozessen, v.a. angesichts der von Richter Schenk prompt gezogenen Schlußfolgerungen drängt sich der Verdacht auf, daß Rettinger und seine politischen Freunde sich die Argumente für ihr Ziel – die Liquidierung des „Fuhlsbüttler Modells" – selber produzieren.

Es ist daher dringlicher denn je, daß sich alle, die – trotz aller Kritik – das „Fuhlsbüttler Modell" gegen die Bestrebungen für Haftverschärfungen verteidigen, für die Forderungen der „Ermittlungsgruppe – Rettinger" einsetzen:

- **die bereits im Sommer 198o gegen Rettinger und andere Beamte der S-Gruppe gestellte Strafanzeige wegen Falschaussage muß beschleunigt und gründlich verfolgt werden!**
- **solange die schwerwiegenden Vorwürfe gegen die S-Gruppe bestehen, müssen die betreffenden Beamten beurlaubt werden!**

IKAH
Kontakt zur „Ermittlungsgruppe – Rettinger" über:
Medienzentrum E.V.
Schumannstr. 57
Hamburg 76

Hungerstreik in der JVA Frankfurt Preungesheim

Seit dem 2.2.81 befinden sich ca. 200 soziale und politische Gefangene in der BRD, in Westberlin (Moabit und Lehrterstr.) und in der Schweiz im Hungerstreik. In der JVA Preungesheim I sind 40 ausländische und deutsche Gefangene in einen Hungerstreik getreten, der auf vorerst 14 Tage befristet ist. Der Streik richtet sich gegen die Überbelegung und gegen die Zustände in der Anstalt sowie gegen den derzeit im Bau befindlichen Sicherheitsbereich. Am 9.1. zogen ca. 40 Leute vor die JVA, um lautstark ihre Solidarität mit den Gefangenen zu bekunden. Die Polizei nahm brutal 15 Personen fest; alle wurden erst Stunden später wieder freigelassen und bekamen eine Anzeige wegen Verstoßes gegen die Lärmverordnung. Weitere Aktionen sind geplant.

Im Folgenden veröffentlichen wir die Hungerstreik-Erklärung der Gefangenen der JVA I, Frankfurt-Preungesheim, im Wortlaut.

Wir ... treten ab Montag, den 2.2.81, in einen zunächst auf 15 Tage befristeten Hungerstreik!

Nachdem in der ‚FR' und ‚FAZ' vom 9.1.81, in der ‚FR' vom 20.1.81 und der ‚FAZ' vom 21.1.81 über ‚unhaltbare Zustände' zu lesen war, wollen wir eben diese nicht in Vergessenheit geraten lassen und erreichen, daß die Verantwortlichen des Hessischen Justizministeriums die Abstellung folgender Mißstände nicht nur zusichern, sondern realisieren.

Im Einzelnen fordern wir:

1. **Sofortige Wiedereinführung der ‚Frei'-stunde im Hof!**
2. **Zulassung der Neuzugänge zur ‚Frei'-zeit und Verlängerung auf mindestens 4 Stunden täglich!**
3. **Sofortige Verlängerung der Besuchszeiten und Erweiterung derselben auf nachmittags, samstags, sonn- und feiertags!**
4. **Installierung von Steckdosen in den Zellen für Radio- und Fernsehanschluß!**
5. **Ablösung von ‚Dr.' Germershausen und endlich Realisierung einer adäquaten ärztlichen Versorgung!**
6. **Mindestens zweimal Duschen in der Woche für alle!**
7. **Abmontieren der Fliegengitter und/oder der Sichtblenden!**
8. **Aufklärung der Öffentlichkeit über den derzeit in Arbeit befindlichen Sicherheitsbereich auf den Stationen 8 - 10!**

Zu 1.
Seit Mitte November '80 waren die Gefangenen des großen Hauses nicht mehr im Hof. Dies wurde ohne Erklärung von Gründen und ohne zeit- *mehr im Hof. Dies wurde ohne Erklärung von Gründen und ohne zeit-**liche Begrenzung durchgesetzt. Der Bewegungsraum im sog. „Etagenhof" ist eingeschränkt, da in der Regel ca. 80 Leute gleichzeitig ‚Frei'-stunde haben (siehe ‚FAZ' vom 21.1.81). Wir fordern die sofortige Wiedereinführung des Hofgangs draußen, auch wenn dies den zur Bewachung abgestellten Schließern unangenehm ist.*

Zu 2.
Jeder Neuzugang wird in den ersten zwei Monaten von der derzeit zweistündigen ‚Frei'-zeit ausgeschlossen. D.h. er ist 23 Stunden täglich isoliert alleine in der Zelle. Zur offiziellen Begründung fiel den perversen Juristenköpfen nichts Besseres ein als: „zur Eingewöhnung". Allerdings ist auch eine Äußerung der Staatsanwältin Werner bekannt, die vor längerer Zeit jubelnd bekannte, daß in diesen zwei Monaten ‚Geständnisse' sprunghaft gestiegen sind. Damit ist der eigentliche Zweck der Isolation benannt. Wir, die Betroffenen, empfinden diesen Zustand der Isolation als einen Akt der Unmenschlichkeit und fordern die Aufhebung. Weiterhin fordern wir die Verlängerung der sog. ‚Frei'-zeit auf mindestens 4 Stunden täglich. Bereits Mitte 1976, nach der Besetzung der Etagenhöfe, kam das Angebot von Klüsener, die ‚Frei'-zeit zu verlängern. Das ist bis heute nicht geschehen.

Wir fordern, daß nach der Abendessensausgabe um 16 Uhr ebenso ‚Frei'-zeit stattfindet, da die z.T. überbelegten Zellen als reine Schlafzellen anzusehen sind.

Zu 3.
Will derzeit ein berufstätiger Angehöriger einen Gefangenen regelmäßig alle 14 Tage besuchen, muß er sich, wenn überhaupt möglich, im Jahr 26 mal einen halben Tag Urlaub nehmen.

Das sind 13 Urlaubstage! Diese Regelung ist als barbarische Mitbestrafung von Angehörigen anzusehen! Es gibt derzeit Wartezeiten an Besuchtstagen bis zu 5 Stunden.

Wir fordern, a) daß sofort nachmittags, an Samstagen, Sonn- und Feiertagen Besuch möglich ist, und b) daß der Besuch auf mindestens eine Stunde pro Woche verlängert wird. Als U-Häftlinge sind wir bis zu einer rechtskräftigen Verurteilung anzusehen. Durch die derzeitige Besuchsregelung und Briefkontrolle von etwa drei Wochen werden alle Kontakte nach draußen systematisch zerstört. Das wird nicht mehr hingenommen!

Zu 4.
Alle Besitzer von Radio- und Fernsehgeräten sind derzeit gezwungen, ihre Geräte mit Batterie zu betreiben. Für Radio macht das monatlich etwa 50 DM, für Fernsehen etwa 150 DM. Die meisten Gefangenen können sich das nicht leisten. In hessischen Strafanstalten sind oder werden derzeit in jeder Zelle Steckdosen installiert. Die Gefangenen in Darmstadt z.B. zahlen dafür monatlich 3 DM. Das Grundrecht auf Information darf in U-Haft nicht länger von der Finanzstärke abhängig sein. Die in jeder Zelle befindlichen Kopfhörer sind von minderer Qualität, häufig kaputt, und das Einstellen des Programms geschieht nur sehr ungenau. So hört man in der Regel bei HR 1 gleichzeitig AFN. Ein Justizministerium, das Finanzmittel für neue Wachtürme, Gitter, Sicherheitsabteilungen und neue Knäste hat, sollte uns sofort die Möglichkeit einer normalen Informationsquelle bereit stellen. Deshalb fordern wir Steckdosen in den Zellen!

Zu 5.
Der derzeitige ‚Arzt' der Anstalt ist in den Ruhestand zu versetzen. Nicht nur daß er bemüht ist, den Gefangenen Antipathie zu demonstrieren, sondern er verweigert zu oft ärztliche Hilfe. Obwohl bereits derzeit Arztmeldungen von Gefangenen durch sog. Sanitäter selektiert werden, wird bei den zum „Arzt" Vorgelassenen eine Untersuchung, Medikamente etc. verweigert. Bei nachdrücklichen Forderungen, z.B. nach Schmerzmitteln, wird mit Bunker gedroht. Wir fordern, daß für derzeit 920 Mann endlich eine normale ärztliche Versorgung für nicht zuletzt durch Haftbedingungen krank gewordene Gefangene bereitgestellt wird.

Zu 6.
Wir fordern, daß jeder Gefangene mindestens zweimal die Woche duschen kann. So war es noch im Januar '80. Heute duschen wir insgesamt 6 Minuten die Woche. Das ist eine unhygienische Sauerei, da es z.B. unmöglich ist, im Winter die Haare mit *unhygienische Sauerei, da es z.B. unmöglich ist, im Winter die Haare mit* *kaltem Wasser zu waschen (siehe ärztliche Nichtversorgung). Informationen besagen, daß nach Kürzungen der Duschzeit pro Quartal 20.000 DM Wassergeld eingespart werden. Dies für neue Sicherheit und andere unmenschliche Perversionen.*

Zu 7.
Langsam aber sicher wird jede Zelle mit angeblich sicheren Gittern plus Fliegengittern vor dem Fenster versehen. Damit ist es unter Beibehaltung der Sichtblenden tagsüber dunkel in der Zelle. Es ist notwendig, ununterbrochen Neonlicht zu haben. Wie auch Punkt 8 sind diese Maßnahmen nur aus dem Hochsicherheitsbereich bekannt. Wir fordern Abbau der Sichtblenden und/oder der Fliegengitter.

Zu 8.
Derzeit wird auf den obersten drei Etagen ein Sicherheitsbereich eingerichtet. Essensklappen in den Türen, Fliegengitter, Spezialbeton, keine Fußleisten usw. – alles Dinge, die aus den Todsicherheitsbereichen Berlin, Celle, Lübeck u.a. bekannt sind. Es wird sofortige Aufklärung der Öffentlichkeit gefordert, was es mit dem Sicherheitsbereich auf sich hat, und warum er da rein soll. Wir fordern, daß der Bereich nicht belegt wird und wieder in den alten Zustand versetzt wird. Vielleicht läßt sich aber auch eine Turnhalle daraus machen.

Wir fordern abschließend, daß die am Hungerstreik Beteiligten keinerlei Repressalien ausgesetzt werden. Sollte etwas Derartiges bekannt werden, treten wir in einen zusätzlichen Durststreik.

Da uns Klüsener und Konsorten hinlänglich bekannt sind, lehnen wir jedes Gespräch mit diesen ab! Es wird nur mit dem Justizministerium verhandelt. Dies geschieht nur mit allen Beteiligten, da es für den Hungerstreik keinen Verantwortlichen gibt.

Klassenjustiz-Nachrichten

Düsseldorf. Der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr (VRR) will ab März die Fahrpreise um 12 % erhöhen. Aus Protest hatte der „Überblick" in seiner Januar-Ausgabe einige „unlautere Methoden zur individuellen Fahrpreisgestaltung" veröffentlicht. Auch eine VRR-Anzeige war etwas verändert abgedruckt worden: *„Wenn Sie noch Fragen haben: Über diesen heißen Draht erteilt der ÜBERBLICK jetzt guten Rat."*

In den Chef-Etagen des VRR stieß das auf tiefste Mißbilligung. Deshalb ließen sie per Einstweiliger Verfügung am 19.1. die Januar-Ausgabe des „Überblick" verbieten.

Ebenfalls verbieten ließen sie das Erteilen telefonische(r) Ratschläge über Verfahrensweisen und Methoden des „Schwarzfahrens" (Beförderungserschleichung); sowie die mögliche Veröffentlichung von „Ratschlägen" in späteren Ausgaben des „Überblicks".

Und damit die „Überblick"-Redaktion sich auch brav dran hält, wird im Falle einer Zuwiderhandlung ein Ordnungsgeld bis zu 500.000 DM angedroht. Auch wurde der Streitwert des Verfahrens mit 42.500 DM so hoch angesetzt, daß eine weitere juristische Auseinandersetzung über die Einstweilige Verfügung den „Überblick" mit dem finanziellen Ruin bedroht.

Daran scheinen einige Leute auch ein lebhaftes Interesse zu haben: „Seit der Einstweiligen Verfügung häufen sich listige und unflätige Anrufe in der Redaktion. Die einen wollen plötzlich unbedingt TIPS zum Schwarzfahren haben, die anderen bedrohen Redaktionsmitglieder mit Prügel. Solch Telefonterror scheint uns wenig gut zur weißen Weste der sehr verehrten An*tragstellerin zu passen."*

●●●●●●

Mettman. Ebenfalls unschöne Erfahrungen machte das Jugend- und Kommunikationszentrum „Oase". Kaum war die Nr. 1 der Zeitung „Madmann" erschienen, erhielt die „Oase" einen Brief des 1. Beigeordneten der Stadt Mettmann. Er teilte mit, daß der „Madmann" Nr. 1 gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften verstoße. Sollten die „Oasen"-Leute nicht umgehend im Rathaus „vorsprechen", würde das Jugendamt einen Indizierungsantrag stellen.

Grund: Die Herausgeber hatten H.C. Wächters „Die 11 bekanntesten Stellungen bei der Selbstbefriedigung des Mannes" aus der Titanic nachgedruckt.

Ergebnis des Vorsprechens: Die „Oase" stellte den Vertrieb des „Madmann" Nr. 1 ein. Allerdings machten sie per Flugblatt den Zensurskandal öffentlich.

(Alle Informationen aus „Überblick" Februar 81)

Veranstaltung zu Haftbedingungen in Marburg Ein Erfolg!

Am 11.2. fand in Marburg eine vom KB, der Grün-Bunt-alternativen (Uni-) Liste und dem Anti-Repressionsreferat des Astas getragene Veranstaltung statt. Die Themen waren:
– die sogenannten „Selbstmorde" in Stammheim
– die Verschärfung der Haftbedingungen politischer Gefangener
– der Hungerstreik der Gefangenen aus der RAF, der seit dem 2.2.81 gegen die Isolationsfolter gemacht wird.

Zum Thema „Selbstmorde" hat Christiane Ensslin ein Referat gehalten, in dem sie der staatlich verordneten Selbstmorddoktrin vehement widersprach. Zur Geschichte und Entwicklung der Haftbedingungen der politischen Gefangenen und ihres Kampfes dagegen sprach Wienke Zitzlaff, die Schwester von Ulrike Meinhof.

Sie betonte besonders die Notwendigkeit, den Hungerstreik der Gefangenen möglichst breit und öffentlichkeitswirksam zu unterstützen. Dies ist besonders wichtig, weil die Überlebensmöglichkeit auf Grund der Isolationshaft immer geringer wird und möglicherweise der Staat es mal wieder auf Tote ankommen läßt. Die Diskussion ging hauptsächlich um die Frage, welche Möglichkeiten zur Unterstützung da sind und wie das Gefühl der Ohnmacht und der Vereinzelung (wie auch die Entsolidarisierung) innerhalb der Linken überwunden werden kann.

Als konkretes Beispiel wurde beschlossen, eine Gruppe zu bilden, die in Marburg kontinuierlich weiterarbeitet. Ermutigend war vor allem, daß über 2oo Leute, darunter viele Nichtstudenten und ältere Menschen auf der Veranstaltung waren. Damit war dies für Marburg seit 3 Jahren die bei weitem größte Veranstaltung zu diesem Thema. Mit 4oo DM wurde darüberhinaus noch ein recht gutes Spendenergebnis erzielt.

Alles in allem war die Veranstaltung ein beachtlicher Erfolg, und ein Beispiel, das möglichst schnell auch in anderen Orten „Schule machen" sollte.

„Drinnen" und „Draußen"– ein Kampf!!

KB/Gruppe Marburg

KULTUR



R.W. Faßbinders Film »Lili Marleen«

Faschismus als bürgerliches Rührstück

Kaum ist die Mammutserie „Berlin-Alexanderplatz" im Fernsehen gelaufen, da gibt's auch schon den nächsten Film von Faßbinder in den Kinos zu sehen. Und er wird wohl auch noch einige Wochen zu sehen sein.

Wäre „Lili Marleen" nur die Geschichte zweier Liebender, die mal wieder nicht zueinander kommen können, so wäre eine Besprechung des Films wohl kaum interessant. Da der Film aber nach Faßbinders Aussage auch „mit deutscher Vergangenheit und ihrer Bewältigung zu tun" habe und zudem die Problematik einer Künstlerkarriere im „3. Reich" „die große Frage des Films" sei, ist eine Auseinandersetzung mit diesem Film unerläßlich.

Hier nun zunächst die Story des Films. Wilkie (Hanna Schygulla) verlebt in der Schweiz glück-verliebte Tage mit ihrem Freund, dem Juden Mendelssohn. Mendelssohn ist Mitglied einer Organisation, die von der Schweiz aus Juden mit gefälschten Pässen versorgt und ihnen so zur Flucht aus Deutschland verhilft. Als Wilkie ihren Freund auf einer seiner Fahrten nach Deutschland begleitet, wird ihr als deutscher Staatsbürgerin auf der Rückfahrt die Einreise in die Schweiz verweigert. Wilkie ist also darauf angewiesen, in Deutschland eine eigene Existenz aufzubauen. Mit Hilfe des Reichskulturkammerpräsidenten Henkel, der ein Auge auf sie geworfen hat, gelingt ihr das auch relativ schnell. Henkel will sie „groß herausbringen". Er selbst initiiert die Plattenaufnahme des Liedes „Lili Marleen". Als kurze Zeit darauf der Soldatensender Belgrad das Lied ausstrahlt, beginnt Wilkies Karriere.

Zwischendurch gelingt es den beiden Liebenden, Wilkie und Mendelssohn, sich ab und zu – meistens unter geradezu abenteuerlichen Umständen – zu treffen. Da wagt sich Mendelssohn doch tatsächlich in die Höhle des Löwen: Er taucht in dem Studio auf, in dem die Nazigröße Henkel gerade mit Wilkie „Lili Marleen" aufnimmt. Und da Henkel eingefallen ist, mal wieder die Frühnachrichten zu hören (promt ertönt auch aus dem Volksempfänger, daß „seit 5 Uhr 45 zurückgeschossen wird"), haben die Liebenden etwas Zeit füreinander. Mendelssohn gerät später in die Hände der Faschisten, kann aber dank geheimen Filmmaterials über das Warschauer Ghetto, das Wilkie für die Organisation geschmuggelt hat, freigekauft werden. Obwohl die Nazis ahnen, daß sie in den Juden Mendelssohn verliebt ist und den Film in die Schweiz geschmuggelt hat, überlebt sie die letzten Tage des „3. Reiches" dank der Hilfe eines SS-Offiziers, der sich als heimlicher Antifaschist entpuppt. Beide irren dann auch in der berühmten „Stunde Null" durch den Grunewald, wo er ihr seine Liebe gesteht. Aber Wilkie zieht es in die Schweiz, zu ihrem Geliebten. Der ist inzwischen ein großer Dirigent geworden – und mit einer Jüdin verheiratet. Also kein happy end – die große Liebe endet tragisch.

Nun wäre dies alles nichts weiter als ein bürgerliches Rührstück, wenn nicht der Faschismus auch aus eben dieser Perspektive, der Perspektive des vereinzelten Menschen, gezeigt würde. „Vom Standpunkt eines Spielballs aus", so Brecht, „sind die Bewegungsgesetze kaum konzipierbar". Und die Menschen werden immer wieder aus dieser Perspektive nur „als Opfer" dargestellt, „als Objekt einer unbekannten, aber fixierten Umwelt". Was im Bewußtsein vieler Älterer vom Faschismus im Gedächtnis haften blieb und was heutzutage in vielen Köpfen – bedingt durch die jahrelange Verharmlosung des Faschismus – herumspukt, wird zu einem nicht unbedeutenden Teil durch Faßbinders Film bestätigt. Faschismus als etwas Schicksalhaftes, das man bestenfalls mit etwas Glück überstehen kann. Sentimentale Erinnerungen an den Schützengraben, die 3 Minuten vor 22 Uhr, wenn das Lied „Lili Marleen" die Fronten kurzzeitig „versöhnt". Die Soldaten im Schützengraben wirken ausgesprochen malerisch und dekorativ wie auf einer Operettenbühne. Der englische Soldat zum Beispiel, der von der Abendsonne an der Front verklärt wird, könnte für Montgomerys „Wüstenfüchse" Reklame stehen. Auch die von Faßbinder einmontierten Kriegsszenen kritisieren diese verkitschten Bilder nicht – sie bleiben oberflächlich.

Weiterhin gibt's etwas Nazi-Dämonie aus der Sicht des „kleinen Mannes". Wenn beispielsweise Goebbels bei Henkel anruft, stammelt der Reichskulturkammerpäsident am Telefon: „Ja, Herr Minister, selbstverständlich, ich stimme ihnen zu ...", während gleichzeitig etwas Licht auf das Porträt des gefürchteten Ministers für Propaganda fällt. Und Widerstandskämpfer sind zum Beispiel daran zu erkennen, daß sie an dunklen Straßenecken in Autos steigen, ein paar Informationen austauschen und sich an einer ebenso dunklen Straßenecke wieder absetzen lassen. Damit keine Zweifel entstehen, ob es sich nicht vielleicht doch um Kriminale handeln könnte, stellt sich Faßbinder selbst als „Chef der Widerstandsorganisation" vor. sein Name: „Günter Weisenborn". Wenn sie ganz besonders mutig sind, treffen sich diese Widerstandskämpfer sogar vor der hakenkreuzdekorierten Feldherrnhalle. Fehlt eigentlich nur noch, daß sie „Unter der Laterne, vor dem großen Tor" als Erkennungsmelodie pfeifen. Das alles wirkt wie Operette mit leicht grusligem Touch. Aber die berühmte Gänsehaut, nach der man sich als Kleinbürger immer so sehnt, bleibt aus angesichts der glatten Bilder, in denen Faßbinder das alles gefilmt hat.

Ein Klischee jagt das nächste. Die SA ist ja bekannt dafür, daß sie bei jeder Möglichkeit und Unmöglichkeit 'ne Schlägerei abzieht. Der Streit zwischen ein paar Amerikanern und der SA entbrennt natürlich wegen des Liedes „Lili Marleen". Die Amerikaner wollen's hören, die SA dagegen ihren lärmenden Kameradschaftsabend feiern. Da ist die Schlägerei natürlich vorprogrammiert.

Wein, Weib und Gesang dürfen bei so vielen Naziuniformen natürlich auch nicht fehlen. Und wo crime ist, pardon, wo Nazis sind, darf die berühmte verquaste Sexualität nicht fehlen. Weil ihm eine üppige Blondine (so'ne richtige Germanenfrau) heimlich zugeflüstert hat, daß Wilkie die von den Nazis gesuchte Filmspule im Busen versteckt hat, faßt der Herr Reichskulturkammerpräsident Henkel höchstpersönlich – mein Gott, ist der doof – der „Lili-Marleen"-Sängerin auf offener Tanzszene in den Ausschnitt und kriegt auch promt eine geknallt. Worauf Henkel im gesamten Etablissement eine Razzia befiehlt. Während Hintern und Vaginas nach der Filmspule durchsucht werden, kann Wilkie sich erstaunlicherweise der Razzia entziehen. Als sie nicht weiß, wohin mit dem Film, geschieht wiederum Erstaunliches. Da bietet sich als Hilfe in der Not und völlig unmotiviert ein hoher SS-Offizier an, die Filmspule einstweilen zu verstecken. Da haben wir's mal wieder: Auch unter den höheren Nazis gab's heimliche Antifaschisten. Oder wollte der SS-Offizier sich nur für spätere Zeiten eine Art Rückversichung schaffen? Wir werden's nie erfahren. Denn mit diesen Problemen gibt Faßbinder sich nicht ab.

Dies gilt vor allem auch für die von Faßbinder als „große Frage des Films" bezeichnete Problematik einer Künstlerkarriere im Faschismus. Hier hätte Faßbinder – vielleicht in Anlehnung an Klaus Manns Roman „Mephisto" – die Chance gehabt, etwas gegen die von ihm selbst beklagte allgemein verbreitete Unkenntnis der „deutschen Geschichte" tun können. Denn daß ihm der Mephisto-Roman bekannt ist, zeigt er selbst in einem kurzen filmischen Verweis: Er läßt Wilkie in einem Theatermagazin blättern, in dem das Bild von Gründgens als „Mephisto" deutlich zu sehen ist. Bei diesem platten filmischen Verweis bleibt's dann aber. Auch die Szene, in der Wilkie und ihr Pianobegleiter auf dem Höhepunkt der Karriere in der Villa, die ihnen Hitler geschenkt hat, den Erfolg mit Sekt begießen, bleibt oberflächlich. Wilkies Pianobegleiter feixt über die dämlichen Nazis, die seiner Ansicht nach nicht gemerkt haben, daß sie einem mittelmäßigen Klavierspieler und einer Sängerin „ohne Stimme" die große Karriere ermöglicht haben. Typisch Kleinbürger, der sich in den eigenen vier Wänden total überschätzt und meint, er habe die Nazis verarscht. Und warum blickt Wilkie in dieser Szene fortlaufend in den Spiegel? Ist sie vielleicht auf der Suche nach ihrem wahren, nicht durch die Karriere korrumpierten Ich? Der/die Zuschauer/in darf raten.

Im folgenden wird's dann auch wieder problemloser: Faßbinder läßt seine Hauptdarstellerin geheimes Filmmaterial aus dem Warschauer Ghetto schmuggeln, um der jüdischen Organisation die Möglichkeit zu geben, Juden aus Konzentrationslagern freizukaufen. Die Auseinandersetzung mit der Problematik „Künstlerkarriere im '3. Reich' " wird so verdeckt durch das Scheinargument, daß Wilkie sich ja für die Juden eingesetzt hat.

Faßbinders filmischer Blickwinkel ist der des Kleinbürgers, der unfähig ist, gesellschaftliche Beziehungen zu erkennen, der alles nur aus dem Blickwinkel zwischenmenschlicher Beziehungen betrachten kann. Entsprechend erscheint auch der von ihm dargestellte Faschismus als etwas Schicksalhaftes, das man am besten mit einer „Es geht alles vorüber, es geht alles vorbei"-Stimmung übersteht und sich in der „Stunde Null" wundert, daß man alles mit einem blauen Auge überstanden hat.

Ein Genosse der Kulturkommission

Federico Fellinis Film »Stadt der Frauen«

Die Ängste einer Männerseele

„ ... man kann sich in der 'Stadt der Frauen' einmal vorführen lassen, welche Ängste der Feminismus in der lateinischen Männerseele und speziell einer alternden, so bewirkt" („Courage", 12/80). Und nicht nur in der lateinischen Männerseele! Sieht man von den italienischen Besonderheiten ab, so gilt dies ebenso für den Teil der bundesrepublikanischen Männer, die sich mit den Forderungen der Frauenbewegung konfrontiert sehen. Fellini's Fähigkeit besteht darin, die Ängste, die diese Forderungen bei Männern auslösen, in Bilder umzusetzen, sie zu versinnlichen. Auch die dazu gehörige Portion Selbstmitleid, dieses erpresserische „Ach ich armer Mann" fehlt dabei nicht – und der Humor, mit dem er dies alles inszeniert.

Fellini's „Filmheld" Snaporaz (Marcello Mastroiani), ein alternder Chauvinist, der nach eigenen Worten keine Frau, die ihn sexuell reizt, „ausläßt", gerät bei einem seiner „Annäherungsversuche" an eine Feministin. Als die Frau das Zugabteil, in dem sie mit Snaporaz sitzt, verläßt und zur Toilette geht, folgt er ihr. Auf ihre Frage: „Willst du es gleich hier in der Toilette?", läßt Snaporaz die Hosen runter – allerdings vergeblich, denn der Zug hält an einer kleinen Station und die Frau steigt aus. Als er ebenfalls aussteigt, um ihr zu folgen, schüttelt sie ihn souverän ab. Snaporaz läuft weiter und landet in einem abgelegenen Hotel – in dem ein Treffen italienischer Feministinnen stattfindet.

Snaporaz sieht anfangs dieses Treffen als etwas mehr oder weniger Exotisches an. Etwas irritiert sucht er in den Räumen des Hotels, in denen Dia-Vorträge über weibliche Sexualität, Diskussionen und Theatervorführungen stattfinden, weiter nach der Frau aus dem Zug. Nach einiger Zeit erfolgloser Suche wird er dann von der Frau aus dem Zug auf offener Szene als besonders typisches Exemplar des Chauvinismus entlarvt. Snaporaz, der anfangs noch versucht, diesen „Vorwurf" mit wenig überzeugenden Gesten zurückzuweisen, dabei aber schon langsam rückwärts geht und dann zu entkommen versucht, wird von den Frauen „gestellt" und unter Aufsicht einer Frau per Fahrstuhl in die Turnhalle expediert. Völlig verunsichert findet er sich hier auf Rollschuhen wieder, umkreist von rollschuhfahrenden Frauen, und muß sich das Selbstverteidigungstraining der Frauen ansehen: den gezielten, konzentrierten Tritt in die fiktiven Eier einer blöde glotzenden Chauvipuppe. Seine Angst nimmt geradezu alptraumhafte Züge an. Eine Angst, die sich immer wieder nur als Produkt seiner Phantasie erweist, denn die Frauen tun ihm nichts. (Was müßte wohl eine Frau, allein mit einer Horde Männer, aushalten??) Sie beschäftigen sich sogar mit ihm – allerdings auf ironisch-distanzierte Weise, leisten – wenn auch kompromißlos – immer noch emotioanle Entwicklungshilfe. Nur Snaporaz begreift es nicht; er sieht sich als jemand, der hilflos ausgeliefert ist. Allerdings, sowie seine Verunsicherung einen Moment nachläßt, versucht er's – vorichtig zwar – in „alt bewährter" Weise: „Eine Frau wie du! Was machst du eigentlich hier? Du bist also Feministin?!"



Wie Fellini seine Verunsicherung und seine Ängste angesichts der Frauenbewegung filmisch darstellt, ist schon sehenswert. Frauen, die die Kletterstangen aus dem darüberliegenden Stockwerk in die Turnhalle hinabsausen, erscheinen ihm für einen Moment wie Hexen aus der Walpurgisnacht, die ihm und seinen Privilegien einen fürchterlichen Schreck einjagen. Aber im nächsten Moment zeigt Fellini die Menschlichkeit dieser Frauen, eine Menschlichkeit, die ihn fasziniert, nach der er sich sehnt, von der er etwas „abhaben" möchte, ohne freilich seine Männlichkeit allzu sehr infragezustellen. Diesen Widerspruch versinnlicht Fellini auch in den folgenden Sequenzen des Films immer wieder. So etwa in der Szene, in der Snaporaz die „sexuelle Samtrutschbahn" („Courage") runtersaust. Hinter ihm die bunten Lichter einer Jahrmarktskulisse: Sinnbild männlicher Isoliertheit. Drei alte Voyeure rufen ihm Erinnerungen an seine früheren „Beziehungen" zu: „He, Snaporaz, erinnerst du dich noch an die Fischverkäuferin ...?" Snaporaz stammelt was von den „wahnsinnigen" Brüsten dieser Frau, die vor Jahren sein Gefühlsleben mal kurzfristig angeheizt hat. Und Fellini zeigt die Fischverkäuferin, ihr Gesicht, das Snaporaz' armselige Männlichkeit entlarvt. Was für Fellinis Darstellung der Fischverkäuferin charakteristisch ist, gilt für alle Frauen des Films: *„Fellinis Frauen können noch soviel Hintern haben, sie haben immer auch ein Gesicht"* („Emma", 1/81).

Die Feministinnen, die in Polizei-Uniform und Stiefeln in die Villa des Oberchauvinisten eindringen, erscheinen im ersten Moment als Abklatsch bürgerlicher Hetzbilder auf emanzipierte Frauen. Doch Fellini entlarvt durch seine Darstellung der Frauen dies sofort als chauvinistisches Phantasieprodukt. In diese Villa des Chauvinisten und „D'Annunzio-Anbeters" („Courage") (d' Annunzio, ein italienischer Schriftsteller und Verehrer Mussolinis), der sich mit Gewehr und riesigen Hunden vor den Lesben verschanzt hat, ist Snaporaz geflüchtet. Die Lesben, in deren Auto er mitgefahren war, hatten ihm das schlimmste angetan, was Frauen einem Mann überhaupt antun können: Sie hatten ihn ganz einfach ignoriert.

Die Villa des d'Annunzio-Anbeters ist der Inbegriff des Chauvinismus. Die Einrichtung besteht überwiegend aus Phallussymbolen und Kabinetten, in denen chauvinistische Sexualphantasien wahre Triumphe feiern. Per Knopfdrück erscheint das Bild einer Frau und das diesem Frauentyp „entsprechende" Orgasmusgestöhn – wie Mann es sich eben als der vermeintlich perfekte Liebhaber erträumt. Wie Snaporaz hier auf die Knöpfe drückt, sich aufgeilt – das wäre jedem Regisseur zu einer Peinlichkeit, wenn nicht zur Pornographie geraten. Für Fellini bietet diese Szene dagegen die Möglichkeit, Snaporaz' Infantilität zu entlarven.

In den Schlußszenen des Films nimmt Snaporaz' Angst vor den Frauen noch einmal alptraumhafte Züge an. Snaporaz muß vor einem „Tribunal" der Feministinnen Fragen beantworten, die darauf zielen, seine Kenntnisse sowohl über die Sexualität der Frauen als auch über seine eigene Sexualität zu überprüfen. Was weiß er eigentlich über den eigenen Körper? Was weiß er überhaupt über das Leben von Frauen, ihre Interessen, ihre Wünsche, ihre Sexualität? Nachdem er anfangs noch versucht, mit wahren Softy-Blicken bei einer Frau Mitleid zu wecken, sie sich aber auf diesen faulen Kompromiß nicht einläßt, gibt er auf und rudert nur noch hilflos mit den Armen in der Luft herum. Snaporaz ist sprachlos. Was will er eigentlich von Frauen? Er weiß es nicht. Zu einer menschlichen Beziehung mit ihnen ist er unfähig.

Als die „Befragung" beendet ist, macht Snaporaz den Eindruck, als erwarte ihn die Guillotine. Stattdessen bescheren ihm die Frauen zur „Belohnung" seine Idealfrau – eine Puppe. Snaporaz schwebt im Ballon durch die Luft, über sich das starr lächelnde Gesicht der Puppe. Bis die Frau, die er in seiner Phantasie auf dieses Abziehbild reduziert hat, den Ballon abschießt. Der Chauvi stürzt ab und mit ihm das Bild der Idealfrau.

Dieser Alptraum vom Abgesang des Chauvinismus – Fellinis Angsttraum – erweist sich am Ende des Films als Traum. Snaporaz wacht im Abteil des Zuges auf. Ihm gegenüber im Abteil die Frauen, die in seinem Alptraum eine wesentliche Rolle gespielt haben. Gegenüber den Frauen *„mit ihren sehr menschlichen Gesichtern"* („Courage") wirkt Snaporaz wie ein Säugling, der in die Jahre gekommen ist. Die Szene erinnert an das Ende eines „Beziehungsgesprächs", in dem mal wieder die „Sprachlosigkeit" des Mannes aufgedeckt wurde.

Ein Genosse der Kulturkommission

»Nachts ging der Schutzmann auf Frauenjagd«

Polizisten als Vergewaltiger und Zuhälter



Zivilbulle „Siggi" gauckelt einem Mädchen Liebe vor, geht mit ihr ins Bett, bringt sie dazu, ihm Rauschgift in Mengen zu besorgen — der Fahndungs-Coup ist gelungen; einige Dealer werden verhaftet, „Siggi" verschwindet wieder von der Bildfläche einer badenwürttembergischen Kleinstadt. Das Mädchen hat Angst, schwanger zu sein, geht zur Polizei, will „Siggis" Adresse, doch erntet nur die Schadenfreude seiner Kollegen: *„Die Leute haben auch ein Privatleben. Wenn Sie mit jedem gleich ins Bett gehen, ist das Ihre Sache"* („Stern" v. 31.12.80).

Eine Episode, ein Detail nur am Rande aus den jüngsten Enthüllungen über die kriminellen Methoden der Rauschgiftfahnder. Verarschung und Ausnutzung von Frauen entpuppt sich als planmäßiger Bestandteil der Polizeitaktik. Dieses Beispiel ist perfide, doch bei weitem kein Einzelfall — und nicht einmal der schlimmste. Bullen benützen ihr Amt, ihre Macht und nicht zuletzt ihre Waffe, um Frauen zu nötigen, zu erpressen, zu v e r g e w a l t i g e n.

Bullen als Vergewaltiger

Polizeiliche Brutalität macht keine Schlagzeilen in der Presse, und schon gar nicht, wenn Frauen die Opfer sind. Während einige Fälle von der Boulevard-Presse zu Stories über „Sex-Polizisten" aufgemotzt werden, können die Ausmaße der tatsächlichen Polizei-Gewalt gegen Frauen nur erahnt werden.

Die allgemein sehr hohe Dunkelziffer bei Vergewaltigungen hat hier eine doppelte Ursache: das Ansehen der „Ordnungshüter" soll nicht durch derartige „Kavaliersdelikte" in den Schmutz gezogen werden — und welche Frau traut sich auch schon, ausgerechnet einen Bullen wegen Vergewaltigung anzuzeigen, wo sich diese Herren normalerweise oft schon weigern, die Anzeige einer vergewaltigten Frau aufzunehmen, und wo bekannt ist, daß es, um einen Prozeß gegen Bullen zu gewinnen, außergewöhnlich glücklicher Umstände bedarf.

Die folgenden Beispiele aus den letzten Jahren können nur ein Schlaglicht auf diese Dunkelzone werfen.

— Westberlin 1976: Zwei Polizeibeamte werden von Frauen angezeigt. Die eine Frau wurde in ihrer Wohnung vergewaltigt, die andere — eine 41jährige Wirtin — wurde morgens um 5 Uhr in ihrer Kneipe von dem Bullen vergewaltigt. Über einen Prozeß wird nichts bekannt; der eine Polizist ist zwei Jahre später immer noch suspendiert, weil er *„unter Verdacht steht"* („FR", 19.11.76).

— Köln 1976: Der 32 jährige Wachtmeister Dieter F. hat in der Vorführstelle des Gerichtsgebäudes fünf Frauen vergewaltigt. Vor Prozeßbeginn verschwindet der Angeklagte *„spurlos"* („Hamb. Morgenpost", 27.10.76).

— Rastatt 1975: Ein 30jähriger Polizist versucht, eine Frau, die er ohne Versicherungsschild am Mofa erwischte, zu vergewaltigen. Urteil: 7 Monate auf Bewährung wegen Bestechung im Dienst. Außerdem wurde er aus dem Polizeidienst entlassen. Begründung: *„Das Ansehen der Polizei muß sauber bleiben"* („Hamb. Morgenpost", 27.11.75).

— Pforzheim 1978: Ein Polizist wird wegen 24 Vergewaltigungen angeklagt. Er führte jahrelang ein Doppelleben als „braver Polizist" ... Kein Urteil bekannt („Quick", 3.5.79).

— Leverkusen 1979: Rauschgiftfahnder Voß erpreßte drogenabhängige Mädchen zum Geschlechtsverkehr. Das Ermittlungsverfahren wird eingestellt: es fehle *„jeglicher Tatverdacht"* („TAZ" v. 22.7.79).

— Stuttgart 1980: Ein 32jähriger Polizist ermittelt gegen eine 18jährige Schwangere wegen gestohlener Babywäsche. Er bedrängt sie, mit ihm zu „schlafen", dann würde er die Anzeige fallen lassen. Urteil: in erster Instanz Freispruch (!), in zweiter Instanz 2.500 DM Geldstrafe wegen Beleidigung (!); Versetzung in den Innendienst („Badische Zeitung", 12.3.80).

— München 1980: Der 44 jährige Polizeiobermeister Georg S. wird wegen neun durchgeführten und zwei versuchten Vergewaltigungen zu 11 1/2 Jahren Gefängnis und Sicherungsverwahrung verurteilt („Südd. Zeitung" v. 24.10.80).

Über diesen Prozeß wurde in der Presse relativ breit berichtet, denn es war in diesem Fall nicht schwer, den Mann als einen *„psychisch schwer gestörten Menschen"* darzustellen. Keinen Anstoß nimmt die Presse daran, daß auch dieser Bulle lange Zeit ein ungestörtes „Doppelleben" als Vergewaltiger und Ordnungshüter führen konnte und daß schon Monate vor seiner Festnahme anonyme Anrufer den Verdacht auf ihn lenkten: er blieb im Dienst.

In anderen Fällen kann man nur darüber spekulieren, ob es überhaupt zu Prozessen kommt oder ob sie totgeschwiegen werden. Folgt man der mageren Berichterstattung, so sind vergewaltigende Bullen „gestörte Einzeltäter", ihr Beruf ist zufällige Nebensache. Als ein Polizist vor Gericht steht, weil er eine Frau am Telefon sexistisch bedrohte und ankündigte, ihre Tochter umzubringen, räsoniert das „Hamburger Abendblatt": *„Wer vermag schon in die Abgründe der menschlichen Seele zu blicken? (...) Was treibt einen 36 Jahre alten Durchschnittsbürger, der ein ehrbares Leben führt, dazu, eine Frau am Telefon unsittlich zu belästigen? Daß dieser Mann seit 19 Jahren Polizeibeamter ist, hat hier nur informellen Wert. Daß dieser Polizist schon mehrfach wegen seines Pflichtbewußtseins Auszeichnungen erhielt, macht die Antwort auf die Kardinalfrage dieses Prozesses noch schwerer"* (5.11.80).

> NEU-DELHI, 4. November (AP). Fast 400 Frauen haben am Montag in Trivandrum, der Hauptstadt des indischen Unionsstaates Kerala, mit einer Demonstration gegen die angeblich zu schleppende Strafverfolgung von Polizisten protestiert, denen sie Vergewaltigung vorwerfen. Sie versammelten sich vor dem Haus des Innenministers und ließen sich widerstandslos festnehmen. Die Frauen beschuldigten Polizeibeamte, nach einer Kundgebung im letzten Monat mehrere Teilnehmerinnen genotzüchtigt zu haben.
> „FR", 5.11.80

Bullen als Zuhälter

Prostituierte sind gegen Übergriffe von Polizisten besonders machtlos, da ihnen am wenigsten geglaubt wird, wenn sie Bullen anzeigen. In der Presse erscheint es so, als sei es halt das „Geschäft" der Prostituierten, sich gut mit den Bullen zu stellen, bzw. ihre Anzeigen werden als „Racheakte" abgetan. Da sich nicht wenige Polizisten offensichtlich dieser Macht bewußt sind, erpressen sie die Frauen oder treten selber als Zuhälter in Erscheinung.

— Westberlin 1976: Vier Zivilfahnder werden wegen Zuhälterei strafversetzt. Unter anderem handelt es sich dabei um den „Super-Bullen" Klaus Sch., norddeutscher Box-Juniorenmeister und für 120 aufgeklärte Verbrechen mit dem Bundesverdienstkreuz ausgezeichnet (also nix mit kleiner frustrierter Bulle ...).

Aufgeflogen waren die vier wegen einer Schlägerei mit anderen Zuhältern („FR", 22.10.76).

— Hannover 1978: **Alle 40 Beamten des Reviers Steintor werden wegen Zuhälterei angeklagt** („Hamb. Abendblatt", 16.7.78).

— Bremen 1978: Der 35jährige Polizeiobermeister Gerhard W. kassiert von einer Prostituierten jeden Monat 500 Mark. Er wird freigesprochen mit der bemerkenswerten Begründung: *„Es steht jeder Dirne frei, sich einen bezahlten Liebhaber zu halten — ohne von ihm abhängig zu sein, ohne daß der Liebhaber also ein Zuhälter sein muß"* („Praline", 21.12.78). Eine derartige Rechtsprechung liefert jedem Bullen den Freibrief, einer Prostituierten seinen „Schutz" aufzunötigen und so sein Gehalt aufzubessern.

— Heilbronn 1980: Vier Polizisten „schliefen" jahrelang „kostenlos" mit einer Prostituierten. Als einer von ihnen die Frau unter Bedrohung mit der Dienstpistole (!) vergewaltigte, zeigte sie ihn an. Urteil: 2 Jahre Gefängnis („Südd. Zeitung", 15.7.80).

— Dortmund 1980: Der Polizeiobermeister Gisbert Zaske hat ein 17jähriges Mädchen an Bordelle in Köln, Münster und Hamburg ausgeliefert. Urteil: 15 Monate auf Bewährung, vom Dienst suspendiert.

Häufig berichten Prostituierte, daß Polizisten sie durch Vorzeigen des Dienstausweises „zum Geschlechtsverkehr nötigen". Besonders nicht-registrierte Prostituierte sind dieser Bedrohung ausgeliefert.

Die Tatsache, daß Polizisten sich keine großen Sorgen wegen einer Strafvervolgung machen müssen, weil die betroffenen Frauen eine Anzeige gegen sie für aussichtslos halten, zieht ihre perversen Kreise: in Hamburg gab sich ein ehemaliger BGS-ler und Knastbulle gegenüber der Frau, die er vergewaltigt hatte, als MEKler aus, um sie einzuschüchtern. In Bremen behauptete ein Zollbeamter gegenüber Mädchen, die er immer wieder sexuell bedrängte, er sei Polizist.

Polizeiliche Frauenverachtung

Vergewaltigungen und Zuhälterei durch Bullen — sei es im Dienst oder „privat" — stellen den Gipfel des Eisbergs dar, dessen Sockel die Frauenverachtung der Bullen ist, die wir auch in alltäglicheren Situationen zu spüren kriegen: Beschimpfungen als „Nutte" und „rote Hure", nächtliche Anmachen, besondere Schikanen gegen alleinfahrende Frauen bei Verkehrskontrollen, Überfälle auf Frauenblocks bei Demonstrationen usw. Viel zu wenig wissen wir über Brutalität gegen Frauen im Knast: Die gefangenen Genossinnen der RAF wurden von männlichen Bullen in brutalster Weise nackt ausgezogen; über den Knast in Vechta wurde bekannt, daß dort Frauen in den Zellen gefesselt werden („FR", 30.10.80).

Wenn Frauen wirklich einmal Polizisten in ihrer angeblichen „Schutzfunktion für den Bürger" ansprechen, verweigern die Bullen meistens die Hilfe: demütigende Verhöre vergewaltigter Frauen; zynische Tips, wie Frauen Vergewaltigungen „vermeiden" sollen; der laxe Hinweis auf zuwenig Personal, wenn Frauen nach einer Serie von Vergewaltigungen ein polizeiliches Eingreifen fordern. Auch wenn es um den Schutz von Frauen vor ihren Ehemännern geht, ist die Polizei plötzlich sehr zurückhaltend. So wurde im Mai '80 eine Frau vor einem Westberliner Frauenhaus von ihrem Ehemann erstochen, nachdem sich die Polizei geweigert hatte, rechtzeitig einzugreifen („Tsp." v. 30.5.80).

Die Frauenverachtung gerade von Polizisten ist kein Zufall: Wer sich zur Polizei meldet, muß schon ein recht festgefügtes Bild von „Recht und Ordnung" haben, und dazu gehört auch das rechte Bewußtsein vom Wesen der Frau: Sie hat sexuell verfügbar zu sein und wenn sie sich nicht der weiblichen Rolle gemäß verhält, ist sie an den „Konsequenzen" selber schuld. Dieses Bewußtsein wird durch das männerbündlerische Klima bei der Polizei kräftig geschürt (die Auswirkungen eines derartigen Klimas erlebt frau in jedem Wochenend-Zug mit angetrunkenen Soldaten ...).

Es ist anzunehmen, daß der Polizeiberuf Männer mit einem besonders aggressiven Männlichkeitsbild, mit Neigung zu Sadismus und Machtausübung besonders anzieht — das Klima und die „Erziehung" im Polizeidienst tun ein Übriges. Die Ausrichtung der Bullen auf Autorität, Haß auf Außenseiter, brutale Machtausübung usw. senken ihre Hemmschwelle auch gegenüber körperlichen Angriffen auf Frauen: Freiwild!

Ein kürzlich bekanntgewordener Skandal zeigt, wie der individuelle Chauvinismus der Bullen s y s t e m a t i s c h geschürt wird — anscheinend gehört Frauenverachtung sogar zum Schulungsprogramm. Bei einem Kursus an der Vokshochschule Friedberg mit dem Thema „Minderheiten unter uns — am Beispiel der Zigeuner" fanden zwei teilnehmende Polizisten, daß ein zu positives Bild von den Sinti und Roma vertreten werde, insbesondere bestritten sie, daß „Zigeuner"-Frauen ein hohes Schamgefühl hätten. Sie zeigten den übrigen Kursteilnehmern deshalb Fotos, die angeblich bei Vernehmungen von Sinti-Frauen zustande gekommen sein sollen. Die Kursleiterin beschreibt diese Bilder so: *„Eine Frau kauert vollständig entblößt am Boden; eine andere saß zurückgelehnt auf einem Stuhl mit den Füßen auf der Sitzfläche und zeigte ihre Genitalien"* („Zeit", 12.12.80). Als dieser Skandal öffentlich bekannt wurde, erklärte der Frankfurter Polizeisprecher, **daß es sich bei den Bildern um Fotos handele, die jungen Beamten gezeigt würden, damit sie daraus lernen, wie Frauen sie bei Verhören austricksen sollen!**

Eine Genossin aus Hamburg

Das Doppelleben eines Polizisten
Erst auf Streife, dann Strich-Mädchen »betreut«

Schleyer-Fahnder als Zuhälter vor Gericht

Trieb Polizist Sex-Spiele mit Häftlingen?

40 Polizeibeamte erlagen dem Reiz der Halbwelt von Hannover

Er wollte sich davon ein Häuschen kaufen

Auf dem Revier Heilbronn
Sabine jagte nackte Polizisten..

Polizist mit Pistole und Maske zur Nachbarin

Polizist als Freier, ein fauler Kunde

Die Verharmlosung drückt sich schon in den Überschriften aus: Bullen als Vergewaltiger und als Zuhälter - für die bürgerliche Presse ein Anlaß zu nachsichtigem Schmunzeln oder zum Aufgeilen.

Gewalt gegen Frauen — auch in einer »linken« Kneipe

Wieder einmal hat sich gezeigt, daß eine Kneipe, die vorrangig von Linken frequentiert wird, darum keineswegs eine Kneipe sein muß, die auch frau aufsuchen kann, ohne ihre Ängste vor Anmache, Belästigungen oder gar tätlichen Angriffen mit an die Theke zu schleppen.

Folgendes ‚passierte' an einem Abend im Januar in einer der beiden Kneipen, die mann/frau gemeinhin bekannt sind als Treffpunkte der Göttinger Linken:

Drei Typen — sogenannte ‚verkrachte Existenzen' — setzten sich zu drei Frauen an den Tisch, die sich gemütlich und in lustiger Stimmung unterhielten. Die Typen legten sofort los, die Frauen in einschlägiger Macker-Art anzumachen. Als ihre Sprüche nicht die geforderte Beachtung fanden und die Frauen betonten, in Ruhe gelassen werden zu wollen, gipfelte die Anmache in der ‚Empfehlung' der Macker, die Frauen sollten sich doch einen Vibrator kaufen.

Verständlicherweise war damit für die Frauen das Maß des Ertragbaren erreicht, ihre schöne Stimmung war zerstört und, wie gewohnt in solchen Situationen, griffen sie zu ihren Mänteln, um die Kneipe zu verlassen. In diesem Moment schlug einer der Typen der neben ihm sitzenden Frau ins Gesicht, brüllte sie an: „Hau doch ab" und griff in Drohgebärde zu seiner Bierflasche.

Völlig fertig, hilflos und außerstande, sich zu wehren, konnte die geschlagene Frau unter Schockeinwirkung nur noch weinen. Die beiden anderen Frauen versuchten, sie zu trösten, und beschimpften gleichzeitig den Zuschläger und seine Kumpanen.

Die Reaktion des Publikums — vor allem, nachdem eine danebenstehende Frau laut durch die Kneipe geschrieen hatte: „Mensch, hier ist eine Frau geschlagen worden, wir müssen doch was tun ..." — war frappierend: Nur einige wenige der noch Anwesenden kamen den drei Frauen zu Hilfe, alle übrigen drehten wohl mal ihre Köpfe in Richtung Ort des Geschehens, blieben aber wie festgeleimt auf ihren Stühlen hokken.

Eine weitere hinzugekommene Frau forderte von den Anwesenden den sofortigen Rausschmiß der Typen und brüllte die sich keiner Schuld-Bewußten („Wir haben gar nix gemacht") an, sie sollten abhauen. Sie wurde daraufhin von einem nebenstehenden Mann beschwichtigend ermahnt, nicht noch ‚Öl aufs Feuer' zu gießen, weil er ‚selber Angst' hatte und keine ‚Kneipenkeilerei schüren' wollte. Den Frauen legte er beschützerhaft nahe, zu gehen, ‚damit nicht noch mehr passiert', er würde ihnen auch ein Taxi rufen. Ein anderer legte dem Zuschläger beruhigend die Hand auf die Schulter und meinte: „Nu mal langsam, Freund ...". Erst nach längerem Debakel, wobei den Anwesenden klar gemacht werden mußte, daß es wohl das Mindeste sei, daß z u e r s t die Typen die Kneipe verlassen und nicht die betroffenen Frauen — in dieser Situation wohl der geringste Ansatz, den Frauen noch zu einem gewissen „Recht" zu verhelfen — wurden die Typen dann aus der Kneipe komplimentiert.

Frau stellt sich die Frage, wer hier eigentlich Öl auf wessen Feuer gegossen hat?!

Nicht genug der Hilflosigkeit, Angst, Erniedrigung und gerade wieder einmal erlebter Frauenverachtung, werden wir auch noch zum Nichtstun verdammt. Der Versuch, die Frauen zu schützen in allen Ehren, es ist dennoch m.E. kein Zufall, daß die Solidarität mit der geschlagenen Frau sich nicht etwa in spontaner Aggression gegen den Schläger dokumentiert, sondern in an die Frauen gerichteter Beschwichtigung, daß nicht sofort die Typen rausgeschmissen werden, sondern versucht wird, die berechtigte Empörung seitens der Frauen zu kappen.

Das Handeln in solch einer Situation ist m.E. weniger eine Frage der Organisation als eine Frage der Bewußtheit und Sensibilität für die besondere Betroffenheit von Frauen.

Die Betroffenen selbst sorgten mit Unterstützung einiger anderer Frauen an den folgenden Tagen zunächst per Mundpropaganda dafür, daß der Fall in der linken Öffentlichkeit publik wurde. Die Folge war: Derbe Vorwürfe von Männern und Frauen (!!) prasselten von vielen Seiten auf sie ein: „Arroganz gegenüber sozial Schwächeren"; „Die Typen haben überall Lokalverbot; dies ist die einzige Kneipe, in der sie sich noch aufhalten dürfen"; „Die drei haben nie eine Chance gehabt"; „Ob sich zwei Typen prügeln oder ein Typ eine Frau schlägt, ist das Gleiche" etc. etc.

Wohlgemerkt wurde von den Kritikern dieser Machart kein einziger Gedanke darüber verloren, daß solche Vorfälle nur e i n e Alternative bedeuten: Entweder ein ausgesprochenes Lokalverbot für die Typen, wenn nicht, so heißt das — selbstverständlich unausgesprochen — Lokalverbot für Frauen.

Die betroffenen Frauen selbst sowie die Frauen aus der FG ‚Frauen gegen Vergewaltigung' dachten sich, es dürfe weder die alleinige Sache der Thekengemeinschaft dieser Kneipe noch der jeweiligen Betroffenen sein, solche oder ähnliche Angriffe und Anmachen zu verhindern bzw. — so geschehen — entsprechende Maßnahmen zu ergreifen. Darum haben sie ca. eine Woche später an einem Abend, an dem sie einen Großteil des angestammten Publikums in der Kneipe vermuten konnten, den Fall dort als ‚Sketch' ereignisgetreu nachgespielt und im Anschluß daran mit den ca. 100 bis 150 Anwesenden darüber diskutiert.

Sind in dieser Diskussion auch massiert die Widersprüche hinsichtlich der besonderen Qualität des Vorfalls selbst wie auch der Umgehensweise damit (Rausschmiß und weitergehende Forderung nach Lokalverbot) auf die Kneipentische gepackt worden, sehen wir dennoch die Diskussion als Erfolg, v.a. angesichts der abschließenden Abstimmung über die Forderung nach Lokalverbot, die mit 3 Enthaltungen und keiner Gegenstimme angenommen wurde. Da die drei Typen auch an diesem Abend wieder in der Kneipe hockten, wurde von etlichen Diskussionsteilnehmer(inne)n zur Sofort-Maßnahme gegriffen und die Typen rausgeschmissen — nicht ohne den Versuch, ihnen nochmals die Gründe dafür zu verklickern.

Um es bei dieser einmaligen Aktion nicht zu belassen, beschlossen ein paar Tage später die Thekengemeinschaft und zwei Frauen aus der Frauengruppe bei einer gemeinsamen Diskussion, den Fall selbst und die Auseinandersetzung darum zusätzlich auf Wandzeitungen in die Kneipe hineinzutragen. Ziel ist dabei die Aufforderung ans geneigte Publikum, über diese und ähnliche Kneipen-Probleme weiter zu diskutieren und in Zukunft

— eine stärkere Gemeinsamkeit herzustellen zwischen der Theken-Gemeinschaft und den Kneipen-Besuchern;

— zu erreichen, daß letztere sich für das Geschehen in ‚ihrer' Kneipe (mit-) verantwortlich fühlen;

— vergleichbare und andere Anmachen, Belästigungen, Probleme etc. öffentlich zu machen und zu diskutieren, wie damit g e m e i n s a m umgegangen werden kann (ein konkretes Beispiel: den Zapfhahn solange zudrehen, bis der jeweilige Vorfall diskutiert und geklärt ist ...) und

— dafür zu sorgen, daß ‚unsere' Kneipen zu Kneipen werden, von denen wir mein(t)en, sie seien es längst.

Zur Nachahmung empfohlen!!!
Eine Göttinger Genossin!

‚Öl aufs Feuer' zu gießen, weil er ‚selber Angst' hatte und keine ‚Kneipen-

für Frauen.
Die betroffenen Frauen selbst sowie

Zur Nachahmung empfohlen!!!
Eine Göttinger Genossin!

»Santiago de Chile — Ein Tag im Oktober« von Carmen Castillo

MIR

11. September 1973: Putsch in Chile ... Das Stadion von Santiago ... Victor Jara ... Die abgehackten Hände ... Das KZ von Tres Alamos, überall deutsche Nazis dabei ... Damals sagte der KBW, die Pinochet-Diktatur sei nur von kurzem Bestand. Er ist immer noch dran. Am 5. Oktober 1974, 13 Monate nach dem Putsch, wurde Miguel Enriquez erschossen. Carmen Castillo, seine Gefährtin, wurde schwer verletzt. Sie war schwanger. Einige Wochen später „durfte" sie ins Ausland. Das Kind starb kurz nach der Geburt.

Heute lebt Carmen in Paris. Sie hat ein Buch geschrieben, das jetzt auf deutsch (bei „rororo aktuell") erschienen ist.

Am Schluß des Buches schreibt sie: *„In diesem Buch spricht nicht die Militante, sondern die Frau,*



eine Frau, die über Militante schreibt, ohne daß damit die gesamte Militanz zu Wort käme. Es ist kein politisches Buch, aber ich erzähle eine politische Geschichte. Ich hatte das Privileg und die Möglichkeit, bestimmte Augenblicke dieser Geschichte festzuhalten, aber es steht mir nicht zu, über die Bedeutung dieser Augenblicke zu urteilen.

Ich fordere alle meine Genossen, Männer und Frauen, auf, wiederherzustellen, was die Wahrheit des MIR war, was die Wahrheit des Kampfes des chilenischen Volkes um sein Leben war und sein wird.

Ich fordere alle diejenigen, die heute diese Geschichte fortsetzen, auf, so zu handeln, daß dieser Bericht daneben so unvollständig und individualistisch wie möglich erscheint.

Ich weiß, daß sie es bereits tun". Das Buch ist der Versuch einer Rekonstruktion der Ereigniskette, die zum 5. Oktober 1974 führte. Der Weg vom 11. September '73 bis zum 5. Oktober '74 ist reich an Trennungen, Verlusten, Verhaftungen, aber auch an Freude und Glück. Das Buch beginnt mit dem Abschied von den beiden Töchtern im September '74 in Santiago und endet mit dem Abschied von Andres Pascal Allende im Oktober '78 in Paris, vor seiner Rückkehr ... Es zusammenfassen zu wollen, im Sinne einer darüberstehenden neutralen Kommentierung, käme mir geschmacklos, fast obszön vor.

„Erinnere dich, denk doch an unsere Erfahrungen im Widerstand: Wenn es einem gelingt, im Untergrund zu überleben, so bedeutet das nichts anderes, als daß einem das Leben gelingt. Man tut so, als wüßte man nicht, daß der Tod eine unmittelbare Realität ist, man entscheidet sich für das Leben, selbst wenn das letzten Endes den Tod bedeutet. Und darin liegt der Unterschied. Das Glück: Wir haben es gekannt, wir haben es erlebt, es war überall anwesend, in allen Schlupfwinkeln und Verstecken, bei den Frauen, Männern und Kindern, überall wo lebendiger Widerstand geleistet wurde. Anderswo muß man sich gar nicht erst bemühen, nur die Begegnung mit dem Kampf läßt dich Glück erfahren, selbst wenn es nicht länger dauert als ein Atemzug" (S. 149).

Carmen hat schon oft diesen Gedanken verteidigt: Nur wer das Leben liebt, kann richtig kämpfen.

Kurz nach ihrer Ankunft in Paris 1975 gab sie ein Interview, in dem sie sagte: *„Ein Militant, das ist erstmal jemand, der das Leben mehr als andere liebt. Diese Liebe für das Leben ist was sehr Entscheidendes. Die Freude zu leben, die Liebe, die Ver-*

Fortsetzung nächste Seite

Das Gruppenleben der Mädchen

— Buchbesprechung —

»Das kurze Leben der Sophie Scholl«

„Die Weiße Rose"

Sophie Scholl war die einzige Frau, die Mitglied in der antifaschistischen Widerstandsgruppe „Weiße Rose" war. Als sie 1942 an der Universität München das Studium der Philosophie und Biologie aufnahm, lernte sie über ihren Bruder Hans die Gruppe kennen: Christoph Probst, Willi Graf, Alexander Schmorell. Die „Weiße Rose" wurde nach der Niederschlagung des Faschismus weltweit als Beispiel engagierten bürgerlich-antifaschistischem Widerstand bekannt. In den Flugblättern der „Weißen Rose" wurden die Verbrechen des Hitlerregimes angeprangert und dazu aufgerufen, auf jede erdenkliche Weise passiven Widerstand zu leisten und Sabotage zu üben, um dadurch den Nationalsozialismus zu Fall zu bringen.

Die ersten vier Flugblätter der „Weißen Rose" gelangten in einer Auflage von je 100 Stück zur Verbreitung. Die Flugblätter wurden mit Matrizenabzugsverfahren hergestellt und an aus dem Telefonbuch ausgewählte Adressaten verschickt. Das fünfte Flugblatt „Aufruf an alle Deutschen", das zwischen dem 7. und 18. Januar 1943 hergestellt worden war, wurde in einer Auflage von mehreren tausend Stück verteilt, davon nur einige Hundert in München. Sophie Scholl warf in Augsburg 200 und in Stuttgart 600 Stück in Postbriefkästen; Alexander Schmorell warf in Salzburg 200, in Linz ebenfalls 200 und in Wien 1200 für Wien bestimmte und 400 für Frankfurt am Main bestimmte Flugblätter in Briefkästen. Hans Scholl streute zusammen mit Alexander Schmorell tausende Flugblätter in Münchner Straßen aus. Auch nach Berlin, Stuttgart, Saarbrücken und Freiburg wurden Flugblätter zur Verteilung oder zum Nachdruck gegeben. Auf diese Weise entstanden in vielen Städten Zellen der „Weißen Rose".

Am Morgen des 18. Februar 1943 gingen Sophie und Hans Scholl mit einem Koffer voll Flugblätter in die Universität. Dort legten sie diese vor Hörsälen, auf Fenstersimsen und Treppen aus. Den Rest leerten sie in den Lichthof aus. Dabei wurden sie vom Hausmeister beobachtet und der Gestapo ausgeliefert.

Hans Scholl, Sophie Scholl und Christoph Probst wurden am 22. Februar 1943 durch den Volksgerichtshof unter Vorsitz Freislers zum Tode verurteilt und am selben Tag hingerichtet. In einem zweiten Prozeß wurden auch die restlichen Mitglieder der „Weißen Rose" in München zum Tode verurteilt und hingerichtet.



Sophie Scholl

Während in den meisten Büchern über die „Weiße Rose" Sophie Scholl nur am Rande erwähnt wird, ist es nun dem NDR-Redakteur Hermann Vinke zu verdanken, daß es auch ein Buch über Sophie Scholl allein gibt. Das Buch beschreibt, wie der Faschismus in das Leben der Mädchen und Frauen eingriff, und wie sich bei Sophie Scholl der Widerstand dagegen entwickelte

Inge Aicher-Scholl – sie und ihre Schwester Elisabeth sind die Überlebenden der fünf Geschwister Scholl – erzählt in diesem Buch wichtige Abschnitte aus dem Leben von Sophie Scholl. Als ältestes von fünf Kindern des Bürgermeisters Robert Scholl hat sie das Schicksal der beiden Geschwister Sophie und Hans aus unmittelbarer Nähe miterlebt und miterlitten. Der jüngste Bruder kehrte im Zweiten Weltkrieg nicht von der Ostfront in Rußland zurück.

Aufgrund des liberalen Elternhauses hatte Sophie Scholl gelernt, zu widersprechen, wenn sie anderer Meinung war. Zugleich war sie ein nach innen gekehrter Mensch, nachdenklich und manchmal beinahe schüchtern. In ihrem kurzen Leben schrieb Sophie eine Menge: sie führte Tagebuch, tauschte zahlreiche Briefe mit Bekannten, Freunden und Verwandten; und sie verfaßte Aufsätze und kurze Geschichten für den Unterricht und für sich selber. Schreiben war für sie ein Mittel, um sich über sich selbst oder ihren Zustand klar zu werden. Neben dem Schreiben malte und zeichnete sie gern.

Als Hitler 1933 an die Macht kam, war Sophie zwölf, ihr Bruder Hans fünfzehn. Zunächst warnte nur der Vater vor den Nazis, während den Kindern das Gerede von Kamaradschaft, Heimatliebe etc. imponierte. Deshalb gab es immer wieder Streit in der Familie Scholl. Die Warnungen des Vaters schienen zunächst vergeblich: alle Geschwister traten der HJ (Hitlerjugend) bzw. dem BDM (Bund Deutscher Mädchen) bei.

Das Gruppenleben der Mädchen war nicht so reglementiert wie das der Jungen – im Bewußtsein des „Führers" nahm die Erziehung von Mädchen keinen so großen Platz wie die der Jungen ein – aber grundlegende Unterschiede gab es dennoch nicht: Uniformen, Fahnenhissen, Appelle und Aufmärsche, alle wurden ständig in Trab gehalten. Sophie Scholl merkte bald, daß ein erheblicher Teil dieser Aktivitäten künstlich, daß heißt sinnlos war. Das störte sie ebenso wie die Behandlung der Juden, die zu ihrem Freundes- und Bekanntenkreis gehörten, ihr zu schaffen machte. Hans Scholl trat schließlich der „Deutschen Jungenschaft vom 1.11.", einem späten Ableger der bündischen Jugend, bei. Da es sich aber um eine Gruppe für Jungen ab 12 Jahren handelte, gehörte Sophie Scholl und ihre Schwester der Gruppe nicht selber an. Über ihren Bruder wurde sie mit den Büchern und Liedern der Gruppe bekannt.

Nach dem Abitur versuchte Sophie, dem Pflichthalbjahr beim Reichsarbeitsdienst (RAD) zu entgehen und meldete sich beim Fröbel-Seminar für Kindergärtnerinnen an. Dies erkannten die Behörden allerdings nicht an und sie mußte schließlich doch die RAD-Uniform anziehen.

Das Buch schildert auch den Versuch der Nazis, die Studentinnen von den Universitäten zu vertreiben, damit sie lieber dem „Führer ein Kind schenken". An der Münchner Universität führte dies 1943 zu einer offenen Rebellion.

Neben der Beschreibung von Lebensstationen des Lebens von Sophie Scholl versucht das Buch durch Fotos, Tagebuchaufzeichnungen, Briefen und Zeugenaussagen die eigenständige Persönlichkeit Sophie Scholls nahezubringen.

Besonders Mädchen und Frauen sollten sich dem nicht verschließen:
„Das kurze Leben der Sophie Scholl" von Hermann Vinke, DM 16,–
Otto Maier Verlag Ravensburg 1980.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Mütter-VVs in der Sackgasse?

Etwas ist faul an den Mütter-VVs

Auf einer Frauen-VV im Juli des letzten Jahres wurde die erste Arbeitsgruppe zum Thema ,,Mütter" durchgeführt. Seither haben dreieinhalb weitere Müttertreffen stattgefunden.

Ich bin überzeugt davon, daß gerade unter den Müttern im KB aufgrund der tagtäglichen Belastungen rund um die Uhr sehr starke Resignationstendenzen, über ihre Möglichkeiten im und mit dem KB politisch zu arbeiten, existieren. Denn fast jede von uns ist von den alltäglichen praktischen Problemen der eigenen Lebenszusammenhänge erstmal so erschlagen, daß die Frage ,,was habe ich eigentlich noch vom KB bzw.,was kann ich für den KB tun?" sich so ziemlich zwangsläufig stellt. Deshalb brennt das Ziel der Mütter-VVs — mehr Aufmerksamkeit und Unterstützung für die Mütter im KB zu erkämpfen — sicher allen Betroffenen unter den Nägeln. Dennoch kann ich nach acht Monaten Mütterdiskussion nur die Bilanz ziehen: Es war ein recht schleppender Auftakt.

Die Mütter-Treffen wurden zwar häufig angesetzt, jedoch ungefähr genauso oft verschoben — teilweise sogar, ohne an allen Orten rechtzeitig Bescheid zu geben. Die Beteiligung war stark abnehmend und fluktuierend.

Meiner Ansicht nach liegt der Hauptgrund für diesen eher entmutigenden Start darin, daß die Vorstellungen über Sinn und Zweck der Mütter-VVs widersprüchlich bzw. unklar sind. Mit anderen Worten: Es sollte einmal ausdiskutiert werden, wie ein Konzept für die Mütter-VVs aussehen könnte. Damit sollten wir uns ein paar ganz konkrete Ziele für die nächste Zeit abstecken.

Müttertreffen als Erfahrungsforum?

Allerdings ist es nicht so, daß bisher für die Müttertreffen ü b e r h a u p t k e i n Konzept bestünde. Vielmehr hat sich quasi naturwüchsig die Herangehensweise durchgesetzt, über einen möglichst regelmäßigen Erfahrungsaustausch die ,,Müttersolidarität" zu stärken. D.h., es wird vor allem als wichtig angesehen, die eigenen Probleme nicht mehr als individuelle anzusehen und darüber hinaus damit einzelne Mütter in ihren konkreten Schwierigkeiten zu unterstützen. Aus dieser Intention heraus wurden die Müttertreffen auch sehr kurzfristig hintereinander (einmal im Monat) verabredet, was dann aber auch nicht in die Tat umgesetzt wurde.

Ich halte einen derartigen Anspruch an die Mütter-VVs auf nationaler Ebene jedoch für ziemlich unrealistisch. Einmal wird kaum eine Mutter regelmäßig einmal im Monat einen ganzen Tag an den Treffen teilnehmen können. Damit ist der Kreis der Teilnehmerinnen und der Diskussionsstand immer sehr unterschiedlich. Außerdem können Beiträge zur ganz praktischen Unterstützung einzelner Mütter viel eher auf Orts- bzw. Regionalebene geleistet werden.

Um das ganze mal positiv zu wenden: Wir brauchen Müttertreffen an allen Orten. Wenn dies nicht möglich ist, sollten spezielle Diskussionen der KB-Frauengruppen mit den Müttern

allen Orten. Wenn dies nicht möglich ist, sollten spezielle Diskussionen der KB-Frauengruppen mit den Müttern

einer Ortsgruppe stattfinden.





So könnte ein Ansatz entwickelt werden, die besonderen Schwierigkeiten der Mütter im KB etwas kollektiver anzupacken.

Mutter im KB – (k)ein Widerspruch in sich?

,,Mutter werden darf kein Rückschlag in der Emanzipation der Frau sein..."

Dieser A n s p r u c h dürfte im KB wohl auf allgemeine Zustimmung stoßen. In der Praxis ist jedoch das Mutterdasein wohl für so ziemlich jede von uns mit Rückschlägen verbunden: Das ,,Privat"leben ist viel stärker von den Notwendigkeiten des Alltags bestimmt, mehr Hausarbeit, weniger Schlaf, weniger Zeit für sich selbst... Die Kräfte für politische Arbeit werden dadurch ganz gehörig angeknabbert. Welche Mutter nimmt uneingeschränkt an den Terminen der Organisation teil? Welche Mutter arbeitet in ihrem alten Arbeitsbereich weiter?

Klar ist, daß das politische Engagement unter den veränderten Bedingungen des Mutterdaseins nicht in den alten Gleisen weitergehen kann. Doch das Problem, was wir als Mütter vom KB als u n s e r e r Organisation erwarten, wie und was wir im KB überhaupt arbeiten können, ist wohl für die wenigsten von uns befriedigend gelöst.

Dieser Frage genauer nachzugehen, erscheint mir z.Zt. als die wichtigste und sinnigste Aufgabe der nationalen Mütter-VVs. Denn ich glaube, daß die Diskussion über unser eigenes politisches Selbstverständnis als Mütter im KB das Ergebnis haben kann, daß uns selbst unser Beitrag f ü r die Arbeit der Organisation klarer wird. D.h., wir könnten unser reichlich angeknackstes Selbstbewußtsein stärken. (Wir sind nicht so'n paar arme Würstchen, von denen aufgrund ihrer ,,neuen Aufgaben" sowieso nichts mehr zu erwarten ist.)

Konkret schlage ich vor, zum Ausgangspunkt der Mütterdiskussion zurückzukehren, nämlich zur Statutformulierung zum Bereich ,,Mütter". Auch wenn die Gefahr besteht, daß dabei fürs erste nur schöne Worte auf weißem Papier herauskommen, hat dieser Schritt vor allem den Sinn, klarzustellen, daß wir uns unseren Platz im KB erkämpfen wollen. Außerdem glaube ich, daß es uns selbst ein bißchen ermutigen kann, einigermaßen klare Vorstellungen und Forderungen im Kopf zu haben.

Über die in der Übergangsformulierung (AK 186) festgelegten Punkte hinaus sollten wir

1. die Diskussion darüber wieder aufgreifen, wie *,,eine besondere Unterstützung für Mütter und schwangere Frauen"* aussehen kann. Meiner Ansicht nach müßte im Statut z.B. auch festgelegt werden, daß Mütter das Recht haben, Diskussionen über ihre Situation, Pläne, Schwierigkeiten mit Genoss(inn)en zu fordern.

2. Widersprüche existieren weiterhin über den Stellenwert der Kinderinitiativen-Arbeit für die Mütter. Einerseits sollte im Statut betont werden, daß die Arbeit in einer Kinderinitiative als vollwertiges Arbeitsfeld anzusehen ist. Andererseits sollte es auch für die Mütter, die die Kinderarbeit nicht zu ihrem Schwerpunkt machen wollen, möglich

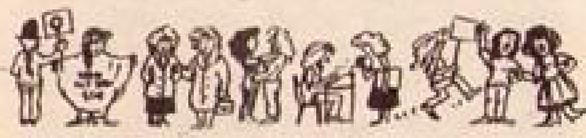
dererseits sollte es auch für die Mütter, die die Kinderarbeit nicht zu ihrem Schwerpunkt machen wollen, möglich

sein, ihre Vorstellungen zu realisieren.

3. Wir sollten fordern, daß die Mütterdiskussion zum festen Bestandteil der KB-Frauengruppen und der Frauenleitung werden soll. Dazu gehört auch, sich Gedanken über praktische Ansätze einer Mütterpolitik nach außen zu machen.

Um eine der Mütterforderungen gleich in die Tat umzusetzen, sollten wir endlich eine Mütterverantwortliche in die nationale Frauenleitung wählen. Die betreffende Frau könnte dann auch eine Art Anlauf- und Koordinationsstelle für die KB-Mütter werden. Vielleicht brauchen dann auch nicht mehr irgendwelche Mütter zu nicht stattfindenden Müttertreffen anzureisen.

Ul., eine Mutter aus Göttingen



Fortsetzung von vorheriger Seite

hältnisse mit den anderen, die Kinder – all dies ist untrennbar verbunden mit der Freude zu kämpfen, für das Ziel, das wir erreichen wollen. Die Genossen, die wir sind, sind notwendigerweise dem Sozialismus ähnlich, den wir aufbauen wollen" (nachgedruckt in der KB-Frauen-Broschüre „Frauen in Chile", August 1976).

Der Weg vom 11. September bis zum 5. Oktober ist auch ein Weg des Verrats: Waffen, illegale Strukturen, und seien sie noch so perfekt und langfristig organisiert, reichen nicht aus: Auch die technisch-organisatorischen Regeln der Untergrund-Arbeit müssen von Menschen angewandt und durchgefürht werden – und wer vermag definitive Garantien für sich auf der Folterbank zu geben?

Eine Genossin, Amelia, erzählt in dem Buch: „ ... *Sie ziehen mich aus, legen mich nackt auf die Pritsche, schnallen meine Handgelenke und meine gespreizten Beine an der Pritsche fest. Sie beginnen, mir Stromstöße durch den Körper zu jagen ... Sie fangen von neuem an, die Stöße sind diesmal länger, vor allem im Anus, in der Vagina, an den Brustwarzen ...*
Sie heben sie hoch und hängen sie an Armen und Beinen an den Metallstäben über der unteren Pritsche auf. Wieder die Stromstöße ...
Sie lassen nicht locker, beschimpfen sie. Schließlich binden sie sie los, schleifen sie über den Fußboden, Hände betasten ihren fühllosen Körper, Finger in der Vagina, eine Vergewaltigung. El Guaton Romo fährt ihr mit einem Wedel über die Schamhaare: 'Das gefällt dir doch, du Hure, das gefällt dir doch?'. Sie heben sie hoch, und als sie steht, von zwei

haare: 'Das gefällt dir doch, du Hure, das gefällt dir doch?'. Sie heben sie hoch, und als sie steht, von zwei

Männern gehalten, während andere auf sie einschlagen, kippt sie vornüber. ..." (S. 65-66)

Amelia hat nie etwas gesagt.

Ein Weg reich an Verlusten:
Bauchi, Bautista van Schowen, der beste Freund von Miguel (mit beiden wohnte Carmen eine Zeitlang zusammen), „verschwindet" schon im Dezember '73. Simon, Edgardo Enriquez, der Bruder von Miguel, der auf seinem Weg zurück nach Chile im April 1976 ebenfalls „verschwindet". Simon, der aller Musikästhetik zum Trotz so gerne Julio Iglesias hörte ... Und Miguel – der sonntags für die Kinder Brot backte und ihnen Geschichten erzählte ...

Welche Kluft zwischen diesen Menschen und den brutalen, primitiven Militärs!

„Das Morgen ist bereits im Gestern enthalten" (Andres Pascal Allende).

Carmen lebt heute weiter im Exil – wovon sie mal sagte, das sei *„das Schwerste"*: *„es ist viel härter als das Untergrundleben. Weil alle individuellen Widersprüche aufbrechen, weil alle möglichen politischen Deformierungen auf einen lauern"* („Frauen in Chile", s.o., S. 49).

„Ich sehe die Gesichter meiner früheren Freunde vor mir, vier Jahre ist es schon her, was kann ich hier tun, um ihnen dort zu helfen?

Hier sind sie diese Geschichten von weit weg leid, nichts geht sie etwas an ... Ich muß Kraft holen aus dem, was ich weiß, ich muß Energie stehlen, ich darf den Samstag, den 5. Oktober, nicht vergessen, mich nicht aufgeben, nicht in ein flaches Leben mit seinen kleinen Sorgen und seinen kleinen Freuden abgleiten ..." (S. 154).

Am 11. September 1981 werden es 8 Jahre sein ...
Pueblo, concienca y fusil!

E., KB-Gruppe Frankfurt



Am 25. Febr. jährt sich nach 6 Jahren wieder der Tag, an dem das Bundesverfassungsgericht in der Auseinandersetzung um den § 218 die Fristenregelung für Verfassungswidrig erklärt hatte. Auch in diesem Jahr planen Frauen in den verschiedenen Städten am 21. und 25. Februar und am 8. März Aktionen, die auf die immer noch unerträglichen Zustände aufmerksam machen sollen, denen Frauen ausgesetzt sind, die einen Schwangerschaftsabbruch machen lassen wollen. So wurde es auf dem letzten bundesweiten Treffen von Frauengruppen im Januar in Köln beschlossen. Wir werden versuchen, im nächsten AK über die verschiedenen Aktionen aus den einzelnen Städten zu berichten.

Für die kollektive Entwicklung einer kommunistischen Frauenpolitik

Die Entwicklung unserer Frauenpolitik verlief ganz einfach: zuerst waren die ML'erinnen an der Macht; mit ihrer „Ausrichtungskampagne" gegen einen damals angeblich breiten Antikommunismus in der Frauenbewegung haben sie alles kurz und klein geschlagen, was an oppositionellen feministischen Stimmen gegen sie laut geworden ist – jetzt haben sich zum Glück die Femis langsam durchgesetzt und es geht nur noch um die entscheidende Schlacht, dann haben wir endlich die richtige Linie in unserer KB-Frauenpolitik durchgesetzt.

Als mir nach Diskussionen klar wurde, daß d a s die zentrale Aussage unseres Artikels „Aus alten Fehlern lernen!" (AK 193) ist, erkannte ich erst die politische Dimension des Beitrags.

lern lernen!" (AK 193) ist, erkannte ich erst die politische Dimension des Beitrags.

Unser Artikel sollte eigentlich Auftakt zu einer Diskussion um unsere Frauenarbeit sein. Ähnlich wie der „Sackgassen"-Artikel 1978 („KB-Frauenpolitik in der Sackgasse?", AK 137) der „Zwischenbilanz"-Artikel 1979 („Eine Zwischenbilanz der Frauendiskussion im KB", AK 151) und die Rechenschaftsberichte der AG Frauen sollten die Genossinnen überall in den Frauenstrukturen den Artikel diskutieren mit dem Ziel, unsere Frauenpolitik der letzten Jahre kritisch zu überprüfen, unseren Stand innerhalb der Organisation einzuschätzen und – „aus alten Fehlern lernen" – Konsequenzen für die weitere Entwicklung unserer Frauenpolitik zu ziehen.

Darüberhinaus wollte ich mit diesem Artikel auch nach außen hin – also gegenüber den Frauen, mit denen ich in Frauengruppen zusammenarbeite – die Entwicklung unserer Frauenpolitik nachvollziehbar machen – mit all ihren Widersprüchlichkeiten, Auf's und Ab's, Kämpfen, Erfolgen und auch Sackgassen. Ausgangspunkt war für mich dabei die offensichtliche Diskrepanz zwischen einzelnen Positionen, die früher von uns vertreten wurden, und heutigen Aussagen. Deutlichstes und berühmtestes Beispiel dafür, daß es tatsächlich „Kurskorrekturen" gegeben hat, ist unser unlängst erkämpftes Frauenstatut und damit die Frage der Autonomie: Wurde noch vor 1 1/2 Jahren die Einrichtung von autonomen Frauenzellen von den meisten Genossinnen als „Notlösung" begriffen, so ist sie seit einem halben Jahr ohne besondere Begründung fest in unserem Frauenstatut verankert.

Im Gegensatz jedoch zu den o.g. Artikeln der AGF, die z.T. breite und vorwärtsbringende Diskussionen und vor allem auch praktische Konsequenzen nach sich gezogen haben, erschwert unser Artikel m.E. die Debatte um die Entwicklung unserer Frauenarbeit.

Im Gegensatz nämlich zu den AGF-Artikeln, die ihren Thesen und Forderungen eine tatsächliche und umfassende Analyse des jeweiligen Zustandes zugrundelegten, haben wir in unserem Artikel eine These entwickelt, der ich nicht mehr zustimmen kann, und diese mit einer Methode zu begründen versucht, die ich jetzt nur noch als unhistorisch unwissenschaftlich und in der Konsequenz als demagogisch bezeichnen kann.

Die These von den „zwei Linien"

M.E. können wir weder zum derzeitigen Stand der Diskussion noch

M.E. können wir weder zum derzeitigen Stand der Diskussion noch

rückblickend auf die letzten Jahre Frauenpolitik - Auseinandersetzung von zwei herausgearbeiteten Linien reden. Es stimmt sicher, das zeigen auch die Frauenseiten im AK, z.B. in den Berichterstattungen über kontroverse Diskussionen auf nationalen Frauen-VV's oder in der Diskussion über den Film „Schrei aus der Stille" u.a.m., daß wir in etlichen Fragen nicht „vereinheitlicht" sind, daß die Auseinandersetzungen weitergeführt werden müssen, daß wir zu einigen Bereichen kaum entwickelte Positionen haben. Aber weder vor 5 Jahren noch jetzt kann frau von zwei Polen reden, wie es hier im Artikel suggeriert wird, die in der Organisation um die Mehrheit kämpfen. Noch weniger kann frau in den letzten Jahren Auseinandersetzung eine durchgängige Trennungslinie zwischen ML-Standpunkten einerseits und Feminismus andererseits erkennen, auch wenn die Frage „Feminismus – Sozialismus" insgesamt bei uns sicher noch nicht geklärt ist.

Obwohl in unserem Artikel selbst bestätigt wird, daß gerade die AGF, die 1977 noch mit dem Holzhammer hinter aufkeimenden feministischen Blüten hergewesen sein soll, ab spätestens 1978 einen anderen nämlich feministischeren, Kurs eingeschlagen haben soll, also deutlich wird, daß es s o eine Polarisierung in der Frauenarbeit nicht gibt, wird durch Aussagen wie *„Die neue (feministische!) Linie konnte erst im Laufe des Jahres..... verankert werden"*, *„diese gegensätzlichen Komponenten"* und *„Die Widersprüche zwischen beiden sind so fundamental..."*, vor allem durch die provokative Aufforderung *„Wider die friedliche Koexistenz zweier Linien"* das bild des Kampfes zweier Linien durch den ganzen Artikel durch hochzuhalten.

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

Die „Ausrichtungskampagne" – Ursache für den Abschwung unserer Frauenpolitik?

Daß es ab Herbst 76 einen Abschwung in unserer Frauenpolitk gab, bezweifelt tatsächlich niemand. Die AGF hatte in ihren Erklärungen dafür immer auf die Entwicklung der Frauenbewegung und auf den aufkeimenden Chauvinismus in unserer Organisation hingewiesen.

Daß diese beiden Faktoren in unserer Entwicklung eine Rolle gespielt haben, wird in unserem Beitrag gerade noch zugestanden. Doch in welch gefährlicher Art werden hier *„gewisse antikommunistische Strömungen in der Frauenbewegung"* verharmlost!

Bei aller Kritik, die wir heute an Teilen der lila Schulungsbroschüre haben: Sie ist immer in ihrem historischen Zusammenhang zu sehen! Die Auseinandersetzung mit Alice Schwarzer, Verena Stefan und „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern" geschah zu einem Zeitpunkt, als die drei besprochenen Bücher e i n d e u t i g der auf dem Münchner Frauenkongreß 1976 ausgegebenen Devise **„Der radikale Feminismus plädiert also für eine radikale Trennung von der Linken"** den Weg tiefer in die Frauenbewegung bahnten. Diesen historischen Zusammenhang nicht hergestellt zu haben, sondern vielmehr ihn mit der Bezeichnung „gewisse antikommunistische Strömungen" in unserem Artikel v e r h a r m l o s t zu haben, widerspricht unserem eigenen Anspruch nach wissenschaftlichem Arbeiten.

Demagogisch ist unser Vorgehen vor allem an dem Punkt, wo wir der AGF nicht nur mit der oben erwähnten Artikelserie, (also zu A. Schwarzer, V. Stefan, „Hexen, Hebammen und Krankenschwestern") sondern auch mit Vorwürfen wie *„taktisches Verhältnis zur Frauenfrage"*, *„keine wirklichen Vorstellungen von Frauenpolitik"* und *„Nicht-Betroffenheit"* die Verantwortung für den Abschwung unserer Frauenpolitik in die Schuhe schieben.

Abgesehen davon, daß die AGF 1978 r ü c k b l i c k e n d feststellt, daß die Genossinnen im KB durch die Frauenpolitik erkannt hatten, daß *„... der Widerspruch zwischen 'persönlichen Bedürfnissen' und politischen Anforderungen ... nicht unbedingt bestehen muß bzw. hier lösbar ist: was viele Genossinnen persönlich betraf, ist auf den Tisch gebracht worden, als politisches Problem begriffen worden und als Aufgabe in unsere revolutionäre Taktik einbezogen worden"*, finde ich eine solche These sehr verhängnisvoll:

hängnisvoll:

Nicht die Entwicklung der autonomen Frauenbewegung, nicht die Angriffe der männlichen Genossen auf unsere Frauenarbeit zwangen uns angeblich in die Defensive, sondern die AG Frauen, die mit *„markigen Worten ... die angefangene Reflexion* (über u.a. Selbsterfahrung, feministische Theorien) *im Keim ersticken"*.

Dem Vorwurf der 11 Genossinnen der Frauenleitung und der AGF in ihrer Erklärung muß ich zustimmen, daß hier weder groß mit Fakten noch mit Zitaten gearbeitet wurde. So schwerwiegende Vorwürfe wie „keine Betroffenheit" oder „taktisches Verhältnis zur Frauenfrage" bleiben in dem Artikel mehr oder weniger im Raum stehen, ohne daß sie weiter begründet werden.

Für eine kollektive Entwicklung einer kommunistischen Frauenpolitik!

Ich bedaure es sehr, daß wir die so wichtige Diskussion um die Entwicklung unserer Frauenpolitik mit diesem Artikel auf der Ebene der Stimmungsmache begonnen und damit erheblich erschwert haben.

Nach wie vor halte ich fest an dem Vorhaben, unsere Frauenpolitik kritisch aufzuarbeiten. *„Aber eine solche Kritik soll nicht dogmatisch sein. Man darf sich dabei nicht einer metaphysischen Methode bedienen, sondern muß sich bemühen, die dialektische Methode anzuwenden. Was wir brauchen, ist eine wissenschaftliche Analyse, sind restlos überzeugende Argumente".* (Mao, über die richtige Behandlung der Widersprüche im Volk, 8. Kapitel).

Ich hoffe, daß sich in der kommenden Debatte verstärkt um eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der lila Schulungsbroschüre bemüht wird, deren Aufarbeitung ich für dringend notwendig halte.

Eine der beiden Verfasserinnen des Artikels im AK 193

Braucht mann eine Emanzipation?

Antwort auf einen Leserbrief von Th. in AK 194

Lieber Th,
unter dem unglücklichen Titel *„RoMANNzen-Serie – ein neues Roll-Back"* hast Du Dich auch mit meinem Artikel „Mann als solcher" aus dem AK 191 auseinandergesetzt. „Unglücklich" deshalb, weil es sich nicht um eine „Serie" handelt und Du im weiteren auf den scharfen politischen Vorwurf des „Roll-Back" überhaupt nicht mehr zu sprechen kommst.

Für die weitere Diskussion scheinen mir aus Deiner Zuschrift gerade die Punkte am wichtigsten, die bei Dir sehr kurz gekommen sind:

- Brauchen Männer eine Emanzipation und können sich sie dabei auch selbst unterstützen?
- Sind Männer in a l l e n Bereichen den Frauen gegenüber privilegiert, auch z.B. in der Ausdrucksfähigkeit „den persönlichen Bereich betreffend"?

Ich hatte geschrieben, daß mir die *„Solidarität zwischen Menschen"* als wichtiger Bestandteil einer menschlicheren Gesellschaft erstrebenswert erscheint, meinte dabei auch Solidarität zwischen Männern. Ich hatte im weiteren beschrieben, wie mich das Konkurrenzverhalten unter Männern ankotzt und daß sie sich mehr miteinander beschäftigen müßten – auch in Männergruppen. Auf dieses zentrale Anliegen meines Artikels antwortest Du nur: „Wir (Männer) sind privilegiert und deshalb besteht für uns diese Notwendigkeit (zu Zusammenschluß und Solidarität) nicht!"

Es stimmt, tatsächlich sind wir in vielem privilegiert. Ich denke aber, daß diese wirklich privilegierte gesellschaftliche Stellung der Männer überhaupt nicht ihren „menschlichen Qualitäten" entspricht. Männer herrschen im öffentlichen Bereich, weil immer wieder (und noch) Männer über die Vergabe von Posten entscheiden. Männer herrschen, weil sie zumeist total von sich selbst überzeugt sind (wofür Dein selbstgerechter Leserbrief ein schönes Beispiel ist) und entsprechend powerig auftreten. Männer herrschen, weil die derzeit gültigen Werte die einer Männersozialisation sind. So weit – so schlecht. Was aber „menschliche Qualitäten" anbetrifft, menschenwürdiges Zusammenleben, einen positiven Einklang von Gefühl und Verstand, Kenntnis unserer Gefühle, ja nur unseres Körpers, da fühle ich mich noch sehr im Entwicklungsstadium. Nach meiner Erfahrung geht es dabei vielen meiner Geschlechtsgenossen ähnlich. Und in meinem Artikel argumentiere ich eben gegen eine Haltung, die mir unter KB-Männern

Haltung, die mir unter KB-Männern

weit verbreitet scheint, sich von der Frauenbewegung an die Hand nehmen zu lassen ...

Irgendwo habe ich vor kurzem gelesen: „Der Kommunismus wird ein femininer sein ...", so sehe ich das auch. Das ist mir aber nicht so vorstellbar, daß nun die Frauen über die Männer herrschen, sondern daß es uns gelingt, unser Mackerverhalten zu überwinden. Dazu gehört aber auch, unter uns Männern Umgangsformen zu finden, die unsere verschütteten femininen Anteile stärken. Das ist „Keimform" heute für mich persönlich.

Du hast offensichtlich, ohne es allerdings ausdrücklich geschrieben zu haben, bei dem Gedanken an „Solidarität unter Männern" ziemliche Bauchschmerzen. Aus eigener, neuerer Erfahrung kann ich Dir versichern, daß es sich dabei nicht um Kneipen-Stammtisch-Geheimbündelei gegen Frauen handeln m u ß. „Solidarität" ist für mich sowieso nur als eine „kritische" denkbar. Ich hatte in letzter Zeit einige Gespräche mit Männern, die sich eben auch kritisch mit mir und meinem Verhalten auseinandergesetzt haben (auch gerade anläßlich meines Artikels), die mir hilfreich waren. Oder anders gesagt: Findest Du es denn in Ordnung, daß Männer oftmals immer nur zu Frauen rennen, wenn sie was „Persönliches" loswerden wollen und eine anteilnehmende Solidarität für sich und ihr Verhalten erwarten? Aber auch: Laufen wir nicht deshalb oft zu den Frauen, weil mann mit ihnen diese Dinge b e s s e r besprechen kann, wir Männer auf diesem Gebiet eben völlig unterentwickelt sind? Und: Muß das so bleiben?

Du siehst das scheinbar ganz anders: *„Ich gehe eigentlich davon aus, daß wir Typen es besser gelernt haben, uns auszudrücken als die Frauen. Es geht doch für uns Typen darum, erstmal unsere Gefühle an uns rankommen zu lassen und zu akzeptieren und darüber mit anderen zu reden und nicht, wie eh und je allgemein über Empfindungen zu lamentieren".* Zwar argumentierst Du mit Deiner lehrbuchhaften Kurzformel überhaupt nicht gegen meinen Arti-



„Also gut, ich habe eine Brustbehaarung wie Afrika. Zum totlachen, was?"

kel; Du tust nur so, als ob diesbezügliche Schwierigkeiten der Männer ganz leicht zu überwinden seien. Weil ich das gerade nicht finde, habe ich wohlweislich auf derart hohle Formeln verzichtet. An dem ganzen ersten Teil meines Artikels kannst Du ja bei mir die Diskrepanz zwischen formelhaftem Anspruch und tatsächlichem Tun ablesen – daß dieses nur m e i n spezielles Problem ist, glaube ich nicht. Selbst für Dich scheint das mit dem „Gefühl rankommen" lassen, nicht so einfach zu sein, kommentierst Du doch eine Stelle in meinem Artikel, in der ich über meine damaligen Einsamkeitsgefühle schreibe, mit der abfälligen Bemerkung: „Wahnsinnig". Leider befaßt Du Dich mit diesen grundsätzlicheren Fragen von „Männeremanzipation" (nämlich von ihrem früheren Verhalten!) sehr wenig.

Allein diese Tatsache belegt meines Erachtens, daß Deine Behauptung, meine Ausführungen seien „weit hinter dem Stand der Auseinandersetzung" falsch ist. Was hältst Du denn eigentlich von der Tatsache, daß KB-Männer sich zu diesem Punkt bisher weitgehend ausgeschwiegen haben; daß offensichtlich an ihnen die v i e l f ä l t i g e „Männerliteratur", gute und schlechte, die es bisher gibt, nahezu spurlos vorübergegangen ist: Nicht einmal e i n Artikel ist dazu von irgendeinem KB-Mann im „Arbeiterkampf" veröffentlicht worden!

Zu meinem Verhalten gegenüber Frauen sparst Du nicht mit starken Worten – wenn diese vernichtenden Urteile auch merkwürdig mit Deiner Einschätzung, ich hätte mich um die entscheidenden Stellen meiner Lebensstory „gedrückt", kontrastieren. Es gefällt mir nur nicht, daß Du den Eindruck erwecken möchtest, als hättest Du gerade eben die Kritikwürdigkeit meines Verhaltens erkannt! Alle aufgeführten Bruchstücke aus meiner „Lebensstory" sind von mir deshalb ausgesucht, weil sie mehr oder weniger kritikwürdiges Verhalten darstellen! Dagegen ist Deine Entdeckung, es gebe in dem Artikel nur „eine einzige selbstkritische Bemerkung", doch ein wenig absurd. So schrieb ich zum Beispiel als Quintessenz an einer Stelle: *„Und irgendwann kotzt Dich Dein Verhalten unheimlich an. Du verlierst die Selbstachtung. Deine vermeintliche Männerfreiheit erweist sich als Befangensein in Strukturen und Abläufen, die Du nicht rechtfertigen kannst".* In Deinem Leserbrief erlegst Du mit mächtigen Worten einen zwölfendigen Hirsch, der sich bei näherem Hinsehen bereits als tot erweist, den Du aber nochmal aufgestellt hast, offensichtlich, um Deine Jägerqualität zu beweisen. Das ist Bluff, soll ich schreiben „männlicher" Bluff?

Manchmal geht es auch reichlich über das Ziel hinaus. So beurteilst Du mein Verhalten gegenüber einer Freundin, zu der ich gleich wieder in eine Zweierbeziehung flüchten wollte, so: *„Ich bin der Meinung, daß Du diese Frau einzig und allein für Deine Zwecke ge- und mißbraucht hast".* Du unterschätzt die Frauen! Ich kann Dich beruhigen: Wir haben damals über unsere Situation gesprochen, sie fand mich zwar sympathisch, hielt aber in Kenntnis meiner und ihrer (!) Situation nichts davon, daß ich bei ihr fern meiner alten Heimat Hamburg die Zelte aufschlage. Wo liegt nun der Mißbrauch? Richtig ist, daß ich einen Schritt machen wollte, der sicher nicht gut für uns beide (!) gewesen wäre. Meine Lehre daraus: Davon wegzukommen, immer eine liebe, bestätigende, zärtliche Frau zu „brauchen", um mich wohlzufühlen. Näheres kannst Du in meinem Artikel nachlesen. Übrigens: Wenn ich mich umblicke, stelle ich fest, daß ich viele Frauen kenne, die keinen festen Freund haben, aber fast keinen Mann ohne Freundin. Sollte es vielleicht öfter vorkommen, daß Männer in einen Frauenschoß flüchten ...?

Ich habe mir es bewußt verkniffen, der Aufzählung meines kritikwürdigen Verhaltens eine reinigende Selbstkritik, eine Beteuerung von Besserungsabsichten folgen zu lassen. Ich finde es s e l b s t v e r s t ä n d l i c h, daß ich mich bemühe, früher gemachte Fehler nicht zu wiederholen! Aber: ein schnelles Happy End gibt es nach meiner Auffassung im Verhalten von Menschen untereinander, auch von Männern und Frauen, nicht! Der Kampf für eine bessere Gesellschaft muß die ständige Bemühung um eine besseres „Ich" einschließen. Daß wir Männer dabei gegen eigene Privilegien genauso wie gegen eine langjährige, ziemlich verwurzelte Erziehung zur Herrschaft über andere angehen müssen, läßt die Tiefe der noch vor uns liegenden Arbeit erkennen. Eine mir sehr wichtige positive Lehre habe ich aber doch angeführt: Über mein Verhältnis zu anderen Männern nachzudenken und es zu ändern! Und: Stereotype Kurzantworten zur Rolle des Mannes, wie auch Du sie bringst, und wie sie mir selbst sehr lange zur Selbstberuhigung dienlich waren, zu hinterfragen und weiterzudenken – gerade auch als Mann.

Ich habe das Gefühl, daß Du die Absichten, die ich mit meinem Artikel verfolgt habe, nicht verstanden hast! Ich habe ein bißchen den Verdacht, daß Du ihn auch nicht genau gelesen hast.

So kritisierst Du in Deinem Leserbrief, daß ich Männer- mit Frauengruppen verglichen habe, Männer mit Frauen gleichgesetzt habe, mich angeblich mit Erfahrungsberichten von Frauen nicht identifizieren könne. Dies alles kannst Du schwerlich in meinem Artikel gefunden haben. Dafür drängt sich etwas anderes förmlich auf, was Du nun wiederum nicht erkannt hast. In Deinem letzten Satz heißt es: *„Anstatt scheinbar zu den Frauen aufzusehen, solltest Du in Dich hineinsehen!"*. Ja, aber darum ging doch mein ganzer Artikel ...

Re., Hamburg



Männerseite – nein danke!

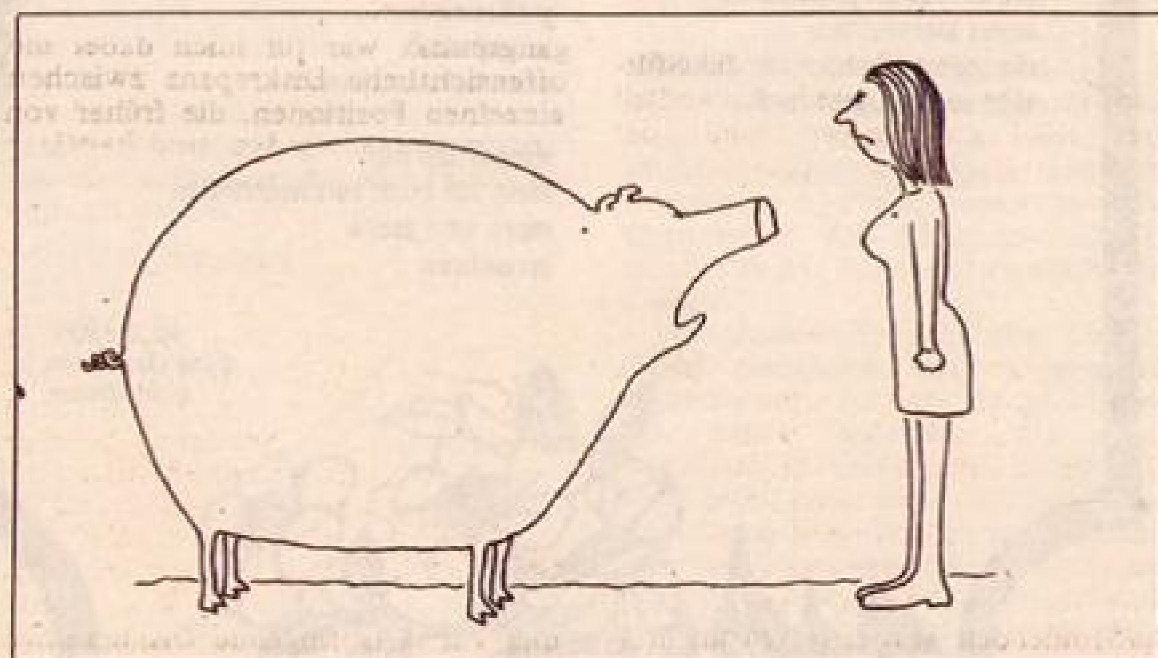
Mit Erstaunen las ich im AK 194, daß 1,5 Seiten für die Männerseite vorgesehen waren. Und die Ankündigung „Männer – neu" läßt mich fürchten, daß die Männerseite eine regelmäßige Einrichtung im AK werden soll. Die (Hetero-)Männerdiskussion ist in der linken und alternativen Scene ja nichts Neues. Insbesondere in der Sponti-Scene erfreut sie sich, und in ihrem Gefolge die Männergruppen, großer Beliebtheit.

Und man/frau sollte sich nochmal erinnern, daß diese ganze Sache von Spontis ausging, die frustriert waren, weil sie feststellen mußten, daß ihre Freundinnen in der Frauenbewegung gelernt hatten, eigene Interessen zu vertreten und durchzusetzen.

Gleichzeitig setzte sich bei den Spontis die Ideologie der „neuen Innerlichkeit" durch. Die Spontis interessierten sich in der Folge nur noch für ihre Gefühlswelt, Politik wurde als „entfremdet" abgelehnt. Und wenn ich nun die „Männerseite" im AK sehe, hab ich den Eindruck, als setzten sich unter dem Deckmantel „Keimform"-Debatte auch im KB Tendenzen der „neuen Innerlichkeit" durch. Auch sei daran erinnert, daß sich im Rahmen der bisherigen Männer-Diskussion die Neo-Chauvis trauten, ihren Schrott als emanzipativ zu verkaufen, z.b. Herr Knittel den Tritt in den Bauch einer schwangeren Frau.

Und les ich nun im AK 193 die „Bekenntnisse" eines ed., zu dem Th. schon vollkommen korrekt feststellte, daß ed. mit seinem Starfighter erstmal zum Mond fliegen soll und sich besinnen, so schwant mir Übles. Angesichts des Platzmangels im AK fordere ich, daß die Männerseite gestrichen wird. Und wenn Chauvis, Macker, Softis und männliche „Feministen" es so sehr drängt, über ihr schreckliches Männer-Dasein zu schreiben, schlage ich vor, daß mit den Beiträgen ähnlich wie mit den Leser(innen)briefen zu dem „Märchenprinz" verfahren wird.

Detlef/Düsseldorf



„Also gut, dann bin ich eben ein männliches Chauvinisten-Schwein. Läuft jetzt was oder nicht?"



Holger schämte sich schrecklich. Nicht so sehr, weil Hilde ihn zum 1. Mal nackt sah, sondern weil er gestern vor ihr geprahlt hatte, er habe 3 Eier.

Thesen zur »Männerfrage«

Über dieses Thema herrscht im KB, scheint's, einige Konfusion, anders lassen sich die (relativ) zahlreichen Artikel und die verbissenen Reaktionen auf Nichtveröffentlichung oder satirisches Beiwerk nicht erklären. Auch auf Seiten der Genossinnen scheint das Thema umstritten zu sein; möglicherweise fühlt sich manche Genossin, die ihren Freund nach langen Diskussionen endlich soweit gebracht hat, sich Gedanken über s e i n e Verkorkstheit zu machen und die Sache sogar so ernst zu nehmen, daß er einen Artikel darüber schreibt, vom AK im Stich gelassen. Als eine von denen, die sich in Sachen Veräppelung der bekennenden Männerbewegung im AK verdient gemacht hat, will ich versuchen, auch all denen, die keinen Spaß verstehen, klar zu machen, warum ich dagegen bin, daß solche „Männerartikel" zur AK-Regel werden, und meine, daß eine „Männerseite" bestenfalls als zusätzliches satirisches Mittel (für einen kurzen Zeitraum) dienen kann – ggf. auch unfreiwillig. (Als solches, Ihr Schnuckel, war im übrigen auch der rudimentäre An-

dienen kann – ggf. auch unfreiwillig. (Als solches, Ihr Schnuckel, war im übrigen auch der rudimentäre An-satz im letzten AK zu verstehen, incl. dem „neu!").

These I: Männer sind keine Frauen (Blick in den Spiegel genügt). Damit geht einher, daß sie n i c h t Opfer der als bekannt vorausgesetzten „doppelten Unterdrückung" sind und insofern auch keinen Anspruch auf besondere Vergünstigungen haben, wie Frauen. Wie der Kapitalist unter den Zwängen seines Systems leidet, so leidet auch der Mann unter seiner spezifischen Sozialisation und u. U. unter seiner Unterdrückerrolle gegenüber der Frau, nichtsdestotrotz genießt er gleichzeitig deren Vorteile – die meisten sogar unabhängig von seinem Willen und Verhalten. Daran ändert die beste Selbsterfahrung nichts, sondern höchstens der Druck von seiten der Frauen.

These II: Daraus folgt, daß Dinge, von Frauen betrieben, einen positiven Effekt haben können, ohne daß das deswegen auch der Fall sein muß, wenn Männer – scheinbar – dasselbe tun. Bei manchen Dingen springt die Absurdität ins Auge, z. B. bei der (fiktiven) Forderung nach einer „Männerkneipe". Aber worin unterscheidet sich diese z.B. von der Forderung nach einer Rubrik „Männer" im AK? Ähnliches gilt für Frauengruppen, Frauenfeten, Frauendemos; das wesentliche dabei ist nämlich nicht das „persönliche Gespräch" oder sowas, sondern die Erfahrung, daß auch „nur" Frauen was auf die Beine stellen können, ohne Männer miteinander Spaß haben können. Die Grundlage dafür, daß diese Erfahrung überhaupt nötig ist, liegt in der unterschiedlichen Bewertung der Geschlechter in dieser Gesellschaft; Männer sind das „wertvollere" Geschlecht, ihre Gesellschaft wiegt mehr. Männer können also analoge Erfahrungen unter sich gar nicht machen.

These III: Da Frauen viel mehr Schwierigkeiten haben, Selbstbewußtsein zu entwickeln als Männer, haben Maßnahmen, die dieses fördern, eine besondere Bedeutung. Eine Rolle spielt dabei auch Selbsterfahrung, die Erfahrung, daß die eigenen Probleme und Schwierigkeiten eben nicht nur die eigenen sind. Es geht auch hier nicht so sehr um „persönliche" Gespräche, damit haben Frauen eh nicht soviel Schwierigkeiten wie Männer. Wenn auf den Frauenseiten und noch stärker auf den Lesbenseiten des AK relativ viele persönliche Erfahrungsartikel stehen, dann kann mann also nicht daraus folgern, es wäre ein zusätzlicher Fortschritt, wenn jetzt auch die Männer viele subjektive Erfahrungen im AK darstellen. Dazu kommt noch, daß Frauen besonders ermutigt werden sollten, Artikel zu schreiben, was sich auf die qualitativen Kriterien auswirkt.

sich auf die qualitativen Kriterien auswirkt.

These IV: Männer brauchen solche Ermutigung nicht, eher im Gegenteil. Wenn Männer einmal eine Erkenntnis gewonnen haben, so lassen sie es nicht einfach darauf beruhen, sondern sind bestrebt, die Welt daran teilhaben zu lassen, in der Annahme, was für sie wichtig sei, sei auch für andere von Interesse und Bedeutung. Woran es den meisten Frauen bei ihrer Selbsteinschätzung mangelt, haben sie zuviel.

Also: Männer, die wirklich von der Frauenbewegung lernen wollen, sollten erst einmal lernen, den Mund zu halten. Ein wenig von der Skepsis der eigenen Bedeutung gegenüber, von den Zweifeln an der Richtigkeit der eigenen Meinung, wie sie Frauen anerzogen wird, würde ihnen gelegentlich ganz gut tun. Wenn sie sich selbst etwas weniger ernst nehmen würden, wären sie eines Tages vielleicht auch in der Lage, über sich selbst zu lachen.

These V: Es besteht kein Grund, männlichen Besserungswillen besonders lobzupreisen. Immer, wenn Männer einmal tatsächlich das tun, was sie von Rechts wegen eigentlich sowieso tun müßten (abwaschen, Kinder erziehen, ihre Freundin ausreden lassen), ist die Begeisterung der sie umgebenden Frauen groß. Hier treffen sich männliche und weibliche Sozialisation: e r hat gelernt, seine Fähigkeiten und Tätigkeiten so gut wie möglich aufzuwerten, s i e dagegen, ihre eigenen Ansprüche zurückzustellen und auf die Bedürfnisse anderer einzugehen.

PS: Ich bitte, die unzulässigen Verallgemeinerungen zu entschuldigen.

Co., AG Frauen Hamburg

Was wird neu beim Lernen aus alten Fehlern?

Nach der Lektüre des Artikels „Mann als solcher – oder ein Leben als RoMANNze?" in AK 191 fragte ich mich, warum der in der Rubrik „Sexualität" steht. Damit hat's auch was zu tun, aber die Frauen-Seiten sind ja auch extra. Immerhin, wenn auch kaum zu finden, gibt's im „Arbeiterbuch" ja auch ein Extra-Abteil mit einigen Männer-Büchern. Aber in der Organisation ist es noch kein anerkanntes Thema. So weit so gut. Aber als ich dann in AK 193 die sogenannte *„Ergänzende Literatur- bzw. Schallplatten-Liste zum RoMANNzen-Artikel in AK 191"* von gewissen R.E.I.S. las, war bei mir der Ofen aus.



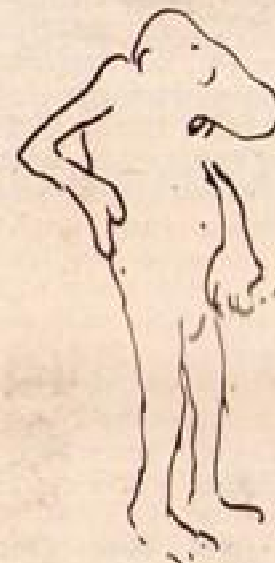
Gut, daß so eine Sauerei mal offen rauskommt. Das heißt doch, daß Männer keinen Anspruch haben auf eine Entwicklung zu mehr Menschlichkeit. Es bedeutet auch eine sagenhafte Ignoranz gegenüber der tatsächlich sehr umfangreichen und interessanten Literatur von und über Männer.

Habt ihr jemals erkannt, daß Frauenpolitik auf Freiheit von Herrschaft abzielt? Genau an dem Punkt, wo Männer versuchen, selber was dazu zu tun, von dieser Rolle runterzukommen, hebt ihr den Hammer. Sowas Blindes!

Was dabei so alles rauskommt: Hetze durch Anknüpfen an kaputte Sexualität. Verhöhnung und Verächtlichmachen, daß man eine Gänsehaut bekommt. Die Männerfrage in Anführungszeichen. Eine neue Männlichkeit (wohlgemerkt nicht identisch mit Neo-Chauvinismus!) gibt es gar nicht, d.h. Männer kann man nur abschaffen, und siehe, ein paar Verse weiter werden schon die Stricke mitgeliefert. Früher auch ordentlich gegen die „Schwarze Botin" gewettert, was? Nur ein Ziel scheint euch als Motivation für Männer möglich, über sich nachzudenken: *„Wie mach' ich's ihnen recht"*.
(Im Folgenden Zitate aus dem „R.E.I.S."-Artikelchen).
Daß es sehr viele Softies gibt, ist außer Frage, aber vielleicht wollt ihr gar keine anderen? Und dann der Haß auf Selbsterfahrung als Bedrohung der korrekten Linie: *„Mein Körper, meine Seele"*. Danach der Rat: *„Laß das nach"*. Denn dahinter kann ja nur eins stecken: *„Rolling back"* = Chauvi-Kram.

So eine Sichtweise gegenüber Selbsterfahrung – nicht von dem Machwerk insgesamt! – gibt es allerdings nicht nur für Männer. Wie im Artikel „Aus alten Fehlern lernen" aus AK 193 beschrieben, ist die KB-Frauenpolitik unter dem Motto „Gegen Selbsterfahrung" angetreten. Und noch heute geht ja sehr schnell die Schublade auf: Psycho-Kram. Es ist eine Verweigerung, den ganzen Menschen zu sehen. Wenn Frauen die Notwendigkeit der Selbsterfahrung als politische Forderung gegenüber der Gesamt-Organisation in die Krisen-Debatte einbringen würden, stünde das gesamte Politikverständnis zur Debatte. Bisher aber kämpfen viele dagegen.
Frauenpolitik a la R.E.I.S. – Nein danke!

Zwei ganz unwissenschaftliche und gewagte Vermutungen:
– R.E.I.S., die die „Literatur-Liste" zum RoMANNzen-Artikel geschrieben haben, scheinen mir nicht Männer zu sein, sondern Frauen, die zum Erhalt ihres Weltbildes einen solchen Humorikerinnen-Rundschlag unter der Gürtellinie nötig haben.
– Es liegt mir fern, eine inhaltliche Ähnlichkeit zwischen dieser „Literatur-Liste" und dem Kasten der AGF und Frauen-Leitung zum Artikel „Aus alten Fehlern lernen" zu behaupten. Aber eine Gemeinsamkeit besteht darin, daß beide Unterzeichnenden allein die Existenz besimmter



Artikel wurmt. Zitat aus dem „Kasten": *„Dieses Herangehen halten wir nicht für geeignet, um damit im AK die Diskussion zu beginnen"*.

Ich halte das Herangehen der beiden Autorinnen von „Aus alten Fehlern lernen" für sehr geeignet und die Aussagen des Artikels für richtig, finde allerdings darüberhinaus, daß der Schluß des Artikels an der Realität vorbeigeht, weil ich allein aus der Existenz eines autonomen Statuts und einer dazugehörigen Broschüre noch keine neue Qualität der Politik entnehmen kann.

An einer solchen neuen Qualität der Frauenpolitik hätte ich – als Mann – jedoch ein sehr großes Interesse. Während die Art von Frauenpolitik, wie sie im Artikel „Aus alten Fehlern lernen" beschrieben ist, mir Zahnschmerzen bereitet.

Worum es m.E. geht, macht die Überschrift „Aus alten Fehlern lernen" deutlich. Aber anders als die Autorinnen bin ich der Meinung, daß der Prozeß der öffentlichen Aufarbeitung seit der Z-Spaltung abgebrochen ist. Die unvollständige Aufarbeitung der Krise ist nicht nur Sache der Frauen. Andersherum hat aber gerade die Behandlung der Frauenfrage eine hervorragende Bedeutung in der Krisen-Diskussion.

Macker sein, Softi sein oder ...

Auch ich habe jahrelang den Polit-Macker draufgehabt. Auch ich wurde zum Softi, nachdem der KB unter dem Druck einer ja schon damals existierenden Frauenbewegung für sich die Frauenfrage entdeckte, so daß wiederum für mich als Mitglied der Druck entstand, die neue Linie mitzuvertreten. Was hatte das mit mir zu tun? Diese Frage war so tabu wie der ganze Komplex der Selbsterfahrung für die KB-Frauenpolitik tabu war.

Auch hier eine Anmerkung zur Krisen-Diskussion: Nicht nur in der Frauenfrage reagierte der KB auf Druck von außen. Die Anti-AKW-Bewegung ist ein wichtiges Beispiel. Die Unfähigkeit, sich als Organisation von innen heraus zu ändern, korrespondiert mit der Ablehnung der persönlichen Selbsterfahrung.

So baute ich denn mehr schlecht als recht das eroberte Neuland in mein Leben ein und machte einen guten Eindruck. Den machte ich auch auf eine Frau, mit der ich seither befreundet bin. Da bröckelte der Lack aber bald ab und ich stand vor der sehr existentiellen Frage, ob ich m i c h s e l b e r ändern wollte oder nicht.
Ich wollte. Das ist rund drei Jahre her. Zunächst ging es so weiter, daß ich zwar wollte, aber mich im konkreten vor allem ganz schön wehrte, weil ich eine eigene Motivation einerseits und Perspektiven andererseits nur in Ansätzen sehen konnte. Solange mann sich aber in diese Richtung bewegt, um Frauen zu gefallen oder politischen A n s p r ü c h e n zu genügen, wird mann ewig ein Softi bleiben.

Das ist halt die Scheiße, wenn die persönliche Betroffenheit als Hindernis oder Bremse gegenüber allgemein abgeleiteten Ansprüchen angesehen

nis oder Bremse gegenüber allgemein abgeleiteten Ansprüchen angesehen

wird. Ich finde das idealistisch und sektiererisch.

Man klebt am Alten (das kann auch frau passieren), weil das Neue sehr viel Angst macht. Was ist das Neue? Das Neue ist zunächst mal das Erkennen des Alten bei sich selbst, auch politisch.

Man ist gezwungen, sich mit sich selbst auseinanderzusetzen. In der ersten Zeit der Krise war auch der KB dazu gezwungen; in dieser Zeit war das ja offizielle Politik. Der Z-Schock hat dann dem begonnenen Prozeß ein Ende gemacht.

Ich fragte mich, wie kann es angehen, daß ich mich für Forderungen nach Gleichberechtigung s t a r k mache, aber eine gleichberechtigte Beziehung zu meiner Freundin immer wieder abblockte. Ich konnte mit ihren S c h w ä c h e n genausowenig umgehen wie mit meinen eigenen. Ich brauchte nur ihre Stärke, um an meine Schwächen nicht selber ranzumüssen.

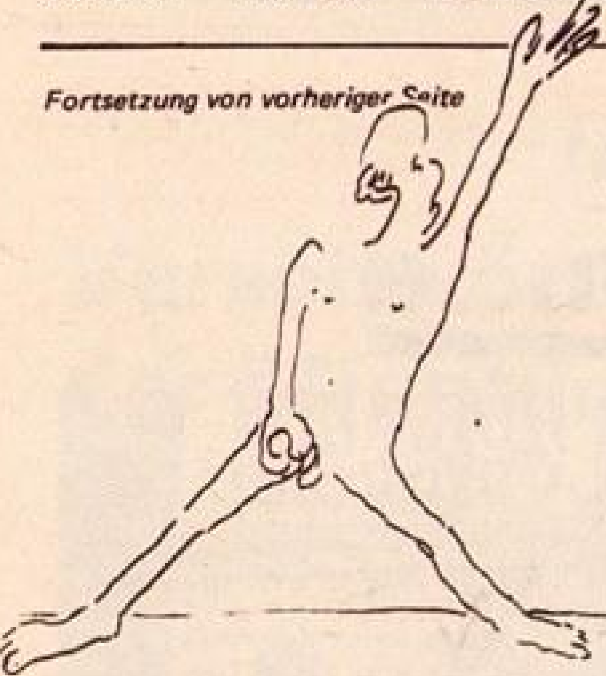
Inzwischen kam noch die Krise der Linken dazu, Krise im KB. Die Gelegenheit war günstig, vieles einmal in Frage zu stellen, wofür und wie ich selbst ja jahrelang gelebt hatte. Es war kein lockeres „Mal in Frage stellen". Das lief über Heulen und Angst und Unsicherheit. Wut auf andere und immer wieder selber abblocken und schielen, ob's nicht doch wie früher geht.

Dieser Prozeß ist für mich nicht beendet. Für viele andere bestimmt auch nicht. Nur – darüber im KB zu diskutieren, ist nicht mehr erwünscht. Aber ich habe eine Menge dazugelernt. Ich bin mir in meiner eigenen Geschichte darüber bewußt geworden, daß ich den KB nicht nur für mich und andere gut fand, sondern daß ich ihn so, wie er funktionierte, gut gebrauchen konnte, um selber im alten Sinne weiterzufunktionieren.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von vorheriger Seite



Nicht nur „privat", sondern z.B. auch in der Zelle oder im Betrieb.

Bei dieser Verquickung von ungelösten persönlichen Problemen und „ungelöstem" Politik-Machen sind dem Anspruch, „den eigenen Kopf zu gebrauchen", natürlich enge Grenzen gesetzt, denn hinter dieser Verquickung steckt ja gerade die Motivation, bestimmte Dinge und vor allem Gefühle gar nicht sehen zu wollen.

Heute versucht man diesem Widerspruch, der ja nicht nur meiner ist, mit der Formel vom Persönlichen und Politischen" oder „Das Private öffentlich machen" etc. beizukommen. Aber die Dialektik fehlt dabei, denn das „Persönliche" tatsächlich als Politikum zu begreifen, wird mit genauso langen Fingern und gerümpfter Nase angefaßt, wie das Politische in seiner persönlichen Wirkung zu begreifen. So gesehen dienen solche Formeln nicht zum Knacken des Widerspruchs, sondern dazu, ihn abzubügeln.

Und hier schließt sich der Kreis. Denn sicherlich kann man trotz (oder sogar wegen?) dieser oben genannten Verquickung viele kluge Sachen machen und schreiben, aber man kann sich damit nicht um die Frauenfrage herumlügen. Um den Anspruch nach mehr Menschlichkeit.

... Der Versuch, sich als Mann gegenüber seiner Rolle zu emanzipieren

Ich entdeckte meinen ureigensten Bezug zur Bedeutung der Frauenfrage. Dabei half mir ein gutes Stück das Buch eines Mannes weiter: „Das Patriarchat – oder Ursprung und Zukunft unseres Gesellschaftssystems" von E. Bornemann.

„Damals" notierte ich in meinem Tagebuch:

„Daß unser Ziel nicht 'der' Kommunismus, sondern 'die' Kommunismus heißen müßte, daß es mit der Abschaffung des Kapitalismus, der Revolution, nicht nur um die Abschaffung von Arbeitsteilung, Besitz, Ausbeutung und Klassen geht, sondern auch um die Abschaffung des Patriarchats, das sich als roter Faden durch alle Ausbeutungsgesellscahften zieht. Dieses Ziel, und wie der Kampf darum hier und heute einzuordnen und zu verarbeiten ist, fehlt in unserem neuen Statut" (wäre mal 'ne Schulung wert!).

Weiter: *„Gefühle sind Argumente! Auch Gedanken können falsch sein! Für die Gleichberechtigung von Gefühlen und Gedanken!"*.

In dieser Zeit machte ich einen „qualitativen Sprung". Die ewige Last des Anspruchs und Drucks, ein richtiger Frauenfreund zu sein, fiel mir wie ein Stein vom Herzen. Für mich begann aus einem taktischen ein eigenes Interesse zu entstehen. Das ewige schlechte Gewissen, ein Softi zu sein, ging zurück. Gleichzeitig wurde ich auch dem Anspruch gegenüber stärker, immer „politisch funktionieren zu müssen" – was für ein dummes Politikverständnis!

Aus dieser Entwicklung ergaben sich für mich zwei neue Tendenzen:

– Ich suchte erstmals bewußt den Kontakt zu ähnlich denkenden Männern, um eine gemeinsame neue Perspektive weiterzuentwickeln, privat und politisch – irgendwann sollte es überflüssig werden, den Zusammenhang immer wieder zu betonen.

– **Ich begann, „meinen eigenen Kopf" auch auf Politik und Verhalten von Frauen auszudehnen, speziell mich mit der KB-Frauenpolitik intensiver auseinanderzusetzen.**

Wenn ich dies nicht schon getan hätte, wäre ich allerdings durch die nachträgliche Lektüre des Streits um Männergruppen in AK 161 und 162 darauf gestoßen worden. Welch Überraschung:

Da ziehen Männer endlich mal eine Konsequenz aus dem Vorwurf der Frauen, daß sie immer als Müllabladeplatz und Wiederaufbereitungsanlage mißbraucht und als zuständig für „Gefühlsarbeit" angesehen werden, und wer klotzt dagegen? Frauen! Männer natürlich auch, aber die haben damals über so'n Tüddelkram gar nichts geschrieben, warum auch, so viele Männergruppen, die Wirbel hätten machen können, gab's ja gar nicht.

Rebellion ist gerechtfertigt oder Für die Fortsetzung der Krisendiskussion

Die nun in dem Kasten von AGF und Frauenleitungs-Teil zum Artikel „Aus alten Fehlern lernen" konstatierte Existenz von „zwei Fraktionen in unserer Frauenpolitik" läßt mich vermuten, daß sich die beiden Autorinnen des Artikels (mit denen ich mich solidarisiere) etwas verschätzt haben, wenn sie meinen, daß der bedeutende qualitative Fortschritt in Richtung Marxismus/Feminismus schon hinter uns liegt.

Aber was heißt überhaupt hinter uns? Das ist doch immer noch der KB. Hinter uns hieße: Geklärt unter den Frauen, unter den Männern, im Verhältnis von Frauen und Männern und umgekehrt!

Hier möchte ich nochmal was ergänzen, worin mein Interesse an der Frauenfrage liegt:

Ich gehe davon aus, daß ein Fundament des Kapitalismus die Entfremdung ist, die durch die Aufteilung und Spaltung der Menschen in bestimmte Funktionen entsteht. Die Aufteilung und Spaltung der Geschlechter in bestimmte Funktionen und Rollen ist allerdings zusammen mit der Entstehung von Privatbesitz d i e fundamentale Spaltung, die an der Wiege aller Ausbeutungsgesellschaften gestanden hat. Es entstand das Patriachat, dessen höchstentwickelte Form der Kapitalismus (und der Real„sozialismus"?) ist.

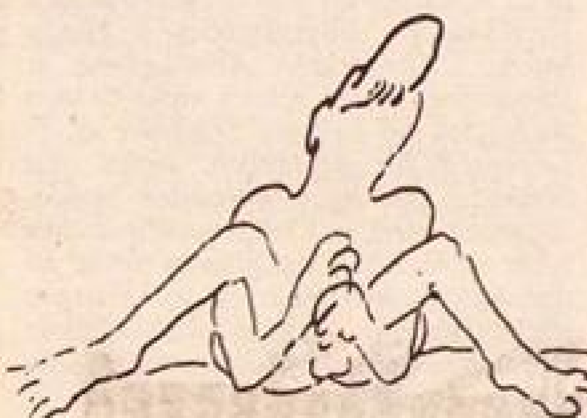
Die Krankheit der meisten Kommunisten besteht darin, die Bedeutung des Privatbesitzes an Produktionsmitteln unzulässig zum alles bestimmenden Hauptwiderspruch zu machen. Auf der Strecke bleibt die Menschlichkeit, das wirklich Revolutionäre, indem die Frauenfrage auf der Strecke bleibt. Dies ist nicht nur im KB der Fall, sondern spielt bei j e d e r revisionistischen Entwicklung e i n e entscheidende Rolle.

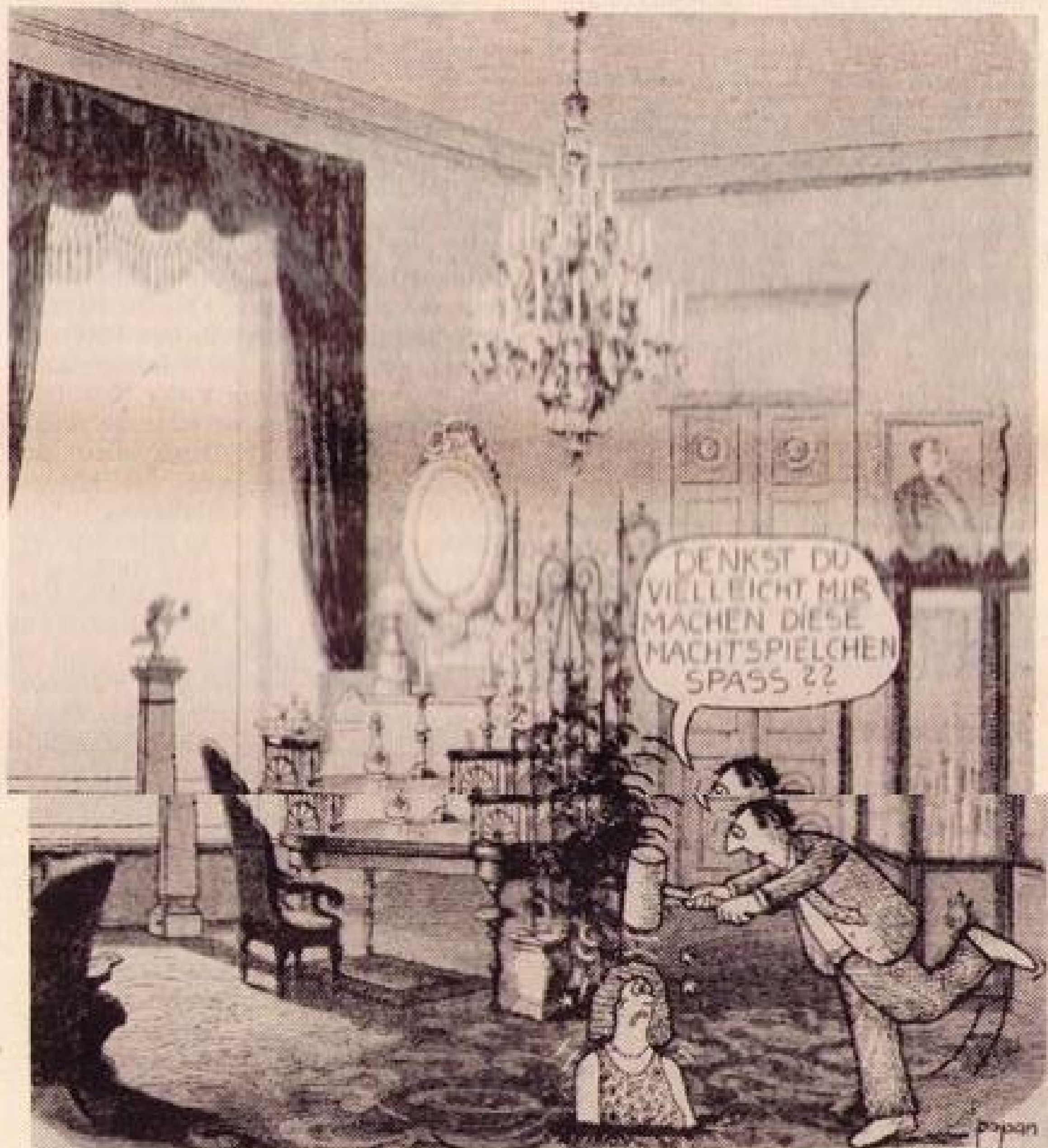
Dies zu erkennen und daran zu arbeiten, würde für mich im KB eine neue Gemeinsamkeit entstehen lassen, die die alte in die Krise geratene und verloren gegangene Gemeinsamkeit auf neuer Ebene wieder entstehen lassen könnte.

Dazu scheint mir aber Voraussetzung, daß im Sinne des Artikels „Aus alten Fehlern lernen" m e h r Frauenpolitik gemacht wird. Und daß die Männer die Männerfrage (also die Auseinandersetzung mit ihrer Rolle) als wichtiges politisches Problem begreifen.

In dieser Richtung liegt für mich eine Möglichkeit, gemeinsam die Krise zu bearbeiten und was Neues daraus zu lernen.

**Gabriel, Hamburg
23.1.81**





»Schlagt die Frauenfeinde, wo ihr sie trefft, aber bitte nicht mich!«

So in etwa könnte frau die Haltung eines Genossen beschreiben, der z.B. dafür eintritt, daß Männer 75 % der Hausarbeit machen sollten, und der auch sonst ein Loblied auf die Emanzipation der Frau singt. Wie es allerdings in seiner eigenen Praxis aussieht, läßt mich an seinem linken Anspruch zweifeln.

Der liebe Genosse ist vor ein paar Jahren bei seinen Eltern ausgezogen und bringt seitdem seiner Mutter die schmutzige Wäsche, die sie ihm dann wäscht, bügelt, ausbessert, etc. Bisher verband er diesen wöchentlichen Besuch mangels eigenem Badezimmer mit einer Dusche, wobei er das elterliche Bad regelmäßig unaufgeräumt verließ.

Seit April wohnen wir nun zu zweit zusammen – mit Badezimmer; seit Oktober haben wir auch eine Waschmaschine. Nun sollte man meinen, der mittlerweile 24jährige Genosse wäre in der Lage und willens, seine eigene Wäsche auch selber zu waschen. Nichts dergleichen.

Folgende Argumente sprechen nämlich dagegen:

„Ich verschwende mit diesem Mist doch nicht meine Zeit, ich habe so viel Politik um die Ohren."

Auf die Frage, warum er denn den LG-Genossen nicht die Wäsche waschen würde, die hätten schließlich noch mehr zu tun, meinte er, er sei ja nicht bekloppt. Wäsche waschen wäre wohl ein Kriterium, um ins LG zu kommen. Und sollte er irgendwann einmal in ein Gremium zu wählen sein, so würde das wohl daran scheitern, daß er seine Wäsche nicht wäscht. Wenn es in diesem „Verein" so weit kommt, würde er von selber seinen Hut nehmen.

„Hausarbeit ist tote Zeit. Während draußen die Faschisierung voranschreitet, kann ich nicht in der Küche stehen und abwaschen." (Wir stritten uns auch um regelmäßige Abwaschdienste.)

„Warum soll ich die Wäsche waschen, solange es meine Mutter für mich tut? Außerdem wäscht ja auch ab und zu mein Vater". (Da ist der Vater bewußter als der Sohn!) – Also sagte ich dem lieben Genossen, ich würde seine Mutter besuchen und mal ein ernstes Wort mit ihr reden.

Da meinte er: „Da erreichst du nichts, sie fragt dich eher, warum du nicht meine Wäsche wäschst. Das verlange i c h ja gar nicht von dir. Da mußt du schon bei ihrem Antikommunismus ansetzen, wenn du erreichen willst, daß sie nicht mehr für mich wäscht. Sonst hat es gar keinen Zweck."

Bei diesem Spruch habe ich kurz davor gestanden, dem Typen eine reinzuhauen. Ich tat es nicht, was ich heute bedauere. Stattdessen brach ich in Tränen aus, aus verletztem Stolz und aus Wut. Ich fragte mich und ihn, warum er überhaupt mit mir zusammen ist, wenn er mir zutraut, beim Antikommunismus seiner Mutter anzusetzen, um meine Ziele durchzusetzen.

Der Genosse beteuerte, das alles gar nicht so gemeint zu haben, drehte die Worte ein bißchen hin und her – heraus kam das Gleiche.

„Was geht dich meine Mutter an? Was geht dich meine Wäsche an?" Mein Argument, daß ich mich ja auch als fortschrittlich denkende Frau dazwischen steckte, als ein ehemaliger Nachbar seine Verlobte schlug, obwohl das nicht mein Problem war, wischte der Genosse vom Tisch: Er zerrte das neue Frauenstatut hervor, blätterte die Seite auf, wo steht, daß schlagende Genossen aus dem KB ausgeschlossen werden sollen. Er forderte von mir, schriftlich niederzulegen, daß ich meine, er gehöre ausgeschlossen, weil er seine Wäsche nicht wäscht. Demagogie läßt grüßen. Was meine Argumentation mit Solidarität mit unterdrückten und ausgebeuteten Frauen zu tun hat, ist natürlich jedem aufrechten Chauvi ein Rätsel.

Nach langer Debatte meinte der Genosse, das mit dem Antikommunismus sei wohl ein bißchen frech gewesen. A b e r ich sollte doch bedenken, was dann seiner Mutter noch bliebe, was sie für ihren Sohn tun könnte. Sie würde es doch gerne tun, das sei doch ein echtes Problem. – Die Mutter hat zum Glück andere Dinge, aus denen sie ihr Selbstbewußtsein zieht.

Endlich willigte der Genosse ein, seine Wäsche selber zu waschen. Ohne Hasenfuß und doppelten Boden? Nein: er wäscht natürlich nur s e i n e Wäsche und nicht im Wechsel mit mir u n s e r e Wäsche. Ja, er kauft sich sogar eigenes Waschpulver! Aber er werde jetzt wieder häufiger bei seinen Eltern duschen, um hier den Wäscheberg gering zu halten (Badetücher etc.). Und wenn er sowieso schon bei seinen Eltern sei, könne er die gewechselte Wäsche gleich dort lassen.

Der/die geneigte Leser/in sieht, dieser Kompromiß ist keiner. Ich überlegte mir, wieviel Energie ich noch in den Typen 'reinstecken muß, bis ein Mensch aus ihm wird, mit dem ich, ohne ihn ständig zur Hausarbeit treten zu müssen, zusammenleben kann.

Inzwischen hat der Genosse ein paar Male gewaschen. Er hat feststellen müssen, daß bei einer vollautomatischen Maschine der Zeitaufwand denkbar gering ist. Dennoch ist das Ergebnis der Diskussion nicht so anzusehen, als hätte ich den Genossen überzeugt, sondern er hat sich nur meinem Druck gebeugt. Als Beleg dafür nenne ich ein Zitat aus einem späteren Gespräch: Der Genosse hatte den Mut und die Frechheit, zu sagen, er könne sich vorstellen, wenn wir irgendwann einmal nicht mehr zusammen wohnen sollten, die Wäsche wieder zu seiner Mutter zu bringen. Seit Oktober geht dieser Clinch, wozu noch, bitte, wozu?

Interessant zu wissen ist es in diesem Zusammenhang, daß der Genosse, als er noch allein wohnte, seine im gleichen Haus wohnende über 60 Jahre alte Vermieterin gegen Bezahlung die Treppe machen ließ. Obwohl es laut Mietervertrag seine Aufgabe gewesen wäre.

Eine AK-Leserin aus Hamburg



Nachtrag

Der Genosse hat nach der Diskussion eingesehen, daß sein Verhalten in der Diskussion schweinisch war. Er betonte, er wäre wegen einer Sache, die überhaupt nichts mit mir zu tun hatte, genervt gewesen und hätte sich deshalb in der Diskussion an mir ausgetobt. Und das wäre ja wohl auch nicht richtig gewesen.

Ja, es ist schon toll, welchen Erfindungsreichtum Genossen (immer noch/wieder?) an den Tag legen, wenn es darum geht, sich vor lästiger Hausarbeit zu drükken. Lest selbst, welche „Begründungen" sich ein Genosse ausdachte, um Hausarbeit auf Mutter bzw. Freundin abzuschieben.

Nachdem uns die Freundin von B. ihre unten abgegebene Stellungnahme gegeben hatte, setzte sich unsere Zelle zwecks Diskussion mit B. zusammen. Das Ergebnis kann nur als niederschmetternd bezeichnet werden, da der Genosse in wesentlichen Punkten auf seinem Standpunkt beharrte, bzw. diesen noch ‚ausbaute'. So ließ er z.B. vernehmen, daß seine Mutter richtig gerne seine schmutzige Wäsche wäscht. Er könne auch schon deshalb kein schlechtes Gewissen haben, weil seine Mutter ‚politisch nichts macht'. Mit so einer Begründung könnte jeder Genosse seiner ‚unpolitischen' Freundin seine Wäsche vor die Füße legen.

Der Genosse schilderte immer wieder drastisch, für wie lästig und zeitaufwendig er diese elende Hausarbeit hält. Deshalb sei er auch nicht bereit, diese Arbeiten – wie seine Freundin von ihm verlange – ‚singend und trällernd' zu verrichten. Na ja, man kann eine Position natürlich gut lächerlich machen, indem man's stark übertreibt. Denn: Sicherlich hätte die Freundin (und alle anderen Frauen auch) nichts dagegen, wenn ihre Männer die Hausarbeit etwas weniger verbissen und mit einem ‚Lied auf den Lippen' machen würden. In diesem Fall (und sicherlich wieder vielen anderen) ging es der Freundin allerdings lediglich darum, daß der Genosse seinen Anteil an Hausarbeit als etwas Selbstverständliches begreift und seine Freundin nicht nur durch das Anwachsen der Abwaschberge nervt, sondern ihr auch noch das Gefühl vermittelt, daß er schon wieder eine ihn total nervende Tätigkeit verrichten muß.

Die von der Freundin dargestellten Beispiele und Begründungen zeigen u.E. deutlich, daß es eben nicht nur um ein popeliges (Ab)-Waschproblem geht, sondern um den (teilweise gelungenen) Versuch, nervige Hausarbeit auf Frauen abzuschieben.

KB-Genossinnen im IKAH



(Homo)Sexualität im Niemandsland Schule

»Stein um Stein mauern sie uns ein...«

Spätestens seit Papa Freud ist das Lügenmärchen vom unverdorbenen, asexuellen Kinde auf dem Müllhaufen der Wissenschaftsgeschichte zu suchen – doch die pädagogischen Müllmänner haben alles fein säuberlich zurückgetragen. Allen Gesetzesreformen, Aufklärungskampagnen und Sexualkunderichtlinien zum Trotz ist die „Unschuld" der Schüler/innen nach wie vor ein anerkanntes, schützenswertes Gut.

Gegen diesen Hauch von Sterilität wehren sich sowohl Schüler/innen als auch Lehrer/innen. Trotz der massiven Re-Aktion nehmen die Befreiungsversuche von sexueller Bevormundung bzw. Entmündigung erfreulich zu. Über einige Aspekte dieser Entwicklung wollen wir hier berichten.

Schülersex aus erster Hand... sittlich schwer gefährdend!

Ein Signal setzte die „Hertz-Welle" – Schülerzeitung der Heinrich-Hertz-Schule in Hamburg – im September 1980. Zum Thema Sexualität berichteten vier Schüler/innen *„ohne Tabus über ihre sexuellen Erfahrungen und Ängste"*.

Mit eigenen Worten beschrieben sie, was sie schon erlebt hatten und was nicht... Bewußt sollte den Pseudoaufklärern von „Bravo" etwas entgegengesetzt werden.

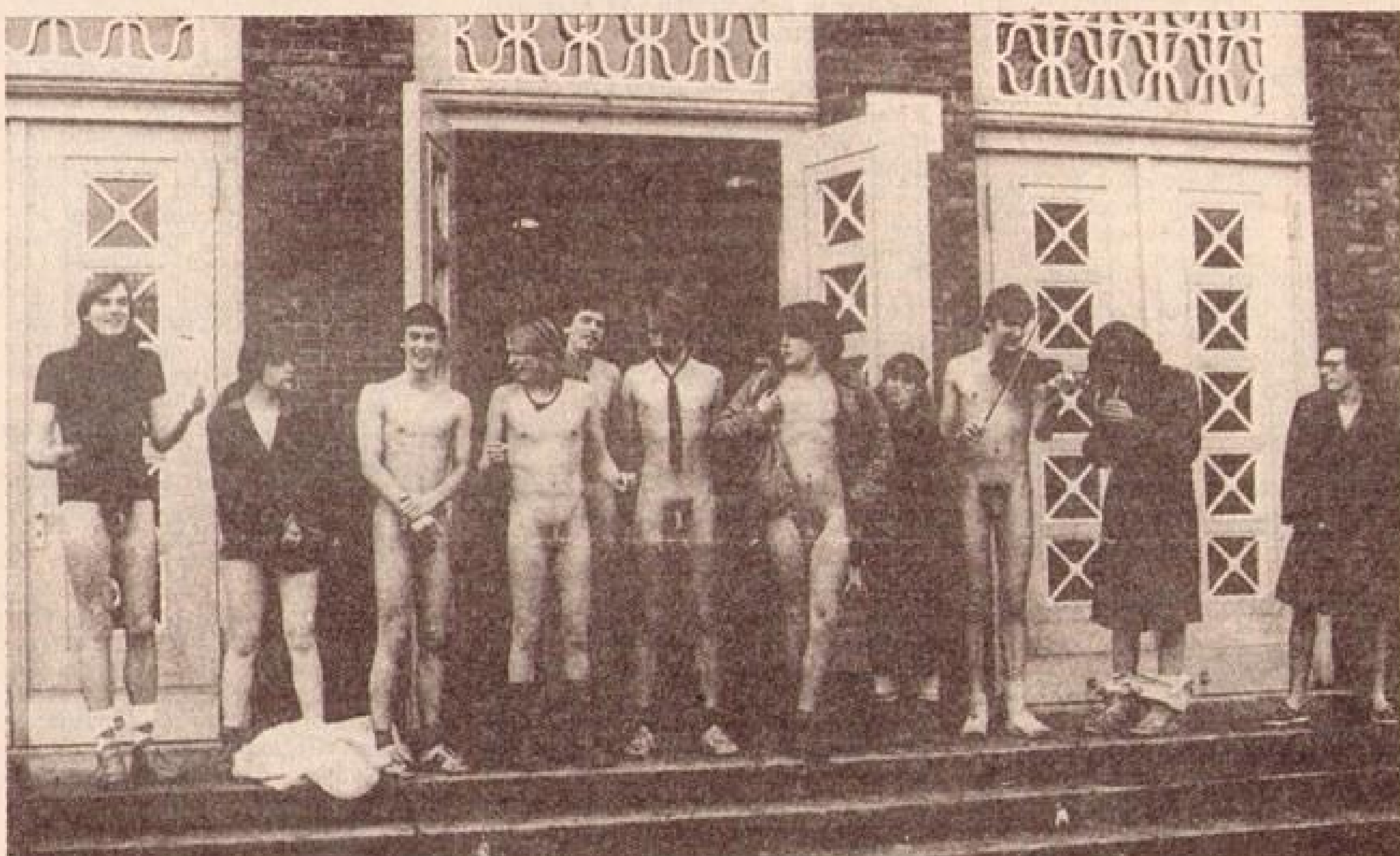


Dieser Anspruch wurde ihnen jedoch nicht gedankt. Schulleiter und Rechtsabteilung der Schulbehörde verboten die Zeitung sowohl innerhalb als auch außerhalb der Schule. Die Erfahrungsberichte seien *„offensichtlich dazu geeignet, Kinder und Jugendliche sittlich schwer zu gefährden"*. Jegliche Verbreitung könne wegen Verstoßes gegen das Gesetz über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften dazu führen, daß man *„dem Risiko strafrechtlicher Verfolgung ausgesetzt sei"*.

Fazit eines Schülerinnen-Berichts: *„Wenn man klein ist, ‚hat man keine Sexualität'. Wenn man sie endlich hat, haben Zeitung-Moral-Eltern-Erziehung so viel Hemmungen und Ekelgefühle in dich und alle anderen reingepackt, daß es schon fast an Wunder kommt, wenn mann/frau es doch noch bringt, sich auch nur anzufassen"*.

Wie zur Bestätigung ging die Re-Aktion weiter. Die „Stechmücke" (Gesamtschule Neu-Altona) druckte ein Onanier-Gedicht aus einem rororo-Taschenbuch nach – Verbot! Die regionale Schülerzeitung „Cyankali" berichtete über die Zensur – Verbot. Der „Schulneurotiker" (Gymnasium Bramfeld) druckte einen Artikel aus Günther Amendts „Sexbuch" ab – Verbot. Im „Bonbon" (Gymnasium Herzloh) sollte ein Bukowski-Zitat erscheinen – Zensur. „Cyankali" Nr. 2 berichtete weiter – Verbot. Auch den Zeitungen „Altpapier" und „Vögelfrei" ging es nicht anders.

Der Protest der Schüler ging zuerst liebevolle Wege. Am 16.10.80 veranstalteten sie vor den Türen der Hamburger Schulbehörde ein „Knutsch-in". Noch heißer ging es am 20.12.80 zu: Nach einem Protestmarsch wurden die verbotenen Blätter in der Innenstadt demonstrativ verbrannt.



Sexualkunde – Knüppel aus dem Sack!

Am 3.10.68 beschloß die Kultusministerkonferenz, *„Sexualerziehung zum Bestandteil des allgemeinen schulischen Unterrichts zu machen"*. Nun wurde endlich offen in den Schulen geredet – mit dem drohend erhobenen Zeigefinger. Was bis dahin nur in vagen Andeutungen Eingang in die Klassenzimmer fand, konnte nun ungehindert praktiziert werden: die Teufelsaustreibung der kindlichen „Unzucht". Die Hoffnungen auf progressive Ansätze und die Versuche meist jüngerer Lehrer/innen, den Unterricht zum Vorteil der Kinder einzusetzen, verpufften an den engen Richtlinien und Arbeitsmöglichkeiten.

Da sind die „Aufklärungsfilme", die von den zuständigen Verleihdiensten angeboten werden. Mit billigsten Klischees vom „Mitschnacker" und dem „Onkel mit den Bonbons" wird hier den Kindern mehr Angst als Klarheit vermittelt. In Filmen wie „Augen auf, Peter" und „Katja und der fremde Mann" wird außerdem jegliche Wirklichkeit geleugnet.

Wo in den Filmen „fremde Männer" auf Spielplätzen kleine Kinder zu nicht gezeigten Ungeheuerlichkeiten ver- oder besser entführen, zeigt die Statistik „bekanntwerdender" Sexualkontakte Erwachsener mit Kindern, daß
– 60 - 80 % sich gut kannten oder miteinander verwandt waren;
– 70 % in einer Wohnung zusammenkamen;
– über 2/3 exhibitionistische oder masturbatorische Kontakte waren.
masturbatorische Kontakte waren.
(Nach Michael C. Baurmann, „Angezeigte und verurteilte Sexualkontakte aus viktimologischer Sicht" in Albrecht-Desirat/Pacharzina „Sexualität und Gewalt", S. 87 - 114, Päd. extra-Verlag 1979. Baurmann leitet ein Forschungsprojekt zum Thema im Schwerpunktbereich Viktimologie des Kriminalistisch-kriminologischen Instituts des Bundeskriminalamtes.)

Insofern wirken die Filme fast alle eher verwirrend, zumal darin das, worum es eigentlich geht, absolut im Dunkeln bleibt.

Da sind die „Aufklärungsbücher", die für den Unterricht freigegeben sind. Auch hier treiben die „Kinderfreunde" ihr Unwesen, und zwar „immer wieder" und mit „bestialischen Morden"! Damit dürfte den Kindern klar sein, daß Sexualität nichts für sie ist... und wenn die Angst nicht genügt: „Dafür seid ihr noch zu klein – das versteht ihr noch nicht – das kriegen wir später".

„Krank und pervers..."

Einen Höhepunkt im Repertoire der Kinderschocker bilden stets die Schwulen. Schon im Inhaltsverzeichnis tauchen sie auf bei „Triebtäter, Prostituierte, Homosexuelle..." oder „Geschlechtskrankheiten, Kriminalität, Homosexualität..."

Was sollen Schüler also lernen? *„Die Schüler sollen ermahnt werden, etwaige Annäherungen von Homosexuellen den Eltern oder dem Lehrer zu melden ... lieber einmal zuviel anzeigen als einmal zuwenig ... es wäre wünschenswert, in der Schule oft Personalbeschreibungen zu üben"* (aus: Seelmann, Lehrer und Geschlechtserziehung, München 1969, S. 131).

Diese Richtung wird auch von den Kultusministerien gefordert, in deren Richtlinien Homosexualität als „abnorm" (Hamburg), „krank und pervers" (Bayern) und sogar als „gefährlich" (Niedersachsen) abgestempelt wird. Wie sollen Lehrer ratsuchenden Schülern begegnen, wenn ihnen geraten wird, *„daß der Schüler im Unterricht vor einer Konfrontation mit diesen Triebverirrungen verschont bleiben sollte ... Das gleiche gilt auch für die Homosexualität, die der Verfasser wegen ihrer weiten Verbreitung zwar zur Sprache bringt, keinesfalls aber als eine Form menschlicher Sexualität betrachtet* (!!!). *Für ihn ist und bleibt Heterosexualität das normale Geschlechtsempfinden"* (aus: Hagen, Liebe, Sexualität, Fortpflanzung (Lehrerbeiheft), Hannover 1974, S. 6).

Doch auch der geringe Anteil des Sexualkundeunterrichts, der die Schüler/innen schonend vorbereitet auf künftige Erwachsenentaten, läßt die Jugendlichen mit ihren Problemen hoffnungslos allein. Deshalb hilft nur eine uneingeschränkte Einbeziehung der tatsächlichen Sexualwelt der Schüler/innen durch „betroffene", d.h. sich zuständig fühlende Lehrer/innen. *„Solange sich Sexualunterricht auf die Zukunft bezieht, und nicht auf die gegenwärtigen Sexualprobleme der Schüler, taugt er nichts"* (Gerold Scholz in päd.extra, 10/1978, S. 23).

... im finstern Bayernland

Selbst die geringen Ansprüche des Sexualkundeunterrichts waren in Bayern
noch zuviel. Bis 1977 wehrten die
noch zuviel. Bis 1977 wehrten die Schulbehörden sich dagegen, und selbst nach einem Urteil des BVG dauerte es noch einmal drei Jahre, bis der bayerische Landtag ein entsprechendes Gesetz beschloß. Die folgenden Richtlinien sorgten jedoch dafür, *„daß wir nun ein Sexualkundegesetz haben, aber keine Sexualkunde mehr"* (SPD-MdL Christa Meier, lt., „Stern", 20.11.80).

Es klingt wie ein absurder Witz, wenn jetzt elf seit zehn Jahren zugelassene Biologiebücher verboten sind, damit sie entschärft werden. *„Irgendwelche Schweinereien wollen wir nicht haben"* (CSU-Fraktionsvorsitzender Gustl Lang, ebenda). Also müssen als erstes alle Abbildungen des menschlichen Körpers verschwinden. Dafür sollen zwar nicht wieder Bienchen und Blümchen erscheinen, aber immerhin „schematische Abbildungen", sprich Strichmännchen und -frauchen. Für den Unterricht vorgesehen sind 2 bis drei Stunden pro Jahr (!). Erst in der zehnten Klasse sollen *„Bau und Funktion der Geschlechtsorgane anhand schematisierter Abbildungen"* behandelt werden. Zu dem Zeitpunkt haben zwar schon alle Mädchen ihre Tage, nur wissen dürfen sie das noch nicht so genau... Denn: *„Keine detaillierte Darstellung des Zyklus als Regelkreis"*.

Mit allen Mitteln soll derlei Schweinkram aus bayerischen Landen verbannt werden. Und weil nicht sein kann, was nicht darf, wurde auch eine Aufklärungsfibel des Bundesministeriums für Jugend, Familie und Gesundheit verboten. Das kleine Heftchen „Muß-Ehen muß es nicht geben" wendet sich an Jugendliche und berät über zahlreiche Fragen, die oft ungewollte Folgen bringen. Bayerns Kultusminister hält dies allerdings für „Pornographie".

Broschüre „Muß-Ehen muß es nicht geben" kostenlos erhältlich von
Bundeszentrale für
gesundheitliche Aufklärung
Postfach 93 01 03
5000 Köln 91

Hei., Hamburg
Schwulengruppe des KB

2. Bundesweites Schwules Pfingsttreffen für Lehrer am 6.6. - 8.6.81 in Berlin

Pfingsten 1980 fand in Hannover ein erstes bundesweites Treffen von schwulen Lehrern statt. Neben der in Berlin bestehenden Gruppe wurden zur Fortführung der Arbeit fünf westdeutsche regionale Gruppen gegründet.

Ein Jahr danach lädt die Berliner Lehrergruppe alle Neuinteressierten und Mitglieder schwuler Lehrergruppen ein zu
– einem Erfahrungsaustausch über unsere Arbeit in den Gruppen, im Arbeitsbereich und in der GEW;
– einer Erörterung der Möglichkeiten, gemeinsam gegen unsere Diskriminierung am Arbeitsplatz anzugehen.

Anmeldung erbeten an:

Detlef Mücke, Schlüterstr. 55,
1000 Berlin 12
Tel.: 030/883 23 01 oder
Karl Dörnhöfer, Heylstr. 31,
1000 Berlin 62
Tel.: 030/782 44 98

Schwule und Schule

Die Tatsache, daß unter Schülern Schimpfworte wie „schwule Sau", „Arschficker" oder „Warmer Bruder" genau wie unter Erwachsenen gang und gebe sind, kennzeichnet das Klima an der Schule. Denn gleichzeitig ist bekannt, daß sich 15 - 20 % aller jugendlichen Schüler in der BRD zumindest zeitweise „aktiv homosexuell betätigen" und auch unter den Lehrern gibt es genau so viele Schwule/Lesben wie überall. Doch allein das Tabu, die Verdrängung der Homosexualität aus dem Schulleben, sorgen dafür, daß keiner sich zu erkennen geben will; angedrohte (und verhängte) Disziplinarstrafen und juristische Verfolgung folgen der Diskriminierung auf dem Fuß.

Um diesem unwürdigen Versteckspiel ein Ende zu machen, berichteten Hamburger schwule Lehrer von ihrer im Mai 1980 gegründeten Gruppe und forderten in der „Hamburger Lehrer-
zeitung" (der GEW, 11/80) zur Ein-
zeitung" (der GEW, 11/80) zur Einrichtung eines GEW-Arbeitskreises auf. Die Weigerung des Schulsenators, gegen die Diskriminierung deutlich Stellung zu beziehen und seine Begründung, *„für die Diskriminierung der Homosexualität in Hamburger Schulen keine Anhaltspunkte"* zu sehen, veranlaßte die Lehrergruppe umso mehr, sich an die Gewerkschaftskollegen zu wenden.

In ihrem Artikel „Die Angst im Dienst" schildern sie ihre alltägliche Unterdrückung in der Schule und deren Hintergründe und Ursachen. Damit wollen sie erreichen, *„daß*
– bei den Kolleginnen und Kollegen vorhandene Ängste gegenüber Schwulen abgebaut werden;
– u n s die Sicherheit gegeben wird, im Berufsverbotsfall Kollegen hinter uns zu wissen;
– diese Sicherheit uns stark macht, Anspielungen der anderen Kollegen, der Schulleitung und der Schüler unbefangener, angstfreier und sicherer entgegenzutreten".

Als Bestandteil der (Selbst)Unterdrückung führten die Lehrer an: *„So hat er Angst vor jeglichem Körperkontakt mit Schülern bzw. er vermeidet ihn: ‚Kein Lehrer zum Knuddeln, zum Anfassen, zum Antatschen'. Es gibt keinen pädagogischen Ausdruck dafür. Aber der Erfolg eines Lehrers hängt auch von solchen Dingen ab. Vor allem im Grundschulbereich – aber nicht nur da. Körperliche Nähe und auch Zärtlichkeit gehören zu alltäglichen Kommunikationszusammenhängen und dürfen nicht ausgegrenzt werden"*.

Das sollte Folgen haben ... In einem Hetzartikel der „Welt" (11.11.80) versammelte sich die Hamburger Re-Aktion. Allen voran die Vorsitzende des Hamburger Elternbundes, Helga Mack: *„Körperliche Annäherung in irgendeiner Form gehört nicht zu den Aufgaben des Lehrers. Ich halte es im Gegenteil für gefährlich, wenn den Schülern ein Intim-Verhalten aufgezwungen wird, das sie freiwillig sicher nicht wünschen"*. Schlimmer noch, an den Hamburger Schulen würden die minderjährigen Jugendlichen *„einer Art Vergewaltigung unterworfen, die unter dem Deckmantel der ‚Liebe' geschieht"*. Ebenso ließ sich Fritjof Kelber vernehmen, der bildungspolitische Sprecher der CDU-Bürgerschaftsfraktion und Schulleiter einer katholischen Schule: *„Der Austausch von Zärtlichkeit gehört nicht zum Erziehungsauftrag der Schule"*.

Jeder körperliche Kontakt zwischen Schüler und Lehrer müsse völlig ausgeschaltet sein.

Die Krone setzte dem allen der Hamburger Schulsenator auf, der erklären ließ: *„Wir lassen prüfen, ob Passagen in dem Artikel rechtsrelevant sind"*.

Etwas darüber hinaus sind die Betroffenen in Westberlin. Dort gibt es bereits seit 1978 eine vom Landesvorstand der GEW anerkannte „Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher". Diese hat in Verhandlungen mit dem zuständigen Senator immerhin schon einiges erreicht, so
z.B., daß „das Bekanntwerden der
z.B., daß *„das Bekanntwerden der Homosexualität eines Lehrers – auch durch ihn selbst – gegenüber Schülern Eltern und Kollegen für den Senator für Schulwesen kein Anlaß für dienstrechtliches Vorgehen"* mehr ist. Auch die Lehrerinnen haben sich in einer „Arbeitsgruppe lesbischer Lehrerinnen" zusammengeschlossen.

Auf einem ersten bundesweiten Treffen in Hannover Pfingsten 1980 kamen über 100 schwule Lehrer und Erzieher zusammen und gründeten zur Fortführung der Arbeit fünf Regionalgruppen. Ein zweites Treffen wird in Berlin vorbereitet.

Auch innerhalb der GEW sind die ersten Aktivitäten angelaufen. So kamen von den Landesverbänden Hamburg und Westberlin Anträge an den Gewerkschaftstag der GEW, die den „Abbau der Diskriminierung von Homosexualität und Homosexuellen im Erziehungsbereich" fordern.

„Da sind sie wieder, die Schlagworte der Emanzipation: Selbstbestimmung, Gleichberechtigung. Die Randgruppen begnügen sich, soweit Linksintellektuelle ihre Sprecher sind, nicht damit, toleriert zu werden..." („FAZ", 10.11.80), geiferte die Re-Aktion.

... und die Schüler?

Ende 1978 hängte ein schwuler Schüler der Hermann-Hesse-Oberschule in Berlin-Kreuzberg einen Aufruf zur Bildung einer schwulen Schüler- und lesbischen Schülerinnengruppe ans „unzensierte schwarze Brett". Er verschickte ihn auch an verschiedene andere Schülervertretungen. Der Abdruck in Schülerzeitungen rief deren Verbot nach sich. Dem Schüler schneite eine Einladung ins Haus – von der Polizei – Abt. Sitte; die Staatsanwaltschaft schloß sich dem an: Anzeige von drei Schülern von verschiedenen Schulen, „Verdacht des Verstoßes gegen das Jugendschutzgesetz". Nach einigen Wochen wurde das Verfahren eingestellt.

Inzwischen wurde eine Veranstaltung der AG Sexualität derselben

Fortsetzung nächste Seite

England: Prozeß gegen Pädophile

Verschwörung zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Moral

London, 8.2.
Die Eröffnung der Verhandlung gegen die Vorstandsmitglieder der englischen Pädophilen-Organisation PIE (Paedophile Information Exchange) im Londoner Schwurgericht „Old Bailey“ verzögerte sich zweimal und begann somit erst am 19.1. (siehe AK 193, S. 33.)Ihnen wird nach einem „Anti-Terror“-Gesetz „Verschwörung zur Untergrabung der öffentlichen Moral“ (Conspiracy to Corrupt Public Morals) vorgeworfen, das Strafen bis zu lebenslänglicher Haftstrafe vorsieht. Die bisherige Prozeßführung zeigt, daß die Willkür des Gerichts bei der Anwendung dieses Gummiparagraphen kaum noch zu überbiete.. ist.

Die Staatsanwaltschaft kam auf die makabre Idee, von einem der fünf Beschuldigten, der krebskrank war, ein ärztliches Attest zu verlangen, daß er innerhalb der nächsten sechs Monate sterben werde, um ihn daraufhin eventuell von der Anklage befreien zu können. Er verstarb kurz vor Prozeßbeginn, so daß nur noch vier Angeklagte vor Gericht standen.

Das politisch Brisante an diesem Prozeß ist die neue, exzessive Auslegung des „Verschwörungs“-Gesetzes. Jede nur im entferntesten subversive oder gar revolutionär erscheinende Aktivität soll im Keime erstickt werden. Während in der BRD von Bundesanwaltschaft und Berliner Staatsanwaltschaft noch laut darüber nachgedacht wird, ob im Häuserkampf der Terror-§ 129 StGB (Bildung einer kriminellen Vereinigung) angewandt werden soll, sind die Engländer schon einen Schritt weiter: hier wird bereits der sexuelle Befreiungskampf in gleicher Weise kriminalisiert. Genau wie es dem BGH bei den Hausbesetzern in Hamburg-Hohenfelde (Eckhofstr.) 1974 nicht auf die Schwere der Tat ankam, sondern auf ihre Bedeutung, das heißt auf ihre politische Bedeutung, ist der eigentliche Tatvorwurf gegen die PIE-Vorstandsmitglieder geradezu lächerlich.

Im Rahmen der mündlichen Beweisaufnahme mußte der größte Teil der Anklagepunkte fallengelassen werden, so daß eine beträchtliche Anzahl von Zeugen der Anklage nicht mehr geladen zu werden braucht. Das Kuriose an diesem Fall ist, daß die Untergrabung der öffentlichen Moral gar nicht strafbar ist, sondern nur die Verschwörung zu diesem Zwecke, wobei die Beweislast dann nur noch sehr gering ist. Bisher mußte noch der Vorsatz zu unmoralischen Handlungen nachgewiesen werden, während der Vorsitzende Richter Leonard jetzt versucht, den Tatbestand schon für erfüllt anzusehen, wenn „wissentlich die Möglichkeit für solche Handlungen für Dritte geschaffen wurde“ (analog unserem Tatbestand „Unterstützung einer kriminellen Vereinigung“). Der Verteidiger Archer erhob vergeblich gegen die vage Anklage und ihre Formulierungen Einspruch. Wenn eine Anklage auf solch wackliger Grundlage überhaupt zugelassen werde, sei folgerichtig auch gar kein Freispruch möglich.

PIE wurde vom Gericht gewissermaßen als kriminelle Vereinigung hingestellt, indem der Vereinsapparat erst die Kontaktaufnahme ermöglicht habe, mit der Informationsmöglichkeit, wie man „mit pädophilen Absichten“ Kontakt zu Kindern aufnehmen könne. Es verblieben schließlich zwei Anklagepunkte: durch Veröffentlichung der Kleinanzeigen in dem Vereinsorgan „Magpie“ sollen die Angeklagten die Inserenten und Leser erstens zu sexuellen Handlungen mit Kindern und zweitens zum Versand von pornografischem Schrifttum angestiftet bzw. diese Möglichkeit geduldet haben.

Einer der Angeklagten, Trevor Wade, wurde inzwischen mangels Beweises freigesprochen. Bei den übrigen drei Angeklagten waren die Gechworenen ratlos. Der Vorsitzende Richter gab sich jedoch nicht einmal Mühe, den Anschein der Rechtsstaatlichkeit zu wahren: statt die Anklage daraufhin fallen zu lassen oder auf Freispruch zu erkennen, schickte der Richter seine Geschworenen kurzerhand nach Hause! Das Gericht muß sich jetzt neue Geschworene suchen. Man ist versucht, von einem Justizskandal zu sprechen, doch das System selbst ist der Skandal.

Der Prozeß wurde inganggesetzt durch das Londoner Schmierblatt „News of the World“ (ähnlich „Bild“), das mit zwei Reportern zweimal einen PIE-Gruppentreff in London infiltrierte und reißerisch darüber berichtete als einem Kinder-Callboy- und Callgirl-Ring. Die Schlagzeilen nach Prozeßbeginn waren entsprechend: „Kinder-Sex-Gruppe“ (Daily Mail, 21.1.), das Vereinsorgan „Magpie“ wurde als „Kinder-Sex-Magazin“ bezeichnet (Daily Star, 21.1.) und der ‚Morning Star‘ vom 21.1. sprach in dicken Lettern vom „Kinder-Sex-Prozeß“, obwohl er es besser wissen müßte.

Inzwischen liegen internationale Protestresolutionen gegen den Prozeß vor, so aus der BRD u.a. von der antipädagogischen „Aktion Kinder-SCHUTZ“, der Deutschen Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie e.V. (DSAP), der Schwulenorganisation AHA Berlin e.V., dem Homophilen-Magazin DU & ICH, dem Autor Peter Schult, dem Arbeitskreis Päderastie (AKP). Der Prozeß wird voraussichtlich noch zwei Wochen bis zur Urteilsverkündung dauern.

Schreibt massenhaft Protestbriefe an das Unterstützerkomitee CAPM, BM 1151, London WC1V 6XX wegen Verletzung der Menschenrechte (violation of Human Rights), besonders der Rede- und Versammlungsfreiheit (freedom of speech and coalition).

Olaf Stüben

West-Berlin: Zentrum braucht Hilfe!

Am 1. März soll die ‚Beratungsstelle‘ für Lesben von Lesben und für Schwule von Schwulen eröffnet werden.

Bislang haben wir in Verhandlungen erreicht, daß das Bezirksamt Kreuzberg und die Bezirksverordnetenversammlung (Beschluß vom 25.11.80) unsere Konzeption und unseren Verein als Träger der Beratungsstelle anerkennt. Wir streben an, daß unsere Arbeit durch den Senat finanziell abgesichert wird, wir in der inhaltlichen Arbeit von staatlichen Stellen unabhängig bleiben.

Wir haben Anträge auf finanzielle Unterstützung an den Senat, das Bezirksamt und an das ‚Netzwerk‘ gestellt. Erfahrungsgemäß erfordert das eine längere Bearbeitungsdauer. Wir wollen jedoch nicht auf die Bewilligung warten und so schnell wie möglich die Beratungsstelle aufmachen, weil wir meinen, daß ein großes Interesse an unserer Arbeit besteht.

Die Beratungsstelle soll zunächst nur an einigen Tagen in der Woche geöffnet sein, weil wir ohne Bezahlung nur ehrenamtlich neben Beruf und Ausbildung arbeiten können.

Bevor wir öffnen können, müssen die Räume eingerichtet, müssen Flugblätter, Plakate und Broschüren gedruckt und die laufenden Kosten (Miete, Telefon) bestritten werden. Diese Kosten können wir aus eigener Tasche nicht aufbringen. Aus diesem Grunde wenden wir uns an die lesbische und schwule Öffentlichkeit (an Sie!) mit der Bitte um finanzielle Unterstützung.

Monatliche Beiträge sind ebenso gern gesehen wie einmalige Spenden. Förderndes Mitglied des Trägervereins kann werden, wer mindestens DM 5 Monatsbeitrag zahlt.

Kommunikations- und Beratungszentrum homosexueller Frauen und Männer e.V.
1000 Berlin 61
Hollmannstraße 19
Tel. Männer: 030/215 05 31
Frauen: 030/215 05 32
Postscheckkonto:
438279-108 Postscheckamt Berlin West

»Wie lebe ich als Homosexuelle/r?« VHS-Kurs in Hamburg

Seit anderthalb Jahren veranstaltet die Volkshochschule Hamburg Kurse für Schwule. Während die bisherigen Kurse sich in erster Linie mit der individuellen Lebenssituation der Schwulen beschäftigten, wird im kommenden Semester ein politischer Informationskurs über die allgemeine Stellung der Gesellschaft und des Staates zur Homosexualität angeboten. Ein besonderer Schwerpunkt wird sein die Lage der lesbischen Frau, darum sind diesmal auch alle interessierten Lesben besonders eingeladen, am Kurs teilzunehmen.

Insgesamt wird es drei Themenschwerpunkte geben:

- Der § 175
- Lesbische Frauen
- Kirche und Homosexualität

Informationen durch:
VHS – Tel. 040/368 16 61 oder 368 16 70 oder direkt bei Hans Georg Floß – Tel. 040/388388

Betr.: Appell der westdeutschen Sexualgesellschaften zur Streichung des § 175

Im November vergangenen Jahres hatten sich die Gesellschaft zur Förderung sozialwissenschaftlicher Sexualforschung (GfSS) und die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung (DGfS) in einem Appell an alle bürgerlichen Politiker für die Streichung des § 175 („Homosexuelle Handlungen an einem Mann unter 18 Jahren") ausgesprochen.

Aufgrund eines bösen „Schnitzers" in dem Aufruf, in dem die Streichung des § 175 mit dem „notwendigen Weiterbestehen" der §§ 174 („Sexueller Mißbrauch von Schutzbefohlenen") und 176 („Sexueller Mißbrauch von Kindern") begründet wurde, protestierten die AHA (Allgemeine Homosexuelle Arbeitsgemeinschaft) und die DSAP (Deutsche Studien- und Arbeitsgemeinschaft Pädophilie) gegen diesen Part. (Wir berichten in AK 192 darüber.)

Zu dieser Kritik haben sich inzwischen die Vorsitzenden der beiden Gesellschaften, Prof. Dr. Helmut Kentler (GfSS) und Prof. Dr. med. Volkmar Sigusch (DGfS), geäußert.

Kentler schreibt in einem Brief an den Vorstand der AHA: „ ... *Meines Erachtens beruht Ihre Kritik am Appell der sexualwissenschaftlichen Vereinigungen der BRD vom 1.11.80 auf einem Mißverständnis. Die Ziffer 2 des Fernschreibens* (gemeint ist der Aufruf, Anm. d. Verf.) *war aufgenommen worden, weil wir Informationen aus den Koalitionsverhandlungen erhalten hatten, die besagten, daß starker Widerstand, vor allem von SPD-Seite, gegen eine ersatzlose Streichung des Paragraphen 175 bestehe; als Hauptmotiv war angegeben worden: Der Kinder- und Jugendschutz sei dann nicht mehr gewährleistet. Es dürfte wohl klar sein, daß mit Ziffer 2 des Fernschreibens die gegenwärtige Rechtslage referiert wird. Weder ich noch die anderen Mitunterzeichner wollten damit die §§ 174 und 176 gutheißen.*

Es kann daher auch nicht die Rede davon sein, daß ich für eine Abschaffung des § 175 auf Kosten eines Weiterbestehens der §§ 174/176 eintrete. Allerdings bin ich davon überzeugt, daß eine Änderung der §§ 174/176 erst zu erreichen sein wird, nachdem der § 175 abgeschafft ist. Wer alles auf einmal erreichen will, bleibt sicher erfolglos".

Volkmar Sigusch schreibt in einem Brief an die DSAP: „ ... *Bei unserem Appell vom 1.November 1980 zur Beendigung der strafrechtlichen Sonderbehandlung der männlichen Homosexualität hatten wir nach unserem Dafürhalten der bekannten besonderen politischen Situation Rechnung zu tragen. Die Kritik, die Sie vortragen, teilen wir insofern, als die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung sich als wissenschaftliche Vereinigung zu den angeschnittenen Fragen keine abschließende Meinung gebildet hat. Wir haben vor einiger Zeit gerade zu diesen strafrechtlichen Fragen eine Kommission eingesetzt. Auch daraus bitten wir zu entnehmen, daß wir die Paragraphen 174 und 176 des Strafgesetzbuches in der bestehenden Form keineswegs für vertretbar halten.*

Das Ziel unseres Appells vom 1. November war die Gleichstellung von sogenannter Homo- mit sogenannter Heterosexualität. Nicht weniger und nicht mehr. Es ging um die Chance, daß der § 175 gestrichen würde".

Ein neuer Aufruf zur Entkriminalisierung der Homosexualität von der DGfS

Im Januar hat nun die Deutsche Gesellschaft für Sexualforschung einen neuen Aufruf zur Streichung des § 175 veröffentlicht. Dort ist die Berufung auf die §§ 174 und 176 nicht mehr enthalten.

Fr. Schwulengruppe des KB

Fortsetzung von vorheriger Seite

Schule zum Thema Homosexualität verboten. Es war geplant, den Film „Jagdszenen aus Niederbayern“ zu zeigen und anschließend eine Diskussion zu führen. Dazu waren u.a. Vertreter der AG schwule Lehrer der GEW eingeladen. Verbotsbegründung: Mangelnde Ausgewogenheit, fehlende Wissenschaftlichkeit und das Verbot der Werbung für Homosexualität (aus der „Berliner Lehrerzeitung“ nach „päd. extra“ 7/8, 1980).

Ebenso enden auch immer wieder Versuche, Betroffene in den Schulen berichten zu lassen. „*Die von Ihnen erhobene Forderung, Homosexuelle als Referenten vor Schulklassen einzuladen, kann ich leider nicht erfüllen. Die von Ihnen vorgeschlagene Auslegung wird dem Wortlaut und der Intention der Ausführungsvorschriften nicht gerecht. Es sollen Referenten gewonnen werden, die ‚Fachleute auf einem bestimmten Gebiet sind und die aus eigenem Erleben und eigener Erfahrung zu den Schülern sprechen können‘. Fachkompetente Aussagen zum Problem der Homosexualität werden jedoch nicht von Homosexuellen selbst* (!!!), *sondern von Sexualwissenschaftlern, Medizinern, Psychologen und auch Soziologen zu erwarten sein...*“ (Berlins Schulsenator Rasch, zit. nach Antragsbegründung des GEW-Landesverbands, 15./16.4.80).

Wieviel hier noch im argen liegt, hat die vor einem halben Jahr gezeigte Fernsehserie „Chris und Tim“ im Guten wie im Bösen vorgeführt. Ebenso wie die beiden Titelfiguren das Mitgefühl gewannen, wurden ihre beiden Lehrer als egoistische Kindesverführer verzerrt.

* * *

Wer sich für nähere Einzelheiten interessiert, sollte sich wenden an:
Hamburger Lehrerzeitung
Rothenbaumchaussee 19
2000 Hamburg 13
bzw.
Arbeitsgruppe schwuler Lehrer Hamburg – Tel. 040/280 29 24
bzw.
Berliner Lehrerzeitung
Ahornstr. 5
1000 Berlin 30
bzw.
Arbeitsgemeinschaft homosexueller Lehrer und Erzieher in der GEW Berlin – Tel. 030/883 23 01

Zum Nachmachen empfohlen – Volkshochschule für Lesben

Im letzten Herbst fand in Hannover zum ersten Male ein Volkshochschulkurs statt mit dem Titel „Wenn Frauen Frauen lieben". Es gab schon einige Jahre lang VHS-Kurse von Schwulen über Homosexualität und Angebote für Eltern von Homosexuellen. Eine der Initiatorinnen des Lesbenkurses hatte an so einem Kurs teilgenommen und war von den Männern ermutigt worden, auch einen für Lesben anzubieten. Als sie eine weitere Frau fand, die sich einen solchen Kurs zutraute, gab es auch von der Volkshochschule aus keine Bedenken.

Die Werbung für den Kurs über das VHS-Verzeichnis hinaus war aber allein dem Engagement der Initiatorinnen zu verdanken und stieß einem SPD-Ratsherrn auch sauer auf. Bei einem Empfang im Rathaus beschwerte er sich beim Leiter der Volkshochschule, daß für den Kurs in der „Hannoverschen Allgemeinen" geworben wurde, woraufhin dieser der Kursleiterin die weitere Werbung untersagte. Es meldeten sich so etwa 20 Frauen an, einige schauten noch manchmal rein oder begleiteten ihre Freundinnen. Die Gruppe war sehr vielschichtig im Alter zwischen 20 und Mitte 40 etwa: die meisten im Beruf, einige in der Ausbildung, mehrere Hausfrauen, die Hälfte der Teilnehmerinnen mit Kindern. Auch die Lebenserfahrungen und Ansichten waren sehr unterschiedlich.

Die Initiatorinnen boten Themen und Artikel zur Diskussion an, doch dienten diese Angebote wesentlich zur Anregung von Gesprächen unter den Kursteilnehmerinnen. So erzählten wir meist von uns selbst. Zu Beginn war eine Haltung vorherrschend wie „Wir haben doch keine Probleme, wieso denn auch?" – aber nach und nach löste sich das in eine vertrautere Atmosphäre auf. Wir erfuhren voneinander, wie verschieden und doch so ähnlich unsere Probleme sind und welche Bedeutung unsere Lebensumstände für unsere Identität als Lesbe haben, in der Familie, im Beruf, mit Vermietern, mit oder ohne Freundin. So entstand auch der Vorschlag, daß die Gruppe nach dem Kurs weitermacht an einem Projekt, aus unseren Lebensgeschichten ein Buch zu machen. Bei den Gesprächen bemühten sich alle Frauen darum, den anderen das Gefühl zu geben, daß sie mit allem, was sie sagen, akzeptiert würden, auch wenn das manchmal schwer fiel, bei so viel Widersprüchen.

Nach dem Kurs gingen wir noch in eine ruhige Sub-Kneipe, wo wir uns näher kennenlernen und persönlicher unterhalten konnten.

Für alle war der Kurs mal eine Möglichkeit, außerhalb des Sub andere Lesben kennenzulernen, aus dem neutralen Boden der Volkshochschule sozusagen. Für einige Frauen war es auch das erste Mal, daß sie aus ihrem privaten Bereich herauskamen. Während vorher Familie, Beruf auf der einen und das Lesbischsein auf der anderen Seite ängstlich getrennt wurden, konnten wir uns hier erstmalig ganz einbringen und ganzheitlich fühlen.

Für die meisten Frauen war es auch das erste Mal, daß sie gemerkt haben, daß ihre Probleme nicht einmalig oder anormal sind, sondern daß sie sie mit anderen Lesben teilen.

Gegen eher psychologische Erklärungsversuche der Probleme von Lesben, bemühten sich einige Frauen, unsere Situation als gesellschaftlich bedingt zu sehen.

Aus den Erfahrungen mit dem Kurs haben einige Frauen beschlossen, weiter eine Lesbengruppe zu machen, unabhängig von der VHS. Die Frauen wollen das Buchprojekt in Angriff nehmen und sich mit einem Stand auf dem Frauenfest am 8. März „vorstellen"

Eine Genossin der KB-Lesbengruppe

Zur Geschichte des Kampfes gegen Kinderarbeit

Wir haben im AK 186 ein Interview mit Heinrich von der Haar über Kinderarbeit in der BRD veröffentlicht. Heinrich von der Haar und Elke Stark-von der Haar sind Verfasser eines Buches über „Kinderarbeit in der BRD und im Deutschen Reich" (1980, Verlag Die Arbeitswelt), das zum erstem Mal seit Jahren wieder eine gründliche und materialistische Analyse der Kinderarbeit in der BRD (und ihren kapitalistischen Vorläufern) liefert und sich wohltuend von den Regierungsbroschüren („Kinderarbeit gibt es praktisch nicht mehr") abhebt.

Auch wenn verständlicherweise die Enthüllungen über Kinderarbeit in der BRD in den Vordergrund gerückt werden, scheint es uns wichtig, Kinderarbeit in ihrer gesamten Dimension als Teil der kapitalistischen Arbeits- und Produktionsverhältnisse darzustellen. Kinderarbeit ist nicht – wie in den bürgerlichen Medien dargestellt – ein exotisches Problem „unterentwickelter" Länder, sie gehört zum Kapitalismus. Und der Schutz der Kinder vor Kinderarbeit ist seit Anbeginn ein wichtiges Anliegen der Arbeiterbewegung.

Kinderarbeit im 19.Jahrhundert

Ungeachtet der Tatsache, daß es Kinderarbeit gibt, seit der Mensch arbeitet, existieren Kinderarbeitsschutzgesetze erst, seit die organiserte Arbeiterklasse auf den Plan getreten ist.

Als zu Beginn des 19. Jahrhunderts das kapitalistische Fabriksystem aufkam, wandelte sich die Kinderarbeit von der Mitarbeit im väterlichen Betrieb in gnadenlose Ausbeutung zum Zweck der Profitmaximierung. Während in den Manufakturen noch für die meisten Arbeitsprozesse ein handwerkliches Können vorausgesetzt war, weshalb Kinder als Arbeitskräfte dort kaum eine Rolle spielten, wurde es mit der Massenproduktion erstmals möglich, für Kinder massenhaft Arbeitsplätze zu errichten. Der Einsatz von Maschinen senkte die geistigen und Körperlichen Anforderungen an die Arbeiter, wodurch der Einsatz von ungelerntem Personal – Frauen und Kindern – in großem Maßstab möglich wurde.

In dieser Phase der extensiven

sonal – Frauen und Kindern – in großem Maßstab möglich wurde.

In dieser Phase der extensiven Ausbeutung des Produktionsprozesses war das Kapital bestrebt, möglichst viele Arbeiter, und zwar in möglichst frühem Alter, in die Produktion einzubeziehen. Da dem Kapital noch keine Macht gegenüberstand, die der Ausbeutung Grenzen setzte, dehnte es den Arbeitstag immer weiter aus und verbrauchte neben den Rohstoffen auch die Arbeitskräfte im wahrsten Sinne des Wortes. Selbst Kinder mußten bereits vom 6. Lebensjahr an unter härtesten Bedingungen 10, 12 Stunden und länger arbeiten.

Erster Kinderarbeitsschutz

Der bis zu 15-stündige Arbeitstag in Bergwerken und Maschinen-Sälen zerrüttete die Gesundheit ganzer Generationen soweit, daß sich der preußische Generalstab um seinen Soldatennachwuchs Sorgen machte und damit den ersten Anstoß zu staatlichen Auflagen für Kinderarbeit gab.

So wurde im Jahr 1839 ein erster gesetzlicher Kinderarbeitsschutz erlassen: Es wurde die regelmäßige Fabrikarbeit von Kindern unter 9 Jahren verboten und die Arbeit der 9- bis 16jährigen auf 10 Stunden beschränkt. Daß dieses Gesetz nahezu folgenlos für das Ausmaß der Kinderausbeutung blieb (wie auch alle späteren Gesetze), hängt wesentlich damit zusammen, daß die Familien aufgrund des geringen Lohnes auf diese Erwerbsquelle (Kinderarbeit) angewiesen waren und daß man keine Kontrollmaßnahmen einführte.

Daß in der Geschichte der Kinderarbeit immer wieder das Phänomen auftaucht, daß die Arbeitereltern zum Sklavenhändler ihrer Kinder werden, hängt mit dem „Bedürfnis" der Unternehmer nach maximaler Kapitalverwertung zusammen. Erst als es für das Kapital offensichtlich wird (in der Zeit nach der bürgerlichen Revolution von 1848), daß eine Produktionssteigerung mit der extensiven Produktionsmethode nicht weiter zu erreichen ist, wird es notwendig, die Arbeit zu intensivieren. Verbesserte Maschinen stellen höhere Ansprüche an Geist und Körper. Es werden kompliziertere Bedienung und Wartung, selbstständige Kontrolle und Reparatut verstärkt notwendig. Damit geht die Fabrikarbeit von Kindern zurück, denn die Intensivierung der Arbeit macht ein gewissen Maß an schulischer Bildung erforderlich.

So bekam nun der weit überwiegende Teil der Arbeiterkinder ein Minimum an Schulbildung, das erheblich höher lag als in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Außerdem wurde 1853 ein Gesetz verabschiedet, das die regelmäßige Beschäftigung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken verbot. 12- 14jährige durften maximal 6 Stunden täg-

schäftigung von Kindern unter 12 Jahren in Fabriken verbot. 12- 14jährige durften maximal 6 Stunden täglich ausgebeutet werden. Hinzu sollte ein 3stündiger Schulunterricht kommen. Die Übertretung dieser Bestimmung war allerdings eher das Normale.

Die Arbeiterklasse wehrte sich gegen die zahlreichen Gesetzesübertretungen. Unter dem Druck ihrer Forderungen und auf Grund von zunehmenden Unfällen wurde 1891 die Fabrikarbeit volksschulpflichtiger Kinder gänzlich verboten. Schulentlassene Kinder unter 14 durften Fabrikarbeit bis zu 6, die 14 - 16jährigen bis zu 10 Stunden leisten.

Zunahme der Kinderarbeit außerhalb der Industrie um 1900

Die Intensivierung der Arbeit drängte die Kinderfabrikarbeit ständig zurück. Allerdings existierte sie dort weiter, wo sie für Fabrik oder Bergwerk noch lohnend war oder nahm lediglich andere Formen an. Arbeitende Kinder mußten verstärkt zur Landwirtschft, zur Heimindustrie, zum Handwerk und Gewerbe, Handel und Gaststättengewerbe wandern. Die Kinderarbeit hat in dieser Zeit die Funktion, durch ihre wesentlich niederigere Entlohnung Extraprofite zu realisieren. Damit ist auch Betrieben, die hinter der allgemein durchgesetzten Produktivität zurückfallen, die Chance gegeben, auf den Schultern der Arbeiterkinder ihren Betrieb am Leben zu erhalten. Diese Funktion zeigt heute ähnliche Gesetzmäßigkeiten in der Rolle der Beschäftigung von Arbeiterkindern im Handwerks- und Kleinbetrieb.

Unter dem Druck verschiedener Untersuchungen über Kinderarbeit wurde endlich im Jahr 1903 ein Kinderschutzgesetz erlassen, in dem scheinbar versucht wurde, auch die Beschäftigung von Kindern im Familienbetrieb (einschließlich der Heimarbeit) gesetzlich zu ordnen. Ausgeklammert blieben Landwirtschaft und Gesindedienst.

Da das Kinderschutzgesetz völlig unzureichend überwacht und damit kaum durchgesetzt wurde, sahen sich die bewußtesten Teile der Arbeiterklasse gezwungen, den Schutz der Kinder selbst zu organisieren. Schon im Herbst 1904 verpflichteten sich sozialdemokratische Frauen, sich mit dem Problem der Kinderarbeit zu beschäftigen und sich für eine Verbesserung der Schutzgesetzgebung einzusetzen. Ab 1905 gründeten sie – später gemeinsam mit den Gewerkschaften – Kinderschutzkommissionen, die sich folgende Aufgaben stellen:

- den vollen gesetzlichen Schutz für Kinder durchzusetzen;
- aufklärend unter den Eltern zu wirken;
- generell gegen die kapitalistische Kinderausbeutung zu kämpfen.

Aus ihren Untersuchungen geht hervor, daß das Gesetz von 1903 keinen wirksamen Schutz gegen vorzeitigen Verschleiß der körperlichen, geistigen und sittlichen Kräfte der Kinder bot. Im Jahr 1913 forderte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion ein Verbot jeglicher Erwerbsarbeit schulpflichtiger Kinder. Diese Forderung konnte jedoch nicht durchgesetzt werden.

Im Ersten Weltkrieg erhielt die Kinderarbeit eine unermeßliche Bedeutung: Kinder mußten den Lohn ihres Vaters, der als Soldat in den Krieg geschickt worden oder bereits gefallen war, ersetzen. Nahezu alle Kinderarbeitsschutzrechte wurden von Anfang an für den Raubkrieg außer Kraft gesetzt.

Erst als Resultat der Arbeiterkämpfe der Novemberrevolution wurde das Notgesetz von 1914

Erst als Resultat der Arbeiterkämpfe der Novemberrevolution wurde das Notgesetz von 1914 wieder aufgehoben.

Kinderarbeit in der Weimarer Republik und im Faschismus

In der Anfangsphase der Weimarer Republik hatte die Kinderarbeit ein erhebliches Gewicht. Wirtschaftliches Elend und Inflation zwangen die Kinder zu arbeiten. Allein in Sachsen war z.B. 1920 jeder 8. Arbeiter in der Produktion ein Kind. In der Folgezeit wurde die Einhaltung der bestehenden Gesetze stärker kontrolliert, sodaß außer im Bereich der Landwirtschaft und der Heimarbeit die Kinderarbeit weiter zurückgedrängt wurde.

1938, also kurz vor Beginn des 2. Weltkrieges, wurde unter Berufung auf die „Wehrkrafterhaltung" der Jugendlichen ein Gesetz über die Kinderarbeit und über die Arbeitszeit Jugendlicher erlassen. Es erweiterte das Kinderarbeitsverbot für Kinder unter 13 Jahren auf Kinder unter 14 Jahren.

Umfangreiche Ausnahmemöglichkeiten für den Bergbau, Walzwerke und Glaszieherreien schränkten die Wirksamkeit des Gesetzes allerdings weitgehend ein. Wirtschafträume, die für den Kinderarbeitsschutz besonders problematisch waren und in denen Kinder immer noch schärfster Ausbeutung unterlagen, wurden grundsätzlich aus dem Geltungsbereich des Gesetzes herausgenommen (Landwirtschaft, Tierzucht, Schifffahrt...).

Dieser Kinderarbeitsschutz galt zudem nur 8 Monate, denn mit der Kriegsnotverordnung wurden alle Schutzrecht wieder aufgehoben. Der Kinderarbeitsschutz galt nicht für Juden, Zigeuner und Ostarbeiter, die entweder zur Vernichtung oder zur extensiven Ausbeutung vorgesehen waren (Tod durch Arbeit)!

Ab Frühjahr 1944 wurden Kinder

waren (Tod durch Arbeit)!

Ab Frühjahr 1944 wurden Kinder und Jugendliche von 10 - 15 Jahren, deren Angehörige man vorsätzlich ermordete, in sog. „Kinderdörfern" zwangsweise zusammengetrieben, um nach Deutschland deportiert zu werden („Heuaktion"). Von 40 000 10- bis 14-jährigen, die nach Deutschland verschleppt wurden, wurden 2.500 den Junkerswerken übergeben.

Kinderarbeit in der BRD

Im Unterschied zur Weimarer Republik ist das Interesse der Öffentlichkeit am Problem Kinderarbeit nach dem 2. Weltkrieg geringer. Es wird stillschweigend angenommen, daß Kinderarbeit kein Problem mehr sei. Tatsächlich arbeiten jedoch in der Landwirtschaft mehr als 1 Million Kinder, mehrere Hunderttausend in Industrie, Handel und Handwerk (vor 1950). Bis 1960 galt in der BRD noch das NS-Jugendschutzgesetz von 1938. Genauso wie zu Beginn des deutschen Kapitalismus begannen sich die Militärs Sorgen über ihr Rekrutenmaterial und deshalb auch über Kinderarbeit zu machen. Auch von anderen Seiten wurde eine Reform des Jugendarbeitsschutzes gefordert: von Jugendverbänden, Gewerkschaften, staatlicher und freier Jugendpflege und nicht zuletzt von Ärzten.

Aber erst mit dem zunehmenden Arbeitskräftemangel in der BRD Ende der 50er/Anfang der 60er Jahre, als Kinder vielfach als feste Hilfskräfte in den Produktionsprozeß eingesetzt wurden, und dem Beginn der intensiven Phase der wirtschaftlichen Entwicklung, charakterisiert durch die Einführung neuer Technologien im Produktionsprozeß, wurde dem Jugendarbeitsschutz wieder neue Beachtung geschenkt.

Es kam in zahlreichen Städten der BRD zu großen Kampfkundgebungen und Demonstrationen von jungen Gewerkschaftern, die sich u.a. auf ein neues Jugendarbeitsschutzgesetz richten.

1960 wurde die Beschäftigung von Kindern, die noch nicht oder noch zum Besuch einer Schule verpflichtet sind, verboten. Es gab Ausnahmen für verwandte Kinder in Haushalt und Landwirtschaft bzw. für die gelegentliche Beschäftigung von über 12-jährigen Kindern mit „leichten" und „geeigneten Hilfeleistungen" usw.

Was bereits für die verbotene Kinderarbeit im vergangenen Jahrhundert galt, gilt natürlich auch heute noch: Dort, wo es dem Gewinninteresse der Unternehmer zuwiderläuft, wird das Gesetz mißachtet; die Kontrollen sind völlig unzureichend und auch die Justiz ist nicht willens, den Kindern den im Gesetz garantierten Schutz zu gewähren (siehe dazu: Interview mit H.v.d. Haar). Die Kinderarbeit in den Fabriken ist zwar seltener geworden, aber es zeigt sich überall die gleiche Erscheinung, nämlich daß wirtschaftlich unterentwickelte Betriebe die Kinderarbeit noch in größerem Maße ausnutzen, während bei Großbetrieben das Kind kaum noch in den Arbeitsprozeß einbezogen werden kann, da hier die meisten Arbeiten mit Maschinen erledigt werden, zu deren Bedienung wegen der Schwierigkeit und Gefährlichkeit der Tätigkeit nur erwachsene Personen in Betracht kommen. Überspitzt läßt sich die Situation so zu-

lichkeit der Tätigkeit nur erwachsene Personen in Betracht kommen. Überspitzt läßt sich die Situation so zu-sammenfassen: hier zunehmende Technisierung, dort zunehmende Kinderarbeit. Der Schwerpunkt der Kinderarbeit liegt heute in der Landwirtschaft, im Handel und im Dienstleistungssektor. Seit 1976 ist ein neues Jugendarbeitschutzgesetz in Kraft, und zwar mit einschneidenden Verschlechterungen:

- Kinderarbeit in der Landwirtschaft ist jetzt regelmäßig erlaubt, während sie vorher nur gelegentlich erlaubt war;
- das Austragen von Zeitungen und Handreichungen beim Sport sind jetzt regelmäßig für 2 Stunden täglich erlaube, genauso wie Kinderarbeit bei Werbeveranstaltungen, während alle 3 Bereiche bisher verboten waren.

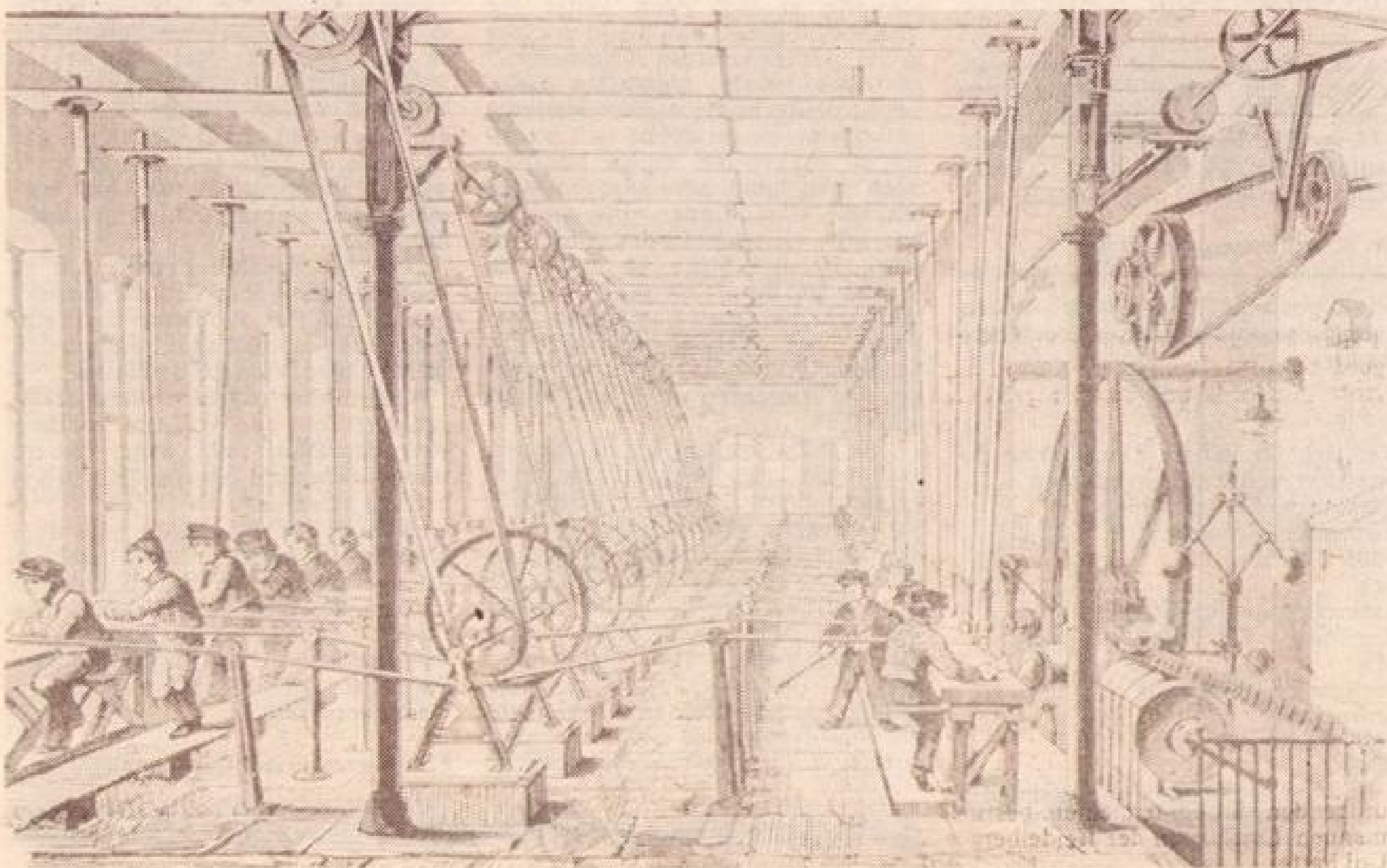
Diese Erfahrung des neuen Jugendarbeitsschutzgesetzes zeigt drastisch, daß der Kinder- und Jugendarbeitsschutz kein für ewig errungenes Recht ist, sonder immer wieder die Gefahr besteht, daß Erreichtes genommen wird. Solange der arbeitende Mensch und selbst Kinder lediglich als Objekt für Kapitalinteressen eingespannt werden, solange wird ein dauernder Kampf um einen verbesserten Jugendarbeitsschutz notwendig sein.

Daß ausgerechnet jetzt, da über eine Million Erwachsene arbeitslos sind, die Bestimmungen über Kinderarbeit gelockert werden, mutet paradox an. Zugunsten des Profits werden einerseits Kinder ausgebeutet mit allen schädlichen , gesundheitlichen, schulischen und sozialen Folgen, und andererseits wird Jugendlichen und Erwachsenen das Recht auf Arbeit verwehrt.

Dieser Widerspruch kennzeichnet jedoch treffend unsere Produktionsverhältnisse.

Ein Genosse der
Kinderkommission Bremen





Ist das eine Freude: Die Deutschen sterben doch nicht aus!

Nachdem das Statistische Bundesamt über zehn Jahre lang zu Jahresbeginn mit immer schrecklicheren Meldungen über den Geburtenrückgang in der Bundesrepublik aufwarten mußte, kam 1981 (wie 1980) beim Nachrechnen übers Vorjahr heraus: Es geht wieder bergauf, in der BRD werden wieder mehr Kinder geboren. Da gleichzeitig die Säuglingssterblichkeit etwas vermindert worden ist, werden die Altersjahrgänge wieder stärker.

Dafür gibt es einen ganz einleuchtenden Grund. Mittlerweile sind die Geburtsjahrgänge 1945 bis 1960 in dem Alter, in dem frau gemeinhin Kinder bekommt, statt der zahlenmäßig stärker dezimierten „Kriegsjahrgänge". Zudem scheint die Propaganda „Sag ja zum Kind" bei Frauen bzw. Eltern verfangen zu haben, die einige Jahre darauf verzichtet haben, diese Belastung auf sich zu nehmen. Ein deutlicher Anstieg ist bei den 27- bis 33jährigen Frauen zu bemerken; bei jüngeren Frauen ist die Bereitschaft, ein Kind zu bekommen, weiter abnehmend. An den grundsätzlichen Tendenzen hat sich damit nichts geändert:

- Die Bereitschaft, Kinder zu bekommen, hat sich deutlich verringert. Statistisch betrachtet kamen 1966 auf 1.000 19jährige Frauen 91 Geburten, 1975 noch 52 und 1979 nur noch 40,6. Bei den 25jährigen sank die Zahl von knapp 171 auf etwas über 106. D.h. Frauen bzw. Ehepaare (die meisten Kinder werden in dieser „Lebensform" geboren) wollen weniger Kinder haben.
- Langfristig wird sich damit nichts daran ändern, daß die Zahl der in der Bundesrepublik lebenden Menschen sinkt. Nach wie vor sterben mehr, als durch Geburten ausgeglichen wird. Noch etwa 10 Jahre wird die Geburtenrate ansteigen, weil die starken Jahrgänge der 60er Jahre sich dann vielleicht zum Kinderkriegen entschließen, danach sind wieder geburtenschwache Jahrgänge „dran". Um die Einwohnerzahl unverändert zu

danach sind wieder geburtenschwache Jahrgänge „dran". Um die Einwohnerzahl unverändert zu halten, müßte jede Frau – statistisch gesehen – 2,1 Kinder bekommen, der Durchschnitt liegt aber heute bei 1,5. D.h. wenn schon Kinder gemacht werden, dann nur eins oder zwei pro Familie, und auch erst in späteren Jahren. Ein deutlicher Ausdruck dessen, daß Kinderhaben in der BRD teuer ist (geschätzt werden 600 DM im Monat), daß das Versorgen dieser Kinder schwierig ist (Mangel an Kindergartenplätzen u.ä.), daß es generell Einschränkungen im persönlichen Leben nach sich zieht.

„Babyboom": Alle haben ihre Verdienste

Diese Sachlage ändert natürlich nichts daran, daß sich alle möglichen Leute als Retter der Deutschen vorm Aussterben feiern lassen. „Bild" verbreitete unter der Überschrift: „Babys, Babys – 600.000 mehr! Leben macht Spaß" die „schönste Nachricht" des Jahres. Ganz abgesehen davon, daß der Überschriftenmacher total ausgetickt ist (es wurden nicht 600.000 Babys m e h r geboren, sondern 600.000 i n s g e s a m t, d.h. nur rund 20.000 mehr als 1979), eine glänzende Gelegenheit, dem Leser klar zu machen, daß „materielle Dinge" nicht alles sind:

„Trotz zunehmender Sorgen ums Geld, trotz der unsicheren Weltlage sind die jungen Deutschen hoffnungsvoll – das Leben macht doch Spaß!"

Der Familienpfaffe der Katholischen Bischofskonferenz, der genauso wie seine Kollegen keinen offiziellen praktischen Beitrag zur Erhöhung der Geburtenrate beigesteuert hat: *„Das ist ein Bekenntnis der jungen Menschen, daß es Sinn hat, etwas für diese Welt zu tun – trotz aller zerstörerischer Tendenzen. Der Grundsatz Glaube, Liebe,Hoffnung hat wieder Bedeutung".*

Tatsächlich leistet die katholische Kirche mit Verhütungsmittel- und Abtreibungsverbot und familienpolitischer Indoktrination keinen geringen Anteil an steigenden Geburtenziffern. Während 1978 noch bei Eltern, die Kirchensteuer an die evangelische Kirche zahlen, ein Geburtenrückgang festzustellen war, stieg bei Zahlern zugunsten der katholischen Kirche die Zahl schon damals – entgegen der 1978 allgemein noch rückläufigen Tendenzen wieder an. Auch 1979 „produzierten" evangelische Eltern noch ein kleines Minus (2.3%), während es in den katholisch besetzten Gebieten kräftig „bergauf" ging („FAZ", 25.11.80).

Dass die Deutschen nun plötzlich doch nicht auszusterben brauchen, freut auch das Familienministerium: *„Die Deutschen haben wieder eine positive Einstellung zu Kindern. Das Jahr des Kindes (1979) und Aktionen wie 'Ein Herz für Kinder' haben zu dieser Bewußtseinsänderung beigetragen."*

Ein bißchen voreilig, denn das Statistische Bundesamt meinte gleichzeitig: *„Ob verbesserte soziale Bedingungen wie Kindergeld oder Mutterschaftsurlaub ausschlaggebend sind, können wir noch nicht beurtei-*

*Bedingungen wie Kindergeld oder Mutterschaftsurlaub ausschlaggebend sind, können wir noch nicht beurtei-**len"* („Süddeutsche Zeitung", 30.12. 1980).

Und selbst die DKP hat Grund zum Jubeln: zwar nicht über den Geburtenanstieg in der BRD, aber auch in der DDR kommen die Nachkriegsjahrgänge ins Alter, Kinder zu machen, so daß am selben Tag, an dem „Bild" den oben erwähnten Jubelartikel veröffentlichte, auch der UZ-Leser frohlocken konnte: *„Geburtenrate in der DDR stieg auch 1980 an. Die Familienpolitische Bilanz eines Staates, in dem es genügend Kindertagesstätten gibt."*

Eher pragmatisch als jubelnd reagierte die niedersächsische CDU auf den „Babyboom": Die 1980 mit großem Trara verkündete Kopfprämie von 1.000 DM für jede Geburt soll jetzt nur noch gezahlt werden an alleinstehende Mütter mit einem jährlichen Bruttoeinkommen von weniger als 24.000 DM und Verheiratete mit weniger als 36.000 DM („Welt", 14.1.81). Motto: Wer arm ist, dem wollen wir wenigstens helfen, kinderreich zu werden!

Kinderkommission, Hamburg



„Wir können machen, was wir wollen, Maria – wir sind so oder so verloren!"

Studentenparlamentswahlen

Da gab es dann also doch noch eine Überraschung am Ende des schon traditionell langweiligen Wahlkampfes an der Bonner Uni, die mit 35.000 Studenten zu den größeren im Lande zählt: Nach sieben Jahren der Herrschaft eines rechten AStAs haben die Linken wieder eine Mehrheit von einem Sitz im neuen Studentenparlament. Im einzelnen:
Die Rechten, die bisher den AStA stellten: 25 Sitze (vorher 27) – RCDS: 12 (10); Liberale Aktion: 10 (12); Sozialliberaler Hochschulverband: 3 (3). Die rechte RCDS-Abspaltung „Argus", die 1980 noch zwei Sitze erobern konnte, ging diesmal leer aus.

Die Linken:
SHB: 9 (8); Jusos: 6 (8); MSB: 4 (3); Grüne: 3 (4); LUST (Liste undogmatischer Studenten)/LHV 4 (1).

Neben der Erringung der Mehrheit durch die Linken ist auch das Abschneiden der reaktionären Gruppen (rechts vom RCDS) erfreulich. So ging neben der „Argus" auch der „Ring freiheitlicher Studenten" (RfS) leer aus. Der RfS, mit Bundessitz in Bonn, hatte sich zuletzt bei den Bundestagswahlen als „Studenten für Strauß" das rechte Profil erworben. In seinem Wahlaufruf kritisierte der RfS die Hochschulpolitik des RCDS als *„permanentes Krisenmanagement des kranken Bildungswesens"* und warf ihm vor, *„dem politischen Gegner in die Hände"* zu arbeiten.

Überraschend ist das gute Abschneiden z w e i e r „unzufriedener" Listen: Grüne Alternative Gruppe und „LUST", die mit dem LHV zusammen auf einer Liste kandidierte und drei Sitze im neuen Parlament bekommt. Bislang hat es neben den etablierten links-sozialdemokratischen Listen (Jusos, SHB-MSB) und dem LHV immer nur eine alternative Liste geschafft, in's SP zu kommen, nun kommen gleich zwei von ihnen mit zusammen sechs Sitzen hinein.

Linker Minderheiten-AStA?

Noch ist ein neuer AStA nicht gebildet und die Rechten versuchen noch, einen „Volksfront-AStA" zu verhindern. Dabei setzen sie vor allem auf die Grünen, die mehrfach erklärt haben, mit dem MSB nicht zusammengehen zu wollen. In einem Offenen Brief ködern sie die Grüne Alternative Gruppe:
„Da die Grünen mit ihrem umweltpolitischen Konzept 3 Sitze erringen konnten, sollte sich der neue
politischen Konzept 3 Sitze erringen konnten, sollte sich der neue
AStA mit Beteiligung der Grünen nach Vorstellung des RCDS auch mit dem Problem 'Hochschule und Umweltschutz' beschäftigen."
Vielleicht sollten die Grünen, die zum großen Teil aus den alten Basisgruppen kommen, dieses Angebot mit dem diesjährigen alternativen Rattenfängerpreis belohnen. Doch dies schließt natürlich nicht aus, die linkssozialdemokratischen Listen und den LHV ihre Politik als Minderheiten-AStA machen zu lassen.

Es bleibt, bei allen denkbaren Konzepten, zweifelhaft, ob man die Zukunft so euphorisch sehen kann wie das RCDS-Sympathisantenblatt „Bonner Rundschau" in einem Kommentar: *„Daß in Zukunft ein anderer Wind in der Studentenschaft und der Universität, vielleicht auch in unserer Stadt wehen wird, davon kann man ausgehen"* („BR", 27.1.81).

it./Bonn

Bochum: Wiederum gingen die Basisgruppen als eindeutige Sieger aus dem diesjährigen Wahlkampf an der Uni Bochum hervor. Bei einer Wahlbeteiligung von ca 30 % erhielten sie insgesamt 3.000 Stimmen, was einem Anteil von 37,5 % entspricht.

Die Ergebnisse insgesamt:
BG: 37,5 % (36); Jusos: 8 (8,5); MSB: 7,8 (7,9); SHB: 4,7 (4,3); LHV: 3,6 (4,8); RCDS: 23,7 (24,8) – die Ergebnisse in Klammern beziehen sich auf die Vorjahresergebnisse.

Der RCDS hatte die Hauptorientierung gegen die Basisgruppen unter der Parole „Basisgruppen: Harmlose Spinner oder Spontis?" gerichtet. Als besondere Warnung vor diesen „Spontis" wurde ein Plakat ausgehängt, auf dem ein paar Leute beim Umkippen eines Polizeiautos zu sehen sind. Das scheint aber nicht besonders zu schrecken!

* * * * * * *

Hannover: Bei den Wahlen zum Studentenparlament hat die linke Einheitsliste sich überzeugend gegen die Rechtskräfte durchgesetzt und gleichzeitig den Jusos einen Denkzettel verpaßt.
Linke Einheitsliste: 61,1 % (33 Sitze); RCDS: 9,3 (5 Sitze); Burschenschaftler: 7,4 (4 Sitze) und Jusos: 11,1 (6 Sitze).

Seit mehreren Semestern steht die hannoveranische Studentenschaft in einer Auseinandersetzung mit der niedersächsischen Landesregierung. Diese hatte versucht, der Studentenschaft eine neue Wahlordnung aufzuzwingen. Als diese vom SP nicht anerkannt wurde, wurde kurzerhand der linke AStA abgesetzt. Die Landesregierung setzte Neuwahlen zum StuPa an, an denen sich jedoch nur der RCDS beteiligte. Bei einer Wahlbeteiligung von sage und schreibe 2 % wurden seine Vertreter von ganzen 350 Studenten in den AStA gewählt. 6.600 Studenten beteiligten sich dagegen an der Wahl eines illegalen AStA.

Zur jetzt abgelaufenen Neuwahl des Parlaments wurde eine linke Einheitsliste gebildet, an der sich Basisgruppen, MSB, SHB, KSB (KBW) beteiligten. Die Jusos scherten aus. Für sie stand die Profilierung einer sozialdemokratischen Alternative gegen den RCDS im Vordergrund. Die Quittung haben sie jetzt von den Studenten erhalten.

* * * * * * *

Kiel: Zwar hat der RCDS erneut Stimmen gewonnen, aber dies wird nicht ausreichen, um die AStA-Koalition aus Basisgruppen und Jusos abzulösen (in Kiel besteht ein reines Mehrheitswahlrecht).
Jusos: 7 Sitze; Basisgruppen: 6; RCDS: 6; und „Studenten für das Grundgesetz" (eine noch rechts vom RCDS stehende Gruppe): 2 Sitze.

* * * * * * *

Oldenburg: Bei einer Wahlbeteiligung von nur 21,9 % ergaben sich folgende Ergebnisse:
SHB: 46,9 % (480 Stimmen); MSB: 28,3 (290 Stimmen); LHV: 15,0 (154 Stimmen); RCDS: 7,6 (78 Stimmen); SLH (sozialliberale/rechtssozialdemokratische Richtung): 2,1 (22 Stimmen.

Die geringe Wahlbeteiligung ergibt sich sicherlich z.T. daraus, daß die Basisgruppen sich nicht mehr zur Wahl gestellt haben. Traditionell wurde die Oldenburger Uni als „Reformuni" von einem „gewerkschaftlich orientierten" AStA bestimmt, d.h. vom Stamokap-Flügel der Jusos (in diesem Fall der SHB) und dem MSB. In den vergangenen Semestern gelang es Basisgruppen, bei den Studentenparlamentswahlen zur stärksten Fraktion zu werden. Aus diesem politischen Spektrum hat sich jedoch niemand mehr zur Wahl gestellt.

Heidelberger Studentenprozeße: Rache am KBW!

In den Heidelberger Studentenprozessen wird gegenwärtig systematisch staatliche Rache an Mitgliedern des dort ehemals sehr einflußreichen KBWs geübt. Nach den sogenannten Germanistenprozessen, bei denen Studenten wegen „gewalttätiger" Verhinderung einer Klausur zu Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren verurteilt wurden, wurde jetzt erneut ein Urteil von 22 Monaten Gefängnis ohne Bewährung verhängt!

Im Wintersemester 77/78 hatte der Mathematikprofessor Gerhardt eine zusätzliche Klausur eingeführt. Dagegen richteten sich verschiedene studentische Aktionen, an denen auch Tobias Brückner beteiligt war. Vorgeworfen wird ihm heute, in acht Fällen Hausfriedensbruch und Nötigung begangen zu haben, d.h.: Er hat trotz Aufforderung das Unigebäude nicht verlassen bzw. es wieder betreten, und er hat versucht, die Klausur direkt zu verhindern.

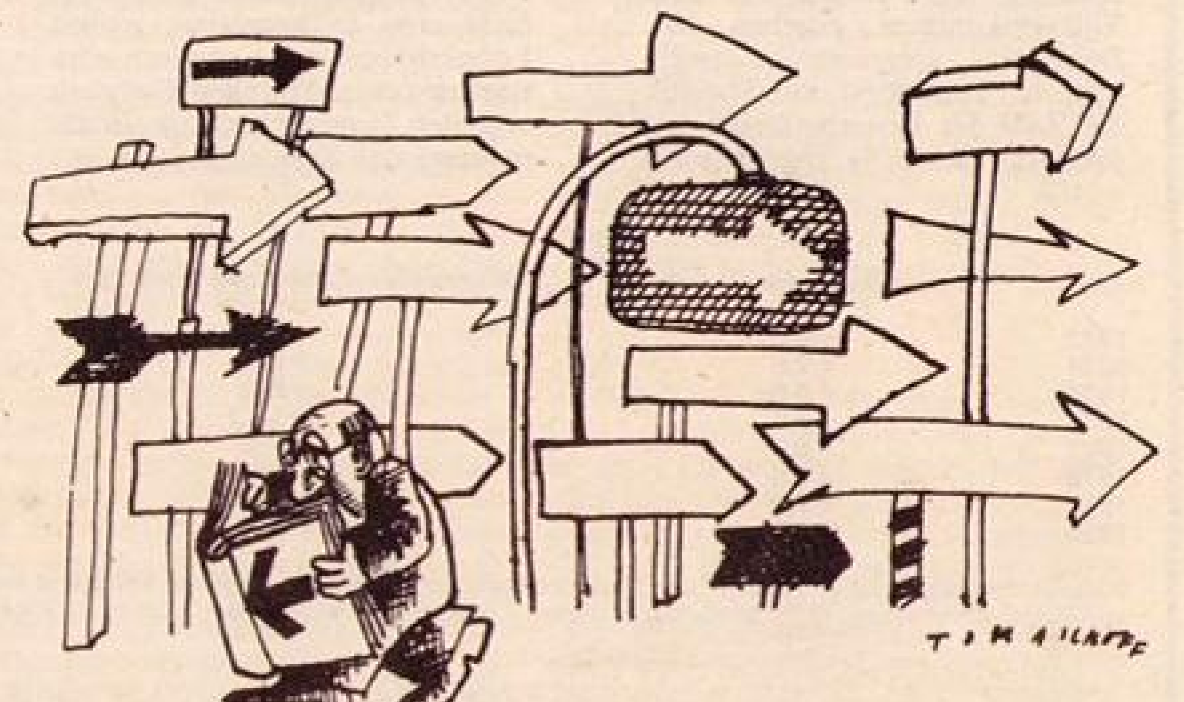
Ähnliche Aktionen fanden zu dieser Zeit auch in anderen Fachbereichen statt, die hauptsächlich von den KBW-Studenten organisiert wurden. Klausurenverhinderungen haben in dieser Zeit fast an jeder größeren Universität stattgefunden. In keinem Fall ist es aber bisher zu einer derart harten Verurteilung gekommen. Dies läßt nur darauf schließen, daß in diesen Prozessen Rache am KBW genommen werden soll, der zeitweilig unter den Studenten einen bestimmenden Einfluß an der Heidelberger Uni hatte.

Hamburg: Nichts neues

Die Wahlen zum Studentenparlament im Wintersemester 1980/81 brachten nichts neues für die Studentenschaft: die GO-Koalition aus MSB/SHB/Juso wird weiterhin den Asta stellen. Mitlerweile zweitstärkste Fraktion im SP sind die Grünen (Hochschulgruppe) mit 1.324 Stimmen (19% der abgegebenen Stimmen). Aufgrund des Wahlrechts und der Tatsache, daß sich Nicht-GOler in den einzelnen Wahlkreisen auf den Personen-Listen nicht durchsetzen konnten, erhielten die GOler mit knapp mehr als 50% der abgegebenen Stimmen ca. 68% der zu vergebenen Sitze im SP.

Neben den aufgeführten Verbänden ist der Sozialistische Studentenbund (SSB) noch mit einem Sitz aus dem vergangenen Sommersemester und ein neuer Unorganisierter für den Wahlkreis Psychologie/Theologie im SP vertreten.

Ergebnis der Gesamt-Liste			Personen-liste		Gesamt WS 80/81	Sitzvert im SP Ss 80 Ws 81/80
Juso	1.526	21.8 %	6	+	- 13	25
Grüne HSG	1.324	19.o %	6	+ O	- 6	11
MSB	1.213	17.3 %	5	+ 5	- 1o	21
RCDS/WRW	1.133	16.2 %	5	+ O	- 5	11
SHB	1.o27	14.6 %	4	+ 5	- 9	18
LHV	615	8.9 %	2	+ 1	- 3	5
SLH	158	2.2 %		O	O	1
	6.996	1oo %			46	92



»Qualitative Tarifpolitik« – Neuorientierung oder weitere Anpassung?

In den Tarifrunden 1981 ist die DGB-Führung dazu übergegangen, Abschlüssen unterhalb der Inflationsgrenze zuzustimmen. Erste Abschlüsse in kleineren Bereichen mit 5,2 Prozent (bei offizieller Inflationsrate von 6 Prozent) lassen Schlimmes erwarten. Vor diesem Hintergrund scheint es geradezu lächerlich, wenn etwa der Vorstand der IGM erklärt, er wolle keine „Lohnerhöhungsmaschine" mehr sein. Auch andere DGB-Gewerkschaften äußern in letzter Zeit verstärkt ihre Absicht, die „lohnpolitische Fixierung" der Vergangenheit durchbrechen zu wollen. Allen voran NGG Chef Günter Döding, dessen Konzept der „qualitativen Tarifpolitik" immer mehr an Beliebtheit gewinnt – nicht nur im DGB-Apparat, sondern durchaus auch innerhalb der Gewerkschaftslinken.

Abschied von der „klassischen Tarifpolitik"

Die gewerkschaftliche Tarifpolitik der Vergangenheit konzentrierte sich auf die Lohnpolitik. Forderungen nach Arbeitszeitverkürzungen und Humanisierung am Arbeitsplatz spielten eine eher untergeordnete Rolle.

Was haben die Gewerkschaften in den zurückliegenden Jahren mit ihrer Tarifpolitik erreicht?

– Gewerkschaftliche Konzepte gegen Arbeitslosigkeit, Rationalisierung etc. haben sich als erfolglos erwiesen.

– Die gewerkschaftliche Orientierung in der Lohnpolitik (für Prozentforderungen, gegen linearen Lohnanstieg) hat die Differenz der Löhne in den verschiedenen Lohngruppen/Branchen und somit die Spaltung der Arbeiterklasse vertieft.

– Gewerkschaftliche Tarifpolitik war zu keinem Zeitpunkt Mittel zur Umverteilung des Volksvermögens zugunsten der Lohnabhängigen. Die Lohnquote ist – abgesehen von sich ausgleichenden Schwankungen – in etwa gleichgeblieben (s. Tabelle).

Zuwachs beim Lohn, den es gegeben hat, ist aus steigendem Wachstum und steigender Produktivität kommen.

„Klassische Tarifpolitik" war also nie etwas anderes, als die Bindung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik an Wachstum und Produktivität. Gewerkschaftliche Tarifpolitik zielte nicht auf einen B r u c h mit der kapitalistischen Logik ab, sondern bewegt sich in dem vorgegebenen wirtschaftlichen (kapitalistischen) Rahmen.
wirtschaftlichen (kapitalistischen)
Rahmen.

Diese Rahmenbedingungen haben sich mit zunehmender Krise verändert: die Steigerungsraten der Produktivität und des Wachstums sinken. In dieser Situation orientiert das Kapital auf eine noch stärkere „Umverteilung" zu seinen Gunsten, um sich bessere Ausgangsbedingungen für die Umrüstung der Produktion zu verschaffen. Das soll v.a. auch über eine Senkung der Lohnquote erreicht werden.

Die Gewerkschaftsführung setzt in dieser Situation nicht darauf, ihre Abwehrmaßnahmen gegen die kapitalistische Krise zu verschärfen. Ihr neues tarifpolitisches Konzept geht genau in die e n t g e g e n g e s e t z t e Richtung; es ist Teil der Anpassung an die „verringerten Verteilungsspielräume".

Dabei ergibt sich für die DGB-Führung ein Hauptproblem, da es ja nicht gerade als Aufgabe der Gewerkschaft gesehen wird, ihren Mitgliedern Verzicht zu predigen.

Auch die Kapitalisten machen sich über diese Frage ernsthafte Gedanken: *„Als Gewerkschaften, die unser Staats- und Gesellschaftssystem bejahen, haben sie heute eine Doppelfunktion. Sie sind Interessenverband und müssen als solcher für ihre Mitglieder sorgen, und sie sind gleichzeitig ein Ordnungsfaktor.*

Ich meine, daß die Gewerkschaften diesen beiden Aufgaben am besten nachkommen können, wenn sie zu einem breiteren Leistungsnachweis kommen, also **wegkommen von der Monokultur der Barlohnerhöhungen.** *In Zeiten geringerer Wachstumsraten ist dies besonders wichtig. Doch dabei darf das Vertrauen der Mitglieder nicht verlorengehen, wenn sich nicht Tendenzen zur Radikalisierung entwickeln sollen.* **Sie brauchen daher neue Betätigungsfelder,** *und es gibt davon eine ganze Reihe, wo sich die Tarifpartner bewähren können. Die Gewerkschaft Nahrung und Genuß zum Beispiel hat einige davon schon betreten"* (Kapitalist und CDU-Wirtschaftspolitiker Elmar Pieroth in einem Gespräch mit Döding (NGG), Hauenschild (IG Chemie u.a., nach „Zeit", 2.3.79).

Sehen wir uns also mal näher an, was hier so gewürdigt wird.

„Qualitative Tarifpolitik" – am Beispiel der NGG

Auf ihrem Gewerkschaftstag im September 1978 hat die Gewerkschaft Nahrungsmittel - Gaststätten - Genuß (NGG) ein neues tarifpolitisches
Nahrungsmittel - Gaststätten - Genuß (NGG) ein neues tarifpolitisches
Konzept verabschieden lassen: *„In unserer Tarifpolitik gilt es, andere Maßstäbe zu setzen. Wir haben deutlich zu machen, daß die traditionelle mehr quantitative Lohnpolitik künftig eine geringere Rolle spielen wird."* Das Schwergewicht solle nunmehr auf der „qualitativen Tarifpolitik" liegen. Im einzelnen werden genannt: Erweiterung der Mitbestimmungsrechte des Betriebsrates in der Arbeitsorganisation und -gestaltung, Verkürzung der Arbeitszeit für ältere Arbeitnehmer, mehr Urlaub, zusätzliche Freizeit für Schichtarbeiter, Schutz vor Herabgruppierung infolge technologischer Veränderung und Rationalisierung, Freizeit statt Erschwerniszulage.

Döding zusammenfassend zu diesem Konzept: *„Die Qualitative Tarifpolitik bedeutet: 1. die Zuwächse an Produktivität und Gewinn werden nicht mehr so sehr (?!) für Einkommenserhöhungen genutzt. 2. Es wird nicht auf etwas verzichtet (?), sondern das Mögliche wird anders verteilt. 3. Die Arbeitsplätze werden sicherer gemacht"* (Protokolle S. 226 vom 8. Gewerkschaftstag; siehe auch „Quelle" 7/8 1980).

Und dies wird bereits praktiziert: *„Wir haben durchschnittlich um 0,5 Prozent niedrigere Lohn- respektive Gehaltserhöhungen abgeschlossen und in Kauf genommen, daß die ungefähre Kostenbelastung für die Sonderregelung für Schichtarbeiter und ältere Arbeitnehmer zum Teil angerechnet wurde"* (Döding in „Quelle", 7/8 1980). Oder an anderer Stelle: *„Wir haben bei solch kombinierten Abschlüssen wie in der Brauwirtschaft* **geringere Einkommenserhöhungen auch schon ganz bewußt hingenommen"** (Döding nach „Zeit", 2.3.80).

Konkret schwebt Döding vor, überbetriebliche Einrichtungen (Branchenfonds) zu bilden, um damit ein Teil der Mittel und Maßnahmen (zur „Humanisierung" etc.) zu finanzieren. Dieses Modell scheiterte bislang an den Kapitalisten.

Gegen die formulierten Prinzipien „qualitativer Tarifpolitik" wäre allgemein nichts einzuwenden, wenn die genannten Ziele nicht im ausdrücklichen G e g e n s a t z zu einer konsequenten Lohnpolitik aufgestellt würden. Ein angebliches Mehr an Qualität soll aber so ausdrücklich a u f K o s t e n der „Quantität" (sprich: Löhne und Gehälter) gehen. **Der Kern dieser Variante gewerkschaftlicher Tarifpolitik besteht also darin, daß die L o h n a b h ä n g i g e n und nicht die Kapitalisten zur Arbeitsplatzsicherung, gegen die miesen Arbeitsbedingungen etc. pp. zur Kasse gebeten werden sollen.**

Weg in die Sackgasse

Im Nahrungs- und Genußmittelgewerbe liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei 23,8%, im Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe gar nur bei 4,6%. Darüberhinaus ist der Grad der Zersplitterung des NGG-Bereiches nicht zu überbieten: In fast zweitausend Tarifverträgen und Zusatzabkommen werden die
in fast zweitausend Tarifverträgen und Zusatzabkommen werden die
Arbeitsverhältnisse geregelt, jährlich werden etwa 700 neue Verträge abgeschlossen. Die NGG verteidigt dieses Konzept und grenzt sich ausdrücklich von sogenannten „Mammuttarifverträgen" ab.

Die „hausnahe" Tarifpolitik der NGG schafft auch kein Gegengewicht und kann auch nicht den schwachen Organisierungsgrad überwinden. Vielmehr wird die einheitliche Kampfkraft erheblich geschwächt. Die Durchsetzung und Umsetzung einer echten „qualitativen Tarifpolitik" würde im wesentlichen abhängen von der Kampfkraft eines einzelnen oder weniger Betriebe. Schließlich läuft das „qualitative" Konzept einseitig darauf hinaus, etwas zu „geben", o h n e jede Garantie auf einen entsprechenden Gegenwert. So kommt eine Studie über die NGG zur Einschätzung: *„Viele gesetzliche und tarifpolitische Fortschritte, die die Gewerkschaften auf überbetrieblicher Ebene erringen konnten haben bisher noch keinen Eingang in die betriebliche Praxis gefunden".* Weiter heißt es: *„Darüberhinaus droht angesichts von Arbeitslosigkeit, Arbeitsintensivierung und drohendem Abbau übertariflicher Gratifikationen die Neigung vieler Beschäftigter immer geringer zu werden, die ihnen zustehenden Rechte und Möglichkeiten auch wahrzunehmen"* („Gewerkschaftliche Monatshefte", 11/79).

Dem Konzept „Qualitativer Tarifpolitik" haftet eine zunehmende Entwertung der Gewerkschaften als Kampforganisation an: **Tarifpolitik wird mehr und mehr Gegenstand von Expertenverhandlungen auf betrieblicher Ebene bzw. auf vielfältiger Branchenebene unter Hinzuziehung gewerkschaftlicher Fachleute. Gewerkschaften als Kampfkollektiv („gemeinsam sind wir stark") und als solidarische Interessensvertretung der lohnabhängig Beschäftigten werden zunehmend von Gewerkschaften als Versicherung mit Expertenstab abgelöst.** Somit trägt die Gewerkschaft zur „Entkrampfung" tarifpolitischer Auseinandersetzungen bei, während die Kapitalisten durch Aussperrung und Tabu-Katalog noch einen Zahn zulegen.

„Entkrampfung" der Lohnpolitik

Bisher ist die DGB-Führung in ihrer Lohnpolitik von folgendem Argumentationsschema ausgegangen: Höhere Löhne erhöhen Nachfrage und damit den Umsatz und die Investitionsbedingungen für Erhalt und Schaffung neuer Arbeitsplätze. Diese „Logik" läßt sich natürlich in Zeiten, da höhere Umsätze zu Rationalisierungsinvestitionen und Kapitalexport genutzt werden, immer weniger aufrechterhalten. IGM-Chef Loderers Visite in Japan wird heute propagandistisch von der DGB-Führung für die Umorientierung auf eine andere „Logik" genutzt: Entscheidend für den Erhalt des Lebensstandards und der Arbeitsplätze sei die internationale Konkurrenzfähigkeit der BRD-Wirtschaft. Zwar gibt es in den Einzelgewerkschaften vereinzelte Kritiker, die nachzuweisen versuchen, daß es Unsinn sei, gerade in der Krise auf Lohnerhöhungen zu verzichten. Ihre Meinung findet heute Eingang in diversen „alternativen" Wirtschaftsgutachten etc., nicht aber in die gewerkschaftliche P r a x i s. Die DGB-Führung streitet nicht ab, daß es einen „Korrekturbedarf" beim Kostenniveau geben muß – sprich: Lohnabbau.

Da eine drastische „Korrektur" unter den gegebenen gesellschaftlichen Bedingungen wohl kaum ratsam erscheint, kommt dem DGB die Aufgabe zu, diese „Anpassung" in kleinen Schritten zu vollziehen.

Wenn Loderer nach der Forderungsaufstellung der Tarifbezirke der IGM in die öffentliche Diskussion brachte, sich auch ohne Verhandlung mit den Kapitalisten auf 5% zu einigen (für den Fall, daß sie zu einer „Nachbesserungsklausel" im Tarifvertrag bereit wären) so ist dies nicht eine „persönliche Äußerung" eines Gewerkschaftsführers gewesen. Vielmehr wird diese Frage seit Jahren diskutiert und Loderers Äußerung könnte hier durchaus als Testballon für einen Vorstoß in dieser Richtung für die nächsten Tarifverhandlungen verstanden werden. **Auch ein produktivitätsorientiertes Lohnkonzept (vorgetragen von Gesamtmetall) ist nicht aus prinzipiellen Gründen verneint worden.**

Die Überlegungen gehen heute ganz offensichtlich in folgende Richtung: **Es könnten Öffnungs- oder Revisionsklauseln in die zukünftigen Tarifverträge hineingeschrieben werden. So könnten niedrige Lohnabschlüsse und längerfristige Laufzeiten der Verträge evtl. besser „verkauft" werden, weil sie kein Prognoserisiko eingehen.** Im Tarifvertrag würde dann festgehalten werden, welche Entwicklung der Produktivität, der Preissteigerungsrate oder anderer wichtiger Indikatoren Gewerkschaften und Kapitalisten zugrunde gelegt haben. Falls die Entwicklung anders verläuft, als im Tarifvertrag festgeschrieben (was wohl logisch ist, da beide Seiten unterschiedliche Indikatoren zugrunde legen) müßte nach vorher festgelegten Regeln der Tarifvertrag „geöffnet" werden können. Dann würde neu verhandelt werden. Dann würde eine **Abschlußzahlung** vereinbart werden und zwar **nicht in Bargeld**, sondern etwa in Form einer vermögenswirksamen Leistung oder einer Gewinnbeteiligung der Lohnabhängigen. Für die Kapitalisten würde eine solche Regelung nur Vorteile bringen: Ein Teil des Lohnes würde in Abhängigkeit von der Geschäftsentwicklung bezahlt werden, nicht im v o r- sondern erst im n a c h h i n e i n und das wesentlich steuerbegünstigt (vermögenswirksame Leistungen etc. können abgesetzt werden). Für die Lohnabhängigen wäre eine solche Form der Lohnpolitik völlig unüberschaubar. Sie hätten die Verluste durch Inflation ersteinmal selbst zu tragen ohne eine Garantie auf Ersatz. Tarifkämpfe würden durch den Verweis auf die Öffnungs- oder Revisionsklausel erschwert, wenn nicht gar verunmöglicht.

W e l c h e s der verschiedenen Modelle zum Tragen kommen soll, ist noch ungewiß. Die DGB-Führer haben ihre Absicht erklärt, in der Lohnpolitik in diese Richtung zu gehen. Gescheitert sind die Modelle nicht etwa wegen prinzipieller Einwände der Kapitalisten (so weigern sie sich beharrlich irgendwelche „Garantien" zu machen). **Die Kapitalisten wollen die Zeit und ihre unnachgiebige Haltung dazu nutzen, die DGB-Führung zu weiteren Zugeständnissen zu zwingen, um hierüber ihre Ausgangsbedingungen für solche Verträge zu verbessern.**

Ein Genosse der Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Zur Entwicklung der Lohnquote

vH

Jahr	Lohnquote tatsächlich¹)	Lohnquote bereinigt²)	Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen
1960	60,4	60,4	77,2
1961	62,7	62,1	78,0
1962	64,1	62,8	78,8
1963	65,1	63,2	79,5
1964	64,8	62,3	80,3
1965	65,6	62,6	80,9
1966	66,6	63,3	81,2
1967	66,4	63,2	81,1
1968	64,8	61,3	81,6
1969	66,1	61,8	82,5
1970	67,8	62,7	83,4
1971	69,1	63,6	83,9
1972	69,5	63,8	84,2
1973	70,7	64,6	84,5
1974	72,6	66,3	84,5
1975	72,3	66,1	84,5
1976	71,3	64,9	84,9
1977	71,5	64,8	85,2
1978³)	70,8	63,8	85,6
1979³)	70,3	63,1	86,0
1980⁴)	70,6	63,2	86,3

¹) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit in vH des Volkseinkommens.
²) Lohnquote bei konstant gehaltenem Anteil der Arbeitnehmer an den Erwerbstätigen im Jahre 1960.
³) Vorläufige Ergebnisse
⁴) Eigene Schätzung.

Quelle: Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrates

Das Märchen von der Umverteilung

Nachstehende Tabelle belegt, daß es die von den Gewerkschaften beschworene Umverteilung des Volkseinkommens nicht gegeben hat. Die Tabelle ist als Zeuge relativ unverdächtig, da sie aus dem Sachverständigengutachten 1981 stammt. Herkömmliche Statistiken über die Lohnentwicklung machen mit nackten Zahlen Glauben, daß es einen stetigen Aufschwung des Lohnanteils am Volkseinkommen gegeben hat. Dabei wird ‚vergessen' zu erwähnen, daß zumindest laut Statistik die Zahl der Erwerbstätigen seit 1960 um ca. 10 % zugenommen hat, während die Zahl der Selbständigen von fast 6 Mio (inklusive Familienangehöriger) 1960 auf 3,5 Mio 1980 gesunken ist.

Die bereinigte Lohnquote belegt, daß in den sechziger Jahren die Quote weitgehend konstant blieb, daß sie in der Krise 1974/75 anstieg (es gab starke Gewinneinbrüche) auf den Höchststand von 66,3 % (der Grund dafür liegt nicht etwa in besonders großen Lohnerhöhungen, sondern im starken konjunkturellen Einbruch und den Umstrukturierungsmaßnahmen des Kapitals). 1975 gab das Kapital seinerseits die Marschroute aus: jetzt müsse die große Umverteilung erfolgen. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik hat dies akzeptiert und seidem ist die Lohnquote kontinuierlich auf den Stand der sechziger Jahre gesunken. Die Argumentation, daß Gewinne für mehr Investitionen benötigt werden, hat gegriffen, wie die Vergleichszahlen der unverhältnismäßig gestiegenen Gewinne zeigen. Der Vollständigkeit halber drucken wir allerdings noch die Arbeitslosenzahlen ab, die zeigen, daß nicht mehr Arbeitsplätze geschaffen wurden:

Jahr	‚unselbständiger Arbeit'	‚Unternehmertätigkeit und Vermögen'	Arbeitslosigkeit
1973	+ 9,0	+ 3,2	273.000
1974	+ 7,8	+ 0,3	582.000
1975	+ 3,6	+ 8,2	1.074.000
1976	+ 3,9	+ 11,2	1.060.000
1977	+ 5,9	+ 1,4	1.030.000
1978	+ 7,5	+ 14,1	993.000
1979	+ 7,7	+ 12,0	876.000
1980	+ 5,5	+ 8,0	890.000

(Quelle: Jahresgutachten 1980/81 des Sachverständigenrats. Bei den Angaben handelt es sich um Nettoangaben, also abzüglich Steuern und Sozialversicherung; nicht enthalten in diesen Angaben ist allerdings der Anstieg sonstiger Steuern und die Inflationsrate).

IG Druck und Papier: Protest gegen Gewerkschaftsausschlüsse

Eine offene und breit in der Gewerkschaft geführte Diskussion über die Praxis der Gewerkschaftsausschlüsse hat der Stuttgarter Ortsverein der IG Druck gefordert. Grund: Der Hauptvorstand der IG Druck und Papier hat im Dezember 1980 einstimmig einen Hilfsarbeiter aus Stuttgart aus der DruPa ausgeschlossen. Die Begründung lautete, daß der betreffende Kollege bei der kurz vorher stattgefundenen Bundestagswahl für den KBW kandidiert hatte. Dieser Ausschluß stieß nicht nur in der Stuttgarter DruPa auf Widerstand und Unverständnis, sondern führte auch zu Auseinandersetzungen unter den Funktionären im Landesbezirk, u.a. trat ein Mitglied des Ortsvereins Stuttgart aus Protest von seiner Funktion zurück.

Der ausgeschlossene Kollege war im Stuttgarter Raum für viele Mitglieder kein Unbekannter. Er war Mitglied des Ortsvereinsvorstandes, Vorsitzender der Berufsgruppe graphische Hilfskräfte, Vertrauensmann im Druckzentrum Möhringen und Delegierter im Ortsverein und Bezirk Stuttgart. Dies ist wohl ein Grund mit, daß sich der Ortsverein, die Vertrauensleuteversammlung und die Mitgliederversammlung gegen den Ausschluß ausgesprochen haben.

Der Ausschlußantrag war Ende September letzten Jahres vom Landesbezirksvorstand mit 14 gegen 5 Stimmen beim Hauptvorstand gestellt worden, wobei sich die Antragsteller hauptsächlich auf Leitsätze des KBW zur Gewerkschaftsarbeit aus dem Jahre 1973 bezogen. Angeblich verstoßen diese Leitsätze *„eindeutig gegen die Grundsätze der Einheitsgewerkschaft“*. Gegen diesen Ausschlußantrag protestierten damals die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart mit einer Resolution, in der es unter anderem hieß:

Wir halten den Kollegen nach wie vor

„Wir halten den Kollegen nach wie vor für einen guten Gewerkschafter und werden auch weiterhin das gewerkschaftliche Engagement des Kollegen für die Arbeit des Ortsvereins in Anspruch nehmen.“ Darüber hinaus beschloß die Versammlung, daß eine Erklärung zu dem Ausschluß in der örtlichen DruPa-Zeitschrift veröffentlicht wird und eine Mitgliederversammlung zum Thema „Ausschlußverfahren und gewerkschaftliche Demokratie“ einberufen wird, zu der der Gewerkschaftsvorsitzende Mahlein eingeladen wird.

In dem mittlerweile veröffentlichten Artikel des Stuttgarter Ortsvereins heißt es u.a.: *„Soll etwa die schlichte Tatsache, daß der Kollege das demokratische Recht in Anspruch genommen hat, für den KBW zu den Bundestagswahlen zu kandidieren, die genannten Tatbestände abdecken? Nach all den Beschlüssen, die in der IG Druck und Papier in den letzten Jahren zur Frage der Einheitsgewerkschaft und zu Satzungsfragen gefaßt worden waren, halten wir eine solche Auslegung der Satzung für unzulässig und protestieren in aller Form gegen den Ausschluß.* (...) *Wir betrachten diese Erklärung nicht als ein ohnmächtiges Aufbäumen der Basis gegen den Vorstand und erwarten von niemand außerhalb unserer eigenen Reihen ‚Vorschläge‘ zur Bereinigung innergewerkschaftlicher Widersprüche. Die IG Druck und Papier ist eine demokratisch aufgebaute Organisation und daher stets in der Lage, innere Widersprüche mit demokratischen Mitteln selbst zu lösen. Wir halten jetzt und in Zukunft an den Prinzipien der Einheitsgewerkschaft fest, die geschaffen ist, im gemeinsamen Kampf aller fortschrittlichen Strömungen in der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus...“*.

Die Satzung der DruPa

Hintergrund dieser Art der Satzungsauslegung ist der DruPa-Gewerkschaftstag 1977. Der Hauptvorstand wollte auf diesem Gewerkschaftstag mittels Antrag den Unvereinbarkeitsbeschluß in die Satzung aufnehmen, in der er bis dahin n i c h t verankert war. Allerdings konnte sich der Hauptvorstand nicht durchsetzen. Ein Initiativantrag verhinderte dies, so daß folgende Formulierung in die Satzung aufgenommen wurde: *„Der Ausschluß eines Mitgliedes kann erfolgen, wenn dieses ... die Verfolgung faschistischer Ziele, die Bekämpfung und Diffamierung der Gewerkschaft in oder für Organisationen und Gruppierungen unterstützt.“* Die Antragsteller meinten dazu: *„Wir meinen, daß dies eine klare Formulierung ist, weil hierbei nicht auf irgendeine Organisation abgestellt ist, sondern auf die tatsächliche Verhaltensweise abgehoben wird“* (Protokoll des Gewerkschaftstages S. 442). Damit war erreicht worden, daß die konkrete Nennung der sogenannten „K-Gruppen“ weggefallen ist, was sicherlich gegenüber den Satzungen anderer Einzelgewerkschaften des DGB als positiv zu sehen ist. Allerdings war aber klar, wen und was der Hauptvorstand unter *„Diffamierung der Gewerkschaft“* verstehen würde.

Konkret hat sich letztlich an der Ausschlußpraxis des Hauptvorstandes nichts geändert, und dementsprechend sind auch 6 Mitglieder aus der DruPa wegen KBW-Kandidatur ausgeschlossen worden.

Über diese Satzungsauslegung haben sich auch viele DruPa-Linken Illusionen gemacht, die letztlich auch dadurch begünstigt wurden, daß der Hauptvorstand in den letzten 2 Jahren mehrere ehemals Ausgeschlossene wieder aufgenommen hat.

Aber selbst unter den Spitzenfunktionären der DruPa hat diese Satzung zu Interpretationen geführt, so daß in zwei Fällen der Hauptausschuß (Kontrollorgan des Hauptvorstandes) Ausschlüsse wieder rückgängig gemacht hat. Dazu hieß es im Geschäftsbericht zum letzten Gewerkschaftstag im Oktober 1980 vom Hauptausschuß: *„Diese beiden genannten Entscheidungen haben bei den Antragstellern eine negative Reaktion ausgelöst. Ein offener Brief des Ortsvereins, dem die Betroffenen angehören, an alle Landesbezirke war letztlich Ausdruck der Empörung. Man unterstellte dem Hauptausschuß eine nicht objektive und den demokratischen Gepflogenheiten nicht entsprechende Haltung sowie ein gestörtes Vertrauensverhältnis zu Gremien und Institutionen unserer Organisation“* (Rechenschaftsbericht S. 420).

Geheime Verfahrensrichtlinien

Um nun die vorhandenen Differenzen und Schwierigkeiten mit der Auslegung der Satzung gegenüber den sogenannten „K-Gruppen“ aufzuheben, hat der Hauptvorstand *„aus gegebenen Anlaß in seiner 17. Sitzung am 28./29. 2.80 Verfahrensrichtlinien für Ausschlüsse beschlossen, die für den internen Gebrauch bestimmt sind.“* In dem Vorspann des Schreibens, das nur den Landesbezirksvorsitzenden und den Mitgliedern des Hauptausschusses gegeben wurde, heißt es, daß ausgeschlossen werden kann, wer *„Handlungen begeht..., die die Interessen oder das Ansehen der Gewerkschaften schädigen oder ihren Grundsätzen zuwiderlaufen“*. Der Hauptvorstand konkretisiert dies in seinen geheimen Richtlinien: *„Den Grundsätzen zuwider läuft die Programmatik von pseudolinken Splittergruppen, die sich selbst als innergewerkschaftliche Opposition verstehen, wie z.B. der KPD, des KBW, KB, der ABG u.ä.“*. Damit ist praktisch alles beim Alten geblieben: Wer Mitglied einer dieser Gruppen ist oder sie nur unterstützt, der kann und wird aus der DruPa ausgeschlossen. Geändert hat sich nichts, außer daß es dem Hauptvorstand nicht gelungen ist, die konkrete Nennung der sogenannten „K-Gruppen“ in der Satzung zu verankern. Aber einem ausgeschlossenen Gewerkschafter dürfte es ziemlich egal sein, mit welcher Satzung er ausgeschlossen wird, entscheidend für ihn ist, daß er ausgeschlossen wird.

Die Linke in der DruPa hat bisher kaum etwas unternommen, daß diese Richtlinien in die gewerkschaftliche Diskussion kommen. Das muß sich schnellstens ändern.

Ein Genosse des Druckbereichs

Tarifrunde 81 Erste Warnstreiks

Nach dem Scheitern der ersten Verhandlungsrunde über neue Löhne und Gehälter in der metallverarbeitenden Industrie ist es zu ersten Kampfmaßnahmen gekommen:

— Am zweiten Verhandlungstag in Nordwürttemberg/Nordbaden am 6.2. hat es eine Demonstration von rund 100 Metallern im Verhandlungssaal im Stuttgarter Hotel Zeppelin gegeben. Die Demonstranten äußerten u. a., daß sie einen Abschluß unter der Inflationsrate nicht akzeptieren werden.

Die Kapitalisten sind nicht von ihrem provokatorischen Angebot von 2,5 Prozent abgewichen, ein neuer Verhandlungstermin wurde nicht vereinbart. Daraufhin ist es am Dienstag, dem 10.2. zum ersten Warnstreik gekommen. Rund 400 Beschäftigte der Frühschicht eines Waiblinger Metallbetriebes legten für 45 Minuten die Arbeit nieder.

— Im Tarifbezirk Hamburg/Schleswig-Holstein haben die Kapitalisten es grundsätzlich abgelehnt, über den Wegfall der Lohngruppe II zu verhandeln (Leichtlohngruppe, in der überwiegend Frauen beschäftigt sind). Wie



schon Mitte Januar reagierten die Kolleg/inn/en vieler Betriebe prompt: am 5.2. legten rund 1.000 Beschäftigte in Flensburg die Arbeit nieder (Danfoss, FSG, FWN und Storno). In Kiel waren es rund 200, in Rendsburg etwa 300 Kolleg/inn/en der Firma DeTeWe, in Neumünster 500 Beschäftigte der Firmen AEG, Sauer & Sohn und Grundfoss, in Lübeck rund 250 der Firmen Drägerwerk, Orenstein und Koppel und anderen Betrieben.

Die Protestversammlungen wurden während der Arbeitszeit abgehalten.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

»typeshop«/Hamburg

Nach 3 Wochen Streikerfolg

Am 22.1. traten 20 der 29 Beschäftigten der Hamburger Satz-Filiale „typeshop GmbH“ in einen unbefristeten Streik. Die Gründe:

— Die Geschäftsleitung verweigert seit 15 Jahren beharrlich die Anerkennung des Manteltarifvertrages. Die Beschäftigten werden unter Tarif bezahlt und verdienen teilweise zwischen 300 bis 1.000 Mark weniger als in vergleichbaren Druckbetrieben Hamburgs.

— 1980 sind allein 15 Kündigungen ausgesprochen worden. Zur Zeit laufen 30 Arbeitsgerichtsklagen gegen das Unternehmen.

Einen Tag nach Streikbeginn wurden alle 20 in der IG Druck organisierten Kolleg/inn/en ausgesperrt, einschließlich der Kranken und einer werdenden Mutter. Weiterhin erstattete die Geschäftsleitung fünf Anzeigen wegen „Nötigung“ (Streikposten versuchten Streikbrechern den Zugang zum Betrieb zu versperren). Die DruPa reagierte ihrerseits mit einer Anzeige wegen Körperverletzung gegen einen Streikbrecher, der bei einem Versuch, mit dem Wagen in die Firma vorzudringen, einen Streikposten anfuhr und verletzte. Am 27.1 sprach die Geschäftsleitung unter Umgehung des Mitbestimmungsrechtes des Betriebsrates gegen 13 Streikende die Kündigung aus.

Dieser Streik wirft ein bezeichnendes Licht auf die katastrophale Situation der Klein- und Mittelbetriebe im Hamburger Druckgewerbe. Die IG Druck schätzt, daß zwischen 30 und 40 Prozent von ihnen — ähnlich wie bei „typeshop“ — keinem Arbeitgeberverband angeschlossen sind und insofern auch nicht an die Abkommen der Tarifvertragsparteien gebunden sind.

Inzwischen fand der in Hamburg einmalige Streik ein einmaliges Echo: Etwa 50 Solidaritätsadressen und größere Spenden gingen ein.

Am 12. Februar wurde der Streik erfolgreich beendet: „type-shop“ trat in den Unternehmerverband ein und muß sich damit in Verhandlungen um den Manteltarifvertrag begeben. Alle 20 gekündigten Kollegen sind seit dem 13.2. wieder im Betrieb.

Herzlichen Glückwunsch!

Montan-Mitbestimmung:

Ein Relikt aus besseren Zeiten wird beseitigt

All die kämpferischen Reden der Gewerkschaftsführer, all die Flugblätter und auch der zuletzt noch ausgerufene „Tag der Mitbestimmung“ haben nichts genützt: An eben diesem „Tag der Mitbestimmung“ verabschiedete die Bundesregierung einen Gesetzentwurf, der den betroffenen Unternehmen, einen schrittweisen Ausstieg aus

men einen schrittweisen Ausstieg aus

der Montan-Mitbestimmung ermöglicht. Herbert Wehner, der noch vor Monaten gedroht hatte, die Infragestellung der Mitbestimmung bedeute *„Hand an den Nerv unseres Staates zu legen“* und der sich vor der Bundestagswahl mit einem Show-Gesetzentwurf zur Sicherung der Montan-Mitbestimmung profiliert hatte, ließ sich zum „Tag der Mitbestimmung“ einer Vertrauensleuteversammlung der IG Metall in Hamburg schriftlich hören, um den Kollegen Sand in die Augen zu streuen: *„Nach jetzt 30 Jahren wollen die Metaller auch an Sozialdemokraten appellieren, alles in ihren Kräften Stehende zu tun, paritätische Mitbestimmung zu erhalten. Ohne selbstgerecht sein zu wollen: Wir bedürfen dieser gesonderten Aufforderung wahrhaftig nicht. Zweifel an unserem kämpferischen Eintreten für die Demokratisierung der Wirtschaft sind nicht angebracht“*.

Als Mitte des vergangenen Jahres der Mannesmann-Konzern seine Absicht bekanntgab, die Hüttenwerke in die Röhrenwerke einzugliedern und damit den Konzern der Montan-Mitbestimmung zu entziehen, bekundete die SPD-Führung den Gewerkschaften ihre Unterstützung bei der Abwehr dieser Maßnahme. Unter Führung von Herbert Wehner wurde von 200 Bundestagsabgeordneten der SPD ein Gesetzentwurf zur Sicherung der Mitbestimmung vorgelegt, der zwar nie in den Bundestag eingebracht, dafür aber um so mehr im Wahlkampf eingesetzt wurde. Und im Wahlprogramm der SPD wurden die schönen Worte festgeschrieben: *„Die SPD hat die Mitbestimmung der Arbeitnehmer verbessert; ihr Ziel bleibt die volle Parität“*.

Nach der Bundestagwahl hörte man andere Töne. In seiner Regierungserklärung vom 24.11.80 kündigte Helmut Schmidt ein Gesetz an, nach dem bei Unternehmen, die sich durch Umstrukturierungen des Konzerns oder durch einen sinkenden Anteil der Stahlerzeugung an der Produktion dem Geltungsbereich der Montan-Mitbestimmung entziehen, die Mitbestimmungsregelung für eine Dauer von 6 Jahren erhalten bleiben solle. Zu Recht sagen die Gewerkschaften, daß dies kein Mitbestimmungs-Sicherungs-Gesetz, sondern ein ‚Mitbestimmungs-Auslauf-Gesetz‘ sei. Ferner kündigte Schmidt an, daß in Zukunft die außerbetrieblichen Belegschaftsvertreter im Aufsichtsrat nicht mehr von den Gewerkschaften gestell:, sondern auch von den Betriebsräten des Unternehmens gewählt werden müssen. Auch dies wird von den Gewerkschaften als Einschränkung ihrer Rechte kritisiert.

Der jetzt von der Regierung verabschiedete Gesetzentwurf geht noch über die Ankündigungen in Schmidts Regierungserklärung hinaus und bedeutet eine noch schärfere Einschränkung der Montan-Mitbestimmung. Die bisher von der Gewerkschaft gestellten außerbetrieblichen Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat müssen jetzt sogar von der absoluten Mehrheit der Betriebsräte des Unternehmens gewählt werden, eine Dreiviertelmehrheit

wählt werden, eine Dreiviertelmehrheit

der Betriebsräte kann diese Gewerkschaftsvertreter jetzt auch wieder abberufen. Der DGB kritisiert dies als *„weitere Einschränkung der Verantwortung der Gewerkschaften“* („FR“, 9.2.81). Dies entspricht der Logik der Gewerkschaftsführer, die die Mitbestimmung als „Faustfand der Wirtschaftsdemokratie“ (Loderer) sehen und folglich vor allem an der überbetrieblichen Mitwirkung der Gewerkschaften an Wirtschaftsentscheidungen und nicht so sehr an der unmittelbaren Mitbestimmung der im Betrieb Beschäftigten (die natürlich durch von den Betriebsräten gewählte Aufsichtsräte auch noch nicht gegeben ist) interessiert sind. Der Regierungsbeschluß ist als Absage an derartige Vorstellungen der Gewerkschaften zu werten.

Weiter wurde in dem Gesetzentwurf festgelegt, daß sich die Zahl der Unternehmen, die der Montan-Mitbestimmung unterliegen, nicht erhöhen kann, während auf der anderen Seite durch unternehmensrechtliche Umgestaltungen (etwa durch eine Umwandlung einer Kapitalgesellschaft in eine Personengesellschaft) ein Ausstieg aus dieser Mitbestimmung möglich ist. Es ist bei Verabschiedung dieses Gesetzes abzusehen, daß andere Unternehmen dem Mannesmann-Konzern folgen werden.

Mit dem „Tag der Mitbestimmung“ hat die IG-Metall-Führung lediglich ihre Hilflosigkeit gegenüber dieser Regierungspolitik ausgedrückt. Zu einem Zeitpunkt, wo in Bonn die Weichen schon längst gestellt waren, sollten an diesem Tag *„die Gewerkschaftsmitglieder ihre örtlichen Abgeordneten zu eindeutigen Stellungnahmen für den Erhalt und den Ausbau der Montan-Mitbestimmung auffordern“* („FAZ“, 21.1.). Das sah dann so aus, daß z.B. auf einer Veranstaltung in Dortmund ein Brief an Bundeskanzler Schmidt verabschiedet wurde, in dem es heißt: *„Verspielen Sie nicht leichtfertig das Vertrauen der Arbeitnehmer dieser Stadt, das Ihnen entgegengebracht wurde. Sagen Sie Ihrem Koalitionspartner: Hände weg von der Mitbestimmung“* („Neue“, 31.1.). Und in Hamburg bekam Willi Brandt Gelegenheit, die SPD als Garanten der Mitbestimmung hochzujubeln.

Wie kann man von einer Gewerkschaftsführung, die noch nicht einmal in der Lage ist, ihre eigenen mit der paritätischen Mitbestimmung verbundenen Posten zu sichern, erwarten, daß sie in den bevorstehenden großen Auseinandersetzungen zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse etwas anderes anzubieten hat als Kapitulation?

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Nachrichten zu den Betriebsrätewahlen

Oppositionelle Listen in Chemie-Betrieben

Höchst, Frankfurt: Erstmals wird es im Frankfurter Hauptwerk der Hoechst AG eine oppositionelle Liste von IG Chemie-Mitgliedern geben, die als Liste ,,*Kollegen für einen durchschaubaren Betriebsrat*'' kandidieren werden. Damit hat der innergewerkschaftliche IG Chemie-Konflikt sich auch in diesem Betrieb niedergeschlagen. Hoechst ist nämlich die Machtbasis des rechten Sozialdemokraten Rolf Brandt. Sein Posten als Betriebsratsvorsitzender in diesem Werk mit 30.000 Beschäftigten hat ihm eine starke Stellung in der Führung der IG Chemie gesichert, in der er der Hauenschild-Mafia angehört.

Die Oppositionellen hatten im Dezember 1.400 Unterschriften für Persönlichkeitswahl gesammelt, doch sowohl die Versammlung der Vertrauensleute der IG Chemie als auch die Verwaltungsstelle votierten für Listenwahl. Daraufhin beriefen die Oppositionellen eine Versammlung ein, zu der etwa 200 Kollegen kamen. Auf dieser Versammlung wurde die eigene Kandidatur beschlossen, 21 Kollegen erklärten sich zur Kandidatur bereit. Sie betonten, daß sie gegen ,,Filzokratie'' und Entartung der Gewerkschaftsarbeit kandidieren, nicht aber gegen die Gewerkschaft IG Chemie. Bessere Informationsarbeit, regelmäßige Betriebs-, Abteilungs- und Jugendversammlungen (auch für Lehrlinge über 18 Jahre), Überprüfung der undurchschaubaren Lohn- und Gehaltsabstufungen, Anhörung der Betroffenen bei Kündigungen und Disziplinierungen, bevor dazu Stellung genommen wird, betriebliche Verbesserungen, kollegennähere Betriebsratsarbeit sowie die Kündigung der Betriebsvereinbarung betriebliche Verbesserungen, kollegennähere Betriebsratsarbeit sowie die Kündigung der Betriebsvereinbarung zur Wahl betrieblicher Vertrauensleute und stattdessen die Wahl gewerkschaftlicher Vertrauensleute gehören zum Wahlprogramm der Opposition. Interessant: scharfe Kritik am Vorgehen der Opposition übten DKP-Mitglieder. Sie werden, sofern geduldet, brav auf der Liste unter Führung des Hauenschild-Mafiosi Rolf Brandt kandidieren...

Kalle, Wiesbaden: Um die alten Strukturen zu den diesjährigen Wahlen aufzubrechen, hatte die Leitung des Vertrauenskörpers die Zulassung mehrerer IG Chemie-Listen beantragt. Sowohl die Verwaltungsstelle als auch die Mehrheit der Vertrauensleute hat dies abgelehnt. Die gesamte VKL (mit einer Ausnahme) trat daraufhin zurück und will jetzt eine Liste mit eigenem Programm aufstellen. Der ehemalige VK-Vorsitzende und SPD-Bundestagskandidat Ries erklärte, daß unter dem alten Betriebsrat keine aktive Gewerkschaftsarbeit möglich war. Dieser stimme ,,krankheitsbedingten'' Kündigungen zu, unternehme nichts gegen die Einführung der Bildschirmarbeit, habe bei der Urlaubs- und Pausenregelung für Schichtarbeiter versagt etc. Mit Unterstützung der Verwaltungsstelle der IG Chemie wurde außerdem jeder Versuch der innerbetrieblichen Aktivierung der Gewerkschaftsarbeit blokkiert (nach: ,,Neue'', 29.1.81).

Daimler Benz – Werk Bremen

Die Vertrauenskörperleitung der IGM hat zur Betriebsratswahl '81 zwei Flugblätter veröffentlicht, in denen sie für eine Persönlichkeitswahl plädiert. Begründet wird das von der VKL mit den schlechten Erfahrungen, die 1975 und 1978 mit der Listenwahl gemacht worden waren. Damals wurde ,,*durch Listen türkischer Kollegen ... die von fast allen gewünschte Personenwahl verhindert...*''. Außer dem offenen Bekenntnis der VKL zur Persönlichkeitswahl, wurden als zweiter Schritt auf einer VK-Sitzung die bisher gültigen Richtlinien zur Aufstellung der Kandidaten für den Betriebsrat geändert. Die Änderung, die ,,*im Beisein des für die Betriebsräte- und Vertrauensleutearbeit bei der IGM Bremen zuständigen Kollegen Heinz Meinking*'' verabschiedet wurde, besagt, daß im Prinzip ,,*jedes IG Metall-Mitglied die Möglichkeit erhält, auf der 'Liste der IG Metall' zu kandidieren.*'' Bisher konnten laut innerbetrieblicher Richtlinien nur Vertrauensleute vorgeschlagen werden, die zudem auch noch eine einfache Mehrheit der Vertrauensleuteversammlung hinter sich hatten.

Die oppositionelle Kollegengruppe bei Daimler Benz Bremen, die seit 2 1/2 Jahren ein eigenes Informationsblatt herausbringt, meint zu der Änderung der Richtlinien: ,,*Wir begrüßen dies, wurde mit der Veröffentlichung der Richtlinie doch eine Forderung von uns erfüllt. Besonders begrüßen wir die Erklärung, weil hier von unseren Gewerkschaftssprechern und den Vertrauensleuten schriftlich vor der Belegschaft gesagt wurde, daß die Persönlichkeitswahl gewollt wird. Außerdem wird in der Erklärung unseres Erachtens eingestanden, daß ein wesentlicher Grund für das Nichtzustandekommen der Persönlichkeitswahl 1975 und 1978 die damalige Richtlinie war. Sonst hätte sie ja kaum geändert werden brauchen.*''

Trotzdem haben die Kollegen weiterhin folgende Kritikpunkte: ,,*1. Halten wir eine o f f e n e Belegschaftsliste, auf der auch Belegschaftsmitglieder, die nicht in der IG Metall sind, für die beste Garantie, daß wir diesmal eine Persönlichkeitswahl erreichen. 2. Kritisier(t)en wir an der Richtlinie den Punkt IV 1. und 2.*'' In diesem Abschnitt der Richtlinie werden nämlich die Vertrauensleute praktisch verpflichtet, auch Kandidaten vorzuschlagen, zu denen sie kein Vertrauen haben. So heißt es an dieser Stelle: ,,*Es müssen so viele Kandidaten der Lohnempfänger und Angestellten angekreuzt werden, wie später in den Betriebsrat zu wählen sind... 2. Der Stimmzettel ist ungültig, wenn Punkt IV Abs. 1 nicht erfüllt ist.*''

Aufgrund dieser Kritikpunkte hat die Kollegengruppe angekündigt, daß sie sich ,,*auf der Liste der IGM am Ende aufstellen lassen und* (*sich*) *am Listenplatzgerangel nicht beteiligen* (*werde*). Für den Fall, daß die Persönlichkeitswahl von irgendeiner Seite durch die Einreichung einer Liste kaputt gemacht werden sollte, werden wir eine Absicherungsliste machen. Diese Liste gilt nur, wenn die Persönlichkeitswahl wieder verhindert wird'' (zitiert nach ,,IGM Kollegen von Daimler Informieren, Nr. 33, 6.1.81).



Bleibt nur zu hoffen, daß die IGM-Fürsten im Betrieb auch wirklich ihre ganze Kraft dafür einsetzen, daß rechte Spalterlisten keine Unterschriften bekommen.

Interessant ist unserer Meinung nach auch, daß die IG Metall-Strategen, von Betrieb zu Betrieb doch recht unterschiedlich vorgehen.

Thyssen Duisburg-Hamborn: IGM – Wahlfälschung?

Der Vorwurf der Wahlfälschung tauchte in Nordrhein-Westfalen in der Urabstimmung nach dem Stahlarbeiterstreik 1979 auf und ist nie geklärt worden. Ein neuer Wahlskandal ist jetzt bei Thyssen in Duisburg bekannt geworden. Bei den Wahlen zur IGM-Vertreterversammlung sind 1.100 Stimmen zuviel abgegeben worden, das sind 15 % der Gesamtstimmen! Also beileibe kein Pappenstiel, zumal auffälligerweise auf diesen Stimmzetteln die Namen rechter Betriebsräte, allen voran der Betriebsratsvorsitzende Weihs, auftauchen. Niemand kann angesichts so hoher falscher Stimmzahlen ernsthaft von ,,Unregelmäßigkeiten'' oder ,,Schlamperei'' ausgehen – hier ist durchaus der Verdacht der Manipulation angebracht.

Die Duisburger Ortsverwaltung der IG Metall ist bemüht, den Skandal ganz schnell zu vertuschen. Ortsbevollmächtigter Bulitz: ,,*Um allen Spekulationen in bezug auf Wahlschwindel aus dem Wege zu gehen, entschloß man sich zu Neuwahlen*'' (Rheinische Post, 13.1.). Gleichzeitig schloß er aus, daß man den Grund für den wahrlich seltsamen Vorgang ,,*in irgendwelchen absichtlichen Manipulationen und politischen Ambitionen*'' suchen könne (ebenda). Das ist schon kurios: nicht das Zustandekommen eines solchen Ergebnisses erschreckt den Herren, sondern die schlechte Optik. Was liegt da näher, als die Vermutung, daß eine nicht so offensichtliche Wahlfälschung durchgegangen wäre. Jeder halbwegs ehrliche Gewerkschaftsführer müßte stärkstes Interesse daran haben, einen solchen Fall aufzuklären.

Die Zeitung ,,Revier'' mutmaßt denn auch, daß die Manipulation rechten Betriebsräten zu einer besseren Ausgangsposition bei der Verteilung der Listenplätze zur Betriebsrätewahl verhelfen sollte ...
(Informationen aus Revier 2/81)

DGB macht sich für die CDU stark

Die geschäftsführenden Bundesvorstände des DGB und der CDU-Sozialausschüsse kamen bei einem Gespräch in Düsseldorf darin überein, ,,*daß CDU-Mitglieder im DGB sowohl bei der Aufstellung der Kandidaten für die kommenden Betriebsratswahlen als auch bei der Freistellung der gewählten Betriebsräte eine faire Chance haben müssen*'' (,,FAZ'', 10.2.81). Da sich jedoch beide Seiten bewußt sind, daß der DGB-Bundesvorstand nur ,,*in geringem Maße auf das Verhalten der Betriebsräte und örtlichen Gewerkschaftsorganisationen einwirken können ... wollen* (die CDU-Sozialausschüsse) *deshalb nach wie vor nicht ausschließen, daß sie in Einzelfällen eigene Listen zu den Betriebsratswahlen aufstellen werden.*''

Hier zeigen die Gewerkschaftsführer wieder einmal deutlich, was sie unter innergewerkschaftlicher Demokratie verstehen. Während man linke Gewerkschaftspoltik als ,,Parteipolitik'' zu diskriminieren versucht, werden von höchster Stelle Pro-CDU-Weisungen ausgegeben. Was die Kolleg(inn)en im Betrieb von den CDU-Kandidaten halten, scheint bei diesen Herren keine Rolle zu spielen.

Weiter berichtet die ,,FAZ'' von dem Spitzengespräch: ,,*Der DGB und die Sozialausschüsse haben sich auch übereinstimmend für eine 'Zusammenarbeit der Demokraten im Betrieb' ausgesprochen. Hinter dieser Formel als Kommunique steht offenbar die Absicht, das Vordringen kommunistischer Betriebsratskandidaten durch gemeinsame Anstrengungen von sozialdemokratischen und christlich-demokratischen DGB-Mitgliedern abzuwehren.*''



HDW Hamburg: IG-Metall Ortsverwaltung im Konflikt mit dem Vertrauenskörper

Auf der Hamburger Werft HDW hat sich innerhalb des letzten Jahres Opposition innerhalb des Vertrauenskörpers gegen die alteingesessenen Betriebsräte um Werner Peters herausgebildet. Ihren ersten Erfolg verzeichnete diese neue Strömung im Vertrauenskörper vor knapp einem Jahr, als es gelang, gegen den Widerstand von rechten Betriebsräten und der IGM-Ortsverwaltung, eine Mehrheit im Vertrauenskörper gegen die Einführung eines neuen Lohnsystems (Prämien-Lohn) zu gewinnen. Die damals breite Ablehnung des Prämienlohns war für den Vertrauenskörper der HDW ein geradezu historisches Ereigniss. Eine so starke Opposition gegen die sozialpartnerschaftliche Politik der IGM-Führer hatte es in diesem ,,IGMetall-Vorzeigebetrieb" seit einigen Jahren nicht mehr gegeben. Anläßlich der Betriebsratswahl '81 zeichnet sich nun ein neuer schwerer Konflikt innerhalb der Gewerkschaft auf HDW an. Die Ortsverwaltung der IGM hat in diesem Konflikt auch schon deutlich Flagge gezeigt: Sie droht den aktiven Vertrauensleuten und Be- **in diesem Konflikt auch schon deutlich Flagge gezeigt: Sie droht den aktiven Vertrauensleuten und Be-** **triebsräten mit massenhaften Ausschluß (1.2oo IGM-Mitglieder), wenn sie nicht nach den Weisungen der OV handeln!**

Aktive Vertrauensleute fordern Vorwahlen

Der ganze Konflikt begann damit, daß eine Gruppe von Vertrauensleuten und BRs einen Antrag an die Ortsverwaltung stellte, die Kandidaten der IGMetall zur BR-Wahl durch Vorwahlen unter den Gewerkschafts-Mitgliedern zu ermitteln. Dieser Antrag, ursprünglich von einer Gruppe von Vertrauensleuten und BRs vorgelegt, wurde innerhalb weniger Tage von 123 Vertrauensleuten unterschrieben! (Er stößt unter den IG Metaller(inne)n bei HDW auf große Sympatie.) Zur Einschätzung dieser Zahl ist wichtig zu wissen, daß zu den VK-Sitzungen auf der HDW von den ca. 300 Vertrauensleuten nur 150 - 190 erscheinen. So ergibt sich eindeutig, daß die Mehrheit des aktiven Teils des VK diesen Vorschlag unterstützt. In dem Antrag an die OV heißt es im einzelnen: ,,*Der IGM-Vertrauenskörper erstellt in alphabetischer Reihenfolge einen IG-Metall Kandidatenvorschlag. . . Minderheitsgruppen. . . müssen. . .berücksichtigt werden. Der erstellte Kandidatenvorschlag wird den IG-Metall-Mitgliedern . . . zur breiten Diskussion vorgelegt. Anschließend wird die endgültige Reihenfolge der IG-Metall-Kandidaten auf der IG-Metall-Liste zur BR-Wahl durch eine Vorwahl aller IG-Metall-Mitglieder bei HDW festgelegt. . . Begründung:*
1.Wir brauchen bei den unterschiedlichen Auffassungen im Vertrauensleutekörper und bei IG-Metall-Mitgliedern ein Wahlverfahren, daß für alle nachvollziehbar ist und demokratischen Grundsätzen entspricht. 2.Das Ziel der IG-Metall ist immer die Persönlichkeitswahl, die es leider bei HDW in Hamburg noch nie gegeben hat. . .4. Durch die Vorwahl wird Splittergruppen, wie z.B. DAG, CMV, RGO-Gruppe, der Boden für Protestwähler (siehe letzte Betriebsratswahl) entzogen.'' Und um den Rechten den Wind aus den Segeln zu nehmen, fügen sie noch hinzu:,,*5. Auch die Mitglieder der IG-Metall-Vertreterversammlung werden direkt durch die IG-Metall-Mitglieder im Betrieb gewählt. Darum können wir in diesem Wahlverfahren, genauso wenig wie in unserem Vorschlag einer Vorwahl, keine Entmündigung des IG-Metall Vertrauenskörpers sehen.*'' Letzterer Absatz ist auch deshalb interessant, weil die Ortsverwaltung die Wahl zur Vertreterversammlung über die Vertrauenskörper laufen lassen wollte. Erst auf Intervention des IGM-Vorstandes aus Frankfurt wurde durchgesetzt, daß die Vertreter auf Mitgliederversammlungen der Betriebe oder/ Branchen gewählt werden.

Insgesamt läßt sich zu dem Antrag der Vertrauensleute sagen, daß er Demokratie zum Ziel hat (das wäre unserer Meinung nach die Persön- unserer Meinung nach die Persön- lichkeitswahl) und auch teilweise taktisch begründet ist (. . .den Boden für Protestwähler entziehen), daß er aber für die fortschrittliche Gewerkschaftsarbeit bei HDW-Hamburg einen eindeutigen Schritt nach vorne bedeutet.

Ortsverwaltung sieht rot!

Der Antrag löste unter den Rechten im Betrieb und in der OV eine ziemliche Hektik aus. Mit der Einladung zur Vertrauensleutesitzung am 6.2.81, auf der über diesen Antrag hätte entschieden werden müssen, versuchten die OV und VK-Leitung in einem gesonderten Schreiben den ,,schweigenden Teil des VK" zu mobilisieren. Doch damit nicht genug. Gleichzeitig schickte die OV allen 300 Vertrauensleuten noch einmal eine eindringliche Ermahnung ins Haus, in der kackfrech behauptet wird, daß ihr Antrag ,,satzungswidrig" sei (siehe abgedrucktes Faksimile). Die OV und die rechten IGMler bei HDW berufen sich im besonderen auf einen Satz in den ,,Richtlinien für die Vertrauensleutearbeit", in dem steht: ,,*Der VK der IGM im Betrieb. . . hat unter Leitung der OV den Wahlvorschlag der IGM zur BR-Wahl . . . aufzustellen und zu beschließen.*" Die Richtlinien haben ihrer Meinung nach Satzungscharakter. Vergleichsweise möchten wir hier einmal aus der Arbeitshilfe für VK (Herausgegeben vom IGM-Vorstand zur BR-Wahl '81) zur Frage der Kandidatenaufstellung zitieren: ,,*Dabei muß berücksichtigt werden, daß es ein Verfahren anwendbar auf alle* didatenaufstellung zitieren: ,,*Dabei muß berücksichtigt werden, daß es ein Verfahren anwendbar auf alle* *Betriebe nicht gibt. Entscheidend wird auch bei diesen Wahlen sein, mit der jeweiligen OV ein Nominierungsverfahren zu finden, das unter Berücksichtigung der betrieblichen Bedingungen für alle Vertrauensleute und Mitglieder nachvollziehbar ist und demokratischen Grundsätzen entspricht.*" Das ist natürlich mit Absicht recht schwammig formuliert, aber es wird allein an diesem kurzen Auszug deutlich, daß der Vorwurf der Hamburger OV (,,satzungswidrig") wohl leicht zu hoch gegriffen ist.

Verzögerungstaktik der Rechten

Auf der VK-Sitzung am 6.2. konnte die Entscheidung über den Antrag zu den Vorwahlen nicht mehr gefällt werden. Diese Entscheidung soll nun am 13.2. kommen. Wir können nur hoffen, daß die Antragsteller an ihrem ursprünglichen Ziel festhalten und sich nicht auf einen faulen Kompromiß einlassen.

Zum Schluß noch kurz einige Worte zum Verhalten der ,,Kollegengruppe HDW'' (RGO-nahestehend). Diese Gruppe ist nach der letzten Betriebsratswahl mit drei Kollegen in den Betriebsrat eingezogen. Daraufhin sind sie (erwartungsgemäß) aus der IG Metall ausgeschlossen worden. Im Sommer letzten Jahres hatten sie nun einen Wiederaufnahmeantrag gestellt, der von den Kollegen ihrer Gewerke fast einhellig durch Unterschriften unterstützt wurde. Im Dezember 1980 kam dann vom IGM-Vorstand die schriftliche Ablehnung des Wiederaufnahmeantrages (ohne Begründung).

Zur Betriebsratswahl 1981 nun hat sich die ,,Kollegengruppe'' an die Vertrauensleute der IGM mit einem Brief gewandt. Darin heißt es u. a.: ,,*Wir fordern die Vertrauensleute der IG Metall auf der HDW und die OV der IGM-Hamburg auf, sich aktiv für eine Persönlichkeitswahl auf einer offenen Belegschaftsliste einzusetzen ... Gleichzeitig erklären wir in aller Öffentlichkeit, daß wir auf eine eigene Liste verzichten werden, wenn es zu einer offenen Belegschaftsliste kommt.*'' Otto Kock – Leiter des HDW-VK – hat den Antrag der ,,Kollegengruppe'' auf Persönlichkeitswahl auf der VK-Sitzung am 6.2. kurzerhand abgelehnt. Auch hier mußte wieder die Schutzbehauptung ,,satzungswidrig'' herhalten.

Der interessierte Leser vergleiche noch einmal die Berichte von den Wahlvorbereitungen beim Bremer Vulkan (AK 192 und 193) sowie den Bericht über die Wahlvorbereitungen bei Daimler-Bremen in diesem AK. Wenn die Hamburger IGM-Ortsverwaltung Recht hat, dann müßten die Wahlen in diesen beiden Betrieben auch satzungswidrig sein, denn die Kandidaten sind oder sollen noch etwas demokratischer aufgestellt werden, als es bei HDW-Hamburg geplant ist.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Hoesch-Belegschaft hat noch nicht aufgegeben

Nachdem die Landes- und Kommunalpolitiker ihre Unfähigkeit bewiesen haben, den Hoesch-Kollegen ihre Arbeitsplätze und der Stadt mit ihren 600.000 Bürgern die Existenz zu sichern, hatte sich zunächst in der Belegschaft Resignation ausgebreitet. Das Hoesch-Management sah sich dadurch ermutigt, immer dreister mit den Interessen der Kollegen umzuspringen. So gab Vorstands-Chef Rohwedder bekannt, daß nicht nur das umstrittene Stahlwerk nicht gebaut werden soll, sondern daß außerdem auch die beiden kleineren Werke Union und Phoenix geschlossen werden sollen.

Weitere Arbeitsplätze kommen dadurch unmittelbar in Gefahr. Inzwischen wurde auch ein vom Hoesch-Vorstand entworfener Sozialplan bekannt, bei dem das Wort „sozial" nur noch Hohn auslösen kann. So sollen beispielsweise die Kollegen, die länger als fünf, jedoch noch nicht zehn Jahre bei Hoesch beschäftigt waren, mit 1 1/4 Monatslohn abgespeist werden. Als Begleitmusik läßt Rohwedder dazu bei jeder sich bietenden Gelegenheit verbreiten, daß man noch nicht wisse, ob man am Jahresende überhaupt noch die Löhne zahlen könne.

Und wie um das düstere Bild abzurunden, vermeldete die „Welt" am 4. Februar die Schlagzeile: *„Noch nie so viele Arbeitslose an Rhein und Ruhr"*. In dem Artikel, der auf den Zahlen des jüngsten allmonatlichen Arbeitsmarktberichts der Bundesanstalt für Arbeit fußt, heißt es: *„Krisenhaft zugespitzt zeigt sich die Lage in Nordrhein-Westfalen, wo erstmals in der Geschichte 378 000 Arbeitslose registriert wurden. In dem bevölkerungsreichsten Bundesland hat die Arbeitslosenquote erstmals seit 25 Jahren die 6-Prozentmarke erreicht. Im engeren Ruhrgebiet wurde sogar eine Quote von 6,9 Prozent registriert."*

Unter diesem gewaltigen Druck kam es mittlerweile wieder zu ersten Aktionen von Hoesch-Kollegen. Am Morgen des 6. Februar tagte die Vertrauensleuteversammlung. In einer einstimmig angenommenen Resolution verurteilten die Kollegen den Vorstandsbeschluß und kündigten weitere Aktionen an. Um ihrem Willen Nachdruck zu verleihen, zogen die Kollegen anschließend in einem Protestmarsch vor das Hoesch-Verwaltungsgebäude, in dem zur gleichen Stunde der Aufsichtsrat die Vorstandspläne absegnete. Gemeinsam mit Mitgliedern der Bürger- und Frauen-Initiativen machten sie in Sprechchören und auf Plakaten deutlich: die Forderung „Stahlwerk jetzt!" ist nicht vergessen, es wird nicht aufgegeben.

Zwei Tage vorher war es bereits zu einer anderen Aktion gekommen. Sieben Frauen aus der Initiative der Hoesch-Frauen und der Betriebsseelsorger der Hütte waren in einen auf drei Tage befristeten Hungerstreik getreten, der einige Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit erregte. Am 4.2. schlossen sich arbeitslose Jugendliche, Lehrlinge und Schüler in einer demonstrativen Aktion dem Hungerstreik an.

Im Hoesch-Werk Union streikten am 9. Februar 150 Arbeiter für 1 1/2 Stunden und forderten: keine Entlassungen.

Gegenwärtig läßt es sich noch nicht absehen, ob der Funke überspringt, ob die Masse der Hoesch-Kollegen noch einmal das Gefühl der Ohnmacht überwinden kann, das sich in den vergangenen Monaten immer mehr ausgebreitet hatte, nachdem die Kollegen immer wieder von eigenen wirkungsvollen Aktionen abgehalten worden waren. Bis zuletzt waren die Kollegen darauf vertröstet worden, daß ihr Heil nicht in eigenen Aktionen, sondern im Vertrauen auf die SPD-Politiker liege. Nachdem diese nun auf der ganzen Linie versagt haben, könnte die Chance bestehen, in dieses tief verwurzelte und so oft mißbrauchte Vertrauen einen gewissen Einbruch zu erzielen und so auch etwas von der Kraft freizusetzen, die die Hoesch-Kollegen in der Vergangenheit zu einer der kampfstärksten westdeutschen Belegschaften gemacht hatte.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Resolution der Hoesch-Vertrauensleute

Am 6.2.81 wurde von 1000 Vertrauensleuten der Hoesch-Hüttenwerke die folgende Resolution einstimmig verabschiedet:

„Nachdem der Aufsichtsrat der Estel Hoesch Werke AG im Oktober 1980 einstimmig erklärt hat, an den Beschlüssen der Aufsichtsräte vom Februar 1980 festzuhalten, stellen wir fest, daß die Vorstände diese Beschlüsse bis heute nicht erfüllt haben. Durch Aussagen des Herrn Dr. Rohwedder in der Öffentlichkeit, das geplante Stahlwerk nicht zu bauen, ist in der Belegschaft eine unerträgliche Verunsicherung und große Unruhe entstanden. Das Verhalten des Vorstandsvorsitzenden hat zum Vertrauensbruch zwischen Belegschaft und Vorstand geführt. Wir fordern daher den Vorstand und den Aufsichtsrat der Estel Hoesch Werke AG auf, unverzüglich die Pläne auf den Tisch zu legen und den Stahlwerks-Neubau sofort in Angriff zu nehmen. Wir lassen keinen Zweifel daran, daß die Belegschaft zu weiteren Protestaktionen und zum Kampf für den Erhalt ihrer Arbeitsplätze bereit ist. Für alle daraus entstehenden Folgen trägt der Vorstand allein die Verantwortung".

Enka-Werk Kassel
Die Besetzung ist vorbei, aber der Kampf geht weiter

Am 26. und 27. Januar haben Beschäftigte der Enka-Werke in Kassel erneut aus Protest gegen die beabsichtigte Schließung des Betriebes durch den holländischen Akzo-Konzern Teile des Betriebes besetzt. Der niederländische Konzern will etwa 4.000 Arbeitsplätze wegrationalisieren. 2.500 davon in Betrieben der Bundesrepublik. Hauptbetroffen ist hiervon das Polyamidwerk in Kassel mit 840 Beschäftigten, das dichtgemacht werden soll. Schon im Dezember 1980 hatte die Belegschaft in Kassel das Werk aus den gleichen Gründen für zehn Tage besetzt gehalten.

Die neuerliche Besetzung endete mit einem vorläufigen Kompromiß. Die Konzernleitung stimmte einer Betriebsvereinbarung zu, die die Weiterführung des Betriebes zunächst bis zum 19. Juli dieses Jahres vorsieht. Auf einer Betriebsversammlung unmittelbar vor der Besetzung hatte der Vorstandsvorsitzende erklärt, das Textilfaserwerk müsse aufgrund „unzureichender Erlöse" und wegen der Billigimporte aus dem Ausland stillgelegt werden. Dagegen sprach der Betriebsratsvorsitzende Helmut Haase von einem *„Verbrechen an der Belegschaft"*. Er warf dem Vorstand vor, systematisch das Werk Kassel zugrunde gerichtet zu haben.

Der Betriebsrat geht zu recht davon aus, daß die Stillegungsabsichten noch nicht vom Tisch sind, und daß diese Pläne nur durch Kampfentschlossenheit zu durchkreuzen sind.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft



Schiffbauer gegen Arbeitsplatzklau

Rund 5.000 demonstrierten am 5. Februar in Bremerhaven für die Erhaltung ihrer Arbeitsplätze.

Von der IGM war kurzfristig mobilisiert worden, als bekannt wurde, daß die finanzielle Beteiligung des Landes Bremen an der von der lokalen SPD und der IGM propagierten Fusion der beiden mittleren Werften SUAG und Rickmers (die Rede ist je nach Interessenlage von 20 bis zu 60 Mio. DM) dem Sparprogramm der Bremer Landesregierung zum Opfer fallen soll.

Der Sanierungsplan für die beiden Werften zielt — in Übereinstimmung mit den Interessen der Werftindustrie — auf die Erhöhung der Konkurrenzfähigkeit der beiden Betriebe durch einen Standortwechsel — der eben zum großen Teil aus Steuermitteln bezahlt werden soll — und natürlich auf die so entstehenden Möglichkeiten der Rationalisierung und Personaleinsparung. Mindestens 180 der insgesamt 2.000 Arbeitsplätze sollen sofort wegfallen, über die weitere Entwicklung wird sich konkret ausgeschwiegen — die Formel lautet „langfristige Sicherung", eben nicht „Erhaltung aller Arbeitsplätze".

Auf dieser Linie sind gerade in der Werftindustrie, die in den letzten fünf Jahren gut die Hälfte aller Arbeitsplätze abgebaut hat, die Proteste der Beschäftigten immer wieder in die Niederlage geführt worden.

So ist unter den Kollegen zum Teil auch Skepsis gegenüber dem Fusionskonzept zu hören, ihre Parolen und Forderungen bewegten sich zumeist auf einer allgemeineren Ebene („Wir kämpfen um unsere Arbeitsplätze"). Ansätze für die Herausbildung einer selbständigen, sich von den Konzentrationsplänen der Werftunternehmer und der SPD abgrenzenden Linie der Verteidigung jedes einzelnen Arbeitsplatzes existieren jedoch kaum.

Einiges Hin und Her wird es in diesem Zusammenhang noch in der Bremer SPD geben. Während die Senatsmehrheit den Spielraum für Kürzungen im Sozialbereich zugunsten der „Wirtschaftsförderung" für im Augenblick ausgeschöpft hält, plädieren Parteien, Verbände und Presse in Bremerhaven einmütig für rabiate Kürzungen in den „unproduktiven" Bereichen zugunsten der Unterstützung der Werftindustrie.

KB/Gruppe Bremerhaven



Werftarbeiter-Demonstration Bremerhaven ,5.2.81

Stahl-Katastrophe nun auch in Bayern?

Zu mehreren einstündigen Warnstreiks ist es in der Maximilians-Hütte im oberpfälzischen Sulzbach-Rosenberg gekommen. Die Kollegen sind aufs höchste alarmiert. Ursache dafür ist das Bekanntwerden von Plänen des Mutterkonzerns Klöckner, die Max-Hütte mit ihren 6.000 Arbeitsplätzen zu schließen. Angeblich sieht Klöckner sich zu diesem Schritt veranlaßt, weil die Bundesregierung im Zuge ihrer Haushaltseinsparungen unter anderem Forschungsmittel in Höhe von 19 Mio. Mark gestrichen hat.

Für die Stadt Sulzbach-Rosenberg mit ihren 20.000 Einwohnern würde die Schließung der Hütte ähnlich katastrophale Auswirkungen haben wie die Arbeitsplatz-Vernichtung im Dortmunder Hoesch-Konzern. Die Abhängigkeit der Bevölkerung von der Max-Hütte als dem größten „Arbeitgeber" ist eher noch stärker ausgeprägt: rund 42 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung ist auf der Hütte beschäftigt. Und das zuständige Arbeitsamt Schwandorf meldete bereits im Dezember eine Arbeitslosenquote von knapp 11 Prozent.

Kommission Betrieb & Gewerkschaft

Frankreich-Wahlen

Wer wird der nächste Präsident?

Für jeden Geschmack etwas – um das höchste Amt im Staat bewerben sich (derzeit) 38 Kandidaten/innen: Mouna Aguigui, individuelle Kandidatur; Gustave Aliroi, Präsident der okzitanischen Befreiungsbewegung „Volem viure al pais"; Pierre Bauby, Kandidat der PCML (derzeit pro-albanisch); Jacques Belhomme, individuelle Kandidatur; Huguette Bouchardeau, Kandidatin der PSU; Jacques Cheminade, Kandidat der frz. Filiale der „EAP"; Francis Colley, individuelle Kandidatur; Michel Crepeau, Präsident der „MRG" („Bewegung der linken Radikalen", nichts Gemeinsames mit „Linksradikalen"!); Michel Debre, RPR, Ex-Premierminister; Jean-Claude Delarue, selbsternannter Kandidat der Ökologiebewegung; Roland Fize, Kandidat des „Bundes der Franzosen mit gesundem Menschenverstand"; Rymond Fouquet, Kandidat der „Sammlungsbewegung der Steuerpflichtigen und Benutzer öffentlicher Verkehrsmittel"; Marie-France Garaud, RPR, Ex-Beraterin von Georges Pompidou und Jacques Chirac; Pascal Gauchon, Kandidat der faschistischen PFN; Roger Garaudy, Ex-Mitglied der KPF, individuelle ökologische Kandidatur; Florent Gaudin, Anti-Coluche-Kandidat (Coluche zog seine Kandidatur zurück); Jean-Luc Heridel, Kandidat der Bewegung „Behinderte auferstanden!"; Erich Hintermann, „Sozialistisch-demokratische Partei"; Milan Horacek, Kandidat der Europa-Grünen (?); Alain Jeunet, Speaker bei „Radio-Mirabelle"; Alain Krivine, Kandidat der LCR (IV. Internationale); Arlette Laguiller, Kandidatuin der trotzkistischen Lutte Ouvriere (LO); Brice Lalonde, ernannter Kandidat der Ökologiebewegung; Dominique Larrouy, „Unabhängige Handwerker, Händler und Werktätige Frankreichs"; Jean-Marie Le Pen, Kandidat der faschistischen „Front National"; Christiane Loretz, Kandidatin für „Frauen ohne Grenzen"; Olivier Lossuarn, „Weltkongreß der Bretonen in der Vertreibung"; Pierre Malraux, „Französisches soziales Zentrum"; Georges Marchais, KPF; Francois Mitterrand, PS; Jean-Clair Nibart, individuelle Kandidatur; Georges Nicolo, „Fortschrittspatriot"; Bertrand Renouvin, „Neue Monarchistische Aktion"; Paul Ribaud, individuelle Kandidatur; Maurice Chorifer, „Selbstverwaltungssozialist und Ökologe"; Jacques Vecker, individuelle Kandidatur; Rainer Wunen-Burger, „Europäische Sammlungsbewegung"; außerdem kandidiert nun noch ein drittes Mitglied der PRP, Jacques Chirac.

Giscard d'Estaing hat bislang seine

drittes Mitglied der PRP, Jacques Chirac.

Giscard d'Estaing hat bislang seine Ambitionen noch nicht verraten. *„Wenn wir nur auf unsere persönlicnen Beaurfnisse und familienbezogenen Wünsche hören würden, würden wir uns eine zweite Amtszeit gewiß nicht wünschen"* (Anne-Aymone Giscard d'Estaing, die Französin mit den meisten Diamanten).

Ob alle beim 1. Wahlgang überhaupt dabei sein werden, ist noch ungewiß: 500 Unterschriften von „gewählten Vertretern des Volkes" muß erstmal jede/r nachweisen.

In diesem ersten Artikel soll zunächst auf die Kandidaturen der PS und KPF eingegangen werden.

Nach langem Hin und Her entschied sich die PS erneut für Francois Mitterand als Kandidaten. Innerhalb der KPF gab es keine Überraschungen: Generalsekretär Georges Marchais hält die Stelle wie gehabt. Seine Kandidatur wird allerdings von einer Serie von Austritten aus der Partei begleitet.

Kurzer Rückblick auf die „Linksunion"

Im Juni 1972 unterzeichneten KPF und PS das „Gemeinsame Regierungsprogramm" („Programme Commun"). Damit wurde zum ersten Mal seit Kriegsende die Absicht beider Parteien dokumentiert, eine gemeinsame Regierung anzutreten, die *„den Weg zum Sozialismus öffnen" sollte* (siehe Präambel). Hierzu hatte die KPF weitgehende Zugeständnisse an die PS in Kauf genommen.

Insbesondere revidierte sie ihre Haltung zur NATO und zur EG. Ihre ursprünglichen Verstaatlichungspläne für 25 Konzerne schraubte sie auf lediglich neun zurück.

Bei den Parlamentswahlen 1973 erhielt die erstmals kandidierende „Linksunion" 11 Millionen Stimmen, d. h. 46,5 %.

Ein Jahr später bekam Mitterand als Kandidat der „Linksunion" bei den Präsidentschaftswahlen 13 Millionen Stimmen, 49 %.

1977, bei den Gemindewahlen, errang die „Linksunion" 54 %: 159 von insgesamt 211 Gemeinden mit mehr als 30.000 Einwohnern werden von Parteien der (inzwischen verstorbenen) „Linksunion" verwaltet; in 72 Gemeinden stellt die KPF den Bürgermeister.




1977 forderte die KPF, das gemeinsame Regierungsprogramm zu aktualisieren. Die Hauptdifferenzen zwischen PS und KPF waren:

— die KPF forderte die sofortige Erhöhung des gesetzlich garantierten Mindestlohns auf 2.400 F. bei Einhaltung der 40-Stunden-Woche. Mitterand lehnte dies generell ab.

— Nach der KPF sollten die Einkommen bis zu einer Grenze von 8.800 F. um durchschnittlich 4 % erhöht werden, die unteren Einkommen allerdings stärker. Alle über 12.000 F. liegenden Einkommen sollten dementsprechend stärker besteuert werden.

Mitterand lehnte kategorisch die progressive Besteuerung der höheren Einkommen ab.

— Die KPF wollte nun nicht mehr nur neun Konzerne „nationalisieren", sondern 15. Auch dies lehnte die PS-Führung ab.

— Die KPF, die mittlerweile ihre Positionen zur französischen „Force de frappe" dahingehend revidiert hatte

— Die KPF, die mittlerweile ihre Positionen zur französischen „Force de frappe" dahingehend revidiert hatte, daß sie diese nunmehr als „Sicherung der Unabhängigkeit Frankreichs" betrachtete, betonte gleichzeitig das Konzept der *„Rundum-Verteidigung"* 8*"Defense tous azimuths"*). Die PS-Führung wollte die Unabhängigkeit Frankreichs nur gegen den „Osten" verteidigt wissen. Im September 1977 kam es zum offiziellen Bruch zwischen KPF und PS.

Wenngleich weder von der KPF noch von der PS eine öffentliche oder interne Bilanzierung der „Linksunion" bislang vorgenommen wurde, so läßt sich zumindest eines feststellen: War die PS vor der „Linksunion" eindeutig kleiner und schwächer als die KPF, so konnte sie dank derselben an Einfluß und Stärke gewinnen.

Bei den Parlamentswahlen von 1962 erhielt die SFIO (Vorläufer-Organisation der PS) 2,3 Mio. Stimmen gegenüber 4 Mio. für die KPF. 1967 erhielten die gemeinsam mit der Radikalen Partei kandidierenden Sozialisten 19 % der Stimmen gegenüber 22,5 % für die KPF.

Somit hatte Mitterand sein 1970 formuliertes Ziel erreicht: *„Die wesentliche Bestimmung der PS ist die, eine mehrheitsfähige Partei zu werden"* („Bulletin Socialiste", Nr. 92, 8.9.1970). *„Unser Ziel ist der Sieg der Linksunion, damit die regierende politische Partei diejenige ist, die einen demokratischen Sozialismus verkörpert.*

Alles hängt davon ab, ob wir es schaffen, eine breite, sozialistische Strömung aufzubauen. Wenn wir dies nicht erreichen, dann wird die Kommunistische Partei das dominierende Element innerhalb der Linken sein" („Le Monde", 24.5.1970).

Im Zuge der Absetzbewegung der PS gegenüber der „Linksunion" entwickelte sie eine immer größer werdende Freundschaft zu ihren westdeutschen Kollegen.

Auf einem außerordentlichen Kongreß der PS 1973 (13./15.12.), der sich ausschließlich mit der „Europäischen Frage" beschäftigte, bat sie *„die sozialistischen Partner um die notwendige Solidarität für das Gelingen des Übergangs zum Sozialismus in Frankreich"*. Um welche „Solidarität" es sich hierbei handeln soll, ist unklar: die „Sozialistische Internationale" (Führung: SPD) hat immer erklärt, ob in Spanien oder in Portugal, daß eins ihrer Hauptziele die Schwächung der jeweiligen KPs bzw. die Verhinderung ihrer Regierungsbeteiligung sei. Willy Brandt, Präsident der „Sozialistischen

Internationale" erklärte in einem Ing ihrer Regierungsbeteiligung sei. Willy Brandt, Präsident der „Sozialistischen

Internationale", erklärte in einem Interview mit der Zeitschrift „Le Point" (24.11.1974): *„Die westdeutschen Sozialdemokraten sind nicht die Oberlehrer der europäischen Sozialisten. Aber, wenn es uns betreffen würde, würden wir jegliches Bündnis mit der Kommunistischen Partei ablehnen"*. Einige Zeit später rückte die PS-Führung von ihrer bislang geübten Kritik an der Berufsverbote-Praxis in der BRD ab.

Im März 1976 vereinbarten Francois Brandt und Willy Mitterand die Bildung dreier gemeinsamer Arbeitsgruppen PS/SPD *„mit dem Ziel, die Konzeptionen der beiden Parteien in Sachen Europa, Beziehungen zur dritten Welt, Wirtschafts- und Sozialpolitik einander anzunähern"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" — „FAZ", 5.10.1977; siehe auch AK 26, März 1973 bzw. AK 116, Oktober 1977).

Der Werdegang des Francois M.

Neuerdings wird Francois Mitterand als „Linker" dargestellt — von der „FAZ" über die „Frankfurter Rundschau" bis hin zur „KVZ" (1). Darum erscheint es nützlich, das Gedächtnis ein bißchen aufzufrischen: In seinen jungen Jahren diente F. M. dem Marechal Petain. Dafür erhielt er sogar eine Dekoration, die „Francisque" unter der Matrikel-Nr. 2202. Nachdem er bei der Vichy-Zeitschrift *„France, Revue de l'Etat Nouveau"* („Frankreich, Zeitschrift des Neuen Staates") kollaborierte, wird er 1944 von de Gaulle als Staatssekretär für Kriegsgefangenen-Angelegenheiten eingestellt.

1946 tritt er der „UDSR" bei: „Demokratischer und sozialistischer Bund des Widerstands". Hinter diesem wohlklingenden Namen steckt eine primitive anti-kommunistische Organisation. Ihre Ziele: **„Auf allen Ebenen den Kommunismus bekämpfen, alle seine Lügen entlarven, alle existierenden Gesetze gegen ihn ausschöpfen, notfalls sie vervollständigen, dabei insbesondere die Unvereinbarkeit betonen zwischen Mitgliedschaft in der KP und Ausübung einer öffentlichen Funktion"** (die SPD hat nichts erfunden...).

Zwischen 1947 und 1957 ist Mitterand an elf verschiedenen Regierungen der IV. Republik beteiligt:

— Januar 1947 bis November 1947: Minister der ehemaligen Kriegskämpfer in der Regierung Ramadier. Die Regierung Ramadier ist verantwortlich für blutige Repressionen auf Madagaskar (April 1947: 80.000 Tote), für die Niederschlagung der großen Streikbewegungen des Jahres 1947, für das „Engagement" in Indochina und für das Fernhalten der Kommunisten aus der Regierung.

— November 1947 bis Juli 1948: Mitterand übt die gleiche Funktion unter der Regierung Schumann aus. Diese setzte 80.000 Polizisten gegen die streikenden Minenarbeiter Nordfrankreichs ein.

F. M. selber entläßt 23 % des Personals seines eigenen Ministeriums wegen Streikunterstützung!



Francois Mitterand

Francois Mitterand

— September 1948 bis Oktober 1949: Staatssekretär für Information in der Regierung Jules Moch, die die Armee auf die Minenarbeiter schießen läßt.

— Juli 1950 bis Juli 1951: Mitterand ist Minister für „die französischen Überseegebiete".

— Juni 1953 bis Juni 1954: Die gleichen Funktionen unter der Regierung Laniel. Die Regierung Laniel setzt die Armee gegen eine 1. Mai-Demonstration ein: sieben nordafrikanische Arbeiter werden erschossen.

— November 1954: Mitterand ist Innenminister geworden. Er erklärt: *„Algerien — das ist Frankreich. Und wer von Ihnen, meine Damen und Herren, würde nicht alle Mittel einsetzen wollen, um Frankreich zu schützen?"*

— Juni 1956: Mitterand ist Justizminister in der Regierung Guy Mollet. Als solcher unterschreibt er im Februar 1957 das Todesurteil für das KPF- und FNL (algerische Befreiungsbewegung) -Mitglied Fernand Yveton.

1958 unterstützt die „SFIO" den de Gaulle-Putsch, der Generalsekretär der „SFIO", Guy Mollet, tritt de Gaulles Regierung bei.

Wahlergebnisse von PCF und PS seit 1945 (Parlamentswahlen) in Prozent

	PS (früher SFIO)	PCF
21.10.1945	23,4	26,4
2.6.1946	21,1	25,9
10.11.1946	17,8	28,2
17.6.1951	14,6	26,9
2.1.1956	15,2	25,9
23.11.1958*)	15,4	18,9
18.11.1962	12,5	21,8
5.3.1967	18,9	22,5
23.6.1968	16,5	20,0
4.3.1973	19,2	21,4

(Quelle: „Le Monde", 10.1.78)

***) Ab 1958, mit der Machtübernahme des Generals de Gaulle, wurde in Frankreich ein Mehrheitswahlrecht mit zudem eindeutig die Gaullisten bevorteilender Wahlkreisaufteilung etabliert. Das führte dazu, daß die PCF 1958 z.B. mit 18,9% Stimmenanteil nur 10 von 490 Abgeordnetensitzen erhielt!**

In der PS ein weiterer Kandidat: Michael Rocard

Michel Rocard wurde 1950 Mitglied der „SFIO". 1953 ist er Sekretär der „Föderation sozialistischer Studenten". 1958, aufgrund der Beteiligung der „SFIO" an der de Gaulle-Regierung und wegen ihrer Positionen zum Algerien-Krieg, verläßt er die Partei und gründet die PSA („Autonome sozialistische Partei"). Zwei Jahre später, 1960, wird die PSU gegründet („Vereinigte sozialistische Partei"). Parallel dazu baut er seine Karriere als Finanzinspektor aus. 1965 wird er vom damaligen Finanzminister, Valery Giscard d'Estaing, zum Staatssekretär für die „Rechnungs- und Budjetkommission" ernannt.



Michael Rocard

Im gleichen Jahr unterstützt die PSU die Kandidatur von Francois Mitterand zu den Präsidentschaftswahlen. Im Juni 1967 wird Michel Rocard zum Generalsekretär der PSU ernannt. 1969 kandidiert er selber bei den Präsidentschaftswahlen und erhält 820.000 (3,2 %) Stimmen.

Die große damalige Hoffnung der PSU ist es, mit der PS konkurrieren zu können. Allerdings stellt Rocard 1973 fest: *„Die PS hat es tatsächlich geschafft, diejenige Strömung ... einzubinden, die wir in unserer Partei wiederzutreffen hofften"* („Temoignage Chretien", Mai 1973).

Rocard tritt erstmal von seinen Funktionen innerhalb der PSU zurück und schreibt in deren Organ „Tribune Socialiste" (4.4.1974): *„Wenn die Einheitspolitik der Linken die Fähigkeit bedeutet, differente Positionen miteinander zu konfrontieren und notwendige Kompromisse einzugehen, dann sind wir dazu bereit".*

Rocard ist dermaßen bereit, daß er, *ge Kompromisse einzugehen, dann sind wir dazu bereit".*

Rocard ist dermaßen bereit, daß er, noch bevor er aus der PSU offiziell austritt, bei der Wahlkampf-Mannschaft von Mitterand mitarbeitet. Im Dezember 1974 wird er PS-Mitglied. Sofort wird er in das Exekutiv-Büro und ins Leitungskomitee der PS gewählt. Ein Jahr später ist er schon nationaler Sekretär der PS. Im Januar 1979 erklärte sich Rocard mal wieder „bereit" — diesmal beabsichtigt er, als PS-Kandidat ins Elyseium einzuziehen.

Nach langem Hin und Her entschied sich die Parteimehrheit jedoch, F. Mitterand zum dritten Mal als ihren Kandidaten zu benennen.

Wie kam es dazu?

Dies war durch innerparteiliche Koalitionenveränderungen zustande gekommen: Der sogenannte linke Flügel der PS, der CERES (Zentrum für sozialistische Studien und Forschungen), war noch 1974 (nicht ohne Zutun von Mitterand) aus der Parteiführung verdrängt worden. Die Führung der PS bestand bis zum Parteitag von Metz im April 1979 aus einer Dreier-Koalition, die sich aus den Mitterand-, Rocard- und Mauroy (Bürgermeister von Lille) -Flügeln zusammensetzte. In Metz vereinigten sich Mitterrandisten und CERES, und brachten es auf eine Mehrheit von 62 % (Mitterrandisten: 46,9 %, CERES: 14,9 %, Rocardisten: 21,2 %, Mauroy-Anhänger: 16,8 %). Haupttrennungslinie zwischen den beiden Blöcken ist nach der Darstellung von CERES-Führer Jean-Pierre Chevenement: *„Es gibt zwei Linien innerhalb der Partei. Die eine, diejenige der Mehrheit, geht von der Notwendigkeit der Linksunion aus, die andere hat deren Bruch zur Kenntnis genommen. Die erste will Strukturreformen, die andere will nur den Markt regulieren. Die erste ist für die Unabhängigkeit Frankreichs. Die zweite ist für die Stärkung der atlantischen Allianz"* („Le Monde", 31.10.80).

Fortsetzung nächste Seite

Europa

Fortsetzung von vorheriger Seite

Ob die Strategie der Linksunion nun von den einen beibehalten, von den anderen aber liquidiert wird, scheint eher eine Frage von Nuancen zu sein: „*Ich stelle fest, daß die Linksunion über die Kommunistische Partei geht. Die Linksunion ist nötig, um die Mehrheit und ihre Politik zu stürzen — sie ist aber längst keine ausreichende Bedingung.*

Damit er seine Führungsrolle innerhalb der neuen Mehrheit ausüben kann, muß der demokratische Sozialismus sich sowohl auf seiner linken Seite (durch die Rigorosität seines ökonomischen Programms) als auf seiner rechten Seite verbreiten (durch seinen politischen Liberalismus). Daher die Bedeutung, die ich der Entstehung einer politischen Bewegung zumesse, die zunächst ausgleichend wirkt, dann die KP beherrscht, und schließlich selber mehrheitsfähig wird" (F. Mitterrand „Ma part de verite", S. 79, Paris).

Als Mitterrand gefragt wurde, wem er nun näher stünde, Berlinguer oder Schmidt, antwortete er: „*Politisch stehe ich der Sozialdemokratie näher, und ich gehöre der gleichen Internationale (wie Schmidt) an*" („Le Monde", 8.3.80). Mitterrand sagt: „*Der Marxismus-Leninismus ist überholt. Natürlich spielt sie (die Arbeiterklasse) eine entscheidende Rolle. Aber zu behaupten, sie sei der einzige Motor der Geschichte — daran glaube ich nicht*" (Interview mit der Unternehmer-Zeitschrift „L'Expansion", 7. - 20.3.80). Konkurrent Rocard meint zu den gleichen Fragestellungen: „*Ich kämpfe für einen europäischen demokratischen Sozialismus, für den dritten Weg zwischen Kapitalismus und Kommunismus*" („Le Monde", 6.3.80). „*Man kann keine entwickelte industrielle Gesellschaft regieren, ohne den doppelten Konsens der Arbeit und des Geldes zu haben. Aktuell besitzt die Regierung das Vertrauen derjenigen, die das Geld haben. Das reicht aber nicht aus. Es fehlt das Vertrauen der Welt der Arbeit. Die Linke — das ist das gegenteilige Unternehmen. Da das Vertrauen des Geldes nicht ausreicht, werden wir vom Vertrauen der Welt der Arbeit ausgehen und versuchen, ihr Vertrauen zu erobern*" (auf einem Unternehmer-Forum 1976, zitiert nach „Tribune Socialiste" Nr. 12, April 80, bzw. „Etincelle" Nr. 8, 3.2.77).

Rocard bezeichnet sein „Sozialismusprojekt" als den „*Sozialismus der Freiheit, der Dezentralisierung, der*

„Etincelle" Nr. 8, 3.2.77).
Rocard bezeichnet sein „Sozialismusprojekt" als den „Sozialismus der Freiheit, der Dezentralisierung, der

Selbstverwaltung, in einem Wort: den Sozialismus der Verantwortung". „*Die Eigentumsverhältnisse verändern nichts am Produktionssystem. Das Wesentliche ist das Kräfteverhältnis mit dem Kapitalismus*" („Le Monde", 21.10.80). Ob damit die „Versöhnung" zwischen der „Welt der Arbeit" und der „Welt des Geldes" zu verstehen ist?

Mitterrand sei ein Anhänger der nationalen Unabhängigkeit, Rocard hingegen ein „*Mann der Amerikaner*", so die CERES-Mitglieder. Es fragt sich, ob Mitterrand bei dieser Einschätzung nicht ein bißchen zu gut wegkommt. Während der damaligen Auseinandersetzung um die Reaktualisierung des „Gemeinsamen Regierungsprogramms" erklärte F. Mitterrand zur „Rundumverteidigung":

„*Ich sehe nicht die Notwendigkeit, unsere (?) Missiles gegen unsere eigenen Verbündeten zu richten... Das Atlantische Bündnis verlassen zu wollen, ohne einen Ersatz dafür zu haben, das hätte überhaupt keinen Sinn*" („Le Matin", 8.8.77). Auf einer nationalen PS-Konferenz zu Verteidigungsfragen 1978 beschwor er die Delegierten: „*Die Amerikaner müssen wissen, daß wir loyale Bündnispartner sein werden im Falle eines Krieges, und wenn dieser Krieg von Imperialisten angezettelt wird... Es muß klar sein, daß wir loyale, integrierte Bündnispartner sind*" (Zitiert nach „Rouge", 9.1.78). Mit den USA gegen den Imperialismus...?!

Im Juni 1980 gab das Exekutivbüro der PS einmütig (abgesehen vom CERES) seine Zustimmung zur ... Neutronenbombe! Rocard erläuterte dies: „*Ein Land, von der Größe, von der Bedeutung Frankreichs, das zudem im wichtigsten Kontinent für die strategische Vorrichtung liegt, kann es sich nicht erlauben, nicht über die modernsten Waffensysteme zu verfügen. Dies bedeutet die Vorantreibung der Forschung um die Neutronenbombe. Einverstanden. Dies hat auch die PS erklärt, also einverstanden*". Auf die Frage, ob er gegebenenfalls auf „den Knopf" drücken würde, antwortete Rocard: „**Jeder, der Präsident der Republik ist oder es werden will, hat die Pflicht, 'JA' zu antworten**". Im übrigen brauche Frankreich auch „machtvolle und professionelle Einsatzkräfte ... Ich gehöre zu denjenigen, die meinen, die Frage der Berufsarmee muß noch mal untersucht werden" („Le Monde", 4.7.80).

Ob Mitterandisten oder Rocardisten — in der Frage der Nuklearaufrüstung sind sie sich einig: „So mehr man davon hat, so sicherer gehen wir". Der PS-Militärexperte, Charles Hernu, bedauerte in einer freien Kolumne in „Le Monde" die „*Stagnation der Kredite für die Atomaufrüstung*" und forderte insbesondere „Anstrengungen" auf dem Gebiet der Atom-U-Boote („Le Monde", 27.2.80). Es versteht sich von selbst, daß auch in der Frage der zivilen Atomenergie Rocardisten und Mitterandisten sich einig sind. Die PS versprach 1978, ein Referendum über die Atomenergie durchzuführen, würde sie gewählt werden. Heute verspricht sie nur noch, eine Gesetzesvorlage zur „Mitbestimmung der Bürger" dem Parlament vorzuschlagen.

Ende Januar stellte die PS ihr Wahlkampfprogramm vor: „*Die Wege der anderen Politik*". Im wesentlichen enthält es eine Ansammlung von wohlklingenden Phrasen, bestehend aus „Vier großen Prioritäten" und 380 Maßnahmen. Die „Vier großen Prioritäten" sind:

1) „*Eine ökonomische Politik, die ein soziales Wachstum auf der Grundlage der sozialen Gerechtigkeit und das Recht auf Arbeit garantiert.*"
2) „*Eine Republik der Freiheit und der Demokratie, wo Männer und Frauen sich verantwortlich fühlen.*"
3) „*Eine Gesellschaft, wo jeder Zeit und Lust zu leben hat.*"
4) „*Ein unabhängiges und weltoffenes Frankreich.*"

Dazu wird erläutert, daß die französische Abschreckungskraft weiter entwickelt werden müsse, und privilegierte Beziehungen zu den blockfreien Staaten des Mittelmeerraumes und des afrikanischen Kontinents gesucht werden sollen — vielleicht über die „Professionalisierung der Armee", wie sie Rocard vorschwebt? („Le Monde", 26.1.81).

Marchais, die KPF und ihre Dissidenten

Es ist das zweite Mal seit Kriegsende, daß die KPF einen eigenen Kandidaten für die Präsidentschaftswahlen nominiert. Der letzte KPF-Kandidat war Jacques Duclos, der '69, nach dem Rücktritt von De Gaulle, im ersten Wahlgang 21,5% gegenüber 5% für den Kandidaten der Sozialisten (Gaston Deferre, Bürgermeister von Marseille) erreichte.

Bereits im Vorfeld der Kandidatenbenennung erklärte Marchais:

Marseille) erreichte.
Bereits im Vorfeld der Kandidatenbenennung erklärte Marchais:



Georges Marchais

„*Wir haben keinen Anlaß, eine offene Tribüne zu den Präsidentschaftswahlen zu eröffnen, wo wir doch über alle notwendigen Materialien verfügen, insbesondere die Ergebnisse des 23. Kongresses*" („Le Monde", 13.6.80). Wohl in Erwartung von Protesten erklärte Pierre Juquin, Mitglied des Politbüros der KPF: „*Unsere Partei ist anders als die anderen. Gruppen-, Cliquen-, Führungs- und Tendenzkämpfe kennen wir nicht. Uns einigen gemeinsame Ideale und gemeinsame Ziele, die auf unseren Kongressen bestätigt und präzisiert werden, und die Gelegnheit zu großen demokratischen Debatten aller Kommunisten bieten*" („LM", 30.5.80). Noch auf ihrem 22. Kongreß hatte die KPF die Diktatur des Proletariats aus ihrer Programmatik gestrichen. Noch 1978, als Leonid Breschnew nach Paris kam, erklärte Marchais: „*Es besteht kein Anlaß ihn jedesmal zu sehen, wenn er nach Paris kommt*" (zitiert nach „Spiegel" 20.3.1980).

Heute stehen die Dinge anders da, wie es in einem Interview offenherzig bekannt wird: „**'Jahrelang wurde nicht mehr über Revolution innerhalb der KP geredet. Man sprach nur noch von fortgeschrittener Demokratie'.**
'Na gut, wir haben uns geirrt.'
'War das Manifest von Champigny ein Fehler?' (1968 angenommen, mit diesem Manifest wurde die Säuberung des Vokabulars eingeleitet – Anm. AK).
'Nein – aber wissen Sie, der Sinn der Wörter entwickelt sich. Anfangs war die Diktatur des Proletariats einfach nur die Diktatur der Mehrheit über die Minderheit. Dann hat dieses Wort eine solche Wende genommen, daß es nicht mehr dem entsprach, was gemeint ist. „Revolution weckt lange Zeit Assoziationen mit Volkshorden, mit Patroleusen usw. Deswegen haben wir eine Zeit lang dieses Wort ein bißchen beiseite gelegt. Aber wir sind wie Waldeck-Rochet geschrieben hat, "Revolutionäre unserer Zeit".'
'Im Juni 1974 erklärte Georges Marchais, der Sozialismus sei nicht auf der Tagesordnung. Heute sagt er das Gegenteil.'
'Wir sagen: Wir müssen etappenweise zum Sozialismus übergehen.'" (Interview mit dem kürzlich verstorbenen Führer der KPF-Fraktion in der Nationalversammlung, Robert Ballanger, „LM", 10.10.80).

1968 verurteilte die KPF den SU-Einmarsch in die CSSR; heute erklärt Marchais, die SU habe eingegriffen aus „brüderlicher Hilfe", sie habe damit im Interesse des Friedens, der Entspannung und der Völker gehandelt und dem Imperialismus eine Lehre erteilt („LM", 13.6.80). Gegner der SU-Intervention in Afghanistan qualifizierte Marchais als „*Bündnispartner der afghanischen Feudalen*".

1968 drückte Marchais SU-Dissidenten wie z.B. Plioutch die Hand; seit dem 23. Kongreß der KPF (Mai 79) sind solche Frivolitäten vorbei – denn, so der Kongreß: „*Die Bilanz der sozialistischen Länder ist global positiv*". Wurde noch vor einiger Zeit mit der Strategie des Eurokommunismus geflirtet, heißt es nun: „*Ich glaube, der Eurokommunismus ist ein zu enges Kostüm geworden ... Ich denke im übrigen über diese Dinge nach, und ich habe vor, darüber zu schreiben ...*" („LM", 13.6.80). Zur „Linksunion" erklärte Marchais: „*Das Wesentliche für uns ist, die Bedingungen zu verändern. Es scheint aber so zu sein, daß der Weg, den wir dazu bislang verfolgt haben, nicht der richtige gewesen ist, jedenfalls haben wir mit diesem Weg nicht die notwendige Veränderung erreicht ...Francois Mitterand war Kandidat 1965, es gab 1969 einen anderen Kandidaten, 1974 war er wieder Kandidat, und Giscard d'Estaing ist immer noch da! Und die Rechte ist immer noch da! Und die Lage wird immer schlimmer! Deswegen werden wir nicht wie Papageien immer nur wiederholen: 'Einheit! Einheit! Ein-*

immer noch da! Und die Lage wird immer schlimmer! Deswegen werden wir nicht wie Papageien immer nur wiederholen: 'Einheit! Einheit! Ein-

heit! Wahlen! Einheit! Einheit! Wahlen!' Wir lassen unsere Gehirnmasse arbeiten, und die sagt uns: da wir mit diesem Weg nichts erreicht haben, müssen wir einen anderen Weg versuchen ... Wenn eine richtige detaillierte Analyse der Politik der sozialistischen Partei heute vorgenommen wird, kommt man um die Schlußfolgerung nicht umhin: die Bedingungen einer Übereinkunft zwischen sozialistischer und kommunistischer Partei existieren heute nicht" („LM", 15.10.80).

Wahl-Kampagne und -Programm der KPF

Am 20.9.80 stellte Marchais den sogenannten Kampfplan der KPF vor, bestehend aus 131 Maßnahmen und wie bei der PS aus vier großen Zielsetzungen:

„*a) Arbeit für alle, Humanisierung der Arbeitsbedingungen;*
b) eine gerechtere Gesellschaft;
c) ein freies und verantwortungsvolles Leben in einer brüderlichen Gesellschaft;
d) eine Gesellschaft für die Jugend".

Die wichtigsten Vorschläge sind dabei:

- Schaffung von jährlich 500.000 zusätzlichen Arbeitsplätzen, davon 350.000 für Frauen;
- Einwanderungsstop;
- 35-Stunden-Woche, Mütter mit Kleinkindern sollen eine 30-Stundenwoche bekommen;
- 5 Wochen bezahlter Urlaub;
- Erhöhung des Mindestlohns erstmal auf 3.300 F (ca. 1.500 DM), höhere Versteuerung der höheren Einkommen;
- Bau von jährlich 500.000 Sozialbauwohnungen, gleichmäßige Verteilung der Ausländer auf die Gemeinden;
- Mehr Sicherheit, keine Laxheit mehr gegenüber Dealern, Gangstern, Zuhältern und Vergewaltigern;
- 6 Monate bezahlter Urlaub bei Schwangerschaften;
- Für die Entwicklung der französischen Atomindustrie,
- Stop der Entwicklung neuer Atomwaffen, insbesondere keine Neutronenbomben, Rundumverteidigung;
- Nationalisierung von 23 Betrieben (u.a. Hachette, Peugeot-Citroen-Talbot, Michelin, Matra, Gervais-Danone).

Drei Schwerpunkte der Kampagne der KPF sind: Stop der Einwanderung (s. auch AK 194 – „*KPF: Kampf für die Reinheit der Rassen?*"), mehr Sicherheit (sprich: mehr Polizei) und für eine französische Atomindustrie.

Zum Thema Sicherheit veröffentlichte das Politbüro der KPF folgende Erklärung: „*... Die existierende öffentliche Gewalt muß ausschließlich der Sicherheit der Bevölkerung gewidmet werden. ... Wir brauchen mehr und bessere Kommissariate*" („LM", 10.12.80). Die AKW-Gegner beschimpfte Marchais ausgerechnet in Plogoff als „*Kleinbürger, die die Misere der Werktätigen kalt läßt*", denn „*die Unabhängigkeit Frankreichs*" bedinge die Entwicklung einer von Frankreich selbst kontrollierten Atomindustrie (Heute wird die Atomenergie in Frankreich fast ausschließlich in AKWs produziert, die unter amerikanischer Westinghouse-Lizenz stehen).

Wichtigstes Ziel der Wahlbeteiligung ist für die KPF die Stärkung der Partei („*Unser Kandidat soll beim ersten Wahlgang die meisten Stimen bekommen*" – nach „LM", 16. 12.80), wobei die Entscheidung der Leitung der KPF, „*nicht unbedingt beim 2. Wahlgang für einen anderen Kandidaten*" aufzurufen (ebenda) großen Wirbel hervorgerufen hat. Gleichzeitig verlangt die KPF allerdings, falls Mitterand doch gewinnen sollte, eine Beteiligung von „kommunistischen Ministern" an der Regierung.

Austrittswelle

Insbesondere die sogenannten Intellektuellen machen der Partei große Sorgen: Viele von ihnen sind während der Periode 1960 bis 1970 eingetreten, weil sich die KPF von der KPdSU löste und die Strategie eines „französischen Weges zum Sozialismus" attraktiv schien. Die heutige „Krise" innerhalb der Partei kann auf drei wesentliche Ursachen zurückgeführt werden: Bruch der Linksunion, Stellungnahmen der KPF zu Afghanistan und letzlich auch die Haltung der KPF zur ausländischen Bevölkerung in Frankreich.

Austrittswellen gab es schon nach dem 20. Parteitag der KPdSU, nach dem Budapester Aufstand (1956), nach dem Einmarsch in die CSSR und aufgrund der Ereignisse des Mai '68. Am 18. Januar veröffentlichten 36 Intellektuelle ihre Austrittserklärung: „*Nein Georges Marchais, wir verlassen die KPF nicht aufgrund des*

'68. Am 18. Januar veröffentlichten 36 Intellektuelle ihre Austrittserklärung: „Nein Georges Marchais, wir verlassen die KPF nicht aufgrund des

Drucks des Gegners. Diese Beschuldigung ist bekannt. Sie ist ausgeleiert. Unsere Optionen bleiben die gleichen. Wir kehren dem aktuellen Apparat der französischen kommunistischen Partei den Rücken, Wir verurteilen insbesondere als gefährlich und unverantwortlich:
– Die bedingungslose Unterstützung des sowjetischen Regimes, des Einmarsches in Afghanistan, die Haltung (der Partei) gegenüber den polnischen Ereignissen,
– den Verzicht auf jegliche Einheitsstrategie,
– das Abgleiten in „Ouvrierismus" (Arbeiterkult),
– den Chauvinismus und die Ausländerfeindlichkeit,
– die Ersetzung der Auseinandersetzung durch Haß, Beschimpfungen und Verachtung,
– die Unterstützung einer heuchlerischen Moral,
– das Nichtvorhandensein der Demokratie innerhalb der Partei.
Unser Austritt ist keine Abdankung. Er ist ein Kaampf.
Für den Sozialismus in der Freiheit" („LM", 20.1.81).

Unter den Ausgetretenen findet sich insbesondere Helene Permelin. H. Permelin, seit 1944 in der KPF organisiert, war bei der „Humanite" (Zentralorgan der KPF) von 1945 bis 1956 Chefredakteurin für den Kulturteil.

Andere KPF-Mitglieder ziehen es vor, innerhalb der Partei weiter zu kämpfen, z.B. Henri Fitzbin, ehemaliger erster Sekretär der Pariser Föderation der KPF und bis November 79 Mitglied des ZK, und Francois Hincker, zurückgetretener Chefredakteur der Wochenzeitschrift „Revolution" (!), die erstmals 1980 erschien, ebenfalls Mitglied des ZK bis zum Mai 79. „*Wir wollen nicht die Gründe, die zu Austritten von Genossen führen herunterspielen. Aber so respektabel auch ihre Motivationen sind, meinen wir, daß sie sich irren. Es ist falsch, zu meinen, man könnte genauso gut außerhalb wie innerhalb der Partei Kommunist sein. Kommunist zu sein bedeutet eine politische, eine Aktions- und Organisationswahl getroffen zu haben, die sich durch die Mitgliedschaft in der revolutionären Partei der Arbeiterklasse, der KPF, konkretisiert*" („LM", 10.1.81). Fizbin selber ist bereits im Oktober aus der Pariser Föderation ausgeschlossen worden. Auch innerhalb der beiden wichtigsten Zeitungen der Partei („Humanite" und „Humanite-Dimanche") wirbelt es: Die Journalisten der zuständigen Rubriken lehnten eine publizistische Schützenhilfe in der Vitry-Affäre (Einsatz von Bulldozern gegen ein Ausländerwohnheim durch KPF-Stadträte) ab. Innerhalb der letzten sechs Monate sind dort eine ganze Reihe Journalisten zurückgetreten. Ende Oktober wurde der bisherige Chefredakteur einer KPF-Regionalzeitschrift, Jean Kéhayan, Autor des Buches „*La rue du prolétaire rouge*" (eine kritische Auseinandersetzung mit dem Alltagsleben innerhalb der SU), ausgeschlossen. Insbesondere regte sich die KPF über den Umschlag seines neuen Buches („*Le Tabouret de Piotr*") auf. Dort ist Marchais mit einer Marschall-Uniform einschließlich lauter Dekorationen à la Breschnew karikiert.

Der ehemalige Geschäftsführer des KPF-Verlags, „Editions Sociales", Antoine Spire, trat nach der Vitry-Affaire aus: „*Ich gehe. Ich bin mehr Kommunist als je ... Natürlich werde ich die Feinde, die ich auch als KPF-Mitglied bekämpfte, weiter bekämpfen: nicht nur die Vertreter der Unternehmer und der Regierung, die Schar von Intellektuellen, die aus Frustration leichtfertig die Errungenschaften des Marxismus verkaufen wie Wetterfahnen, die sich nach jeder neuen ideologischen Mode drehen und wenden, sondern auch einen Teil dieses französischen Volkes, das dem Korporatismus und dem Rassismus zu leicht verfällt... Ich war zehn Jahre lang kommunistischer Funktionär, drei Jahre lang 'kritischer Kommunist', zu diesem Kampf innerhalb der Partei stehe ich weiterhin... Aber dieser Bulldozer hat etwas in mir zerstört. Ich bin nicht mehr Mitglied der Partei derjenigen, die diesen Bulldozer fuhren... Wenn der Eurokommunismus ein 'zu enges Kostüm' für Georges Marchais ist, für mich platzt das Kostüm des sowjetischen Sozialismus aus allen Nähten... Weil ich Eurokommunist bin, verlasse ich diese Partei*" („LM", 8.1.81).

Im nächsten AK werden wir die Wahlkampagne der linken Organisationen (PSU, LCR, LO bzw. OCT) und der Ökologiebewegung darstellen.

Frankreich-Kommission

• • •

Anmerkungen

1. Die „KVZ" (24.11.80) schrieb:

Anmerkungen

1. Die „KVZ" (24.11.80) schrieb:

„*Mitterand hat den Kurs seiner Kampagne anderntags mit der Erklärung festgelegt: »Ich bin frei von Verpflichtungen gegenüber der regierenden Klasse, ich habe niemandem gegenüber Verplichtungen — weder in Washington, noch in Moskau!« Auch sonst verspricht es wohl eine relativ 'linke' Linie zu werden...*".
Springers „Welt" (Ausg. v. 14.6.76) sieht es anders: „*...Es fällt schwer, diesem Sohn aus einer großbürgerlichen Fabrikanten-Familie aus der Charente sein Engagement an der Seite der Kommunisten für ein ‚gerechteres Frankreich' zu glauben. Er hat die Kommunisten bekämpft, seit er vor dem Kriege, als junger Advokat, in den Reihen der faschistischen 'Cagoule'-Bewegung militierte... Jahrelang leitete er die antikommunistische 'Bewegung für ein freies Europa'...*". Die „Welt" dürfte in diesem Fall besser informiert sein.

2. Zur Person des Michel Rocard: Während in der „taz" vom 7.11.80 ein Leicht Rocard als „undogmatischen Sozialisten" charakterisiert („*Den Rocardisten geht es gerade um die Vermeidung eines autoritären Sozialismus-Konzepts... Die Vorstellung der traditionellen Linken, derzufolge nur der Bruch mit dem Kapitalismus die notwendigen Transformationen ermöglichen kann, teilt er nicht...*"), schreiben andere, die's wissen müssen, nämlich seine Ex-Kollegen von der PSU, einer Partei also, die nicht gerade für „autoritäre Sozialismus-Konzepte" bekannt ist: „*Ambiguität* (Doppelsinn — AK) *und Schwäche des Rocardismus... Er genießt Sympathien in der fortschrittlichen Dritten Welt, die aus der Kolonialkriegszeit datieren, aber man hört auf ihn in Washington, und man liebt ihn in Bonn, Wien und Stockholm... Es gibt im Projekt von Michel Rocard überhaupt keinen Willen zum Bruch, überhaupt keine Absicht, aus dem System rauszukommen. Es geht nur darum, die Gesellschaft effektiver zu verwalten... Der Versuch, in der Linken Hoffnung zu wecken, ohne das Zentrum zu erschrecken, der besitzenden Klasse Garantien zu geben, ohne die Glaubwürdigkeit bei den arbeitenden Massen zu verlieren: das ist die Trapeznummer von Michel Rocard. Das macht die ganze Ambiguität des Rocardismus aus. Und auch seine Schwäche... Viele linke Wähler werden es ablehnen, diesen Champion der gespaltenen Zunge zu folgen*" („Tribune Socialiste", Organ der PSU, Nummer 12, April 1980).

El Salvador: Guerilla und Opposition gewinnen an Stärke

Nach dem Ende ihrer ersten landesweiten Generaloffensive hat sich die FMLN wieder aus den großen Städten und den anderen zeitweilig eroberten Gebieten zurückgezogen. Nach wie vor werden jedoch große Gebiete im Norden des Landes von ihr militärisch und politisch kontrolliert. Es handelt sich hierbei im wesentlichen um die Provinzen La Union, Morazan, San Miguel, Cabanas und Chalatenango. Neben dem politischen Erfolg dieser Offensive (siehe AK 194) hat sich die FMLN auch militärisch stärken können: Zahlreiche Jugendliche haben sich neu der FMLN angeschlossen und die „halbbefreiten“ Gebiete im Norden konnten ausgedehnt werden („taz“, 29.1.81) . Eine „diplomatische“ Stärkung erreichte die Opposition durch ein Bündnis, das mit der „Juventud Militar“, der Bewegung der jungen Militärs, abgeschlossen werden konnte. Die „Juventud Militar“ ist der Flügel des Militärs, der im Oktober 1979 den Putsch gegen die Militärdiktatur General Romeros getragen hatte und inzwischen wieder aus allen politischen und militärischen Machtpositionen verdrängt worden ist. Anfang Februar veröffentlichten FMLN und „Juventud Militar“ ein gemeinsames Manifest, in dem sie eine Zusammenarbeit im Kampf gegen die Junta und den Aufbau eines „neuen Heeres“ (siehe Kasten) ankündigten.

Sicherlich sind die „jungen Offiziere“, die ja lange Zeit von der Linken scharf angegriffen worden sind, nicht der Bündnispartner, der die für den Sozialismus kämpfenden Kräfte stärkt. Das Bündnis mit der „Juventud Militar“ ist aber ein wichtiger Schritt, um die extreme Rechte weiter zu isolieren und die internationale Anerkennung der Opposition zu erhöhen. In der augenblicklichen Situation müssen sich alle Anstrengungen darauf richten, eine direkte US-Intervention zu verhindern und den Terror gegen das Volk von El Salvador zu beenden. Dazu kann dieses Bündnis vielleicht beitragen. Zudem wäre beim gegenwärtigen Stand des Stellungskrieges eine Spaltung des Militärs von großer Bedeutung.

Die militärischen Aktionen der FMLN beschränken sich zur Zeit wieder auf kleinere Gefechte mit Armeeinheiten und Anschläge gegen wichtige Einrichtungen des Feindes. So wurden zum Beispiel in einem Vorort der Hauptstadt San Salvador Anlagen des nordamerikanischen Ölmultis „Esso“ zerstört („taz“, 4.2.81).

Unterdessen kündigte der revolutionäre Gewerkschaftsverband FSR neue politische Streiks an, um die Bildung einer „demokratischen revolutionären Regierung“ zu erwirken (ebenda).

Die Armee, Nationalgarde und die Polizei können nun wieder ihre Ka-
Polizei können nun wieder ihre Ka-
sernen verlassen und führen in den zeitweilig von der FMLN kontrollierten Gebieten großangelegte Terrorkampagnen durch, die sie „Säuberungskationen“ nennen. Nach Angaben der FMLN setzt die Luftwaffe hierbei auch Napalm-Bomben ein. Nach Berichten der Befreiungsfront beteiligten sich auch honduренische Truppen und nordamerikanische Offiziere an den Kämpfen. Dieser Terror hat neue große Flüchtlingsströme ausgelöst („Neue Zürcher Zeitung“, 10.2.81, „taz“, 4.2.; „Süddeutsche Zeitung“, 9.2.).

Mehrere Menschen wurden verletzt, als ein großer Sprengkörper vor der nicaraguanischen Botschaft in San Salvador explodierte („NZZ“, 1.2.81).

CDU wirbt für Mörderjunta!

Ähnlich wie schon in Chile, wo es nach Ansicht von CDU-Bundestagsabgeordneten „bei sonnigem Wetter“ in den Folterstadien recht angenehm ist, bekundeten erneut hohe CDU-Politiker ihre Freundschaft mit lateinamerikanischen Faschisten. Der Vorsitzende der christdemokratischen Fraktion im Europaparlament, Klepsch (CDU), verkündete nach einer Rundreise durch fünf lateinamerikanische Länder Präsident Duarte sei ein „Mann der Mitte“ und sei bemüht, eine demokratische Entwicklung herbeizuführen, die *„die Grund- und Menschenrechte durchsetzt und garantiert und die notwendigen sozialen Reformen gewährleistet“* (Welt, 3.2.81). Auch der CDU-Generalsekretär Geißler besuchte seinen Freund Duarte und wurde in einer gepanzerten Wagenkolonne durchs Land gefahren („Welt“). Duarte bezeichnete er als *„menschlich, christlich und Freund der Armen“*. Er brauche Solidarität, weil er den „sozialen Frieden sichern wolle („FR“, 2.2.81). Auf einer Pressekorrespondenz in Bonn mußte er allerdings zugeben, daß er alle seine Informationen nur von offiziellen Regierungsstellen bezogen hat.

Die SPD dagegen redet zumindest noch von Solidarität mit der Opposition. Der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende Ehmke ließ sich sogar zu einer Kritik an Geißler hinreißen. Geißlers Äußerungen hält er für *„höchst bedauerlich“* („SZ“, 3.2.81). Wischnewski betonte allerdings, daß eine Unterstützung für die Guerilleros nicht in Frage komme und es in beiden Lagern aufrechte Demokraten gebe, die man zusammenführen müsse. Die SPD sei bereit, einen „Gesprächsfaden“ zwischen der Opposition und der neuen US-Regierung zu knüpfen („FR“, 6.2.81). Die SPD/FDP-Regierung schließt jegliche Unterstützung der Opposition aus.

Kritische Stimmen in den USA

Drei amerikanische Kongreßabgeordnete beschuldigten nach einer Reise durch El Salvador das US-Außenministerium, die Öffentlichkeit falsch über die Lage dort informiert zu haben. Der Junta warfen sie „systematischen Terror“ vor, und die Opposition bezeichneten sie als „gemäßigt“. Sie berichteten von Gesprächen mit Flüchtlingen, die ihnen von den Greueltaten der Armee erzählt hätten. *„In jedem dieser Gespräche wurde deutlich, daß die Militärhilfe aus den USA zu dem Morden und der Folterung unschuldiger Menschen beiträgt“*, sagte eine der Abgeordneten. Sie forderten die sofortige Einstellung der Militärhilfe („FR“, 7.2.; „taz“, 9.2.).

Zur gleichen Zeit veröffentlichten
Zur gleichen Zeit veröffentlichten
US-Agrarexperten eines nichtstaatlichen Instituts, einen Bericht über die sogenannte Agrarreform, mit der sich Duarte immer als Freund der Armen zu tarnen versucht. Sie berichteten, daß die „Reform“ total gescheitert sei und zu einer massiven Landvertreibung der armen Bauern geführt habe („FR“, 5.2.81).

US-Botschafter abberufen

Der US-Botschafter Robert Wite, der die Carter'sche „Menschenrechts“politik mit entwickelt hatte, und der sich bei Reagan wegen seichter Kritik an der Junta schon unbeliebt gemacht hatte, wurde nun wie erwartet von seinem Amt abberufen. Auch die markigen Sprüche, die er nach Reagans Amtsantritt von sich gab (*„Wir werden es nicht dulden, daß in El Salvador Marxisten-Leninisten die Macht übernehmen“)* konnten ihn davor nicht retten. Sein Nachfolger soll angeblich Frederic Capin werden. Er ist Lateinamerika-Experte und war vorher in der Abteilung für „internationale Sicherheit“ im Kriegsministerium tätig. Davor war er Botschafter in Äthiopien. Er wurde jedoch von der äthiopischen Regierung des Landes verwiesen („SZ“, 5.2.81).

Internationale Solidarität

Spanien: Hafenarbeiter in Barcelona blockieren einen peruanischen Frachter, der 20 mit Maschinengewehren ausgerüstete Fiat-Panzerwagen an Bord hat, die für die Junta bestimmt sind. Die spanischen Transportarbeitergewerkschaften fordern die Gewerkschaften anderer Länder zu einem entsprechenden Boykott auf („SZ“, 5.2.81).

Schweden: Außenminister Ullsten empfängt FDR-Vertreter und äußert sich gegen US-Waffenlieferungen und für Verhandlungen auf Grundlage des FDR-Programms („SZ“, 5.2.).

Schweiz: Die UNO-Menschenrechtstagung wird damit eingeleitet, daß ein Demonstrant die Fahne der FMLN auf dem Dach des UNO-Gebäudes hißt („taz“, 26.1.81).

Mexiko: Die salvadorenische Botschaft ist besetzt. Die Besetzer fordern den Abbruch der diplomatischen Beziehungen und Einstellung der Öl-Lieferungen an die USA („taz“, 26.1.81).

Westberlin: 60 Mitarbeiter des Deutschen Entwicklungsdienstes protestierten in einer Resolution gegen die *„abwartende bis zustimmende Haltung“* der Bundesregierung bezüglich der US-Intervention („taz“, 26.1.81).

BRD, Hamburg: Die sehr erfolgreiche Lateinamerika-Woche endete mit einer Großveranstaltung mit über 3.000 Teilnehmern. In der Woche kamen mehr als 20.000 DM an Spenden für die FMLN zusammen.

taz: Das Solidaritätskonto der „tageszeitung“ „Waffen für El Salvador“ hat die Millionenmarke bereits weit überschritten! Also, auf zur zweiten!

USA: Die Menschenrechtsorganisation „Rat für Angelegenheiten der Hemisphäre“ verurteilt US-Waffenlieferungen und warnt vor direkter Intervention. Außerdem bezweifelt sie die Richtigkeit von Gerüchten über cubanische und nicaraguanische Unterstützung für die Guerilla.

BRD, Köln: Auf einer Uni-VV am 15.1. und einer Veranstaltung am 22.1. erklärten mehrere hundert Anwesende ihre Solidarität mit der FDR und sammelten knapp 1000 DM für das Waffenkonto der „taz“ bzw. für medizinische Hilfe.

Nürnberg: Über die erfolgreiche Lateinamerikawoche siehe nebenstehenden Bericht.

In verschiedenen Städten der BRD wurden Scheiben von Tschibo-Kaffee-Zentralen zerschlagen. In einem Fall konnten mehrere Säcke Kaffee enteignet und der Erlös ihren rechtmäßigen Besitzern zurückerstattet werden. Mehrere 1000 DM gingen auf das „taz“-Waffenkonto.

Lateinamerika-Kommission

Das 10-Punkte- Programm des neuen Heeres

Das „neue Heer“ wird folgendermaßen definiert: „es wird Ergebnis einer Vereinigung von Kräften sein - nicht der Unterordnung einer unter eine andere“.
Kern des Dokuments sind die 10 Punkt, die vereinbart werden, um die „Grundlagen für den Prozeß der Vereinheitlichung zu legen“.
1 - Das neue Heer wird unter gemeinsamer Verantwortung sowohl der patriotischen Offiziere der alten Armee als auch der Stäbe der revolutionären Streitkräfte aufgebaut.
2 - Die militärischen Ränge und Verdienste beider Seiten werden anerkannt.
3 - Schaffung einer neuen Militärschule unter folgenden Kriterien: das im revolutionären Volkskrieg erworbene Wissen und Bewußtsein, die Fähigkeiten der patriotischen Offiziere, und die Beiträge aller Militärakademien der Welt, wenn sie helfen wollen, ohne Souveränität und Unabhängigkeit zu gefährden.
4 - Neue Militärrechte
5 - Schluß mit allen Privilegien und der Korruption als System militärischer Laufbahnen.
6 - Revision der Militärverträge mit den USA, Chile, Argentinien, Venezuela, Südkorea, Nationalchina und Israel.
7 - Das neue Heer erkennt die Rolle der FMLN als Avantgarde an und unterstellt sich der demokratisch-revolutionären Regierung.
8 - Das neue Heer definiert sich als Garant des Auftrags der neuen Regierung
9 - Gerechte Verfahren gegen Offiziere, die mit der Repression verbunden waren
10 - Im weiteren Verlauf des Krieges werden die Gefangenen gerecht und nach der Genfer Konvention behandelt.

aus „taz“

Widerstand im faschistischen Chile

„Am 11. November gingen um 21.45 Uhr Ortszeit in weiten Teilen Santiagos, Valparaisos und des eleganten Vina del Mar für einige Stunden die Lichter aus. Radio und Fernsehen mußten minutenlang ihre Programme unterbrechen. Ursache war der gleichzeitige Sprengstoffanschlag auf mehrere wichtige Hochspannungsmasten in der Hauptstadtregion — laut HOY waren es insgesamt vier, laut AFP sogar sieben.

In einer Zweigniederlassung der Firma Renault in Maipu, 16 km außerhalb von Santiago, wurde es hingegen in derselben Nacht ungewöhnlich hell: Mehr als 100 auf Käufer wartende Neuwagen gingen in Flammen auf. Der Sachschaden bei den Hochspannungsmasten wurde von den Behörden mit 100.000, bei Renault vom Zweigstellenleiter mit 2 Millionen US-Dollar angegeben.

Vorausgegangen waren bereits in der ersten Novemberwoche acht Brandbombenanschläge auf Kaufhäuser und öffentliche Gebäude, wobei ebenfalls erheblicher Sachschaden entstand, Menschen jedoch nicht verletzt wurden. Am schwersten betroffen wurde das junta-eigene Luxusrestaurant Camino Real, das bis auf die Grundmauern zerstört wurde“. („Lateinamerika Nachrichten“, Dez. 1980).

In einem Brief an den Inhaber des Restaurants schrieb das Kommando
Restaurants schrieb das Kommando
„Märtyrer von Lonquen“: *„Camino Real war das Symbol des Vergnügens und der Korruption der Großbourgeoisie, während unser Volk unter dem Hunger zu leiden hat, daß Ihr Wirtschaftssystem hervorgerufen hat, es leidet unter der militärischen Repression, die Sie zur Verteidigung Ihres Reichtums eingesetzt haben. Wir teilen Ihnen mit, daß das Bezirkskommando der Milizen des Volkswiderstandes folgenden Vorschlag zu machen hat:*
1. Die unmittelbare Übergabe von 500.000 Dollar in Form von Nahrungsmitteln, Kleidung und Medizin an die Streikenden der Panal-Industrie.
2. Die unmittelbare Übergabe von 500.000 Dollar in Form von Lebensmitteln, Kleidung und Medizin an die obdachlosen Familien der Poblacion la Bandera (s. u.). Ebenfalls erwarten wir eine engagierte Stellungnahme Irerseits, indem Sie den Kindern dieser Poblacion Spielzeug zu Weihnachten mitbringen.

Sollten Sie unseren Vorschlag zurückweisen, sehen sich die Volksmilizen gezwungen, Ihren sämtlichen Reichtum zu verbrennen, sobald wir es für opportun erachten.

Die Entscheidung liegt bei Ihnen.“ („Ultimas Noticias“, 6.11.1980).

Nelson Gutierrez, Leitungsmitglied des MIR, sagte anläßlich des 15. Jahrestages des MIR in Havanna: *„Das chilenische Volk hat also eine kleine Guerilla, die schon angefangen hat zu operieren, oder, wie die Arbeiter in Chile sagen: Jetzt werden wir in Chile nicht mehr nur geschlagen, jetzt sind wir in der Lage, auch zurückzuschlagen, wir haben gelernt, auch mit Waffen umzugehen.“*

Die Bedingungen des Widerstands

Die zur Zeit besonders kämpferischen Sektoren (neben der organisierten Arbeiterklasse) des Widerstands in Chile bilden die Obdachlosen, die Bauern der südlichen Regionen, insbesondere die Mapuche-Indianer, die Frauen von Verfolgten oder Verschwundenen sowie die Universitätsstudenten.

In Chile gibt es ca. 700.000 Obdachlose, vornehmlich angesiedelt in den Elendsvierteln um die großen Ballungszentren Santiago, Concepcion und Valparaiso.

Der MIR sieht es traditionell als seine Aufgabe an, an dieser „Front“ seine Massenarbeit zu entwickeln. Neben der Aufgabe der politischen Schulung, der Organisierung von Streiks, Demonstrationen und Besetzungen, gibt es hier die schier unüberwindliche Aufgabe der Linderung des sozialen Elends. Die „Pobladores“ haben in ihren Vierteln Werkstätten für Arbeitslose errichtet, sie haben Volksküchen organisiert für hungernde Kinder und sie haben eine Kulturarbeit begonnen (vergl. „blätter iz3w“ Nr. 90).

Die Bewegung der „pobladores sin casa“ (der Obdachlosen) hat im vergangenen Jahr erfolgreiche militante Besetzungsaktionen durchführen können, die auch international publik geworden sind. So hat die Bewegung der poblacion la Bandera Landstücke, die dem Staat gehörten, besetzt und ihre Übergabe an die pobladores gefordert. Während der einsetzenden Repression wurden einige Besetzer ver-
Repression wurden einige Besetzer ver-
schleppt und verhaftet. Als daraufhin ca. 300 Familien in einen Hungerstreik traten, sah sich die Junta genötigt, die Verhafteten wieder freizulassen. Dem Hungerstreik schlossen sich sofort weitere Sektoren des Widerstands an. Gruppen der pobladores besetzten die spanische und die schwedische Botschaft, und führten einen mehrwöchigen Hungerstreik durch, der erst letzte Woche abgebrochen wurde. In der letzten Woche besetzten sie die Kathedrale von Santiago und traten erneut in den Hungerstreik.

Das solidarische Verhalten von fortschrittlichen Sektoren der Kirche unterstützte die pobladores in ihrem Kampf.

Kleinere Besetzungsaktionen fanden auch in Concepcion und Valparaiso statt.

Die gegenwärtige Agrarpolitik der Junta (sprich der „Chikago-boys“) ist ausgerichtet auf die Exportfähigkeit und in diesem Sinne „Leistungsfähigkeit“ der landwirtschaftlichen Sektoren. Dabei spielt die Frage, ob das Volk genug zu essen hat, keine Rolle. Somit werden vor allem die Großgrundbesitzer der Zentralregion Chiles von der Wirtschaftspolitik gefördert. Das führte zu einer Verarmung von mittleren und kleinen landwirtschaftlichen Einheiten, umso mehr, wenn sie

Fortsetzung nächste Seite
Fortsetzung nächste Seite



„Pobladores“ in Santiago



Für das Recht auf Wohnung

Kurze Geschichte der MLN Tupamaros/Uruguay

Freiheit für Raul Sendic und alle politischen Gefangenen

Im Lateinamerika der sechziger Jahre hatte fast jedes lateinamerikanische Land seine funktionierende Guerilla, die alle zeitweise große Erfolge zu verzeichnen hatten. Verbreitet war allerdings das Konzept der Landguerilla, wo sich die Kämpfer immer wieder in die Berge zurückziehen können und auf längere Sicht an der Organisierung der Bauern und der Erkämpfung befreiter Gebiete arbeiten sollten. Uruguay, ein kleines, weitgehend flaches Land, galt als ungünstig für den Aufbau einer Guerilla. Das Neue und die Besonderheit in den Methoden der Tupamaros lag in dem Umstand, daß sie sich auf die Stadt, auf Montevideo, konzentrierten, schon lange bevor Carlos Marighella in Brasilien das Konzept Stadtguerilla entwickelte.

Erklärtes Ziel der Tuparamos war der Kampf für den Sozialismus, der bewaffnete Angriff gegen den Staatsapparat und die herrschenden Cliquen in Abgrenzung von dem verbreiteten Reformismus der traditionellen linken Parteien. Gleichzeitig sollten ihre Aktionen der Verbreitung von Propaganda, der Unterstützung von Massenkämpfen und der armen Schichten dienen. *„Ohne die Unterstützung des Volkes ist es für die Guerilla gar nicht möglich, den Kampf aufzunehmen“* („Wir, die Tupamaros“, S. 5). Und eine solche Unterstützung haben die Tupamaros jahrelang erfahren. Durch die vorausgegangene Arbeit von Raul Sendic bei den Zuckerarbeitern des Nordwestens war von Anfang an die Verbindung zu einem kämpferischen Teil der Arbeiterbewegung Uruguays gegeben. Die MLN selber sagte, daß sie enge Verbindung bzw. direkte Mitglieder aus allen Gewerkschaften gehabt habe. Nicht umsonst wurden in Montevideo Schulen und Universitäten mehrfach von der Regierung geschlossen, um der Guerilla das „Hinterland“ zu nehmen. Trotzdem gelang es einem vom US-Imperialismus gewaltig aufgerüsteten Militär, den Tupamaros 1972 eine schwere Niederlage beizubringen, in einem Moment, wo die MLN ihre eigene Stärke zu euphorisch einschätzte.

Aktionen der Tupamaros

Ab Januar 1963 fanden die ersten Aktionen der Tupamaros zur Waffenbeschaffung statt. Weihnachten 1963 wurden die ersten Lastwagen großer Lebensmittelfirmen überfallen und die Beute in den Elendsvierteln verteilt. Die Gruppe bestand aus einem Kern weniger Leute, neben Intellektuellen auch Zuckerarbeiter aus dem Nordwesten, unter denen Raul Sendic jahrelang gearbeitet hatte (vergl. dazu AK 194). Zwei erste Banküberfälle scheiterten, die Gruppe wurde von den Sicherheitskräften verfolgt und hielt sich ungefähr ein Jahr lang zurück, um sich vorzubereiten und Kräfte zu sammeln.

Ab Mitte 1965 fanden dann die ersten spektakulären Aktionen der MLN Tupamaros (Nationale Befreiungsbewegung, Tupamaros) statt. Der Name geht auf den Indianerführer Tupac Amaru zurück, der 1780/81 einen der größten Indianeraufstände gegen die spanischen Eroberer in Peru geleitet hatte; nach der Niederlage wurde er in Cuzco öffentlich gevierteilt und galt seitdem als Symbol der lateinamerikanischen Freiheitsbewegung. Tupamaros nannten sich auch die Kämpfer des Nationalhelden Jose Gervasio Artigas, der Anfang des 19. Jahrhunderts in Lateinamerika nicht nur den Kampf um die nationale, sondern auch um die soziale Befreiung anführte, indem er für eine Landreform eintrat. Insofern ist der Name Tupamaros ein Programm. Die Guerilla verstand sich als Arm der sozialen Revolution und betonte zugleich den Bezug zur eigenen nicht-europäischen Geschichte und Tradition.

Die MLN Tupamaros arbeiteten nach einem gemeinsamen Reglement, das aktive Zellen von bewaffneten Kämpfern und Unterstützergruppen am Rande der Organisation vorsah. Alle Zellen waren strikt voneinander getrennt, ohne Kenntnis voneinander, um größtmöglichen Schutz für die Organisation bei Verfolgung, Verhaftungen und Folter zu gewährleisten. Trotzdem gab es recht weitgehende innerorganisatorische Demokratie, Beschlüsse der Leitung wurden den Zellen als Vorschlag vorgelegt und zur Abstimmung gestellt. Schriftliche Stellungnahmen, Kritik etc. zu Beschlüssen oder durchgeführten Aktionen wurden gefordert. Man sprach von „strategischem Zentralismus“ und „taktischer Autonomie“ der Zellen. Weiterer Grundsatz des Reglements war, bei allen Aktionen, niemanden aus der Bevölkerung zu gefährden, bei Sabotageakten (z. B. in Fabriken) möglichst keine Arbeitsplätze zu vernichten und bei Enteignungsaktionen den Schaden zu vergüten, der möglicherweise „kleinen Leuten“ dabei entstehen könnte.

1965 wurde eine Bombe in der BRD-Firma Bayer gelegt und in der ganzen Stadt wurden Flugblätter verbreitet, die den Anschlag erläuterten: Dieses „Nazi-Unternehmen“ habe Giftgas für Vietnam geliefert.

1966 gab es eine Kette erfolgreicher Enteignungen in Form von Banküberfällen; es wurden Waffen beschafft und Polizeiuniformen in großen Mengen geklaut, die dann bei verschiedenen Aktionen eingesetzt wurden. Ende und Polizeiuniformen in großen Mengen geklaut, die dann bei verschiedenen Aktionen eingesetzt wurden. Ende 1966 und 1967 gab es eine Reihe von Rückschlägen, es gab Verhaftungen, wichtige Einrichtungen der Infrastruktur, wie eine Druckerei, ein Ausbildungszentrum in einem Jugendclub und ähnliches wurden entdeckt. Die wirtschaftliche Krise spitzte sich zu und der Reaktionär Pacheco kam als Nachfolger des verstorbenen Präsidenten an die Regierung. Die Tupamaros vermerkten es als große Schwäche, daß sie ausgerechnet in dieser Zeit nicht voll handlungsfähig waren. Diese Zeit des Rückzugs konnte aber wiederum zum Ausbau der Infrastruktur, zur Anwerbung und Ausbildung neuer Mitglieder genutzt werden. 1968 fand außer weiteren Banküberfällen die erste Entführung statt. Gut vorbereitet wurde der Chef der staatlichen Elektrizitätsgesellschaft, der bei den Arbeitern besonders verhaßt war, entführt. Die Linke, auch in den Gewerkschaften, war schon vor der Aktion auf eine mögliche Verschärfung der Repression hingewiesen worden. Nach vier Tagen wurde die Geisel freigelassen, weil die Tupamaros fürchteten, daß ihr erstes Volksgefängnis entdeckt werden und damit die ganze Organisation gefährdet werden könnte. Der Erfolg bestand darin, daß die Aktion überhaupt erfolgreich durchführbar gewesen war und Schlagzeilen gemacht hatte.

Im Februar 1969 wurde das Spielcasino des Badeortes Punta del Este ausgeraubt und die größte Beute in der Geschichte Uruguays gemacht, 56 Mio. Pesos (damals etwa 1 Mio. DM). Als bekannt wurde, daß bei dieser Enteignung auch Einlagen des Personals geklaut worden waren, wurde dieses Geld zurückerstattet. Nach einer anderen Version erstattete die Regierung selber den Angestellten ihre Gelder, um den Tupamaros keinen Propagandaerfolg zu verschaffen.

Einen politischen Skandal größten Ausmaßes löste der Einbruch der Tupamaros im Finanzinstitut Monthy aus. Außer Geld wurden die Kontobücher enteignet, die einen Wust von Betrug, Unterschlagung und Steuerhinterziehung aufdeckten. Bezeichnend ist, daß die Firma den Diebstahl von sich aus nicht anzeigte, die Tupamaros spielten ihr heißes Material selber der Presse und der Justiz zu, die Verwicklung des Landwirtschaftsministers in die Affäre wurde offenbar, und er mußte zurücktreten.

Am 22. Mai wurde das Marine-Ausbildungszentrum überfallen, die anwesenden 600 Soldaten und Offiziere wurden zunächst auf dem Kasernenhof über die Ziele der Tupamaros aufgeklärt, dann wurden sie eingesperrt, und das Tupamaro-Kommando verschwand mit reichlicher Beute an Waffen.

Am 8. Oktober 1969 folgte die „Operation Pando“. Pando ist eine kleine Stadt von etwa 15.000 Einwohnern 30 km von Montevideo. In einer großangelegten Aktion sollten die offiziellen Stellen Polizei, Feuerwache etc. besetzt und die Banken ausgeraubt werden. Die Aktion gelang inklusive der Besetzungen, aber auf dem Rückzug kam es zu mehreren Pannen. In Schießereien mit der Polizei wurden mehrere Genossen verwundet, verhaftet und getötet. Es hatte sich damit als sehr schwierig erwiesen, den Aktions- mehrere Genossen verwundet, verhaftet und getötet. Es hatte sich damit als sehr schwierig erwiesen, den Aktions- radius der Tupamaros über Montevideo hinaus zu erweitern.

1970 wurden zum dritten Todestag von Che Guevara zahlreiche Anschläge auf US-Firmen verübt (Coca Cola, ITT und andere). Im Juli 1970 gelang in einer großangelegten Aktion die gleichzeitige Entführung des brasilianischen Konsuls, des nordamerikanischen Vizekonsuls und des US-Bürgers Dan Mitrione, Folterspezialist und Ausbilder in Uruguay. Die Tupamaros forderten die Freilassung aller politischen Gefangenen (damals etwa 150) und ihre Ausreise nach Algerien, Peru oder Mexiko. Die Regierung lehnte jegliche Verhandlung ab und verbot der Presse und dem Rundfunk nicht nur, die Bezeichnung „Tupamaros“ zu benutzen, sondern auch Wörter wie „Kommando“, „Extremist“, „politischer oder ideologischer Verbrecher“. Die Journalisten erfanden in dieser Zeit einen neuen Namen für die Tupamaros, indem sie von den „Unnennbaren“ berichteten. Dan Mitrione wurde nach einigem Zögern getötet, als die Regierung sich zu keinerlei Kompromiß bereit zeigte.

1971 wurde nach dem Vorbild der chilenischen Unidad Popular die Frente Amplio gebildet, um sich an den Wahlen zu beteiligen. Die Tupamaros schätzten die Erfolgschancen der Frente skeptisch ein und kritisierten das Vertrauen in den parlamentarischen Weg, das sich darin ausdrückte. Sie betonten die Notwendigkeit des bewaffneten Kampfes, ohne sich aber in bewaffneten Aktionen gegen die Wahlen zu wenden. Vielmehr betrachteten sie die Frente Amplio als Mittel zur Mobilisierung und Vereinheitlichung der Massen und standen ihr mit kritischer Unterstützung gegenüber. Die KP ihrerseits, als eine tragende Kraft der Frente Amplio, respektierte den Kampf der Tupamaros und vertrat damals noch nicht die vernichtende Kritik am bewaffneten Kampf der „ungeduldigen Kleinbürger“, wie sie dies später tat.

Während der ganzen Jahre hatte es immer wieder Verhaftungen gegeben, ohne daß dadurch die Organisation der Tupamaros im Kern hätte angeschlagen werden können. Die gesamte Infrastruktur und das Unterstützernetz der Organisation war so stark und solide entwickelt worden, daß Entführte teilweise in unterirdischen Volksgefängnissen ein Jahr und länger ohne Entdeckung festgehalten werden konnten.

Es gab außer dem kleinen Ausschnitt hier beschriebener Aktionen mehrere erfolgreiche Gefangenenbefreiungen, Entführungen von Firmenchefs von Firmen, in denen gerade gestreikt wurde, um die Forderungen der Arbeiter zu unterstützen, Sabotageaktionen, Enteignungen usw.

Niederlage durch das Militär

Die Vielzahl erfolgreicher Aktionen und die große Zustimmung in weiten Teilen der Bevölkerung bewirkten bei den Tupamaros eine Überschätzung ihrer Kräfte, während die Aufrüstung und spezielle Ausbildung des Militärs den Tupamaros eine Überschätzung ihrer Kräfte, während die Aufrüstung und spezielle Ausbildung des Militärs nicht ausreichend beachtet wurde. So schrieben die Tupamaros 1969, daß die Gefangennahme eines italienischen Faschisten allein schon genüge, um *„die politische Konjunktur zu beeinflussen und den staatlichen Unterdrückungsapparat in seinen Aktionen zu bremsen“* („Wir, die Tupamaros“, S. 94). So geht auch aus den Berichten der Tupamaros z. B. über die „Operation Pando“ hervor, daß sie unvorbereitet und regelrecht überrascht waren von der Brutalität, die von den Sicherheitskräften ausging.

Die offene Folter an verhafteten Genossen, Ermordung von Kämpfern, die sich ergeben hatten, keinerlei Hilfe für Verletzte, all dies war im (für lateinamerikanische Verhältnisse) bis dahin relativ demokratischen Uruguay neu.

1972 nach der Wahlniederlage der Frente Amplio, als sich die rechten Kräfte gestärkt fühlten, wurde der Kampf gegen die Tupamaros offiziell den Militärs übertragen. Dieses Militär war nicht mehr vergleichbar mit dem, als die Tupamaros ihren Kampf begonnen hatten. Es war vielmehr jahrelang mit US-Hilfe aufgerüstet und in speziellem Antiguerillakampf ausgebildet worden. Mit systematischer Folter, mit dem Einsatz von Drogen (bekannt ist das lähmende Curare-Gift) wurden die Informationen zum Kampf gegen die Tupamaros beschafft. Die allgemein verschärfte Repression gegen die Arbeiterbewegung, gegen die Studenten etc. verringerte den Rückhalt der Guerilla in den Massen. 1972, also schon ein Jahr vor dem Putsch der Militärs, waren die Tupamaros weitgehend geschlagen. In ihrer Selbstkritik, die sie nach einem Jahr des Schweigens 1973 veröffentlichten, heißt es: *„Unsere Fehler: Einerseits unterschätzten wir den Gegner, der sehr viel mächtiger war, als wir meinten, besonders was die technische und finanzielle Hilfe der Nordamerikaner anging. Andererseits schätzten wir in dieser Konfrontation die ungeahnten Kräfte des Volkes nicht richtig ein — wir hatten übertriebenes Vertrauen in unsere eigenen Kräfte“* („Wir, die Tupamaros“, S. 3).

(Informationen über die Tupamaros
(„Wir, die Tupamaros“, S. 3).

(Informationen über die Tupamaros aus:
- F.R. Alleman „Macht und Ohnmacht der Guerilla“, München 1974
- Alain Labrousse „Les Tupamaros“, Paris 1971
- „Wir, die Tupamaros“, Westberlin 1974
- H. Gebhardt „Guerillas: Schicksalsfrage für den Westen“, Stuttgart 1971).

(Der Artikel wird fortgesetzt mit einigen Thesen zur Entwicklung und Bedeutung der Guerilla in Lateinamerika und zur Auseinandersetzung mit den diversen Kritikern der Guerilla.)

Sorge um inhaftierte Tupamaro

Der Gesundheitszustand des seit über acht Jahren im Gefängnis sitzenden Raoul Sendic, einem Gründer der Befreiungsorganisation „Tupamaro“ in Uruguay, gibt Anlaß zu ernster Beunruhigung. Seine Familie in Paris ließ am Montag wissen, der bei seiner Verhaftung am 1.9. 1972 in Montevideo schwer verletzte Oppositionspolitiker leide in der Folge von Folterungen seit mehreren Jahren an einem Nierenbruch, der weder operiert, noch sonst auf ärztliche Weise behandelt worden sei. Außerdem werde ihm das Recht auf die Wahl eines eigenen Anwaltes verweigert. Unter Mißachtung des urugayischen Gesetzes habe bisher auch kein von der Familie benannter Arzt den Inhaftierten aufsuchen dürfen. (afp)

aus „taz“, 4.2.81

Spendenkonto für den Widerstand in Uruguay und den Prozeß gegen Raul Sendic:
Cta central de Finanzas
Bank Brüssel Lambert
Afd. Sint Niklaas
Konto Nr. 393 0054 447 22
Gabriel Coll

Fortsetzung von vorheriger Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

weit ab vom Zentrum des Landes lagen. Besonders die Mapuche-Indianer gehören zu den radikalisierten Bauernschichten, denen die Junta Land weggenommen hat, was sie von der Allende-Regierung gerade erst bekommen hatten. Viele Bauern müssen sich heute auf ihrem ehemaligen Land als Tagelöhner des Großgrundbesitzers verdingen. Auch dieser Sektor ist eine traditionelle Front der Arbeit des MIR.

Hier ist es zu verschiedenen militanten Widerstandsaktionen gekommen, u. a. zu symbolischen Landbesetzungsaktionen.

Der chilenische Hochschulsektor ist wohl der Bereich der Gesellschaft, den die Pinochet-Gorillas während ihrer ganzen Amtszeit am wenigsten unter Kontrolle bekommen haben. Dies, obwohl mehrfache „Säuberungen“ von „subversiven Elementen“ des Hochschulbereiches stattgefunden haben, trotz unerschwinglicher Studiengebühren für Kinder aus der Arbeiterklasse, trotz totaler Verschulung und Militarisierung des Universitätslebens und hoher Strafen für oppositionelle Studenten. Aber selbst die juntatreue Zeitung „Mercurio“ mußte erkennen, daß *„Wissenschaftliche Entfaltung nicht vereinbar mit einem Klima von Mißtrauen, Spionieren oder rigiden Kontrollen ist“* („Mercurio“, 30.11.80). Das Patentrezept auch hier: die Privatisierung.

In einem Dekret vom 2. Januar 1981 wird die Privatisierung von 60 bisher staatlichen Studiengängen verfügt, die in Zukunft nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage auf dem freien Markt der Studiengebühren an privaten Universitäten wahrgenommen werden können. Voraussetzung natürlich: Das betreffende Privatinstitut muß hier ein genügend lukratives Geschäft wittern. Was das beispielsweise für den chilenischen Erziehungssektor bedeutet, ist kaum auszudenken.

Lateinamerika-Kommission

Lateinamerikawoche in Nürnberg

Vom 25. - 30.1.81 führte das Lateinamerikakomitee in Zusammenarbeit mit der ESG, dem Bildungszentrum und der „Kooperation Schule und Freizeit“ eine Lateinamerikawoche durch, mit deren Erfolg selbst die Veranstalter nicht gerechnet hatten.

– Für den 25.1. stand der Film „Im Schatten der Revolution“, ergänzt durch Beiträge zur aktuellen Situation in El Salvador auf dem Programm. Der nicht erwartete Ansturm von über 400 Interessierten erforderte die Verlegung in einen größeren Saal. Eine Sammlung am Ende der Veranstaltung schlug mit 1.250 DM für das Volk von El Salvador zu Buche.

– Am 26.1. standen die Beziehungen zwischen der BRD und Argentinien im Mittelpunkt eines Referats, das Osvaldo Bayer (ein in der BRD im Exil lebender Argentinier) mit vielen Fakten gespickt, vor rund 150 Leuten hielt. Den in Berlin lebenden Journalisten überraschte das große Interesse an seinem Land in Nürnberg, „in Berlin wäre so etwas nicht möglich“.

– Der 27.1. stand unter dem Thema Kuba. Detlef Ziegert von con-Verlag in Bremen versuchte, in seinen Ausführungen vor allem die Ressentiments der Linken gegenüber Kuba abzubauen.

Etliche der rund 300 Besucher hätten darüber hinaus gern mehr über die inneren Widersprüche auf Kuba und die Bedrohung durch den US-Imperialismus gehört. Gerade bei der Darstellung eines Landes wie Kuba ist es jedoch sehr schwierig, auf einer Veranstaltung allen Ansprüchen gerecht zu werden, da auch die Vorinformationen sehr unterschiedlich sind.

– Die gleiche Anzahl Besucher informierte sich am 28.1. über die Situation des Widerstands gegen die Militärdiktatur in Chile.

Eine Vertreterin des MIR und ein Vertreter der „Christlichen Linken“ stellten die von ihnen entwickelten Positionen vor. Dabei konnte die Vertreterin des MIR eindeutig mehr Sympathien durch ihren kämpferischen Bericht über den derzeit wieder erstarkenden Widerstand gewinnen.

– Am 29.1. wurde das von der Theatergruppe des Lateinamerikakomitees in Anlehnung an ein Stück der „Roten Rübe“ inszenierte Theaterstück „Terror“ vor 500 Besuchern uraufgeführt.

Trotz fortgeschrittener Zeit setzten sich danach noch gut 50 Leute zusammen, um über die „Strategie der Sozialdemokratie in Lateinamerika“ zu diskutieren.

Stefan Saarbach vom FDCL, der für diesen Abend eingeladen war, erwies sich als Kenner der Materie und vor allem seine unkonventionelle Vortragsweise machten diese Veranstaltung zu einer Bereicherung der sonst länderspezifisch konzipierten Woche.

– Zum Abschluß der Woche fand am 30.1. ein „Carneval Latino Americano“ statt, auf dem 700 Besucher dafür sorgten, daß knapp 3.000 DM Überschuß für den Widerstand in Bolivien und El Salvador überwiesen werden können.

Da auf jeder Veranstaltung Karten für die Frankfurter Demonstration verkauft wurden, starteten am Samstagmorgen 2 Busse aus Nürnberg. Ein Beispiel für internationale Solidarität gaben dabei die Genossen der „Proletarischen Solidarität“ aus der Türkei, die 40 Genossen hoch (leider keine Genossinnen) mitfuhren und die außerdem im Lateinamerikakomitee mitarbeiten.

Insgesamt wird die Woche von den Veranstaltern als voller Erfolg eingeschätzt.

Neben dem wiedererwachten Interesse am Internationalismus haben sicher die gute Mobilisierung durch Flugblätter und Plakate und die bisherigen Aktivitäten des Komitees beigetragen.

Stände und Veranstaltungen zu Bolivien und El Salvador, eine Kundgebung und Demonstration für El Salvador und auch eine Spendenkampagne, die bei Kneipen- und anderen Sammlungen bereits mehrere Tausend DM für „Waffen für El Salvador“ zusammengebracht hat, haben das Lateinamerikakomitee bereits vor dieser Lateinamerikawoche bekannt gemacht.

Bl./Nürnberg

Namibia-Konferenz gescheitert — Südafrika setzt auf militärische »Lösung«

Die vernichtende Wahlniederlage Muzorewas in Zimbabwe wirft ihren Schatten auch auf den Namibia-Konflikt. Eine Wiederholung der gleichen Prozedur in Namibia würde ohne Zweifel die SWAPO als den überragenden Gewinner zur politischen Macht verhelfen. Da zudem eine existenzielle militärische und wirtschaftliche Schwächung der Rassisten noch nicht erfolgt ist (wenngleich die Aktivitäten der SWAPO ausgedehnt werden konnten), standen die diesjährigen Verhandlungen in Genf (7.-14.1.81) unter keinem guten Stern. Eine harte, geradezu provokative Konferenzstrategie der Rassisten (fast gleichzeitig fanden neue Überfälle auf Südangola statt!) ließ die Verhandlungen platzen, ohne daß sie zum Kernpunkt vorgestoßen wären: dem von der UNO und den imperialistischen Mächten USA, BRD, Frankreich, Kanada und England (die sogenannte Kontaktgruppe) ausgearbeitete Plan für eine „friedliche Lösung", d.h. Wahlen unter UNO-Aufsicht. Die „Kontaktgruppe" ihrerseits nutzt die jahrelangen Verhandlungen (bereits 1978 hatte sie einen Lösungsvorschlag vorgelegt), um damit den Ruf nach einschneidenden Sanktionen zu unterlaufen, Südafrika die Chance zu geben, sich verhandlungswillig zu präsentieren, sich selbst in relative Distanz zu dem weltweit geächteten Regime zu bringen (mit Blick auf Schwarzafrika und die Dritte Welt) und die „internen" Marionetten als Verhandlungspartner langfristig aufzuwerten. Nur eine „vermittelnde" Position ermöglicht den politischen Kontakt und Einflußnahme auf alle Kontrahenten, speziell auf die SWAPO und die Frontstaaten.

Da Südafrika von der Kontaktgruppe beileibe keinen Druck zu erwarten hat, sondern stattdessen in die Segnungen der wirtschaftlichen und (nuklear)militärischen Zusammenarbeit kommt, hat Südafrika von dieser Seite (gegenwärtig) nichts zu befürchten, wenn es die Verhandlungen zum Platzen bringt. Die Identität der strategischen Interessen ist zu offenkundig und nicht zuletzt hat die Wahl Reagans auf Südafrikas kompromißlose Haltung zusätzlich verstärkend gewirkt.

Mit der erwarteten verstärkten US-Unterstützung im Rücken haben die Rassisten in Genf eine glasharte Propagandashow hingelegt, mit dem alleinigen Ziel, die DTA (Demokratische Turnhallenallianz) — ihre Marionettenpartei — ins internationale poli-

tenpartei — ins internationale poli-

tische Geschäft zu bringen und mit ihr die UNO-Resolution, die die SWAPO zur alleinigen Vertreterin des namibischen Volkes erklärt, zu unterlaufen. Solange der SWAPO dieser Vertretungsanspruch nicht genommen wird, so ist das Motto, haben „technische" Waffenstillstandsverhandlungen keine Chance überhaupt diskutiert zu werden. Die DTA, als formeller Bestandteil der RSA-Delegation trotzdem in voller Delegationsstärke erschienen, führte während der gesamten Genfer Konferenz das große — oft beleidigende — Wort, während sich die zwei RSA-Vertreter betont zurückhielten. Der DTA-Chef und Multi-Millionär Dirk Mudge forderte die völlige Gleichstellung seiner Partei mit der Swapo in der UNO, „Neutralisierung" der SWAPO in der UNO, Rederecht vor der Generalversammlung, Zugang zu allen Institutionen der UNO und Finanzierung durch die Weltorganisation. Gleichzeitig wurde die SWAPO als totalitäre, undemokratische, diktatorische kommunistische Organisation eines Stammes, der Ovambo beschimpft. Zu einer Auseinandersetzung über den UNO-Plan kam es daher nicht, obwohl die SWAPO von vornherein ihr Einverständnis erklärt hatte und ihre Konferenzteilnahme allein damit begründete, die Resolution 435 des UN-Sicherheitsrats von 1978 (Entsendung einer UNO-Truppe und Wahlen) in Kraft treten zu lassen. Die DTA wurde von ihr wie Luft behandelt, und erst mit einem Schlußbeitrag ergriff die SWAPO erstmalig während der gesamten Konferenz das Wort.

Fröhliche Gesichter in Südafrika

Wenige Tage nach der Konferenz hatten der südafrikanische Außenminister R.Botha sowie der südafrikanische Generaladministrator für Namibia D.Hough zu verstehen gegeben, daß sie die „Situation neu überdenken", also Zeit gewinnen wollen. Der Außenminister sprach von einem „Erfolg" der Konferenz für Südafrika und für die DTA, da diese zum ersten Mal vor einem internationalen Forum ihre Ansichten hätten darlegen können („SZ", 21.1.81). Die DTA will nach eigenen Worten eine „eigene Lösung" anstreben. Bereits 1978 hatte die RSA in Namibia „interne Wahlen" abgehalten, bei denen die DTA als (vorprogrammierter) Sieger hervorgegangen war. Im Mai 1979 wurde die „Nationalversammlung" von Pretorias Generaladministrator in Windhuk mit begrenzten gesetzgeberischen Vollmachten ausgestattet und im Sommer vergangenen Jahres entstand mit der Berufung eines zwölfköpfigen „Ministerrats" eine interne namibische Pseudo-Regierung, deren Handlungsspielraum durch das Vetorecht des südafrikanischen Generaladministrators und den 75000 südafrikanischen

südafrikanischen Generaladministrators und den 75000 südafrikanischen

Soldaten bestimmt wird.

Druck auf die SWAPO

Es entspricht der langjährigen Erfahrung der Namibia-Verhandlungen, daß die einflußreiche imperialistische Kontaktgruppe nach dem jeweiligen Scheitern von Verhandlungen versucht, die Forderungen Südafrikas gegenüber SWAPO und UNO durchzudrücken. Zwar kommt auch Außenminister Genscher nicht umhin, Südafrika für das Scheitern der jüngsten Konferenz verantwortlich zu machen, doch in welche Richtung der Zug nach dem Willen der westlichen „Vermittler" rollen soll, dokumentiert die bürgerliche internationale Presse. Wir haben einen beispielhaften Kommentar der „Neuen Züricher Presse" herausgegriffen: *„Die fünf Westmächte — die Vereinigten Staaten, die BRD, Frankreich, GB und Kanada – schlagen vor, daß einerseits* **die UNO die Anerkennung der SWAPO als einzig legitime Vertretung des namibischen Volkes zurücknimmt und ihre Finanzhilfe an sie einstellt,** *wie das die DTA noch am Freitag gefordert hatte. Dafür sollen Südafrika und der von ihr gestützte gemischtrassige Ministerrat und die DTA andererseits einem Waffenstillstand zu einem vereinbarten Zeitpunkt zustimmen, so daß die einstige deutsche Kolonie bis zum Ende des Jahres in die Unabhängigkeit entlassen werden könnte."*

Ähnlich kommentiert die „Süddeutsche Zeitung" (15.1.): *„In erster Linie ist die UNO selbst daran schuld, daß sie sich nun in einer Sackgasse befindet* **Die Guerillabewegung SWAPO als ‚alleinige und authentische Vertretung des namibischen Volkes' anzuerkennen, war ein entscheidender Fehler. Es gibt überhaupt kein namibisches Volk,** *sondern weiße Siedler und ein paar schwarze Stämme, unter denen die Ovambos, aus denen sich die SWAPO rekrutiert, mit Abstand der größte ist".*

Während die SWAPO bereit ist, n a c h einem Waffenstillstand gleichberechtigt mit der DTA zu konkurrieren, fordert die DTA die Aberkennung des besonderen Status der SWAPO v o r den Verhandlungen, um einen Waffenstillstand. Sollten dann diese Verhandlungen scheitern und eine „interne Lösung" realisiert werden, was absehbar wäre, könnte sich die DTA relativ leicht die begehrte internationale Anerkennung verschaffen. Würde die UNO der SWAPO ihren besonderen Status nehmen, würde damit indirekt dem Rassistenregime überlassen, einen „geeigneten" Nachfolger zu bestimmen.

Krieg gegen die SWAPO und Angola

Noch während der Genfer Konferenz zeigte sich der südafrikanische General Geldenhuys zuversichtlich, daß die SWAPO den Krieg schließlich verlieren würde: *„Zeit ist neutral. Und wir werden sie nutzen"* („FAZ", 17.1.81). Vier Tage nach der Genfer Konferenz haben erneut südafrikanische Truppen Südangola angegriffen. Dabei konnten drei südafrikanische Hubschrauber und ein Bomber abgeschossen werden („New York Times", 22.1.81). Vom Mai bis Ende August 1980 unternahm Südafrika ausgedehnte militärische Operationen in Angola, die in ihrer Brutalität den Kassinga-Massakern vom Mai 78 und in ihrer Ausgedehntheit (500 km ins Landesinnere) nahezu der Invasion von 1976 entsprachen. Zusätzlich zu den 75000 südafrikanischen Soldaten, die sich auf ca. 85 Stützpunkte (40 unmittelbar an der Grenze zu Angola, der Rest in der „Operationszone" im Ovamboland) in Namibia verteilen, sind erste Marineeinheiten ins Grenzgebiet gesandt worden, die ein spezielles Anti-Guerillaprogramm absolviert haben. Parallel wird die „südwestafrikanische Territorialstreitmacht" (SWATF) mit

Parallel wird die „südwestafrikanische Territorialstreitmacht" (SWATF) mit

zunächst sechs „ethnischen" Bataillonen aufgebaut, die der Marionettenregierung mit einem eigenen Hauptquartier untersteht (vor 1979 waren die Verbände in die südafrikanische Armee integriert). Die Soldaten der SWATF dienen regelmäßig den südafrikanischen Truppen als Späher, da sie sich in ihrem Gebiet besonders gut auskennen („NZZ", 18.12.80). General Geldenhuys strebt an, die namibische Armee bis 1984 auf die Stärke der angolanischen anzuheben („NZZ", 30.8.80).

Der angolanische Außenminister Paolo Jorge nahm kürzlich zu den permanenten Angriffen auf die Volksrepublik Angola Stellung: *„Die Südafrikaner versuchen ihre Angriffe damit zu legitimieren, daß sie sagen, sie wollten die SWAPO-Basen zerstören. Aber was Südafrika bisher getan hat, galt nicht der SWAPO, sondern der Zerstörung unseres Landes und unseres Volkes. Wenn sie unsere ökonomischen Einrichtungen, unsere Brücken, Straßen und Eisenbahnen zerstören und unsere Dörfer angreifen, so meinen wir, daß sie uns entscheidend zu schwächen versuchen. Sie wollen ein Potential der Destabilisierung unseres politischen Systems und unseres Landes schaffen, Unruhe unter der Bevölkerung in den Grenzgebieten provozieren und uns damit veranlassen, die SWAPO nicht mehr zu unterstützen. Trotz unseren Verlusten an Leben und ökonomischen Verlusten in Höhe von 7 Milliarden Dollar seit 1975 werden wir die Unterstützung fortsetzen"* („Guardian", 19.1.81).

Neuer Auftrieb für Sanktionen?

Während die westliche Seite eine systematische Aushöhlung der SWAPO-Positionen fortsetzt, kontern sowohl die Frontstaaten als auch die SWAPO mit der Forderung, endlich die längst fälligen Wirtschaftssanktionen gegen die RSA zu verhängen. Weitere Verhandlungen seien z.Zt. sinnlos. Nujoma sagte nach der Konferenz, die SWAPO werde jetzt zu ihren Operationsbasen zurückkehren und den militärischen und politischen Kampf gegen den Feind fortsetzen. Eine Delegation werde nach New York reisen und vor der UNO-Vollversammlung angemessene Maßnahmen, z.B. die Verhängung von Wirtschaftssanktionen, verlangen. Es wird für die Imperialisten noch schwieriger als zuvor werden, ein — absehbares — Veto „glaubhaft" einzulegen (abgesehen davon, daß sie sich wohl kaum ernsthaft daran halten würden).

Allein der BRD-Import von RSA-Kohle soll bis 1985 verdoppelt werden. Die westdeutschen Ausfuhren nach Südafrika haben sich in den ersten 10 Monaten des vergangenen Jahres um 40,7% auf über 4 Milliarden DM erhöht. Die BRD ist wichtigster Warenlieferant für Südafrika. Und das verbindet . . .

verbindet . . .

Afrika-Kommission



RSA-Soldaten in Windhuk



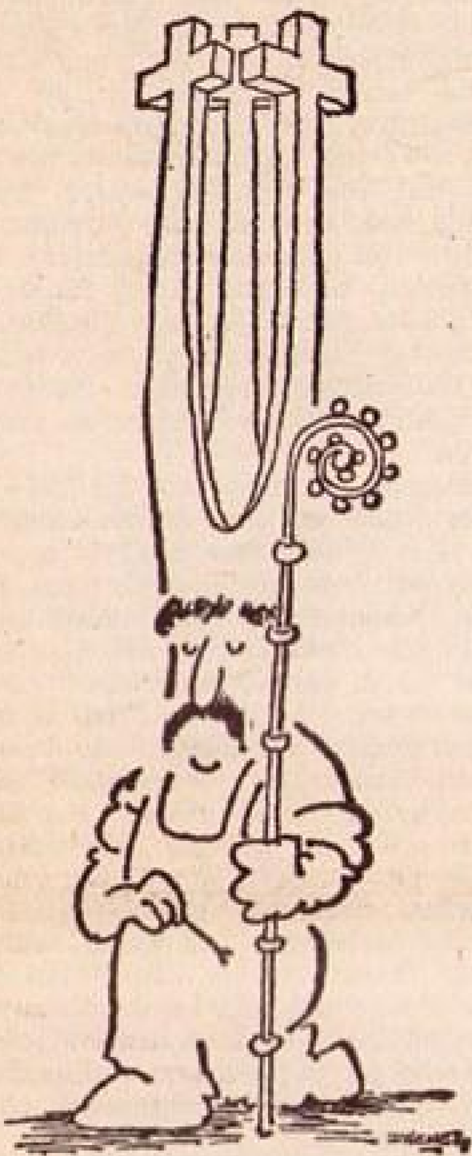
1977 SWAPO pub

Der UNO-Plan für Namibia

– Im März Waffenstillstand zwischen den von Südafrika geführten Einheiten und der SWAPO;
– Schaffung einer 50 Kilometer breiten, entmilitarisierten Zone auf jeder Seite der namibischen Grenze mit Sambia und der mit Angola;
– Verringerung der südafrikanischen Truppen auf 15.000 innerhalb von 3 Monaten nach dem Waffenstillstand;
– Entsendung einer 7.500 Mann starken UNO-Übergangstruppe (UNTAG) unter Leitung des indischen Generals P. Chand;
– Einsetzung einer Übergangsverwaltung unter Leitung des UNO-Sonderbeauftragten für Namibia, M. Ahtisaari;
– im Juni 1981 Beginn einer viermonatigen Vorbereitung der Verfassungsgebenden Versammlung unter UNO-Aufsicht;
– Parlamentswahlen im Oktober 1981, nach Bekanntgabe der Wahlergebnisse unmittelbarer Abzug der letzten südafrikanischen Einheiten;
– Freilassung aller politischen Gefangenen, Entwaffnung der verbleibenden Kampfeinheiten;
– Verfassungsentwurf und Aufstellung der ersten unabhängigen Regierung Namibias („SZ", 9.1.81).

Polen: »Chaos und Anarchie«?

Nach dem relativ ruhigen Dezember nahmen seit Anfang Januar die Konflikte in Polen wieder zu. Im Mittelpunkt der Auseinandersetzung standen die Durchführung des Danziger Abkommens und die Zulassung einer Gewerkschaft der Bauern und Landarbeiter („Land-Solidarität"). Am 22.12.80 hatte die Regierung einen Vorschlag zur Arbeitszeitverkürzung präsentiert: Die 5-Tage-Woche sollte schrittweise bis 1985 eingeführt werden, d.h. für 1981 entweder jeden zweiten Samstag arbeiten oder täglich 8 1/2 Stunden. Walesa bezeichnete den Vorschlag als unannehmbar und der Landeskoordinationsausschuß, von „Solidarnosc" (LKA) erklärte, bis zu einer Einigung zwischen Regierung und Gewerkschaft seien a l l e Samstage als arbeitsfrei zu betrachten. Nach erfolglosen Verhandlungen zwischen Walesa und Jagielski rief der LKA für den 10. Januar den Streik in ganz Polen aus.



(Dessin de CHENEZ.)

aus: „Le Monde"

Das Danziger Abkommen verpflichtet die Regierung eindeutig n i c h t dazu, 1981 bereits die 40-Stunden-Woche einzuführen; dort hieß es lediglich: *„Bis zum 31. Dezember 1980 werden die Prinzipien und die Art und Weise zur Verwirklichung der Programme für die Einführung von bezahlten arbeitsfreien Samstagen oder einem anderen Modus (der) Arbeitszeitverkürzung ausgearbeitet und vorgelegt. Dieses Programm wird eine größere Anzahl an bezahlten Samstagen bereits 1981 enthalten"* (Punkt 21). Der Regierungs v o r s c h l a g verstößt also nicht gegen das Abkommen. Wohl aber das V o r g e h e n der Regierung, denn Punkt 1/5 verpflichtet sie eindeutig, a l l e die Arbeiter betreffenden Gesetze der Gewerkschaft vorzulegen und mit dieser eine Einigung zu erzielen. Die Regierung dagegen versuchte, die „Solidarnosc" vor vollendete Tatsachen zu stellen und provozierte damit den jetzigen Machtkampf. „Solidarnosc" sieht sich durch dieses Vorgehen generell in Frage gestellt: *„Wir stellen fest: Die einseitige, willkürliche Entscheidung der Regierung wird von 'Solidarnosc' als Versuch aufgefaßt, sich mit der Gesellschaft über die Köpfe von 'Solidarnosc' hinweg zu verständigen"* (FAZ, 31.1.81).

Darum gab die Gewerkschaft nicht nach, obwohl sie die wirtschaftlichen Argumente der polnischen Regierung teilweise öffentlich anerkannte und selbst die Unmöglichkeit der sofortigen Einführung der 40-Stunden-Woche konstatierte. Diese Haltung hat allerdings einige Verwirrung gestiftet. Bei dem Streik am 10. Januar zeigte sich, daß die Regierungspropaganda teilweise verfangen hatte.

Die polnische Regierung räumte zwar ein, daß rund „zehn bis 15 Prozent der Arbeitszeit in den Betrieben des Landes" durch „irrationelle" Arbeitsteilung verloren gingen, warnte jedoch gleichzeitig vor der 5-Tage-Woche, da diese angeblich zu Einbußen von 12% führe (FR, 12.1.). Die Lage sei so, äußerte Staatsoberhaupt Jablonski, *„daß es in den kommenden zwölf Monaten zu Konfrontationen zwischen den verschiedenen Interessengruppen im Staat kommen werde"* (FAZ, 2.1.). 'Trybuna Ludu' schrieb, *„daß der Lebensstandard in Polen in Zukunft noch weiter absinken könnte"* und nannte als eine der Ursachen die Abschaffung des Vier-Schichten-Systems für die Bergarbeiter (FAZ, 5.1.). Die PVAP versucht offensichtlich, über die Alternative 'Arbeitszeitverkürzung o d e r Reallohnerhalt' die Arbeiterbewegung zu spalten. Zu diesem Zweck gibt das Parteiorgan unverhohlen zu, daß rund ein Sechstel der Polen „in Armut" lebe, daß rund 40 Prozent der Kinder *„mit weniger auskommen (müssen), als sie nach Expertenansicht zum Leben benötigen"* (FAZ, 3.1.).

An dem Streik am 10. Januar beteiligten sich nach Regierungsangaben dennoch 4,5 Millionen, während 7,5 mio. zur Arbeit erschienen. Die 'Solidarnosc' gibt das Verhältnis umgekehrt an. Von den 4,5 mio. Streikenden haben sich jedoch – laut Regierung – 1,6 mio. dazu verpflichtet, den Samstag am nächsten freien Samstag (30.1.) nachzuarbeiten, d.h. also mehr symbolisclt gestreikt.

Eine Gewerkschaft von privaten Bauern?

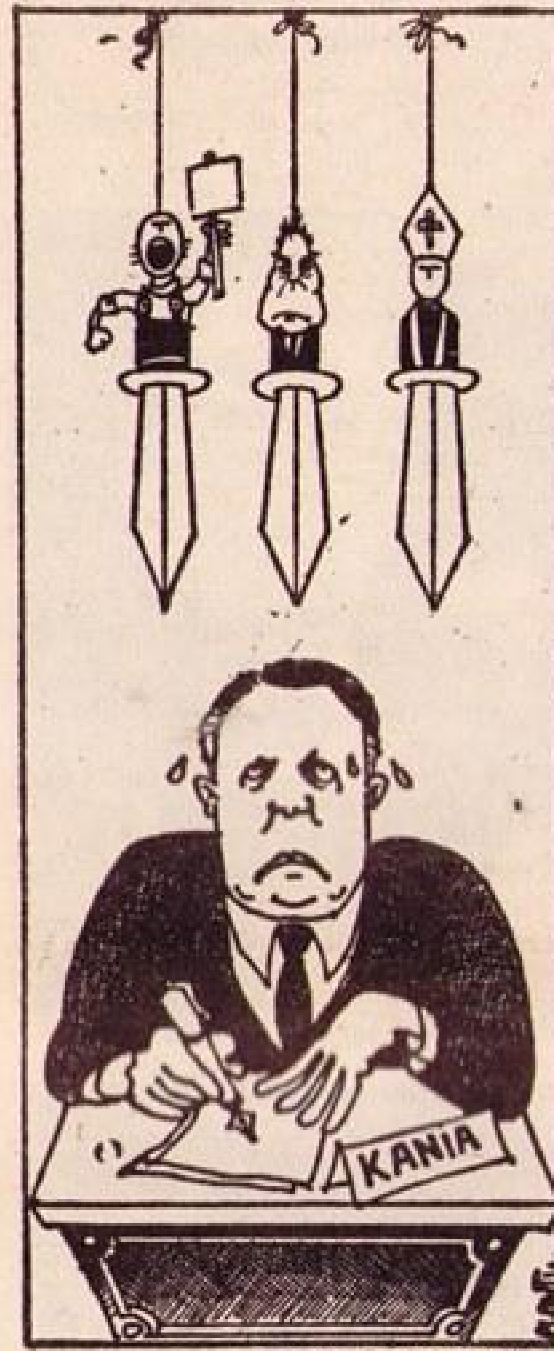
Die polnische Landwirtschaft ist zu 75 - 80 Prozent in Privatbesitz; allerdings entscheiden staatliche Organe über die Zuteilung von Maschinen, Dünger usw. Bei dieser Zuteilung werden nach Ansicht der „Land-Solidarität" (Solidarnosc Wiejska" – SW) die staatlichen Güter gegenüber der privaten Landwirtschaft bevorzugt behandelt. Der Zustand der gesamten Landwirtschaft ist katastrophal; Polen ist heute vom Lebensmittel-Import abhängig. Die wesentlich besser ausgerüsteten Staatsgüter sind keineswegs produktiver als die privaten Höfe. Das wird heute ganz offiziell bestätigt. **„Verstaatlichte Industrie, private Landwirtschaft" gibt der Chef der Bauern-Gewerkschaft, Zdislaw Ostatek, als Ziel an** (FR, 31.1.). Die Vereinigung umfaßt nach eigenen Angaben bereits eine Million Mitglieder. Die Bauerngewerkschaft will mitbestimmen über die Verteilung von Baumaterialien, Krediten, Traktoren, Dünger usw. und fordert ferner Zugang zu den Massenmedien. Angesichts des Zustandes der polnischen Landwirtschaft und der Situation der Bauern, von denen viele am Rande des Existenzminimums leben (27% der Höfe sind kleiner als zwei Hektar) sind diese Forderungen allemal verständlich. Unter diesen Verhältnissen scheinen die Widersprüche zwischen armen und reichen Bauern gegenüber dem gesamten Widerspruch zur Argrarpolitik der PVAP zu verschwinden. Die Bauern-Vereinigung fordert sogar das Recht, Boden zu kaufen und zu verkaufen sowie die Rückgabe von für die staatlichen Güter erworbenen Privatflächen an Privatbauern. Die Verwirklichung dieser Forderungen würde gesetzmäßig die Situation der armen Bauern noch drastisch verschärfen und langfristig zu einer Polarisierung in der polnischen Landwirtschaft führen. Eine Alternative besteht allerdings aus der Sicht der polnischen Bauern nicht, denn die staatlichen Agrargüter mit ihrer bürokratischen Verwaltung sind sicher keine große Verlockung. Unterstützt werden die Bauern natürlich aus ganzem Herzen von der katholischen Kirche bis hin zu dem Exil-Polen Karol Woityla (z.Zt. im Vatikan).

(27% der Höfe sind kleiner als zwei

Die Herrschenden Polens haben zunächst mit formal-juristischer Kleinkrämerei versucht, die Konfrontation aufzuschieben. Sie lehnten eine Zulassung der 'Solidarnosc Wiejska' mit der spitzfindigen Begründung ab, Bauern könnten bestenfalls einen Verein, aber keine Gewerkschaft gründen. Tatsächlich ist die 'Land-Solidarität' im Gegensatz zur 'Solidarnosc' keine Organisation von Lohnabhängigen und daher auch keine Gewerkschaft im engen Sinn, sondern ein ständischer Zusammenschluß von Kleinproduzenten, in dem der antikommunistische Klerus sicher eine Basis finden wird, bzw. schon immer hatte. Die Feststellung, daß diese Vereinigung vermutlich in erster Linie den privaten Großbauern zu Gute kommen wird, ist selbstverständlich keine Legitimation für die Repression von seiten des polnischen Staats- und Parteiapparates, dessen Politik die Lage der Landwirtschaft in hohem Maß zu verantworten hat und der zumindest seit 1956 keinerlei Anstrengungen macht, die Bauern für eine Kollektivierung zu überzeugen. Ein Kompromiß der Regierung mit den opponierenden Bauern, der Aussicht auf Erfolg hätte, ist nicht in Sicht.

Auseinandersetzungen in der 'Solidarnosc'

Die Zuspitzung der Kämpfe in Polen hat zu Auseinandersetzungen in der 'Solidarnosc' geführt, die auch im Landeskoordinationsausschuß (LKA) ausgetragen werden. Dabei repräsentiert Lech Walesa offenbar einen Flügel, der auf eine Abschwächung der Konflikte, d.h. auf ein taktisches Arrangement mit der PVAP abzielt. Bereits im Dezember hatte Walesa vertreten, daß die Zeit der Streiks vorbei sei: *„Wir müssen lernen zu verhandeln, anstatt zu streiken ... Wir wollen das System nicht stürzen"* (FR, 18.12.80). Diese Linie hat sich, wie die vielen regionalen Streiks und die Samstags-Streiks zeigen, nicht durchsetzen können.



aus: „Le Monde" (Dessin de PLANTU.)

aus: „Le Monde" (Dessin de PLANTU.)

Auf der LKA-Tagung am 20. Januar wurde Walesa kritisiert für seinen Alleingang; Welesa hatte sich – kaum vom Papst zurückgekehrt – mit Ministerpräsident Pinkowski getroffen, ohne vorher mit dem LKA das Vorgehen abzustimmen (FR, 28.1./taz, 22.1.). Auf der LKA-Sitzung sprach sich Walesa g e g e n Streiks für die 40-Stunden-Woche aus (FAZ, 21.1.), setzte sich damit aber nicht durch. Die 'Solidarität' hat sich nach dem zweiten Samstags-Streik (24.1.), der mit einer größeren Beteiligung als der erste verlief, weitgehend durchgesetzt: gesetzliche Festschreibung des Ziels 40-Stunden-Woche und 38 freie Samstage bereits 1981. Außerdem konnte 'Solidarnosc' durchsetzen, daß sie regelmäßigen Zugang zu Rundfunk und Fernsehen sowie eine eigene Wochenzeitung bekommt (FAZ/SZ, 2.2.). A u g e k l a m m e r t wurde aus den Verhandlungen die Frage der Bauern-Gewerkschaft. Damit hat sich in dieser Frage der „gemäßigte" Flügel durchgesetzt. Ursprünglich hatte die 'Solidarnosc' für den 3.2. einen nationalen Warnstreik angekündigt für den Fall, daß die drei Forderungen (40-Stunden-Woche, Zugang zu den Medien und Zulassung der 'Land-Solidarität') bis dahin nicht erfüllt wären. Obwohl in der dritten Frage nicht der geringste Fortschritt zu verzeichnen war, wurde der Streikplan gegen den Widerstand einiger Delegierter revidiert. Offenkundig hält es die Mehrheit im LKA nicht für sinnvoll, sich in d i e s e r Frage auf einen Machtkampf mit der PVAP einzulassen. Die PVAP versucht, die Auseinandersetzungen in der 'Solidarnosc' für sich zu nutzen, indem sie den „gemäßigten" Flügel explicit von der Kritik ausnimmt: *„Man darf also nicht der gesamten Organisation von 'Solidarnosc' den Aufruf zum Arbeitsboykott* (gemeint ist der Streik vom 10.1. – Anm. AK) *... zur Last legen."* (Kania, lt. FAZ, 17.1.). Walesa scheint die Situation für sich nutzen zu wollen: einerseits das politische Gewicht der 'Solidarnosc' zu erhalten und andererseits auf dieser Basis dafür zu garantieren, daß die Arbeiterbewegung sich nicht radikalisiert. So versicherte er in Rom: *„Unsere Forderungen werden nicht die vorher vereinbarten Grenzen überschreiten, und zu einem gewissen Ausmaß mildern wir sie ab"* (SZ, 19.1.). Mittlerweile ging Walesa noch einen Schritt weiter: *„Wenn unsere drei Hauptpunkte in befriedigender Weise gelöst werden, kann i c h versprechen, daß es keine Streiks mehr geben wird"* (SZ, 30.1.). Die regionalen Streiks in Rzeszow, Jelenia Gora und Bielsko-Biala wurden jedoch trotz Aufforderungen des LKA nicht abgebrochen. Bogdan Lis vom 'Solidarnosc'-Vorstand erklärte zur Situation: *„Die Leute sind zu ungeduldig. Sie befolgen die Anweisungen der örtlichen Führer von Solidarität nicht mehr"*.

Aggressive Töne aus den Bruderländern

Die giftigen Kommentare aus den RGW-Staaten, insbesondere aus der DDR und der CSSR, deuten daraufhin, daß deren „Geduld" mit der PVAP-Spitze langsam, aber sicher, vorbeigeht. Den Scharfmacher spielt die „Rude Pravo" (Organ der KP der CSSR): In einem Artikel vom 10. Dezember 1980 schrieb „Rude Pravo", *„daß die hohe Autorität unserer Partei auch daraus resultiert, daß sie ein stabiler Bestandteil der internationalen kommunistischen Arbeiterbewegung ist"*. Ohne auf Polen direkt einzugehen, schrieb „Rude Pravo" über die **„Lehren aus der Kriesenentwicklung in der Partei und der Gesellschaft nach dem 13. Parteitag der KPC"** (MD v. 10.12.80). Gemeint ist die Intervention der Warschauer Pakt-Truppen 1968! Ende Januar ging „Rude Pravo" einen Schritt weiter und bezeichnete die 'Solidarnosc' als „Terrororganisation" (FAZ, 30.1.). Dabei nahm 'Rude Pravo' erneut Bezug auf einen Artikel der polnischen Armeezeitung 'Zolnierz Wolnosci' vom 8.12.80. Darin hatte u.a. folgender Satz gestanden: *„Allein der Stand der sozialen Unruhen, die Streikdrohungen und Streikversuche in solchen wichtigen Bereichen wie Eisenbahn und Transport sowie im Bergbau und in der Produktion von Brennstoffen sind indirekt gegen die Verteidigungsfähigkeit Polens gerichtet"* (MD. 9.12.80).

Das „Neue Deutschland" nimmt ebenfalls kein Blatt vor den Mund und verdeutlicht, was die Äußerung der KPdSU, in der 'Solidarnosc' habe ein „Rechtsruck" stattgefunden, bedeutet (FR, 31.1.). Das „ND" schreibt wörtlich: *„Die Führer von 'Solidarnosc' provozieren Tag um Tag vorsätzlich Chaos und Anarchie (...) Diese Leute haben – im Bunde mit Rädelsführern der antisozialistischen Gruppierung 'KOR' – die Konterrevolution auf iher Fahnen geschrieben (...)* **Die Drahtzieher der konterrevolutionären Machenschaften sind dabei, dieses Konzept Schritt für Schritt zu verwirklichen"**. (2.2.).

der KPdSU, in der 'Solidarnosc' habe



aus: „Le Monde" (Dessin de KONK.)

Damit wird der noch immer eher vorsichtig taktierenden PVAP-Spitze de facto vorgeworfen, daß sie unfähig sei, die „Konterrevolution" zu bekämpfen. Solche Vorwürfe dienten 1968 als Vorwand für die Intervention in die CSSR. Diese Kommentare erwecken den Eindruck, daß im RGW von den Herrschenden auf eine bewußte Zuspitzung der polnischen Krise orientiert und versucht wird, die PVAP zu schärferen Vorgehen zu veranlassen. Die 'Solidarnosc' scheint sich dessen bewußt zu sein, wie ihr Aufruf andeutet, im Falle von Gewaltanwendung gegen Streikende in Bielsko-Biala Solidaritätsaktionen zu organisieren. (FAZ, 6.2.).

Allerdings waren die Äußerungen der PVAP verglichen mit denen der DDR und CSSR noch gedämpft. Schärfere Töne schlägt die PVAP erst im Zusammenhang mit der sich verschärfenden Auseinandersetzung um die Bauern-Gewerkschaft an:

„Soll das Dorf Terrain der Zusammenarbeit der Volkmacht mit den Bauern, den Landwirten sein, oder soll es Terrain des politischen Kampfes mit der Volksmacht werden? Solcherart ist das Wesen diesen Konfliktes" (Kania). Kanias Befürchtungen sind alles andere als unrealistisch. In einer Organisation aus etlichen hunderttausend vom „realen Sozialismus" enttäuschten Kleinbürgern wird wohl kaum sozialistisches Gedankengut vorherrschen. Ganz im Gegenteil ist zu erwarten, daß diese einen denkbar geeigneten Nährboden für die reaktionäre Opposition bilden wird. Kuron träumt schon von der 'Solidarnosc', *„die ja n o c h n i c h t an der Regierung ist"* (taz, 12.1.). Die bisherige Agrarpolitik der PVAP wäre mit der Existenz einer oppositionellen Massenorganisation der Privatbauern unvereinbar. Die Herausbildung dieser Bewegung stellt eine bedeutende Stärkung der rechts von der PVAP stehenden Kräfte dar, d.h. eine Schwächung der Kania-Linie, der sich bisher bemühte, die Konfrontation mit der 'Solidarnosc' in Grenzen zu halten. Damit wächst allerdings auch die Gefahr einer gewaltsamen „Lösung" in Polen. Unter diesem Druck hat sich die Mehrheit des 'Solidarnosc'-Präsidiums entschieden, trotz der prinzipiellen Unterstützung für die Bauern, die Frage der 'Land-Solidarität' nicht zum Knackpunkt zu machen. Damit ist aber der Konflikt nur verschoben. Kanias Amtszeit dürfte nicht allzu lang werden...

RgW-Kommission (9.2.)

(MD: Monitor-Dienst, FR: Frankfurter Rundschau, FAZ: Frankfurter Allgemeine Zeitung, SZ: Süddeutsche Zeitung, taz: Tageszeitung)

Nachtrag:

Am 10.2. ging das VIII. ZK-Plenum der PVAP zu Ende. Ministerpräsident Pinkowski trat zurück und wurde durch General Jaruzelski ersetzt. Jaruzelski war seit 1968 Verteidigungsminister und seit 1971 Mitglied des Politbüros der PVAP. Weiterhin schieden acht Mitglieder aus dem ZK aus, davon vier freiwillig.

Mitglieder aus dem ZK aus, davon

Das Plenum schlägt ein neues Abkommen vor, das die Gdansker Vereinbarungen „den Realitäten anpassen" solle. Kania rief die Polen auf: *„Helft, den Weg in die Anarchie zu versperren. Kehrt zu einem gutem Arbeitsrhythmus zurück"*. Pinkowskis Ablösung verheißt nichts Gutes: Er war für die Regierung an den Verhandlungen, die zum Gdansker Abkommen führten, beteiligt, wie auch an den letzten Verhandlungen. Jaruzelski hat es bislang verstanden, alle Sturmböen durchzustehen, obgleich er schon Verteidigungsminister war, als 1970 in Szczecin auf streikende Arbeiter geschossen wurde. Er wurde damals aber vom frisch aufgerückten Gierek gedeckt (Jaruzelski habe von allem nichts gewußt). Warum man ausgerechnet ihn zum neuen Ministerpräsidenten machte, ist noch unklar. Es sei denn, es geht der PVAP darum, die Loyalität der Armee zum Regierungskurs zu demonstrieren.

RgW-Kommission (11.2.)

Sozialistische Demokratie contra Einparteiensystem

Daß Kommunisten das Ziel hätten, die „Alleinherrschaft ihrer Partei" und die Unterdrückung anderer politischer Strömungen durchzusetzen, gehört seit Jahrzehnten zum Arsenal nicht nur der bürgerlichen, sondern auch manch „undogmatischer" und linkssozialdemokratischer Polemik gegen den Marxismus-Leninismus. Die Verhältnisse in allen Ländern des „realen Sozialismus", von der DDR und Sowjetunion über Albanien bis China scheinen den Kritikern des Kommunismus recht zu geben. Wie hat sich nun das Demokratieverständnis in der kommunistischen Bewegung entwickelt, und was hat es mit der Problematik des Einparteiensystems auf sich?

So sahen's Marx und Engels

Im Kommunistischen Manifest (1848) schrieben Marx und Engels: *„In welchem Verhältnis stehen die Kommunisten zu den Proletariern überhaupt? Die Kommunisten sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien. Sie haben keine von den Interessen des ganzen Proletariats getrennten Interessen"* (1).

Aus dieser Haltung heraus beurteilten Marx und Engels auch den ersten Versuch, die Diktatur des Proletariats, d.h. die Demokratie der Arbeiterklasse zu errichten, die Pariser Kommune. In den Rat der Pariser Kommune 1871 wurden Vertreter verschiedener „linker" Richtungen gewählt, nicht nur Mitglieder einer Organisation. Als Polemik gegen die Rechten in der SPD schrieb Engels 1891: *„Der sozialdemokratische Philister ist neuerdings wieder in heilsamen Schrecken geraten bei dem Wort: Diktatur des Proletariats. Nun gut, ihr Herren, wollt ihr wissen, wie diese Diktatur aussieht? Seht euch die Pariser Kommune an. Das war die Diktatur des Proletariats"* (2). Offene Kritik und demokratische Diskussion waren für Marx und Engels unabdingbare Voraussetzungen revolutionärer Politik. So betonte Engels 1891 in einem Brief an den SPD-Funktionär Karl Kautsky, es sei nötig, *„daß die Leute endlich mal aufhören, die Parteibeamten, ihre eigenen Diener, mit ewigen Glacehandschuhen anzufassen und vor ihnen wie vor unfehlbaren Bürokraten gehorsamst, statt* *baren Bürokraten gehorsamst, statt* *kritisch dazustehen"* (3).

Mao forderte einige Jahrzehnte später, auch unter sozialistischen Verhältnissen den „Autoritäten" des Staates und der Partei wenn nötig kräftig auf die Finger zu hauen: *„Manche Leute wiegen sich offenbar in Sicherheit, nun, da die Staatsmacht erobert ist, und denken, sie könnten sich wie Tyrannen aufführen. Die Massen werden sich gegen solche Leute wenden, werden sie mit Steinen bewerfen und mit der Hacke auf sie losgehen, und ich finde, das geschieht ihnen recht, ich begrüße das außerordentlich. Manchmal sind Prügel sogar die einzige Möglichkeit, die Probleme zu lösen. Die Kommunistische Partei muß eine Lektion erhalten. Immer wenn Studenten und Arbeiter auf die Straße gehen, solltet ihr, Genossen* (gemeint sind die Mitglieder des Zentralkomitees der KP Chinas — der Verf.) *dies als eine gute Sache betrachten"* (4).

Damit befand sich Mao in guter marxistischer Tradition. *„Die Arbeiterbewegung"*, schrieb Engels 1889, *„beruht auf der schärfsten Kritik der bestehenden Gesellschaft, Kritik ist ihr Lebenselement, wie kann sie selbst der Kritik sich entziehen, die Debatte verbieten wollen?"* (5).

Lenin gegen Demokratie?

Es gibt eine Reihe von Linken, die Marx und Engels durchaus noch positive Absichten bescheinigen, dann aber meinen, Lenin sei der Übeltäter gewesen, der den Grundstein für das bürokratische Einparteiensystem in der Sowjetunion gelegt habe.

Wie Marx und Engels orientierte Lenin sich eindeutig an der Pariser Kommune, wenn er über die Diktatur des Proletariats sprach. Die Pariser Kommune war für Lenin *„ein großes Beispiel dafür, wie Initiative, Selbständigkeit, Freiheit der Bewegung, Schwungkraft von unten mit einem freiwilligem, dem Schablonenhaften fremden Zentralismus verbunden sein können. Unsere Sowjets* (Räte — Anm. des Verf.) *gehen denselben Weg"* (6).

Nachdem die aufständischen Arbeiter von Leningrad (damals Petrograd) die bürgerliche Regierung Kerenski im Oktober 1917 gestürzt hatten, übergaben sie die Macht dem gesamtrussischen Rätekongreß, der gerade in der Stadt tagte. Die Sozialrevolutionäre und Menschewiki (Sozialdemokraten) weigerten sich, die Macht „aus den Händen der Bolschewiki in Empfang zu nehmen" und zogen aus. Dazu meinte Lenin am 29. Oktober 1917: *„Es ist nicht unsere Schuld, daß die Sozialrevolutionäre und die Menschewiki gegangen sind. Wir haben ihnen angeboten, die Macht zu teilen, aber sie wollen abwarten, bis der Kampf mit Kerenski beendet sein wird"* (7).

Am 12. Dezember 1917 bildeten die Bolschewiki eine Koalitionsregierung mit den linken Sozialrevolutionären, der elf Bolschewiki und sieben Sozialrevolutionäre angehörten. Dies begründete Lenin damit, *„daß die Partei, die die wirklichen Bestrebungen der Bauernschaft zum Ausdruck bringt, die Partei der linken Sozialrevolutionäre ist"* (8). (Daß dieses Bündnis bereits im Juli 1918 wieder zerbrach, lag daran, daß die linken Sozialrevolutionäre vermehrt zu terroristischen Aktionen übergingen — so ermordeten sie den deutschen Botschafter in Moskau, um den Krieg zwischen Deutschland und Rußland, der im März 1918 beendet worden war, wieder in Gang zu bringen.) Dennoch wurden Mitglieder der linken Sozialrevolutionäre, die sich nicht terroristisch betätigten, nicht aus den Sowjets ausgeschlossen. Lenin war keineswegs dafür, daß die Kommunistische Partei oder gar nur deren Führung das Monopol der Presse hat. So schrieb er in einem Resolutionsentwurf im November 1917: *„Die Arbeiter- und Bauernregierung versteht unter Pressefreiheit die Befreiung der Presse vom Joch des Kapitals, die Überführung der Papierfabriken und Druckereien in Staatseigentum, das gleiche Recht für jede Gruppe von Staatsbürgern, die eine bestimmte zahlenmäßige Stärke erreicht (z.B. 10.000), über einen entsprechenden Teil der Papiervorräte zu verfügen"* (9). Ebensowenig war Lenin der Meinung, nichtkommunistische Parteien müßten verboten werden: *„Hier ist nicht zu wählen, ob man diesen Parteien freie Bahn lassen soll oder nicht — sie werden durch die kleinbürgerlichen Wirtschaftsverhältnisse unvermeidlich erzeugt..."* (10).

Zwar hat Lenin auf dem X. Parteitag der Bolschewiki im März 1921 erklärt, *„daß die Diktatur des Proletariats nicht anders als durch die kommunistische Partei möglich ist"*, (11) dies ist aber in dem Sinne zu verstehen, *munistische Partei möglich ist"*, (11) dies ist aber in dem Sinne zu verstehen, daß die Herrschaft der Arbeiterklasse nicht behauptet werden kann ohne eine starke, qualifizierte marxistische Partei, die auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus Überzeugungsarbeit leistet und organisierend am Aufbau des sozialistischen Staates beteiligt ist.

Man darf allerdings auch nicht verschweigen, daß Lenin durch die russischen Verhältnisse gezwungen war, beim Aufbau des Sowjetstaates von den Prinzipien der Pariser Kommune (z.B. Bezahlung von Kadern und Spezialisten nach Facharbeiterlohn) abzuweichen. Lenin war sich dessen und der daraus entstehenden Gefahren bewußt, als er erklärte, die Bolschewiki hätten den alten russischen Verwaltungsapparat *„vom Zarismus übernommen und nur ganz leicht mit Sowjetöl gesalbt"* (12).

Stalin und die „Realsozialisten"

Ein Demokratieverständnis eigener Art entwickelten J.W. Stalin und seine Freunde. Stalin war der Auffassung, *„daß die Diktatur des Proletariats nur dann vollkommen sein kann, wenn eine einzige Partei, die Partei der Kommunisten, sie führt, die die Führung nicht mit anderen Parteien teilt, noch teilen darf"* (13). Und „die Partei" muß nach Stalin eine *„aus einem Guß geformte Partei"* sein (14). Daraus folgt logischerweise, *„daß das Bestehen von Fraktionen unvereinbar ist sowohl mit der Einheit der Partei als auch mit der eisernen Disziplin"* (15). Wer Fraktionen bildet, ist per Definition ein „Opportunist" (gemeint ist damit: Abweichler vom Marxismus-Leninismus), denn, so Stalin: *„Die Quelle der Fraktionsmacherei in der Partei sind ihre opportunistischen Elemente"* (16). Eine nach der stalinschen Vorstellung aufgebaute „Partei aus einem Guß" inklusive „eiserner Disziplin" hat mit einem Haufen von Zinnsoldaten mehr gemein als mit einer lebendigen revolutionären Organisation.

Dieses „Demokratieverständnis" herrscht bis heute in den Ländern des „realen Sozialismus", auch wenn die gröbsten Blüten, wie der dummdreiste Song „Die Partei, die Partei hat immer recht", nicht mehr offen herumgetragen werden.

Ein bulgarischer Theoretiker des „realen Sozialismus" schrieb vor einigen Jahren, daß die sozialistische Gesellschaft sich *„allmählich auf eine immer größere soziale und politische Homogenität* (Einheitlichkeit — Anm. des Verf.) *hin entwickelt"* (17). Dies sei der Grund, *„warum die sozialistische Gesellschaft keine Streikkämpfe kennt — eine der Hauptformen, in denen der Antagonismus* (unversöhnlicher Widerspruch — Anm. AK) *zwischen der Arbeiterklasse sowie den anderen Werktätigen auf der einen Seite und deren Staat auf der anderen zum Ausdruck kommt"* (18). Die sowjetische Verfassung preist ebenfalls *„die soziale, politische und ideologische Einheit der sowjetischen Gesellschaft"*. Mit dieser Art von ideologischer Tünche verkleistern die Propagandisten des „realen Sozialismus" notdürftig die Wirklichkeit, die Spaltung der Gesellschaft in einander unversöhnlich gegenüberstehende Klassen.





„Die proletarische Demokratie ist millionenfach demokratischer als jede bürgerliche Demokratie" (Lenin, Werke Band 28, S. 247

Mao Zedong und das Problem des Personenkultes

Schon 1937 warnte Mao Zedong vor einer derartigen Entwicklung: **„Gäbe es in der Partei keine Widersprüche und keinen ideologischen Kampf zur Lösung dieser Widersprüche, dann würde das Leben in der Partei aufhören"** (19).

Nach der Gründung der VR China sprach sich Mao für die legale Existenz mehrerer Parteien aus. *„Was ist besser"*, fragte Mao im April 1956, *„nur eine einzige Partei oder mehrere Parteien zu haben? Wie die Dinge heute liegen, scheint es wohl besser, wenn mehrere Parteien bestehen. Das war nicht nur in der Vergangenheit richtig, sondern das mag auch in der Zukunft gelten. Es bedeutet Koexistenz auf lange Sicht und gegenseitige Kontrolle... In dieser Hinsicht ist es bei uns anders als in der Sowjetunion. Wir haben die demokratischen Parteien mit voller Absicht weiterbestehen lassen, geben ihnen die Möglichkeit, sich zu äußern und verfolgen ihnen gegenüber eine Politik von 'sowohl Einheit als auch Kampf' ... Da in China weiter Klassen und Klassenwidersprüche existieren, muß es in der einen oder anderen Form Opposition geben"* (20).

Mao ging es dabei keineswegs nur um die formale Existenz mehrerer Parteien, wie z.B. in der DDR (dort gibt es eine Liberaldemokratische Partei und sogar eine CDU, deren Aufgabe lediglich darin besteht, die Politik der SED in „liberaler" bzw. „christlicher" Verpackung zu servieren. Ein kurioser Aspekt der DDR-„Demokratie" besteht darin, daß neben den eben erwähnten Parteien auch noch eine National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) existiert, deren 80.000 Mitglieder größtenteils „umerzogene" NSDAP-Mitglieder und Militaristen sind, während eine Organisierung auf sozialdemokratischer oder selbst auf „eurokommunistischer" Grundlage verboten ist. Wer einmal in der DDR gewesen ist, wird zugeben, daß sozialdemokratische Auffassungen dort eine erhebliche Basis in der Arbeiterklasse haben, im Gegensatz zu solchen Kasper-Parteien wie der NDPD.

„Man könnte fragen", schrieb Mao 1957, *„kann der Marxismus, der in unserem Land von der Mehrheit des Volkes als führende Ideologie anerkannt ist, noch kritisiert werden? Aber sicher ... Die Marxisten sollten keine Kritik, woher sie auch komme, fürchten"* (21).

Dies setzt natürlich die Fähigkeit zur Auseinandersetzung, ein hohes politisch-theoretisches Niveau der Kommunisten, voraus. Ohne diese Voraussetzung würde sich eine solche Demokratie für die Arbeiterklasse sehr schnell als Bumerang erweisen. Daher forderte Mao im Januar 1957 die Mitglieder der KP Chinas auf: *„Ihr solltet Kant und Hegel, Konfuzius und Tschiang Kai-schek — alles negatives Material — lesen... Wenn man die negativen Dinge nicht studiert hat, kann man sie auch nicht widerlegen. Weder Marx noch Engels noch Lenin handelten so"* (21) (daß Stalin in dieser Aufzählung fehlt, ist wohl kein Zufall!)

Zwar hat die VR China in der Kulturrevolution ein bislang unübertroffenes Beispiel von sozialistischer Demokratie geliefert, es muß aber auch kritisch angemerkt werden, daß Demokratie geliefert, es muß aber auch kritisch angemerkt werden, daß es z.B. für Trotzkisten keine legale Möglichkeit der Organisierung und der Verbreitung ihrer Ansichten gab. Besonders absurd war die Verfolgung von Trotzkisten in der VR China angesichts der Tatsache, daß sie in keiner Weise eine Bedrohung für die KP Chinas darstellten. Nach Angaben der GIM waren in der VR China (Anfang der 50er Jahre) 200 Trotzkisten von der Repression betroffen (viel mehr gab es anscheinend nicht). Zu kritisieren ist darüber hinaus, daß sich mit den Auffassungen der Rechten in der KP Chinas in der Kulturrevolution z.T. nicht mehr inhaltlich auseinandergesetzt wurde. Sie wurden vielmehr auf dem IX. Parteitag der KP Chinas als „Geheimagenten" (22) und als Leute, die „keine Bücher und Zeitungen lesen" (23) bezeichnet.

Die Linken in der KP Chinas, mit Lin Biao und der „Viererbande" an der Spitze, bewiesen in der Kulturrevolution die Notwendigkeit und Möglichkeit, bürokratisch-revisionistische Machthaber durch Massenmobilisierung, Streiks, Wandzeitungen etc. zu entmachten. Das bleibt eine wichtige und lehrreiche Erfahrung für die Kommunisten in aller Welt.

Äußerst schädlich für die Entwicklung der sozialistischen Demokratie in China wirkte sich jedoch der während der Kulturrevolution betriebene schamlose Personenkult um Mao aus. So pries Lin Biao (damals stellvertretender Parteivorsitzender und Verteidigungsminister) im Oktober 1967 in einer Rede die *„hochgradige Weisheit"* Mao Zedongs (24) und behauptete: *„Unser großer Führer Mao Zedong hat den Marxismus-Leninismus auf einen völlig neuen Gipfel gehoben"* (25). Die „Volkszeitung", das Zentralorgan der KP Chinas, schrieb am 16. Juni 1967: *„Wir müssen die Weisungen des Genossen Mao Zedong ausführen, unabhängig davon, ob wir sie begriffen haben oder noch nicht. Wir müssen die absolute Autorität Mao Zedongs festigen... Darin besteht unsere höchste Disziplin."*

Derartige Auffassungen entspringen nicht dem Marxismus-Leninismus und den Ideen Mao Zedongs. Sie haben religiösen Charakter und dienten dazu, Mao Zedong als unfehlbaren „Papst" darzustellen. Ein solcher Personenkult hat letztendlich die Ausbreitung einer unkritischen, unterwürfigen, kurzgesagt „gottgläubigen" Atmosphäre zur Folge. Die Ausbreitung dieser Atmosphäre wurde durch den noch relativ niedrigen Bildungsgrad in weiten Teilen Chinas noch verstärkt. Der peinliche Personenkult hat den Linken in der KP Chinas letztendlich sehr geschadet. Zum einen konnten die Rechten in der KPCh die geschaffene Mao-Gläubigkeit für sich ausnutzen, indem sie sich auf angebliche Mao-Zitate, gegen die „Viererbande", für Hua Guofeng usw. beriefen; zum anderen können sie jetzt unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Personenkult die „Maozedong-Ideen" unter Beschuß nehmen.

Der maßlos gesteigerte Personenkult in der VR China war ein Abfallprodukt der Kulturrevolution. Die Steigerung des Personenkults Ende der 60er und Anfang der 70er Jahre ging interessanterweise nicht einher mit einer Zunahme des persönliches Einflusses von Mao Zedong auf die chinesische Politik.

Es erschienen während dieser Zeit kaum noch Beiträge von Mao in der Presse; die längst überfälligen Bände 5 und 6 seiner „Ausgewählten Werke" wurden nicht herausgegeben. Makabererweise trieb der Personenkult noch seine Blüten, als Maos engste Kampfgefährten Lin Biao und Chen Boda schon „kaltgestellt", in der Kulturrevolution abgesägte Mao-Gegner wie Deng Xiaoping bereits wieder in Amt und Würden waren. Mao selbst hat sich nie als unfehlbarer „Papst" zu präsentieren versucht, im Gegenteil. Es waren andere führende Mitglieder der KP Chinas, die ihn als unfehlbar hinstellten, um sich selbst als im Besitz der alleinigen Wahrheit befindliche „Jünger" Maos zu profilieren.

Mao hatte bereits im März 1949 in einer Rede vor dem Zentralkomitee der KPCh den Personenkult scharf verurteilt: Als leitender Genosse der Kommunistischen Partei müsse man sich *„sehr davor in acht nehmen, daß man nicht überheblich wird"* (26). Und weiter: *„Es ist verboten, zu den Geburtstagen der Führer der Partei Festlichkeiten zu veranstalten und Ortschaften, Straßen und Betriebe nach ihnen zu nennen. Wir sollten weiterhin einfach leben und hart arbeiten und mit der Lobhudelei Schluß machen"* (26). Diese beiden Sätze fehlen bezeichnenderweise in dem maßgeblich von Lin Biao zusam- dem maßgeblich von Lin Biao zusam- mengestellten „Kleinen Roten Buch", während die Sätze davor und danach dort vollständig wiedergegeben sind (27).

Der Personenkult mit seinen negativen Folgen war jedoch nicht das Hauptmerkmal der Kulturrevolution. In der Kulturrevolution wurden die Massen nicht bloß angeregt, Texte von Mao und anderen Klassikern des wissenschaftlichen Sozialismus zu lesen und zu diskutieren, sondern auch mobilisiert, den eigenen Kopf zu gebrauchen, Althergebrachtes zu hinterfragen, die Gesellschaft und ihre alltägliche Umwelt mit Hilfe des dialektischen Materialismus zu untersuchen. Unzählige Millionen von „einfachen" Arbeitern und Bauern in China befaßten sich sowohl praktisch als auch theoretisch mit dem Marxismus-Leninismus. Dies war und ist ein in der Geschichte der Arbeiterbewegung bislang einzigartiger Vorgang. Die Kulturrevolution beinhaltete in deutlichen Ansätzen (Arbeit von Kadern in der Produktion) und in ihrer gesamten Tendenz die Aufhebung des Widerspruchs zwischen Kopf- und Handarbeit, des Widerspruchs zwischen den „ungebildeten" Massen und den „geschulten" Führern des Sozialismus.

Will der KB ein Einparteien-System?

Lange Zeit wurde vom KB, noch stärker von den „ML"ern (KPD/ML etc.) davon ausgegangen, daß ein Einparteiensystem ein notwendiger, gewissermaßen „gesetzmäßiger" Bestandteil des Sozialismus sein müsse. Die konkreten Bedingungen, die zur Herausbildung eines Einparteiensystems z.B. in der Sowjetunion geführt hatten, wurden nicht untersucht.

Die massive antikommunistische Hetze, die seit Jahrzehnten auf der Problematik des Einparteiensystems in Staaten mit sozialistischem Anspruch herumreitet, trug das ihre dazu bei, daß diese Frage unsererseits nicht problematisiert wurde. (Aus ähnlichen Gründen war die Kritik am „realen Sozialismus" osteuropäischen Zuschnitts in der Gründungs- und Anfangsphase des KB sehr zurückhaltend.)

Es ist bekannt, daß es (nicht nur in der BRD) zahlreiche Organisationen mit sozialistischem Anspruch gibt; die historischen Erfah-

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von vorheriger Seite

rungen (z.B. der russischen Revolution) zeigen, daß auch in einer revolutionären Situation, in der eine Partei zur führenden Kraft geworden ist, die anderen linken Organisationen keineswegs verschwinden. Darüber hinaus können jederzeit in einer kommunistischen Partei Differenzen auftreten, die zur Bildung von Fraktionen führen. Spitzt sich die Auseinandersetzung in der Partei zu, kann es zu Abspaltungen und folglich zur Entstehung neuer Organisationen kommen. Heftige Fraktionskämpfe sind keineswegs ein „Privileg" relativ junger und unerfahrener Organisationen wie des KB; auch die Partei Lenins hatte nach der Oktoberrevolution heftige Fraktionskämpfe durchzustehen. **Daher kann nur die Arbeiterklasse selbst, unter kapitalistischen wie auch unter sozialistischen Verhältnissen, entscheiden, welche Partei sie als die ihre ansieht, und nicht irgendein ZK. Eine gesetzlich festgeschriebene Führungsrolle einer Partei im Sozialismus ist aufgrund der damit gemachten Erfahrungen abzulehnen.**

Inwiefern unterscheidet sich ein sozialistischer Pluralismus nun vom „Pluralismus" der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie? Die bürgerlich-parlamentarische Demokratie, die die Bevölkerung alle Jubeljahre zur Wahlurne und danach zur Kasse bittet, ist ein System des mehr oder weniger geschickten Volksbetruges. Es beruht auf dem Meinungsmonopol der Bourgeoisie und setzt alle Mittel der Demagogie und der Lüge ein, um Vertreter der Interessen der arbeitenden Bevölkerung von der „Volksvertretung" fernzuhalten. Durch hohe „Diäten" und „Beraterverträge" sichert sich die Bourgeoisie die Loyalität der Abgeordneten. Die Abgeordneten sind nicht der Kontrolle ihrer Wähler, sondern nur ihrem „Gewissen" verantwortlich, dessen Preis in der BRD erfahrungsgemäß bei mindestens 50.000 DM liegt. Die politischen Entscheidungen finden freilich nur scheinbar bzw. erst in zweiter Linie im Parlament statt. Sie werden in den Chefetagen der Konzerne und Banken getroffen.

Der sozialistische Pluralismus, die sozialistische Demokratie hat einen grundsätzlich anderen Charakter als der bürgerliche „Pluralismus". **Voraussetzung für eine solche sozialistische Demokratie ist vielmehr die Zerschlagung des bürgerlichen Staates und das „Auseinanderjagen" seines Parlaments.** Voraussetzung einer wirklichen Pressefreiheit für die Werktätigen ist die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, die Entmachtung der Bourgeoisie. Zerschlagung des bürgerlichen Staates bedeutet nicht etwa den Rausschmiß aller seiner Verwaltungsbeamten, Lehrer und sonstigen Spezialisten, sondern die Auflösung der Unterdrückungsorgane, wie Polizei, BKA, Bundeswehr, Verfassungsschutz, „Grenz"schutz etc. Es ist eine historisch vielfach bewiesene Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die

schutz, „Grenz"schutz etc. Es ist eine historisch vielfach bewiesene Notwendigkeit, daß die Arbeiterklasse und die anderen Werktätigen die

Bourgeoisie nach der Revolution unterdrücken müssen, da sie vor nichts zurückschreckt, um ihre Macht wieder zu errichten.

Das Organ der Macht, der Diktatur des Proletariats, hat jedoch nicht eine kommunistische Partei, sondern dies haben in freier und geheimer Wahl gewählte Vertretungsorgane zu sein, die ihre Beschlüsse, soweit als irgend möglich, selbst durchführen. Die Struktur dieser Vertretungsorgane sollte so basisdemokratisch wie möglich angelegt sein. Der sozialistische Pluralismus sollte nicht auf Gruppen beschränkt werden, die sich zum Marxismus-Leninismus „bekennen". Auch für sozialdemokratische Kräfte müßte die Möglichkeit einer legalen Organisierung bestehen. Das gleiche gilt für anarchistische und ähnliche Gruppen. Die Freiheit der Organisierung, Agitation und Propaganda für nichtkommunistische Gruppen im Sozialismus bedeutet freilich nicht, daß Kommunisten tatenlos zusehen sollen, wenn derartige Kräfte den bewaffneten Kampf zum Sturz der Volksmacht organisieren.

Die in die Vertretungsorgane entsandten Vertreter können von ihren Wählern jederzeit abberufen werden, sind rechenschaftspflichtig und erhalten (sehr wichtig!) ein Gehalt, das den mittleren Facharbeiterlohn nicht überschreitet, sofern sie für bestimmte Aufgaben „freigestellt" werden. Außerdem müssen alle „freigestellten" Kader mindestens vier bis sechs Wochen pro Jahr körperlich arbeiten.

Die Mitglieder der kommunistischen Partei(en) werden (ebenso wie Mitglieder anderer Organisationen und Parteilose) bei den Wahlen für die Volksvertretungen kandidieren und ihre Ansichten breit in der Öffentlichkeit darstellen können. Aufgabe der Kommunisten ist es, durch ihre politische Überzeugungsarbeit und praktische Aktivität das Vertrauen der Massen zu gewinnen und dadurch eine „führende Rolle" beim Aufbau der sozialistischen Gesellschaft zu spielen.

U., RGW-Kommission

Anmerkungen

1. Karl Marx/Friedrich Engels: Manifest der Kommunistischen Partei, Peking 1975, S. 49
2. Friedrich Engels, in: Karl Marx: Der Bürgerkrieg in Frankreich, Peking 1972, S. 17f
3. Friedrich Engels, in: Karl Marx: Kritik des Gothaer Programms, Peking 1971, S. 63
4. Mao Zedong „Ausgewählte Werke" Band V, Peking 1978, S. 388f
5. Marx/Engels: Werke (MEW) Band 37, S. 326
6. W.I. Lenin, Werke (LW), Band 26, S. 412
7. LW 26, S. 260
8. LW 26, S. 457
9. LW 26, S. 277
10. LW 32, S. 234
11. LW 32, S. 200
12. LW 36, S. 591
13. J.W. Stalin: Werke, albanische Ausgabe, S. 97, zitiert in: Enver Hoxha: Imperialismus und Revolution, Tirana 1979, S. 475;
14. J.W. Stalin: Werke, albanische Ausgabe, Bd. 11, S. 280, zitiert in Enver Hoxha, siehe 13, S. 464
15. J.W. Stalin: Über die Grundlagen des Leninismus, Peking 1972, S. 127
16. J.W. Stalin, ebenda, S. 128
17. Asen Kojarov: Monismus und Pluralismus in Ideologie und Politik, Berlin/DDR 1976, S. 212
18. ebenda, S. 128
19. Mao Zedong, Ausgewählte Werke (MAW) Band I, Peking 1968, S. 373
20. MAW I, Peking 1968, S. 373
21. ebenda, S. 414 f
22. Lin Biao: Bericht auf dem IX. Parteitag [illegible]

20. MAW I, Peking 1968, S. 373
21. ebenda, S. 414 f
22. Lin Biao: Bericht auf dem IX. Parteitag der KP Chinas, 1.4.1969, in: Wichtige Dokumente der großen proletarischen Kulturrevolution, Peking 1970, S. 16

23. ebenda, S. 136 f
24. Lin Biao: Rede in Peking zur Gedenkfeier für den 50. Jahrestag der Oktoberrevolution, 6.11.1967, in: „Wichtige Dokumente...", S. 343
25. ebenda, S. 338
26. MAW IV, Peking 1968, S. 405
27. Worte des Vorsitzenden Mao Zedong, Peking 1972, S. 135

Gruppe Z auf Distanzierungskurs

Daß die 'Gruppe Z' um Abgrenzung von 'militanten Aktionen' bemüht ist, ließ sich erstmals anläßlich der Hamburger Anti-Strauß-Demonstration (26.8.80) vermuten: Während mehrere Tausend Menschen trotz Verbot demonstrierten, hatten 'Gruppe Z' und Grüne Partei als einzige zu einer „Fahrrad-Demonstration" aufgerufen, an der sich nicht mehr als einige Dutzend "Z"ler und andere grüne Partei-Aktivisten beteiligten. Daß dieses private Fahrrad–Happening dazu dienen sollte, sich von befürchteten „Zwischenfällen" fernzuhalten, lag zwar nahe, wurde von der 'Gruppe Z' aber nicht offen zugegeben: Sie verzichtete damals lieber darauf, irgendeinen Grund für ihr seltsames Verhalten zu nennen.

Die Polizei–Brutalitäten der Neujahrsnacht in Göttingen schienen der 'Gruppe Z' günstiger, um mit ihrem Distanzierungskurs offen hervorzutreten: Zusammen mit ein paar anderen veröffentlichten sie (unter Anleitung eines Hamburger „Z"-Chefs) eine Stellungnahme, in der die Polizei-Knüppeleien in reichlich zynischer Weise als voraussehbare Folge zu vermeidender Gewalttaten gegen einige Schaufenster-Scheiben dargestellt wurden. Mit dem Polizei–Terror ließ sich offenbar vorzüglich argumentieren: Gegen das Einwerfen von Schaufensterscheiben usw. habe man eigentlich gar nichts, aber in diesem Fall hätten die Steinewerfer doch voraussehen müssen, daß sie nur „Reaktionen" der Polizei provozieren. – Bei Teilen der Hausbesetzer kam diese Distanzierung im ersten Moment sogar recht gut an – auch wenn sie durch die weiteren Ereignisse in Göttingen inzwischen wohl doch überholt sein dürfte.

Nächste Station: In Schleswig-Holstein unterstützte die 'Gruppe Z' eine Distanzierungserklärung gegen zwei Anschläge im Zusammenhang mit Brokdorf (auf die Stadtwerke und das Amtsgericht in Glückstadt). In einer Erklärung hieß es, man sehe in den Anschlägen *„eine Gefahr für die breite Mobilisierung"* und man könne nicht erkennen, *„wie durch solche Anschläge der Weiterbau in Brokdorf verhindert wird"*. Ebenso sinnig könnte man beim Stand der Dinge auch sagen, man sehe nicht, wie durch Demonstrationen der Bau von AKWs verhindert wird. Das Argument ist einfach dumm, aber einer der „Z"-Chefs liebt es offensichtlich so sehr, daß er es in ähnlicher Form auch schon nach Götttingen getragen hatte.

Komplizierter gestaltete sich die Feindlage für die „Z" nach der grossen Brokdorf–Demo vom 2.2. in Hamburg. Hier äußerte sich die „Z" schriftlich lediglich vermittels einer insgesamt anständigen Stellungnahme des grünen Landesvorstandes. Darin wird sich lediglich von Zerstörungen an privaten PKWs, kleinen Läden u.ä. „abgegrenzt". Die weitergehenden Auffassungen der „Z" wur-

Darin wird sich lediglich von Zerstörungen an privaten PKWs, kleinen Läden u.ä. „abgegrenzt". Die weitergehenden Auffassungen der „Z" wur-

den nur mündlich geäußert: Die Demo habe zwar erfolgreich begonnen; dieser Erfolg sei aber schon durch die ersten Steinwürfe, auf Scheiben des Nobelhotels „Atlantik", zunichte gemacht worden. In der Öffentlichkeit habe die Demo den AKW-Gegnern geschadet. **Man müsse zukünftig vom bisher praktizierten „Widerstandspluralismus" abkommen. Künftige Demonstrationen müßten für Steineschmeißer von vornherein „unattraktiv gemacht" werden. Andernfalls drohe eine Spaltung der Bewegung.**

Das Dilemma der 'Gruppe Z' besteht aber darin, daß die objektiven Chancen für einen Distanzierungskurs heute insgesamt gesehen überhaupt nicht günstig sind, sondern sich in dem Maß verschlechtern, wie die spontanen Bewegungen die „Gewaltfrage" ganz praktisch beantworten – wie in Westberlin, Göttingen, Hamburg, Frankfurt usw. Aus der Einsicht in diese Realität erklärt sich die Zaghaftigkeit, mit der die 'Gruppe Z' bisher ihre tatsächlichen Anschauungen zur „Gewaltfrage" zurückhält oder nur stückchenweise und taktisch dosiert preisgibt.

Der Konflikt mit der Realität

Das Problem wird verständlicher, wenn man die „strategischen" Überlegungen betrachtet, auf denen die 'Gruppe Z' ihre Existenz aufgebaut hat. Diese Überlegungen (Gegenstand der programmatischen Plattform, mit der sich die 'Gruppe Z' Ende 1979 vom KB abspaltete) gehen von einer Schwäche- und Rückzugs-Situation der radikalen Linken aus. Nach Meinung der 'Gruppe Z' galt es daher, eine „Strategie des Überwinterns" („Z"-Orginalton) zu entwickeln. Ort bzw. Bezugspunkt dieses Überwinterns sollte zum einen die Grüne Partei sein und zum anderen die vorwiegend auf theoretische Debatten eingestellten Kreise der reformistisch–legalistischen Linke (SB, SOST u.ä.). Reale Prozesse wie die Krise der sich auf den Marxismus-Leninismus berufenden Linken und Abflauen 'militanter Kämpfe' (seit Herbst 1977) waren Voraussetzungen dieser Strategie. Die 'Gruppe Z' bezog diese reale Schwäche-Situation der radikalen Linken aber nicht nur als Gegebenheit in ihr Konzept ein, sondern leistete ihrerseits bedeutende Beiträge, diese Schwäche-Situation zu verschärfen und für sich auszubeuten, beispielsweise durch die Spaltung der Bunten Liste Hamburg und konsequente Obstruktionspolitik gegen jeden Ansatz für einen engeren Zusammenschluß der örtlichen bunten/alternativen Listen. Der aktuelle Versuch der 'Gruppe Z', in Hamburg bezüglich der Bürgerschaftswahlen 1982 einen Führungsanspruch für die von ihnen hier dominierte Grüne Partei zu erheben und die Basisinitiativen einschließlich der Reste bzw. Neuansätze der Bunten Liste zur Unterordnung zu verpflichten, entspricht derselben Strategie (vgl. die entlarvende Selbstdarstellung des „Z"-Vorsitzenden hierzu im AK194).

Diese Strategie enthielt bei allem Zynismus immerhin anfangs ein realistisches Element, bezog sich auf tatsächliche Entwicklungstendenzen. **Die Strategen der 'Gruppe Z' machten nur den Fehler, momentane Tendenzen (z.B. die zeitweise Konjunktur der Grünen Partei) als langfristig anzunehmen und Elemente einer Veränderung der gegebenen Situation gar nicht oder zu spät zu sehen.** Daß z.B. die Grüne Partei zum *„Magneten"* einer *„Neuformierung"* (der fortschrittlichen Kräfte) geworden sei, daß in ihr die Basisbewegungen in beispielloser Breite vertreten seien und ähnliche fröhliche „Einschätzungen" (vgl. „Z" Nr.5) war schon Wunschdenken, als es formuliert wurde. Vor allem aber war es kurzsichtig angesichts der bei den Grünen schon damals – nach Saarbrücken – deutlich hervortretenden Tendenzen des Zerfalls. **Ihr Realismus und Pragmatismus, auf den sich die 'Gruppe Z' einiges einbildet, versagte in dem Moment, wo sich die vorausgesetzte Lage, in die man sich gerade so schön eingerichtet hatte, offensichtlich zu wandeln begann.** Ausdruck dieser Unfähigkeit der 'Gruppe Z', sich auf neue Realitäten und neue Tendenzen zu beziehen, ist insbesondere ihr wunderliches Verhältnis zur 'Neuen Jugendbewegung' und zum Aufschwung radikalisierter Kämpfe allgemein. Die „Z"-Chefs Wi. und La. formulierten ihren Standpunkt in der „Z" Nr.8 zwar herzlich knapp, aber eindeutig: die „Neue Jugendbewegung" sei, soweit es die BRD angeht, im Wesentlichen eine *„Erfindung des KB"*. In Wirklichkeit handele es sich bloß um „sich gelegentlich mit der Polizei

weit es die BRD angeht, im Wesentlichen eine „Erfindung des KB". In Wirklichkeit handele es sich bloß um „sich gelegentlich mit der Polizei

balgende 'HSV-Fans' (HSV = ein Hamburger Fußballverein), die 'Punker', 'Teds' und andere auf bestimmte moderne Musikformen sozial reagierende 'aufmüpfige' Jugendgruppen" (S.27). Ob die beiden Verfasser den letzten Teil ihrer großartigen Beschreibung selbst verstanden haben, schein doch zweifelhaft. Gewiß ist jedenfalls, daß hier selbst die allerschlichteste politische Erkenntnis fehlt, daß nämlich diese Jugendlichen nicht in erster Linie auf Musikformen sondern auf gesellschaftliche Verhältnisse so reagieren, wie sie es nun einmal tun. Die 'Gruppe Z' hat im Lauf eines Jahres Dutzende von Seiten zusammengeschrieben, die sich allein um das Thema der Grünen Partei, ihre soziale Basis, die in ihr wirkenden Kräfte usw. usf. drehten. **Warum ist diese Gruppe zugleich derart total unfähig, mit auch nur einem Bruchteil dieser Aufmerksamkeit soziale Tendenzen, z.B. unter den Jugendlichen politisch ernst zu nehmen und zu analysieren?!**

„Wenn man die 'militanten Aktionen' und Zerstörungen der letzten Zeit betrachtet, kommt man um einige Schlußfolgerungen wirklich schwer herum. So beispielsweise:

Hier zeigt sich ein hohes Maß an Wut gegen die herrschenden Verhältnisse, die das Produkt eben dieser Verhältnisse ist.

Neue Kräfte werden in die Bewegung hineingezogen und durch sie politisiert – eine Entwicklung, die deutliche Parallelen zur APO (1967 – 69) zeigt.

Sinnlose bzw. politisch schädliche Zerstörungen (z.B. an PKWs, an Wohnungsfenstern, an den Läden kleiner Händler u.ä.) sind auch Ausdruck der Tatsache, daß neue Kräfte in die Kämpfe hineingezogen werden. Das abschätzige Urteil, den betreffenden Jugendlichen gehe es „nur um Randale", greift jedenfalls zu kurz, da die Jugendlichen dazu auch anderweitig hinreichend Gelegenheit finden könnten, ihre Teilnahme an Demonstrationen also auf zusätzliche Motive hinweist.

In dem sprunghaften Anstieg 'militanter Aktionen' und Zerstörungen drückt sich auch aus, daß die Angst vor der Polizei, der Respekt vorm kapitalistischen Eigentum, der irrationale Pazifismus, die Restbindungen an das herrschende System wieder im Abnehmen sind. Alles das wird von den Herrschenden mit einigem Entsetzen registriert. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Tragisch ist hingegen das Lamentieren des „Z"-Vorsitzenden über den „Vandalismus" (anläßlich der Brokdorf–Demonstration). Für diesen „Vandalismus" müsse der KB (und die Anarchos) die Verantwortung tragen, meinte der „Z"-Vorsitzende. Denn diese hätten ja monatelang um die Jugendlichen „gebuhlt" und „werden nun die Geister nicht mehr los, die sie gerufen haben". (Daß die Wut der Jugendlichen nicht „künstlich" von KB und Anarchos „gemacht", sondern von den gesellschaftlichen Verhältnissen produziert wird, scheint der „Z"-Vorsitzende trotz eigener einschlägiger APO–Erfahrungen nicht mehr verstehen zu können?).

Ein kleiner Flirt mit der DKP

Der Distanzierungskurs der 'Gruppe Z' wird vielleicht noch etwas verständlicher, wenn man ihre frischgeknüpften Bande zur DKP kennt. Es mag z.T. Prahlsucht sein, wenn die „Z"-Chefs von ihren „Spitzenkontakten" zur DKP, Einladung zum nächsten DKP-Parteitag u.ä. schwärmen. Aber daß hier ein Kontakt begonnen worden ist, steht fest: zweiseitige Gespräche, gemeinsame Schulungsseminare ...

Mittwoch, 8. Oktober 1980

Langer träumt von neuen großen Zielen

F.R.

Das Interesse der DKP an solchen Kontakten ist Klar: Das DKP-Ergebnis der Bundestagswahlen war für den Parteivorstand der allerletzte Auslöser, um 'Grünes Licht' für eine schon seit Monaten in DKP- und SEW-Kreisen diskutierte neue Taktik zu geben. Die DKP sucht seither den gezielten Kontakt zu Teilen der Linken und der Basisbewegungen, um aus der Sackgasse zu kommen, in die sie sich mit ihrer Sektiererei hineingesteuert hat. Trotz dieses neuen taktischen Kurses bleibt aber das grundsätzliche Anliegen der DKP gleich, nur die Mittel ändern sich etwas.

schen Kurses bleibt aber das grundsätzliche Anliegen der DKP gleich, nur die Mittel ändern sich etwas.

Was die DKP anstrebt, ist die Spaltung der Basisbewegungen und des linken Spektrums außerhalb der DKP. Im Interesse dieser Taktik werden darum einzelne Teile der Linken derzeit umworben, während gegen andere genauso brutal gehetzt wird wie eh und je. Die „Gewaltfrage" (für die DKP handelt es sich ja bekanntermaßen immer um „Provokateure", womöglich VS-Agenten) spielt dabei unverändert eine wesentliche Rolle. Für die DKP wäre es daher ein hübscher Gewinn, wenn sie mit Gruppen wie der „Z" operieren könnte, die mit ihrem Distanzierungskurs als wichtige Vermittler ausserhalb des traditionellen Einflußfeldes der DKP wirken könnten.

Nicht ganz so gradlinig ist das Interesse der 'Gruppe Z' an diesem Flirt zu begreifen. Vielleicht hängt es damit zusammen, daß man sich, trotz manchmal noch zur Schau gestellter Zuversicht, darüber klar geworden ist, daß die Perspektive der „Z" in der Grünen Partei höchstwahrscheinlich kurz vor dem Endpunkt steht. Getreu der alten „Z"-These, daß Bündnispolitik heute praktisch nur noch nach rechts möglich sei (da sich links bloß „das politische Umfeld der RAF", die Anarchos und „perspektivlose Jugendliche" befinden), müßte sich ein Versuch mit der DKP in der Tat anbieten. Leider hat die „Z"-Chefetage ihre Bemühungen in Richtung DKP bisher weder offengelegt noch gar schriftlich, also diskutierbar, begründet. So ist z.B. auch nicht zu erkennen, ob die plötzliche Funkstille der „Z" in Sachen „neues Sozialismusverständnis" (anhand der Ereignisse in Polen) und ihr Schweigen zum Pekinger Prozeß/Kulturrevolution nur auf Unfähigkeit hindeuten oder tiefere taktische („strategische"?) Ursachen haben.

Für eine Belebung der AK-Diskussion!

Es ist nun schon einige Zeit vergangen, daß die AK-Redaktion eine (erneute) Diskussion über den AK angezettelt hat. Nach anfänglich relativ reger Beteiligung scheint diese nun auch wieder mehr oder weniger entschlafen zu sein. Wenn ich nun an die „guten, alten Zeiten" des AK (und des KB) zurückdenke, so waren die Auflagensteigerungen u.a. stark mit dem Aufschwung der Anti-AKW-Bewegung (Brokdorf) verbunden.

In letzter Zeit ist „die Bewegung" an verschiedenen Punkten, wie z.B. Häuserkampf, Brokdorf, aber auch internationale Solidarität wieder offensiver geworden. Was sich aber nicht rührt, ist die AK-Auflage; die ist (und bleibt ?) bei mageren 7.500.

Woran liegt's? Ziehen die potentiellen AK-Leser/innen taz und Neue vor?

Oder haben sie so wenig Chancen, den AK überhaupt zu bekommen, weil sowenige KB'ler/innen ihn verkaufen?

Ich habe nicht den Überblick, diese Fragen beantworten zu können. Aber es ist m.E. dringend notwendig, daß die AK-Debatte wieder in Schwung kommt.

Ein erster Schritt dazu wäre, wenn die AK-Redaktion mal darstellt, was am AK bisher geändert wurde, wie sie zu den verschiedenen von Genoss(inn)en und AK-Leser/innen geäußerten Vorschlägen steht, und wie es mit dem Verkauf aussieht. Was ist z.B. aus den Überlegungen geworden, mit dem AK an die Kioske zu gehen? Und, und und ... .

Manchmal hab ich so Anwandlungen, da überleg ich mir, ob es nicht besser ist, den AK von einer „Partei"zeitung in eine Zeitung „der Bewegung" umzuwandeln. Aber das würde auch bedeuten, den KB, der meinem Verständnis nach eine „Zeitungsorganisation" ist, zumindest als kommunistische Organisation aufzulösen.

In der Hoffnung auf lebhaften Widerspruch und eine fruchtbringende Debatte,

Detlef, Düsseldorf,

Kampuchea: Hungersnot überwunden!

,,Kambodscha unter der vietnamesischen Besatzung ist weder politisch noch wirtschaftlich lebensfähig'' — so der amerikanische Politologe Stephen Heder (,,FAZ'', 22.11.80). Wie so oft irrte die ,,Stimme Amerikas'' auch hierbei. Kampuchea lebt, die Hungersnot ist weitgehend bewältigt, und die Khmer-Serai/Pol Pot Banden haben auch schon bessere Zeiten gesehen. Trotz aller Störmanöver seitens der USA, China, der EG und Japan, trotz aller heute noch bestehender Mängel fand in Kampuchea eine wohl beispiellose Entwicklung statt. Innerhalb von nur zwei Jahren entwickelte sich das Land vom Nullpunkt in jeder Beziehung zum (Fast-)Nahrungsmittelselbstversorger heute. Alle ,,Verurteiler'' der Befreiung Kampucheas u.a. durch vietnamesische Truppen müssen sich die Frage gefallen lassen, wo es in der berüchtigten ,,freien Welt'' etwas Vergleichbares gibt. Unseres Wissens hungern selbst in den ,,reichen'' unterentwickelten Ländern wie Indonesien die Volksmassen...

Die imperialistischen Mächte weigern sich dennoch, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Nach wie vor ist die Regierung Kampucheas nicht anerkannt, nach wie vor sitzen die Pol Pot Leute als ,,einzige legitime Vertreter'' in der UNO. Selbst heute, wo Unicef und Internationales Rotes Kreuz die Ernährungslage positiv beurteilen und damit auch ihre Hilfslieferungen an die Pol Pot- und Khmer-Serai Banden in den thailändischen Lagern einstellen wollen, schmieden diese Kräfte neue Pläne zur Umkehr der Entwicklung in Kampuchea.



Kampuchea heute

Die große Hungersnot nach der Befreiung vom Pol Pot Regime 1979 ist heute beseitigt. Die letzte Ernte deckt Kampucheas Reisbedarf zu 70 %. Die Hilfsorganisation OXFAM rechnet mit einer Reis-Selbstversorgung bereits für 1981 (!) — die Welternährungsorganisation FAO nennt 1982 als Datum für diese *,,Autarkie''* (,,FAZ'', 6.12.80). Bereits heute könne sich das Land über zusätzliche Nahrungsmittel auf einem niedrigen Stand selbst versorgen. Allerdings liegen die Reisrationen immer noch niedrig, ca. 5 kg/pro Monat - pro Kopf (das UNO-Minimum liegt bei ca. 8 kg).

Die positive Entwicklung der Nahrungsmittelproduktion bestätigt im Nachhinein das Konzept privater Hilfsorganisationen und der kampucheanischen Regierung, daß nämlich eine effektive Hilfe vor allem am Ausbau der landwirtschaftlichen Produktion (Saatgut, Landmaschinen usw.) orientiert sein muß. Die Hilfe, wie sie weitgehend von Internationalem Roten Kreuz (IRK) und UN-Organisationen geleistet wurde, orientierte dagegen hauptsächlich auf direkte Nahrungsmittellieferungen (die a u c h wichtig waren). Dieses Konzept alleine hätte aber dazu geführt, daß Kampuchea langfristig auf ausländische Nahrungshilfe angewiesen wäre.

Im weiteren ist die positive Entwicklung hauptsächlich der vietnamesischen-, RGW- und ,,privaten'' Hilfe zuzuschreiben. Genauer gesagt, den Hilfslieferungen, die über Phnom Penh und nicht über Thailand nach Kampuchea gingen. *,,Wesentlich scheint mir jedoch, daß die Verbesserung der Lage, die ich feststellen konnte, allein mit russischer und vietnamesischer Hilfe hatte zustandekommen können''* (Brian Walker, Direktor der britischen, privaten Hilfsorganisation Oxfam, ,,Vietnam Kurier'', 3/1980).

Der absolut größte Teil der ,,westlichen'' Hilfe diente dagegen zur Be-
Oxfam, ,,Vietnam Kurier'', 3/1980).

Der absolut größte Teil der ,,westlichen'' Hilfe diente dagegen zur Be-
hebung der Ernährungsprobleme der Pol Pot- und Khmer-Serai-Banden (siehe auch weiter unten). Zu unrecht schreiben sich diese Hilfegeber heute die positive Entwicklung Kampucheas auf ihre Fahnen.

Mit der positiven Entwicklung der Ernährungslage in Kampuchea ist die Grundlage für die weitere Entwicklung des Landes gegeben. Das ist sehr wichtig, denn die Ausgangslage in anderen Sektoren ist außerordentlich schlecht.

Der gesamte industrielle Sektor Kampucheas liegt nach wie vor am Boden. *,,Gegenwärtig gibt es kaum mehr als ein halbes Dutzend Fabriken''* (,,FR'', 7.2.81). Zahlreiche andere Fabriken können wegen Rohstoffmangel oder Ersatzteilmangel trotz vorhandener Arbeitskräfte nicht arbeiten (,,FR'', 7.2.81). Zur besseren Ausbeute der natürlichen Ressourcen (Landwirtschaft, Fischfang, bestimmte Rohstoffe) fehlen die notwendigen technischen Mittel und nach den bisherigen Berichten auch die Fachkräfte. Der gesamte medizinische Sektor ist nach wie vor extrem unterentwickelt. Im ganzen Land gibt es ein einziges Kinderkrankenhaus mit 75 Betten und 5.000 Patienten alleine im ersten Monat der Fertigstellung (,,FAZ'', 6.12.80). Es gibt kaum Ärzte, z.T. werden die wenigen vorhandenen von Vietnam gestellt; es gibt kaum Lehrer, kaum Schulen. Die bestehenden Schulen arbeiten teilweise mit drei Schichten (,,FR'', 7.2.81).

Es ist hinreichend bekannt, daß gerade auf diesen Sektoren die Pol Pot Herrschaft schlimme Narben hinterlassen hat. Entsprechend dieser Gesamtlage haben einige Hilfsorganisationen ihre Maßnahmen angepaßt. Die FAO hat in einem Bericht festgestellt, daß der *,,Schwerpunkt ihrer* (der Hilfsorganisationen, Red.) *Arbeit nicht mehr in Lebensmittellieferungen, sondern in der Entwicklungshilfe für ein extrem zurückgebliebenes Land''* liege (,,FAZ'', 6.12.80). Besonders die privaten Organisationen wie Oxfam wollen sich verstärkt *,,um Verbesserungen bei der Infrastruktur, Landwirtschaft, Kleinindustrien und Gesundheitsfürsorge bemühen, nicht zuletzt durch die Lieferung von Ersatzteilen, Düngemitteln, Werkzeugen und Transportgerät''* (,,FAZ'', 6.12.80). Wie notwendig solche Hilfslieferungen sind, zeigen einige Beispiele aus der kampucheanischen Verwaltung: *,,Alles was derzeit nicht klappt oder nur ungenügend, wird der jetzigen Regierung Heng Samrin oder möglichst noch den Vietnamesen in die Schuhe geschoben. Dabei ist allgemein bekannt, daß noch vor wenigen Monaten Minister wie Beamte weder Papier noch Bleistifte hatten und auch bis heute kaum eine Schreibmaschine oder gar ein Telefon haben''* (Sybille Weber, Geschäftsführerin der Hilfsaktion Vietnam, ,,Vietnam Kurier'' 6/80).

Die Hilfe in diesen Bereichen anzu-
rerin der Hilfsaktion Vietnam, ,,Vietnam Kurier'' 6/80).

Die Hilfe in diesen Bereichen anzu-
kurbeln wird allerdings ungleich schwieriger sein. Einerseits geht es dabei nicht um die d i r e k t e Existenz der Bevölkerung. Zum anderen ist von den imperialistischen Mächten in dieser Richtung nichts zu erwarten — im Gegenteil lehnen diese Kräfte eine solche Hilfe vehement ab. Sie *,,könne den ideologischen und den militär-logistischen Zielen der kommunistischen Machthaber dienen''* (so die ASEAN-Gemeinschaft lt. ,,FAZ'', 6.12.80). Die vietnamesische und sowjetische Hilfe kann das Loch alleine nicht stopfen. Die eigenen Schwierigkeiten Vietnams infolge von Kriegsauswirkungen und Naturkatastrophen sind bekannt. Die Sowjetunion, offenbar nicht bereit (oder in der Lage) größere Summen in Kampuchea zu investieren, hat Hilfszusagen in Höhe von 70 Mio. DM gemacht (,,SZ'', 24.1.81). D.h. ein Teil der notwendigen Hilfe muß auch heute — nach Beseitigung der ernsten Hungersnot — von privaten Hilfsgruppen über Spenden usw. aufgebracht werden.

Keine Hilfe für die Pol-Pot- und Khmer-Serai-Banditen!

Im Zuge der positiven Entwicklung in Kampuchea haben sich die Flüchtlingslager entlang der thailändischen Grenze allmählich verkleinert. Die Lager auf kampucheanischem Gebiet sind inzwischen völlig aufgelöst, die Flüchtlinge sind nach Kampuchea zurückgekehrt. Die Lager auf thailändischem Gebiet haben sich mindestens zur Hälfte gelichtet (,,FR'', 18.11.80). Das IRK nennt heute noch 75.000 Menschen, die versorgt werden müßten (auf thailändischem Gebiet, ,,FAZ'', 15.11.80). IRK und Unicef haben inzwischen bekanntgegeben, daß sie ihre Nahrungsmittelhilfe sowohl in diese Lager wie auch über die thailändische Grenze nach Kampuchea hinein stoppen wollen (,,FAZ'', 15.11.80). *,,In Kambodscha, zumindest im westlichen Teil, werde nicht mehr gehungert''* heißt es als Begründung (,,FAZ'', 15.11.80). Gleichzeitig weisen IRK und Unicef darauf hin, *,,daß ihre Satzungen die Belieferung von Kombattanten verbieten''* (,,FAZ'', 15.11.80). Im Klartext heißt dies nichts anderes, als daß jede weitere Hilfe ausschließlich und damit zu offensichtlich in die Hände der Pol Pot- und Khmer-Serai Banditen ginge. Dies konnte zur Zeit der Hungersnot noch mit den Hunderttausenden Hungernden verdeckt werden — heute geht's so nicht mehr.

Ob dieser neue Kurs von IRK und Unicef wirklich realisiert wird, steht dahin. Thailand, Singapur und andere ASEAN-Staaten haben bereits stärkste Proteste angemeldet und mit einer generellen Schließung ihrer Häfen und Flughäfen für Lieferungen nach Kampuchea gedroht (ein Großteil der Hilfe läuft über Singapur). *,,Aber die thailändische Seite hat diese Pläne scharf kritisiert... Entscheidend für solche Härte sind wirtschaftliche und soziale Sorgen, noch mehr aber politische Erwägungen. Denn ihre Hilfe über Phnom Penh* (im Gegensatz zur Hilfe in die thailändische Grenzregion, Red.) *wollen Rotes Kreuz und Unicef... fortsetzen, wenn auch in reduziertem Maß. Damit erhält das dortige Heng Samrin Regime genau jene wachsende Legitimation, die Bangkok und die übrigen ASEAN-Länder verhindern wollen. Außerdem können vietnamesische Truppen, wenn die Landbrücken* (die illegalen Grenzübergänge von Thailand nach Kampuchea, Red.) *erst einmal geschlossen sind, die kambodschanische Grenze abdichten, ohne im Ausland der Grausamkeit gegenüber hungernden Menschen geziehen zu werden. Den Roten Khmer ... wie den antikommunistischen Partisanen der Khmer Serai ... wäre damit die entscheidende Operationsgrundlage entzogen''* (,,FAZ'', 15.11.80). Letzteres wäre natürlich erfreulich!

Der amerikanische Journalist John Pilger hat in einem Bericht in der amerikanischen Zeitung ,,New Statesman'' die Verflechtungen zwischen Pol Pot/Khmer Serai-Banden, thailändischem Militär, amerikanischen ,,Beratern'' und Unicef/IRK nachgewiesen. Er berichtet von direkter personeller Zusammenarbeit zwischen den Banden und thailändischen Militärs. Von der US-Botschaft angegliederten Koordinationsgruppen für den rechten Widerstand in Kampuchea, u.a. wacht eine dieser Gruppen *,,über die Verteilung der Nachschublieferungen aus dem Westen''* (John Pilger lt. ,,Vietnam Kurier'' 6/80). Er berichtet von einer speziellen ,,Task Force 8O'', einer thailändischen Militärtruppe, die den Pol Pot/Khmer Serai-Banden zur Seite steht..Und er berichtet von Nahrungsmittellieferungen, die direkt per LKW *,,vor den Füßen der Roten Khmer abgeladen''* wurden (,,Vietnam Kurier'', 6/80). *,,Die Roten Khmer sind durch die Hilfe des Westens in diesem Lager*
6/80). *,,Die Roten Khmer sind durch die Hilfe des Westens in diesem Lager*
gut erholt und aufgepäppelt, und, wie ein UN-Beamter, der die erste Gruppe das Lager verlassen sah, feststellte, sie sind bereit zu kämpfen... Wir schicken eine ganze Division dieser Bastarde zurück. Das ist wie eine Kriegserklärung'', sagt er zur Zwangsrückführung von ,,Flüchtlingen'' durch das thailändische Militär letztes Jahr. Der Bericht veranschaulicht das ganze Netz zwischen IRK und Unicef, USA und Thailand und den Pol Pot/Khmer Serai-Banden. Schutzschild für die ganzen Aktivitäten dieses Sumpfes waren bisher fast ausschließlich die Hilfsmaßnahmen von IRK und Unicef.

Sollten diese beiden Organisationen tatsächlich aufhören mit ihrer indirekten Hilfe für diese Banditen, könnte dies das (endliche) Ende der ständigen Störaktionen gegen Kampuchea sein. Eine Aufrechterhaltung der Hilfe in die thailändischen Lager hätte dagegen nicht mal mehr den Hauch einer humanitären Hilfe — wäre nur noch logistische Unterstützung für die Banditen!

Solidarität mit Kampuchea!

Die weitere positive Entwicklung Kampucheas bedarf starker internationaler Solidarität und Unterstützung. Die materielle Seite dieser Solidarität ist nur eine (wichtige) Seite. Vor allem aber muß j e d e s Engagement der imperialistischen Mächte und Chinas zugunsten der Khmer Serai oder Pol Pot Banden gegen das heutige Kampuchea angeprangert und verhindert werden. Die bisherige Entwicklung der Hilfsaktionen für Kampuchea zeigt, daß diesen Kräften nicht einmal eine Hungersnot zu schlimm ist, um sie für ihre Ziele zu mißbrauchen. Die Drohungen Thailands gegenüber einer Hilfseinstellung seitens IRK und Unicef machen ebenfalls deutlich, daß diese Kräfte noch lange nicht aufgegeben haben.

Überdies ermöglicht der Anachronismus einer Nichtanerkennung der kampucheanischen Regierung durch die westliche Welt jede Art von Schein-Legitimation für jede Art von Intervention. Die Anerkennung der Heng Samrin Regierung ist auch von der Bundesregierung bisher nicht erfolgt!

Asien-Australien-Kommission